Landesbibliothek Coburg (70)
022000785684

4320

XXI, 4

Sachſen Coburg-Saalfeldiſche
Landesgeſchichte,

unter

der Regierung des Kur- und fürſtlichen Hauſes Sachſen

vom Jahr 1425 bis auf die neuern Zeiten.

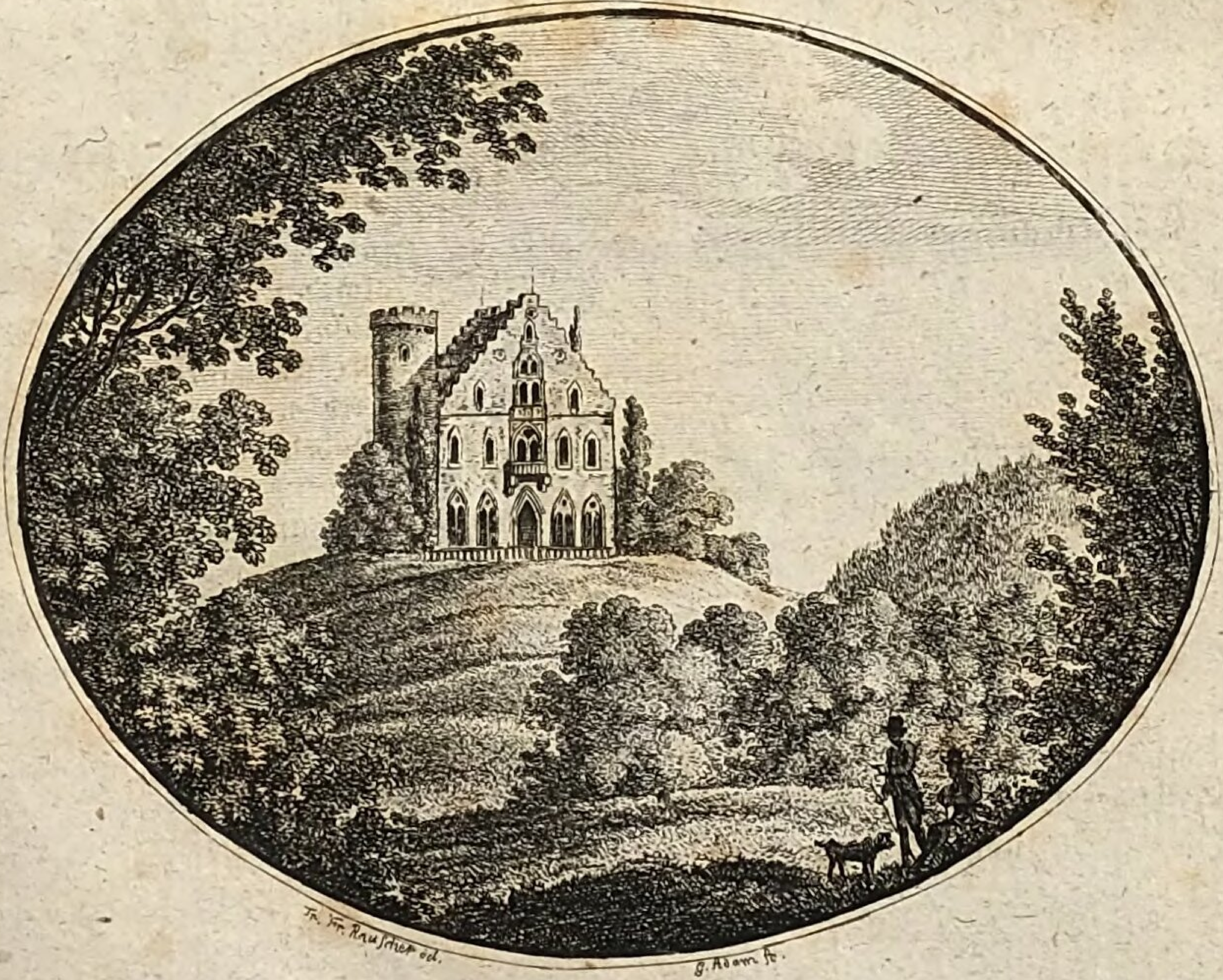
Eine Fortſetzung der Coburgiſchen Landesgeſchichte des Mittelalters.

Mit einem Urkundenbuche.

Von

Johann Adolph von Schultes,

Herzoglichen Sachſen Coburg-Saalfeldiſchen Geheimen Archivrath und Landesregierungsdirector.



Schloſs Roſenau.

Erſte Abtheilung.

Mit Kupfern.

Coburg,

in Commiſſion der Ahl'ſchen Buchhandlung

1818.

Cas A 1784

Bibliotheca Casimiriana

Der
Durchlauchtigſten Herzogin
und
Frau, Frau
Luiſen,
vermählten Herzogin zu S. Coburg und Saalfeld ꝛc.
gebohrner Herzogin zu Sachſen Gotha und Altenburg,
widmet
diese Coburg = Saalfeldiſche Landesgeſchichte
in tiefſter Ehrfurcht
der Verfaſſer.

Vorrede.

Meine Coburgiſche Landesgeſchichte des Mittelalters hat das Glück gehabt, theils in öffentlichen Blättern, theils auch von Kennern der Vaterlandskunde, mit ſo vielem Beifall aufgenommen zu werden, daß ich mich dadurch berufen fühlte, meine Nebenſtunden ihrer Fortſetzung zu widmen. Ich übergebe ſie hier dem Publikum mit dem, etwas veränderten, Titel: S. Coburg-Saalfeldiſche Landesgeſchichte, weil dieſes hiſtoriſche Werk ſich nunmehro auch über das Fürſtenthum Saalfeld verbreiten wird, mit welchem der größte Theil der Coburgiſchen Lande im Jahre 1735 vereiniget wurde. Beide Lande ſind, — wie ich bereits in der öffentlichen Ankündigung bemerkt habe, — nicht nur der geographiſchen Lage nach, ſondern auch, in Anſehung des politiſchen Zuſtandes der Vorzeit, ſo weſentlich verſchieden, daß es unumgänglich nöthig war, die Erzählung ihrer Begebenheiten von einander abzuſondern und die Hauptveränderungen eines jeden Landes, bis zur Periode ihrer Vereinigung, in zwei Abtheilungen vorzutragen.

Nach dieſem Plane fande ich daher für zweckmäßig, die, im J. 1814 herausgegebene, Coburgiſche Landesgeſchichte des Mittelalters, in der gegenwärtigen erſten Abtheilung bis zu demjenigen Zeitraum fortzuſetzen wo, mit dem Ableben Herzog Albrechts zu Coburg, (1699) das, von ihm im J. 1680 gegründete, Fürſtenhaus erlöſchte und deſſen erledigten Lande, nach Beendigung des bekannten Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſchen Succeſſionsſtreits, zum Theil an das fürſtliche Haus zu S. Saalfeld übergiengen.

Seit dieſem Ereigniſſe nimmt nun eigentlich die Coburg-Saalfeldiſche Landesgeſchichte ihren Anfang, mit welcher ſich die zweiten Abtheilung beſchäftigen wird. Meine Leſer werden aber wohl von ſelbſt einſehen, daß eine Geſchichtsverbindung beider, — von einander ganz abgeſonderten — Länder, erſt dann eintreten könne, wenn zuvor die ältere Geſchichte des Fürſtenthums Saalfelds, bis zur Zeit ſeiner Vereinigung mit Coburg entwickelt ſeyn wird. Dadurch eröfnet ſich für dem Geſchichtforſcher ein neues, faſt noch ganz ungebautes Feld, deſſen Bearbeitung, bei dem Reichthum der dahin gehörigen Gegenſtände, bei weiten den ſchwerſten Theil der gegenwärtigen Geſchichte ausmachet. Kennern der Vaterlandskunde und ihrer Litteratur darf ich wohl nicht erſt bemerklich machen, daß die Saalfeldiſchen Lande, in hiſtoriſcher und ſtatiſtiſcher Hinſicht, noch mit einem Schleier bedeckt ſind, unter welchen eine Menge merkwürdiger Begebenheiten verborgen liegen, die der Bekanntmachung würdig ſind.

So allgemein auch der Wunſch ſeyn mag, dieſen Schleier gehoben zu ſehen; ſo getraue ich mir doch nicht, demſelben, — ſo viel die älteſten Zeiten betrifft, — mit derjenigen Vollſtändigkeit Gnüge zu leiſten, die man vielleicht erwarten möchte. Bei kleinen Ländern iſt es ohnehin ſchwer, ihre Geſchichte bis in einem Zeitraum hinauszuführen, wo man ſich von allen Hülfsquellen verlaſſen ſiehet, und wo der Forſcher, ohne Leitfaden, gleichſam in einem dunklen Labyrinthe, herum irren muß. Die einheimiſchen Subſidien eröfnen ſich zuerſt im 12ten und 13ten Jahrhundert, durch die Saalfelder Kloſterurkunden, welche der Aufklärung dieſer Geſchichte ungemein zu ſtatten kommen würden, wenn ſie noch alle vorhanden wören. Allein zur Zeit der Reformation, wo man den hiſtoriſchen Werth dergleichen alten Documente noch wenig kannte, kam ein großer Theil derſelben in fremde Hände, und man ließ geſchehen, daß ſie von den ausgewanderten Mönchen, als Denkmäler ihrer alten Herrlichkeit, in die benachbarten Klöſter verſchleppt wurden, welche der Reformation entgangen waren, und ihnen eine ſichere Zuflucht gewährten. Doch wird dieſer Verluſt durch die Archive der beiden Städte, Saalfeld und Pößneck, die in Aufbewahrung ſchriftlicher Belege ſehr ſorgfältig waren, einigermaßen erſetzet, und ich habe der Willfährigkeit der dortigen Magiſtrate manche Urkunden zu verdanken, welche über die mittlere Geſchichte dieſer Lande ungemein viel Licht verbreiten.

Zu den Eigenthümlichkeiten des heutigen Fürſtenthums Saalfeld gehöret auch dieſe, daß es aus mehrern Beſtandtheilen zuſammengeſetzt iſt, deren jeder, in frühern Zeiten, ſeine eignen Herrn hatte und auf dem Schauplatz der Geſchichte, mehrere Jahrhunderte lang, ſeine eigne Rolle ſpielte. Ein großer Theil deſſelben war das Eigenthum der daſigen Benediktiner-Abtei, welche im J. 1071 gegründet und zuerſt zur Zeit der Reformation, — wiewohl nicht ohne Schwierigkeiten, — mit dem S. Erneſtiniſchen Antheil an Saalfeld vereiniget wurde. Früherhin beſaßen die Grafen von Schwarzburg die Stadt Saalfeld mit der umliegenden Gegend, in der Eigenſchaft eines Reichslehens, verkauften ſie aber im J. 1389 an die Marggrafen zu Meiſſen, die damals hier zum erſtenmal als Regenten und Schutzherrn der Abtei auftreten. — Eben ſo war die Stadt Pößneck, mit ihren frühern Zubehörungen, im 12ten Jahrhundert eine Beſitzung der Grafen von Arnshaug, und kam in der Folge an die Grafen von Schwarzburg, von welcher ſie, um das J. 1420, an das Haus Meiſſen übergieng. — Vorzüglich reich begütert in dieſer Gegend, waren die Grafen von Orlamünda, welche die ganze Herrſchaft Gräfenthal inne hatten, und ſie um das J. 1436 an die Herzoge zu Sachſen verkauften, die ſolche bald darauf den Reichserbmarſchallen von Pappenheim als Mannlehen überließen, und endlich im J. 1621 wieder an ihr Haus brachten. Auch die Grafen von Mansfeld befanden ſich im 15ten Jahrhundert im Beſitz mehrerer Saalfeldiſchen Ortſchaften und erwarben ſich im J. 1526 ſogar die dortigen Stiftslande, nebſt der Probſtei Zella, wovon ſie jene im J. 1532, — dieſe aber im J. 1563 dem Erneſtiniſchen Hauſe abtraten.

Alle dieſe Länderſtücke, welche von Zeit zu Zeit in ein Ganzes vereiniget wurden und, zuſammen genommen, ſeit dem J. 1680, ein eignes Fürſtenhaus bilden, haben ihre eigene Geſchichte, deren Entwickelung um ſo nothwendiger iſt, weil ihre frühern politiſchen Verhältniſſe auch zum öftern die Grundlage ihrer ſpätern Verfaſſung ausmachen. Durch einen Reichthum von Urkunden ſehe ich mich ſo ziemlich in Stande geſetzt, die mittlere Geſchichte Saalfelds zu erläutern und ſie alsdann mit der Neuern in Verbindung zu bringen: Aber deswegen wird es dieſem Lande noch immer an einer ſtatiſtiſch-topographiſchen Beſchreibung mangeln, um deſſen innern Zuſtand, in Hinſicht auf bürgerliche und kirchliche Verfaſſung, auf Fabriken, Manufacturen, Bergwerke und ſonſtige Verhältniſſe, etwas näher kennen zu lernen. In allgemeinen Erdbeſchreibungen ſind die Nachrichten

davon ſehr unvollkommen und ſelbſt das Wenige, was man darüber findet, bedarf noch mancher Berichtigung. Eine richtige Kentniß jener ſtatiſtiſchen Gegenſtände, iſt daher dem Inländer, beſonders dem angehendem Geſchäftsmanne, unentbehrlich, und auch dem Ausländer kann ſie nicht ganz gleichgültig bleiben.

Noch bleiben mir einige Erinnerungen über die vorliegende erſte Abtheilung der Coburgiſchen Geſchichte übrig. Ich habe ſie durchgehends aus Urkunden und archivaliſchen Nachrichten bearbeitet und kann daher mit Zuverſicht betheuern, daß jedes hier angeführte Factum, reine diplomatiſche Wahrheit iſt. Zwar ſcheinet mich der Vorwurf zu treffen, daß ich nicht alle, dahin gehörigen, Urkunden habe abdrucken laſſen; ich bitte aber dabei in Erwägung zu ziehen, daß dadurch das Werk zu einer unverhältnißmäßigen Größe angewachſen ſeyn und dem Preiß deſſelben ſich merklich erhöhet haben würde. Ich glaubte alſo bei ſolchen Urkunden, die ſich blos auf den hiſtoriſchen Nutzen beſchränken und für die ſtaatsrechtlichen Verhältniſſe keine fortwährende Kraft gewähren, für das Bedürfniß meiner Leſer genug geſorgt zu haben, den weſentlichen Inhalt derſelben in der Geſchichte ſelbſt anzuführen und ihre Exiſtenz in den Anmerkungen zum Text, durch Angabe des Jahres und des Tages ihrer Ausſtellung, zu verſichern. Sollte jedoch dem hiſtoriſchen Publikum daran gelegen ſeyn, auch die noch ungedruckten Diplomen näher kennen zu lernen, so kann ich ſolche unter den Titel: eines Coburgiſchen Diplomatariums ſehr leicht nachliefern, ſobald die Zahl der Käufer ein Unternehmen von der Art unterſtützen wird.

Zum Schluſſe muß ich mir noch die Bemerkung erlauben, daß ich meinen Dienſtverhältniſſen auf die Darſtellung der Coburg-Saalfeldiſchen Landesgeſchichte durchaus keinen Einfluß geſtattet, ſondern jeden Gegenſtand ſo, wie er mir in den, vor mir gehabten, Urkunden und Nachrichten erſchien, vorgetragen habe. — So ſehr ich mir übrigens habe angelegen ſeyn laſſen, dieſe Abtheilung möglichſt frei von Druckfehlern zu liefern, ſo ſind doch hin und wieder einige ſtehen geblieben, die ich am Schluſſe des Sachenregiſters angezeiget habe. Die Fertigung der, zum Urkundenbuch gehörigen, Namen- und Ortſchaften-Regiſter ſollen in der zweiten Abtheilung nachgehohlet werden. Coburg, den 3. Nov. 1817.

Inhalt.

Erſter Abſchnitt.

Geſchichte des Fürſtenthums Coburg unter der Regierung des Kur- und Fürſtlichen Hauſes Sachſen, vom J. 1425 — 1572.

§. I. Kurfürſt Friedrich der ſtreitbare und ſeine Söhne, Friedrich II., Siegmund und Wilhelm der tapfere, vom J. 1425 bis zur Landestheilung vom J. 1445. — S. 3 — 10.

§. II. Landestheilung zwiſchen Kurfürſt Friedrich II. und ſeinem Bruder, Wilhelm dem tapfern. Letzterer bekommt, neben einem Theile der Thüringiſchen Lande, die Pflege Coburg. Vom J. 1445 — 1482. S. 10 — 22.

§. III. Die Pflege Coburg unter der Regierung Kurfürſt Ernſts und ſeiner beiden Söhne, Friedrichs des Weiſen und Johanſens des Beſtändigen. Vom J. 1483 — 1525. S. 22 — 29.

§. IV. Kurfürſt Johann der Beſtändige, als alleiniger Inhaber der Pflege Coburg, vom J. 1525 — 1532. S. 29 — 35.

§. V. Kurfürſt Johann Friedrich der Großmüthige, vom J. 1532 bis zur Theilung mit ſeinem Halbbruder, Johann Ernſten (1541). S. 35 — 37.

§. VI. Herzog Johann Ernſt zu Sachſen, als Regent in der Pflege Coburg, vom J. 1541 bis 1553. S. 37 — 44.

§. VII. Johann Friedrich der Großmüthige, der letzte Kurfürſt aus dem Erneſtiniſchen Hauſe, komt wieder zum Beſitz der Pflege Coburg, vom J. 1553 — bis 1554. S. 44 — 46.

§. VIII. Herzog Joh. Friedrich der mittlere und ſeine zwei Brüder beſitzen die Pflege Coburg nebſt den übrigen Erneſtiniſchen Landen in ungetheilter Gemeinſchaft; vom J. 1554 — 1567. S. 46 — 57.

§. IX. Herzog Johann Friedrich der mittlere, nimmt den geächteten Wilhelm von Grumbach in Schutz; wird deswegen in die Reichsacht erklärt. S. 57 — 63.

§. X. Herzog Johann Wilhelm zu S. vom J. 1567 bis zur Theilung mit ſeines gefangenen Bruders Söhnen, vom J. 1572. S. 63 — 70.

Zweiter Abſchnitt.

Die Pflege Coburg, als ein ſelbſtſtändiges Fürſtenthum, vom J 1572 bis zu der im J. 1638 erfolgten Erlöſchung der S. Coburgiſchen Linie.

§. XI. Die Herzoge Johann Caſimir und Johann Ernſt, theilen die zurückerhaltenen väterlichen Lande, unter vormundſchaftlicher Leitung, mit ihrem Oheim, Herzog Johann Wilhelmen zu S Weimar und kommen zum Beſitz des Coburgiſchen Landestheils Vom J. 1572 bis 1586. S. 71 — 77.

§. XII. Herzog Johann Caſimir und ſein Bruder Johann Ernſt, als Geſammt-Regenten im Fürſtenthum Coburg; vom J. 1486 — 1596. S. 77 — 81.

§. XIII. Regentengeſchichte Herzog Joh. Caſimirs, als

alleinigen Beſitzers des Fürſtenthums Coburg. Vom J. 1596 — 1633. S. 81 — 98.

§. XIV. Einige Züge aus dem Privatleben Herzog Joh. Caſimirs. S. 98 — 105.

§. XV. Herzog Johann Caſimirs Vermählung und häusliche Verhältniſſe, beſonders in Hinſicht auf die traurigen Schickſale ſeiner erſten Gemahlin, Anna. S. 105 — 119.

§. XVI. Herzog Johann Ernſt zu Eiſenach kommt, nach dem kinderloſen Ableben ſeines Bruders, Johann Caſimirs, zum Beſitz des Fürſtenthums Coburg und beſchließet (1638) die alte S. Coburgiſche Linie. Vom J. 1633 — 1638. S. 119 — 122.

Dritter Abſchnitt.

Geſchichte des Fürſtenthums Coburg unter der Regierung der Herzoge zu S. Altenburg und Gotha. Vom Jahre 1640 — 1699.

§. XVII. Die Fürſtl. Häuſer zu S. Weimar und Altenburg theilen die, ihnen angefallenen, Fürſtenthümer, Coburg und Eiſenach. S. 122 — 125.

§. XVIII. Herzog Friedrich Wilhelm II. zu Altenburg, als Regent des Fürſtenthums Coburg; vom J. 1640 — 1669. S. 125 — 135.

§. XIX. Herzog Friedrich Wilhelm III. beſchließet den Altenburgiſchen Mannſtamm 1672, worauf die F. Häuſer S. Gotha und Weimar die Altenburgiſchen Lande unter ſich theilen. S. 135 — 137.

§. XX. Herzog Ernſt der Fromme zu S. Gotha beſitzet das Fürſtenthum Coburg; vom J. 1672 — 1675. S. 137 — 139.

§. XXI. Von der Theilung der geſammten Gothaiſchen Lande in 7 Fürſtenthümer und den darüber entſtandenen Mißverſtändniſſen. S. 140 — 155.

§. XXII. Geſchichte des Fürſtenthums Coburg unter der Regierung Herzog Albrechts; vom J. 1680 — 1699. S. 154 — 169.

§. XXIII. Herzog Albrecht beſchlieſet den Coburgiſchen Mannſtamm; (1699) — Nachrichten von ſeinen Privatleben und häuslichen Verhältniſſen. S. 169 — 173.

§. XXIV. Entſtehung und Geſchichte der S. Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſchen Erbfolg- und Theilungs-Streitigkeiten. Vom J. 1699 — 1735. S. 173 — 192.

Vierter Abſchnitt.

Bruchſtücke aus der kirchlichen und politiſchen Verfaſſung der S. Coburgiſchen Lande im 16. und 17. Jahrhundert.

§. XXV. Kirchenverfaſſung, Reformation; Aufhebung der Coburgiſchen Klöſter; Einfluß dieſer Ereigniſſe auf Cultur der Wiſſenſchaften. S. 193 — 203.

§. XXVI. Aberglaube u. Hexenproceſſe, im 17. Jahrhundert. S. 204 — 206.

§. XXVII. Ueber den Zuſtande der Coburgiſchen Gerichtsverfaſſung in dieſen Zeitraum. S. 206.

§. XXVIII. Verhältniſſe des Coburgiſchen Adels zum Staate; Beſteuerung der Rittergüter; Ausbildung der landſchaftlichen Verfaſſung. S. 218 — 231.

Ver-

Verzeichniß
der
Abonnenten.

Jhro königl. Hoheit, der regierende Großherzog, Carl Auguſt, zu Sachſen Weimar.

Sr. Herzogl. Durchl. der regierende Herzog Auguſt zu S. Gotha und Altenburg.

Sr. Herzogl. Durchl. der regierende Herzog Friedrich zu S. Hildburghauſen.

Sr. Herzogl. Durchl. der regierende Herzog Ernſt zu S. Coburg und Saalfeld.

Jhro Herzogl. Durchl. die regierende Frau Herzogin Louiſe zu S. Meiningen.

Jhro herzogl. Durchlaucht, Auguſta, verwittwete Frau Herzogin zu S. Coburg und Saalfeld.

Jhro herzogl. Durchlaucht, Carolina, Prinzeſſin zu S. Coburg-Saalfeld, Dechantin zu Gandersheim.

Sr. herzogl. Durchlaucht, Erig Bernhard Freund, Herzog zu S. Meiningen.

Sr. Hochfürſtl. Durchl. der regierende Fürſt Friedrich Günther zu Schwarzburg-Rudolſtadt.

Jhro Erlaucht, die verwittwete Frau Gräfin Chriſtiana Louiſa von Ortenburg, geb. Rheingräfin Salm.

Jhro Erlaucht, die verwittwete Frau Rheingräfin Louiſe von Salm Horſtmar geb. Rheingräfin von Rheingräfenſtein.

Sr. Erlaucht, Herr Graf von Mensdorf, kaiſ. königl. öſterreichiſcher General.

Sr. Erlaucht, Herr Graf Carl von Ortenburg zu Tambach.

Ahlſtadt.
Herr Pfarrer Höhn.

Ahorn.
— Pfarrer Frommann.

Altenburg.
— Amtscommiſſär Schultes.

Altershauſen.
— Pfarrer Sprenger.

Arnsgereuth.
Die Gemeinde.

Auenberg.
Herr Pfarrer Heumann.

Bamberg.
— Oeſtreicher, Hofrath.
Das Königl. Baier. Archiv.

Bedheim.
Herr Pfarrer Kühner.

Behrungen.
— Rath und Amtmann Füßlein.

Bayersdorf.
Die Gemeinde.

Beulwitz.
Die Gemeinde.

Beuerfeld.
Die Gemeinde.

Verzeichniß der Abonnenten.

Bertelsdorf.

Die Gemeinde.

Bernsdorf.

Die Gemeinde.

Birkach.

Herr Pfarrer Engelbrecht.

Birkicht.

— Bergner, Rittergutspachter.
Die Gemeinde.

Birkenheide.

Die Gemeinde.

Breitenau.

Herr Pfarrer Hermann.

Brenda bei Neuſtadt an der Saale.

— Pfarrer Geßner.

Buchenrod.

Die Gemeinde.

Bürden.

Herr Pfarrer Fiſcher.

Cathrinau.

— Pfarrer Engelhardt.
Die Gemeinde.

Coburg.

Herr Albus, geh. Rechnungsrath.
— v. Alvensleben, Hauptmann.
— Amberg, Poſtſekretär.
— Appunn, Juſtizamtmann.
— Arzberger, geheimer Conferenzrath.
— Berghold, Juſtizrath und Amtmann.
— Bergner, Hofadvocat.
— Bernd, Schneidermſtr.
Die Herzogl. Bibliothek.
— Gymnaſiums-Bibliothek.
— Scheres-Zieritziſche Stiftungs-Bibliothek.
— Magiſtrats-Bibliothek.
Herr Braun, Hofrath.
— Briegleb, Hofadvocat.
— Dietrich, Commiſſionsrath.
— Donauer, Poſtmeiſter.
— Donauer, Hofapotheker.
— Eberhardt, Polizeyinſpector.
— Ellrodt, Kaufmann.
— Ehrhart, Aſſiſtent bei der Magiſtratscaſſe.

Coburg.

Herr Dr. Erneſti, wirklicher Rath.
— Fiſcher, Archivrath und Regierungs-Secretär.
— Dr. Genzler, Hofprediger.
— Genzel, Amtscopiſt.
— Göbel, Archivſekretär.
— v. Griesheim, Canzlar.
— v. Gruner, geh. Rath- und Conſiſtorial-Präſident, Ritter des königl. ſächſ. Civilverdienſt-Ordens.
— Gruner, Landes-Regierungsrath.
— v. Gruner, Regierungs-Aſſeſſor.
— Habenſtein, geh. Archiv-Regiſtrator.
— v. Heldritt, Major und Cammerjunker.
— Hoflender, General-Superintendent und Conſiſtorialrath.
— Hofmann, geh. Rath und Landesregierungs-Präſident.
— Hofmann, Hofadvocat.
— Hofmann, Hufſchmidt.
— Hohenbaum, geh. Conferenzrath und Ritter des kaiſ. königl. öſterr. Leopoldinen-Ordens.
— Holzapfel, Commerzienrath.
— Jacobi, Hofriemer.
— Keyßler, Stadtſecretär.
— Klug, geh. Canzleyinſpector.
— Klemenz, Kaufmann.
— König, Mahler.
— Kraft, Kaufmann.
— Koch, Bauinſpector.
— Loß, Landesregierungsrath.
— Martini, Rath- und Juſtizdirector.
— v. Mayern-Hohenberg, Hofmarſchall u. Cammerherr.
— Memmert, Rechnungsrath.
— Meuſel, Senator.
— Meyer, Controleur der Hauptdomänencaſſe.
— Müller, Hofrath und Leibarzt.
— Müller, Stallmeiſter.
— Dr. Riſtler, practicirender Arzt.
— Opitz, geh. Canzley- und Conſiſtorialrath.
— Ortloff, Hofrath und Polizeydirector.
— Pertſch, Canzleydirector.
— Pertſch, Regierungsregiſtrator.
— Pezold, geh. Canzliſt.
— Dr. Pfrenger, Landphyſicus.
— Pfrenger, Hofbäcker.
— Prätorius, Landesregierungsrath.
— Prediger, Polizeyacceſſiſt.
— Regenherz, Landesregierungsrath.
— Reußner, Roßarzt.
— Riemann, Oberbergrath.
— Riemann, Hofadvocat.

Verzeichniß der Abonnenten.

Coburg.

Herr v Röpert, geh. Conferenzrath u. Cammerherr.
— Sartorius, Hofadvocat.
— Dr. Scheler, Hofrath.
— Scheler, Hofrath und Juſtizdirector.
— Scherzer, Stadtcaſſirer.
— Schmidt, Landesregierungsrath.
— Schmuzer, Hofadvocat.
— Schott, Lottoofficiant.
— Schnür, Secretär.
— Schraidt, Commerzienrath.
— Schubart, Marktmeiſter.
— Seybel, Controleur bei der Stadtcaſſe.
— Dr. Sommer, Medicinalrath.
— Dr. Staude, practicirender Arzt.
— Staude, sen. Kaufmann.
— Stößel, Hofadvocat.
— Streib, Baumeiſter.
— v. Thümmel, Reiſeſtallmeiſter und Cammerherr.
— Voigt, geh. Landesregierungsrath.
Sr. Excelenz Herr von Wangenheim, Obermarſchall und Obercammerherr, Ritter des Johanniter-Ordens.
Herr v. Wangenheim, Oberforſtmeiſter.
— Wittig, Bäckermeiſter.
— Wölfel, Cammeramtmann.

Cortendorf.

Die Gemeinde.

Crölpa.

Herr Pfarrer Müller.

Cröſten.

Die Gemeinde.

Dingsleben.

Herr Pfarrer Albrecht.
Die Gemeinde.

Dörfles.

Herr Pfarrer Dinkler.

Dorfculm.

Die Gemeinde.

Eberhards.

Herr Pfarrer Schneider.

Ehrenberg.

Die Gemeinde.

Eicha.

Herr Pfarrer Heuſinger.

Einberg.

— Pfarrer Deffner.

Elſa.

— Pfarrer Sachſe.
Die Gemeinde.

Erfurth.

Herr Müller, Cand. der Theologie.

Esleben.

— Dechant Fleiſchmann.

Euersbach.

Freyherr von Münſter, Domherr zu Bamberg.

Exdorf.

Herr Pfarrer Schmidt.
Die Gemeinde.

Fechheim.

Herr Pfarrer Vogtmann.
Die Gemeinde.

Fiſchdorf.

Herr Pfarrer Tröſchel.

Friedebach.

— Pfarrer Maurer.
Die Gemeinde.

Frießendorf.

Die Gemeinde.

Gros-Garnſtadt.

Herr Pfarrer Löhlein.
Die Gemeinde.

Garnsdorf.

Die Gemeinde.

Gauerſtadt.

Herr Pfarrer Schenk.

Geſtungshauſen.

— Pfarrer Meſch.
Die Gemeinde.

Gleichen am Berg.

Herr Pfarrer Weigand.

Garndorf.

Die Gemeinde.

Goßenberg.

Die Gemeinde.

Gotha.

Se. Excellenz Herr Miniſter van der Becke.
Herr Becker, Hofrath.
— Galetti, Hofrath und Profeſſor.
— Gelbke, Vicepräſident bei dem herzogl. Conſiſtorium.
Das herzogl. geheimde Rathscollegium.
Herr v. Hoff, geh. Aſſiſtenzrath.
Se. Excellenz, Herr v. Minckwitz, Staatsminiſter.
Ein Ungenannter.

Graba.

Herr Oberpfarrer Heumann.
— Diaconus Korn.

Gräfenthal.

— Jungmann, Salzfactor.
— Maurer, Rath und Amtmann.
— Plödtner, Adjunctus.
Der Stadtrath.

Gradtſtadt.

Die Gemeinde.

Grosheyrath.

Herr Pfarrer Scharf.
Die Gemeinde.

Großenbardorf.

Herr Pfarrer Neuland.

Großencamsdorf.

— Pfarrer Breithaupt.

Großgeſchwende.

— Pfarrer Wagner.

Grub am Forſt.

— Pfarrer Martini.
Die Gemeinde.

Haarth.

Die Gemeinde.

Heldritt.

Herr Pfarrer Günther
Die Gemeinde.

Henfſtädt.

— Pfarrer Freygang.

Hersdorf.

Die Gemeinde.

Heßberg.

— Herr Pfarrer Bechmann.

Heſſelrieth.

— Pfarrer Jacobi.

Hildburghauſen.

— Bartenſtein, Rath und Amtmann.
— v. Baumbach, geh. Rath.
— Grundherr, Regierungsrath.
— Habermann, geh. Regierungsrath.
— Hieronymi. Regierungsdirector.
— Nonne, Schulrath.
— v. Schwarzkopf, geh. Rath.
— v. Uttenhoven. Regierungsrath.
— Wagner, geh. Rath.

Harth.

Die Gemeinde.

Hoheneiche.

Herr Pfarrer Schön.

Hohenſtein.

Freihr. v. Imhoff, Forſtmeiſter.

Jüdewein.

Die Gemeinde.

Kißingen.

Herr Conrad, Landrichter.
— v. Heus, Cammerherr.

Klein-Geſchwende.

Die Gemeinde.

Königsberg in Franken.

Herr Barbert, Diaconus.
— Oberländer, Rath und Amtmann
— Zader, Superintendent.

Königsberg in Preuſſen.

— Hüllmann, Profeſſor.

Königshofen.

— Ungemag, Commiſſär beim ſtatiſtiſchen Büreau

Langenſchade.
Herr Pfarrer Füßlein.
Die Gemeinde.

Leheſten.
Herr Pfarrer Eberlein.
— Jacobs, Hofadvocat.
— Hübner, Amtsrichter.
Der Stadtrath.

Lempertshauſen.
Die Gemeinde.

Lengfeld.
Herr Pfarrer Ernſt.

Lichtentann.
— Pfarrer Greiner.

Loſitz.
Die Gemeinde.

Markgölitz.
Herr Pfarrer Meyer.

Marisfeld.
— Pfarrer Baumelburg.
Die Gemeinde.

Meder.
Herr M. Schwarz, Adjunctus.

Meiningen.
Herr v. Bibra, Vicepräſident.
Die Bibliothek der Herzogl. Landesregierung.
Das Herzogl. Cammercollegium.
Herr v. Donop, Vicecanzlar.
— v. Erffa, geh. Rath.
Die Hartmann'ſche Hofbuchhandlung.
Sr. Excelenz Herr von Hendrich, geh. Rath.
Sr. Excelenz Herr von Könitz, geh. Rath.
Herr v. Uttenhoven, geh. Cammerrath.
— Trinks, Canzleyſecretär.

Mellerſtadt.
— Burkhard, Dechant und Stadtpfarrer.

Mendhaußen.
— Pfarrer Trapp.

Meſchenbach.
Die Gemeinde.

Miltz.
Herr Pfarrer Berger.

Mönchröden.
Die Gemeinde.

Möblitz.
Die Gemeinde.

München.
Das Königl. Baier. Reichsarchiv.
Herr von Schlichtegroll, Hofrath.

Mupperg.
— Pfarrer Schütz.

Neuſtadt an der Heyde.
— Eichhorn, Bürgermeiſter.
— Gruner, Superintendent.
— Mayer, Commerzienrath.
— Müller, Kaufmann.
— Vohl, Hofadvocat.
— Wirth, Rath und Amtmann.

Neuſtadt an der Saale.
— Mayer, Landrichter und Diſtrictscommiſſär.
— Schubart, Rentamtmann.
— Sanner, Conventual des Carmeliterkloſters daſelbſt.
— Werner, Landgerichtsactuar.

Neundorf (groß)
— Pfarrer Maurer.
Die Gemeinde.

Neuſes bey Coburg.
Herr Pfarrer Hieronymi.

Niederfüllbach.
— Pfarrer Baumann.
— Freyh. v. Lichtenberg, Hauptmann und Cammerjunker.

Nordheim im Grabfelde.
— Rentmeiſter Rommel.
— Amtmann Tröbert.

Obernitz.
— Barth, Richter.
Dem. Knauſtin, Rittergutsbeſitzerin
Herr Pfarrer Korn.

Oberfüllbach.
Herr Förſter Morgenroth.
Die Gemeinde.

Oberlauter.
Herr Axmann, Papiermacher.
Die Gemeinde.

Oberloquitz.
Herr Pfarrer Bänker.

Oberpreilipp.
Herr Pfarrer Korn.
Die Gemeinde.

Oberwellenborn.
Die Gemeinde.

Oberwohlsbach.
Die Gemeinde.

Oberſtadt.
Herr Pfarrer Heuſinger.

Oettingshauſen.
— Pfarrer Büttner.
Die Gemeinde.

Pfaffendorf.
Herr Amtmann Rükert.

Pfersdorf.
— Pfarrer Treuner.

Pößneck.
— Bulle, Adjunct und Stadtpfarrer.
— Conta Commiſſionsrath.
— Franke, Hofadvocat.
— Schmidt, Senator.
Der Stadtrath.
Herr Trognitz, Lottoofficiant,

Probſtzella.
Herr Pfarrer Korn.
— Forſtmeiſter Bey.

Queyenfeld.
— Pfarrer Gumpert.

Reblitz.
Die Gemeinde.

Reichmansdorf.
Die Gemeinde.

Remſchitz.
Die Gemeinde.

Reurieth.
Herr Pfarrer Schuſter.

Robach.
Der Stadtrath.
Herr Stockmar, Rath und Amtmann.

Roßach.
Die Gemeinde.

Roßfeld.
Herr Pfarrer Frommann.

Rottenbach.
Herr Pfarrer Seyfarth.

Rögen.
Die Gemeinde.

Römhild.
Herr Berger, Archidiaconus
— Berlet, Hofadvocat.
— Döbner, Rath und Amtmann.
— Größner, Amtsſecretär.
— Gruner, Rath nnd Steuercommiſſär.
— Kirchner, Hofadvocat und Stiftsverwalter.
— Muth, Rath und Steuercommiſſär.
— Röbling, Oberſteuer- und Geleitsſecretär.
— Sauer, Collaborator.
— Viehweg, Amtsvoigt.

Rüdenhauſen.
— Viehbeck, gräfl. Caſtel. Lehnsrath und Archivar.

Saalfeld.
— Bartmann, Hofkirchner.
— Bäukert, Floßzolleinnehmer.
— Bäukert, Tiſcher.
— Breithaupt, Rath.
— Bühl, Gemeindevorſteher.
— Cämmer, sen. Hofbüttner.
— Cordes, Kaufmann.
Das Herzogl Cammeramt.
Herr Deumler, Schloſſer.
— Diefel, Polizeyinſpector,
— Echtermeyer, Kaufmann.
— Engeihardt, Gaſtgeber.
— Fiſcher, Hofzimmermann.
— Franke, Hof- und Münzſchloſſer.
— Franke, Trankſteuermeiſter.
— Franke, Rothgerber.
— Gernhardt, jun. Kaufmann.
— Gernhardt, Rittergutsbeſitzer.
— Gernhardt, Kaufman.
— Gernhardt, Tuchhändler.
— Gernhardt, Kaufmann.
— Großmann, 6ter Schullehrer.
— Gutgeſell, Töpfer
— Günther, Gaſtgeber.
— Hagen, Dr. Rechtspracticant.
— Hartmann, Hofapotheker.
— Hay, Fleiſcher.
— Haucke, Müller.
— Haucke, Müller.
— Heinold, Stadtrichter.
— Heinze, Kaufmann.
— Helmershaußen, Stadtſyndicus.
— Henne, Stadtcantor.
— Herold, Kaufmann.
— Jacobs, Juſtizamtmann.
— Jacobs, Rechtscandidat.
— Jahn, Glaſer.

Verzeichniß der Abonnenten.

Saalfeld.

Herr Joel, Schützenwirth.
— Jörke, sen. Kaufmann.
— Jörke, jun. Kaufmann.
— Kanz, jun. Kaufmann.
— Kinzel, Chauſſeegeldeinnehmer.
— Knabe, Stadtapotheker.
— Knoch, Lederhändler.
— Köcher, Gaſtgeber.
— v. Könitz, Hauptmann.
— Kreuchauf, Kunſtmahler.
— Kühn, Kürſchner.
— Kühn, sen. Weißgerber.
— Kühn, jun. Tuchmacher.
— Lairitz, Kaufmann.
— Lemnitzer, Hofſchieferdecker.
— Linke, Bäcker.
— Mayer, Hauptmann und Poſtmeiſter.
— Mereau, Dr. Commiſſionsrath u. Amtmann.
— Möckel, Hofgärtner.
— Mühler, Kaufmann.
— Müller, Kaufmann.
— Müller, Hofadvocat.
— Oettelt, Superintendent.
— Opitz, Kaufmann.
— Oſann, Apotheker.
— Oßwald, Rathswirth.
— Pfeifer, Müller.
— Pfiſter, Fleiſcher.
— Popp, Porcellänmahlar.
— Reinmann, Hofadvocat und Stadtſchreiber.
— Roſe; Juſtiz- und Polizeydirector.
— Saalborn, Kaufmann.
— Schirmer, Laborant.
— Schmidt, Seifenſieder.
— Schmidt, Hofglaſer.
— Schmidt, Commiſſionsrath.
— Schmidt, Porcellänmahler.
— Schmidt, Geleitsverweſer.
— Schneider, Gaſtgeber.
— Schönheit, 5te Schullehrer.
— Schwarz, Hofbuchbinder.
— Seidel, Gemeindevorſteher und Bauherr.
— Sembeck, Beutler.
— Seyß, Stadtcaſſenrendant.
— Silling, Fleiſcher.
— Simon, Rothgerber.
— Sommer, Bergrath.
— Spörl, Handelsmann.
— Stauß, Dr. und practicirender Arzt.
— Steiner, Kammacher.
— Steiner, Böttcher.

Saalfeld.

Herr Stockmar, Hofgraveur.
— Straubel, Senator.
— Straubel, Gürtler.
— Strebel, Berg- und Münzamtsaſſiſtent.
— Stünz, Gaſtgeber.
— Stünz, Oeconome.
Mad. Sucherin, Chirurgs Wittwe.
Herr Thon, Schönfärber.
— Thon, Schönfärber.
— Tiller, Hofbäcker.
— Tieroff, Goldarbeiter.
— Tieroff, desgl.
— Tiſcher, 4ter Schullehrer.
— Töpfer, Schloſſer.
— Trempert, Hofſchneider.
— Trempert, desgl.
— Ungar, Hofcantor.
— Vogler, Horndrechsler.
— Vollrath, Porzellänmahler.
— Wagner, Collaborator.
— Wagner, Porzellänmahler.
— Weidemann, Müller.
— Weiße, Bäcker.
— Wenzel, Bäcker.
— Wenzel, Cammeramtsaſſiſtent.
— Wiedemann, Hofbuchdrucker.
— Wiefel, Maurer.
— Windorf, M. Diaconus und Rektor.
— Windorf, Hofadvocat.
— Wurzbech, Müller.
— Zach, Lederhändler.

Schalkau.

— Otto, Rath und Amtmann.

Schloßculm.

Die Gemeinde.

Schnerneck.

Herr Schröder, Kirchenrath und Pfarrer.
Die Gemeinde.

Scheuerfeld.

Herr Pfarrer Dorn.
Die Gemeinde.

Schlettwein.

Herr Hauptmann v. Bachov.
— Pfarrer Bulle.
Die Gemeinde.

Schleuſingen.

Herr Profeſſor Walch.
Die Bibliothek des Gymnaſiums.

Schmehheim.

Herr Pfarrer Bäumelburg.

Schmiedefeld.

— Pfarrer Korn.

Sinnershauſen.

— Pfarrer Leipold.

Sonnefeld.

— Adjunctus Geldner.
— Schmid, Juſtizamtmann.
Zwey Ungenannte daſ.

Sonneberg.

— Rath und Amtmann Dietz.

Stadt-Lengsfeld.

— Freyh. v. Boineburg, kurheſ. Maj. u. Cammerhr.

Stöppach.

Die Gemeinde.

Streiffdorf.

Herr Pfarrer Schaffner.

Streßenhaußen.

— Pfarrer Hartmann.

Tachbach.

Die Gemetnde.

Themar.

Herr Bagge, Decanus.
— Bühl, Rath und Amtmann.
— Dr. Graß, pract. Arzt.
— Gruner, Juſtizamtmann.
— Hedenus, Amtsverwalter.
— Hölbe, Diaconus.
— Koch, Cammeramtmann.
— Dr. Mönch, Amtsphyſicus.
— Mücke, Hofadvocat.
— Schenk-Holzhey, Apotheker.
Der Stadtrath.
— Weißheit, Stadthauptmann.

Ummerſtadt.

— Stadtſchreiber Heß.

Unsleben bey Neuſtadt an der Saale.

— Pfarrer Schemel.

Unterlauter.

— Pfarrer Hofmann.
Die Gemeinde.

Unterpreilipp.

Die Gemeinde.

Unterſiemau.

Herr Alt, Commiſſionsrath.
— Pfarrer [illegible]riegleb.
— Morgenroth, Schultheiß.

Unterwellenborn.

Herr Pfarrer Schortmann.
Die Gemeinde.

Unterwirrbach.

Die Gemeinde.

Veilsdorf.

Herr Pfarrer Oberländer.

Volkmannsdorf.

Die Gemeinde.

Walbur.

Herr Pfarrer Gruner.
Die Gemeinde.

Wallendorf.

Herr Hammann, Commerzienrath.
— Pfarrer Henning.

Waltershaußen im Grabfelde.

— Renninger, Diſtrictsinſpector und Pfarrer.

Weiſen.

Die Gemeinde.

Weiſenbrunn vorm Walde.

Herr Pfarrer Muther.
Die Gemeinde.

Weiſchau.

Die Gemeinde.

Weiſchwitz.

Die Gemeinde.

Weitramsdorf.

Herr Pfarrer Eberhardt.
Die Gemeinde.

Wieſenfeld.

Herr Voigtmann, Pfarrer.
— Röhner, Hofadvocat und Stiftsverwalter.

Wickersdorf.

— v. Könitz, Hauptmann und Cammerjunker.

Wittmannsgereuth.

Die Gemeinde.

Witzendorf.

Die Gemeinde.

Wöhlsdorf.

Die Gemeinde.

Würzbnrg.

Die Bibliothek der Univerſität.
Herr Eller, Pfarrer.

Zedersdorf.

Die Gemeinde.

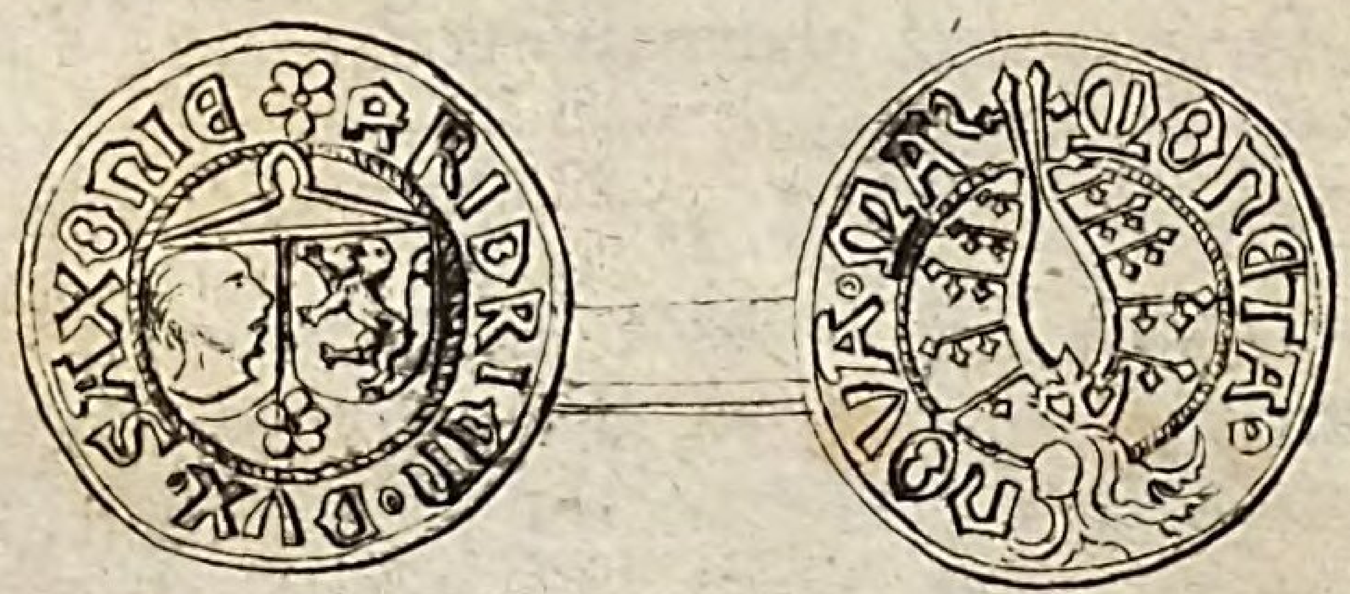
Urkun-

Urkundenbuch

zur

Sachſen Coburg-Saalfeldiſchen Landesgeſchichte

erſter Abtheilung.



de a. 1426.

I.

Kurfürſt Friedrich zu Sachßen erlaubet dem Stadtrath zu Saalfeld die Erbauung eines Kaufhauſes zum Behuf des Handels.

Den 14. Jan. 1426.

Wir Friderich von Gotis Gnaden Herzoge zu Sachſen des heiligen Romiſchen Richs Erzmarſchalk Landgraue in Doringen vnd Marggraue zu Miſſen bekennen vor vns vnd vnſer erben vnd tun kunt offentlichen mit diſem Brife allen den dy yn ſehin oder horen laſſen, das vor vns komen ſind vnſer Bürger zu Salvelt vnd liben getruven vnd haben vns fürbracht, wye das ſy eyn Kaufhuß daſelbiſt zu Salvelt an dem Margkte by den Brotbenken meynen zu buwen daruf vßlendiſche vnd inheymiſche Gewantkaufer vnd Korsner geſtehin vnd ire habe verkaufen mogen vnd das wir yn auch das Stetegelt das wir daruſe haben werden oder gehabin mochtin zu Beſſerung vnſer Stat Salveld geben vnd folgen laſſen wolden. Wenn wir nu allezyt darzu geneygit ſint der vnſern Beſtes vorzu nemen vnd zu bedenken, haben wir von ſumdorlicher Gunſt vnd Gnade wegen den vorgenannten vnſern Bürgern zu Salvelt vnd liben getruwen dy Gunſt vnd Gnade getau, da ſy eyn Kaufhus by yn an dem Markte by den Brotbenken buwen vnd machen ſullen, daruſe vßlendiſche vnd Inheymiſche Gewandkaufer vnd Korßner ſtehin vnd ire Habe verkaufen mogen, vnd ſullen auch das Stetegelt daz vf dem Kaufhuſe gefellit, zu Beſſerung derſelbin vnſer Stat ewiglichen davon haben vnd vfhebin vnd gebin darzu vnſer Gunſt, Gnade vnd guten Willen vnd vortzihen vns auch des Stetegeltis das wir daran gehaben mochten vor vns vnd vnſer erben gnediglichen mit deſin Briſe an den wir vnſe Inſigil zu Bekentniſſe wiſſentlichen habin laſſen hengen. Der gegeben iſt zu Wiſenfels nach Gotis Geburte virtzenhundert Jar und darnach in dem ſechsundzwanzigiſten Jaren, am Suntag dem achten Tage der heiligen drey Könige.

Ex cop. antiqua.

II.

Friederich und Siegmund, Herzoge zu Sachſen, befreien die, der Probſtei Coburg zugehörigen, Güter zu Neudorf von der Vogtei, Hundelager und Frohnen, mit Vorbehalt der hohen Gerichte.

Den 7. März 1434.

Ex orig. Wir Friderich vnd Sigemund Gebrůdere von Gotis Gnaden Herzoge zu Sachſen Landgauen in Doringen vnd Marggrauen zu Meißen bekennen fůr vns vnd alle vnſere erbin vnd thun kund offintlichen mit diſem Brive allen den dy yn ſehen oder horn laſin, datz wir eyns wechßels mit dem Probſte zu Koburg izund vnd zukůnfticlichin vberkumen ſint immaßen alz hiernach geſchriben ſtet. Nachdem vnd wir dy Vogteige, Geltzinße, Holzfure vnd Hundelager, a) ander Frone vnd das Gerichte vf den dreyn Guten dy er hat zum Newndorfe, gehabt haben wir in vnd ſeynen Nachkommen Probiſte ſollicher Voytie, Geltzinße, Holzfure, Hundelagers, ander Frone Dinſtes vnd Gerichts erlaſſen vnd gefreyhet, vnd freygen in der gnediclichen in kraft diſes Brives vsgeſloſſen dy drey hohen Gerichte b) vnd alle Halsgerichte dy ſol man davon ſuchin, vnd darvmb ſo hat vns zu eyn Wiederſatzunge gegeben, akere vß denſelben egenanten Gutern zu dreyzin Summere vnd eyn Virtel, einen Zenden zu Kurtendorf vnd vf der Strauſe in vnſerm Felde, vor vns vnd vnſer erben zu haben zu beſitzen vnd zu gebrauchen angeverde. Des zu Vrkunde haben wir Herzoge Friderich vnſer Inſigel des wir Sigemund mite gebruchen vor vns vnd vnſere erben wiſſintlichen an diſen Brif laſſen hengen. Der geben iſt zu Koburg nach Criſti Geburte virzenhundert Jar vnd darnach im virvnddriſigiſten Jare, am Suntag nach ſante Dontastage (donatus) des heil. Mertirers.

III.

Einigung zwiſchen Herzog Sigmunden zu Sachſen, als Inhabern der Pflege Coburg, an einem- und den Grafen von Henneberg am andern Theil.

Den 16. May 1436.

Ex orig. Wir Jorge vnd Wilhelm Gevettern von Gotis Gnaden Grauen vnd Heren zu Hennenberg bekennen vnd thun kund offintlich mit dieſem Brive allen den die

a) Unter Hundelager, iſt die Verbindlichkeit der Unterthanen zu verſtehen, eine gewiſſe Anzahl fürſtl. Jagdhunde aufzunehmen und auszufüttern.

b) Die drei hohen Gerichte waren die, im Mittelalter gewöhnlichen, Landgerichte, die, nach der Urverfaſſung, dreimal des Jahres gehalten wurden, und außer den wichtigſten Landesangelegenheiten, ſich auch mit der Criminal-Jurisdiction beſchäftigten. (dipl. de a. 1287. in Schöttg. et Kreys. diplomat. T. III. p. 652.) Im 15. Jahrhundert war aber der Würkungskreiß der Landgerichte etwas eingeſchrenkter, indem man, wie dieſe Urkunde zeiget, zur Unterſuchnng der Criminalfälle, beſondere Halsgerichte hergeſtellet hatte.

yn ſehen oder horen laſin das wir mit wolbedachtem Mute vnd Vorate vnſer Heymlichen vnd lieben Getruwen vns mit dem hochgebornen Fürſten Hern Sigmunden, Herzogen zu Sachſen Lantgrauen in Doringen vnd Marcgrauen zu Miſſen vnſerm lieben Heren vnd Oheymen vereynt verſtrikt vnd verbunden haben, voreinen verſtriken vnd verbinden vns mit Im drie ganze Jare, die von datum dieſes Brives anheben vnd nechſt nach eynander volgen yn allermaße als hirnach geſchriben ſtet. Zum erſten ſollen vnd wollen wir Im ſin Lande vnd Lute zu Franken getruwelich vertheidigen, ſchützen ſchirmen vnd Im mit vnſerm Lande beholfen ſey wann vnd wie dike im das nod geſchicht gein allermenniclichen der im Gewalt oder Vnrechte thun wolde geyn den wir ſie auch zu rechte mechtig ſin ſollen, nymandis vßgenomen denn das heilige Romiſche Riche vnd eynen König deſſelben Richs, die hochwürdigen Fürſten vnd Herrn Herrn . . . . . Ertzbiſchoff zu Mentze vnd Herrn Johanſen Biſchoff zu Witzpurg vnſere gnedigen Herrn, den hochgebornen Fürſten vnd Herrn Herrn Ludwigen Lantgrauen zu Heſſen vnſern liben Herrn vnd Oheymen, die wolgebornen Günthern vnd Heinrichen Grauen vnd Herrn zu Swarzpurg vnd Sondershußen vnſer liebin Swegere vnd Oheymen. Auch haben wir Jorge beſundern vſgenomen in dieſer eynunge den hochwürdigen Fürſten vnd Herrn Herrn Anthonigen Biſchoff zu Bamberg vnſern gnedigen Herrn. Were auch das ſich Kriege mechten darzu vnſer einer des andern bedorffen würde zu hülfe, ſo ſollen vnſer Amptlute zu Hartenberg vnd Meyenberg vnd die Amptlute zu Coburg vnd Königsberg zu ſtund vnd an verzug zuſamen rieten, ſo vnſer eyne Parthie von der andern des vormand wirt. Nemlichen ob wir oder die obgenanten vnſer Amptlute vnſern Oheymen oder ſin Amptlute manetin, ſo ſollen dieſelbin ſin Amptlute zu den vnſern gein Römhild oder Konigeshoven ryten. Manten aber vnſer Oheym oder ſin Amptlute vns oder die vnſern, ſo ſollen die vorgenanten vnſer Amptmener von Hartinberg vnd Meyenberg zu dem ſinen gen Coburg oder Königesberg rirten an alles verzyhen ſich zu vereynen wo wir die Lute hinlegeten da das allerbequemlichſt yſt, vnd yn die Sloß die gein den ſinden aller beſt gelegen wern, da vnſer iclicher die ſinen von ſtund an hinſchiken verkoſten vnd für Schaden ſten ſol angeverde. Nemen wir auch oder die vnſern Frumen von beyden Siten an Gefangen an Gedingniß oder an Kuchenſpiſe, den Frumen ſollen wir teylen nach Manzal gewappenter Lute vnd ſchützen die vnſer voglicher aff dem Felde hetre. Were auch das wir oder die vnſern des genanten Herren vnd Oheimen oder der Sinen bedorfften zu einem ritenden Kriege ſo ſoll er funfzehen mit Gleven bie vns legin. Werde aber der egenante vnſer Herre vnd Oheym vnſer oder der vnſern bedorffen, ſo ſollen wir zehen mit Gleven bie in legen vnd welche Parthey der andern alſo bedorfen vnd vmb Lute manen wirdet vns oder vnſer Amptlute, der oder die, die alſo gemand werden, ſollen yn den nechſten vierzehen Tagen nach der manunge vnverzogelichen yn Anzal Lut an dem der alſo gemand hat, ſchiken bie yn zu bliben vnd getruwelichen zu helfen, als aft vnd als dike des nod ſin wird an geverde. Were auch das die obgenanten vnſer Amptlute zu Hartinberg vnd zu Meyenberg mit dem obgenanten vnſern Herrn vnd Oheymen oder ſinen Amptluten af beide Syten erkentin, das man mer

Lute zu dem ritenden Krige bedorfte, ſo ſollen wir die Lute noch erkentniß der obgeſchriben vnſer beider Parthien Amptlute meren. Geſchee aber des nod, das man einer Folge mit Macht bedorfte of welche Syten des Nod geſchee, daz ſollen wir halden nach vnſers Herrn vnd Oheymen vnd vnſer beider obgeſchribener Amptlute rathe, vnd wie ſie ſich der Folge verennen, alſo ſollen wir dem folgen vnd das auch thun angeverde. Were auch, das wir mit einander Sloß, ſtete oder veſte Höve gewonnen, die von vnſer einen zu Lehen giengen, die ſolde der Herre von dem ſie zu Lehen gingen allein behalden, gingen ſie aber von vnſer keynem zu Lehen, da ſollen wir die brechen oder die noch Manzal gewappenter Lute vnd ſchützen, die vnſer iglicher of dem Felde hette, glich mit eynander teylen, wie vns das aller bequemlichſt were. Stunden aber ſollich Sloß Stete oder veſte Höve in Pfandeswyſe, die wir alſo gewonnen vnd von vnſer eynem zu Lehen gingen, ſo ſollen wir das Geld, darumb die verpfendet weren, noch Manzal gewappenter Lute vnd ſchützen, die vnſer iglicher da bie hette, vnder eynander teilen. Wer auch das der genanmt vnſer Herre vnd Oheym in dieſer eynung binnen diſen dreyen Jaren als vorgeſchriben ſtet mit ymande zu Krige queme vnd der Krieg werte vßgehinde der dreien Jaren, mit dem ſollen noch enwollen wir vns hinder dem genanten vnſern Herrn vnd Oheymen vnd an ſinen Willen, nicht friden noch ſünen, ſundern wir ſollen Im getruwelichen helfen als vorgeſchriben ſted, biß das der Krig gerichtet vnd geſünet wirt. Were auch das der genante vnſer Herre vnd Oheym eyn oder mer Schloß verlure, von vnſer Krieg wegen, ſo ſollen noch wollen wir vns mit den, die Im die angewonnen heten, nymer gefriden noch ſünen, der obgenant vnſer Herre vnd Oheim hete dan ſin Sloß wider oder Im ſin Wille darumb gemacht. Auch ſollen vnſer Amptlute zu Hartenberg vnd Meyenberg den obgenanten vnſern Herrn vnd Oheymen oder ſinen Amptluten zu Coburg vnd Konigesberg gereden vnd geloben in vnd die ſinen getruwelichen zu ſchützen vnd yr Habe ofrecht helfen behalden als vnſer eigen Habe, wan vnd wie dike im das nod geſchicht vnd darumb von im oder den ſinen vormand oder angerufen worden, vnd auch vmb ſollich Hülfe als obgeſchriben ſted darumb vnſer ytzgenanten Amptlute zuſammen kunten eyn werden vnd erkennen ſollen wann yr einner des von dem andern vermant wirdet, das ſie daz dann vnverzogenlichen thun ſollen vnd wollen angeverden. Wer auch daz vnſer obgeſchriben Amptmenner einer oder mer abegiugen oder daz wir die entſetzen würden, ſo ſollen die, die wir an der Stad ſetzen, gein Coburg oder Königsberg ryten vnd da ſollich Gelübde thun die obgeſchriben eynunge zu halden vnd die zu volfnren als obgeſchriben ſted, angeverde. Wenn ſich auch die genanten drie Jare dieſer eynung verlauſen haben, ſo ſol dieſe obgeſchriben eynung glichwol darnach ſtehende bliben vnd von vns vnd den vnſern ganz gehalden werde, biß das wir die vnſern Herrn vnd Oheymen an vnſern ofin Brive vſſagen vnd Im das of daz Sloß Coburg verkündigen vnd wiſſen laſſen. Vnd haben des zu Bekentniß vnſer Inſigele wiſſentlichen an dieſen Brief laſſen hengen, der geben yſt nach vnſers Herrn Criſti Geburt vierzehinhundert Jare vnd darnach in dem ſechsunddrifigiſten Jare an den nechſten Mitwochen vor vnſers Herrn Vffartstage.

IV.

Herzog Siegmund zu Sachſen verkauffet Schloß und Amt Neuhaus, an die Gebrüdere von Roſenau um 6000 fl. wiederkäufl.

Den 23. May 1436.

Wir Sigmund von Gotes Gnaden Herzoge zu Sachſen ꝛc. ꝛc. bekennen für Uns vnſere Erben vnd Nachkommen vnd thun kunt offentlichen mid dißen Brive gein allermenniclich die In ſehin oder horen leſen, das wir mit wolbedachten Mute vnd Rate vnſer Rete vnd lieben getruwen recht vnd rebelichen fůrkeuft vnd zu eynem ewigen Kauf gegeben habin vnſer Slos das Nuwnhuß in vnſerm Lande zu Franken gelegen mit allen vnd iglichen ſinen Zugehorungen, nemlichen dem Fleke vor dem Sloße gelegen, daſelbſt eynen Zenden vnd Schafftriebe, Schirſchenitz das Dorf yn halb Buw daſelbſt, Sigilruthe das Dorf, einen Zenden daſelbſt, Gefelle das Dorf eyn halb Buw vnd Zehnden daſelbſt, Kulersrode eyn halb Buw mit allen ſinen Zugehorungen vnd Weſen, Eyne zu Hybiſch und eyne zu Linth gelegen, Rothmar das Dorf, Eygenitz das Dorf, Wedehuſen das Dorf, Swerzelſtorf das Dorf, Buch das Dorf vnd eynen Zehenden daſelbſt, alle vnſere Gerechtigkeite zu Nykenrode zu Wolframsdorf vnd . . . als Wyſeth c) vnd Frondinſt mit allen iren egkern, Weſen, Molen, Sehen, Seheſtetten, Flyſtewaſſern, Gerichten über Hals vnd über Hand, allen Rechten Gewonheiten vnd Frondinſten, mit Weldern Holzern vnd Wiltpanen die der . . . . geforſtet had, doch vßgenomen das Gehege, op das vor Alder zu dem Nuwenhuſe gehört hette, das wollen wir für vns behalden vnd geheget haben vnde darzu Hanß Rupeln zu Ylaw geſeſſen der vns von deme Zcytelwalde (Bienenwalde) vnd Harzwalde gen Koburg dynen vnd gewarten ſoll, alſo wir vnd vnſer erben Herſchafft das lange Zit bißher Inne gehabt vnd herbracht habin, nichtes davon vßgenomen ane Geverde. Das benante Slos mit ſinen Zugehorungen habin wir alſo zu Kauſe gegebin den erbern veſten vnſern liben getruwen Hentzen vnd Günthere von Roſenaw gebrudern, Münzmeiſtere genant, vnd allen iren erben, vor Sechßtauſend gute Ryniſche Gulden die Im Lande zu Franken genge, geneme vnd vnvorſlagen ſind one Geverde. Der wir ganz vnd wolzudanke von In bezalt ſyn vnd die wir an vnſern merglichen Nutze vnd Fromen geleget vnd gewand habin. Darvmb vorzihen wir vns des obgenanten Sloßes mit allen ſinen Zugehörungen, mit den armen Luten in dem Gerichte geſeſſen, die wir Eyde vnd Huldunge ledig geſagt vnd an die genanten Kaufere gewyſen habin, ſie geheißen yn eine rechte Erbhuldigunge zu thune. Und damit ſetzen wir ſie vnd ire erben des Kaufes vnd Schloßes in rechte nutzliche Gewehre, alſo das ſie das fortmehir Inne haben, nutzen, gebruchen vnd genyſen ſollen, beſetzen vnd entſetzen nach iren Willen als andere ire

Ex orig.

c) Wyſet oder Weiſat bedeutet eine gewiſſe Abgabe von Victualien, welche die Gutsbeſitzer ihrem Lehnherrn an den Feſttagen zu leiſten verbunden waren. Haltaus Gloss. m. aevi, sub voce Weiſat.

eygene Gutere vngehindert von vns vnd allen vnſern erben one Geverde. Und wir wehren ſie auch des obgenanten Sloßes mit ſinen Zugehorungen für freieygen vnverſetzt vnd vnverkauft an andern enden. Würde yn aber ymand daryn ſprechen an welchen Stugken das were, das wollen wir ſie entweren vnd yn das ſpruchfry vnd ledig machen von eynem ydermanne ane yren Schaden vnd ane allis Geverde. Auch ſoll das Sloß zum Nuwenhuß vnſer vnd vnſer Erbin ofine Sloß ſein zu allen vnſern Kriegen vnd Nöten, wo wir des bedurfen wirden, ſo ſollen vns Hentze vnd Günther oder ire Erben darmide behulffen ſeyn vf vnſere Koſte vnd Ebenthuere one iren Schaden, vnd wir wollen ſie auch mit dem genanten Sloße vnd allen ſinen Zugehorungen getruwelichen ſchützen vnd ſchirmen vnd fürtedingen als andere vnſre Manne vnd Vnderſaſſen gein eynem ydermanne der yn Gewald vnd Vnrecht thun wolde vnd gein den wir Ir auch zu rechte mechtig geſein konnen one Geverde. Wurde auch des obgenante Slos Nuwenhuß von vnſer Fehede wegen verloren, Hentzen vnd Günthere oder iren Erben angenommen vnd von Handen gebracht, ſo ſollen vnd wollen wir vnſern Ernſt vnd Fleiß mit vnſern Landen vnd Luten darzu thun, das wir das wider gewynnen vnde In das darnach in eynem virtel Jars oder ehir widerſchaffen vnd Ingeben oder eyn anders, das an allen Nutzen vnd Zugehorungen ſo gut iſt, als das Nuwehuß, vnd yn das fürſchrieben vnd fürmachen Immaßen als wir In das Nuwehuß verſchriben vnd vermacht haben one Geverde. Teten wir aber das nicht, ſo ſollen wir oder vnſer Erben ſolche obgeſchribene Sume Geldes, als ſie vns vor das Nuwehuß gegebin haben, In drien Monden darnach yn oder iren Erben widergeben vnd bezalen zu Koburg oder in einer andern vnſer Stete eyne, da ſie ire Bezahlunge am beſten nemen wolden. Da ſullen ſy auch vmb ſollich Geld, wenn ſie das von vns empfangen haben vnſer ſlecht, frye, ſicher gute Gleite habin, wir ſollen ſie auch nach der Bezalung mit irem Gelde von der Stad der Bezalung ſechs Mylen Wegs in einander Sloß oder Stadt ſicher gleiten laſſen vf vnſer ſelbiſt Koſt vnd Ebenthure one Geverde. Auch ſollen ſie die armen Lute in dem Gerichte zu Nuwenhuß geſeſſen mit keynerley Nuwekeit beſwereren noch vbernemen, ſondern ſie ſollen die bie den alden Zinſen, alle iren Erbe, Egkern vnd Weſen ſitzen vnd bliben laſſen als ſie bie vns her geſeſſin habin. Alle Gerichtsfelle vnd Buſſen mögen ſie von In nemen nach Gnaden vnd das Hantlon nach Gewonheit vnd der armen Lute Vermögen. Sie ſollen auch vnſere Welde vnd Holzere weder mit verkaufen noch henegeben nicht verwuſten, ſundern zu irer Notturft vf den Sloſſe vnd andern Hofen zu verbuwen vnd zuvor . . . . . . gebruchen vnde den armen Luten in den Gerichten zu irem Buwens geben, nach Notturften one Geverde. Sie ſollen auch vnſere Wiltpanen vnd Fiſchwaſſere . . . . . . behalten an allen Orteren vnd ſo weyd wir die bißher gehabt vnd behalten haben, darzu wir vnd vnſere Amptlute yn flißiglichen Behulfen ſein ſollen wo yn das Nod ſyn wirdet one Geverde. Were auch das die genannten Kaufere oder ire Erben das Sloß Nuwenhuß mit ſinen Zugehorungen fürkaufen welden oder muſten, das mögen ſie tun, doch mit vnſern Wiſſen vnd Willen vnd alſo das ſie das nicht hocher geben danne als diſſer Brif Inne heldet vnd auch keynem an-

dern

dern denn iren Genoſſen oder Vndergnoſſen one Geverde. Auch haben vns die obgenanten Heinrich vnd Günther von Roſenaw für ſich vnd ire erben den Willen bewiſet vnd die Gunſt gethan, das wir oder vnſer erben das obgenant Sloß Nuwenhuß mit ſinen Zugehorungen von yn oder iren erben wider kaufen ſollen vnd mogen vmb ſechstauſend Gulden ſollicher Werunge als obin geſchriben ſtett, welches Jars wir wollen, doch nach Innehalde diſes Brives vnd ires Reverß, vns widerumb von yn darüber gegeben, vnd welches Jars vns des fuglichen wirdet, ſo ſollen wir den Widerkauf tun vf Sente Johanstag Baptiſten virzen Tage davor oder virzen Tage darnach, alſo das wir yn den Widerkauf eyn virtel Jars zuvor zugeſaget vnd kuntlichen zu wiſſen gethan habin. Solliche Bezalung der ſechstauſend Gulden vnd Schaden, op des icht daruf gethan were, ſollen wir oder vnſer Erben thun . . . . vnd das Gelt mit Gleite verſorgen imaßen vnd an Steten als obgeſchriben ſtet ꝛc. Die obgenanten Henze vnd Günther von Roſenaw oder ire erben ſollen auch alle Jar jerlichin, diwile ſie vnſer Sloß Nuwenhuß Inne haben, an demſelben vnſern Sloſſe funfzig gute reiniſche Gulden mit Wiſſen vnd . . . . vnſer Amptlute zu Koburg nuzlichen vnd bequemlichen fürbuwen nach des Sloſſes Notturft one Geverde. Diſem Brive ſol auch nicht ſchaden keynerley Tadel an Schriften, Inſigile vnd Löchern, ſondern er ſol Kraft vnde Macht haben an allen Gerichten geiſtlichen vnd wertlichen wo er gewiſeb werdet one Geverde. Vnde durch merer Sicherheit vnd Befeſtunge willen diſes Kauſes aller Punkte vnd Artikele diſes Brives haben wir obgenanter Sigmund Herzoge zu Sachßen für vns vnd alle vnſer erben vnd Nachkommen zu guten vnverſcheidelichin Burgen geſatzt, diſe nachgeſchribin vnſer libin getruwen Burgermeiſter, Rete vnd ganze Gemeyne vnſer Stete Königsberg vnd Hilpurgehuſen, op vnſern Käufern oder iren erben von vns oder vnſern erben an iren gekauften Gutern, nemlich dem Nuwenhuſe Slos, Flegke, Dörfern, Zenden, Sehen, Seheſtetten, Fiſchwaſſern, Gerichten mit allen vnd iglichen iren Zugehorungen, Inſprache, Hinderniſſe oder Fürkürzunge geſchehe, oder Wir mit Bezalungen oder Vffagungen ſumig würden, das ſie die benanten Jre Burgen darumb zu manen hetten, nach Inhalt vnſer vnd derſelben Burgen Brive darüber gegeben. Wir obgenannter Herzoge Sigmund gereden für vns vnd vnſer erben den obgenanten Hentzen, Günthere vnd allen iren Erben, den obgeſchribenen Kauf gutlich vnd vngeverlichen zu halden, die Burgen leiſten oder nicht; one Geverde. Des zu Urkunde vnd waren Bekentniſſe haben Wir obgenanter Herzoge Sigmund vnſer Inſigel für Uns vnſere erben vnd Nachkommen öffentlich an diſen Brife laſſen hengen. Der gegeben iſt zu Coburg noch Criſti Geburte virzenhundert Jar vnd darnach Jm ſechsvnddriſigſten Jare am Mittwochen nach dem Sontage Exaudi. d)

d) Auf der Außenſeite dieſer Urkunde ſtehet: „Bey dem Edelln Hernn Heinrichen Rewßen von Plawenn, Hernn zu Greätz vnd Cranichfelt, Pflegern, vnd Petern Prackloren die Zeit Schoſſern zu Coburgk, Jſt dieſer Brif von Ernn Oßwalten von Roſenawe Rittern zu Coburgk erlöſt, am Montag nach Trinitatis anno dom. etc. octuagesimo quarto.“

V.

Biſchoff Johann zu Würzburg und die Herzoge zu Sachßen, Friedrich und Wilhelm, verbinden ſich mit einander gegen die Herrn von Tüngen.

Den 3. Septbr. 1437.

Ex orig. Wir von Gotes Gnaden Johanns Biſchof zu Wirtzpurg für vns vnd alle vnſere Nachkommen vnd Stifft, vnd Wir von denſelben Gnaden Friderich vnd Wilhelm Gebrudere Herzogen zu Sachßen, Lantgrauen in Doringen vnd Margrafen zu Mißen für vns vnd vnſere Erben bekennen mit dieſem vnſern ofen Brieve gein allermeniglich, das Wir vns freüntlichen wolbedechtig vnd mit rechter Wiſſen vereynet vnd vertragen haben einer Hilfe vnd Beyſtants vf vnd wider Karln von Tüngen, der vnſers Biſchoffs Johanns obgenannt vnd vnſers Stiffts Feindt iſt durch ſeinen Mutwillen, immaſſen als hernach geſchriben ſtet. Des erſten ſullen vnd wullen wir obengenannte Herzogen Fridrich vnd Wilhelm des egenannten Karls feindt zuſtundt werden vms willen vnſers Herrn vnd Freünds von Würzpurg vnd ein abelage tun an den andern von Tüngen allen, die mit Karln teil vnd Gemeyne haben, vnd ſullen darnach wir egenanten Fürſten von Wirzpurg vnd von Sachßen ſolcher vehde gein den von Tüngen vnd allen andern die ſich gegen vns darbins mit Jn annemen wurden, mit Hilfe vnd Rate getrewlichen bey einander bleiben, helfen vnd raten vnd ſich auch keiner vndrer vns mit denſelben vnſern Feinden abeſünen, friden oder verworten on des andern willen in keine weiße bis zu gantzen ende vnd vßtrage ongeverde Hirauf ſü der ſind wir eins worden eines Herzugs zu ziehen für Karls von Tüngen Sloße, nemlich vf den Montag nach ſand Martinstag ſchierſten mit heherscraft, vor den Rewßenberg im Felde zu ſein gewißlich vnd one alles ſewmen, zu ſulchem Zuge Wir obgenante Herzogen Friderich vnd Wilhelm ſechshundert Pferde reyſiges gezeüges wol gezeügtes Volkes vnd zwentauſend tuglicher zu Fuße, darzu auch Büchſen, Büchſenmeiſter, Pulver, nemlich ein groſe Büchſe vnd ſolchs Gezeüges ſo beſte wir mugen vf die obgerurte Zeit vor dem Rewtzenberge zu vnſers obgenannten Herrn von Wirtzpurg Volk vnd Gezeüze ſchiken ſollen vnd vnd wollen vngeverlichen, dahin vf denſelben Tag Wir Biſchof Johanns egenannt vnſers obgenanten Herrn von Sachßen Hauptman ſchiken ſollen tauſent Gulden vnd funfzehen Fuder Weyns, vnd damit aller Koſte vnd Zerunge zu ſolchem Herzoge von Jm entbrochen ſein, one alleyne das ſie ſich Futers vnd anders zu notdurft doch auf das gelympflichſt in vnſern Lande erholen mugen, nach vnſers Biſchoffs Johannſen Anweiſung vnd Rate ongeverde. Vnd ob das geſchen, das wir mit einander den Rewſenberg oder ander der von Tüngen Sloße gewunnen, deren Jren Zugehorungen vnd Vffhebungen vngeverlich wir obgenante Herzogen von Sachſen ein Dritteil haben ſullen vnabgeloßt fünf ganze Jare nachdem vnd ſie gewunnen worden waren, vnd vßgende den obgerurten fünf Jaren ſo moge vnſer Herre von Wirtzpurg ſeine Nachkommen vnd Stifft von vns obgenanten Herzogen von Sachßen oder vnſer Erben ſolich obgerurte Slos vns eine nemliche Summe Geldes, vf erkentniſſe zweier vnſer iglicher Parthien Rete, die

alsdann von vns beiden Teilen vnſern Nachkommen oder Erben darzu gegeben werden ſullen, als ferne dieſelben vme ſulche Summe zu der abloſunge ein werden mügen. Mochten ſie aber darbins nicht eins werden, ſo ſullen dieſelben vire alsdann Macht haben, vf ir eyde einer fünften vnd vngeraden zu kieſen, was dann die fünf oder der merteil vnder In darbins vßſprechen, dafür ſullen Wir obgenannte Herzoge von Sachſen oder vnſer Erben vnſern Herrn von Wirtzpurg oder ſeinen Nachkommen vnd Stifft ſolche Sloße one Widerſprache vnd Eintrege zu loſen geſtaten ongeverde. Sunderlich von gefangen wegen, ob der icht gefangen würde, Es were in den Sloßen, zu Felde oder anderswo, nemlich Reyſige, Iſt beteydinget, was der wurde, das wir obgenant Biſchof Johanns daran dreytauſent Gulden Irer Schatzung zu voraus haben ſullen, an den vbrigen wivil das würde, daran ſullen wir obgenannte Herzoge von Sachßen einen Dritteil haben ongeverde. Ob auch das geſchee, das wir viel genannte Fürſten von Wirtzpurg vnd von Sachßen vnſer Nachkommen vnd Erben von obgenanter der von Tüngen Krige, Zweytracht vnd Sloße wegen, die alſo gewunnen worden weren, oder vmb was ſich darüber mit Heertzügen vnd ſunſt vorlaufen hette, hernach angelanget vnd beteidingt wurdden ſampt oder beſundern zu Eren oder zu rechte, vnd wir vßtrag ſolcher Sachen wirden bieten vf vnſer Rete oder ſunſt wie wir vns des nach Notdurft der Sachen vnd der Koſten werden vertragen, des ſolte vnſer eyne Parthie der andern darinne getrewlichen beyſteen, helfen, raten, vnd auch vmb was alſo in ſulcher Anſprache erlangt würde, gefolgig ſein one Widerſprache vnd one Geverde. Wir obgenannte Fürſten von Wirtzpurg vnd von Sachßen ſullen auch vnd wollen vf den obgerurten der von Tüngen Sloßen, ob vnd was wir der gewunnen, die wir anders eintrechtiglichen nicht würden brechen, einen Amtmann haben, der vns beden darzu, als gewonlich iſt, globen vnd ſweren ſol on alles Geverde, darzu auch ſollen vnd wollen wir — zu ſulchen obgerurten Schloßen, alle dieweile die vnabgeloſt weren, ſich gegen einander eines rechten Burgfriedes gnuglichen verſchreiben, den globen vnd ſweren vnd es damit halden als gewonlichen iſt ongeverde. Auch ſol vnſer obgenannten Fürſten keiner wider den andern vß ſolchen Sloßen oder darein behelfen in keine Weiße, vnd auch einer des andern beſeſſen Mann oder Diener darauß oder darein nicht bekriegen noch beſchedigen, des anders ſein Herre mechtig iſt zu rechte für ſeinen erbern Rate, darauf derſelbe ſein Herre ſleuniges rechten von Im helfen ſol, dem der zu Im zu ſprechen hat ongeverde. Zu Vrkunde aller obgeſchriben Artikel, als wir vilgenannte Fürſten vnſer Nachkommen, Stifft vnd Erben die alle vnd iglichen beſundern vns in gemeyne oder ſunderheit anrurende, ſtete, veſte, vnd vnverbrochenlichen halden wollen, haben wir Biſchof Johanns obgenannt für vns vnſer Nachkommen vnd Stift vnſer Inſigel, vnd Wir Herzog Fridrich auch vnſer Inſigel, der Wir Herzog Wilhelm nutzumal mit Im hieran gebruchen, an diſen Brief wiſſentlich laſſen hengen. Vnd Wir Ytel Hiltmar Tumherr der Elſte, an ſtat eines Techants, vnd das Capitel gemeiniglich des Tumſtiffts zu Wirtzpurg bekennen mit dieſem ſelben Brive offenlich das aller obgeſchriebener Vertragk Hilfe vnd Beyſtant nach clerlicher Inhaltung ditzs Briefs mit vnſern Willen, Wiſſen Gunſt vnd Ver-

hengkniße geſcheen vnd zugangen iſt vnd den an allen Stüken vns anrürende genzlichen halden vnd da wider nicht tun wollen noch ſchiken getan, in keine Weiße an alles Gevrede. Des auch zu Vrkunde haben wir vnſers Capitels Inſigel den der obengenannten vnſer gnedigen Herrn von Wirtzpurg vnd von Sachßen Inſigele williglichen hengen laßen. Vnd zu merer Sicherheit haben wir nachgeſchriben dieſer Sachen teydings lute mit Namen Heinrich Graue von Swarzburg Herr zu Averſtete vnd Sondershuſen, Heinrich von Bünawe, Ritter, Hofmeiſter, Conrad vom Steyn Marſchalk vnd Otte Spigel für vns vnd Herr Apeln Vitztum Ritter vnſern Mitteydigungsman, vnſer yglicher ſein eigen Inſigel, doch vns vnd vnſern Erben one Schaden, wißentlich gehangen an dieſen Brief der geben iſt zu Nürnberg nach Criſti Geburt Vierzehen hundert darnach in den Siben vnd drißigſten Jaren am Dinſtag noch Sand Egiden tage des heiligen Beichtigers.

VI.

Einigungs Vertrag zwiſchen den geiſt- und weltlichen Kurfürſten, die Herſtellung des allgemeinen Landfriedens betr.

den 21. März 1438.

Ex orig. Von Gots Gnaden Wir Dietherich Ertzbiſchoff zu Mentze des heiligen Römiſchen Reichs in dutſchen Landon ErtzCantzler, Dietherich Ertzbiſchoff zu Colne des heiligen Römiſchen Reichs in Italien Ertzcantzler, Rabann Ertzbiſchoff zu Trier des heiligen Römiſchen Reichs in Weliſchen Landen vnd durch das Königreich Arelath Ertzcantzler, Ott Pfalzgraue by Rine Herzog in Beyern vnd des Hochgebornen Fürſten Hern Ludwigs, Pfaltzgrauen by Rine des heiligen Römiſchen Richs Ertzdruchſeßen vnd Herzogen in Beyern, vnſers lieben Vettern der noch vnder ſinen Jaren iſt, Furmunder, Friderich Herzog zu Sachßen des heiligen Romiſchen Richs Ertzmarſchalk vnd Friderich Marggraue zu Brandenburg des heiligen Römiſchen Richs Ertzcammerer, bekennen vnd tun kunt offenbar mit dieſem Briefe, das wir beſonnen vnd betrachtet haben ſoliche vnordentliche ſwere vnd unredliche Sachen die zu dutſchen Landen tegelichen ſich verlaufen vnd begangen worden mit Raube, Brande Vientſchaffte vnd anders vnd ye me vnd me inrißen, vnd das davon noch großer vnd ſwerer Verrad, ſchade vnd Irrunge den gemeynen Landen entſteen vnd kommen mogen, ſo ſin wir auch von des heiligen Richs vnd vnſern Grauen, frien Ritterſchaft vnd Vndertanen geiſtlichen vnd weltlichen angerufen, ermant vnd gebeten worden, als Kurfürſten des heiligen Römiſchen Richs, ſolichen großen ſweren vnordelichen vorberurten Sachen zuwidderſteen, dafür zu ſin vnd zu helfen, das ſoliche Vnordelichkeit nieder getruket werde. Das haben wir vns alle dem allmechtigen Gote zu lobe dem heiligen Römiſchen Riche zu Treüe vnd den gemeynen Landen vnd allen fromen Luten zu Nutze vnd fromen mit einander fruntlichen vnd gutlichen vnderret vnd vns zuſamen verbunden vnd vereynet, dieſe hernachgeſchriben Stüke vnd Artikel in allen vnſern Fürſtentumen, Landen vnd gebieten zu halten vnd auch von den vnſern vnd der wir mechtig ſind getruwelichen nach vnſern beſten Vermögen zu beſtellen gehalten wer-

den vnd verennen vnd verbinden vns auch in kraft dieß Briefs dieſelben hernachgeſchriben Stuke zu halten vnd zu beſtellen gehalten werden als vorgeſchriben ſtet ane alle geverde. **Zum erſten** ſol der Akerman vnd Wingartman vſer ſinem Huſe mit ſiner Habe, die man zu den Eckern vnd Wiugarten die zu buwen vnd zu arbeiten bedarff vnd vf den Eckern vnd Wingardten vnd Widderhenne zu huse vnd als man die Früchte ſniden vnd den Wyn leſen vnd das alles infuren ſol, ſicher ſin. **Item** ſo ſol nymant burnen (brennen) oder brantſchetzen oder Fuer legen weder tages oder nachts es ſy in fientſchafft oder one vientſchaffte. **Item** ſollent alle geiſtliche Lute, Kindelbetter vnd auch die die in ſweren Krankheiten ſin, ſicher ſin vnd nit beſchediget werden. **Item** ſollen Kirchen, Kirchhofe vnd **Wiedemhofe** e) auch ſicher ſin vnd ſol daruß nit genommen werden noch auch keine Were darauß geſcheen. **Item** das nymand dem andern ſchaden tun ſolle, Er habe Jne dann zuvor zu rechte erfordert vnd ob Jme das Rechte nit gedeyen vnd widderfuren mochte, So ſol er dennoch den nit angreifen noch beſchedigen, er habe Jme dann das dry tage vnd dry nachte ganze zuvore in ſin Huß, da er ſin gewonnliche Wonunge hat, verkundet vnd ſich bewaret. †) **Item** es ſol auch kein reyſig Knecht ſin, der ſin eigen Pferde habe, er habe dann einen Herren oder Jungherren des gebrotten vnd gedingter Knecht es ſy, vnd ob der Knecht ichts dete widder die vorgeſchriben ſtuke, mochte dann den ſin Herre oder Jungherre ankomen, ſo ſol er Jne behalten vnd Recht über Jne geen laſſen, vnd was ſuſt Reiſiger knechte weren, die eigen Pferde vnd nit Herren oder Jungherren hetten als vorgeſchrieben ſteet, die ſollent nirgent Friede, troſtunge noch Geleite haben ane alle Geverde. **Item** wer der vorgeſchriben Stuke eins oder me überfure vnd darwidder dete oder dazu hülfe das darwidder getan würde, oder dieſelben mit Willen, wißen oder Gevorde hußte oder hielte, der oder die ſollen widder Ere vnd Recht getan han vnd ſollen auch der oder dieſelben keinerley troſtunge, Friede oder Geleit haben, an keinen ſtetten oder enden ſundern es ſol vnd mag menglich zu dem oder denſelben macht haben, ſie an Libe vnd Gute anzugreifen vnd daran nit gefrevelt haben, glicher weiſe vnd in aller maß als ob ſie mit des Richs Hofgerichte geheiſchen vnd mit rechtem vrteil verrichtet vn in die achte getan weren, vnd darzu ſo ſol derſelbe Lip vnd gute nymant verantworten noch beſchirmen in dheinen weg, vnd in welichem Gerichte ſie begriffen werden ſo ſol man ſie ane alle Intrage behalten vnd vber ſye richten als vorgeſchriben ſteet, vnd ſol yeglicher Kurfürſte in allen ſinen Gerichten beſtellen, das das alſo gehalten vnd dem nachgangen werde. Vnd wir obge-

e) **Wiedemhofe** bedeutet ein Guth welches einer Kirche oder einer geiſtlichen Stiftung zugehorte. fundus dotalis ecclesiae. — Scherzii Glosar. m. v. p. 2015.

†) Die nehmliche Verordnung, wodurch das Fauſtrecht gewißermaſen legaliſiret wurde, findet man ſchon in den bekannten Reichsgeſetze K. Friedrichs. vom J. 1187, worinne es unter andern heißt: Statuimus etiam ut quicunque alii damnum facere aut ledere ipsum intendat, *tribus ad minus ante diebus per certum nuncium ſuum diffiduciet eum* etc. (Olfenſchlagers Urkundebuche zur güldenen Bulle, S. 136.) Die öffentliche Sicherheit Deutſchlandes hatte alſo in einem Zeitraum von 250 Jahren noch keine Vorſchritte gemacht, und im J. 1438 befande ſie ſich noch in eben der traurigen Lage, wie ſie im Jahre 1287 war.

nannt Kurfürſten alle haben einander vnd vnſer yeglicher dem andern mit guten truwen vnd by vnſern fürſtlichen Eren vnd Wirden gerett vnd verſprochen alles das in dieſem Briefe geſchrieben ſteet, ware feſte ſtete vnd vnverbrochlichen zu halten zu vollfuren vnd zutunde vnd auch von den vnſern, der wir mechtig ſint, getruwlichen nach vnſerm beſten vermogen zu beſtellen gehaltrn werden alle Gewerde vnd Argeliſte in allen vnd yeglichen vargeſchriben Stůken genzlichen vsgeſcheiden. Vnd des zu Vrkunde ſo hat yeglicher ſin Ingeſiegel an dieſen Brief tun henken. Der geben iſt zu Frankfurt of den Fritag nach den Sontage als man ſinget in der heiligen Kirchen Oculi in dem Jare als man ſchreib nach Criſti geburt duſent vierhundert dreißig acht Jare.

VII.

Straf- und Gerichtsordnung für die Pflege Coburg.

circa 1440.

Gebott und Verbott vor Heegung des Gerichts.

Ex Copia perantiqua.

Erſtlich redet eyner ein freventlich Wort, ſo ſoll er vmb Lxxiii pfennig geſtrafet werden, davon geburt der dritteyl dem Cleger vnd die zwenteyll dem Richter vnd der Herſchaft.

Zeyhet eyner dem andern eyns dibbſtals, ſchiltet In eynen pôſwicht, Schalk Verreter, Mörder oder anders vnd widerredets noch verleugents nit vnd kans mit Grunde der Warheit nit ausrichten, der iſt dem Cleger zehen pfunds Gelts vnd der Herſchaft zweymal ſo vill verfallen.

Fugt eyner dem andern flißende Wunden es ſey mit was waffen das geſchehe, der ſol dem clagenden teyll eyn jede flißende Wunden mit v ℔ verpußen vnd der Herſchaft zweymal ſo viell.

Erſchlågt oder mordet eyner den andern vnd würde dann ſellicher todtſchlag in der Gůte vertragen vnd beygelegte, wie vill dan der Thetter dem clagenden teyl gibt, iſt er der Herſchaft auch gleich ſo viel zu geben ſchuldig. f)

Thur eyner einen Wurf nach eynen andern mit Stein, Parthen oder anders vnd feylt, da iſt er dem Cleger v ℔ verfallen vnd der Herſchaft zwier ſo vill. Tryfft er aber, was dann jehner für Schaden auß ſolchen Wurff empfehyt, das ſoll der Thetter nach erkentnis der Schôpffen vnd Gerichts verpußen.

f) Der Mord war alſo in dieſem Zeitraum noch kein Capitalverbrechen, das mit den Leben verbůßet werden muſte. In dem Frankfurther Stadtrecht vom J. 1252 wurde auf den Mord eine Strafe von 10 Pfund Heller (30 fl.) und die einjährige Verweiſung aus der Stadt geſetzt. (Senckenb. Sel. jur. et hist. T. 1. p. 6 u. 22.) Noch im J. 1400 heißt es in dem Burgfrieden der Herrn von Schweinsberg: — „Slehet vnſer einer den andern tod, ſo ſoll der, der den Todſlag ge„tan hette, ſeinen Theil an Schweins„berg verlorn han vnd nimmer darein „kommen." (Kuchenbeker anal. Hass. Coll. 1. p. 100).

Gewynt eyner ein Were oder zeucht vber ein andern, Es geſchehe auf der Schenkſtadt oder anders wol auf der Schenke Lehen, der hat der Herſchafft dieſelben Wehr vnd fünf pfund Gelts verfallen.

Es iſt keynem jeden Schepfen verbotten, an Laub (Erlaubniß) des Richters nit auf zuſtehen noch nieder zu ſetzen, bey Straff dritthalb pfund.

Appellirt eyner von eynen Vrtheyll vnd nympt die Gerichts acta, der iſt dem Richter eynen Gulden für das Sigill aufzudruken ſchuldig, desgleichen ſo vill Schöpfen der Richter zu verleſung der Gerichtsacten zu Im erfordert, was dieſelben verzehren an eßen und Trinken dae ſoll der appellant auch ausrichten.

So eyner geſprochnen Urtheyll in XIIII Tagen den nechſten nit volg thut, der hat auch die höchſte Buß verfallen.

So eyner vor Gericht vom Richter citirt wird vnd derſelb pleybt außen, vnd erſcheynet nit gehorſamlich, kan auch ſeynes Außenbleibens nit genugſam Vrſach anzeigen der iſt dem Richter dritthalb pfunt verfallen, iſt auch dem Cleger ſeynen Expenß auszurichten ſchuldig.

Bleybt er zum andern mal citirt außen vnd ſeines Außenbleybens nit genugſam Vrſache fürwenden mag, der iſt dem Richter v Pf. verfallen auch dem Cleger ſeyn Expenß außzurichten ſchuldig. Bleybt er aber zum drittenmal außen vnd kan nit Vrſach anßagen, ſo hat der Cleger ſeynen Spruch erſtanden, man ſoll Jme auch von Stunde an rechts verhelfen.

Nymt eyner im Gerichte eynen Geburtsbrief, ſo iſt der Richter ſchuldig, den begerenden teyll ſechs Schöpffen zu erfordern vnd zween Zeügen zu verhoren, vnd derſelb iſt dem Richter für das Sigell aufzudrucken ein halben Gulden ſchuldig. Desgleichen ſoll derſelb, was die Schöpffen verzeren, auch ausrichten, ſich auch mit dem Schreiber vertragen.

Es iſt verbotten das Niemandt weder Hanff noch Flachß oder Gewerk in den Stuben auf den Offen dorren noch bereytten ſol bey v Pf. der Herſchaft. Man verbeüt auch alle Martſtein das die nymandts an der Lehen herrn ſetzen noch entſetzen, weder verrucken noch außreiſen ſoll noch ſonſt kein Markung abthun noch abhauen bey der höchſter Buß. Man verbeüt das Nymand dem andern ſol abhauen noch abſchneyden weder Holz noch Zayn desgleichen weder Baum belzer noch Belzrenßer bey Straff v Pfund. Man verbeüt auch das keiner in die Stuppfel treiben es ſey denn die Velder zuvor gereümpt bey der Straff v Pfund. Es ſoll auch Nymand von Manns- oder Weybesperſon jung oder alt, kein Birn noch Apfell vſen Velde abſchütten oder abſchlachen an Erlaubniß bei der Straff wie abſtert. g).

g) Dieſe Urkunde hat zwar weder Jahrzal noch datum; Aber nach der Handſchrifft zu urtheilen, rühret ſie aus der erſten Hülffte des 16ten Jahrhunderts her. Gewißer maßen war ſie das Muſter, nach welchem Herzog Wilhem zu S. im J. 1466 für die Stadt Coburg eine Straffordnung errichtete, (Beil. Nr. XIX.) welche in einigen Punkten mit der gegenwärtigen übereinſtimmt.

VIII.

Extract, vom J. 1442.

Kaiſer Friedrich V. als römiſcher König verleyhet Kurfürſt Friedrichen II. zu Sachßen und deßen Bruder Herzog Wilhelmen III. unter andern auch die Schloß vnd die Stette in Francken, nemlich Coburg Sloß vnd Stadt, Königsperg Sloß vnd Stadt, Strauf, Schawmburg, Newhauß, Hilpurghaußen, Sonnenberg, Eſevelt vnd Rota, mit allen Zugehörungen vnd alles das, das ir Eldern vnd Sy bißher als Eigenthum hetten gehabt, wo das gelegen vnd wir das genannt iſt, nichts ausgeſchloßen, das alles Syves vnd dem Reich wolbedachtig zu ewigen Zeiten zu Lehen aufgeben vnd zu Lehn ytzund von vns, als römiſchen König empfangen haben. ꝛc. geben zu Ach nach Chriſti Geburt vierzehen hundert Jar vnd darnach in dem zwei vnd vierzigſten Jar aw Montag nach Sond Veitstag der heil. Mertirers vnſers Reichs im dritten Jar. h)

IX

Der Stadtrath zu Coburg huldiget, auf Befehl Kurfürſt Friedrichs zu Sachſen, ſeinem Bruder dem Herzog Siegmund, Biſchof zu Würzburg.

den 22. Septr. 1443.

Ex orig. Wir dy Bürgermeiſter vnd rate der Stat Coburg bekennen vnd thun kunt mit dieſem offen Brief geyn allermeniglich für vns vnd dy ganze Gemeynde, das wir von Schrifften vnd geheiße das aller durchleüchtigſten Fürſten und Herrn Herrn Fridrich Herzog von Sachßen des heyl. Romiſchen reychs erzmarſchalke ꝛc. vnſers allergnedigſten liben Herren vf heüt datum diß briefs, dem Hochgbornen Fürſten vnd erwürdigen Herren in Got, Herrn Sigmunden Biſchof zu Würzburg, vnſern gnedigen liben Herrn, mit Hantgebenden Trewen globt haben, als er dann iezunden zu vnſern gnedigen Herrn zukünftig ſein wirdet vnd ſich noch iren Gnaden meynt zurichten vnd zu halden, das Im keyn Gefenkniße von vnßer gnedigen Herrn nicht Wiederfaren ſoll i) vnd ob ſich der hochgeborne erwürdige In Gott Vater Herr Sygmund mit ſeinen Bruder vnſerm gnedigen Herrn nicht guttlich vortragen mocht, der wir zcu Got nicht hoffende ſein, vorſchreiben wir vns von des rats vnd der ganzen Gemeynde wegen bey ſulchen Glübden, als wir ſeiner Gnaden gethan haben, das ſein Gnade widder ſol ge-

antwurt

h) Dieſe Urk. ſtehet in Müllers R. Tags Theater Vorſt. II. S. 517.

i) Herzog Siegmund war, wegen ſeines unordentlichen Lebens, von ſeinem Bruder, Kurfürſt Friedrichen II. im J. 1443 in gefängliche Verwahrung gebracht, jetzo aber unter der Vorausſetzung, daß er ſich ordentlich betragen werde, ſeines Arreſtes entlaſſen und ihm die Pflege Coburg, zu ſeinem Unterhalt eingereümet worden. Der Stadtrath mußte ſich daher verbindlich machen, Siegmunden auf den Fall, wenn er ſich gegen den Kurfürſt vom neuen vergehen würde, an denſelben, ohne alle Wiederrede, wieder auszuliefern.

antwurt werde an dy Stat, darin vnſers allergnedigſten Herrn Gnade hat laſſen vfnemen, daran ſol nicht hindern keynerley Herngebot noch Verbot geiſtlich noch werntlich, Babſtes oder Kayſersrecht, wy man das erdenken mocht. Vnd wann der genant vnſer Herr von Würzburg an ſulche ſtat geantwurt wird, oddir ſich . . . . . gutlich mit vnſern gnedigen Herrn vertragen hat, ſo ſullen wir ſulchs Glübdes als obgeſchriben ſtet von Im ledig ſein vnd dieſer Brief ſol fürbas tot vnd ab ſein vnd keyn Crafft noch macht haben in allen ſteten wo er geweißt wird an geverde. Zu Vrkund dieſer Schrift geben wir dem hochgebornen Fürſten vnd erwürdigſten In Got Vatern Hern Sygmund Biſchoff zu Würzburg vnbedenklichen mit wolbedachten Mute dieſen Brief vorſigelt mit vnſern aufgedrukten Statinſigel, Der geben iß nach criſti Geburt vierzehen hundert jar darnach in dem drey vnd vierzigſten Jar an dem Suntag ſant Mauricius tag.

X.

Herzog Wilhelm zu Sachßen verbindet ſich mit innen benannten Grafen, Herrn und Rittern des Fürſtenthums Thüringen, gegen ſeinen Bruder, Kurfürſt Friedrichen zu Sachßen. k)

den 19. Oct. 1445.

Wir Wilhelm von Gotes Gnaden Herzog zu Sachßen, Lantgraue in Doringen vnd Marcgraf zu Meißen bekennen offentlich an dieſem Brieve für uns vnd vnſer erben, gein allermaniclichen, das wir groß zu ſynnen genommen, hochbetrachtet vnd gewogen haben, wie gar löbelich vnd achtberlich das Fürſtenthum in Doringen mit einer trefflichen Menige redlicher Graveſchaffte, Herſchafte vnd erbar Manſchafft zu demſelben Fürſtenthum gehorende von anbegyn vßgeſetzt, gewydemt vnd Herkommen iſt, dieſelbin Graveſchafte, Herſchafte vnd erbar Manſchaft ſich allezyd, als durch mancherley Vrkunde kuntlich iſt, by vnſern Eldern vnd Vorfarn löbelicher Gedechtnis die das Fürſtenthum inne gehabt vnd beſeßen, gar redlich, erbarlich vnd vfrichtig gehalden vnd desglichen vtzund by vns auch mercklich bewieſet haben davon wir vnd ein iglich Fürſte der daßelbe erlich Fürſtenthum zu Doringen inne had, billich groß troſt vnd Freüde haben mag. Wann wir nun wol erkennen, daß ein iglicher Fürſt, der das Fürſtenthum zu Doringen inne had, durch keinen Weck daß die fürſtlicher Wirdikeit, eren, macht Forchte vnd Gewalt blieben kan, dann durch getruwe Byſtand, Hülf, Rat vnd Gehorſam ſiner vorgedachten Grauen Herrn vnd Erbar Manſchaft zum Fürſtenthum gehorende vnd auch dieſelben Grauen Herrn vnd Manne eyn Fürſten durch keinen Weck recht vnd vollkommen byſtendig, hilſlich retig vnd troſtlich werden mogen, dann ſo ſie untereinander eintrechtig ſind vnd ſich vndereinander getrewlichen Ex orig.

k) Dieſe Urkunde ſowohl als die folgende Nr. XI, haben zwar auf die Coburger Landesgeſchichte keinen unmittelbaren Einfluß; ſie gewähren aber über die Urſachen des bekannten Bruderkriegs manche Aufklärung, die den Sächſiſchen Geſchichtſchreibern bisher unbekannt geblieben ſind. In dieſer Hinſicht dürfte man die Mittheilung derſelben eben nicht für überflüßig halten.

meinen, darumb ſo haben wir als ein Fürſte, der ſeiner Fürſtenthum Lande vnd Lute vnd auch aller ſeiner Vnderthanen ere Fromen, Fride, einikeid gut weſen vnd gedien gern zu wißen vnd zu ſuchen ganz geneygt iſt, das alles angeſehen vnd doruff die Edlen Wolgebornen, geſtrengen vnd Veſten Herrn Boden Grauen zu Stollberg vnd Herrn zu Weringerode, Herrn Ernſten Grauen von Glichen, Herrn zu Blankenhayn vnßer Hofmeiſter, Herr Adolf Grauen zu Glichen Herrn zu Thonna, Herr Günther Grauen vnd Herrn zu Bichlingen, Herrn Heinrich Grauen von Schwarzpurg Herrn zu Arnſtete vnd Sondershuſen, Herrn Günthern Grauen vnd Herrn Manſveld Ern Fridrichen von Hopfgarten Ern Apeln vnd Ern Bußen Vitztum Gebrüdere, Ern Bernharten von Cochberg Ern Fridrichen von Witzleben, Ern Heinrichen von Huſen, Bernd von der Aßenburg vnd Kriſtan von Witzleben alle vnſer Rete vnd liben Getruwen geheißen vnd von yn begert, das ſie ſich alle fruntlich zu ſampen verbinden vertragen vnd vereinen für ſich vnd yre erben, ſich fürder allewege eynander getrüwelich zu meinen zu eren zu zu fürdern, einer dem andern ſin Tage getruwlich helfen zu leiſten auch einer den andern wo er ſin horit übil gedenken, getruwelich zu verantworten, als ob es yn ſelbs anginge vnd einander behulfen zu ſin mit Sloßen, Steten vnd mit Libe vnd gute zu allen Noten vnd wider ydermenlich wo einer des andern zu eren vnd recht mechtig iſt vnd ſich des alſo mit geburlichen Artikeln durch yre verſigilten Brive vntereinander zu verſchriben das ewiglich alſo zu halten. Ein ſolliches ſie dann untereinander eigentlich beſprochen vnd vns zugeſagt haben vns zu Willen das alſo zu thunde des vns groß von yn dankneme iſt.

Vnd als wir mit dem hochgeporn Fürſten vnßern liben Bruder Herrn Fridrichen Herzogen zu Sachßen, Lantgrauen in Doringen vnd Marcgrafen zu Meißen In dem als wir, nachdem es vf vns komen was, die teilunge vnſer beider Lande gemacht hattin vnd er den teil zu doringen mit ſyn Anſlage gekorn habe, in Irreins kommen ſind, darumb das er vns mit Briven, ſiner Gemaheln vnſer liben Sweſter Lipgedinge berurende, nicht volzihung getan hab, nach lute ſiner eigen Zuſage vnd auch vnſer teilzedіln, vnd ſich auch findet, das die Reigiſter vns von ſinem Obermarſchalke geantwurt, daruf wir den teil gemacht hattin, vnredelich und vnbeſtändig ſind, dorumb wir meinen, den Teil durch recht nicht pflichtig ſin ſullen zuliden, vnd vns glichwol vnſer Bruder daruf vermeind zu dringen, daruf wir yn dann vil glicher vnd redelicher Volgeboth zum rechten vnd zu der Fruntſchaft gethan habin, vnd als wir dann in eyn ſollichen von vnſern Bruder hertter anſetze zu beſorgen ſetzen müſſen, Nachdem wir das durch etlich ſin ernſte Bewiſunge, der yn billich kein not were, vnderwiſet worden, ſo haben wir die obgenanten Grauen, Ritter vnd Knechte vnſer Rethe alle mit anliegenden ganzen fliße erſucht, bitende, Ob vnſer Bruder ſollich vnſer redelich Volgeboth vorſchlahen vnd uns wiederſtehen wolte, fürder zu notigen, das ſie dann bei vns bliben vnd vns Hülfe Rat vnd Beiſtand thun wollen zu vnßern rechten. Die danne ſollich vnſer redeliche vnd billich Gebot angeſehen vnd vns vor den Erwirdigen vnßern liben Herrn vnd Frundes den Biſchoven von Merſeburg vnd Nuemburg vnd vor vil ander vnßern Grauen, Herrn, Ritterſchaft vnd Lantſchafft die dabi geweſt ſind, zugeſagt habin, das alſo zu thunde, des wir nymer gein

yn vergeſſen wullen, als billig iſt, dorvmb ſo habin wir für vns vnd vnſer erben vns mit yn vnd ſie ſich wiedervmb für ſich vnd yre erben mit vns, als yrem natürlichen erbherren vertragen, vereynet zuſamptne geſetzt vnd verbunden, alſo das ſie vnd yre erben vns vnd vnßer erben In obgedachten vnßern nöten, vnſer veterlich erbe Lande vnd Lute ontreffende, vnd auch anders mit yrem Libe vnd Gute, Sloßen vnd Steten, getruwelich, flißiglich vnd ernſtlich nach allen yren ganzen Vermögen beiſtändig geraten vnd behülfen ſin ſullen gein ydermenlich wo vns des not iß vnd werden mag nymands vßgeſloßen, do ſie anders vnßer zu eren vnd recht mechtig ſind vnd alſo alle vnd yrer iglicher beſundern vnd yrer aller erben von vns vnd vnſern erben nymer geſetzen ſundern veſt by vns ſtehen, wo vnd gein wenn wir des bedrofen wurden Immaßen vorgeſchriben ſtet als ſie ſich des alle gein vns verſchriben habin angeverde. So ſullen vnd wullen wir vnd vnſer erben die obgenannten Grauen Ritter vnd Knechte vnſer Rethe alle yr iglichen beſundern vnd yr iglichs erben die yren vnd alles das yre getruwelich vnd erſtlich hanthaben, ſchutzen ſchuren verteidingen vnd ye mit vnſern libe, gute, Landen vnd Luten veſticlichen beiſtendig geraten vnd behulfen ſin nach allem vnßerm Vermogen gein wem vnd in welchen Noten ſie des bedorffen nymand vßgenommen, da wir yrer zu eren vnd recht mechtig ſind, es kome von ſollichs Beiſtands Hülfe vnd rats wegen darin ſie ſich, als obgerürt iſt, zu vns geſetzt habin oder anders von welcherley Sachen oder wie das were, vnd ob es ſich fugete das vnſer Bruder in das Land zu Doringen vnd wir in das Land zu Mießen komen würden, vnd vnſer Bruder oder ſin erben oder ymand anders eynen oder mer der obgenanten Grauen, Ritter vnd Knechte vnſer Rete oder yre erben vmb dieſer eynunge, Hilf vnd Beiſtands oder einicher ander Sachen willen, gedechten zu bedrangen oder zu nötigen, wie ſich das finde, ſo ſullen vnd wullen wir vnd vnſer erben dem oder denſelben Grauen Ritter oder Knechten oder yren erben, dem das not were, volkumelich mit Lande vnd Luten Hülfe, Rat und Beiſtand thun nach aller notdorft, Immaſen abgeſchriben ſted vnd vns darinne von yn nicht ſetzen ſundern auch veſte bey yn ſtehen, wann vnd wie offt yn des not iſt angeverde. Vnd ob denſelben Grauen Rittern vnd Knechten vnßer Reten oder yren erben yre einen oder mere dieſer Verſchreibung halben von vns Hülff vnd beilegs ym oder yn zu thunde not würde, ſollich Hülff vnd Beileger ſullen vnd wullen wir vnverzüglich vnd vngeweigert thun vf vnſer Koſt vnd ebenthure nach erkenntniß der obgenannten Grauen Boden von Stollberg Grauen Ernſts von Glichen Ern Fridrichs von Hopfgarten vnd Ern Fridrichs von Witzleuben, die wir vnd die obgenannten Grauen Ritter vnd knechte alle eymuticlich darzu gekorn habin. Vnd ob ſich in dem beileger vnd Hülfe oder anders ichts begeben oder verlaufen würde, welchen teil oder was der berurte, dorumb erkenntnis nod were, das erkentnis ſolten auch die vorgenannten vier thun die darzu gegeben ſind, vnd ſollichem erkentnis ſolte dann von allen ſyten vsgericht gefolget vnd gnug gethan werde vngeweigerlich vnd an allis geverde. Vnd wie offt einer oder mer vß denſelben viere von todes wegen abgehen werden, ſo ſullen die andern oder andere an des oder der abgegangen ſtad kieſen vß den die in dieſer eynunge ſind an geverde. Als vns auch nod würde von den vorgenanten Grauen, Rittern vnd knechten, vnßern Rethen, Hülf vnd Beileger zu ha-

ben, das ſolten ſie vns auch thun, ſo ſolten wir vnd vnſer erbin ſvns damit gein ye halden imaßen vnſer eldern Vorfaren vnd Vettern ſeligen ſich gein yren Mannen vnd Rethen gehalden habin an geverde. Sunderlich ſullen vnd wullen wir vnd vnſer erben die obgenanten Grauen, Ritter vnd Knechte, vnſer Rethe, vnd alle yr erben by ſollichen eren vnd Würden bliben laſſen, immaßen ſie by vnßern eldern vorfarn vnd vnſern liben vettern von Doringen ſeligen gehabt habin vnd bliben ſind an argeliſt vnd Geverde. Vnd als darynn y ein billiges iſt das ſollicher merklicher trůwe, als die obgenanten Grauen, Ritter und Knechte, vnſer Rethe, gein vns, als obgerurt iſt, bewieſet habin von vuns vnd vnſern erbin gein yn ve vnd yren erben eimer vorgeſein werde, darumb ſo verſchriben wir vns geinwerticlich mit dieſem Brive, alspalde derſelben Grauen, Ritter vnd knechte, vnſer Rethe, einer oder mer von Todeswegen abgehen vnd vnmundige Kinder laſſen werden, das dann wir vnd vnſer erben dieſelben vnmundigen Kindern getrewelich in vnſern Schutz, ſchirme Hanthabung vnd Verteidinge habin, ye mit allem Fleiße, Hilff Rad vnd Byſtand thun ſullen vnd wullen nach aller notdorft wann vnd wo ſie das bedorfen vnd wir darumb durch yre Vormunden erſucht werden biße lange das dieſelben Kinder zu yren mundigen Jaren komen, alsdann ſullen ſie auch in dieſe eynunge komen, imaßen yr Vater oder Vetere obgenant geweſt ſin, eyde vnd gelůbde darzu thun, Brive vnd Sigel darůber geben vnd nemen wie nod iß nach Erkentniß der obgenanten Viere, vnd dieß ſol alſo gehalden werden wann vnd gein welchen des not iſt angeverde. Vnd vf das dieſe eynunge vnd Verbindniß fůrder ewiclich, beſtendig vnd vffgerichtet blibe vnd von allen Syten vnvorukt gehalden vnd volzogen worde, So haben wir obgenanter Herzog Wilhelm den obgenanten Grauen, Rittern vnd Knechten allen vnd ſie alle vns widerumb vnd yrer iglicher dem andern zu derſelben eynunge vnd Verbindniß eynander liplich mit Hand in Hand globt vnd zu den heiligen geſworen das alles wir obgeſchriben ſted ganz zu halden vnd zu vollfůren vnverrukt vnd vngeweigert an alles Geverde Desgleichen ſullen vnſer erben vnd auch der obgenanten Grauen, Ritter vnd Knechte vnſer Rete erben die in dieſe eynunge gehoren, als oft ſich das von deßelben geburt auch thun darzu globen vnd ſworen, Brive dorzugeben vnd nemen wie nod iſt, vnd noch erkenntnis der vierer die ye zu zyten darzu gegeben ſind als abgerurt iſt an alles Geverde. Ob auch wir oder vnſer erben fůrder ymands, im Lande zu Doringen geſeßen, in vnſern Rad nemen werden, der oder dieſelben ſullen zuvoran zu dieſer eynunge globen und ſweren mitde dorinn ſin, ir Brive dorzu geben vnd nemen nach erkenntnis der obgenanten vier vnd es halden glich als die andern maßen obgeſchriben ſted angeverde. Vnd wet er das wir one Liebeserben abgehen wůrden, des der almechtige God durch ſin Gnade nicht geruche zu verhengen, ſo ſulden glichwol die obgenanten Grafen Ritter vnd Knechte vnſer rethe, vnd yre erben in ſollicher eynunge vnd verbindnis bei eynander bliben vnd die . . . onverrukt zu vollfuren an abgang imaßen obgeſchriben ſted an alles Geverde. Des zu Vrkunde haben wir obgenanter Herzog Wilhelm vnſer Inſigel fůr vns vnd vnſer erben mit rechter Wißen an dieſer Brive zwone glichs Luts laſſen hengen, der einen den Grauen vnd den andern den Rittern vnd Knechten vnſern Rethen alle abgenannt gegeben. Des geſcheen iſt zu Wißenfels am dinſtage nach Luce ewanige liſte Anno dom. Millesimo quadringentesimo quadragesimo quinto.

Wir obgenanter Herzog Wilhelm bekennen auch geinworticlich das wir, als dieſer Brief zugeſchriben was den edlen Grauen Ernſten von Hoynſtein Herrn zu Lare vnd Clettenburg vnſern liben vnd getruwen in vnſern Rad vnd in dieſe vnſer eynunge vnd verbundnis davon dieſer Brif ſaget, genomen haben, der vns vnd den Grauen, Rittern vnd Knechten vnſern Rethen hierinne benant gelobt vnd geſworen hat, alle ſtrüke, Punkte vnd artikel derſelben eynunge vnd Verbindniß vollkumlich zu halden vnd zu vollfuren der zu genieſzen vnd zu entgelden in allen Sachen, wan vnd wo es ſich geburt in allen Wiſe vnd Form als die andern in der eynunge, desgleichen wir vnd dieſelben Grauen Ritter vnd Knechte vnſer Rete abgenand ym widerumb eyde vnd Glübde darzu gethan habin, alles nach Vßwiſunge dieß Brieves an geverde. Des zu Bekentnis haben wir dieſe Zediln in dem anhengen vnſers Inſigils mit in ſtechen laßen. dat. ut in litt.

XI.

Verzeichniß etzlicher Punkte darüber Kurfürſt Friedrich vnd Herzog Wilhelm zu Sachßen, Gebrüdere, ſtreitig worden.

circa 1447.

Herzog Friderich niemt daz des Lehin die vor zum Lande zu Mißen gehort habin, gelegen im Lande zu Doringen, Im zugehin vnd volgen ſullen darumb daz Im der teilzedeln ſtehe, daz Land zu Mißen in Beſlißung dez Artikels ꝛc. „and anders allen vnd iglichen ſinen Zugehorungen clein vnd groß nichts vßgeſcheiden ſundern in aller Wieſe als daz vf veßern lieben Bruder vnd vns herkommen iſt.“ Ex copia perantiqua.

Dargegen meynd Herzog Wilhelm dieſelben Lehen geburen Im vnd nicht ſinen Bruder, darumb daz das Land zu Doringen Im in ſeinen teil gefallen iſt, worin dieſelben Lehn gelegin ſind, nachdem in der teilzebeln in Beſleßung des teils der Lande ein Artikel worlich vßgedrukt vnd geſagt iſt, alſo lutende: „Wir obgenanter Herzog Wilhelm ſetzen vnd ordenen auch in dieſer teilunge daz alle Lehn ſie ſind geiſtlich oder weltlich bei dem Lande vnd Ortte bliben ſullen da die gelegen ſind.“ Wulde nu Herzog Friderich die Lehen anſprechen als ein Zubehorung des Laudes zu Mißen vnd ſich damit behelfen vf inhald der teilzedeln als vor davon gerurt iſt, So meind Herzog Wilhelm, Herzog Friderich ſin Bruder habe dez nicht zu thunde vnd es ſtet clerlich in der teilzedeln berurt, wie alle Lehn geiſtlich vnd wertlich bie dem Lande darinne die gelegen ſind, bliben ſullen, als vor davon gemeldet ſtet, derſelbe Artikel dann durch den Scheideſpruch der Fürſten mit nichten verrukt noch geendert iſt, ſunder waz mit Namen vßgezogen iſt, vnd der Artikel vmb daz Land zu Mißen vff Herzogen Fridrichen berurt, iſt alſo: „So ſul auch derſelbe Herzog Friderich haben daz Land „zu Mißen mit ſin zugeſchlagen Orte nach Inhald vnd vßwieſung der vorſigiltin teil„zedeln“ ꝛc. Sollichen Scheideſpruch der Fürſten hann Herzog Friedrich vnd Herzog Wilhelm bederſyt gewillet den zu halden mit Hände vnd Munde verſprochen

vnd vorſigelt habin. So hat Herzog Friderich alsbalde in keinwertigkit der Scheifürſten die Grauen vnd Mannen dez Landes zu Doringen desmals geinwertig ledig geſaget irer Lehn vnd Huldunge vnd ſie domit mennlich an Herzog Wilhelm vnd ſine erben gewiſet vnd ime nicht anders vßgezogen, denn allein ſine Lehn vnd Leute zu Sachſen gehorende vnd ſin erbhuldunge, auch hat er alspald darnach vf die Zit alle Grauen, Herrn, Ritter, Knechte, Amptlute, Mannen, ſtete vnd ander gemeinlichen zum Lande zu Doringen oder zu Francken vnd dem Orte Oſterlandes Herzogen Wilhelmen in ſinen teil gefallen gehorrinde, ſie ſind in dieſelben Landen vnd orten geſeßen oder nicht, alle in ſinem offen Brive ledig geſaged vnd an In gewiſet ſich an yn allein zu halten ꝛc. vnſchedelich Jm vnd ſinen erben an irer erbhuldunge, darumb Herzog Wilhelm meind, daz ſin Bruder im ſolliche Lehn gar billich volgen laße.

Vmb Friburg, Kornn, Fuchßhayn, Gruenſtein ꝛc. meind Herzog Friderich daz Jm die als für ein Zugehörung mit Aldenburg, nachdem Jm das in dem Spruche zugeſagt iſt, zu gehoren ſullen. So meind Herzog Wilhelm es ſind beſundere Sloße mit eigen Gerichten vnd Herlichkeiten für ſich ſelbſt vnd ſind dem Lande zu Doringen in der teilzedeln zugeteilt vnd in den Spruche mit Aldenburg nicht abgeſprochen vnd als der Fürſtenſpruch inn heldet, waz darinne nicht vßgedrukt ſey dez ſolle man halden nach Inhald der teilzedeln, darumb ſulle Jm die volgen, dann der Artikel in der Fürſtenſpruche vf Aldenburg ſagende lutet alſo: „vf Herzog Fride- „rich, Er ſol auch dazu haben, Aldenburg, Burgaw, vnd Zwikauwe mit „iren Zugehorungen“ vnd hetten die vorgenannten Sloß dem Lande zu Doringen dem ſie die teilzedeln zu wieſet, nicht ſollen volgen ſundern den Lande zu Mißen, die Fürſten hettin das auch mit fruntlichen Worten vnd beruherung geſagt vnd vßgezogen. Desgleichen meynd Herzog Fridrich im den Herrn von Burgaw zu Lodeburg geſeßen, als für ein Zugehorung dez Sloßes Burgaw zuzuziehen.

So meynd Herzog Wilhelm nach vorgerurter Gelegenheit vnd ſunderlich noch dem alle geiſtlich vnd wertliche Lehn bie den Landen darinn ſie gelegen ſind, bliben ſollen, im ſulle derſelbe von Burgaw auch billig volgen von ſin Bruder vnverhindert, dann der von Burgaw mit Lodeburg als einer eigin Herſchaft in Herzog Wilhelms Lande vnd Orte geſeßen vnd Jm in der Fürſtenſpruche auch nicht abgeſprochen iſt.

Vmb Mulndorf vnd Burgaw darin Herzog Fridrich auch meynd ſeyen Bruder zu halden die ſind auch ſunderlich vnd nemlich zum Lande zu Doringen geteilt. So hab Er Vlrich Sagk, Mulndorff von den Lantgrauen von Doringen ſeligen bei ſym Leben zu Lehn gehabt, bis daz das Land zu Doringen von demſelben Lantgraue, an Herzog Fridrich vnd Herzog Wilhelm gefallen iſt. Vnd Herzog Wilhelm meynd, diewile dieſelben zwei Sloß ſunderlich dem Lande zu Doringen vnd ſym Zuſlage zugeteilt in der teilzedeln mit Namen gemand vnd Jm in der Fürſtenſpruche nicht abgeſprochen ſind, ſin Bruder ſulle Jm die auch billich laßen volgen.

Vmb Grauen Heinrichen von Honſtein von der Lehn wegen damit er vnd Graff Ernſt ſin Bruder ſich vormals in kurtzen Jaren, als Herzoge Fridrich vnd Herzog Wilhelm noch ſemptlich bie einander ſaßen, zu yn beiden getan vnd die von

Herzog Wilhelm dez mit yn beteidingt gehabt hat; 'vnd Herzog Fridrich meynt daz Grave Heinrich dieſelben Lehn von Im allein als eyn Herzog zu Sachſen habin ſolle, So meind Herzog Wilhelm daz dez nicht ſin ſolle, den dieſelbin Lehn ſind im Fürſtenthumb zu Doringen gelegin vnd ym durch die Fürſten ſunderlich nicht abgeſprochen vnd Herzog Wilhelm der jüngſt, als ein Fürſt zu Doringen hat die Lehn getan daz ſcheynbarlich zu merken iſt, wenn er als der jüngſt, noch Lute der gulden Bullen kein Lehn deßelben Herzogthums zu Sachßen getun mochte, vnd iſt der von Honnſtein Meynung geweſt, daruf daz ſie die nuwen Lehn von Herzog Friderich vnd von Herzog Wilhelm empfangin habin darumb daz ſie vor etlich ander Lehn von iren Vorfarn vnd dem Fürſtenthumb zu Doringen hatten, als die Brive vber die vorgemelten nuwen Verlehenunge merglich davon Innhalden, dabei aber zu merken iſt, dez ſolliche Lehn billig von Herzog Wilhelm, als eyn Fürſten zu Doringen, zu Lehen gehin ſullen.

Vmb Wyda meynd Herzog Fridrich waz Vorraths vnd Husrats in dem Spruche der teilunge als Im daz halb vor zwelff tuſent Gulden in pfandſchafft zugeſprochen, dageweß vnd im deßelben Vorrates uff zit der Abeloſung noch vnverthan da bleben ſey, daz der halb ſin ſey ſulle, So meynd Herzog Wilhelm daz Wyda mit allen Vorrathe vnd Hußrathe Im billichen volgen ſolle als ander Sloße ym zugeteilt vnd zugeſprochen.

Vmb Friberg Sloß vnd Stadt in Mißen das mit ſinen Amptmann, Bergwerken vnd allin Zugehorungen in der teilzedeln vnd auch in dem Spruche beiden Brudern glich zugeteilt vnd zu geſprochin iſt, hat Herzog Friderich den Amptluten Mannen vnd Borgern daſelbes zu Friberg verbotin vnd gewehrt der Erbhuldung Herzog Wilhelme zu ſyne teil nicht zu thunde vnd ym an ſolchrr Huldunge bisher verhindert.

XII.

Bürgemeiſter und Räthe der innen benannten, zur Pflege Coburg gehörigen, Städte leiſten dem Ritter Apel Vitzthum, auf Befehl Herzog Wilhelms, die Huldigung.

den 28. Oct. 1447.

Wir Bürgermeiſter, Räthe, Bürger vnd ganze Gemeinde der genanten Stätte Coburg, Königsberg, Hilpurgehuſen, Eſefeld, Rotha, Helburg, Sonneberg, Neuenſtatt vnd Umerſtatt bekennen mit dieſen offen Briefe gein allermänniglich vor vns all vnſer Erben vnd Nachkommen, des Wir vffſchriftlicher, mündlicher, gegenwärtiglicher vnd perſönlicher geheiße vnd beſchlüſſe des durchleuchtigen hochgebornen Fürſten vnd Herrn, Herrn Wilhelms Herzog zu Sachſen ꝛc. vnd Frauen Annen, ſeiner ehelichen Gemahlin vnſer gnädigen lieben Herrn vnd Frauen obgenanten, dem geſtrengen Ehrn Apel Vitzthum Ritter dem ältern, ſeinen Erben vnd innhaltern dieſes Briefs mit rechten, wahren treuen, an rechter Eydeſtatt geredt vnd gelobt haben, gereden und geloben mit rechten wahren truwen an rechter eydes-

ſtatt in Macht vnd Krafft dieſes Briefs, deme mehrgenannten Ehrn Apel Vitzthum ſeinen Erben vnd inhaltern dieſes Briefs, vnd ſunſt niemaes anders mit allen vnd ieglichen Ehren, Würden, nuzen, Herkommen, rechten, gewalten, gewohnheiten, freyheiten, eigenſchaften, lehnen, Zinſen, Renthen, beten, ſteuern, Zehenden, gülten vnd allen zugehörungen zu gewartten, unterthänig, getrewe, gehorſam, willig vnd ſchuldig ſeyn, ihren ſchaden zu warnen vnd frommen zu werben, gleich alß wir deme obgenannten vnſern gnädigen Herrn zu thun ſchuldig geweſt ſind, vnd gethan haben, vnd auch hinfür deme ehegenannten vnſern gnädigen Herrn ſeinen Erben vnd Erbnehmen geheiß oder anbrengens wegen, mit keiner Erbhuldigunge, offennunge oder Folche zu gewarten, biß alſo lange der ehe genannte vnſer gnädige Herr ſeine Erben vnd Erbnehmen den Wiederkaufe nach aller Ußwieſunge dieſes Briefs gethan, vnd deme mehrgenannten Ehrn Apeln, ſeinen Erben vnd Inhaltern dieſes Briefs der obgenannten ſine zwey vnd virzig tauſend Gülden ſolcher guten Wehrunge ohn alle ihre ſchäden gnüglichen bezahlt haben ohne geverde. Und des wir Stedte alle iegliche allein vnd beſundern, Inmaßen ſie vorgeſchrieben ſteht, deme vielgenanten Ehrn Apeln Vitzthum ſeinen Erben vnd innhaltern dieſes Briefs alſo mit rechten wahren truwen, an rechter Eydeſtatt in kraft vnd macht dieſes Briefs gered vnd gelobt haben, vnd auch dieſen Brief, als ferne Uns der berühret, in allen vnd ieglichen ſeinen Stücken, punkten vnd artikeln ohne allen behelf vnd inntrag ganz veſte ſtete vererrückt vnd vfgericht halten vnd vollführen ſollen vnd wollen ohne alle geverde, Des zu wahren Bekänntnus vnd guter Sicherheit haben wir genannte Bürgermeiſter, Räthe, vnd Gemeinde der Stadte Coburg, Kunigsberg, Hildburghaußen vnd Eſefeld vnſer iegliche Partie ihr eigen der Stadt Inſiegel vor ſich derſelben Stadt vnd auch der obgenannten andern Stette, Erben vnd Nachkommen wiſſentlich zu der obgenannten vnſer gnädigen Herrn vnd Frauen Inſigel auch an dieſen Brief gehangen derſelben Inſigel wir die andern vorgenannten Stedte mit yn mechtiglichen hiezu gebruchen. Geben nach Vnſers Herrn Chriſti Geburth Vierzehnhundert vnd in dem ſieben vnd vierzigſten Jahren uf Sonnabend Simonis vnd Jude Apoſtolorum.

XIII.

Kayſer Friedrich beyfiehlet Herzog Wilhelmen zu Sachſen, den mit Apel Vitzthum, über die Pflege Coburg, geſchloßenen Kauf wieder aufzuheben.

den 22. Januar 1448.

Friedrich von Gottes Gnaden Römiſcher König, zu allen Zeiten Merer des Richs, Hertzog zu Oeſterreich vnd zu Steir ꝛc. Hochgeborner lieber Oheim vnd Fürſt, vns hat durch den Hochgebornen, vnſern lieben Schwager, Hertzog Friedrichen von Sachßen, deinen Bruder, angelangt, wie dein Lieb Appeln Vitztum Koburg, Kungſperg, vnd andere Stett vnd Hrrlichkeit ym Land zu Franken verkauft,

verkauft, vnd auch geſchafft habe, mit denſelben Stetten vnd Schloſſen das zuverſichern, vnd demſelben Bitztum darauf Huldung zu tun, als wir ſuſt vernemen, wider ſolich verweiſung, die der Hochgebornen Anna, vnſer lieben Mumen, deiner Gemahel, umb Jr Heyratgut, uf Sy geſchehen, als Sy dann von ſolchen Stetten vnd Herſchaften Huldung empfangen hat, das vns gnug fremd nymet, wann dein Lieb wol yngedenk ſein mag, wie ſich vnſer lieber Schwager, Hertzog Friedrich, auch du, von vnſer Mumen Fürſehung wegen, gen vns verſchriben habt, vnd ſolt pillich ſolich Enderung vor an vns bracht worden ſein. — So ſeyn wir auch vnterweiſt, wie ſolich Verkauffen wider die Richtung ſey, die ewer beider Freünde, die Fürſten, zwuſchen eüch gemacht haben, ſunderlich in dem Stück die Erbhuldung antreffend, darinn Jr nach laut der Richtung ſamentlich ſitzen ſollet, das vns auch frömd uynet vnd nit gern hören, wann dadurch groſzer Schad, Schand vnd Emfrömdung derſelben Land Euch beiden von ewern Erben entſteen möcht, das doch vaſt ſchwer were, nachdem vnd dieſelben Land durch ewer Vorvordern herticlich — vnd in Jre Hend kommen ſind. Darumb begern wir von deiner Lieb, raten dir mit Fleiſſe vnd ermanen dich ernſtlich, daſz du ſolichen Handel vnd verkauffen vnderwegen laſſeſt, vnd ob darinn icht geſcheen were, das gantz abtuſt vnd vernichtigeſt, vnd vnſer liebe Mumen, dein Gemahel, bey ſolicher Herſchafft vnd irer Verſchreibung beleiben laſſeſt, auch die Erbhuldung, darinn Jr ſitzet, nit betrübeſt, oder enderſt, daraus groſzer Unrat entſteen möcht, auch vnſer vnd des Reichs Lehn, als dieſelben Lande ſind, dadurch nit nyderſt. Daran tut vns dein Liebe ein Gefallen vnd vnſern Willen. Deucht aber dein Lieb icht darin zu reden, ſo haben wir aygentlich verſtanden, ſolich erberg Gepot, die dein egenanter Bruder auf vns, als einen rechten Lehen-Herrn derſelben Lande, oder auf ewrer bayder oder dein ſelbs vollige Landtſchafft getan hat, derſelben du pillich eins auf nymeſt, ob du die biſzher verſchlagen hetteſt. Wir haben auch denſelben Stetten geſchrieben, dein Lieb daran zuweiſen, durch ewer bayder peſten willen, darumb beweiſe ſich dein Lieb, daſz nit mer darauſz entſtee, daſz iſt vnſer Rat, vnd wolgevallen. Geben zu Wien am Montag vor Sankt Pauls Tag Converſionis, an. dom. 1448. vnſers Richs im Achten Jare.

XIV.

Kaiſer Friedrichs Schreiben an Herzog Wilhelms zu S. Gemahlin, wegen ihres, an Appeln Vitztum, verkauften Leibesgedings zu Coburg.

den 24. Jun. 1448.

Friedrich von Gottes Gnaden, Römiſcher Kunig, zu allen Zeiten Meerer des Richs, Herzog zu Oeſterreich vnd zu Steir ꝛc. Hochgeborne Liebe Mum vnd Fürſtin, wir haben vormals gehört, wie dein Lieb deines Heyratguts vnd Leipdings auf Coburg vnd denſelben Schloſſen vnd Stetten in Franken wol verweiſt vnd verſorgt were das vns wol gevellig geweſen iſt,

D

wann beide, Hertzog Friedrich, vnd Hertzog Wilhelm, dein Gemahl, ſich das Zutun gegen vns verſchrieben haben. Nu vernemen wir, wie derſelb dein Gemahl das verendert, vnd Appeln Vitztum dieſelben Land verkaufft vnd hulden haiſſen hab, dadurch dein Lieb deines Heyratsguts alſo entwert werde, das wir nicht gerne hören, vnd ein Mißfallen daran haben, ſollt das alſo ſein, darumb begern wir von deiner Lieb, daß du vns on alles verziehen ſchreibeſt, vnd zu wiſſen thuſt, ob das mit deinem Willen zugee, oder wie ſich die Sache halde, daß wir dir darinn wiſſen zuraten vnd zuhelffen, das wir dann gern tun wollen, als das pillich iſt, vnd wir wollen die Sach in guter gehaim halten, vnd daß es dir wol zuſtünde, das höreten wir gern. Geben zu Wien an Sankt Pauls Tag Converſionis anno Domini 1448 unſers Richs im Achten Jahre

Ad mandatum Dom.
Regis.

XV.

Herzog Wilhelm zu Sachßen erlaubet der Stadt Coburg, eine Baadeſtube vor dem Spitalthor daſelbſt zu bauen.

den 11. April 1453.

Ex orig. Wir Wilhelm von Gotts Gnaden, Hertzog zu Sachßen, Landgraf in Thoringen vnd Marggrave zu Meißen, bekennen und thun kund offentlich an dieſem Brief vor vns vnd vnſer Erben gein allermänniglich, daß die Ehrſamen vnſer lieben Getreuen, der Rathe vndt gantze Gemeinde vnſer Stad zu Coburg vns zuerkennen geben haben, wie den Vorſtädtern vor dem Spital-Thor daſelbſt einer Badſtuben vor demſelben Thor bey ihn zu haben noth ſeyn, angeſehen daß Sie der meiſte Theil Handwercksleute ſeyn, vnd zu offtmahle Hindernus halber ihrer Handwerck zu wartten nicht am Tage vnd noch minder bey Nacht, ſo die Thore verſperret werden, zum Bade in die Stadt kommen mögen, ſich zu reinigen, vns demüthiglichen bittende, ihn zu gönnen, ein Badſtuben in derſelben Vorſtadt zu bauen. Haben wir ſolch Gebrechen vnd Gelegenheit betracht, vnd den gnanten den vnſern von Coburg vmb ihrer demüthigen fleißigen Bethe willen gnädiglichen gegönnet vndt zugeben ein Badſtuben in der gemelten Vorſtadt, wo die am beſten gelegen, vnd füglichen ſeyn will, zubauen, vnd fürbas zu der Vorſtädter Nothdurfft Bade darinne zu haben, doch alſo, daß man, ſo die Badſtube gebaut würdet, einen bequemen Zinß mit Wiſſen vnd Rathe vnſer Ambtleut darauf ſetzen, der vns gleich halbjährlichen werde, vnd die andere Helffte dem Rathe vnſer Stadt zu gute folgen ſoll, darzu behalten wir vns auch daran die Helffte der Lehen, gönnen vnd geſtatten auch darauf den obgnanten vnſern von Coburg die Badſtuben in der Vorſtadt vor dem Spital-Thor obgeruheter maß zubauen vnd hinfurt zu haben, vnd beſtetigen ihn die alſo hiemit geinwertiglich in vnd mit Krafft diß Brieffs. Zu uhrkundt mit vnſerm hier angehangen Inſiegel für vns vnd vnſer Erben verſiegelt. Geben zu Coburg am Mitwochen nach dem Sontag

Quaſimodogeniti, nach Chriſti unſers Herrn Geburt Vierzehenhundert vnd darnach im Drey vnd Funfzigſten Jahren.

XVI.

Extract vom J. 1456.

Kaiſer Friedrich V. belehnet Kurfürſt Friedrigen zu Sachßen und deſſen Bruder Herzog Wilhelmen unter andern auch mit den Schlößern und Städten zu Franken, nehmlich Koburg, Königsberg, Helpurg, Strawf, Schowenborgt, Newhauß, Hilpurghauſen, Sonnenberg, Eiſefeldt und Rota und alle dem das Jr Eltern und Sie bisher als Eigenthum hetten gehabt, vnd Sy uns vnd dem Reiche wohlbedechtiglich zu ewigen Gezeiten zu Lehen aufgeben vnd vormals vor vns als eym Römiſchen König entpfangen haben ꝛc. Geben Gretz am Sambſtag vor vnſer lieben Frawen Tag der Lichtmeſſe 1456. (Müllers Reichs. Tags Theat. unter Maximil. I. S. 518.)

XVII.

Fehdebrief Appel v. Hattebachs ꝛc. an Herzog Wilhelmen von Sachßen.

den 25. May von 1458.

Wißet erluchter hochgeborner Fürſte vnd Herre, Her Wilhelm Herzoge zu Sachßen markgraffe zu Mißen Lantgraffe zu Doringen ꝛc. daz ich Appel von Hathebach mit ſamt mit Namen Henne..... Dul, Henne Swiz von Königſtein, Hornit Ruß vnd alle die wir uf uwern ſchaden brengen megen, Helfer vnd Helfers helfer, uwer vnd aller der uwern Lande vnd Lude vnd alles daz uch zu vorſprechen ſtehet, Fint ſin wollen vmb ſolich unreicht Gewalt, die die von Gotha, die uwern, mir gedane hane — — Nemz ir ſolicher Fede an mithe ſchaden, eß ſie Mort, Brant oddir Name, wie ſich der Schade machte, nichſt nichſt vßgenomen. Deß Schaden Fint woln mir auch ſin, vnd woln des an uch vnd allen den uwern vnſer Heren verwart hane ꝛc. Gegeben vnder Junghern Johan von Kronberg Ingeſigel of ſanct Urbanus tag anno dom. XIIII. C. LVIII. Ex orig.

XVIII.

Herzog Wilhelm zu Sachßen ertheilet der Stadt Coburg, wegen eines vor dem Spital Thor erlittenen Brandſchadens, verſchiedene Freiheiten.

den 17. April 1468.

Wir Wilhelm von Gots Gnaden, Herzog zu Sachßen, Landgraff in Thöringen vnd Marggrafe zu Meißen bekennen offentlichen an dießem Brief für vns vndt Ex orig.

vnſer Erben, vnd thun kunb allermänniglich, Nachdem von Vorhengknus des allmächtigen Gottes die Vorſtadt zu Coburg vor dem Spital-Thor am nächſtvergangen Palm-Abend gar ausgebrandt, vnd dadurch den vnſern darinn wohnhaftig großer mergklicher Schade zugefallen iſt, daß wir darumb vnd vff daß dieſelben verbrandten wieder vnter vns zubleiben gebauen mögen, aus Fürſtlichem Mitleyden vnd ſonderlichen Gnaden zu ihrem bethlichen Anruffen vnd Erſuchen unſern lieben getreuen den Rethen vnd gantzen Gemein vnſer Stadt Coburg, vnverbrandten vnd verbrandten, dieſe hernach gerührten Freyheit gethan vndt verſchrieben haben, thun vnd vorſchreiben ihn die geinwärtiglich in krafft ditzs Briefs, Nehmlich ſollen die vnvorbrandten vnd vorbranden Frohne vnd Steuer die nächſtfolgenden ſieben Jahre gefreyet vnd übrig ſeyn, desgleichen die vorbranden, der Folg ausgeſcheiden, ob ſich daußen in vnſerm Orthe Lands zu Francken was begäbe vnd angefochten wurd mit Uberzugen, ſo ſolten ſie nach ihrer Vermöge mit helffen, das zu wahren, wird aber in vnſern Landen zu Thöringen vnd anders hiedißeit Waldes Oberzüge geſcheen, ſo ſolten die vnverbraudten darzu hierein folgen, Suſten ſollen ſie vnd die vorbranden ander Folge die ſieben Jahr aus gefreyet vnd verhoben ſeyn vnd bleiben, Item die vorbrandten ſollen ihrer Erbzinße von Häußern, Aeckern, Wieſen, Weingartten vnd andern Gärtten, ein Jahr das allernächſtfolgende frey ſeyn, aber ausgehinde deßelben Jahrs ſollen ſie vns die Erbzinß von Aeckern, Wieſen, Weingartten vnd andere Gärtten wieder geben vnd von den Häuſern der Erbzinß noch Sechs Jahre die nächſten darnach gefreyet vnd vortragen bleiben, Item vmb die neuntzig Gülden Jahr-Renthe, die ſie jährlich vff vnſer gethan Verweiſung Hartmans von Längefeld Weib reichen, wurde nun dieſelbe Frau bey den ſieben Jahren mit Todte abgehen, ſo ſolten die vnſern von Coburg von der Zeit ihres Todts biß furth die ſieben Jahr aus, derſelben neuntzig Gülden gefreyet ſeyn, aber dieweil ſie lebet, ſollen ſie ihre die reichen, Item wir wollen zu ieglichen verbrandten Hofſtatt ein Schock Bauholtz geben vnd folgen laſſen, nach Anweiſung vnſer Ambtleut, Item wir wöllen durch vnſer Amtleut mit denjenen, die da pflegen zu führen, reden laßen, von den Fuhren einen ziemlichen Lohne zu nehmen. Item wir haben vnſern Schoßer befohlen, den vorbranten ein Zahl Getrayds vff Wiedergeben zu leihen, vnd das von ihne wieder zugefallen verburgt zunehmen. Item alß die vnſern von Coburg gebeten haben, die freyen Häußer bey ihn gelegen, mit vnſer Stad zu leiden laßen, Zeichen wir darinne aus der Viccarey Häußer, die Er Chriſtan Hugonis gehabt hat, der Aebtißin von Hoffſtet Häußer, Heintzen Buchers Hauß vndt des Satlers ſeligen Hauß, die frey bleiben ſollen. Aber was darüber ander Häußer vor bey ihn frey gweſt ſind, ſollen furder vff Ewigkeit mit vnſer Stadt leiden, als ander Schoßbar Häuſer. Des alles zu wahrem Vrkund vnd Bekäntnus haben wir vnſer Innſiegel für vns vnd vnſer Erben wißentlich an dieſen Brief thun hencken, Geben zu Weimar vff Donnerſtag nach Quaſimodogeniti Anno Domini milleſimo quadringenteſimo ſexageſimo ſexto 1).

1) An den nehmlichen Tage privilegirte Herzog Wilhelm die Stadt Coburu, zur Vergüthung des, in der Vorſtadt vor den Spitalthor erlittenen, Brandſcha-

XIX.

Herzog Wilhelm zu Sachßen ertheilet dem Stadtrath zu Coburg eine Gerichts- und Strafordnung.

den 13. Juny 1466.

Wir Wilhelm von Gotts Gnaden, Hertzog zu Sachßen, Landgrave in Döringen vnd Marggrave zu Mießen, Nachdem vns vnſer lieben getreuwen Burgermeiſter Rethe vnd Gemeynde vnſer Stadt Cobnrg, Wie daß durch vnſer Ambtleute zu Coburg mancherley ſull furgenommen werden, wider ihr alt Herkommen auch wiederumb vnſer Ambtleute, wie dieſelben von Coburg ſich vaſt Sachen vnſer Oberkeit vnd Gerichten zu nahe, über alt Herkommen unterſtehen, beyderſied angelaufen erſucht vnd fürbracht haben, bekennen vnd wullen kundt ſein allermänniglichen, daß wir aus Bewegung vnſers Fürſtlichen Gemüths, vnd als der nicht allein geneigt iſt, ſein Selbs-Herrlichkeit vnd Oberkeit vnd zubehärten, ſunder auch der ſeinen vnd zuvoran derjenen, die allezeit in ſteter getreuwelicher Uebunge aufrichtig funden ſind, bey ihren gehabten vnd löblich herbrachten Freiheiten, Gerechtigkeiten vnd Herkommen zubehalten vnd handhaben, gnädiglich in den Handel geſehen, Gedeyen vnd gut Weſen der gemelten vnſer Stadt auch gemeinen Nutz betracht, vns in eigner Perſon her gein Coburg gefugt, vnd nach ferner Verhörung der Ding, gnugſam erkundt, mit Vollwort der vnſern von Coburg dieſe Erklärung gethan, Ordnung vnd Satzung gemacht haben, erklären, ordnen vnd ſetzen furder auf Ewigkeit vnverruckt zu halten geinwärtiglichen mit dieſem Brieve, inmaßen hernach geſchrieben ſteht. Zu erſt als vnſer Voyt von Coburg mit den gnanten Rethen irrig gweſt iſt, des Puncts halben, das ein iegiicher, der vor Stadt-Gericht zu thunde gehabt, aus der Banck einen Fürſprechen vnd etliche der Schöpffen in ſein Geſpräch genommen, m) damit offt die Banck bloß geſtanden had, thun wir Erklärung — ſetzen vnd ordenen auch das hinfurt alle vnſer Burger zu Coburg, die vor vnſerm Stadt-Gericht zu handeln haben, ieglicher für ſich einen Fürſprechen vnd zwene zum Geſpäche aus der Banck nehmen ſoll, vnd nicht mehr, dieſelben ſollen wieder in die Urtheil geen, als offt das nod geſchicht, Gewinnet aber iemandt auswärtigs, der nicht Burger zu Coburg vor dem Stadtgericht zu thunde, ſo mag der auswerdig Cläger einen frembden Vorſprechen mit ſich brengen, oder ob er des nicht hätt, dann einen Fürſprechen aus der Banck nehmen, desgleichen auch der antwortter, aber in ihr Geſpräche ſullen ſie beyder keinen aus der Banck zu ſich ziehen, will aber der Gaſt zwene aus der Banck zu ſeim Geſpräche ha- E orig.

dens, mit den vierten Jahrmarkte der auf jeden Neuen Jahrstage, Zoll- und Geleitsfrei gehalten werden ſollte, d. d. Wymar vf Donnerſt. nach Quasimodogen. MCCCCLXVI.

m) Der Ausdruck: ins Geſpräch nehmen, läßt ſich wohl nicht anders erklären, als daß die Parteien, ehe ſie ihre Rechtsſache vor dem Gericht vorbrachten, zuvor aus der beſetzten Banck zwei Schöpfen wählten, den ſie ihre Angelegenheit zur gütlichen Vermittelung, vortrugen und wenn ſolche nicht ſtatt fande, die rechtlichen Entſcheidung vom beſetzten Gerichte zu erwarten hatten.

ben, der ſoll man ihn gönnen, vnd alsdann ſeinem Widertheil dem Burger auch zwen aus der Banck, ob er will, in ſein Geſpräche nemen laßen, Item, vf das auch viel Aufflauſen, Mißhändel vnd Zwytracht zwiſchen vnſern Burgern vnd Innwonern zu Coburg, die geringer Straff halben deſterleichtfertiger darzu ſeyn möchten, hinford verwart vnd gemiden mögen werden, ſo ordenen vnd ſetzen wir, welcher den andern mit ſchleichten ſcheltwortten übergibt, ſoll vns zu Buß Sechtzig Pfennig vnd dem Cläger auch als viel geben, Item, welcher den andern ſchildet, oder an ſein Ehre redet, and doch kein Beweiſung darinn belautet wird, ſoll vns mit der obgeſchrieben Buß zwyffach, und desgleichen dem Cläger verbüßt werden, Item Scheld-Wort, die ere berüren, vnd Beweiſung der geſetzt wird, ſoll vns mit Zehen Pfunden, vndt dem Cläger mit halp als viel werden verbußt, Item welcher ein Fried, der von vnſern vnd der Stadt wegen geboten wird, vorbrichtet, der ſoll vns Zehen Pfund zu Buße geben, vnd pliebe die That, domit der Fried gebrochen wird, noch in ihrem Werthe. Item wer die Geleit, ſo vnſer Stadt Coburg zu ihren Jahrmärckten vnd andern Zeiten von vnſern Eldern ſeligen vnd vns gegeben ſeint worden, überfüret, mit Wortten oder Wercken, es ſeyn ein Bürger gein eyn Auswärtigen, oder ein Auswärtiger gein eyn Burger oder Innwoner oder Zwen Auswärtig gein einander, ſoll verbüßt werden vns mit Zehen Pfunden, dem Cläger Fünff Pfunden, yden Schepfen fünff Pfunden, vnd darzu vns von iedem Schöpffen Zwir als viel, vnd die That, ſo Hand angelegt würde, in irem Werte ſtehen, doch mit ſolchem Unterſchiede, ob ſichs begebe, daß zu Jahrmärkten, in Gedreng, Krämern, Schuſtern oder andern, die feilen Kauff pflegen zu haben, etlich kleine Ding, als ein Par Schuw, Crämerin oder anders desgleichen durch . . . . Frauwen Freiheiten oder andern gezuckt, vnd die Kremer, Schuſter oder ander, die feile Kauff hätten, des innen würden, das ihre wieder nähmen, vnd den oder dieſelben Thäter mit Fäuſten ſlugen, das ſolt für keinen Geleits-Bruch angezogen werden, Item wer den andern mit Schlechen übergibt, vnd nicht vlüßender Wunden erſchinen, ſoll vns mit drithalben Pfund, vnd dem Cläger eim Pfund verbust werden, Item wer dem andern flüßende Wuden ſlägt, das nicht ferich Wunden ſein, ſoll er vns verbaßen mit drithalben Pfunden, vnd dem Cläger von ieder Wunden eyn Pfund vnd dem Artzt-Lohn, Item ein ietzliche Lämde, (Lähmung) ſoll vns verbußt werden mit Zehen Pfunden, dem Cläger auch alsviel mit ſambt dem Artzt-Lohn. Item fährg Wunden ſoll man vorbüßen, inmaßen als die Lähmde. Item ob iemands etlich Finger, oder ein Hand, oder ein Fuß gar abgehauen würden, wie manch Glied damit hingienge, ſolt der Thäter vns zu Buße für ieglich Glied Zehen Pfund geben, vnd dem Geletzten auch alsviel, zuſambt dem Artzt-Lohn, Item ob iemandt geworffen wirt, der Wurff treff oder fehle, ſoll man vns mit Zehen Pfunden, vnd dem Cläger auch ſoviel verbuſſen. Item wer vor Gerichte in geſprochen Urtheil redet, oder hinter dem Gericht an Laube (Erlaubniß) redet, das ſoll man vns mit Zehen Pfunden vorbüßen, Wird aber frevelich in die Urtheil geredet, ſoll vns mit Zehen Pfunden, ieglichem Schöpffen mit Fünff Pfunden, vnd als manch Schöpff, als manchweit vns mit Zehen Pfunden verbüßt werden, Item wer dem andern bey Nacht in ſein Hauß ſteigt, vnd darüber betreten wird, domit ſoll man ſich zum Gericht halten, Item,

nachdem bißhere zu Gezeiten umb geſcheener Verhandlung willen, zu etliche vnſern Burgern zu Coburg gegriffen iſt, ſetzen vnd ordnen wir, ob ſich begibt, daß ſich Zwen oder mehr vnſer geſeßen Burger zu Coburg mit Slachen oder anders frevelich verhandelten, die zu der Buß beſeßen ſeyn, oder die verburgen kennen vnd wöllen, daß ſollen ſich vnſer Ambtleute von ihne benugen laßen, es wäre dann, daß die Verhandlung Halß, Hand oder fährig Wunden berürte, vnd nicht burglich wäre. Darumb ſolten die Thäter zu Recht angenommen vnd ingeſetzt werden. Verhandelten ſich aber ledige Handwercksgeſellen, oder ander, daß nicht Halß, Hand oder färg Wunden berührte, vnd zu irer Buß nicht beſeßen wären, der auch zu geben, oder dem Rechten vorzuſtehen nicht verburgen konten ober wolten, die ſolt man dafür hinſetzen biß vff Vorburgnus oder nothdürfftigen Vertragk der Verhandlung, wie oben gemelt iſt, Item ab hinfurd auf gethane Verhandlung ymands, den man richten wolt, ingeſatzt wurde, dobey ſolten, zu vnſer Ambtleut erfordern, der Rathe Zwene ihrs Raths ſchicken, ſo man ihn deshalb verhören wolt, Item alß vnſer Amtleute mit dem Rathe irrig geweſen ſeyn, vnſer Stadknecht halben, daß die, ſo des nod wäre gefangen, befragen ſolten, ſetzen vnd ordnen wir, daß die Räthe vnſer Stadt ſich darnach richten ſollen, vnd alweg einen Knecht haben ſollen, der auf ſolich Befragen warte, das ausrichte, vns vnd vnſer Stadt darzu eydhaftig ſey, alſo, daß ſunſt vnſer Stadknecht vnſer vnd vnſer Ambtleut zu vnſern Gerichten vnd Gerechtigkeiten gehorſamlich auch gewartten ſollen, alß ſich gebührt, Item wer dem andern fürſetziglich wegelagt, vnd das mit Wahrheit überkommen wirt, der ſoll vns mit Zehen Pfunden, vnd dem Cläger auch mit Zehen Pfunden verbüßen. Des alles zu Vrkund vnd ewiger Haltung haben wir vnſer groß Majeſtät Innſiegel m) für vns, vnſer Erben vnd Nach-

m) In dem, an dieſer Vrkunde hangenden und noch gauz unverletzten Majeſtäts-Siegel, von welchem ich (Tab. 1.) eine Abbildung mittheile, erſcheinet der Herzog in voller Rüſtung und mit verſchloßenen Helm, zu Pferde, welches mit einer herabhangenden nnd mit vielen Falten verſehenen Decke behangen iſt. In der rechten Hand hält er eine Fahne in welcher man den Thüringiſchen Löwen ſiehet, und ſeine Bruſt decket ein Wappenſchild mit der Sächſiſchen Raute. Um dem Pferde herum ſtehen noch vier Wappenſchilder, als: 1) der Meißniſche Löwe, 2) der ungekrönte Adler, welcher die Pfalz Thüringen bezeichnet, 3) das Wappen der Markt zu Landesberg mit 3 aufgerichteten Balken, und 4) der Orlamündiſche Löwe. Die Umſchrifft heißet: S. Wilhelmi dei gra. ducis Saxonie. Landgrauv. Thuringie. March. Misne. orientalis et Landsperg. Comitis in Orlamunde. Auf einem, hinter der Fahne hervorgehenden Bande, ſtehet die Jahrzahl: anno dm. MCCCCLVII. Uebrigens iſt der, in dieſer Urkunde vorkommende Ausdruck: Majeſtät Inſiegel für die Sächſ. Geſchichte um ſo merkwürdiger, weil der Ehrentitel: Majeſtät ausſchließlich den Kaiſern und Königen gebührte. Doch waren dergl. Siegel, vorzugsweiſe, ſchon im 14. Jahrhundert bei dem Kurhauſe Sachßen, askaniſchen Stammes, in Gebrauch, der ſich auch bei deßen Nachfolgern aus dem Meißniſchen Hauſe erhielte. Insgemein verſtand man darunter das größere Inſiegel, auf welchem der Herzog in ſeinem vollen Glanze erſcheinet und — ſo wie hier, — als thurniermäßiger Ritter zu Pferde ſitzet. Außerdem bezeichnete man auch, durch das Wort: Majeſtät, die Oberherrſchaft im Staate und die Unabhängigkeit des Regenten, der ſchon in dieſem Zeitraum ſich im Beſitz der vollen Souveränität befand.

kommen wiſzendlich an dieſen Brieff thun henken, Geben zu Coburg vff Freitag Antony Confeſzoris Anno Domini milleſimo quadringenteſimo ſexageſimo ſexto.

XX.

Würderung des Brandſchadens und der Plünderung die von einigen Bamberg. Edelleuten im Coburgiſchen Lande verübet worden; (Ein Auszug aus einer 1466. deshalb geſchehenen gerichtlichen Verhandlung.)

den 28. Oct. 1447.

rc. Der genant Er Heinrich von Lichtenſtein had ſeinen Brandſchaden zu Hoenſtein geachtet auf ſibenhundert gulden vnd den alſo betheuert mit ſeinem eyde, den er dorumb zu den heiligen gelobt vnd geſworen had. Item Heintz, Torwart von Hoenſtein ſein Schaden an Brand vnd Name (Raub) betuert vmb nun vnd zwentzig Gulden, vnd den Schaden der Leme (Lähmung) an ſeinem Leibe an vierzig Gulden beteüert. Item Claus Keiſer zu Zitzelsdorf für vier Pferd vnd zwen Gulden genomen, betewert auf vierzehen Gulden. Item, Hanß Bokrieß drey Gulden Brandſchadens bethewert. Darauff hat Graue Ludwig von Gleichen von wegen vnd an ſtat vnſers gnedigen Herren, als ſein gemechtigter Anwalt, im Chrafft des verleſenen Gewaltbrieves, viertauſent Gulden Wandels n) nach lauet des rechtſpruchs, mit ſeinem eyde in vnſers gnedigen Herren Sele geſworn, bethuwert als ſich gepurt, Ern Otten von Lichtenſtein Beſchädigung. Item Katherin Erhard Heymendorfs ſelichen, Tochter hat bethuwert ein vnd zwantzig Gulden für vorloren kalbe vnd pferd, vnd darnach vierhundert Gulden für iren Vater, der vom Leben zum tode bracht iſt. Item abermals Graue Ludewig bethuert den Wandel des Stüks halben von vnſers gnedigen Herrn wegen, auf viertauſent gulden, nach laut des rechtſpruchs vnd immaßen als vor Merten von Lichtenſtein Beſchedigunge. Item Herman Eberlin von Polſtorff Fünff rintnoßer auf nun Gulden bethewert. Item Hanß Meßler zu Mirspach betheuwert ſein Schmerzen vnd artzlon auf nuntzehen guldeu. Item Endres Eylifer zu Mirspach had bethewert funf pferd auf ſibentzehen Gulden die Schatzung ſeines Sones. Item Margaretha Snyderynn hat bethewert dreyhundert Gulden für den Schaden Jres Mannes tode. Die von Lame Jtem Heintz Hincke vier Gulden für zwu Kalbe bethewert. Jtem Contz Enck vier Pferd zwen Ochſen vier Kalbe vnd drey Füllen auf fünff vnd dreyßig Gulden bethewert. Jtem Claus Füßle zwey Rintnoßer betewert auf drey Gulden, Jtem Erhard Boley drey Kalbe auf ſechs gulden bethewert, Jtem Erhart Pauls ſechs rintnoßer bethewert auf zwelff gulden, Jtem Wolff Smyd zwu Kalben auf drey

n) Wandel, heißt hier eben ſoviel, als Genugthuung, Entſchädigung, oder Strafe. S. das Gloßarium in den Materialien zur Oettingiſchen Geſch. Th. VI S. 488

dreu Gulden bethewuert. Item Claus Schorn drey Ochſen, zwu Kalben vnd ein Pferd bethewert auf zehen gulden Item Erhard Mechthilter ein Rintnoß auf anderthalben Gulden. Item der Hirt hat auch verloren vnd was itzund nit gegenwertig. Item Fritzens Smids ſeligen Tochter Barbara zu Mirspach acht vnd drißig Gulden, die irem Vater abgeſchetzt ſein worden, betewert. Item Graue Ludewig obermals auf das Stůke von vnſers gnedigen Herren wegen, vierthauſent Gulden zu Wandel bethuert, Heintzen von Fůlpach Beſchedigung. Item Heinz tauwerer zum Vmmersperg fůnf Pferd eilf rintnoßer vnd ſein Haußrat genommen, fůr funfzig Gulden bethewert. Item Peter von Lint, neůn Rintnoßen fůr achtzehen Gulden be-huert. Item Heintz Wolf acht rintnoßer bethewert vmb ſechzehen Gulden. Item Herman Chriſtian zu Heyweſ-dorf ſechzehen ſchog Korns vnd anderes Im verbrand, bethuert auf dreißig Gulden. Item Graue Ludewig von Glichen had abermals von vnſers gnedigen Herrn wegen vier thauſent Gulden betewert auf die Stůke. Wilhelm von Memmels-dorf Beſchedigung. Item Hanß Thorn zu Polßtorf ſechs Rintnoß vnd ſein Haußrath Im genommen, bethuwert fůr achtzehen Gulden. Item Herman Enck fůnf Rintnoßer vnd acht pferd Im genommen fůr drůßig Gulden bethuert. Item Fritz Raben zu Erlßdorf iſt auf dem Wallewege. Item Graue Ludewig von Gleichen hat abermals viertauſent gulden von vßers gnedigen Herren wegen zu Wandel bethewert auf die ſtůke izt gemelt. Das dieſe Ding alſo vor vns Schenck Johanſen obgnannt ergangen vnd die eyde, Behaltunge, Wandels vnd Schadens vor vns, als Richtern, dorzu geordnet, geſworn ſind, des haben wir zu vrkunde vnſer Inſigel an dieſen Handel auf ſiben Bletter, iglich halb Blad mit ſiben vnd dreißig Zeiln vnd dieſes letzte halbe Blad mit dreůtzehen Zeilen, biß auf des offenbars Schreibers Bekenntniß geſchriben, wißentlich gehangen. Geben auf Fritag nach Egidy anno Milleſimo quadringenteſimo Sexageſimo Sexto.

XXI.

Machtſpruch Biſchof Rudolfs zu Würzburg und Marggraf Albrechts zu Brandenburg über die, zwiſchen Sachſen und Bamberg, wegen der von dem Bamberg. addl. Vaſallen in Coburg. Landen verübten Exceſſen, entſtandenen Mißhelligkeiten.

den 7. July 1467.

Von Gottes Gnaden, Wir Rudolff Biſchoffe zu Wirzpurg vnd Herzoge zu Franken, vnd wir Albrecht Marggrave zu Brandenburg vnd Burggrave zu Nurenberg, von ſolichen Forderungen, Vehde, Veinſſchafften, zwietrachten vn Vnwillens wegen, wie ſich die begeben vorlauffen vnd gemacht haben zwiſchen den hochwirdigen vnd hochgeborn Fůrſten vnſern beſundern lieben Herrn Freůnden vnd Schwecher, Herrn Gorgen Biſchoven zu Bamberg, eins vnd Herrn Wilhel- Ex orig.

men Herzogen zu Sachßen Lanntgraven zu Doringen vnd Marggraven zu Meißen, des andern teils, von Name vnd Beſchedigung wegen herrůhrende, die Lamprecht von Rinthofen, Cuntz von Streitberg, Cuntz Ochs vnd Cuntz von Uffſeß dem genannten vnſern Herrn von Sachßen vnd ſeinen Mannen, Heinrichen, Otten Rittere vnd Martin, alle drey vom Lichtenſtein, Heintzen von Füllbach vnd Wilhelmen von Memelsdorf gethan vnd zugefugt haben, darumb auch etliche Beteidigung, Anlaß, Rechtſpruch vnd Bebrivung der Scheden ergangen vnd geſcheen, auch von Name vnd Beſchedigung wegen die vnſern Herrn Freůnd vnd Sweher von Sachßen, darzu Johannſen von Eberſtein vnd etlichen andern ſinen Mannen vnd vntertanen, nach der Beredung von Tannenrode im Felde geſcheen, durch die obgemelten ihre Helfer vnd Beyläger zugefugt vnd widerfaren, deshalb die obgenanten Fürſten zu Angriffen, Vehden vnd aufruren gein einander komen ſind, bekennen wir offennlich mit dieſem Brive gein allermeniglich das der genant vnſer Herr Freůnd vnd Sweher von Sachſen für ſich vnd ſeine Mann vnd Vnderthanen obgemelte, der er ſich gemechtiget hat, vnd der megenant vnſer Herr vnd Freůnd von Bamberg für ſich Lamprechten von Rinhofen, Contzen von Streitberg, Contzen Ochßen vnd Contzen von Aufſeß, deren er ſich hierinne auch hat gemechtiget, doch Contzen von Aufſeß mit vnterſcheidt als hernach geſchriben ſtet. Solcher obgemelter Anſprach, Vorderung, Vehde, Feintſchaft vnd was ſich darinnen vnd darunder biß vf diſen heůtigen Tag dato ditz Brifs verlaufen vnd gemacht hat, gentzlich vnd gar vf vns gangen ſind, vnd an vns ſie darumb in der Gůtlichkeit zu berichten vnd zwiſchen Jne außzuſprechen, geſtalt vns des auch gantze volkomne Macht gegeben haben, vnd alſo ſprechen wir auß in der Gůtlichkeit in vnd mit Kraft ditz Brifs; das der vilgenannte vnſer Herr vnd Freůnd von Bamberg, vnſern Herrn, Freůnd vnd Schweher von Sachſen, ſeiner Forderung halben die er von ſein ſelbſt, Hanſen von Eberſtein vnd etlicher ander ſeiner Mann vnd Vnderthanen wegen gehabt hat, Fünftauſent vnd vierhundert reiniſcher Gulden geben vnd bezalen ſoll, nemlich den halben teil ſibenundzweintzighundert Gulden vf ſand Peterstag Kathedra ſchirſt nach dato ditz Brives kommende vnd den andern halbteyl — vf ſand Michelstag nechſt darnach folgende, vnd zu yeder Friſt achttag vor oder nach ongeverlich zu Seßlach in der Stat, vnd Jm darumb einen Schuldbrief vnder ſeinem vnd ſeins Capituls Jnſignen, nach laut der Nottel die wir darůber begreiffen laſſen haben, geben vnd fertigen vnd vf jede Zeit der Bezalung dem Amtmann zu Coburg einen gewiſſen vnd nemlichen Tag benennen, den vier Tage zuvor verkünden, darzu wir Biſchof Rudolf in derſelben vnſer Stat vnd in dem vnſern als weyl wir des zu thun haben, ſolchem Gelde auch denjenen die das brengen vnd holen werden, vnſer frey vnd ongeverlich ſicher Gleit geben ſullen vnd wullen zu vnd von ongeverde. Und das auch vnſer Herr vnd Freůnd von Bamberg vnſerm Herrn vnd Freůnd vnd Sweher von Sachſen in den dreyen nachkůnftigen Jaren, in jedem Jare einmal, ſo das vnſer Herr, Freůnd vnd Sweher von Sachßen begert vnd vnſern Herrn vnd Freůnd von Bamberg einen Monden langk vor verkůndet, hundert gereiſige zu Dinſt ſchiken ſol, doch an ſolche end, da er das mit eren vnd glympf gethun kan vnd ſol, das thun vf ſeinen Schaden vnd vnſers Herrn

Freünd! vnd Swehers von Sachſen koſten, die er alſo an der erſten Herberg ſeines Landes gein Coburg warts, in ſein Futter nemen ſol. Und dieſelben gereiſigen ſo die alſo vnſerm Herrn Freünd vnd Sweher von Sachſen zu Dinſt kommen, ſollen vber einen Monend in ſolchem Dinſt zu bleiben nicht verpflicht ſein. Mer ſprechen wir auß, das vnſer Herr vnd Freünd zu Bamberg vnſers Herrn, Freündes vnd Swehers von Sachſen Manne ihrer behebten (bewieſenen) Scheden vergnügen, vnd dafür Heinrichen von Lichtenſtein, Ritter, ſiebenhundert ſechsundachtzig Gulden, Otten von Lichtenſtein Ritter, vierhundert einundzwanzig Gulden, Mertein von Lichtenſtein, vierhundert drithalb vnd ſibenzigk Gulden, Heinzen von Fülbach hundert vnd vierzehen Gulden vnd Wilhelmen von Memelsdorf achtundvierzigk Gulden, alles reiniſcher Landwerung vf den obgenanten ſand Peterstag, Jr yedem den halben teil, vnd dann vf Michelstag nechſt darnach volgende den andern halb teil an dem vorgemelten ende zu Seßlach vnd immaßen wir obſteet, bezalen vnd Jne darumb ein redliche Verſchreibung vnder ſeinem vnd ſeins Capitels Inſigeln, nach laut begriffener Notteln, fertigen vnd geben ſol. ꝛc. Welche auch von beden teilen ire Lehen oder Amtlehne oder Amtspflicht vfgeſaget hetten, den ſollen von den Lehenherrn, nemlich den hiedißeit Waldes In einen halben Jare vnd den jenſeit Waldes in einer jaresfriſt den nechſten ſo die das fordern wider geliehen, Lehen vnd Amtspflicht von Jne genommen werden ongeverde. Und ſullen die Lehen vnd Ampt inne haben, immaßen ſie vormalen die vor ſolcher Aufſagung innen gehabt hetten, desgleichen ſoll vnſer Herr vnd Freünd von Bamberg gein dem edlen Brawn Herrn in Querfurt ſeiner Lehen halb alſo halten vnd des ime, wie vormals vnſer Herr vnd Freünd von Bamberg durch fürbete des hochgebornen Wilhelms, Grauen vnd Herrn zu Hennenberg, dem genanten von Querfurt ſeiner Lehen halb, gnedige Verwilligung getan hat vnd darüber ein Nottel vbergeben worden iſt, ſol auch gehalden vnd volzogen werden. Das auch einem iglichen vf beiden teilen, ſie ſind vf beide teil verwant wie ſie wollen, ſie hetten ire Pflicht vfgeſagt oder nicht, weren auch veint worden oder nicht, ire genommenen vnbeweglichen Güter an Lehen oder eigen, die in dieſen Vehden genommen weren worden, wider worden, als die itzund ſind vnd Jr arme gehuldigte Lewte ledig geſagt vnd alle Vngnade gein ine ganz abgeſtellt worden ꝛc. b) Vnd des zu merer Vrkunde haben wir vnſer Gemeyn Capittels Inſigel zu der genannten vnſern gnedigen Herrn von Wirzpurg, Brandenburg vnd Nürnberg Inſigeln auch an dieſen Brive gehangen. Der geben iſt zu Coburg am Dinſtag vor ſand Kilians Tage nach Criſti vnſers Herrn Geburt vierzehenhundert vnd im ſibenvndſechzigiſten Jaren.

b) Der übrige Theil der Urkunde beſtehet in wechſelſeitigen Verſicherungen, dem Ausſpruche der eingangsgenannten Schiedsrichter allenthalben Folge zu leiſten.

XXII.

Die Herrn von Schaumberg und von Koburg verwenden ſich bei Kurfürſt Friedrichen und Herzog Johannſen zu Sachſen, gegen die vorhabende vertreibung der Mönche zu Coburg.

den 25. Septbr. 1496.

Ex orig. Durchleüchtigen hochgepornen Fürſten vnd Herrn, Ewer fürſtlichen Gnaden ſein vnſer ſchuldige willig vntterdenige Dinſt zuvor an bereit, gnediaſter vnd gnedige Herrn, vns langt an, wie bey ewren fürſtlichen Gnaden mit hohen Vleiß gearbeit werden ſolle zugeſtatten, die Mönch zu Coburg außzutreiben vnd derſelben Cloſter in ander Regel vnd Weſen zu verendern, welchs vns Ein groß herzlich Widerwertkiteit iſt, Wir von beiden Geſchlechtern von Schawenberg vnd von Coburgk vnſer Eltern haben anfänglich ſolch Kloſter geſtift, ſtet vf vnſern Engen Güttern, Wir von allen Geſchlechten, vntten angezeigt, haben vnſer Begrebniß auch etliche Jarbegengniſſe im Kloſter, Wir vnd vnſer Eltern haben darzu gegeben das ſolch Kloſter Erlich vnd zirlich Got zu Lobe mit Kelchen, Meßgewantten auch andern merklichen Ordenantten vnd Gepewhen wol vnd löblich verſehen worden. So hörn vnd ſehen wir auch nit anders, dann das die armen Brüder mit allen Gottesdinſten auch mit züchtlichen vnd . . . . . . Weſen Erlich vnd fründlich reigirn vnd trewlich tag vnd nacht Got dinen, vnd wo ſölch alsdann ſo die Verenderung, wie wir bericht werden, geſchehen ſölt, das Got nit wölle, ſo möchten ſich drey oder vier Mönch nachdem ſolch Kloſter der Lande vnd anſtoßenden fürſtl Stette vnd andern Klöſtern Swerung halben im Cloſter nit ernern, ſundern dadurch der liblich Gottesdinſt gemindert, das Cloſter wider verwüſtett vnſer dargegeben Gütter an Gezierden vnd Gepewen verlorn vnd vnſer Begrebniß vnd Jarbegengniß vnttergedrukt vnd vernigtigkt werden ꝛc. dat. Suntag nach Mathey anno etc. LXXXXVI.

Apel v. Lichtenſtein Ritter, Merttin Zolner Ritter, Adam Petter, Philip, Ott, Hanß Conz u. ander v Schawenberg Eberhard, Peter Heinz ꝛc. von Lichtenſtein, ꝛc. von Heßberg Albr. v Brandenſtein, Claß v. Waldenfels, Martin v. Roſenau, Heinz, Steffan u. ander von Heldritt, Veit Kemmetter, Valtin Eberhard u. ander Schenken, Friz v. Sternberg.

XXIII.

Kurfürſt Friedrich zu Sachßen verordnet, wie es bei dem Stadtrath zu Coburg mit der Rechtfertigung der Appellationen gehalten werden ſoll.

den 1. März 1499.

Wir von Gotts Gnaden Friederich, des heiligen römiſchen Reichs Ertzmarſchalck vnd Chür-Fürſt, vnd Johanns Gebruder, Hertzogen zu Sachßen, Landgrafen in Doringen vnd Maggraven zu Meißen, bekennen vnd thün kund gein allermenniglichen, als vnſer lieben getrewen Burgermeiſter vndt Rathe zu Coburg von ihr vnd gemeiner Stadt wegen etliche Beſwerungen durch ihre geſchickten an vns haben tragen laſſen, mit vnterthäniger Bete, ſie darinnen gnediglich zu bedencken, vnd erſtlich angezeigt, wann durch einen Rath zu Coburg Rechtſpruch zwiſchen Burgern bey ine geſcheen, davon dann von Parthen appellirt, ſo würden die Parthen in Rechtvertigung der Appellation, durch Erholung des Rechten von außwertigen Enden mit mergklicher Darlegung, Müye vnd Unkoſt beſwert, darauf haben wir verordent, ſetzen vnd meynen, daß nun hinfur, wo ſich Appellation von Burgern vnd Innwohnern zu Coburg begeben vnd furgenommen werden, daß die zu Rechtfertigung von vnſerm Ytzigen vnd einem ieden Zukünftigen Pfleger ſollen angenommen, vnd Inhibition, vnd was ſich gepurt, gegeben werden, vnd zu Rechtvertigung derſelben Appellati n Sachen ſoll der Pfleger den Parthen vfs fürderlichſt fürbeſcheiben, vnd etliche verſtändige von vnſern Erber mannen vnd andern nach Gelegenheit vnd Geſtalt der Sachen zu vnd neben ſich nemen vnd ſetzen, vnd mit ſambt denſelben die Sachen nothdürftiglich verhören, vnd nach gnugſamer Verhörung erſtlich guten Fleiß gebrauchen, die Parthen gütlich zu entrichten, wann aber die Gütlichkeit ie nicht fürgang neymen wollt, ſie rechtlich entſcheiden, vnd ob der Pfleger vnd Beyſitzenden des Rechten darinnen nicht gnuglich knüdig vnd verſtändig wären, alsdann ſollen ſie ſich des bey vns vnd vnſern Räthen an vnſerm weſendlichen Hoffe, vnd nyrgend anders, erlernen vnd erholen, daſſelbig darnach den Parthen eröffnen, vnd darinn geſcheen laſſen, wie ſich das nach Rechts-Ordnung zu thun gebürt. Zum Andern haben ſie bemelter vnſer Stadt Coburg alts Herkommen vndt Gewohnheit, ſo in Aufrichtung Teſtament oder letzten Willen von Burgern oder Burgerynne bey ine die von männiglichen geſündert vnd getheilt, auch nicht lebentig Leibeerben haben, gehalten vnd gebraucht wirdt, angezeigt vnd fürbracht, darauf ſetzen vnd orden wir, wo alſo bey ine von iren Burgern vnd Burgerynn Teſtament oder letzten Willen aufgericht, gemacht vnd verordent worden, von dem, das ſie zu teſtiren recht hetten, daß dieſelben Teſtament vndt letzten Willen kräftig vnd mechtig, lauts irer herbrachten Gewohnheit, ſein ſollen, würden aber die von Ymand zuwiderfechten füraenommen, ſolle von vnſerm Pfleger, wie obberührt, gerechtvertigt vnd ausgetragen werden, vnd dieſe vnſer Verordnung ſolle, bis auf vnſer Wiederrufſen, Beſtand haben. Zum dritten haben ſie anbracht, nachdem ſie vns zu ſunderm Gefallen Ern Georgen, Organiſten, der von ine mit einem geiſtlichen Lehen belehent, vnd in vnſer Capellen zu Weymar von vns verordent iſt, etlich Jare abſentz gegeben, vnd noch

Ex orig.

etliche Zeit volgen zu laſſen zugeſagt haben, wollen wir, daß ſolich ire gutwillige Erzeigung ine gegen andern Prieſtern, auch von Jne belehent, keinen Nachtheil ſoll geberen, noch denſelben Prieſtern abſentz zu volgen laſſeit fürtr͛glich noch hülfflich ſeyn, alles an Gefährde. Zu Vrkund iſt dieſe vnſer Ordnung mit vnſerm Hertzogen Friederichs für vns bede hierangehangenem Inſiegel beſiegelt, vnd geben zu Weymar Freytags nach Reminiſcere Anno dmi. millesimo quadringentesimo nonagesimô nonô.

XXIV.

Kurfürſt Friedrich und ſein Bruder Johann, Herzoge zu Sachßen beſtellen Antonius von Roſenau zu ihren Amtmann zu Neuhauß.

den 5. Juny 1503.

Ex orig. Wir von Gots Gnaden Friderich des heiligen römiſchen Reichs Ertzmarſchalk vnd Curfürſt vnd Johans Gebrüdere Herzogen zu Sachßen Landgraven in Doringe vnd Marggraven zu Meißen bekennen vnd thun kundt allermenniglichen, das wir vnſern lieben getrewen Anthonius von Roſenawe zu vnſern Amptman zum Newenhauß auf dato aufgenommen Jme daſſelbe amptsweiſe ingethan vnd bevolhen haben, Nemen yn darzu auf vnd bevelhen ym das hiemit alſo, das er vns mit vier Pferden vf demſelben Ampt vf ſein eigen Koſt vnd Schaden zu Dinſt, über das ſo er vns von ſeinen Gütern ſchuldig iſt, gewertig ſey, das gemelt vnſer Ampt innhaben vnd Vorweſen, dem getrewlichen vorſtehn, ſein Zugehorungen vnd Gerechtigkeiten handthaben vnd nichts davon entzihen laſſen. Ob aber ichts davon entwandt oder entzogen were oder wurd, ſich nach ſeinem beſten Vermögen bevleißigen dieſelben Gerechtigkeiten wider darzu zu bringen, wo ym aber Beſchwerung darinnen begegend, vns das zu verſtehen gebin, alßdann ſollen wir Jm des entzogen wieder zu erlangen hilflich vnd fürderlich ſein, damit das wider zu dem Ampt bracht werde. Wo aber der Amptmann dorinne leßlich erfunden vnd ichts bey im davon entziehen laßen ließ vnd das nicht anbrechte, dafür ſoll er Antwurt geben. Es ſoll auch der Amtmann vnſer amptſachen vnd Geſchefte auf ſein eigen Koſt vnd ſchaden nach dem getrewlichſten außrichten, würden Wir yn aber außerhalb des Ampts in andern Sachen gebrauchen, zu vns fordern oder an außwertige endt ſchicken, ſo ſollen vnd wollen Wir Jne mit Coſtung halden gleich andern vnſern dienern, dieweil er alſo auſſen vnd in vnſern geſchefften were, Jm auch für redlichen vngeverlichen Schaden, op er den kuntlich entpfahen vnd nehmen würde, nach zimlichen dingen abzulegen vnd zu entrichten. Der genannt vnſer amptman ſoll ſein eigen Bettgewandt vnd allis anders Hauß vnd küchen gerethe zu ſeiner amptshaldung ſelbs auch vnſer ampt vnd Schloß in guter achtung haben, vnſer Lewte vnd guter darzu gehoren im guten Rate anſchicken vnd vorteidingen, die Gepewde in den Gemachen, der er ſich gebraucht, vf ſein eygen Koſt in bewlichen Weſen halden, was aber Newer ſein würden, ſollen mit vnſern Wißen vnd willen fürgenommen vnd vf vnſer Koſtung gethan werden, vnd ſoll die Inwoner deßelben ampts wider Billigkeit vnd recht nicht beſchweren, ſondern

bey Jm Altherkomen, gerechtigkeiten vnd gewonheiten vnvorkutzt bleiben laßen, Sie auch bey gleich vnd recht nach ſeinen beſten Vermögen handthaben, ſchützen ſchirmen vnd vorteidingen, darumb kein Vorerung Schenckung mitgaben noch anders, wie das namen habe oder gehaben magk, in Schenckung oder Gabweiſe durch ſich ſelbs oder ander perſonen, wie oder in was Schein das geſcheen mocht, nehmen oder nehmen laßen. Würden aber zwiſchen den Vntertanen des Ampts Irrung vnd Zwytracht entſtehen, warumb oder was das betreffen wird, ſo ſoll der genannt Amptman guten vnd getrewen Vleiß fürwenden, die Parten zu vorhorin vnd nach getaner Verhorung durch gutige Mittell die der Billikeit vnd den rechten gemeß ſein, zu entrichten, vnd wo er das auß eigner Vorſtandniß nicht kundig, ſoll Jm vorbehalden ſeyn ſich darumb an vnvorbechtigen Enden zu erfaren vnd alſo leichtlichen die Parthen ins recht . . . . . . nach kommen laßen, damit ſie vnkoſt, vnd Vorſeumpnis entleden bleiben. Es ſoll der genant vnſer Amptmann ſich an vnſer ſonderlich Wißen vnd Willen an nymants anders verherren noch zu Dinſt geben Auch keinen mundt oder Vorſpruch — — — für ſich ſelbſt vnd ym zu nutz vnd gut aufnehmen, vnd auf das der genannt vnſer Amptmann des gemelten vnſers ampts vnd dinſt deſter ſtatlicher gewarten möge, Da haben wir vns des mit im voreinigt, das Jm alle Renten, Zinße, Nutzung ackerbaw, wyſen, Scheffereien, Sehe vnd alle ander An- vnd zugehorungen, was wir der in bemelden vnſerm Ampt haben, Wiltpan vnd das Viſchwaßer genant die Tette (Tettau), das wir vns hie vorbehalden, vnd das Gericht ſoll ein jeder vnſer Schoßer vnd Zentgrave zu Coburg ßo des not ſein wirdet, mit ſampt den Schöpffen beſitzen vnd beſtellen, vnd die ruge die an Gericht geſchicht, ſoll der Amptmann auch der Zentgrave itzlicher Vorzeichint nehmen vnd zum nechſten Gericht dieſelbe fürtragen vnd teylen (entſcheiden laßen vnd ſoll kein ruge außerhalb Gerichts, denn mit Wißen des Amptmanns aus dem Rugebuch getan werden, vnd was zu Buß erteilt wirt vnd davon gefelt, ſol vns die Helfte vnd die ander Helffte vnſerm Amtmann zum Newenhawß gegeben werden, jehrlich vfzuheben vnd anzunehmen. Davon ſoll vns gedachter vnſer Amptmann jerlich vnd jedes Jahr beſunder vf jeden pfingſttag Zweyhundert Reiniſch Gulden geben, nemlich funfzig Gulden in vnſer Cammer vnd anderthalbhundert Gulden Jm vnd Eůkarius von Roſenaw ſeinem Bruder zu Zins, laut der häubtverſchreibung vf dreitauſent Gulden, reichen vnd antworten Es ſoll auch vnſer Forſter dem obgemelten vnſerm Amptman Brunho z zu dem genanten Schloße nach Notturfft beweißen vnd geben, ſonſt ſoll er mit den Welden vnd Holzern nicht zu ſchicken haben, darauf hat vns der genannt Amtpman zu ſolchem Ampt gewonlich pflicht gethan vnſern ſchaden zu warnen, fromen zu werben vnd dem Ampt wie bemelt getrewlich vorzuſtehin als einem fromen Amptman von billickeit wegen zuthan gebürt on alles Geverde. Czu Vrkund mit vnſerm Herzogen Friderichs für vns beide hier vfgedruckten Sekret vnd Handtzeichen vorſiegelt vnd Gebin Weymar Montags in der heiligen pfingſtwochen nach Chriſti vnſers lieben Hern Geburt funfzehen hundert vnd im dritten Jare.

XXV.

Herzog Johann zu Sachßen verleihet Lorenz Schenken zu Unterſiemau, für die von demſelben dem Hauſe Sachſen zu Mannlehen aufgetragenen allodial Güter daſelbſt, die Halsgerichte über dan ganze Dorff.

den 17. Januar 1521

Ex orig. Von gottes gnaden Wir Johanns Hertzog zu Sachſſen, Landgraue in Duringen vnd Marggraue zu Meyſſen. Nachdem wir zu vergangner Zeit, von wegen des Hochgebornen Fürſten, Herrn Friderichs Hertzogen zu Sachſſen, Churfurſten ꝛc. Vnſers lieben brudern vnd vnnſertwegen vnns mit dem Hochgebornnen vnnſerm lieben Oheimen Hern Wilhelmen Grauen vnd Hern zu Hennebergk, aus ſonnderlichen, bewegenden vrſachen, ains Wechſels, etlicher Lehennſtük halben Nemlich vmb den vierdtentail des Slos Sultze, mit deßelben vierdtentails Zuhorung, welchs von vnnſern lieben bruder vnd vnns zu Lehen ruret, an demſelben Slos, ehemals gedachtem von Hennebergk, der halbtail Lehenns halben zuſtenndig. Vnd vmb etliche guter, welche von vnnſerm Oheim von Hennebergk zu Lehen rurent vnd Lorenz Schennck von yme lehensweys ynnhalt a) mitnamen das Slos Sumen, darynn Lorenntz Schennck ſitzt mit ſeinem Vorhof alls weit der vmbfanngen hat, mit dem badtſehe an Slos gelegen. Dartzu ainen Baumgartten bey dem Slos am ſehe gelegen, mit ainem gewelbten keller, mit zwayen Viſchgraben, Item zwen Hof die zum Slos gebawet worden, Ain Erbſchennckſtat, mit aller gerechtigkeit, Ain erbſchmitten, zinſt yherlich zweiff pfundt, ain vaſnacht hun, mit zwayen weyſaten, miſtgabeln vnd miſthacken die pferde zu beſlagen, vnd annder arbait zethun alles vmb ainen benannten lon, Dartzu ain Erbbadtſtube, zinſt yerlich zwen guldin, thut auch dabey anndern dinſtbarkait, dermaſſen veraint vnd entſchloſſen, das wir vnnſern Oheim von Hennebergk, den Vierdtentail der Lehen am Slos Sultz, vnd ſemlich dagegen vnſer bruder vnd vnns die Lehennſchaft, an angezeigten guter zu Sumen zugeſtelt, ydes tail dem anndern die lehen vberwenſt die furtmer auf ewig zuuerleyhen. Dartzu hat vnns gedachter Lorentz Schennck, darneben anzaig gethan, wie er in der Dorffflure vnd markt Sumen, etliche guter welche frey aigen ſein, liegen hab, Nemlich zwei kemnaten ym Dorff zu Sumen bey der Kirchen vnd in yder ain gewelbter keller vnd ain Zihebrun, Item ain Weyher der hailigen ſee genannt, bey dem ſchaffhawß, Item ain ander weyher darnach gelegen der banndtzſehe genannt, Auch ain Weyher ym flue gelegen der laubenſehn genanndt, der ſich ſelbſt beſamet. Item ain weyher der Bayrſehe genanndt, Ain garten bey dem Dorffſehe mit welſchen obsbawmen, Ain baumgarten bey der gaſſen, gein Coburgkwarts

a) Nach einer Urkunnde d. d. Montag nach St. Johanstage 1699 wurde Lorenz Schenck von gr. Wilhelmen von Henneberg mit der Behauſung zu Summen (Unterſiemau) ſamt den Vorhoffe und den großen See zu rechten freien Mannlehen zum letzten mal beliehen.

warts gelegen, Ain Hannffgarten am Schernecker wege gelegen, Jtem ain Hoff der Deutzſchhof genannt mit ſeiner yherlichen nutzung, front vier tag mit Pflug vnd pferden oder gibt für einen tag ein Ort (5 gr.) dartzu fürdt er zwelf klafter Holz aus dem (Lichtenfelſer) Forſt zu frone oder dafur ain guldin, Jiem ain Ochſſen aus ſeiner futerung gehallten oder ain gulden dafur Jtem acht Keſe zu Wenſat, oder fur ainen zehen pfennig darfur, Jtem ain Vaßnacht henne fur zehen pfennig, Jtem ain Herbſthun oder darfur funf pfennig ꝛc. b) Welche er vnns gegen ainer gnedigen furſtllchen vergleichnus aufgetragen, mit vntertheniger bit, die als aigen aufzunemen aus der aigenſchafft zumanlehen zumachen vnd ym vnd ſeinen rechten ſtammp Schilt vnd helms Lehenserben als Manlehe zuuerleihen, Demnach Bekennen wir fur obgenannten vnſer lieben brüder Hertzog Friedrichen Churfürſten ꝛc. vns vnd vnſer baider erben gein allermenigklich, das wir aus kraft obbeſtimts Wechſſels vnd Verweyſung Lorentzen Schennck die berurten güter zu Sumen, die vormals der Herrſchaft Hennebergk lehen geweſt, mit allen vnd yden derſelben zu vnd eingehorungen ehrn nutzen herlichkaiten gerechtigkaiten, gerichtbarkaiten grbotten vnd verbotten, es ſindt holtzer acker wieſen ellern velde trifft wege ſtege wonne vnd waide zu rechtem manlehen, wie gemelt geraicht vnd geliehen, Darzu haben wir die angezaigten aigen guten auf Lorentz Schencken, auftragen vnd bit, vnnſer bruder vns vnd vnnſern erben aus fürſtlicher Obeekait der aigenſchaft benumen vnd zu Mannlehen gemacht, die wir dann hirmit zu Mannlehen machen, Auch ymc vnd ſeinen recheen, wie obſtet, Lehenserben, zu rechtem manlehen geraicht vnd geliehen, Darzu aus beſondern guaden, ym vnd ſeinen Stamme Schilt und Helms Lehenserben, gegen ſolchem auftragen, vnd verwandlung der aigen guter, die Halsgericht, auf allen ſeinen gütern zu Sumen, welche hiuor in vnnſer Pflege Coburgk gehörig geaigent, vnd fur vns vnd vnſer erben darauff ewig, auſſern halb das, ob die güter wieder an vnnſer lieben bruder vns vnd vnnſern erben oder nachkommen des Hawß Sachßen fallen würden, begeben haben ym auch zuſambt den Halsgerichten dreyhundert güldin an Müntz zu ſeinen ſichern Hannden haben vberantwurten laſſen, ynhalt ſeiner quittantzen vns dargegen zugeſtelt, Die obgeſchrieben guter ſambtlich wie die vnterſchrieben vnd namhaft angezaigt ſindt, Reichen vnd leihen wir gegenwertiglich gemelten Lorentzen Schennk vnd ſeinen rechten Manſtam ſchilt vnd helms Lehenns erben, in vnd mit craft dis brines, die furtner von vnnſerm bruder vns vnd vnnſer erben zu rechten manlehen ynne haben, beſitzen, zugenieſen zu gebrauchen, als ſich geburt zuuerdienen, den lehen anch ſo oft die zu falle kommt volg zuthun vnd damit hallten ſollen, alls Mannlehens recht vnd gewenhait iſt getrewlich vnd angeuerde Doben ſindt geweſen vnd gezeugen vnſer Rethe vnd lieben getrewen, Wolff von Weyſſenbach Ritter, des hailigen Römiſchen Reichs Erbritter Ambtman zu Czwickaw, Hanns von Sternberg Ritter zu Kalenbergk, Nickel vom Ennde zum Stain, vnnſer Hofmarſchalk, Burkhardt Hundt, Ambtman zu Gotha, Johanu von der Sachſſe doctor, vnd die annder vnnſern

b) Der folgende Inhalt der Urkunde beſtehet in einem Verzeichniſſe der Lehen- und Zinsgüter und deren Beſitzer, welche Lorenz Schenk als Eigenthum inne hatte und jetzo dem Hauſe Sachßen lehenbar wurden.

gnug glaubwirdige Zu vrkundt mit vnnſern hirangehanngenem Inſigel, wiſſentlich beſigelt, Vnd geben zu Coburgk am Donnerſtag Sanndt Anthonientagk Nach Criſti vnſers lieben Hern geburdt, funfzehen hundert vnd ym ains vnd zwainzigiſten Jahren.

XXVI.

Kaiſer Karls V. Verſicherung, daß die Beleihung des Stiffts Würzburg mit den Herzogtthum Franken den Chur- und Fürſten zu Maynz, Sachßen und Brandenburg, in Anſehung ihrer fränkiſchen Lande, unſchädlich ſeyn ſollte q).

den 4. April 1521.

Ex orig. Wir Karl von Gots Gnaden Erwelter Römiſcher Kaiſer zu allen Zeiten merer des Reichs ꝛc. bekennen offentlich mit dieſem Brive vnd thun kunt allermenialich, daz der hochwürdig in Gotvater, Herr Albrecht der heiligen Romiſchen Kirchen des titls ſannti petri ad vincula Brieſter Cardinal, Erzbiſchow zu Mainz und Maidburg, Primas Adminiſtrator des Stiffts Halberſtadt, Friderich Herzog zu Sachßen, Landgraf in Doringen vnd Marggraf zu Meyſen von ſein Selbs vnd Herzog Johannſen ſeines Bruders wegen, vnd Joachim Marggraf zu Brandenburg zu Stettin, Pomern der Caſuben vnd Wennden Herzog, Burggraf zu Nürnberg vnd Fürſt zu Rügen des heiligen Romiſchen Reichs in Germanien Ertzcanzler, Ertzmarſchalch vnd Ertzkamerer, Georg Biſchove zu Bamberg, Georg Herzog zu Sachſen, Landgraf in Doringen vnd Marggraff zu Meyſen, Caſimir vnd Georg Gebruder von Jr ſelbs vnd Jrer weltlichen Gebruder wegen Marggrauen zu Brandenburg ꝛc. vnſer lieb Freundt, Ohaim, Churfürſten, Fürſten vnd andechtigen, an heut dato als wir dem Erwirdigen Conradten Biſchoven zu Würzburg vnſern Fürſten vnd lieben Andechtigen, ſeine Regalia Lehen vnd Weltlichkeit leihen wollen, vor vns erſchinen ſein vnd offenlich angezeigt, wie ſy anlang daz derſelb vnſer Fürſt von Würzburg, das Herzogthum zu Franken mit vnd neben dem Stifft Würzburg zu Lehen empfahen wolle, daz Jnen als den, ſo auch Fürſtlich Oberkeit, Sloß, Stet, Herrſchaften vnd Gerechtigkeiten im Lande zu Franken haben, beſwerlich vnd vnleidlich were. Vnd deshalben dawider gebeten vnd proteſtirt, das ſolchs nit beſchehen ſolle vnd ſy auch darein nit willigen wollen; dagegen ſich der ge-

q) Das Original dieſer Urkunde, wurde ohne Zweifel aus der Urſache im hieſigen Archiv aufbewahret, weil ſie ſich auf die fränkiſche Ortslande mit beziehet und die Sächſiſche Landeshoheit darinne gegen die beſorglichen Eingriffe, der Biſchöffe zu Würzburg, als Herzogen zu Franken, ſicherte. So beſaßen z. B. der Kurfürſt zu Mainz die frankiſche Grafſchaft Rienek, die Herzoge zu Sachßen die Pflege Coburg, die Marggraffen zu Brandenburg die Bayreuthiſchen und Anſpachiſchen Landen, welches alles, nebſt dem Biſthum Bamberg, in geographiſchen Sinn zu Oſtfranken gerechnet wurde.

dacht von Würzburg vernemen hat laſſen, daz Er emphahen wolle waz ſeine vorfaren Biſchove zu Würzburg vormals empfahen heten, vnd Er beger nichts neues noch daz, ſo ander haben. Darauf haben wir datzmal vnd auch von Stund darnach in ſolcher vnſer Belehung Irer lieben zu erkhennen geben laſſen, daz wir vnſern Fürſten von Würzburg leihen wollen, was vormals vnſer Vorfaren ſeinen Vorfaren gelihen haben, vnd diſe vnſer Belehung ſoll Jrn lieben ſemtlich vnd ſonderlich an Iren Inhabenden vnd hergebrachten Fürſtenthumben, Oberkeiten, Gerichtsbarkeiten vnd Gerechtigkeiten im Lande zu Frannckhen vnabbrüchlich vnd vnſchedlich ſeyn. Des zu Vrkunde geben wir den gemelten vnſern lieben Freünden, Oheimen, Churfürſten vnd Fürſten von Mainz, Sachßen Brandenburg vnd Bamberg, auf Ir lieb begern, dieſen Brive mit vnſerm kaiſerl. anhangenden Inſigel beſigelt in vnſer vnd des Reichsſtat Worms den vierten Tag des Monats Apprillis nach Criſte Geburte funzehenhundert vnd im einvndzwenzigſten — vnſer Reiche des Romiſchen im andern, vnd die ander aller im ſechſten Jahren.

XXVII.

Abt Johann zu Banz reverſiret ſich, daß die von den Seinigen unternommene Aufhebung eines erſchlagenen Mannes vor dem Dorfe Gleußen, der Sächſiſchen Obrigkeit daſ. unnachtheilig ſeyn ſoll.

den 6. Aug. 1526.

Wir Johans Abbt des Cloſters Banz ꝛc. Nachdem ſich newlichen tagen zugetragen, das einer zu Gleüchßen vor dem Dorf iſt entleybt vnd daſelbſt vf dem Wald in einen Aker, der an Mittel . . . von dem durchleüchtigſten hochgebornen Fürſten vnd Herrn Herrn Johannſen Herzogen zu Sachßen, des heiligen Romiſchen Reichs Erzmarſchalk vnd Churfürſten, Landgrauen in Doringen Marggrauen zu Meichſen vnſern gnedigſten Herrn zu Lehen rurende, verſtorben iſt, welchen Verſtorben vnd entleybten Cörper die vnſern von vnſern wegen haben angenomen vnd nach Altenpanz in vnſer Dorf begraben laſſen, vmb deswillen dann Seiner churfürſtlichen Gnaden verordneten zu Coburg, nachdem die Obbrigkeit des Orts ſeinen churfürſtlichen Gnaden in albeg zuſtendig, vns haben beſchrieben mit Begerung ſolichen entleybten Cörper widerumb an die ende do der befunden vnd angenommen worden, antworten vnd furen zu laſſen. Wenn aber in dem durch die vnſer vnbedechtig gehandelt vnd das wir gar vngern für vns ſeinen churfürſtlichen Gnaden an derſelben Obbrigkeit einigen eingriff thun noch vilweniger vnottürftig Gezangk eregen wollen, vnd wiewol nhun wir alſo vns ſolchen Toden vnd verſterben Cörper an berurende ende antworten zu laſſen ſchuldig erkannt, haben doch Seiner churfürſtlichen Gnaden verordnete zu Coburg vf vnſer Schikung vnd Werbung, ſo Hainz Meyer Forſtmeiſter zu Lichtenfels beyneben Johanſen Bleicher vnſers Caſtners, vf vnſern Bevehl vnd in vnſern Namen gethan Ex orig.

vnd deſſelbigen zu ſundern Gunſt vnd Freundſchaft auf vnſer Bitt vnd Erbietten in Anſehung der vngelegenheit erſt denſelben todten Cörper auß vnd einzugraben, erlaſſen, mit der Beſcheidenheit das ſich der Tether, ſolchs todſchlags halben, im Ampt Coburg mit den verordneten ſol vertragen vnd des ſolich annehmen vnd begraben, von vnſern wegen beſchehen, vns jtzt noch hinfurt kein eingang von einige Gerechtigkeit ſol geben noch machen, noch auch in einichen Weg hochernanten vnſern gnedigſten Herrn an derſelben Seiner fürſtlichen Gnaden Obrigkeit vnd Gerechtigkeit zu keinen Abbruch noch Schmelerung gereichen. Bekennen demnach vnd thun kunt offentlich mit diſem Brif gein Meniglich für vns vnd alle vnſer Nachkomen, das wir ſolchs alſo zu ſondern Dank vnd zu hoher Freundſchaft angenomen haben vnd wollen vns ſolchs Annehmens vnd Begrabens beſtimpts entleybten Körpers für vns vnd vnſer nachkomen itzt oder hinfurt zu einicher Gerechtigkeit nit gebrauchen noch anziehen getrewlich vnd vngeverlich. Das zu Vrkund haben wir vnſer Abbtey mit ſampt des gemeinen vnſers Convents Innſigel an dieſen Brief gehangen, der geben vnd geſchehen iſt am Dinſtag nach vincula Petri vnd Criſti vnſer lieben Herrn Geburt funfzehenhundert vnd in ſechsvndzwanzigſten Jaren.

XXVIII.

Abt Johann zu Langheim bekennet, daß Kurfürſt Johann zu Sachßen, ihm die, im Coburgiſchen Gebiete gelegenen, Kloſtergüter, die derſelbe in Bauernaufrur in Schutz genommen hatte, zurukgegeben habe.

den 29. März 1526.

Ex orig. Wir Johanns von Gottes verhengkends, Abtt, Nicolaus Ruger, Prior vnd der Convent gemeinlich des Cloſters Langheim, thun kunt vnd bekennen, Nachdem in nechſterſtandenen Bauriſchen Aufrur, des durchl. hochgebornen Fürſten vnd Herrn, Herrn Johannſen Herzogen zu Sachßen, Churfürſten ꝛc. vnſers gnedigſten Herrn verordnete zu Coburg, auf vleißig Bieth vnſers Hofmeiſters zum Tambach, die Gütter vnd Renten ſammt den Lewtten Unſerm Cloſter zuſtändig, in obgedachts Churfürſten Lande vnd Obrigkeitt gelegen, Uns vnd vnſerm Cloſter zugut, zu Handen vnd Beſtellung genommen vnd nun auf vorbieth des hochwürdigen in Gott, Fürſten vnd Herrn Herrn Weyganden Biſchoffen zu Bamberg, obgedachter vnſer gnedigſter Herr der Churfürſt zu Sachßen, Seiner churfürſtl. Gnaden verordneten zu Coburg bevohlen, Uns dieſelbigen Güter, Lewt vnd Renten widernm zuzuſtellen; So bekennen wir hiemit, das wir ſolche gutter, Lewt vnd Rent, In hochgedachts Churfürſten Fürſtenthum vnd Obrigkeit gelegen, vnd darein gehörig, aus Seiner Fürſtl. Gnaden Geſchäft (Verwaltung) widerum entpfangen vnd bekommen haben, wellicher Zuſtellung wir allenthalben zufrieden vnd wol geſettigt ſein, thun vns auch derſelbigen gegen vnſere Churfürſtl. Gnaden mit vnterthänigen vnd dinſtlichen Vleiß bedanken, ongeverde, zu Urkund haben Wir obgenannter Abtt vnd

Wir Prior vnd Convent vnſer Inſiegel an dieſen Brief gehangen der geben iſt am Donnerſtag der do was der 29te des Monats Merz nach Chriſti vnſers lieben Herrn Geburt funfzehenhundert vnd in ſechsvndzwenzigſten Jare.

XXIX.

Kurfürſt Johannſens zu Sachßen Landesordnung für die Pflege Coburg vom Jahr 1531 a).

Das walt Gott;

Eingang der gehabten Handlung in den Land Gebrechen der Ambt und Ritterſchaft zu Frangken.

Nachdem gemaine Ritterſchaft zu Franken, ſo dem durchleuchtigen vnnd hochgebornen Fürſten vnnd Herrn, Johannſen Herzog zu Sachßen, des heil. Römiſchen Reichs ErtzMarſchalchen vnnd Churfürſten ꝛc. Vnnſern gnedigſten Herrn mit Lehn zugethann vnnd Verwanden, uff jüngſtgehalten gemainen Landtaghk zu Zwickaw b)

a) Der, hier zum erſten mal, nach ſeinem ganzen Inhalte, aus einer gleichzeitigen Abſchrift abgedruckte Abſchied vom Jahre 1531 kommt in Röders Abhandl. von Erbgerichten und Lehnsvogteyen der Pflege Cobnrg S. 9. zum öftern unter den Namen des Torgauer Abſchieds vor und beſchäftiget ſich vorzüglich mit der Erledigung der Landesgebrechen, welche die Ritterſchaft und Städte der Fränkiſchen Orts Lande auf den Landtage zu Zwickau angebracht hatten. Der Name eines Abſchieds, in eigentlichen Sinne des Worts, kann ihnen wohl nicht beigeleget werden und Hön in ſeiner Cob. Hiſt. Th. 1. S. 138 nennt ihn richtiger eine Landesordnung für die Pflege Caburg, ein Name der ihren Inhalt weit mehr entſpricht, als der eines Abſchieds. Als Landesgeſetz, iſt es das älteſte in den Coburgiſchen Landen und verdient um ſo mehr alle Aufmerkſamkeit, da deßen Anſehen ſelbſt in der bekannten Fürſtl. Landesordnung vom J. 1556 Artik. XXI. ausdrücklich beſtätiget wurde.

b) Von einem Landtage zu Zwickau war bisher in der Sächſiſchen Geſchichte noch wenig bekannt, und weder in den Schreiberiſchen Tabellen noch in Hausmanns Beiträgen zur Kenntniß der kurſächſiſchen Landesverſammlungen (1798) geſchiehet davon einige Erwähnung. Seine Exiſtenz iſt aber keinem Zweifel unterworfen, indem ein darüber vorhandenes gleichzeitiges Actenſtück die Aufſchrift führet: „Handlung was auf dem Land„tag zu Zwickau nach Converſionis „Pauli (25ten Januar) vnd nachfolgendes „durch den außſchuß zu Torgaw ge„handelt, verordnet vnd beſchloßen worden. Anno xvc xxxi.“ Auf dieſen Landtag, der ſich auf die geſammten Erneſtiniſchen Lande beziehet, waren auch die nehmlichen Deputirten der Fränkiſchen Orts Lande zugegen, welche die gegenwärtige Landesordnung für die Pflege Coburg unterzeichnet haben. Der Inhalt jener Zwikauer Landtagsverhand-

in der Wochen Cathedrae Petri, indennanden gemaynen Land Stenden der Chur vnd Fürſtenthumb Sachßen, Düringen und Meißen mit dem Vogt-Land, irer gemaynen langwierigen Landgebrechen halbenn, ſo ſie gegen den Ambten dis Orts zu Franken, ezlicher Articul halben, beſchwehrt zu ſeinn vermainet, vndertheniglich gebeten, Sie in demſelben mit Verhör vnnd Handlung auch gnedigen Einſehen zu bedencken. Darauff auch nachfolgender Ausſchuß der Landſtende, ſo dazumal bewilliget vnnd fürgeſchlagen, in der Wochen Reminiscere, dem Abſchid nach, ſo zu Zwickaw in den obliegenden Sachenn zu der Zeitt fürgeweſt, zu Torgaw einkommen, vnnd die nodwendigen Gebrechen zu handeln fürgenommen, wie dann inn ſolchen der Beſchluß durch Gottes Gnad erfolget iſt.

Weil dann die Gebrechen, ſo allerſeits Landſchaft, wie vor beruert, vnter andern wie billich auch bedacht, welche nach gehaltenn notdürftigen Erwegen mit Gnaden vnnſers gnedigſten Herrn des Churfürſten dahin gewilliget, daß etlich Perſohne der Landſchaft, in ſolchen alten anhangenden Gebrechenn, willkührlich Biet vnnd Zuſtellung irer der Landſchaft überſchickten Verzeichnuß aller Beſchwerung, in Güt oder mächtiglich zu handeln ſolten haben; Nach Meldung deßelbigen Ausſchuß-Handlung vnnd Abſchid in diſer vnnd andern Sachen ergangen, welche dann den Stenden zu Franken, der Ritterſchaft vnnd Stedten auch ſchriftlich zugeſtellet und vbergeben.

Demnach haben Se. Churfürſtl. Gnaden zu Nachfolg derſelben Handlung vnnd Abſchieds des Ausſchuß zu Torgaw, vns hernachbenannten ſchriftlich Befehl gethan, welcher von Wort zu Wort hiernach beſchriebenn Handlung zu beſtendigen vnndt kreftigen Bericht in beſten eingeleibt:

Von Gottes Gnaden Johanns Herzog zu Sachßen vnnd Churfürſt ꝛc. Unſern Rethen und lieben getrewen, Wolfen von Wieſenbach, Hannßen von Minckwitz beede Ritter, vnndt Hannßen von Doltzk, vnndt Casparen Renntſpergern zu Coburgk ſemmtlichen vnndt ſonderlichen Lieben Rethe vnndt getrewen. Nachdem ihr wißet, daß der verordnete Ausſchuß gemayner Vnſer Landſchaft uf Reminiscere nechſt verſchiennen alhie zu Torgaw verſamlet geweſt, vnnd dazumal vnter andern ergangenn Handlungen, vns vndertheniglich gebethen, daß wir den gemainen anhengigen vnndt irrigen Land Gebrechen ſo vnſer Ambt ſvnd die Prälaten, auch die von der Ritterſchaft vnd derſelben Vnderthanen, deßgleichen die Svedt vnd ſonderlich auch die Stedt mit denen von der Ritterſchaft gegen einander hetten, gnediglich abhelfen laſſen wollten, und alſo daß derwegen Beſichtigung vnd Erkundung vnderſchiedlich geſcheeu vgdt vorgenohmen, vnd alsdann diſelbigen Gebrechen ſo durch Wnderhandlung in der Güt nit vortrageo, durch einen mechtigen Ausſpruch, der Hinſtellung nach, entlich entſchieden ſollten werden, doch ſollten allein die Gebrechen, ſo ſich für den negſten Landtag zue

lung beſchäftiget ſich theils mit der Beſteuerung des Adels und der Geiſtlichkeit, theils mit Abſtellung vieler Polizei-gebrechen, weswegen vom Kurfürſt Johann, in Beziehung auf den zu Zwikau gehaltenen Landtag, im J. 1531 ein förmliches Polizeigeſetz erlaßen wurde, welches man in Arnds S. Arch. Th. 3. S) 330 eingedruckt findet.

Zwickaw gehalden vnd irrig geweſt, gemaynt ſeinn, vnd welches wir dann uf ſolch ihr vnderthenig beſchehen bitten gnediglich gewilliget. Weil ihr dann von gedachten Ausſchuß, wie euch vnverborgen, zu Hinlegung der Landgebrechen, ſo ſich in Vnſern Ort Land zu Franken erhalten, verordnet worden, ſo iſt vnſer Begeren, ihr wollet uf den Tag Bartholomäi ſchirſten, welchen der Ausſchuß ſelbſt ernant vnd angeſezt, zu Coburgk einkommen, vnd folgend alle vnnd iede Gebrechen ſo die von der Ritterſchaft vnd ihre Underthanen auch die Stede gegen vnſere Ambten, deßgleichan vnſere Ambt gegen den von der Ritterſchaft derſelben Vnderthanen vnd den Stedten. vndt ſonderlich auch die Stede gegen den von der Ritterſchaft vnd ihrn Vnderthanen habenn, deßgleichen ob auch die Geiſtlichen gegen vnſern Ambten, den von der Ritterſchaft vndt Steden Gebrechen haben möchten, mit Fleiß vndt nach Notturft anhören, auch welche Beſichtigung vnd Erkundung zu haben von nöthen, dieſelbige thun vnd fürwendenn, vndt alſodenn, nach vorgehender Verhör, Beſichtigung vnd Erkundung, dieſelben Gebrechen durch Ewre Vnterhandtlung vff gleichmeßige Erbahre Mittel vnd Weg gütlich zu vertragen befleißigen. Welche Gebrechen ihr aber in der Gute nicht abhandeln noch beylegen möchtet, dieſelbigen alß dann nach Gelegenheit vndt Erwegung der mächtigen Hinſtellung nach, durch Ewern Machtſpruch entſcheiden, vnd alſo allen Gebrechen beeide in der Gütt oder durch Ewren Spruch endlich abhelffen vndt Ihr gebuerlich Oertterung machen. Daran thut ihr vnſer gefellige Meinung. Darum Torgaw Dienſtags Jacobi anno 1531.

Demſelben Churfürſtlichen Beuelich nach ſeind wir zu Coburgk ankommen, die Ritterſchaft anfenglich auch zum Teil auch dahinn beſchieden vndt zu dem Anfang des Handels vmb richtiger Forderung unterredt, auch vns die zugeſezten willkührten Perſohnen aus ihnen verordnet, vnnd darauff ferner in den gemaynen vnnd ſonderlichen Articuln, ſo zuvor vnſern gnedigſten Herrn von inen vberſchickt ſeinn worden, die Handlung mit Verhör vnndt nodtürftiger Erkundigung durch Gottes Gnad Vnſers beſten getrewen Fleißes fürgenommen; vnnd nachgehaltener Erwegung der Erbarkeit vnnd füglichen Bedacht, vnſers Ermeßens, auf billige gleichmäſſige Ordnung, nach Gelegenheit ieder Sachen angeſtellt, vmb demſelben in allen dingen getrewliche fürwendung zuthun vnnd nachzukommen, ſo vil vns gebürlich, verſchaft, befohlen vnnd verabſchiedet.

Der Erbbücher halben ſo vergangen Jahren in den Ambten der Fürſtl. Obrigkeit vnnd Gerechtigkeit halbenn aufgericht.

Weil die Ritterſchaft zu Franken vnter andern Jren vberſchickten vnnd angezeigten gemaynen ſchriftlichen Beſchwerungen fürgewandt, das die Erbbücher c)

c) Dieſe Erbbücher, deren hier erwähnt wird, ſind für die Beſtimmung der Verhältniße der Gerechtſame der fürſtl. Aemter und Städte von großer Wichtigkeit

der Ambt dieſes Orts, vor 22 Jahren vngevehrlich vfgericht, vnnd Jrer Beſorgnus, das Jnen vnd Jren Underdhanen zu nachtheiligen Eingang, weil ſie oder Jre vorfördern dazu nicht erfordert, was darinn geſchrieben ſeyn möcht, mit Biet, dieſelbigen Erbbücher, was die Jren anlangte, aus Gnaden verleſen zu laßen, wiewohl dagegen gebührlich vnnd billiger Bericht dargethan; Als Jnen denn in Vorzeiten, da dergleichen Anſuchung vnd angemaſte Beſchwerung auch fürgeweſt notturftig vermeldet, wie dann ſchriftlicher Bericht, was Jnen zur Antwort begegnet, vorhanden vnnd fürgelegt, doch über ſolchs nachdem die Aufrichtung ſolcher Erbbücher allein zu wißenhaftigen beſtendigen Bericht, durch fürſichtige vnd bedechtige fleißige Erweg, Erkundigung vnnd Erforſchung auch fürnemlich aus zuvorhergebrachter reblicher ehrbarer Uebung vnnd des erſeſſenen Gebrauchs Fürſtlicher Obrigkeit vnnd Gerechtigkeit fürgenommen vnd in der Zuverſicht geſtanden, daß ſie mit guten Grund empfangenen Fürſtlichen Befehl nach obberührter maß erfunden ſollten werden; demnach ſolt Jnen aus Gnaden, zu Abwendung] Jres ſorgfeltigen Wans vnd Vermuthung, diſelben Bücher Jrer Biet nach, in Gegenwart Jrer Underthanen ſo ſie fürſtellen werden, ſo vil notturftig vnd ſie belangen thett, geleſen werden, iedoch das ſie ſamt ihren Leutenn vmb mehrerer Zurichtigkeit vnd furtrung willen auf die geſtellte Articul ſo ihnen untergeben, Jre angemaſte Gerechtigkeit, vnnd auch was ſie ſich gegen vnſern gnedigſten Herrn, als den Landesfürſten, vnnd derſelbigen Ambten dis Orts ſchuldig vnnd pflichtig erkennten, zuvor aufzeichnen vnnd zu verleſen auch zuſtellten. Vnd weil dis alles zum beſten beſcheen, vnnd ergangenn ſeynd die Leut des Adels vnterſchiedlich abgeſonderte Tag beſchaiden, welchen die Erbbücher, wie obberürt, von eynem Ambt vnd Centgericht zu dem andern, in Jr des Adels Gegenwärtigkeit ſo es betroffen, verleſen vnnd ſie darauf nach Gelegenheit vnd der Nothdurft nach, auch gehort worden.

Aber endlich hat ſich befunden, daß die Bücher mit guter aufrichtiger maß Ordnung vnnd Beſtendigkeit befunden ſein worden, vnnd gar wenig Mißverſtands, oder geringen Jrethumb nach erbaren Vernehmen bemerkt, daß man ſich auch uff Unterrede vnd Bericht vielmahls vergleicht, vnd alſo in gemeinen Beſcheid vnnd Verſtand bleiben vnnd beruhen laſſen.

Vnnd erſtlich was den Articul Jrer angemaßten Beſchwerung die Fell in den Erblehen für den Centgerichten belangen tutt, die ſein darauf gemittelt vnnd vergleicht wie volgend zu vernehmen.

Was

und verdienen bei einer Entwickeluug der Verfaßung der Pflege Coburg um ſo mehr alle Aufmerkſamkeit, da ſie von den Landſtänden in dieſer Urkunde ausdrücklich, als Normen, für die Entſcheidung der Jurisdictions-Streitigkeiten, zwiſchen den fürſtl. Aemtern und der Ritterſchaft anerkannt wurden. Gewöhnlich giebt man zwar das Jahr 1516 als den Zeitpunkt ihrer Verfertigung an; da es aber hier ausdrücklich heißt, daß ſie vor zwei und zwanzig Jahren aufgerichtet worden; ſo möchte wohl ihre Aufnahme in das J. 1509 oder 1510 zu ſetzen ſeyn.

Was die Erblehen Fell d) vnnd Gütter belangende, nemlichen ſo durch Kauff, Wechſel oder ſonſten Guts verlediget, vnnd vmb dieſelben Erbſchafft Jrrung vorfallen würden, welche dann ein ieder Lehnherr für ſeinen Lehenleuten zu rechtfertigen vnnd zu entſcheiden haben, Jn ſolchen ſoll es hinfurt alſo gehaltenn werden, Dieweil in dieſen die Beſchwerung der Gerichts Unkoſten fürnehmlich gedacht will werden, Alſo daß die von Adel ihre Lehn Gericht dermaſſen auf Anſuchen der Leut beſtellen, das viel Unkoſten darauf gewandt muß werden, vnnd etwas mehr, denn ſie an den gemeinen geordneten Centgerichten ſolche ausführen mögen, derhalben ſollen ſolche Sachen, hinführo zu Vermeidung nachtheiliger Vnkoſten alſo gehaltenn vnnd geübt werden, daß bey den Lehenherrn willkührlich ſtehen ſoll, ob er ſolch Sachen in den Erbfällen vnnd ſonſten, wie oben berührt, durch Beſtellung ſeiner eigenen Lehenmann zu richten fürnehmen wolle oder für den Landgericht, iedoch unverpflicht, zu verſtatten, weil des Orts vil weniger Vnkoſten darauf gewanndt. So aber iemand der Lehenherrn ſolches nicht thun will, als dann ſoll er doch das Gericht ſeiner Lehenleuth mit den Vnkoſten des Gerichts, durch Minderung der Perſon, als Sieben mit dem Richter, alſo beſtellen, meſſigen, ordnen vnnd einziehen, daß ieder Part an einem Gericht nicht mehr denn einen halben Gülden für alle Gerichts Koſten reiche vnd gebe, es belang die Erbſchaft ſo hoch ſie woll, Jmmaſen ſolches für den Centgerichten in Ampten geordnet vnnd gehalten ſoll werden, vnnd ob wohl an demſelbigen CentGerichten der Vnterſchied gebraucht, was zehen Gülden vnd darunter wirdig, daß allein ieder Part ein Ort eines Gülden Gelds gegeben, weil aber der EdelLeuthGericht nicht vorher alſo in weſentlicher Beſtallung, ſoll es derhalben bey der gemeinen Ordnung deshalben Gülden iedem Part pleiben.

Die Hülf umb Schuld betreffend der Erblehenherren.

Darzu daß ein Jder Erbherr auf ſeinen Leuten ſo ohne das centbar weren umb bekenntliche Schuld e) vnnd Gülte f) ordentlicher Weiſſe und Maß zu helfen

d) Unter Erblehnfällen ſind diejenigen zu verſtehen, welche die zinß- und lehenbare Güter der Ritterſchaft zum Gegenſtand haben, deren Beſitzer in dieſen Zeitraum ein völliges Erbrecht darauf erlangt hatten, und daher mit den Namen Erblehn bezeichnet werden. Früherhin gehörten dergl. Fälle, ſoviel die centbaren Güter betraf, für die Centgerichte; Jetzt wurden aber den adelichen Lehenherrn die Gerichtsbarkeit über ihre centbaren Unterſaßen zum erſtenmal mit der Beſtimmung zugeſtanden, daß das Gericht mit ſieben Perſonen beſetzt ſeyn ſollte. Die Beſetzung eines ſolchen adelichen Manngerichts mit zwölf Mannen war alſo kein weſentliches Erforderniß, welches Vorzugsweiße nur bei den fürſtl. Land- und Centgerichten ſtatt fande. (Pufendorf de jurisd. germ. S. 735.)

e) Bekanntliche Schulden ſind ſolche die der Kläger durch Brief und Siegel erweißlich machen kann, oder die der Beklagte im erſten Verhör einbekannt hatte, und alſo nicht erſt durch Zeugen, Eidesdekotion u. ſ. w. erwieſen werden muſten. Der Grund, warum hier dem Lehenherrn, in allen bekentlichen Schuldſachen ſeiner Lehenleute, die Gerichtsbarkeit zugeſtanden wurde, war dieſer, weil dergl. liquide Schulden keine gerichtliche Unterſuchung (causae cognitionem) bedurften, ſondern der Schuldner von ſeinen Lehenherrn geradehin zur Bezahlung angehalten werden konnte. (Pufendorf l. c. S. 18.)

f) Unter den Ausdrucke Gült ſind hier die von den Lehnsunterſaßen zu entrichtenden

ſoll haben; So aber derſelbig nit helfen wollt, hat der Land- und Gerichts-Knecht von Obrigkeit wegen vnſers gnedigſten Herrn wie billig vnnd üblich hievor gehalten, zu verhelfen, nach Innhalt der Ambts-Erbbücher vnnd Uebung, welche Jne dann in dem vnnd andern Fellen Jre Unterthanen belangend, verleſen worden, vnd deſſelbigen Articuls geſtendig. Und was ſich alſo Fell oder Brüch zutragen würden, ſo nicht in die Cent oder ſunſt in der Oberbothmeſſigkeit gehörig, in dem ſoll ſich der Gerichts- oder Landknecht der Gepot in die Behaußung derſelben Leuth Güter zu teun, äußern vnnd enthalten, ſondern ſolche Gebot auf der Gemein, in Kirchen oder ſonſt auswertig zu üben, vorbehalten ſein oder denn Lehenherrn oder ſeinem Befehlshaber, ſo er Ihm auf dem Gut ſuchen will, zuvor anſagen laßen, wie dann zum Theil hiebevor in etlichen Ampten und Centgerichten gehalten vnnd herkommen g).

Die gemeine Gütter Dorffſchafften belangent, oder gemeine Anſpann genannt, als Wieſenn, Holtz, Buſch. ꝛc.

Wo diſelbigen Guetter der gantzen Gemayn oder Dorffſchaft zugleich on Vnterſcheidt zuſtendig vnnd die Leuth iedes Dorfs ſo des Orts an die Land Cent insgemeinn mit leiden, oder Auflag, als Wein, Getraid-Fuhren, vnnd ander dergleichen gehörig h) vnnd alſo bisweilen zu ſolcher ir Notturft in gemeltenn Auflagen ſolcher gemeinen Gutter Nuzzung zur Mitſtewer gebrauchenn mußenn. Die weil nun ſolches den andernn ſo auch in derſelbigen Dorffs Gemeinn wohnhaftig, vnnd doch zu den Fällen der berührten Auflagen und Mitleidung neben den andernn, ſo mit der Pflicht aus ordenlichenn Herkommen beladen vnnd zu thun ſchuldig, in ſolchen Fellen, durch beſtendtig Herkommen, den Gebrauch, Uebung oder Freyheit nicht mit leiden oder tragen möchten, noch ſchuldig weren, beſchwehrlich ſeinn will, ſolches zu geſtatten, den Nutz von ſolcher Gemeinn alleinn zugebrauchen laßen: demnach ſoll in den Fall, vnndt Zuſtand, wenn dieſelbenn gemeinn Guetter iezuweilen als Notturft angegriffen, die Maß vnndt Ordnung gehaltenn werden, daß ſie ſolchen Nutz nach Antheil der Leuth zugleich zertheilen vnndt genieslich gebrauchen mögen i). Alsdenn

Lehens- und Zinßgefälle zu verſtehen, die der Lehnherr, ohne Hülfe des ordentlichen Richters oder des fürſtlichen Centgrafen, beizutreiben befugt ſeyn ſollte. Ein Recht, welches auch mit dem Sachſenſpiegel übereinſtimmt, wo es (B. 1. Art. 54) heißt: „Der Herr mag wohl „ſelbſt pfenden auf ſein Gut vmb ſein „Zinß oder Gelt, daß man ihm davon „gelobt hat, ohne des Richters Ur„laub".

g) In dieſer Stelle erblickt man noch den Geiſt der Fränkiſchen Capitularien, nach welchen es ſchon geſetzmäſig war, daß die Behauſung des freien Mannes, oder — nach der jezigen Sprache, — des Centfreien Gutsbeſitzers, von dem Eintritt des öffentlichen Richters, auch ſo gar in criminalfällen, verſchonet bleiben muſte. Man ſehe die Capit. Reg. Frankcor. ap. Baluz T. 1. p. 19, 356 u. 388. In der gegenwärtigen Geſchichte werde ich über dieſen Gegenſtand ausführlicher zu reden Gelegenheit haben.

h) Die hier erwähnte Leuthe, die an der Landcent mitleiden, oder Wein- und Getraidefuhren leiſten muſten, waren blos centbare Unterſaßen; die Centfreien waren zu jenen Leiſtungen nicht verbunden.

i) Aus dieſer Stelle gehet hervor, daß man von Seiten der centbaren Unterſaßen

mag ieder Theil das Seinn nach Gelegenheidt anlegenn, iedoch daß ſolch Geltt ſo denjenigen zuſtehet, welche die Mitleidung vnndt gemeinn Anlagen zu tragen ſchuldig, Jren Anteil nicht zertheilen noch verwenden, ſondern bey einander im Vorrath auf Zufall der Notturft zu Jren beſten beylegen vnnd in Verwahrung vnderhalten ſollen. Aber für allen Dingen ſollen ſie allerſeits den Grundt vnnd Bodenn keineswegs verwenden noch verkauffenn, auch den ordentlichenn Nuzz vnndt Genieß bequemer vnndt meſſiger weiß, ſunder nachtheylige Verödung oder Verwüſtung, neben vnndt vornehmen.

Ordnung der Vorſprecher, dis Orts zu Franken, wie es hinführo mit Jhrer Belonung, Jres Aufnemmenns vnndt Vereydung halbenn, auch wie ſich Richter vnndt Beyſitzere haltenn vnndt bezeigenn ſollen.

Nachdem auch beyderſeits Stendte, Ritterſchaft vnndt Stedde den Mißbrauch der Gerichts-Ordnung, vnndt andere Fell dem anhengig, auch des unmeſſigen Koſtens-verſäumnüß vnndt anderer mehr nachtheiliger Uebung verderblichen Schadens der Vnderdhanen, wie man ſich des auch in gehabter Verhör erkundt vnndt dermaſſen vnrichtig vnndt nit vorträglich befunden, beklagt: Auf ſolches habenn wir nach gehabter Erwegung vnndt Erſehung deſſelbigen vorigen Gebrauch und Uebung nachfolgende Ordnung und Mäſſigung, biß auf ferner Beſſerung vnndt Verenderung der fürhabenden gemeinen Landes-Policey zu halten, aufgerichtt. Erſtlich ſollen dieſelbenn Redner mit Eydenn vnndt Gelübdtenn beladen werden, alſo daß ſie den Armenn vnndt Reichenn Jre Notturſt nach Jren beſten Verſtandt fürbringen wollten, vnndt ſolchs umb keinerley Urſachenn, laut Jres getanen Eyds unberlaſſen, wie hernach folgt: Ferner, daß auch kein frembder Redner neben dieſen geordneten Rednern vom Richter zugelaſſen, er wolt dann ſeinn Notturft ſelbſt fürbringen, daß ſoll Jme vnbenommen vnndt vngewert ſeinn; hätt aber jemannds Redner in der Freundſchaft, ſo ſollen dieſelben doch nicht anderſt zugelaſſen werbten, dann allein diſſen geordneten Rednern zu einen Beyſtanndt oder Warner Es ſollen ſich auch die Ambtleuthe, Schöſſer vnndt alle Centgraven mit höchſten Fleiß bemühen, ſo viel Jnn möglich, die Leuth in keinen Weg an das Recht zu hangen, ſundern ſich aufs treulichſt beſleißigen, die Sachenn in der Guett zu vereinigen, damit ein iedermann zu vnnottürftigen Koſtenn vnnd weitleuftigen Zanck nit gefüret noch geurſacht werde.

die Meinung heegte, daß die, in dem nemlichen Orte begüterte centfreie, an den Vermögen der Dorffsgemeinden, keinen Antheil nehmen könnten, weil ſie von dem Gemeindelaſten frei ſeyn wollten. Obgleich dieſe Meinung hier geſetzlich gemißbilligt wurde; So kann ſie doch im folgenden Jahrhundert von Neüem zur Sprache, worauf die Regierung zu Coburg den 12. Febr. 1629 an den Schößer Andreas Götz zu Helдburg reſcribirte: „daß auch uncentbare „Güter, nach ausweiß der Erfahrung, „das Gemeinde Recht hätten, dagegen aber auch die Gemeinen Laſten mit „Beſorgung der Wege und Stege zu tragen verbunden wären."

So fürfellt, daß bey den Centgraven iemands Ihme mit ſeinem Gegentheil zue Recht fürbeſcheiden, geſucht oder gebetten, ſollen durch die Centgraffen diſelbigen Parteyen erſtlichen an die Ambtleuth, dahinn ſie gehörig, geweiſt vnndt ermanet werden, damit in der Gût zwiſchen Ihnen gehandelt, ſie durch billige Mittel zu vergleichen.

Und ſo die Ambtleuth durch Jre güttliche fürgewendte Mittelung bey den irrenden Parteyen nichts erlangen möchten, vnndt ſolche Sachen ohne Oertterung des rechten ſich nicht vortragen wolt laſſen, ſollen die Centgraffen mit den berührten Partheyen, ehe ſie Ihre Klagen am Gericht anſtellen laſſen, mit höchſten Vleiß nochmals die Einſehung fürwenden, vnndt einen Schöppen aus dem Gerichtt k) neben Ihren Freundſchaften dazu verordnenn, auf daß diſelben mit gantzen Vleiß ſich bemühen, ſolche Hanndlung auf gebührliche Ermahnung vnnd Errinnerung, ehe ſie an das Recht gedeihen, in der Guett nochmals zue vertragen. Item zween verſtendige Wort-Redner, welche erbaren Gemüths vnnd Wanndels, auch zur Eintracht geneigt, ſo viel möglich diſelben zu erlangen ſeinn, ſollen geordnet und mit Gelübt vnnd Eyde, wie hernach folgt, ufgenommen vnnd beladen werden, vnnd ſolch Ufnehmen der Redner ſoll mit Rath der Ambtleuth, Schöſſer, Käſtner, Centgraffen, vnnd Beyſitzer des Ambts vnnd Gerichts beſcheen, vnnd erfolgt werden. So er auch in ſeinen Sachen vnrichtig oder vngeſchickt befunndenn, gleichermaſen wohl zu enturlauben Fug haben.

Gelübte der Redner.

Erſtlich, daß ſie Churfürſtl. Gnaden zu Sachßen vnndt derſelben Amtleutten, Richternn, Beyſitzernn ꝛc. wellen gewertig vnndt gehorſam ſeinn, Ihre Ordnung Geſchäft und Gebott zue halten, angenommener Partheyen Sachen, oder die Ihnn befohlen worden, mit rechtenn und ganzen treuen meynen, ire Gerechtigkeit nach höchſten Vleiß vnnd Verſtanndt fürtragen, rathen vnd handeln, dorinnen wiſſendlich keinn falſch Unrecht oder gefährlich Verlängerung geben, brauchen, noch zu ſuchen vnderweiſen, keinerley Fürgeding umb einigen Antheil mit denn Partheyen machen, haben, noch gewarten, Heimlichkeit, Befehl, vnndt Recht, ſeiner Parth zum Nachtheil, niemands öffnen, das Gericht vnnd Gerichtsperſonen allzeit ehren vnnd fördern, Läſterung im Reden auch vertieffung der Partheyen bey Gerichtsſtraff vermeiden, über geſetzte vnnd vonn Richter gemäßigte Belohnung niemands beſchweren, ſondern dabey bleiben laſſen, angenommener Sachen ohn redlich reiſlich Urſach vnndt Richters Erlaubtniß, ſich nicht äußern, oder von ſich ſchieben, ſondern bis zu End auswartten, vnnd ſunſt alles ander mit züchtigenn ehrlichenn Wortenn Wandel vnnd Weſenn halten, thun vnnd laſſen, daß ſich von Rechts, ehrn, vnnd Gewohnheit wegenn gebuert daß nit underlaſſen weder umb Lieb, Leydt ꝛc.

k) Auf eine ähnliche Art war ſchon in Herzog Wilhelms zu Sachßen, für die Stadt Coburg im J. 1466. gefertigten Gerichtsordnung, (S. oben die Beil. Nr. XIX. S. 29.) jeder Partei nachgelaſſen zwei Schöppfen aus der Bank zum Geſpräche zu nehmen, denen ſie zuförderſt ihren Rechtshandel zur gütlichen Vermittelung vorzutragen hatten. Fand für dieſer Austregalinſtanz keine Güthe ſtatt, ſo gediehe alsdann die Sache zur gerichtlichen Entſcheidung.

Gleichermaßen der Centgraff alls Richter die Schöppen eins jeden geordneten Centgerichts doch mutatis mutandis zu vereyden, vnndt daruff wie gewönlich zu beſtettigen, vnndt anzuweiſenn, vnndt daß ſolche Vereydung aus bewegenden Urſachen für den geordneten Perſohnen des Gerichts öffentlichen beſche vnnd gethan werde, niemands ausgeſchloſſen. Neben dieſen geordneten Rednern, ſoll ſunſt weder inn rechtlichen noch guettlichen Handlungenn kein frembder Redner zugelaſſen werden, anderſt dann zu einen Beyſtandt, es wolt denn einer ſelbſten reden, wie vor berüert.

So frembde Leuth in großwichtigen vnnd beſundernn tapfernn Sachenn eigen Redner für Gerichtt brächten, der mag nach Gelegenheit des Richters zugelaſſen werdenn, doch daß er den geordnetenn Rednernn inn der Belonung gleich ſtee. Die Redner ſollen auch bey Iren Pflichten der Gericht nit ſeumen, ſundern treulich nachwarten; ſie ſollen ſo viel Inn immer möglich Inn Partheyen zun guettlicher Vereinung zu bereden ſich befleiſſenn, auch Gewins nicht zu hoch vertröſten, dann die Sach vngleichwendig vnnd die Recht dunkel.

Von Irer Belonung.

So ein Redner einenn zum erſtenn, andernn oder drittenn Gerichtt andinngt, vnnd Klag nit erſtreckt, oder Antwort gegeben wirdt, davonn IX Pf. umb Erlangung dilation, Schuld, oder Kundtſchaft, davon IX pf. Wo Klag vnnd Antwortt kegen einander fürgetragen, es were umb Reyn, bruch, vbermehenn, vberſticken, Fließwunden ſchlagenn, rauffenn, Wurf, Schmähung, Gotteslesterung, Scheltwortt vnnd vmb erblich Guett darvon zu ieden Gericht, wenn geredt würdt, XVIII. pf. Volgen dann Eydt vnnd Umfrag oder beydes, davon XXIV pf. Umb Schuldfrag IX pf. Vmb Ernfrag 1) damitt Vhrkund begert wirdt IX pf. Würdt Vhrkund gefordertt, davon XII pf. Wird durch der zwölffer Ruege ein Eyd mit Recht ertheilt, eines Leumuths oder Unwiſſens ſich zue purgiren vnndt entſchütten, deshalb ein Fürſprecher gefordert, davonn XII pf. Vnnd obſchon verſicherung der Eren folgt Inn guettlichen Sachenn für unnßern gnedigen Herrn den Pfleger oder andern Amtsbefehlhaber zu redenn, iſt keinn Maß mit Belonung geſezt, doch ſollen die Redner ſich billiger Gebüer kegen die Parteien haltenn, auch Meßigung Irs Lohns denn Amtleuthen vnndt Richternn vorbehalten ſeinne die ſie ungewegert tragen vnnd dultten ſollen; vnndt zun gemeinen Tax ſoll ein ieglicher den zugelaſſenen vnndt geordneten Rednernn ſo alhier in der Stad Coburg ir gewönlich Weſen haben, vnndt nit auf die Frembt vnnd auswärtige gemeint, in güttlichen Sachenn vier Zinßgroſchen vnd nit mehr zu gebuer reichenn. Wo aber der Fall ſo gar geringſchetzig angeſehen were, uff Minderung vnd Meßigung der Verhörer vnnd Befehlhaber, auch Gelegenheit des Klägers Vermögenn zu bedenkenn.

1) Die Ehrenfragen kamen bei Injurienſachen vor, wo nehmlich der Injuriat beim Gerichte fragte: ob er ſeiner Ehre genugſam verwahret ſey? worüber von dem Gerichte erkannt werden muſte. (Röder von den Erbger. ꝛc. S. 26.)

In Appellations Sachen.

Von eyner Sach, es gereich auf ein zween oder drei Täge, der Notturft nach, ſo ſoll nit mehr den ſibenn Groſchen gefordert vnnd genommenn werdenn. Auch auſſerhalb des inn rechtlichen Sachenn, ſo für den Herrn Pfleger auch andern Amtleuthen vnnd Commiſſarien gehanndelt von einenn Satz darinne zu Urtheile beſchloſſen II Pfundt, das iſt ein Ort eines Gülden. Aber von Eröfnung eines Urtheils, ſo inn ſolchen Fellen außerhalb Gerichts für Commissarien oder wilkührlichen Richtern eröffnet, zwei Groſchenn, wie wohl kein Parth darzu gedrungen, ſundern es ſteht ihme frey die Redner darinn zu gebrauchenn, oder nit.

An vorgehender Beſoldung ſollen ſich die Redner bey Iren Pflichten ſettigen laſſenn, vnnd niemands weder umb Verkoſt, Schenk, oder anderes darüber anzihen.

Es ſoll auch keiner der einen Redner gebraucht vom Dieng oder Gericht tretten, er hab denn zuvor dem Redner ſeinn Beſoldung gebenn.

Ordnung der Cent-Grafen, von gerichtlichen Zugengen ſo Ihnn wiſſendlich nachgelaſſenn.

Von peinlichen vnnd Achtgerichten.

1 fl. von einen peinlichen Halsgericht.
1 fl. von einenn Achtgericht m).

Vmb dieſe beeden Articul des Halßgerichts vnnd der Acht ſoll es alſo gemeinnt ſeinn, ob ſich vieleicht zutragen würdt, daß inn einer Sach mer denn einn peinlich Gericht gehaltenn müſt werdenn, vnnd würde ſich folgend noch einns zu haltenn zutragen, ſo ſoll iedoch inn den Fall der Kleger nit mehr, den einn Gülden, ſo er erſtlich übereicht, für beede Gerichtt zu gebenn ſchuldig ſeinn, vnnd nicht von jedem beſondern Gericht, wie hievor geübt ſeinn mag; wenn es ſich aber in weiter vnnd mer Gerichtt dann über zween erſtrecken würdt, alsdenn ferner von einem ieden Gericht drei Pfunt, ſo offt es gehalten wird.

Von Gerichts-Acten vnnd Kunntſchafften n), ſo die von den Partteien der Nottturft nachgeſuchet vnnd begeret werdenn.

Von iedenn Blatt ſo uff beeden Seiten beſchrieben vnnd zum wenigſten zwanzig Zeihl jedes Orts ſeinn ſollen, daß ſeinn vierzig Zeihl beederſeits, einen Schilling, als 9 pf. aber die Geverde vnnd Vortheil im Pappier brechenn, vnnd groben Schreiben bey Straff zu vermeidenn.

m) Unter den Ausdruke: Achtgericht, welches dem gleich darauf vorkommenden Halsgerichte entgegengeſetzet wird, iſt ein feierliches und unter freien Himmel gehaltenen Gericht zu verſtehen, vor welchem ein peinliches Verbrechen unterſuchet, und deſſen Urheber, wenn er ſich nicht ſtellte oder flüchtig geworden war, durch einen gedruckten Achtsbrief in die Acht und für vogelfrei erkläret wurde.

n) Kundſchaften ſind hier nichts anders, als Zeugniſſe, welche den Parteien über gerichtliche Handlungen ausgifertiget werden. (Haltaus Glossar. S. 1148. Scherzii Gloss. S. 844.)

Von der Siegelung.

½ fl. von Verſiegelung eines entlichen Haupt-Urtels, auch über Leůmuth; ſo es aber ein Bey-Urtheil oder Dilation zwei Pfunt,

9 pf. von einenn Eydt,

9 pf. von einer Hůlffrag o)

9 pf. von einer Ehrnn Frag

1 ℔ von einer Verſeumnůß

3 ℔ von einenn Geburts-Brieff, ſo iemand denſelbenn vor Gericht ſuchenn und bittenn würd, darzu den niemands gezwungen ſondern willkůhrlich ſeinn ſoll, mit Eingeſchloſſen die Siegelung; ſo aber einer anf pergament zu ſchreiben begert,

½ fl. berůrter Maß vonn Sieglung vnnd aller Gepuer.

Von Zeugen am Gericht zu hören.

1 Schilling von einen ieglichen Gneugen; So auch Kunntſchafft aus dem Gericht zu geben gerichtlich erkannt, von iedenn Blat ein Schilling das mit 40 Zeylen beſchribenn; ſo es aber halb, hat es ſein Ermeſſen der Abkůrzung vnnd Minderung.

Von den kleinen angemaßte'n Bueßen.

Die kleine pueß ſo ſich der Centgraff zu Coburgk im Gericht Lauter, nemblichen 8 pf. dergleichen die Fronen Bueß am Stadtgericht zu Rodach, auch an allen andern Centgerichten in dieſen Fůrſtenthumb des Orts Landes zu Franken, keine ausgeſchloſſen, den Ende vnnßer gnedigſter Herr zu gebiethenn, ſollen hiermit genzlich abgeſchafft ſeinn, daß ſich die Centgraffen derſelbenn hinfort nit mehr zu gebrauchen anmaßen, ſondern alles ſo der Obrigkeit ſtrafbar verwůrckt, groſſe vnnd kleine pueßen an allen Gerichten, inn die Ambte dahin ſie gehörig getrewlich einzubringen vnnd zu verrechnen, vnnd mit der Ordnung des Ausſchreibens, wie ſolches hievor notturftig verſchafft vnnd befohlen zu haltenn.

Des Schöppen Gelts halbenn, in den Gerichten ſo aus alten wiſſentlichen Gebrauch denn Centgraffen zum Theil iehrlichen als ein herkommende Gebuer vnnd Pflicht gereichet wird, auch von etlichen Höfen eine gemeine Anzahl Haver, Hüner vnnd Käße p), wie das in iedenn Gericht q) bißanhero üblich gebraucht vnnd gehaltenn

o) Eine Hülffrage beſtand ohne Zweifel in der Imploration um die richterliche Vollſtrekung des ertheilten Erkentniſſes. Dieſe Hülfe war aber von der heütigen Executionsvollziehung in ſo fern verſchieden, daß der Beklagte nicht directe ſondern indirecte, durch Strafen zur Befolgung der Sentenz angehalten wurde. Röder l. c. §. 37.

p) Dergleichen Abgaben, die die Unterthanen dem Centgrafen für die Haltung der öffentlichen Gerichte entrichten muſten, vertraten meiſtens die Stelle ſeiner Beſoldung, und ſtimmen mit der allgemeinen deutſchen Gerichtsverfaſſung überein, nach welcher der Richter überall Hafer, Hüner Küſſe und andere Naturalien zu erheben hatte. (Pufendorf l. c. S. 423.)

q) Nach der Gerichtsverfaſſung des Mittelalters wurden jährlich vier hohe Gerichte gehalten, vor welchen alle centbare Unterthanen erſcheinen muſten. Sie hatten aber jezt nicht mehr den ausgedehnten Wirkungskreiß des 13. u. 14. Jahrhunderts. Die Gegenſtände womit man ſich beſchäfftigte, waren

iſt, daſſelbig Firkommen ſoll Ihan aus bewegenden Urſachen nochmals auch folgen, weil es eine benannte Zal, vnnd ſein verordnete Maß hat, weil es auch dismals nit nachtheilig oder vor beſchwerlich angeſehen noch klaghafft vermerket, wie auch ſolches in denn Erbbüchern der Ambtt ordentlich beſchrieben, ſo mag ſich ein ieder derſelben hinfort gebuerlicher Weiß ſunder angemaßte Steygerung oder Weiterung nebenſt andern ſeinen iezt geordneten Einkommen vnnd Zugengen, ſambt denn, was ihme zum Theil aus denn Ambtenn zu Belonung vnnd Vortheil iehrlich gereicht vnnd getan wird, Innhalt der Erbbücher, auch wiſſentlich gebrauchen, vnnd ſol hinfürder einen ieglichen Centgrafen vnnd Landknecht iedes Ampts ſein Beſtallung des Verdienſts, was er ſich aus geordneter Zulaſſung vnnd Gebuer anmaßen ſoll, ſambt dennjenigen, was ihnn ohne das aus dem Ambt zu Belohnung gereicht oder in Befreyung ſeiner Gütter umb Zinß, Vortheil vnnd Genieß hat, Innhalts der Erbbücher, durch die Amtlenth Schößer vnnd Kaſtner iedes Ambts ſchriftlich unter iedes Pettſchaften gereicht vnnd gegeben werdenn, dadurch ſich keiner weitern Gerechtigkeit vnnd Forderung vnterzihen, noch anmaßen möge, denn ſo viel ihme der Ordnung nach wiſſentlich zugelaſſen, bey Vermeidung gepuerlicher Straff.

Nachdem inn rugbahren Sachen an denn Centgerichtten durch die Centgraffen der Gebrauch gehalden, wann einer eine Rug am Gericht hat thun laſſenn, daß zu Einſchreibung ſolcher Rug nits iſt gegeben worden, ſo aber iemand die eingetragene Ruge wieder aus dem Gerichts-Buech zu thun gebetten, hat derjenige, von dem dieſelbig Rug beſcheen, dem Centgrafen 4 pf. gebenn, dabey ſoll es nochmals bleibenn vnnd alſo gehalten werden.

Beſetzung der Schöppen an das Gericht.

Die Dorffſchafften eines ieden Gerichtts ſo einen Schöppen zu verordnenn ſchuldig, weil dann in etlichen Bericht fürgefallen, daß vieleicht nach Gefallen der Centgraffen diſelbe dareinn geſetzt ſeinn ſollen, damit aber in dem der vermuthliche Wahn abgewandt, ſollen hinführder eine jede Gemeinn dieſelbigen Dörfer iren Schöppen uff ihr Trew, ſo ſie der Obrigkeit verpflicht, eintrechtig durch die mehrſten Stimm erwehlen vnnd ordentlicher Weiß an das Gericht preſentiren vnnd angebenn, der auch förder nach der Gerichts-Ordnung in aller Gepür mit der Einweißung gehalten ſoll werden; wo ſie aber deß inn der Wal irrig, oder Vngeſchicklichkeit halb der Perſonen fürſtünde, alsden ſoll es durch den Hern Pfleger zu Coburgk oder denn Amptmann, darinn das Dorf gehörig, entſchiden vnnd geweißt werden. Welche Leuth auch vor dem Gerichtt zu rügen nichts zu thun hetten, daß dieſelb auſſerhalb der vier

nicht ſolche, die in das Gebiete der höhern Gerichtsbarkeit gehörten, ſondern ſie beſtanden meiſtens in Erörterung der gewöhnlichen Centgerichtsfülle, in Zählung der dingpflichtigen Mannſchafft, in Bekantmachung der wichtigſten Landesgeſetze u. d. m. Außer dieſen vier Gerichten, wurden aber auch, zu unbeſtimmten Zeiten, gewiſſe Schöppengerichte gehalten, auf welchen die von Zeit zu Zeit vorfallenden Streitſachen verhandelt wurden und ebenfalls von allen Unterthanen beſuchet werden muſten. (Röder l. c. S. 45. f. vergl. Puffendorf l. c. S. 304.)

vier hohen Gerichtt ſo dareinn gemeinnt, hinfürt mit der Beſauhung zu Abſchneidung der Vnkoſten vnnd Verſäumnůs verſchont werdenn. Aber die benannten vier hohen Gerichtt ſollen ſie, ſammbt den Schöppen-Gerichtt bey geſezter Bueß vnd Straf zu beſuchen ſchuldig ſeinn, vnverweigerlich.

Uffſchlagung der Gerichtt inn der Erndtzeit vnnd dem Advent.

So die Gerichtt in der Erndt vnnd im Advent vffgeſchlagen, auch die Schöppenſtühl geſezt werden, nach Herkommen iedes Gerichts, wiſſentlich geübt, Innhalt der Erbbücher, die ordentlich Gebuer darvon zue reichen, wie ſolche Articul alle hiervor Jre wiſſentliche geſezte vnnd gemeßigte Ordnung habenn, daß es auch dabey bleib vnnd gehalden wird, Innhalts des vorgelegten Erbbuchs, welches auch die Einwohner der Dörffer in denn Articuln geſtendig vnnd vnbeſchwert geweſt.

Beſichtigung der Mühlen.

Die Mühlbeſichtigung, bleibt der Articul, wie hievor der Gebrauch gehaldenn, iedoch mit dem Zuſatz, daß die Ambtleuth vnnd Schultheißen dergl. die Räth der Stadt zween verſtendigen von denn Ihrenn auf der Mühlen bey Ihnn gelegenn, iedes Orts dazu gezogen ſollen werden, weil es gemeinen Nutz belangt, vnnd die Beſichtigung alle Quatember neben Ihnn vorzunemen, mit fleißiger Nachforſchung vnnd Frag, vnnd wo argwöhniger Nachtheil befunden, gebuerliche vnnd unwegerliche Straff erzeigen vnnd zu ändern, ernſtlichen verſchaffen, auch dieſe Verordnung biß auf weitern Beſcheid zu haltenn, iedoch in voriger Pflicht vnnd Gebuer gegen die Centgraffen zu bleiben, daß ſeinn fünfzehn Pfennig, ein Henn, von allen vier Zeiten der Beſichtigung, vnnd nit von ieder Friſt, zu nehmen; vnnd ſoll die Anſage aus dem Ambt durch den Centgrafen geſcheen, ein Tag vor der Beſichtigung ungevehrlich, den zugehörenden vnnd geordneten Perſohnen der Stedt vnnd andern, ſich darnach zu halden wiſſen.

Der peinlichen Gerichtsfell halbenn. r)

Wiewohl auch für nothwendig bedacht vnnd angeſehen, daß dißmals inſonderheit von Ordnung der Peinlichen vnnd Halsgerichtt ein Aenderung vnnd weiter fürſehen beſchehen were, dann bißher geübt vnnd gehaltenn, nachdem aber ſolchs eine groſzwichtige Sach vnnd eine gemeine anliegende Beſchwehrung, welche mit vorbedächtigen Rath vnnd großer Fürſichtigkeit zu hanndeln ſein will, ſo dann auch one das im Fürhaben vnnd in jüngſten Ausſchuß der Landſchaft vnnſers gnedigſten Herrn zu Torgaw unter andern Articeln den Beſchluß vnnd Abſchied gemacht, auch von

r) Die hier bemerkte Beſtimmung der peinlichen Fälle und des Verhältniſſes, in welchem die Halßgerichte und die Erbgerichte gegen einander ſtehen ſollten, erfolgte erſt in der ſpätern Landesordnung vom J. 1556, wo ſich im XXI. Artikel ein genaues Verzeichniß der, für die Obergerichte und Erbgerichte gehörigen Fälle vorfindet, welches auch in den Sächſiſchen Ort Landes zu Franken zur Richtſchnur dienen ſollte.

vnnſern gnedigſten Hernn genediglich gewilliget, daß von einer gemeynen Landes-Policey zu Beſſerung, gedeyhen, vnnd Wohlfart der Underthanen vnd Lande in deme vnnd andern mangelhaften Gebrechenn, der beſchwerliche Mißbrauch vnnd Unordnung Handlung fürgenommen werden ſoll, vnnd die Perſohnen ſo darzu dienſtlich vnnd nützlich angeſehen, zu förderlicher Gelegenheit auch beſchrieben ſollen werden, wie dann verhoffendlich dieſe Winder Zeit aus Gottes Gnaden erfolgen ſoll; Demnach ſo haben wir dieß mahls davon zu handeln, vnnd uf gemeinen beruerten Fürnemen beruhet.

Damit aber mitler Zeit der peinlichen Fell halben, ſo ſich bißweilen uff den freyen aigen Gütern diß Orts Landes, als ein vermiſchter Gebrauch zugetragen, ſo viel ruhiger vnnd wißentlicher gehandelt mög werden, iſt bißmals aus willkührlicher Unterrede vnnd Handlung darauff beſchloßen vnnd verabſchiedet. Nachdem vnnßer gnedigſter Herr, als der Landes Fürſt dis Orts unterdenig bekannd, vnnd obwohl etliche freye eigene Guetter, ſo nicht Lehrbar, in dieſen Fürſtenthumb gelegenn, darinnen doch diſſelben des Adels kein freiſchliche noch peinliche Obrigkeit habenn, ſondern durch den Landesfürſten, aus Obrigkeit der regalien, zu rechtfertigen geübt vnnd herkommen, damit ſich aber in deme keine ſeiner angemaßten vnndt geübten Freyheit halben unbillig vnnd beſchweret zu beklagen hab, ſollt es alſo in den Fellen ungevehrlich gehalten werden: Das derjenige ſo dermaßen, wie berürt, freihe eigne Gütter hett, den Theter vf ſolcher ſeyner Behauſung anzunemen vnd zu beſtettigen fug ſolt haben vnd ferner der Obrigkeit zu antworten oder anzunemen geſtatten, weiter gerichtlich vnd ordentlich damit zu gebaren, ſo auch fürſtünde, das ſolche peinliche Frevelthaten alſo vnverſehentlich beſchehen, das der Erbherr ſolcher freyen eigenen Guter nicht beyhanden, daß Vnnßers gnedigſten Herrn Centgraffen vnnd Gerichts Knecht uff die Guetter zu folgen, vnnd diſſelbige zu behafften, wohl Fug mögen haben; wann aber der Erbherr oder ſein Befehlshaber beyhandenn, daß ſie derhalben angeſprochen vnnd mit Iren Gunſt vnnd Zuthun beveſtiget, vnnd alſo wie gemeldt überantwordt werdenn; s) iedoch der erblichen Freyheit vnnd Gerechtigkeit inn andern Fellen künftiglichen unnachtheilig vnnd vnvorgreiflich; damit in Verſeumniß vnnd Verzug der Theter einer oder mehr, was Standes er were, gefehrlicher vnd nachtheiliger Weiß nit entwenden mögt, wie dann zu beſorgen were, wo nicht in Eil vnd bald darbey gethan würdt, ſolches erfolgen würdt; zu dem daß zu iederzeit wann ſich ſolch würckliche Fell ergebenn, von dem Hernn Pfleger, dieſe willkührlichen vnd vergleichten Handlung nach gemäß, eine gebührlich Schriftliche Erkenntniß gereicht ſollt werdenn. Daß auch in den andern gemeinen Fellen, ſo nit peinlich die Gebot der Gerichtsbarkeit uff ſolchen

s) Die Arretirung eines peinlichen Verbrechers auf centfreien Boden ſoll der fürſtliche Centgraf nur dann vorzunehmen berichtiget ſeyn, wenn der adeliche Erbherr abweſend iſt; in deſſen Anweſenheit hingegen, muſte derſelbe zuvor deswegen angeſprochen werden. Dieſe Anordnung ſtimmt ganz mit den Grundſätzen des Mittelalters überein und ſchon zu Zeiten Carls der große war es geſetzmäßig, daß der öffentliche Richter den Knecht eines freien Mannes, eines Verbrechens wegen, nicht in deſſen freien Behauſung arretiren durfte, ſondern den Hausherrn um die Auslieferung des Verbrechers erſuchen muſte. Capitul. Coroti M. in Baluz, Capit. Reg. Fr. T. 1. p. 350.

freyen eigenen häußlichen Rittergüttern, die auch ohne das nit Centbare verſchonet würden.

Orduung der Lant- und Gerichts Knecht halb.

Mit den Fürgebotten vnnd Verbotten iſt dreyerley Unterſchiedt, daeinnen ſoll es hinführo alſo gehaltenn werden.

Was ſich Fürgebott t) im gerichtlichen Sachenn zutragen, von ieder Perſohn, ſie ſein inn ein oder mehr Dörffern geſeßen, den die Gebot und Verkundigung hin zu thun ſeinn, einn Schilling. Aber Fürgebott inn gemeinen Sachen, ſo ſie ins Ambt außerhalb gerichtlicher Klagenn, vnnd alleinn zu guettlicher Verhör gefordert werden, von iedenn Dorff, ſo er beſuchen muß, es betreffe eine oder mehr Perſon ein Schilling. So aber die Perſon frembde vnnd auswärtig dieſes Fürſtenthumbs, ſo mag zweifach gefordert vnnd genomen werden.

So aber die Ambt für ſich ſelbſt iemands erforderten oder beſcheiden würdt in geringen Sachen, ſo gemeine Anſage iſt, Warnung des Vnfrids oder anders vnnd auch in Erſuchung oder Biet einigs Parts in dem Fall ſoll man dem Knecht aus bewegen den Urſachen nichts zu gebenn ſchuldig ſeinn.

Darüber ſoll ſich keiner ferner gebrauchs oder Uebung einiger Zehrung, Geſchenck oder Koſtungs halb anmaßen, wie bißher nachtheilig vnnd mißbräuchlich gehaltenn, bey Vermeidung der Straff.

Koſt und Thurm Geldt von den Gefangenen.

Die erſte Nacht einn Pfunt, die andernn einzelnn Tagk von ieden Tag vnnd Nacht 12 pf.

Wo ſich aber die Zeit des Gefängniß uff eine ganze Woch erſtreckt, ſoll es allenthalbem mit drei Pfunt zu erlegen ſeinn, vnnd nicht nach dem Tagen uff die 12 pf. zu rechnenn; Es were dann, daß eine übermeſſige Theuwung vorfiel, alsdenn ſoll nach Ermeßung des Ambtmanns, Schößers oder Käſtners iedes Orts, darin des Gerichts Zwang gehörig, die Zeit über vnnd nit förder, oder außerhalb derſelben Sachen, die Billigkeit bedacht, vnnd auch darnach gemittelt werden. Welche aber Iren Gefangenen ſelbſt ſpeißenn, wie Ihnn dann nach Gelegenheit fürbehaltenn, ſoll dem Landknecht Tag vnnd Nacht 4 pf. Wart Gelt folgen, uff einzeln Tag; ſo es aber eine Wochenn, auf iede Woch zwei Groſchen, ſo vil das austragen mag, das ſeinn 24 Pfennig.

t) Fürgebott heißt hier das Vorfordern der Vnterthanen vor das Gericht; das Gebot der Landesknechte aber beſtand in der Ausrichtnng oder Vollſtreckung der Befehle und Verordnungen des Centgrafen. (Röder l. c. S. 149).

Mit dem Fahe-Gelt. (Verhafftungs Gebühren).

So einer inn peinlichen Sachen auf anſuchen, Klag vnd Biet des Parts, oder aus verſchaffen oder Bevehl des Ambt gefänglich angenommen, drei Pfunt; Aber in Bürgerlichen alleinn einn ſchilling, iedoch an enden vnnd in denn Fellen zu vernemen die da centbar ſeinn; was aber nit centbar were, als Schulte belangende, vnd im Erblehn vnnd Fellen ſoll es dem Erbherrn gebühren vnnd vorbehaltenn, vnnd damit zu verſchonen hiermit angezeigt vnnd verſchafft ſein.

Die gemeinen Zugeng (Accidentien) der wiſſentlichen Pflicht des Ambts ſo nie willkührlich auch widerrufenn und Wohlgefallen der Obrigkeit zugelaßen, neml.

die Brod Laiben in denn Dorff, u), welches eine ordentliche alte herkommende Pflicht vnnd den Knechten als eine Mithülf vnnd Belohnung Ires Dienſts biß anhero nachgelaßen iſt.

Aber die Hafer- oder Futter Byt (Beed) in den Dörffern, wie es üblich gebraucht, das ſteht bey den Leuten iedes Dorffs gantz willkührlich, auf ſein Anſuchenn etwas zu geben oder nit, darzu von etlichen Dörffern inn Gericht einn benante Anzahl Gelds, auch Hafer vnnd Hüner- Inhalt des Erbbuchs als ein geſezte willkührliche Maaß.

Pfand Gelt,

9 pf. von einen Pfandt es ſey vil oder wenig würdig.

Schatz Gelt eines Pfandes,

2 Schilling, wo aber das unter einn Gulden alleinn einn Schilling.

Von einer Huelff, 1 pf. von einer Hülff ſo au die Gericht erlanget; 1 Schilling ſo die Hülf willkührlich vnnd willig angeboten vnnd nit durch Urtheil oder Erkenntniß des Gerichts geſchicht; So es aber eine auswertig vnnd fremde Perſohn meines gſtn. Herrns Fürſtenthumb, mag es zweyfach gefordert vnnd genommen werdenn.

Von einem Eydt, 9 pf. von einem Eydt.

Ordnung mit dem Markſtein ſetzen.

Von einem einzelichen Stein, ſo der alleinn geſezt vnnd nit mer dabey, zwey Schilling von beeden Theilen, halb den Landt knecht vnnd die andere Helfft beeden Schöppen.

So aber dann mer Steine zu einen Mal geſezet, vmb vnnd ieden nit mehr den 1 Schilling von beeden Theilen, halb dem Landt Knecht vnnd die ander Helft den Schöp-

u) Zu den Accidentien des Landknechts gehörten auch die Brodleibe, die in den Erbbüchern unter den Namen: Büttelleibe vorkommen und von den centbaren Unterthanen, mit einer beſtimmten Anzahl, jährl. dem Landknecht abgegeben werden muſten.

pen, vnnd ferner kein Geſchenk oder Gab aus voriger angemaßten Uebung anzumaßen.

An welchen aber die Vier in den Dörffern mit den Steinſezen hievor verordnet vnnd zugelaßen, dabey ſoll es nochmals bleibenn vnnd gehaltenn werden, iedoch, daß ſie ihre Gebuer über diejenige geordnete Maß des neuen Tax nit übernehmen; ſo es aber bey ihnn weniger vnnd meſſiger geordnet were, bleibt es auch dabey.

Ueberdaß inſonderheit, welche Leuth nit centbar, die mögen unter ſich ſelbſt, iedoch auf vorhergehend Anſuchen gegen iren Erbherrn den Fall mit Sezung der Marckſteinn ordentlicher Weiß wohl gebrauchen, ſo aber ein Theil unter ihnn centbar vnnd die andere nit centbar were, in den Fall ſoll es auch durch den Gerichts Knecht vnnd die beede Schöppen, der in voriger Belonung wie berührt, gethan vnndt fürgewandt werden

Von Beſichtigung zutragender Irrung.

Zwei Schilling dem Gerichts Knecht; Zwei Schilling beyden Schöppen von beeden Theilen; darüber alle angemaßte Gebrauch des Hafers vnnd Weins und andere Koſt abgeſchnitten vnnd hinführo nit zugebrauchen.

Der Kirmetzen halb.

Nachdem in etlichen Dörfern ſo centbar, inhalt der ErbBücher vnnd auch wie der Ritterſchaft Leuth uff beſcheen Fürhaltung vnnd Frag Bericht, der Gebrauch herkommen vnnd vnd geübt, daß Amtleuth, Schößer vnd Kaſtner bisweilen auch fürnehmlich die Cent-Graffen, Gerichts- oder Land Knecht derſelbigen Cent vnd Ende vnnd auf ſolch Zeit zu Befridigung vnnd Verhüthung mancherley Frevels vnnd Schadens ankommen, alsdann haben ſie derſelben Ausrichtung der Koſt pflegen müßen, weil aber der Dorffs Gemein, welche ſolchs erlegenn vnnd tragenn müßen, vil Mißbrauch vnndt Unkoſten darauf gegangen vnnd fürgeſtanden, derhalbenn in beſten verordnet, daß hinführo den Centgraffen vnnd Landknecht ſo des Orts berührter Urſachen zu Handhabung des Fridens vnnd Ambtshalben, wie dann nottdürftig angeſehen vnnd mit Fleiß der Unfried durch Gottes Gnad verwahren ſoll, dahin kommt, vor ſolche Unkoſten ſamt vnnd ſonderlich zwei Pfunt gereicht vnnd gegeben ſollen werden, vnnd ferner oder darüber keine Zehrung oder Koſtung ſeinthalben zu erlegen vnnd zu tragen ſchuldig, vnnd vorigs Gebranchs weiter nit anzumaßen, ſondern ſollen ſich die AmtsBefehlhaber, ſo vil mehr vnnd forderlich Unkoſt zu urſachen enthalten vnnd zu meiden, hiemit erinnert ſeyn. Es ſoll auch ein iedes Ambt darob ſeinn vnndt verfügen, daß die Freßerey und unnottdürftige Zehrung, Verſaumniß vnnd unzüchtiges Weſen, der Füllerey, vnnd andern, nach denn Kirmiß Tagen ferner nicht geſtattet noch zugelaßen werden, ſundern, ein ieder widerum friedlich in ſein Gewahrſam zu Haus auch eins ſich fürdre vnnd anzuhalten fleißig verfuge.

Die Schollerer x) ſo auch die Landknecht auf den Kirmeßen inn denn Centgericht geübt, weil ſolches ein ärgerlich vnnd ſündliches Werck und Uebung, ſoll es hinfort bey Straf nit geſtattet oder zugelaßen werden.

Ein gemeinen Articul inn Verhör vnnd Hanndlung der Underthanen gleichenn Schuz vnnd Schirm zu haltenn.

Es ſollen auch inn gerichtlichen vnnd andern guetlichen Sachen, Verhör vnnd Handlung gegen des Adels Underthanen diſſes zugehörenden Fürſtenthumbs als wohl als den Ambts Saßenn gleicher Schutz vnnd Schirm ohn geferlichen Vortheil, Wegerung, oder Verzug, der Billigkeit nach erzeigt vnnd gehalden werden, bey Vermeydung Fürſtl. Mißfallens.

Der Förſter Zugeng halb vnnd was dem anhengig.

Affter Zegel, Wind Fell oder Bruech, dürr Holtz, Laubrechenn vnnd Maſtung, wiewohl ſolches von ihnn nit geübt ſein mag, für ſolches alles iſt aus dem Ambt hiervor durch die Rethe vnnßers gnedigſten Herrn fürgenommenn Ordnung der Wälde, ſo durch Nicoln von Ende vnnd Burckharden Hunde vergangenn Jarenn uff Chur-Fürſtl. Bevelch beritten vnnd beſichtigt, denn Knechten ſo unter den Forſtmeiſter Sigmunden von Birckach ſein, umb den Judenbach vnnd am Wald hinab biß ans Ambt Eisfeld, welche dahin nit gezogen, iedem Fünff Simmer Korns aus dem Ambt Coburgk zu reichenn zugelegt, vnnd hinfort von ſolchen Zugengen genzlich abgeſtanden vnnd Unnſſern gnedigſten Heren zu Nuzen zu verrechnen befohlen, dabey es auch nochmals bleiben ſoll, wie diſſelbig Ordnung hiebey auch gefunden; zudem daß diſſelbe Forſt Knechtt über das ſonderliche freye Guetter vnnd Zugehörung haben, die Zeit irs Dinſts nach Fürſtl. Gefallen zu gebrauchen, nach Inhalt des Erbbuchs, ſo verleſen worden, darinne eines ieden Verwaltung des Gezircks unterſchiedlichen vermeldet. Dem Förſter zum Neuen Hauß Peter Steinern ſind zwey Sümer Korns für ſein Gebuer dißmals vor die obgemeldten hivor angemaßten Zugeng vnnd Gebuer auch zugelegt vnnd daß ihme vorbehaltenn iſt, von denn vier Hof-Männern darzu dem Land Knecht vnnd Bader, auch der Schenckſtett, ſo Schwarzhannß innen hat, welchen eine Anzahl Holtz iehrlichen, Inhalt des Erbbuchs, gereicht, von ieden zwelff Pfennig, alten Herkommen nach, zu Stamm-Geldt ſammbt dem Abgeſchnitt zu nemen, ſo Ime alſo nochmals folgen ſoll. Vnnd diweil ſein

x) Schollerer hießen diejenigen Leute, die auf den Kirchweihen das Publikum mit allerhand Spielen und Ueppigkeiten zu beluſtigen pflegten. Sie mochten aber ſchon damals nicht in den beſten Ruf ſtehen, weil ihnen die ferner Uebung ihres ärgerlichen Werks jetz verbothen wurde. Wahrſcheinlich ahmten ſie der Würzburger Sitte nach, wo es einen ſogenannten Scheller- oder Schowerplatz gab, den der Henneberg. Kanzlar Geneeln in ſeinen compend. jur. feupd.. 25. für ein Frauenhaus (Bordell) erkläret, deßen Entrepenneur dem Stifftsmarſchall eine jährliche Abgabe zu entrichten hatte. (Ludwigs Erl. der G. B. Th. 2. S 821). Noch in neuern Zeiten ſetzen die Statuten der Stadt Waimar einen Scholderer mitten unter Müßiggänger, Spieler und andere Perſonen die einen ſtrafbaren Lebenswandel führen.

Forſt Guet in der Würde vnnd Nuzung forderlicher denn anderer dergleichen Forſt Knecht Guetter befunden; So hat er ſich, auf gethane Erinnerung vnnd Fürhaltung, deß willig begeben vnnd vernemen laßen, er woll ſich zimlich beritten machen, vnnd dem Ambt von wegen vnnſſers gnedigſten Hernn uff zufallende Nott vnnd Zuſtand vnderthenig dienſtlich vnnd gehorſam gewertig ſein.

Ueber Stamm vnnd Schreib Geldt in allen Fellen.

Darinne ſoll es alſo gehalten ſeinn, ſo iemands von gemeynen Bürgern oder Dorffs Leuthen zu ganzen Gebewden Holz aus Gnaden zu geben oder zu ſtewern verſchafft, ſo mag der Förſter zwei Pfunt zu Gebuer ſeiner Mueſamkeit mitt der Anweiſung fordern vnnd einnemen, aber darüber ſoll niemands aus Pflicht höher beſchweret oder geurſachet werden. Was aber einzeliche Bawreiſige oder Hauß Bäum Stemm weren, wo derſelbenn an der Zahl unter Zehen, von ieden Stam 3 pf, was aber darüber vnnd doch nit zu einen gemeinen ganzen Baw, von ieden 2 pf.; Aber die Affter Zegel, ſo an den gekauften Holz geſtanden, ſollen demjenigen folgen, ſo das Holz gekaufft vnnd genzlich bezahlen müßen, aus Urſachenn wie hirvor beruert, es were dann, daß ſie es nit auf arbeiten wollten, uff den Fall auch zu verkauffen; aber denn Leuthen, ſo das Holz der hirvorgeſtellten Ordnung nach durch Nicoln von End vnnd Burckhardt Hunde uffgericht, die Helfft alleinn bezahlen, oder auch denienigen ſo es aus Gnaden gar geſchenckt, dennſelben ſollen die Affter Zegel nit folgen, ſondern durch die Forſtknecht zu vnnſſers Gnedigſten Herrens Nuz verkaufft vnnd verrechnet werden.

Das Schreib Geldt;

Weil aber der Forſtmeiſter einen ieden ſein Bekenntniß vnnd Bevelch der Anweiſung an die geordneten Foſtknecht iedes Bezircks gebenn muß, vnnd ſelbſt keinn Schreiber daruff helt, ſo mag ein ieder die Bekenntniß durch ſich ſelbſt nach Befelch des Forſtmeiſters welcher diſſelbe verfügt, ſtellen laßen, vnnd mit dem Schreiber ſeins Gefallens nach Gelegenheit vertragen.

Der Abraum halb, der Gehöltz inn ettlichen Ambtten, daß diſſelbenn verkaufften Pläz ganz ausgerotten vnnd verkaufft werden, als im Neuenhauß etliche Maß hivon geſchehen.

An welchen Endten ſolchs, da es vor vngelegen, vnrathſam vnnd nachtheilig angeſen fürgenommenn oder künfftig vnnterſtandtenn wollt werdenn, daſſelbig durch die Amtleuth, Schöſſer vnd Käſtner nit zugeſtattenn, ſondern abzuſchaffen, vnnd dafür zu ſeinn, damitt das Holtz widrum aufliegen mög, vnnd künftig nuezlicher Wachs nit verhindert vnnd alſo die gelegenn Vorhöltzer zu Notturft des Fewerwerks, nit dermaßen zu nachtheiligen künftigen Schaden abgetrieben vnnd gentzlichen verrottet werden.

Bericht Siegmunden von Birckig Forſtmeiſtern im Gegenwarth der Forſtknecht, wie thewer ein iedes Holtz ſoll verkauft werdenn, der newen Ordnung nach, ſo aus Fürſtl. Bevelch vergangenn Jars durch Nicoln von End vnter andern uffgerichtt.

4 gr. vor einn Schindelbaum, 4 gr. von einn Buttenbaum, 6 auch wohl 5 Pfahlbeum für 1 fl. 6 Beum für 1 fl. uff die Schneidtmühl. Fünff Schneidmühlen geben 16 fl. von Waſſer. Fünff Schneidtmühlen an der Steinach gebenn 16 Schock Thillen, auch vom Waſſer 9 fl. an Geldt. Wann 10 Bawhölzer verkaufft werden, ſo nemen ſie 5 bezalt einns umb 18 pf. arm vnnd reich.

Brennholz der vonn Adel Underthanen eine Klafter umb 9 pf., vnnſers gnedigſten Hernn Leuthen eine umb 4 pf. Einn Eichen um 3 gr. vnnd eine drein, von eglichen Klafter Pfahlholtz, ſo zu Waſſer geflößet 1 gr., aber das Holz bezalen ſie ſonderlich, aber von Brennholtz dürfen ſie nichts gebenn.

Die Ordnung wie es mit den Flößen gehaldenn.

Iſt in Coburgk zu finden.

Ordnung im Ambt Eisfeldt.

Aber im Ambt Eisfeldt wird nachfolgender Gebrauch der Wald-Geding vnnd Holz-Kauff dismahls gehalden, dabey der Schöſſer oder Käſtner zu Koburg, Förſter vnnd der Käſtner zu Eisfeld ſeinn, welches Geding jehrlich Sontags Exaudi fürgenommen wird.

1 fl. ein Schüßler, 1 fl. ein Schmidt, 8 ℔ Landsberger ein Löffler, 8 ℔ Landsberger ein Felgenhawer, 27 pf. jein Schindler von einem Baum, 27 pf. ein Büttner von einem Baum.

In diſen Walden iſt wenig Geding aus Urſachen Ungelegenheit der Wäldt, und auch daß die andern Wäldt, als Henebergiſch, Schwarzburger Poppenheimer y), alſo nahend anſtoßen, auch die Vortheil der Waldgeding und der Kauff bequemer zu erlangen ſeynnd, dann diſes Orts geübt vnnd gehalden, derhalben die Knechtt hievor vnnd biß anhero die Afferzegel, Gemeinn Windfell vnnd Brüch, Dürrholtz, Maſtung vnnd Laubrechens gar wenig Gebrauch, Genieß oder Zugang haben mögen, weilen es ganz ungelegen der Farth halbenn, vnnd nit zu erlangen ſey, darzu vornemlich die Verhinderung des Waſſers, daß es nit mit Flößenn anzurichten wie inn andern Orten; aber in den Ambts-Erbbuch wird der Kauff etwas linder vnnd meſſiger befunnden aber folgend ſoll es uff die Maß geordnet ſeinn; und wiwohl die newe ufgerichtt Ordnung, davon Meltung gethan, in diſen Ambt auch hat wollen fürgenommen werden, wie bevohlen ſeinn ſoll, aber der Ungelegenheit halbenn, wie angezeicht, mit

y) Die hier genannten Pappenheimer Waldungen gehörten zur damaligen Herrſchaft Gräfenthal, welche die Grafen von Pappenheim als ein Sächſiſches Mannlehen beſaßen und im J. 1521 dem Herzog Johann Philipp zu Altenburg verkauften.

mit ſolchen Unterſchied bißmahls geübt vnnd gehaldenn, dabey es auch bißmal aus bewegenden Urſachenn gelaſſen.

Die gemayne Weinfuhren, auch die andern Fuhren ſo auswertigs diſes Landkrayß uff die Dorf in die Landcent gehörig bißanhero gelegt ſeinn worden z.)

Diweil aus fleißiger Nachforſchung vnnd Erkundigung der alten Diner auch andrer bey denn ſich Bericht zu vermuthen geweſen, zu dem aus alten Verzeichniſſen gemeiner Regiſter inſonderheit des Ambts Eisfeldt, auch fürnemlichen durch die neuſten Erbbücher, ſo vor zwanzig Jaren gemacht, nit gründlichen noch beſtendig gefunden hat mögen werden, daß ſolch Auflagenn, der obbenannten Fuhren, dermaßen üblich vnd gebreuchlich ſein mögen Alleine was in neulichen Jaren ſeynd Abſterben des Churfürſten, Herzog Friedrich ſeel. Gedächtnüß vnterſtandten vnnd angemaßt, daß gegen Augſpurg vnnd Speyer auf die nechſt gehaltenn Reichstag den Leuthen inn ettlichen Centgerichten dies Orts Landes zu Franken, ettlich Wagen vnnd Fuhr auferleget, vnnd alſo durch gemeyne Klag als eine Neuerung vorgetragen mit Bitt, gnedigſt einſehen vnnd Abſchaffung der Billigkeit nach zu verfügen. Demnach haben wir aus bewegenden Urſachenn vorberurter Anzeigung ſolch hinführo abzuſtellen vnnd nachzulaſſen, vnnd für keine ordentlich oder billige Pflicht anzuzihen in Beſten verſchafft.

Was aber gemeine Weinfuhren, Getraidigs oder dergleichen anlangt, ſo inn diſen Fürſtenthumb des Orts Landes zu Franken, von einen Ambt in das ander nach Gelegenheit der Notturft vnnd Zufell gefordert vnnd geführt muß werden, in ſolchenn haben wir üblichen vnnd langwirigen Gebrauch durch allerley Bericht vnnd Uhrkund ſammbt der Leuthe ſelbſt angebenden Beſcheid befunden, indem ſollen ſie ſich hinfort ungevehrlich ſchuldiger Gebuer gehorſamlich erzeigen vnnd halden vnnd darinn kein gefehrlich Behelff der Hinterliſt fürzin noch gebrauchen. Aber was die Weinfuhren belanget, ſo von Franken nach Torgaw oder ins Land zu Meiſſenn, zu dem fürſtl. Hof-Lager geführet werden, welches ſie alle als eine newe Auflage vnndt Beſchwerung fürgewandt, diweil ſolchs bey Herzog Wilhelms von Sachßen ſeeliger Regierung nit geübt, darinen ſollen ſie auch ſo vil möglich geſchonet werden, vnnd vor kein ordentlicht Pflicht anzuziehen; wo es ſich aber zutragen würdt, daß aus beſondern zufällenden nothwendigen Urſachenn uff fürſtl. Bey-

z) Die Wein und andere Fuhren für die Landesherſchaft beſtanden in Dienſtleiſtungen, zu welchen die centbaren Unterthanen und ſelbſt die Städte verbunden waren und die eigentlich in die Claße der Landesfrohnen gehörten. So ſtehet z. B. im Coburger Erbbuch bei der Stadt Rodach: „Die Frohnen mit Weinfuhren und andern noch Gnaden wie ander Städte." Auch in dem Erbbuche des Amtes Heldburg heißt es: Szo mein gnedigße Herrn Getreyde gein Königsberg laßen furen vnd Wein daſelbſt herauf gein Coburg, Waymar vnd wohin in Jre Gnaden haben wollen, müßen die Stete Helpurg vnd Ummerſtadt eyn oder mehr Wagen, ſo vil Jne aufgeſezt wird, mit einander ſchicken. Desgleichen müßen die von Hilpurghauſen allein, wie die von Heldpurg vnd Ummerſtadt, ein oder mehr Wagen ſchiken u. ſ. w.

lager oder im Fall ſo ie zu Zeitten die Weinn der Land zu Düringen, Meißen, vnnd Sachßen mißrathen würden, daraus geurſachet würde, von den Weinwachs zu Franken Erholung zu haben, daß ſie ſich inn ſolchen Zuſtandt uff fürſtl. Begeren vnnd Erſuchen des Hernn Pflegers zu Coburgk mit den Fuhren, nach der Cent Anlag gebraucht, vnderteniger Gutwilligkeit auch erzeigen ſollen vnd wollen.

Gegen Dhüringen.

Was aber die Fuhren gegen Düringen, als Weimar, zu den fürſtl. Hoflager oder dergl. Ferne des Wegs gegen Düringen gelegen vngeverlichen betreffen würdt, darinnen ſollen ſie dem alten Gebrauch vnnd Herkommen nach, ſo bey Herzogs Wilhelms Regierung gehaldenn, ſo vil billig geübt, nochmahls gelaſſen werde.

Der Jagdfron halbenn.

Diweil in dieſen Articul die Jagdfron belangende inn Vorzeitten vnnd bißanhero vffgehabte Erkundigung vnnd Bericht der Ambtt vil Clogens vnnd Anſuchens fürgeſtanden, auch nach Inhalt der newen Erbbücher, ſo vor zweinzig Jahren der Notturft nach aufgerichtt, gebuerlicher vnnd wohlmaßrichtiger Beſchendt gefunden, wie es darumb geweſenn vnnd zum Theil herkommen ſein ſoll. Nachdem aber Arnold von Falckſtein Schoſſer zu Coburg, der Kaſtner Paulus Bader, vnnd Sigmund von Birckig der Forſtmeiſter, auch anderr, ſo des wiſſentlich Bericht gehabt, angehoben, daß vor wenig Jarnn von den Leuthen der Dorffſchafftt, welche nit zu ordentlicher Pflicht noch Uebung des Gebrauchs ſolcher Fronherkommen vnnd hivor zu denn Jagden gebraucht, auf beſchene vnnd ergangen Fürhaltung das gewilligt vnnd eingegangen ſeinn ſoll Nemlich wenn vnnſſer gnedigſt vnnd gnedige Herrn ſelbſt draus uf der Jagd oder zu Franken weren, ſo wollten ſie ſolches aus underdeniger geneigten Willigkeit tun, aber außerhalb ſo Ihro Gnaden nit zu Franken perſönlich vnnd der Herr Pfleger vnnd die Jeger vorhanden weren, daß ſie alsdenn uff den Fall damit vnbeſchwert vnnd verſchont würden; iedoch die Dorff ſo aus billiger ordentlicher Gebuer vnnd herkommender Uebung dazu verpflichtt, wie dann ſolchs in den Ambts vnnd Erbbücher einer ieden gerichtlichen Cent wohlwiſſentlich, diſelbigen bleiben, in irn geordneten alten Frondienſten.

Der Jägerlager halben.

Nachdem in ettlichen Ambtten das Herkommen vnnd der Gebrauch fürnehmlich inn Gericht Heldburg, daß etlich Dorff das Jägerlager, abweſens vnnſſers gnedigſten Herrn ſo die Jäger in diſe Landort gegen Franken geſchickt werden, halden, darinn keine geſezte Maß oder Anzahl der Zeit mit den Perſohnen vnnd Hunden gehalten vnnd die Unkoſtung vnnd Azung nach Bericht des Ambts vnnd der Leuth bisanhero mißbräuchlich geübt vnnd gehalden, nemlich indem daß die Jäger Irs Gefallen außerhalben dieſelbigen geordneten Dorff, ſo ſich zu ſolcher Pflicht bekennen, ire Lager in eine Stadt oder auswertig Wirthshäußer vornemen, vnnd laſſen Ihnn ſammbt Ihrnn Anhang vnnd Zuſchlag, wie abzunemen, zu den Beſten

vnnd ohn Maß, Pflegung thun ſonder Ordnung, alsdenn müſſen diſelbigen Dorffſchafften ſämmbtlich die Zahlung vnnd Ausrichtung verwenden, es betrifft vil oder wenig, auch zu etlichen mahlen 12. 18 fl. vnd mehr austragen. Derohalben iſt in ſolchen dieſe Maß vnd Ordnung hinfort zu halden verſchafft, daß einen reitend Jägerknecht, ſo ſie der End aus bevelich der Obrigkeit des Jagens halb ankommen, vnnd alſo die Lager, abweſens vnnſers gnedigſten Herrn, wie beruert, beſuchen, 28 Zinßgroſchen, vnnd einen gehenden Jägerknecht 14 Zinßgroſchen, ein gantze Wochenn für alle Atzung Irer Perſohnen reichen vnnd geben mögen, immaßen ſolchs in der Renthcammer zu Hof hievoran üblich gehalden vnnd gebraucht; ſo ſich aber die Zeit nicht an eine Woche erſtreckt, gegen ieden Tag 4 groſchen den reitenden, vnnd 2 gr. den Fußgänger abzukürzen. Were es aber denn Leuthen gelegener die Koſt zu gebenn, das ſtehet in Ihren willkührlichen Gefallen; aber die Jägerknecht ſollen ſich an berürter Verordnung begnügen laſſen, damit der uebermeſſig Unkoſt, wie vorangezeigt, hinfort abgewandt werdt, aber die Atzung der Hunde ſoll von den Leuthen der zugehorenden Dörfer, wie vor Alters gebührl. Herkommen, der Notturft, nach gebrauch, gereicht werden.

Des Wildprets halben, die gemeinn Beſchwerung des beklagten Schaden, Unkoſten vnnd Verſäumniß ſo Inn von den Wildpret an Irn Früchten, Gedraydtfeldern vnnd Wießmaten zugefügt werden.

In diſen Gebrechenn, weil diſſelben als manchfalltig vnnd faſt beſchwerlich von der Ritterſchafft, denn Steden vnnd Gemaynen deren Dörffer vorgetragen, ſo iſt auch deßhalb notturfftiger billiger vnnd fleißiger Bericht vnnd Erkundigung bey dem Herrn Pfleger, Ambtleuthen, Schoſſern, Caſtnern, Forſtmeiſtern vnnd Centgraffen, auch den geordneten Knechten der Hauptwildfuhr fürgenommen, vnnd endlich ingemein vnnd ſonderheit ſo vil vermerckt vnnd unwiderſprechlich befunnden, daß der Schad inn ſolchen faſt mannigfaltig vnnd ganz verderblich, inſonderheit der wilden Schwein halben, welche die Wießmat vnnd Felder dermaßen zerwühlen, daß ohnmerckliche Unkoſt der Leuth ſolcher Schad nit bald zu erholen oder einzuziehen, auch die große Verſäumniß vnnd Unruhe mit der Tag- vnnd Nachtwacht des ganzen Sommers über von Frühling an bis zu End der ganzen Erndtezeit, daß in manchen Dorff Tag und Nacht, Sechß, Acht, Zehen Perſohnen, nach Gelegenheit des Fluhrgezircks Wochen vnnd Hutten müſſen daß auch kein gemein Geſchrey, Schrecken, noch Scheuen nit helfen wollen, ob ſy auch mit Trummeln, Pfeiffen, vnnd plaßen oben vnnd fürnehmen, ſogar ſey das Wildpret übermennt, vnſcheulich vnnd gewont, vnnd alſo vil aus beſtendigen Empfang vnnd Bericht vernommen, daß ſolcher Schad für ein zimlich Anlag oder Steuer jehrlichen zu achten vnnd zu ermeſſen ſeyn wolle. Demnach aus gehörten und bewegenden Urſachen nachfolgende Verordnung, Abſchied und Befehl gethan.

Diweil die Dorff inn Gemeinen alſo ungelegen, daß mit Zeunen, Gräben, oder dergl. Fürnemen in ſolchen nit mögen etwas bequemliches befridet, noch verwart

werden, das die Dorffshirten vnnd auch die Schäfer darzu die gemeinen Bauernhund alle groß vnnd klein Prugel oder Knüttel einer Ellen lang, zu dem kürzten, durch die Hirten, Schäfern, vnnd Bauern am Hals gehangen werden ſollen, vnnd ein ieder Schefer die ſeinenn an Strick zu führen, vnnd mit denſelben Gemeinhunden mögen ſie das Wildpret vnnd Schwein aus ihren Schaden ungefährlich treiben vnnd iagen, ſonder fürſezige vnnd unnottürftige Urſachen, als der unmeidlichen Nottdurfft nach, zu gebrauchen a). Was aber die Bären vnnd wilden Schwein weren, diweil doch diſelben alleinn denn Würzburgiſchen, Bambergiſchen vnnd Hennebergiſchen, welche ſo nah daran geſeſſen, vnnd Ihnn dergeſtallt zum Beſten gehegt, vnnd mit ſolchen Schaden gefrißt werden, daß diſelben durch die Forſtmeiſter vnnd Wildknecht, ſo ſie auf ieden Dorff ſchaden der Aecker Wiſen vnnd Weinberg betretten vnnd ſemſten in der Wildſluhr nit fürſezig, darnach zugleichen geſchoſſen würden, aber vor allen Dingen, daß ſolche Schwein oder Bären ſo dermaßen erlangt vnnd erobert, unverzüglich in das Ambt oder Grenz, darinnen es beſchehen, den Ambtmann, Schoſſer, Käſtner oder Centgrafen zu antwerten, welche ſolchs fürder dem Herrn Pfleger gegen Coburgk auch vnverhalten, mit gebührlich Bericht, wie es zu Weg bracht, zuſtellen ſollen, alsdann werden ſich ſeine Gnad nach Gelegenheit darinn wohl zu erzeigen vnnd zu halten wiſſen.

Die Bedrengniß der Schefereyen.

Nachdem vil gemeine Klagen über die Schefer ſo aus denn Ambten bis Landkreiß erhalden, vnnd zum Theil auch umb jehrlichen Nuz verlaſſen, fürgewandt vnnd einbracht ſein, darneben auch etlich Irrung, welche ordentlicher Weiß in gemeinn Amtsgebrechen gehörig mit eingeführt, diweil aber ſolche Gebrechen, der Gelegenheit vnnd Anſehens, daß ſie Beſichtigung vnnd Erkundigung, auch nottdürftige Verhör vnnd Beſcheinigung der Klagen vnnd des begebenen Behelffs Antwort nothdürftig, welche alſo in einer kurzer Zeit aus Weitläuftigkeit der Oerter vnnd Plez vnnd Mannigfaltigkeit der Klagen nit vorgenommen mag werden. Nachdem aber die Schefer vnd Hofleuth über iede Trieb, ſo Ihnn verlaſſen, gemeiniglich ihre Verſchreibung haben, wie weit ſie ſich derſelbigen zu gebrauchen Fug ſollen haben, vnnd nit ferner anzumaßen, zu dem daß in den Fellen das Herkommen mit erbaren Gebrauch vnnd Uebung dargethan, vnnd wie gebuerlich berichtt muß werden, auch vil Articul, ſo vmb zugefügten Schaden angegeben, dazu die Unvergleichung mit gemeiner Hegung vnnd Sperrung der Wieſen auch Stupfelfelder, ſo das Gedraytig nit alles abkommen, vnnd das Grummet von denn Wiſen nit uffgebracht, demnach iſt verabſchiedet, daß zu förderlicher gelegener Zeit von einem Ambt oder Centgericht zu den Andern die Vorbeſcheydungen der Partheyen vnnd klagenden an gelegene Wal-

a) Dieſe Verordnung, wegen Beknittelung der Bauernhunde wurde in der ſpätern Landesordnung vom J. 1556 nochmals beſtätiget, und zwar mit dem Zuſatze: „Vnd thun vns darüber gnediglich erbieten, welches hierüber „von den Wilpret Schaden leydet, vns ſolches anzeigen vnd den Schaden beſcheinen „wirdet, daß Wir vns gegen denſelben gnediglich erzeigen wollen.“

ſtatt durch Unſſern gnedigen Herrn den Pfleger neben Herrn Hanſen von Sternbergk vnnd Herrn Hanſen von Schotten, beede Ritter, ſammbt Caspar Rampspergern, fürgenommen ſollen werden, als neben vns andre verordnete vnnd willkührliche Perſonen, weil wir den Handel aus zufallenden bewegenden Urſachen nit haben abwarten mögen, vnnd alsdann auch ihrr der Ritterſchafft vnnd Stede iezo vnnd neügethane Bewilligung die Sachen nach angehörten Bericht iedes Theils Klag vnd Antwort auch, ſo nodttürſtigen, Erkundigung vnd Beſichtigung, fürzunehmen; Alsdann aus fleißiger Erwägung aller Umſtende, nach erbaren Bedencken vnd Ermeſſen die Sachen vnnd Gebrechen in der Guett oder im Fall mechtiglichen zu weiſen b), zu vergleichen vnnd zu entſcheiden ſollen haben, in allermaſſen iezo von Uns allen hab beſchehen vnd ergehen ſollen, trewlich ſonder Gevehrde.

Neben dem wie es auch in künfftigen gemeinen Zufellen vnnd Gebrechen der Pfändung halber zu halten ſey: So die Schefer vff iemands Schaden betretten, oder weiter denn ihm zu claſſen zu treiben, auf friſcher That betretten oder befunden würden, mit was Maß vnnd Ordnung ſolches geſchehen ſoll, dadurch doch der Obrigkeit vnnd Cent kein nachtheiliger Eingang erfolgen ſollt; daß auch die Schefer ihre neue Knechte, ſo ſie diſelben aufnemen der Trieb, auch die Hunde an Stricken zu führen oder Knüttel anzuhängen, wie hievor bey den Artic. den Schaden des Wildprets belangende, berührt iſt, zuvor fleißig berichten, anweiſen vnnd beſcheiden ſollen, damit ſie ſich der Unwiſſenheit, Jren hinterliſtigen Anmaſſen nach, nit zu entſchuldigen, auch der Pfändung des Schadens durch ſolche vorgehende Vermahnung mit Frevel nit aufzuhalten haben.

Das Federwildpret, Haſen vnnd der Vogelherd halbenn.

Diweil ein ieder Förſter oder Wildner dis Orts Landes von vnnſſern gnedigſten Herrn ſeine Verordnung der Wälde, Gehöltz vnnd Gezircks hat, wie fern ein ieder diſelbig in allen Auſſehen zu verſorgen, vnnd alſo in ſolchen ſeinen Kreiß das Haſenjagen vnnd alles ander Federwildpret, groß vnnd klein, auch Eichhörner vnnd an etlich Orten die Rehe zu fahen vnnd alſo Weidwerck zu treiben, zugelaſſen, mit welchem förder ein ieder in das Ambt Coburg, wie es zu ieder Zeit geordnet, dienen muß, vnnd hat keinn Nachlaſſung ſolch zu verkauffen, ausgeſchloſſen das klein Geflügel, iedoch ſo eines ieden aufgeſezte Zahl ins Ambt zuvor geliefert were. Nachdeme ſich aber die Ritterſchafft vnter andern beſchwert, vnnd als klaghaftig angelangt, daß diſelben Wyldner oder Förſter ihr Weydwergk weyter, dann in iren bevolnen Wäldern vnnd Gehöltzen vnterſtünden vnnd anmaßten, dadurch ir Weidwerck faſt verengt vnnd eingezogen würdt, derhalben ſoll hiemit befohlen ſeinn daß ſich keiner vnſſers gnedigſten Herrn Wildner oder Förſter ſeines Weidwercks ferner gebrauchen vnnd anmaßen ſoll, dann ſoweit ſich ſein Revier und Gezirck der Wälde vnnd Gehölz erſtreckt, damit das gemein zugelaſſenn Weidwerck der Ritterſchafft inn diſen Fellen auch zimlicher vnnd gewöhnlicher weiß, wie in redlicher Uebung, Herkommen vnnd

b) Mechtiglich weißen, heißt hier eben ſo viel als, durch richterliche Entſcheidung erledigen.

gehalben worden, bleiben möge, vnnd in dem nicht geengt oder verhindert werden, inſonderheit daß keinen uff ſeinen erblichen Grund vnnd Boden c), auch den Stedten dermaßen Jhrs Weichbilds, das gemeine Weidwerck an Haſen, Füchſen oder Federwildpret ziemlicher Weiß zu treiben, ohn beſtendige Urſachen, Verhinderung eingetragen ſoll werden; iedoch daß ſich ein ieder gebührlicher Maß halten ſoll, damit die Hauptwildbahn alleweg verſchonet werde, daß auch die Ordnung ſo vnnſſer gnedigſter Herr der Churfürſt zu Sachßen, durch Beſchluß gemeiner Jhro Gnaden Landſchafft dis xv hundert vnd in xxxiſten Jahrs ausgangen zu halten gebotten, in den Fall des Weidwerksgemeß gehandelt vnnd darnach gethan werde. Es ſollen ſich auch die Centgrafen, Landknecht vnnd die andern vnnd beſtallte Knechtt dis Ort Landes zu Franken, ſo mit Wildpret gegen Hoff zu dienen, hievor nicht verpflichtet geordnet noch Herkommen, ſolches Jagens vnnd ſchießens des Weidwercks hinfort äußern vnnd enthalten, darob der Herr Pfleger, Ambtleuth, Schößer vnd Käſtner iedes ſeines Gebiets fleißig aufſehen vnnd mit gebuerlicher Straff, ſo es ungehorſamlich übertretten, erzeigen ſoll, vnnd alſo hiemit in dem verwarnet ſeinn Desgleichen ſoll auch denn Bawern ſolch Weidwerk für ſich ſelbſt außerhalb ordentlicher Zulaſſung vnnd Erlaub, von denn es billig geſchieht, nit geſtatt noch nachgelaſſen werden, ſondern ſich zu enthalten vnnd davon abzuſtehen hiemit verbotten ſeinn, bey Vermeidung gebuerlicher Straff, nach Gelegenheit des muthwilligen Frevels vnnd Ungehorſam der Uebertrettung.

Was aber die Vogelherd belangende, darinn auch vil klaghaftiger Jrthum fürſtehen, ſoll es hinfüro alſo gemeßiget vnnd gehalten werden, was alte Vogelherde hivor mit der Uffrichtung vnnd mit denn Vogelſtellen verlaſſen, geübt vnd Herkommen, daß dieſelben fürthan iedes Gefallens vnnd Gelegenheit ungeengt vnnd vmbedrängt zu nachtheiliger Verhinterung der hergebrachten Uebung erhalten vnnd verlaſſen mögen werden; ſo aber mit der Zeit ein Ober- oder Erbherr auf ſeinen Grund vnd Boden gebürlicher Weiß newe Vogelherdt zu verlaſſen fürnehmen vnnd aufrichten wolt, daß ſolches mit Ordnung vnnd fürſichtigen Maß geſchehe, dadurch vor allen Dingen den alten Vogelherden ohn allen billigen Nachtheil beſchehen vnnd ſich zuvor ehe Aufrichtung würcklichen Bawes des newen Herds, mit denen anſtoßenden Obrigkeiten vnnd Erbherrn der nahgelegenn Vogelherde vnterrede vmb freundlichen Vergleichen, damit der künftige Jrthum verwahrt werde. Wo es aber ſo zwiſchen Jhnn nit vereinigt mögt werden, alsdenn an den Herrn Pfleger oder die Ambtt, darinnen ſolche Fell zu entſcheiden vnnd nach Gelegenheit zu vergleichen.

Des Verbotshalb mit dem Getreyde.

Nachdem die von der Ritterſchafft die Urſachenn inn vnnſſers gnedigſten Herrn gemaynen Ausſchreiben, was Jhn Churfürſtl. Gnaden darzu bewogen, ſonder Zwei-

c) Ans dieſer Stelle gehet hervor, daß man in den Zeitraum, wo dieſes Landesgeſetz erſchien, in Anſehäng der Niederjagd, noch die Meinung hegte, daß ſolche als ein Ausfluß des Grundeigenthums zu betrachten ſey, und von den Beſitzern auf ihren erblichen Grund und Boden, nach alter deutſcher Sitte, ausgeübet werden konnte.

fel vernomen, vnnd daß ſolchs Jhro Gnaden, als dem Landesfürſten, aus billigen Nachtrachten wohl geziemt vnnd gebüert hat, den gemaynen nachtheiligen Unrath vnnd Schaden, wie dann leider aus Ungehorſam vnnd Unvorſichtigkeit, die vnerhörte ſchreckliche geſchwinde Landtheurung fürgefallen, welche Jhr Churfürſtl Gnaden, ſo dem nicht entgegen gelebt, durch ſolch Gebott vnnd weiter fürhabender Ordnung aus der Gnad vnd Verleihung Gottes zuvor kommen verhofft hetten, damit das Armuth der Vnderthanen imgemein nit alſo beſchwerlich vnd hievor vnnerhörter Maß geſchöpfft vnndt bedrengt were worden Derohalben ſein Churfürſtl Gnaden aus fürſtl. Obrigkeit inn ſolch beſchwerlichen Zuſtand wohl gebuert, Ordnung vnnd Fürſehen zu thun, auch von andern vielwenigern Ständen aus fürfallender Notturffs geübt vnndt Herkommen, inſonderheit daß ſolche vnnd dergl. ziemlich Gebott vnndt Geſchäfft Jhnn vnnd den Jhrigen ſammbt gemeinen Landſaßen ſelbſt zu fürträglichen guten Wohlfart vnnd Gedeyen gemeinet vnnd gereichet ſoll haben, dann in diſen Zufellen muß gar vil mehr der gemeinen dann beſonderer vnnd eigener Nutz einzelicher vnnd geſonderter Perſohnn bedacht vnnd angeſehen werden, wie ſie bey ſich ſelbſt aus Chriſtlichen vnnd erbarn Bedacht zu ermeſſen vnnd abzunemen haben, daß es im Beſten fürgenommen, beſtehen vnnd ergangen; derhalben ſo wollen Jhr Churfürſtl. Gnaden ſich des bey ihnn gnediglichen verſehen, in ſolchen vnnd dergleichen nottwendigen Fürnemen mit Beſchwerung zu tragen oder aber Jhr Churfürſtl Gnaden in ſolcher gebuerender Obrigkeit des fürſtl zimlichen vnnd billigen Einſehens vnnd Verfügens aus ihnn ſelbſt ihrs eigenn Gefallens nit Ziel oder Maß zu ſezen. Aber Jhrn vnderthenigen Rath, Errinnerung vnd Bitt ſolcher zutragenden Fell wollen Jhr Churfürſtl. Gnaden gnediglichen anzuhören vnbeſchwert ſeinn, vnnd ſich darauf nach Gelegenheit gnediglich vnnd vnverweißlich durch Gottes Gnad vernemen laſſen, vnnd ſolchs Jr Churfürſtl Gnaden Anzeig vnnd Errinnerung uff Jhr gethann Beſchwerung der Notturft nach vnnd nit ungnediglichen zu vermercken, auch hinfort inn ſolchen Fürnemen billig ermeſſen vnd Bedencken haben.

Der Vorkäufer nachtheiliger Mißbrauch, in den Butterſcharren vnnd andere gemeynnhauß Notturſt des Armuets, ſo denn gemaynen herkommenden beſtettigten Wochen- vnnd Jahrmerkten der Stedt zu vnbilligen Verderb vnnd Abgang, wider erbarlich Uebung vnnd alte guet Gewonheit fürgenommen vnnd gebraucht wird.

Diweil durch die vorfahrenden Fürſten vnnd alſo von alters, auch dieſer iezt vnnſſer gnedigſter Her als vnnſſere ordentliche Obrigkeit, ſo vns von Gott als erblicher Landesfürſt vnnd Herr gegeben, die Stedt in Jr Gnaden Fürſtenthumb vnnd Lande aus bewegenden, zuleßigen, billigen Urſachenn der Erbbarkeit auch dem Recht gemeß, mit freyen gewöhnlichen Wochen vnnd Jahrmerckten zu gemeyner vnnd menniglichs, auch beſonderen Wolfart vnter andern begnadigt vnnd führſehen, vnnd Jher aller Bequemlichkeit vnnd Beſtes nach Gelegenheit unzweifelich darinne bedacht vnnd erwogen haben; So dann iezo dis Orts Landes zu Franken Jr Gnaden Fürſtenthumbs vnnd Gebiets in denn Dingen vnnd Fellen, die Vorkäuffer belangende, als Butter, Käß, Viſche vnnd dergleichenn, ſo zu gemaynen Wochen vnnd Jahr-

merckten in Vorzeitten bracht, vnnd damit in Verkauffen vnnd Kauffen aufrichtig vnnd vngefehrlich gehandelt, ein beſchwerlicher vnnd faſt nachtheilig- verderblicher vnnd gemayner Mißbrauch vnterſtanden vnnd angemaßt, daß ſich dieſelbig Vorkäuffer, Haußirer, vnnd Kärner, ſo inn vnnd außerhalb des Fürſtenthumbs geſeſſen, welche andern Frembden vnnd auswertigen, ſo auch nicht diſes Fürſtenthumbs, zu weitern Vortheil, daſſelbig, als Butter, Käß, klein Vyhe, Hünner, Gevögel, Fiſch vnnd dergleichen, gemaynen Wochen vnnd Jahrmerckten des Armuets nothdürftig vnnd zutreglich, mißbreuchiger vnnd aufſetziger Weiß einkauffen vnnd förder auch verhandeln vnnd verführen, daß dadurch gemeyner Nutz gefehrlicher Weiß geſteigert, unruhig vnnd klaghaftig gemacht; demnach wird aus vorgehörten vnnd beweglichen Urſachenn für guet vnnd nüzlich angeſehen vnnd bedacht: daß ein ieder bey den Seinen doch der Endt im Fürſtenthumb gelegenn, vnnd darauf ihme die Bottmeßigkeit ſolcher Fell zuſtendig, desgleichen die Heren Pfleger, Haupt- vnnd Ambtleuth, Schoſſer, Vogt, vnnd Kaſtner ieder ſeines Ambts vnnd Bevelichs ernſtlich verſchafft, gebiett, vnnd verfüge, auch dermaßen wie gemelt worden, daß ſolch nachtheilig verderblich Uebung, Fürnemen vnnd anmaßen, keineswegs geſtattet, oder gefährlicher Weiß nachgegeben werde, ſondern daß ſich ein ieder Wer zu verkauffen habe, der ordentlichen Wochen vnnd Jahrmerckte der Stedt, ſo ihme gelegenn, darzu ein ieder willkührlich vnnd ungedrungen geneigt ſeinn mag, wie vor Alters vnnd gewönlich Herkommen, halten vnnd gebrauchen ſoll, als eine Fürſehung und Ordnung, die zu gemeinen Nutz vorgenommen vnnd in Vorzeitten bedacht iſt, ſonder Argliſt vnnd Gefehrde zu üben vnnd zu handeln d).

Damit ſich aber niemands der Unwiſſenheit zu entſchuldigen, ſo ſoll hirmit verſchafft vnnd befohlen ſeinn, daß durch Verordnung des Herrn Pflegers, von den Haupt- vnnd Ambtleuth, Schoſſer, Kaſtner, Vogt und Reten der Stedt, den Centgraffen, Landknechten vnnd Schultheißen iedes Centgerichts, auch den Forſtmeiſtern bey den Wildnern vnnd Knechten, ſo in ſeinen Bevelch, auch ieden Befehlhaber für ſich ſelbſt, fleißig Nachfrag Forſchung vnnd Erkundigung vnnd Aufſehen zu haben, vnnd dafür zu ſeinn, damit ſolchen allen nachgegangen vnnd gelebt werde; desgleichen bey den vir hohen Gerichten ſambt der Schöppenbeſtettigung iedes Jahrs ſolchs öffentlichen zu verkündigen vnnd bey Straf zu verwarnen laſſen; vnnd zu fernerer Warnung, daß ſolchs in den Dörfern eines ieden Centgerichts darein gehörig neben der öffentlichen Berufung vnnd Anſage an gewöhnlichen Stellen ſchriftlich angeſchlagen werde

Wo auch jemands ſolcher Vorkäufer darüber betretten, vnnd folgend durch gewißen Zutritt gehabter Kundſchafft erlangt vnnd bekannt würde, gegen denſelben billige Straff durch die Obrigkeit, da er ankommen zu erzeigen nach Gelegenheit ſeines fre-

d) Dieſes Verboth wurde in der ſpätern Landesordnung vom J. 1556. zwar erneuert; aber zum Vortheil der Ritterguthsbeſitzer noch beigefüget: — „Doch do denen von der Ritterſchafft oder andern, jemands Getraydicht, „Fiſch, Wollen oder anders abkaufen oder „abführen wollte, das ſoll ihnen nicht verboten ſeyn. Allein das kein Gefahr geſucht, „ſondern daß der Kauffer ſolche Waare den „Städten zubringe“.

freventlichen muthwilligen und ungehorſamen Beginnens, auf zimlich Meßigung der Obrigkeit. Aber die Straff ſo einer mit der Waare erlangt, da er derſelbigen verluſtigt auch verurphettet vnnd nach Gelegenheit ſeines Wandels vnnd Weſens verbürgt werde, davon die Helft demjenigen ſo In verkümmert umgetrieben vnnd aufgehalten, die Uebermaß der geordneten Obrigkeit deſſelben Gerichts vnnd Gebiets, es were dann, daß ſich einer wie recht ſeiner Unſchuld darthun, der Unwiſſenheit vmbthun wollt. Es ſey wer es wolle, ſoll ihme ſolchs uff die gemeltten Fell des angehörten Bevelichs ordentlicher Weiß zu thun frey ſeinn, vnnd diſen Befehl vnnd Geſchäft mitler Zeit alſo nachzugehen, bis auf Verordnung vnnſers gnedigſten Herrn gnedige Nachlaſſung vnnd Bewilligung der Landſchaft fürhabende gemeinn Ordnung vnnd Policey.

Der böſen Weg halber uff gemeyner fürſtlicher Landſtraßen.

Dyweil derſelbenn Urſach halber des Vnwegs, die Straßen, wie öffentlich durch die Kauff- vnnd Fuhrleute angezeiget, gemieden wird, daraus dann erfolget, Abgang der Zoll vnnd Geleittnahrung vnnd Beſchwerung der Handwercksleute in Steden vnnd Dorff gemindert vnnd verhindert, auch die gemeinn Wochenmerckt der Stedt; vnnd dem Landvolck darzu das Armuet, ſo ſie Zinß oder Fron Iher Obrigkeit zubringen müſſen, oder daß, ſo ſie aus gedrungener Notturft zu Marckt fahren, kauffen vnnd verkauffen, was beſchwerlichen Schadens, Verſäumniß, vnnd Nachtheils an ihren ſelbſt Leib, vieh vnnd Pferden zugefügt, daß ſey nit zu ermeſſen; über ſolches alles daß ſich ziemet vnnd gebuert, die fürſtl. Landſtraßen aus Obrigkeit im Bauweſen zu erhalten, damit der gemayne Nutz gefördert vnndt gebeſſert werde. Demnach aus denn angehörten vnnd gemeldten Urſachen, ſo dann billig vnnd gebührlich zu bedenken, ſoll hiermit verſchafft vnnd befohlen ſein, daß zu förderlichen Wettertagen vnnd gewönlich benannten Zeiten dieſſelben böſen Weg der Landſtraßen durch verſchaffen des Hernn Pflegers zu Coburgk, der Ambtleuth Schöſſer, Kaſtner, vnnd Geleitsmann iedes Ambtsgebiets vnnd zugehörende Verwaltung, nach Gelegenheit zu beſſern vnnd zu beſtendiger Farth anzurichten; vnnd die Vorlegung von denn Geleithen, auch den Vorrath von Korn, Brod vnnd Bier vnnd gemeiner Dorffshülf vnnd Fronſpeißung ſolcher Fell, neben der Handreichung gemeiner Hülf von der Landſchafft vnnd centbaren Unterſaßen, auch den andern anſtoßenden Nachbarſchaften ſo nit zu diſem Fürſtenthumb ohne Mittel gehören e), vnnd ſich doch dazu geneigt vnnd willkührlich erbiethen, getrewlich fürnehmen vnnd vleißigen. Damit aber dieſen Fürſchlag vnnd Bevelch der vnmeidlichen Notturft nach, endlichen vnnd willkührlich nach-

e) Unter den hier erwähnten Nachbarſchaften, die nicht unmittelbar, ſondern nur mittelbar, zu dieſem Fürſtenthum gehörten, ſind die centfreien adelichen Unterſaßen zu verſtehen, die in der Regel zu dergleichen Dienſtleiſtungen zwar nicht verpflichtet waren, aber doch doch ausnahmweiße darzu beigezogen werden muſten. Sie konnten ſich auch deren um ſo weniger entziehen, da der Adel in frühern Zeiten verbunden war, zu Reparaturen der Landſtraßen die nöthigen Dienſte zu leiſten. (Coburg. L. Geſch. des Mittelalters S. 101.)

geſezet vnnd darzugethan; So iſt mit Bedacht vnnſſers gnedigen Herrn des Pflegers vnnd des Schößers zu Coburgk, auch andern ſo zu Unterricht dieſer Sachen angelangt vnnd befragt, daruff beſchloſſen, daß der Caſtner zu Coburgk Paulus Bader, auch Gleitsmann vnnd Centgraf zu Coburg, vnnd Jacob Preiß vnnſſers gnedigſten Herrn beſtallter Diner daſelbſt, welche darzu dienſtlich vnnd förderlich angeſehen, Erſtlichen die Straße von Coburg nach Rattelsdorff bis an den Mayn f) fleiſig bereiten, beſichtigen vnnd in allen Umſtänden des Gebrechens bey dem Schultheißen Geleitsleuten zu Rattelsdorff vnd andern der Ende an der Straß wohnhaft erkunden vnnd auch zu der Beſichtigung, ſo vil bey ihnn nothdürſtig ermeſſen, ziehen vnnd erfordern ſollen; Alsdenn unter ihnn berathſchlagen vnnd erwegen, wie die Erbauung vorberührter Maß nach Gelegenheit mit Beſtand oder ſonſt bequemer Beſſerung vnnd Unterhaltung fürzunemen ſeyn mag. Vnnd auch den Fürſchlag der Leuth vnd Dörfer ſo der Ende vnnd doſelbſt angeſeſſen, ſo zu der Handreichung vnnd Mithülf gutter Willigkeit anzulangen ſeinn möchten, ſie gehören zu wem ſie wollen, iedoch willkührlich vnnd unverpflicht, dazu was Gehölz, Füllenſtein, vnnd anders, welche unter dem Vorrath, mit Geld, durch willig Fron und Biet, vnnd an welchen gelegenn Enden zu erheben und füglich zu erlangen; das vnnd alles anders ſo darzu notturſtig bedacht vnd angeſehen, umb einn clar richtig Verzeichniß, ſo vil möglich, zu bringen, vnnd unterſchiedlich zu ordnen, Daß ſie auch darneben zwei gemeinn verſtändig Wercksleuth, Maurer vnnd Zymmermann mit ſich nemen, oder zu ſich fordern, Jher Bedencken in dem auch anzuhören vnnd mitzutheilen, darzu den Fluhrmann, der Löffler genannt; folgend, daß ſolches vnnſſern gnedigen Hernn, dem Pfleger, alſo ſchriftlich vnnd mündlich vorgetragen vnnd nottürftig zu guten Vernemen berichtt ſoll werden, Als denn durch Rath inn Beſten darinn zu beſchließen, vnnd dem Bevelch nachzukommen fleißig verordnen; Ferner, daß auch auf ſolchen Beſchluß durch verſchaffen vnnd beneben des Herrn Pflegers die Würzburgiſchen, als der Ambtmann zu Seßlach vnnd der Rath daſelbſt auch der Keller zu Ebern, auch ander Würzburgiſche der Ghegenheyt an die Landſtraßen anſtoßend vnnd derſelben auch gebrauchen, füglicher Weiß zu der Beſichtigung oder ſonſt zu beſcheiden vnnd anzureden, was ſie uff vorig ihr Erbiethen zu ſolchen Baw der gemeinen Landſtraß förderlich hülflich vnnd dienſtlich ſeinn wollen, damit der fürhabende Anſchlag darauf zu richten, vnnd, daß man ſich Jher nachbarlicher Mithuelf zu tröſten hab, als denn ſolch Werck mit theilhaftig vnd Vortheil gereichet vnnd kommen mag, in Zuverſicht daß der Unkoſt mit ſolchen Fürnemen vnnd Anſchlag nit ſo gar unmeſſigs austragen ſoll, Vnnd etwas ſtattliches darauf gewandt vnnd ausgelegt muß werden, ſo gibt es auch wiederumb den Hauptnutz gemeinen Zu-

f) Die Straße, von deren Erhaltung hier die Rede iſt, iſt die gewöhnliche Landſtraße von Nürnberg nach Thüringen und Sachßen. Damals erſtreckte ſich das Coburger Gebieth bis nach Rattelsdorff am Mayn, wohin die Herzoge zu Sachßen nach dem Zeugniſſe des Erbbuchs, auch das Geleitsrecht auszuüben hatten. Noch in den Rechnungen des 16. Jahrhunderts findet man die Rattelsdorffer Geleitsgelder in der Einnahme, aber ſeit dem verſchwand dieſes Regale ganz, ohne daß man weiß, wie es von Coburg abgekommen ſeyn mag.

gang, Beſſerung vnnd Vortheil der Nahrung, neben dem, daß man es aus Obrigkeitlich ſchuldigen Gebuer vnnd billig zu thun iſt; Wie deshalb in Eingang des Articuls Meldung vnnd Errinnerung gethan.

Beſchließlich dieſes Articuls den Baw der Landſtraß.

Daß der Kaſtner Paulus Bader, Caſpar Rambsperger vnnd Jacob Preiß, alle zu Coburgk weſentlich, fürnemlich Befehlig über ſolchen Baw haben, vnnd zu erreichigen Beſten darinne handeln, vnnd der Caſtner das Geldt Ambtshalber, ſo ihme aus Anſchaffen des Schößers durch den Gleitsmann, gereicht ſoll werden, vnnd was in ſolchen des Gleitseinkommen nit erſezen mögte, daß der Caſtner von ſeinen Ambtseinkommen oder Clöſternuzung wiederumb erleget vnnd habhaftig werden, alles auf ordentliche Rechnung ſo der Caſtner darüber mit Wiſſen der beeden zugeordneten halden ſoll.

Der Hochzeiten, Kindtauf vnnd ſechs Wochenn halb.

Dieweil hievor gemeyne Ritterſchaft dis Orts Landes zu Franken durch bewegende gutgründige erbare Urſachen, welches ſie auch bey ſich ſelbſt dermaßen fürträglich nützlich vnnd gut ermeſſen vnnd angeſehen, daß eine zimliche vnnd erbare Maß darinnen fürgenommen würde, darauf auch eine Ordnung mit Jhen Wiſſen vnnd Willen gemacht vnnd uffgerichtt. Nun ſollen ſich ettlich darüber unterſtehen vnnd anmaßen, den ihrigen zu geſtatten vnnd nachzugeben demſelben entgegen und widerwertig zu handeln; Weil dann ſolch aus vil bewegenden Urſachen wie vorberührt für ein nützlich und faſt bequemlich austregliches Fürhabens geacht und angeſehen würd; Demnach ſo ſoll auch voriger gemeiner Verwillung aus billiger Neigung vnnd Forderung des guten einträchtig nachgegangen vnnd unwegerlich zu ihrer aller Beſten gelebt vnnd gehalten werden.

Der ſonderlichen Perſohnen des Adelsgebrechenn halben, ſo außerhalb vnnd neben der zwölff gemeinen Articul der Ritterſchaft auch übergeben ſein worden, Innhalt beeder Verzeichniß ſo neben diſer Handlung auch beygebunden, darinne man ſich zu erſehen vnnd zu erhohlen hat, was in dem aus Verhinderung diesmahls nit endlichen abgeferdigt hat mögen werden.

Was alſo derſelbenn Articul ſo dismahls, wie gemeldt, nit abgehandelt vnnd hinterſtellig verbliben, die ſeind mit Bewilligung der Ritterſchaft uff gehabte Unterrede vnnd geneigte Bewilligung darauf verabſchiedet, weil ſie, aus billiger Nothdurfft, Verhör vnnd allerley Erkundigung vnnd Bericht, auch zum Theil Beſichtigung, erfordern, daß ſie zu bequemer Zeit vnnd Friſt durch vnſern gnädigen Henn den Pfleger neben den willgekührten Perſohnen als Herr Hanſen von Sternberg, vnnd Herr Hanſen Schotten von der Ritterſchaft vnnd Caspar Rambspergern, von der Stedt wegen, diſelbig Handlung obberürter Maß fürnehmen, vnnd nach

Cas.

Jhen billigen Ermeſſen vnnd Erkundigung fürgewandten Fleißes gütlich zue vergleichen oder mächtiglichen zu entſcheiden ſollen haben in aller Maß die Hinſtellung gemeiner Landſchafften, Jnhalts des Churfürſtl. ſchriftlichen Bevelichs, ſo im Eingange dieſes Handels verzeichnet, durch vns andern ſo auch verordnet geweſen, diesmahls hätte geſchehen ſollen.

Wo aber der zugeſezten Perſohnn einer oder mer aus ehrhaftiger Nott oder andern Zufall verhindert, alsdenn ſollen andere an ihr ſtatt angegeben vnnd dazu verordnet, damit den Sachen nachgeſezt vnnd abgeholfen möge werden.

Beſchluß-Articul, wie diſe Ordnung jehrlichen zu Vnderricht vnnd weſentlichen Kunde beygelegt, geleſen vnnd eröfnet ſoll werden.

Damit ſich aber nimands zu beklagen noch zu entſchuldigen, daß ihme diſe Ordnung, Handlung, Bevelch, vnnd Abſchied vnwiſſend, auch daß ſich ein jeder deſſelbigen zu halden vnnd darnach zu richten hab, ob ihme vielleicht darinnen mit der Zeit Beſchwerung, Ungleichheit, oder Jrrthumb fürſtünde, vnnd ohn Weitleuftigkeit ſich aus Gelegenheit der Urſachenn darnach zu richten hab, ſo ſoll hiemit verſchafft vnnd befohlen ſeinn daß ſolche Ordnung, was die Centgraffen vnnd Landknechtt, darzu die Förſter auch die Schefer vnnd Hirten, darzu die Hochzeiten, Kindtaufen Sechswochen vnnd Kirmeſſen vnnd das gemeine Weidwerck belangt, zu den dreyen hohen Gerichten, vnnd auslauf des Gerichts, wann die Schöppen beſtettiget, allenthalben zu öffentlichen zu Angehör des gemeinen Mannes, ſo ins Centgericht gehörig, geleſen werden, damit es alſo jedes Jahrs viermahl angehöret, vnnd die Leuth dadurch allenthalben errinnert vnnd des Wißens empfahen vnnd alſo ſonder Jrrthum Beſchwerung vnnd Klag darnach zu richten wiſſen.

Was aber darüber ander Articul vnnd Sachenn anlangt, das iſt an Nott gegen Jhnn zu vermelten.

Damit ſich auch jeder der Ritterſchaft vnnd Stede in zufelligen Sachenn der Nottdurft nach ſolcher Handlung, Ordnung, Befehls vnnd Abſchieds zu erhohlen hab, ſo ſeinn vir Abſchriften in dem georÿnet, die

1) eine an das Ambt Coburgk, vnnſer gnediger Herr der Pfleger Fürſt Wolfgang von Anhalt empfangen, welches Sr. Gnaden allen Amtleuten dis Orts Landes Francken Abſchrifft davon zuſtellen ſollen laſſen, vnnd neben die geordneten Erbbücher auf Zufell vmb Erhohlung beyzulegen befohlen, dazu dem Forſtmeiſter der Wälde vnnd Forſtknechtt gleichermaßen auch zukommen laſſen damit ſich ein jeder ſeines Ambts, wes er ſich ſeines Dienſtes Belohnung vnnd Gebühr halben anzumaßen oder zu enthalten hab, ferner darnach zu richten weiß.

2) Gleichermaſen ſeynd denn von der Ritterſchafft, vnnd

3) eine den Steden, welche zu Coburgk bey dem Rath hinterlegt, auch

4) eine gegen Hof in die Churfürſtl. Canzley in Verwahrung zu thun, durch die verordneten Räthe mitgenommen.

Es ſollen auch alle Articul ſo in diſer Ordnung Geſchäft, Befehl vnd Abſchied begriffen, wie dieſelbigen vnterſcheiden ſein, nach Gelegenheit gedeůt, gehandelt vnd nicht geverlicher oder lieſtiger weis, ſondern nach Erbarkeit gemeintt, verſtanden vnd fůrgewandt werden.

Die Räthe ſo von den Ausſchuß gemeiner Landſchafft der Handlung vnd auch dem Abſchiedt nach zu Torgaw zue den Landgebrechen, gegen Franken, Jhrer Gnaden Fůrſtenthumbs vnd Gebiets verordent, vnd die Zugeſetzten durch die Landſchafft dies Orts Landes, ſein geweſen: Wolff von Weiſenbach g), Hanß von Sternberg h), Hanß von Minkwitz, Hanß Schott, Hanß von Dolzk, Ritter, Casper Rensperger von wegen der Stadt.

Actum Coburgk Sambstags nach Crucis Exaltationis anno domini 1531 iſt dieſe Handlung beſchloſſen.

XXX.

Erbſonderungsvertrag zwiſchen Kurfürſt Johann Friedrich zu Sachßen und ſeinem Halbbruder Herzog Johann Ernßen.

den 17. Novembr. 1541.

Von gots gnaden, Wir Johans Fridrich, Hertzog zu Sachſſen, des heiligen Romiſchen Reichs Ertzmarſchall vnnd Churfurſt Landgraf in Duringen Marggraf zu Meiſſen, vnnd Burggraf zu Magdeburgk, wiewol, der Hochgeborne Furſt Her Johansernſt, Hertzog zu Sachſſen Landgraff in Duringen vnnd Marggraf zu Meiſſen, vnnſer freundlicher lieber Bruder, vnnd Wir, Sieder Weiland, des auch Hochgebornen Furſten, Hern Johanſen Herzogen zu Sachſſen, Churfurſten ſeliger gedechtnus vnſers genedigen lieben Hern vnd Vaters, todtlichen abgangk, vnnd nuhmer, Jns zehende Jhar, in ſemptlicher Regierung aller ſeiner gnaden, verlaſſenen, vnd vns zu beiden ſeiten, angererbten Lande, leute, Furſtenthumen, Herſchafften, vnd guetern, außerhalb, des Churfurſtenthumbs, zu Sachſſen, ſo vff vnns allein gefallen, geſeſſen, Nachdem aber, genanter vnnſer Bruder, durch ſchickunge des almechtigen, bey ſeiner Lieb entſchloſſen, vnd Jr furgeſetzt hat, aus Zulaſſung, gotlicher ordnung, auch des veterlichen Teſtaments, ſich in ehelichen Standt zu begeben, Mit bruderlicher vnd freundlicher biet, das Wir dartzu, Wolten Rathen, vnnd furdern helffen, Wie wir vns dan darauf, freundlich erboten, vnns auch, aus chriſtlicher Trewe ſchuldigk erkennen, vnnd dan ſein lieb ſampt dem auch Hochgebornen vnſerm lieben Oheimen, Hern Wolffgangen furſten zu Anhalt, Grauen zu Ex orig.

g) Wolff von Weiſenbach und Hanß von Minkwitz waren damals zwei der angeſehenſten kurſächſiſchen Räthe, die unter andern auch bei Abfaſſung des Grimmiſchen Machtſpruchs vom J. 1531 vorkommen. Műlers Annalen S. 89.

h) Hanß von Sternberg ſtand ſchon frůher im Sächſ. Dienſten, und war im J. 1525 einer von den 4 Deputirten, welche nach Einfůhrung der Reformation, die erſte Kirchenviſitation im Coburg. zu beſorgen hatten.

Aſkanien vnd Hern zu Berneburgk, ſeiner lieb frauen mutter ſeligen Bruders, weil, obgedachter vnſer genediger, lieber Her vnd vater, in ſeiner gnaden Teſtament, ſeine lieb, vnnſerm Brudern, neben vns, in freundlichen vnd guetem beuell Inhaben, gebeten, mit vnd ſampt vns bedacht, So Wir beiderſeits, mit vnnſern Frauenzimern, auch Dinern, vnd geſinde, in gemeinen anweſen, auch ſemptlicher Regierunge, vnd vorſchaffung, nunhmer ſein vnd pleiben ſoldt das ſich allerley, mißverſtant, vnd vnfreundlich nachdenken, zwiſchen vns, daraus mocht zutragen, vnd begeben, Wie dan auch leichtlich, in ſolichen fellen, Zubeſcheen pfleget, do Wir doch beide vieleichter genaigt ſein, in Bruderlicher freundſchafft, lieb, vnd ainigkait, mit einander zu pleiben, Derhalben dan fur das bequembſt, beſt, vnd dinſtlichſt, geacht, vnd angeſehen iſt worden, das von ainer, Bruderlichen, erblichen, vnnd ſolichen ſonderung, geredt vnd gehandelt mocht werden, die dem Veterlichen Teſtament, vff vnſer beider bewilligung, vnd wolgefallen, nit zuwider, auch Landen vnd leuten vnſchedelich ſein mocht, Vnnd derwegen vorgenanten Furſt Wolffgangen freundlich vermahnt, das ſich ſein lieb, nebenn etzlichen vnnſer beiderſeits, zugeordenten Rethen, Nemlich Gregoren Kranken Doctor vnd Hanſen von Ponikau vnſern Chamerer, darauf, vonn berurter, erblichen ſonderunge, zu handeln, freundlich vnd vndertheniglich, eingelaſſen,

Demnach thun kundt vnnd bekennen Wir himit offentlich gegen allermeniglich, das Wir auff anruffung, der gnaden des almechtigen, mit obgenantem vnſerm lieben Bruder, einer erblichen ſonderung, verglichen ſein worden, Vnd haben vns, deren, Bruderlich, freundlich vnd aufrichtigk, mit einander entſchloſſen, Inmaſſen wie hernach volget,

Vnd Nemlich ſo hat vnnſer lieber Bruder, gewilliget, die Coburgiſche Arth vnd Pflege, mit allen Iren ein vnd Zugehorungen, Schloßen, Ampten, Stedten, Flecken, Cloſtern, Dorffern, Vorwercken, Schefereien, Renthen, Gulten, nutzungen, Manſchafften, Lehenſchafften, Gleitenn vnnd Zollen, Mit dem vorradt, an getreidicht, Wein vnnd farende habe, wie ſolichs alles, itzo der endt, In Ampten, vnnd ſunſt vorhanden iſt, anzunhemen, dartzu dan auch, neben andern Regaliſchen Herlichkaiten, vnd gerechtigkaiten, Alle Bergkwergk ſo ſich kunftiger Zeit, derſelben Landart wurden ereigen, oder erregen, vnd Silber, Kupffer, oder ander Metallen halten, vnd furen ſollen, gehoren, Welcher Berckwerge Regirung vnd nutzung auch, ſeiner Lieb, vnnſer, vnd vnſer erben halben, gar ſoll Zuſtehenn. Allein vnſern Vedtern Hertzog Moritzen zu Sachſſen, vnd ſeiner Lieb Bruder, Hertzog Auguſtus, vnd Irer beider erbenn, nach Inhalt vnnd gelegenhait, der großveterlichen, Berechtigung Iren halben teyl, ſolicher Bergkwerge nutzung, vorbehalten vnd vnbegeben, aber die nutzung, des Goldtbergkwergs, vff der Steinenhaide, oder ſo ſich, an andern Orten, der Coburgiſchen Pflege, Goldtbergkwergk, erregen wurde, ſol vnns vnd vnſern Erben, zu gleichen Nutz, mit zuſtehenn, doch die Bergkwergk-Regirung vnſerm lieben Brudern, vnndt ſeiner lieb Erbenn allein zugehorenn.

Vnd dieweil wir ſeiner lieb bruderlichen vnd beſtendigen, bericht haben thun laſſen, was ſeider vilgenants vnſers genedigen lieben Hern vnnd Vaters todlichen

Abgang vnd inwendigk zehendhalben Iharen, vngeuerlich, an allen Nutzungen, Renthen vnd Gulten, gewiſſen, auch ſteigenden vnd fallenden, von allen gedachts vnſers Hern Vaters, verlaſſenen, Landen vnd Leuten, einkommen, ſampt was dargegen widerumb, vf vnnſer beider ſemptliche Regirung, vnd Vndterhaltung, aufgangen, vnnd inſonderhait, mit den Bůrden des Reichs, auch der chriſtlichen Religion vorennigung halten, dartzu, in Sachen der Erbeynung, der Heuſſer Sachſſen, Brandenburg vnnd Heſſen, auch der Eynunge, darinnen vnſer Bruder vnd wir, mit konigklicher Wirden zu Denmarken ſtehen, vnd ſunſt, alſo, das man, vber gemelte jerliche, Gulten vnd Nutzungen, vber zweymalhunderttauſſend Gulden, mit jerlicher Penſion Zuuertzinſen hat, muſſen auffporgen, vnd dieſelben mit einbrocken, aus dem allen ſein Lieb ſampt dem von Anhalt vnd den zugeordenten Rethen clar genugk befunden, das mit dem ordentlich jerlichen Enkomen, vnd Gefellen, nu hinfurth, wie zu beſorgen, vnd ſonderlich, dieweil der Erbfeindt der Chriſtenhait der Turck, das Konigkreich Hungarn, eingenomen vnd ſich zunegſt der deutzſchen Nation genachtbart, nach weniger, an ſonderliche, Gnad vnd Zulage des almechtigen wirdet zugereicht mugen werden; ſo hat ſein Lieb hinwider freundlich vnd bruderlich bewilliget, alle andere vnd itzliche, obgemelts vnſers Hern Vaters, nachgelaſſene, Duringiſche vnd Meiſſeniſche Landt, ſamt der Voigtlandt, auch alle, Widerkauffe, erbe, vnnd gueter, mit allen darauf ſtehenden Schulden, mit allen iren ein vnd Zugehorungen, Schloſſen, Stedten, Flecken, Mercken, Geiſtlichen Stifften, Cloſtern, vnnd ſonderlich, mit den itzigen vnd kunfftigen Bergkwergen vff allerley Metall, auch an allen Orten, derſelbigen Lande, ſampt dem Silberkauff, Muntzen vnd Schlegeſchatz pleiben, zuſtehen, vnd zukomen zu laſſen, alſo vnnd dergeſtalt, das wir vnd vnſere Erben, ſeiner Lieb vnd iren Erben, zu der Coburgiſchen Landart vnnd Pflege, erblich vnd ierlich viertzehentauſſent Gulden, von gemelten Landen vnd vf itzlich Quatember, den negſten Muntagk darnach, altzeit, den vierdten Teyl, berurter Summen zu Weimar, in der Rentherey, vf geburlich Quitanzen, an alle Widderrede, ſchutz, behelff, oder vorflicht, an vnſer Landeßwerhung ſollen entrichten vnd betzalen laſſen, vnnd ſoll, die erſte Betzalunge, angehenn, vff Reminiſcere ſchirſtkunfftigk,

Vnd ob wir oder vnſer erben, an der betzahlung vnd Rechnung obbeſtimpter Summa gelbes vff Itzliche tagerzeit, oder in ainem Monat negſt darnach volgende, vngeuerlich ſeůmigk werden, das doch nit ſein ſolle, So offt es geſchehe, vnnd ſich begebe, Als dan ſol vnd magk, vnſer bruder Ader ſeiner Lieb erben, dieſer Nachuolgenoe Ampt, Schloß, vnnd Stedte, Mit nahmen Wartburg, Weimar, Ihene, Salffeldt, Eiſſenach, Zwickau, Aldenburg, Grim, vnd Plauen, mit allen, Iren Zu vnd eingehorunge, vnuorpfandet gantz frey, als ſie Itzo ſtehen, eynehemen, Regiren, Innehaben, genießen, gebrauchen, auch von den Amptleuten, kegenwertigen vnd kunfftigen, vnnd den Amptsverwanten derſelbigen Itzbeſtimpten Ampte, deſgleichen dem Stedten, vf ſolichen vhall gewonliche gelubde vnd Pflichte nhemen, die ſie auch S. Lib. vnnd Iren erben, von vns vnd vnſern erben vngehindert Willigk thun, vnd ſich ſeiner lieb, vnnd derſelben erben halten ſollen, Biß ſo lange ſeiner Lieb, oder derſelben erben aller hinderſtelligen ſchulde, vnnd derhalben, empfan-

gener ſchaden, entricht vnd vorgnugt werden, Vnd ſo alſo ſeiner Lieb ader derſelben erben, ſoliche Jtztbeſtimpte betzahlung vnd vorgnugung beſcheen iſt, Alsdan vnd ehr nicht, Sollen vnns vnd vnſern erben ſoliche beſtimpte, Ampt, Schloß vnnd Stedte, in dergeſtalt, wie ſein Lieb oder derſelben erben die eingenomen wider vberantwort werden.

Vnd Wir vnnd vnſere erben ſollen, gegen, obberurt vnſers lieben brudern, abtrettunge, der andern Lande und leute, allen Laſt, vnd Burden, alß der Chriſtlichen Religion, voreynigung, auch der Erbeynung, dartzu, der eynung, mit königlicher Wirde zu Denmargken, vnd dergleichen, Jnn ſonderheit aber gegen Jtziger Kaiſerlicher Maieſtät, auch kunfftigen Romiſchen kaiſern vnd Konigen, mit Beſuchung Reichs, vnd anderer Vorſamblungstage, Vnterhaltung des Chamergerichts, des Reichs-Lehendinſten, Hulffen vnd Steuren, vff vns vnd vnſern erben, behaltenn; Vnd aller berurter vnd Anderer des Reichs Burden, ſein Lieb vnd Jr erben frey haltenn vnd entnehmen, Auch den Lehenen, bey dem Reiche, vnnd der Chron zu Beheim, wo man mit derſelben, nachmalß werde Vortragen werden, von ſeiner Lieb vnd Jrer erben ſelbſt wegen, Zu Jeder geburenden Zeit, vff vnſern aigen Choſten, volge thun, vnd thun laſſen, Dergeſtalt, das wir fur vns, vnd vnſere erben die Lande ſo vns pleiben, von vnſern, Aber vff ſeiner Lieb vnd derſelben erben volmacht die Coburgiſche Arth, von ſeiner Lieb, vnd Jrer erben wegen, ſollen empfahen, Vnnd die Lehenbrieff nhemen laſſen, Auch ſein Lieb vnd Jre erben, an vnſern Landen, vnd vns hinwider, an ſeiner Lieb Lande ſemptlich belehnen laſſen, Vnd do vnſere vedtern, Hertzog Moritz vnd Hertzog Auguſtus zu Sachſſen, auch der Landgraff Zu Heſſen, vnnd Jrer Liebden erben vnd nachkomen Jren lehenen volge thun, So offt ſolichs beſchiet, So ſollen wir, mit Jren Liebden vnd Jren erben Zu der geſampten Lehenſchafft, nit allein, von vnſer vnd vnſer erben, Sundern auch von vnſers bruders vnd ſeiner Lieb erben Wegen, mit angreiffen, vnd ſolichs in den geſampten lehenbriefen Clerlich geſetzt werden. Dan do ſich nach dem Willen des Almechtigen ainicher vhall, an berurten orten Zutrage, das der Stamme ainer, gantz vnd gar, ane erben abginge, So ſoll vnſer lieber bruder, ſampt ſeiner lieb erben, gleich vns vnd vnſern erben, Zu gleichem anteyl, volgen, erben, ſucediren, Vnd ſonderlich auch, an den Bergkwergen, vnnd Berknutzungen, ſo gedachten vnſern Vedtern, vnd Jren erben, Zugeſtanden hatten. Dan was ſeiner Lieb, vnd derſelben erben durch todesfelle, von den mitbelehnten vnd Erbvorbruderten, Zukunfftig anfallen, vnd geburen möcht, Sol ſeiner Lieb, vnnd Jren erben, durch dieſe erbliche ſonderung, nit benomen ſein, Sundern wir von beiden teilen, die Zu gleich haben vnd teylen.

Nachdem auch vnſer beider lieber Her vnd vater in ſeiner gnaden Teſtament, ainen Artickel: Anfahend: „Nachdem auch weiland vnſere Anhern, von Romiſchen „Keiſern vnd Konigen ꝛc." eingeſetzt, vnd veterliche vorſehung gethan, Wo die Hochgebornen furſt, vnnd furſten, Her Johans ſeliger, vnd fraw Maria Hertzog vnd Hertzogin zu gulich Cleff vnd Berge ꝛc. vnnſern lieben ſchwaher vnd ſchweherin, an Menliche Leibslehenserben, Vorſterbern, vnd Jrer Liebden Lande, und Leute an vns vnd

vnſere

vnſere freundliche Liebe gemall frauen Sibillen geborne von gulich Hertzogin zu Sachſſen ꝛc. Vnd vnſer beider leibslehenserben, Vormuge vfgerichter Heiradts vortrege komen vnd fallen Wurden, Das wir als dan Zu ainer ergetzunge des Anfahls welichen vnſere anhern Churfurſten vnd furſten Zu Sachſſen, fur etzlichen Iharen von Weiland Kaiſer friederichen, des Nahmens den Dritten, an gemelten furſtenthumen Nemlich Gulich vnnd Berga, erlangt gehabt, vnſerm lieben brudern, Hertzog Johanß Ernſten, Ain Ampt, das Inn rechtem werth, vndter Zwantzigktauſſent gulden nit Werdigk, in den Landen Zu Meiſſen Ader Duringen, Vorweiſſen, Zuſtellen vnd vberantworten ſoldten, So ſol von vnſerm bruder vnd vns, vnd vnſer beider erben, demſelben Artickell, an allen eintrack, vnd widderrede, auch alſo, nachgegangen gelebt vnd verfolgt werden.

Vnnd vber die obgemelten, auch andere Zufallende Burdeu, So ſol dartzu, der ſchutz vnd ſchirm, aller vnſer beiderſeits, berurter geſtalt geſonderten Landſchafften, er ſey gegen dem Turcken, oder andern gottes, vnd ſeins hailwertgen worts verfolgern, Nachdem vnſer lieber bruder ſampt ſeiner lieb erben, gleich vnns vnd vnſern erben bey gottes Reynen vnd warhafftigen Worth, vnd vnſers Hern vatern, auch vnſer Chriſtlichenn Augsburgiſchen Confeſſion, beharrlich vnd beſtendiglich durch vorleihung des almechtigen, ſol vnd wil pleiben, Wie auch genanter vnſer Her vater Inn ſeiner gnaden Teſtament Chriſtlich vnnd gantz veterlich begert hat, Auch ſo ſich ſunſt, Jemand Zu vnſerm lieben brudern, vns Ader vnnſer beider erben, vber geburliche Rechtgeboth, in Weltlichenn ſachen, vnnd ſonderlich do vnnſer bruder, vnd ſeiner Lieb erben ſich vf vnß vnd vnſern erben, Zu gleich vnd recht, erbieten thet, mit gegewaltigem Vberzugk, Notigen woldte, vff vns vnſere erben pleiben, vnd Wir vnd dieſelben ſolichen ſchutz vnd ſchirm, Zuthun vorpflicht ſein; Doch dieſer geſtalt, das in ſolichen fellen beiderſeits Lande Rettung, es were gegen dem Turcken, oder andern, die vnſern brudern vnd vnß ſemptlich oder ainen teil ſonderlich, Wolten beſchweren vnd vberziehen, die Vndterſaſſen der Coburgiſchen arth, von der Ritterſchafft vnd Andern vorpflicht ſollen ſein, gleich vnſern vnd vnſer erben Landſeſſen vnd vndterthanen, in angetzaigten Noten, vnd Landßrettungen, weliche der almechtige genediglich, vorhuten wolle, Zu dinen, Zu volgen vnd ſich Steuren vnd anlegen Zulaſſen. Vnnd Nachdem vnnſer lieber bruder, allen obertzelten eynungen mit vns vorwant iſt vnd pleibt, Aber wir vnd vnſere erben, von vnſer beider wegen, die laſt und die Burden, vff vns ſampt dem ſchutz vnd ſchirm behalten, So will vnd ſol ſich auch, ſein Lieb ader Ire erben, mit niemands, in ſonderliche Bundnis einlaſſen, ader begeben, Sundern bey vns vnd vnſern erben deßhalben pleiben.

Vnd Wir vnd vnſern erben ſollen vnſern Lieben Brudern, vnd ſeiner Lieb erben, die Landeß Not, wie ſich dieſelbe des Turcken halben vnd ſunſt, Zu Jeder Zeit Zutragen wurde, Vnuortzuglich ſampt vnnſern, auffgeboten, aber Anſchlagen, Wie wir den vnſern, derhalben Zubelegen vnd Zuſteuren bedacht Ader angeſchlagen hetten, Zu erkennen gebenn, Mit biet vnnd begerung, das vnnſer bruder aber ſeiner Lieb erben ſoliche Aufgeboth ader Anſchlege, vnd anlagen, gleicher geſtalt, vffs eylendeſt vnd

furderlichſt, den Jren, auch wolten vorkundigen vnd die Anlagen vnd Steuren, in dem vhall, einbringen laſſen, Vns vnd vnſern erben, aber vnſern beuelhabern ſampt den Regiſtern, wie ſich die Vndterſachſſen, angeſchlagen hetten, Zu vberantworten. Vnnd Jm vhall, der dinſte vnd volge, gedachte ſeiner Lieb vnderthanen, Zu den vnſern, an orten, vnſer Lande, die wir ſeiner Lieb benennen wurden, ſtoſſen zu laſſen, Jegen denen es auch, alsbaldt ſie diſſeit waldes, vnd vber die grentz komen, gehalten ſoll werden, Wie es mit andern vnſern Vnderthanen zu Roß vnd fueß in ſolichem vhall, vndterſchiedlich gehaltenn wirdet; Vnd ſo der Almechtige got die ſachen je zu guten alſo ſchicken wurde, das ſich die Not, es were des Turken halben ader ſunſt ånderte, Alſo das kain Ader weniqk vnkoſtens, von den Anlagen het durffen aufgewant werden, So ſollen Wir vnnd vnnſere erben, es mit der empfangen Coburgiſchen Steuer, Alſo halten, do wir Ader vnſere erben ſoliche Steuer, aber die vbermaß vnſern aigenn Vnderthauen wider geben, Ader af ain weiter, dergleichen Not beyſetzen laſſen wurden, So ſol dergleichen, mit berurter Coburgiſchen Steuer, von vns vnd vnſern erben, auch beſcheen, Vnnd zu kainem aigen nutz, nach in andere Wege, gebraucht werden.

Aber in andern fellen, auſſerhalb vorberurter, Turken Noth, Widerſtands, vnd Landeßrettung Sollen, vns vnd vnſern erben, vnſers brudern vnderthane, der Coburgiſchen Arth, Steuer, ader Anlagen Zugeben, ader mit vnſern Landen vnd Vnderthanen, Zutragen, Noch vnſer bruder, ader ſeiner lieb erben, dieſelbige volgenn Zulaſſen, nicht vorpflicht ſein, Sundern ſolich Steuren, vnd Anlagen Seiner lieb vnderthanen, Soll ſeiner lieb, vnd Jren erben aus ehrlichen redelichen verſachenn, ſelbſt geburen. Wir ſollen auch ſeiner Lieb vnd Jren erben vnd dieſelben hinwider, vnns vnd vnſern erben Jn vnnſer Jedes Regirung, nichts Zureden habenn, Dan was, ain teil, bey dem andern, mit freundlich Fürbieten, vnnd vorſchriefften ſuchte, Aber ſo vil ainer gegen dem andern Zu recht, Aus Crafft der geſampten Lehenſchafft, aber ſunſt befugt were, Ader, do vf ainem teil, in ſeiner Regierung das Jenige, mit vorgeben, Erblichen verkauffen, ader vorſetzen furgenomen wolt werden, So die Vnderhaltung, des furſtlichen ſtandß vnd Weßens Jegenwertiglich, aber kunfftiglich ſere ſchwechen, Auch dem Hauß zu Sachſſen, nachtheiligk ſein wollt

Domit auch kunfftiger Zeit, vmb die Reymungen ader grentzen, der Coburgiſchen arth vnnd Pflege, Jegen dem Lande zu Duringen warts, zwiſchen vnnſerm lieben brudern, vnd vnß vnd vnſer beider erben, kain Jrrung furfallen muge So ſoll die Reymung hinfurt Erblich ſein, Wie ſie bißher geweſt, vne darfur gehaltenn Nemlich erſtlichen anzuheben hinter Eißfeli vf. . . vnd gehört zu dem Frånkiſchen Walde,

Vnd die weil, die vier Cloſter, Nemlich Munch Roten, Veißdorff, Hoffſtedt, vnnd Sönnefeldt, vnd das Cloſter, zu Königsbergk, vnnſerm lieben Bruder, mit berurter Pflege vnd Landarth zukomen, So ſoll ſein lieb wie ſie auch, als ain chriſtlicher furſt, dem almechtigen, vnd ſeinem heiligen vnd allein ſeligmachendem Worth, zu Lob, vnd foderung, freundlich gewilliget, ſampt ſeiner lieb erben, den pfarhern, Kirchen vnd ſchulen Dienern, von gemelten Cloſtern, vnd derſelben einkomendt, das Jenige hinfurt, vnabbruchlich vnd

vnuormindert, raichen vnd volgen laſſen So deren etzlichen bey vnſer baider ſemptlichen Regirung bereiten, vorſchafft, vnd bißher geraicht, iſt Worden, Auch wo ſein Lieb mer gebruchs vnd mangels ſolicher Diner halben befinden wurden, do wirdet ſein Lieb fernere Chriſtliche vorſchaffung vnd einſehen Zuthun wiſſen, vnd ſunderlich ſich mit Hulff vnnd Almußen, von berurtem geiſtlichem einkomen genediglich ertzaigen gegen Witwen vnd Waißen, armer fromen verſtorbenen Pfarrer vnd Prediger, Goth wirdets auch ſeiner lieb reichlich erſetzen, So wiſſen wir vnd haben in vnſer ſemptlichen Regirung, offt befinden das die frommſten prieſter, offt In der groſſen armuth verſtorben, vnd nichts, dan arme Witwen vnd Waißen, nach ſich verlaſſen haben.

Sein Lieb ſol vnd will auch wie ſie dan ſampt Jren erben, vor got ſchuldigk, die Chriſtenliche Pfarrer, Prediger, vnd Kirchendiner, der Coburgiſchen Arth, in genedigen vnd guetem ſchutz haben, vnd mit gantzem vleiß, darauf ſehen, auch Jr zu Zeiten die Pflege, durch etzliche furneme gelerte Prediger vnnd frome Rethe, ader diner, viſitirn vnd vſſehen haben laſſen, vff das Kaine falſche lere, nach Vorfuriſche Secten, oder auch vngotliche Ceremonien einbrechen, ader gelitten werden, Dann wie ſein Lieb Waiß, wo die weltliche oberkeit nit mit ernſtem vleiß, darauf achtung hat, So brechen die falſchen vnd vorfuriſchen Lehren vnd Sekten auch derſelbigen anhenger, gar leichtlich ein, vnd richten ſpaltungen vnd vffrur, an.

Vnd nachdem auch vnſerm brudern, die Coburgiſche Arth, mit allen herlichkeiten, vnd gerechtigkaiten oberkaiten vnnd Regallien zukombt, Wo nu ſein Lieb, ader derſelben erben, zuuorderſt, do der almechtige goth ſeiner lieb vnd Jnen, Silber Bergkwerg, mit der Zeit vorleihen wurde, Chrafft berurter Regallien, Wolten Muntzen laſſen, So ſoll ſein Lieb ſampt Jren erben, allerley vnrichtskaiten auch beiderſeits Lande vnd Vnderthanen ſchaden zuvorhueten ſoliche Muntz, Vnnſer, vnd vnſer erben, Korn vnd Schrot gemeß ſchlahen laſſen, vnd inſonderhait, ſo ſol ſein Lieb vnd Jre erben Jre Muntz, Muntzmaiſtern, kauffleutenn, nach andern, nit verlaſſen, nach außthun, Jn betrachtung, das kain Korn, alsdan recht gefurt Sundern nur, vnbillicher, aigener nutz geſucht wirdet.

Vnd nachdem graff Albrecht von manſfeldt Jegen vnns gewilliget hat, die Steigerhutt zu Eiſfeldt, mit Jrer Zugehorunge, vmb dreytauſſent gulden, vff negſtkunfftig Oſtern, abe zutretten, So wollen vnd ſollen wir Jme ſolich abloſung zeitlich fur Oſtern, ankundigen, vnnd vf Oſtern die dreitauſſent gulden, jegen abtretung der Hutten, vnd Jrer Zugehorung, Jme entrichten, vnd dieſelbe vnſerm lieben brudern fur ſeiner Lieb, aigenthumb, zuſtellen laſſen, Aber dargegen hat ſich ſein Lieb gegen vns voepflichtet, ſoliche Hutte, an vnſer mitwißen, nit wider gangkhafftig werden zulaſſen, truge ſichs auch vnnſer Bergkwerge halben, alſo zu, das wir gemelter Hutten wurden bedurfftigk ſein, So ſoll ſein Lieb vns dieſelbige fur andern, vmb geburliche vorgleichunge, zukomen laſſen.

Dieweil wir auch vor dieſer Zeit, ainen Anfalle in der Coburgiſchen Arth, vorſagt Alß nemlich vnſerm Radt vnd lieben getreuen Veitenn Marſchall von Pappenheim zu Greuenthall etzliche Zehenden vnd gueter, ſo Wilhelm

von Heßberg doſelbſt, von vns vnd vnſerm Bruder zu Lehen hat, vnd vnſerm Secretär Anthoino, Paſtell, an Sigmunden vnd Eikariuſſen Zufraße, gebrudern ſeligen gutern, weliche vns vnd vnſerm Brudern, weil ſie kainen Leibslehenßerben hindter ſich vorlaſſen, fur ainem Jhar ledigk heimgefallen, dreyhundert Gulden, ſo hat vnſer lieber Bruder gewilliget, berurten Anfall, do der genante von Heßbergk an Leibslehenserben vorſterben, vnd ſich vorledigen wurde, dem gedachten von Pappenheim vnd vnſerm Secretär die dreyhundert Gulden an der Zufraße vorlaſſenen guetern, volgen zu laſſen, do aber ainiche Vbermaß hiruber, vorhanden, die ſolle vnſerm Brudern zuſtehen domit ſeiner lieb gefallens zugebaren.

Vnd wiewol noch zweivndtzwanzigktauſſent Gulden, bey ken: Mät: vnnſerm allergenedigſtem Hern, von weiland Keiſer Maximilian herrurend Zuermanen ausſtehen, die Königk Ferdinandus vollent het entrichten ſollen, wo vns der Wieniſche Vertrag were volſtrackt worden, nachdem aber ganz vngewiß, was daran weiter einzubringen vnd Zuerlangen ſein will, aber nit, vnnd ſich dan vnnſer lieber Bruder, in dieſer Handelung, auch was die gemeinen Klainoten, auch Gulden vnnd Silbergeſchirre, vnnd Tapetzereien, vnd dartzu das Geſchutze, vnnd die Arthaloren, belanget, nit weniger, gegen vnns, dan wir gegen ſeiner lieb, gantz bruderlich vnd freundlich, hat finden laſſen, zu dem das ſeiner lieb Nodturfft ſein will, mit ainer Suma bhares Geldes, zu anrichtunge ſeiner lieb Haußhaltung, verfaſt zu ſein, vnd ſonderlich auch, domit ſein lieb das Hauß Coburgk, mit beulichem Weßen anrichten muge, ſo habenn Wir gegen ſeiner lieb freundlich bewillet, vnd bewilligen himit, das Wir zwelfftauſſent Gulden vf vnnſere vorſchreibungen, Zinß vnd Schaden, wollen aufbringen, vnnd ſeiner lieb dieſelben zu berurter Anrichtung, furſetzen vnd darſtrecken vnd die Helffte ſeiner Lieb daran entrichten wenn ſie wils Goth, nach beſcheenen Beyſchlaffe, ſich in die Coburgiſche Arth, weſentlich begeben wirdet, die andern ſechstauſſent Gulden ſollen ſeiner lieb, Im Michelsmargkt des zweyvndvirtzigſten Jhars, zu Leiptzk betzalt werden. Dargegen hat ſein Lieb bewilliget, das den obberurten zweivndtzwantzigktauſſent Gulden ſo wir etwas daran wurden vormugen zu erlangen, vnns vnd vnſern Erben, ſollen zu guet gehen, an allen ſeiner Lieb vnd irer Erben, einſprach oder vorhinderunge,

Vnd nachdem nu, vilgenanter vnſer lieber Bruder wir, vor vns vnd vnſer beiderſeits, Erben, obberurter Erbſonderung, vmb alle, vff vnns beide, ererbte, Lande vnd Leute, auch vmb alle farende habe, Schuldten, vnd Guldten, nicht auſgenomen, gentzlich vnnd bruderlich, auch freundlich voreiniget vortragen vnd vorglichen ſein worden, ſo vortzeihen wir, vns, vor vns vnd vnſere Erben vnd Nachkomen, aller vnnſer Gerechtigkeit, an vilgemelter Coburgiſchen Arth vnnd Pflege, vnd behalten vns allein daran beuor, die geſampte Lehenſchafft, aber den Widerfall vnnd die geſambte Erbhuldunge, auch was dieſe Erbſonderung, mit ausgedruckten Worten, vnns thuet furbehalten, wir ſollen vnnd wollen auch, alsbaldt der genante vnſer Bruder, ſich vorehlichet, vnd den Beyſchlaff vnd die Hochtzeit gehalten hat, alle Manſchafft, vom Adell Schoſſer Caſtner, Gleitsleute, vnd andere Diner, auch die

von Stedten, Burgern vnnd Landſaſſen, zu Franken, aller irer Ayde, Gelubde vnnd Pflichte, domit ſie vns beiden, bißher ſemptlich verwandt geweſt, durch vnſere dartzu verordente Rethe, vnnd in chrafft, vunſers ſonderlichen Gewaldts, den Wir inen dartzu, mitgeben wollen, mit nodturfftigen Bericht, dieſer erblichen, vnd, bruderlichen Sonderung, ledigk vnd loß ſagen, vnnd ſie domit, an vnſern Brudern weiſſen laſſen, ſeiner lieb vnd iren Erben, gewonliche vnd pflichtige Huldigung daruff zu thun, ſich furder an ſein lieb, vnd ire Erben zu halten, vnnd ir als irem rechten, Erbhern vnd Fürſten, getreue Gehorſam, vnd gewher zu ſein, als ſich geburt, doch vnſchedelich vnd vnnorgreifflich vnnſer aller, der Furſten zu Sachſſen vnd Landgrauen zu Heſſen, wie vorſtehet vorbehaltenen, vnd geburenden, Erbhuldunge, darinnen wir vff Ewigkait, wie bißher mit einander wollen vnnd ſollen, vnuorruckt ſitzen, pleiben, vnnd zu ſitzen ſchuldigk ſein. Jngleichung, ſol vnnſer lieber Bruder, vor ſich vnnd ire Erben, ſich hinwider vortzechenn aller Gerechtigkait, dartzu die gemainen Kleinoter, auch Guldenn vnd Silbergeſchirr, desgleichen Tapetzereien, auch das Geſchutze, vnnd die Artholoren, welichs wir, mit ſ. L. frundlich geteilt, vnnd vnß mit ſ. L. darumb, voraeit wnd verglichenn habenn, an den Duringiſchen auch Meißniſchen vnnd Voigtlanden, doch mit gleichem, Vorbehalt, der geſambten Lehenſchafft vnnd des Widerfalhs, auch der gemeinen Erbhuldunge, vnnd was ſeiner lieb, dieſe Erbſonderung, weiter außtrucklich thuet gebenn, vnnd ſein Lieb ſol durch ire Volmechtigen hinwider, die Grauen, Hern Haubt vnd Amptleute, auch die Vnderthanen vom Adel, Burgern vnd ſunſt, desgleichen die Schoſſern, Schulteiß, Gleitsleute, vnnd andere Diner, gemelter vnnſer Lande, vff ire ſchriefftliche, genugſame Volmacht, laſſen ledigk zelhen, vnnd dieſelben, in gleicher Geſtalt, wie von vns beſcheen, ſoll an vns vnd vnſere Erben laſſen weiſſen, ſich an vnns vnd dieſelbigen vnſere Erben, zu halten, vnd gewohnliche vnd pflichtige, Huldung zu thun, vnſer Bruder ſol ſich auch, aller weitern Anſprach vnnd Forderunge, vor ſich vnd ire Erbenn, jegen vnns, vnnd allen vnnſern Erbenn, vortzeihen, denſelben abeſagen vnd renunciiren, Es belange vnſer Vormundſchafft darein wir vns, zu gehorſam vnſers Hern Vatern ſeligen Teſtaments, vnd letzten Willens gelaſſen, vnd gehabt, oder auch, vnſere ſemptliche Regirung, oder offtberurte Lande vnnd Leute, Farniß bewegklichs oder vnbeweglichs, Schulde, oder Gulten, wie es immer, Nahmen gehaben magk, es ſey in dieſer, Erbſonderung, dauon gemeldet oder nit, gantz vnd gar, nicht auſgeſchloſſen noch hindangeſetzt, ſein Lieb vnd derſelben Erben ſollen ſich auch hierwider vnd zu Zerruttung, dieſer bruderlichen, Erbſonderunge, vnnd Handelung, kainer freihaiten, nach behelff, der recht gebrauchen, oder ſich darauff vorleiten laſſen, es ſey, der Reſtitution in integrum, oder wie es Nhamen, gehaben magk, ſundern ſich deſſen alles wie vorſtehet vortzeihen, bey ſeiner Lieb, furſtlich treuen, vnd waren Worten, auch an ains geſchwornen Aydes Stat, inmaſſen dan Wir, fur vns, vnd vnnſere Erbenn, dieſe bruderliche Erbſonderung, himit auch bewilligen, gereden vnnd verſprechen auch, bey vnnſern Furſtlichen, Treuen vnnd wharen Worthen dieſelbige allenthalben, ſtehet, veſt, vnnd vnuorbruchlich zu halten vnnd nachzukomen getreulich, vnnd, an alles geuerde,

Vnnd nachdem, dieſe vnnſers Brudern, vnnd vnnſere erbliche Sonderung,

itzo in der Eyll, auch aus Mangel, etzlichs Berichts, vff Pergament, nit hat mugen ingroſſirt werden, ſo habenn Wir ſoliche Sonderunge, zwifach vffs Papir ſchreiben laſſen, vnnd wir der Churfurſt, auch wir Hertzogk Johanß Ernſt, vnnſere, neben vnſers lieben Ohmen vnd Vedtern, Furſt Wolffen von Annhalt, Secret, hirauff druckenn laſſen, vnns auch ſampt ſeiner lieb, mit aigenen Handen vndterſchriebenn,

Vnnd vmb mherer Sicherhait auch ſtedter, vheſter, vnnd beſtendiger Haltung willen, ſol dieſe Sonderung fur vnſers Brudern, Beyſchlaff, vffs Pergament gebracht, vnd mit vnſer beider, desgleichen gedachts von Anhalts, anhangenden Inſigelnn, befeſtiget, auch mit vnnſer aller Aigenhanden, vndterſchriebenn werden. i)

Geſcheen zu Torgau, Donnerſtag nach Marthiny den ſiebentzehenden Nouembris Anno Dny xv c. xxxxi.

Jo. Fridrich Churfurfurst m. pp. sct. — Jo. Ernst m. pp. sct.

Wolf Furſt zu Anhalt.

XXXI.

Herzog Johann Ernſt zu Sachßen, hebet das, in der Pflege Coburg übliche, Leiſtungsrecht auf, und verordnet wie es ſowohl in Schuldſachen als in Criminalfällen gehalten werden ſoll.

den 21. May 1543.

Ex orig. Von gots Gnaden Wir Johann Ernſt Herzog zu Sachſen, Landgraue in Doringen vnd Marggraue zu Meyßen ꝛc. Entpieten allen vnd iglichen vnſern Amptleüten, denen von der Ritterſchafft, Vnttervogten, Schoßern, Vorſtehern der Clöſter, Caſtnern, Zendgraven, Bürgemeiſtern vnd Rethen der Städte, Landknechten, Schultheiſen, Dorfsmeyſtern vnd andern vnſern Vnderthanen, vnſer Gnade vnd alles gut, lieben getreüen, Wir werden jetzt vntter andern Bericht, was ſich für Vnrichtigkeit vntter dem gemeinen Mann, im Stedten vnd vfm Lande vnſers Gepiets zu tragen vnd begeben ſol, nemlich in dem, ſo einer dem andern ſchuldig vnd die Schulden mit Burgen verſichert ſein, die vff Leyſtung ſtehen, das dieſelbige Burgen, vf den Fall des Selbſtſchuldners vnzüglich aufhalten pflichtiger Bezahlung, in öffentliche gemeine Wirtsheuſer zu leyſten vnd zu zeeren gemandt werden, derhalben vnd dadurch dann vielfeltiger verderblicher Vncoſt Verſeümlichkeit eines iden armen Mans narung vnd ander nachteilicher Schaden, beyde den Schuldigern, Gläubigern vnd den Burgen aufwachßen vnd ſich merhen thue, aber doch damit einem iden zu Erlangung ſeiner pflichtigen Schulden, es betreffe gleich Geld oder

i) Die nehmliche Erbſönderungs-Urkunde wurde, der Abredegemäß, im folgenden Jahre auf Pergament geſchrieben und datirt, Torgau Mitwoch nach Convers. Pauli, den 1. Febr. 1542. Sie ſtehet in Lünigs R. Arch. P. ſp. Cont. 11. S. 274.

Wahre an, gar wenig geholfen werde, Welches vns dann zuzuſehen vnd zu verſtatten nicht zu dulden, ſondern vielmehr daſſelbige abzuſchaffen vnd in ein richtigere Aenderung zu bringen geburen will. Demnach wollen wir ſolch vngebürlich nachtheilich Einrenten vnd Manung der Burgen in Leiſtung, ingleichen auch das vnnottürftig vberflüßig zeeren ſo darauß ervolgen thut, hiemit genzlich aufgehoben, abgeſchafft vnd an euch ſemptlich vnd einem iden inſonderheit begert vnd bevolhen haben, wo hinfuro Clage vmb Schulden an euch werden gelangen vnd ir bey den Schuldigern ſo viel befindet, das die Schulden bekenndlich vnd nicht zu vernennen weren, ir wollet einem iden Clagenden vmb bekentliche Schulden, es betreffe die Selbſchuldiger oder ire vorſetzte Burgen, ob dy gleich vf Leyſtung ſtunden, ſchleinige Hulfe mittheylen vnd ergehen laſſen, würden aber je zuweylen zwiſchen dem Schuldigern, Gläubigern vnd den Burgen Jrrung fürfallen, auf den Fahl moget ir ſie zu allen theylen zum forderlichſten gegen einander vor euch beſcheiden, verhoren vnd die nach Billigkeit zu vergleichen euch zu thun bevleyſigen. Jdoch woller darüber ir keinem vngeburlichs Zerenß vnd Verſchwendung des ſeinen geſtatten noch vorhengen, ſondern die Vbertreter darumb zu geburlicher Straf annehmen vnd halten.

Ferner ſo gelangt vns auch glaublich an, wie ſich vil freaentlich Schlahens mutwilligs Werfen vnd Verwundens allenthalben in Stedten vnd offn Lande vnſers Gepiets begeben ſol, welche zu nachtheyl vnd abbruch vnſer fürſtlichen Obrigkeit an den beſtelbten Zendgerichten nicht fürbracht, geruget noch geclaget, ſondern alſo vnwißendt hingehen vns heimlich vertragen werden, welches vns auch lenger zu gedulden vngelegen ſein wil Damit aber nun hinfüro dergleichen frevel Sachen, Verwundung vnd mutwil nicht vngeſtraft pleyben, ſo wollet Jr die Amptleüt, Zendgraven, Landknecht, auch Jr die Rethe in den Stedten den Balbierern vnd Badern anſagen vnd gebieten, das ſich ir Jder bey Vermeidung vnſer ernſtlichen ſtraff vnd Vngnade endhalten . . . verwunde perſonen, zu welcher Zeit die zu ir Jdem kommen oder gefurt werden nicht anzunehmen zu pinden noch zu heylen, es were denn das ein Jder Amptmann, Schoßer, Zenndgrave oder Landknecht von Gerichtswegen, derſelben ergangenen Frevel vnd Verwundens zuvor wißens hetten, vnd Jnen den Balbirern aber Badern des ein Kundſchaft aus dem Ampt oder Gericht, darinnen die thatten geſchehen, fürgelegt oder ſonſten glaubliche Anzeige Jrer wißenſchaft von Gerichtswegen vermeldet worden were. Begeben ſich aber dergleichen Sachen, die ganz vnvorſehenlich, wie denn wol ſeyn mag, dergeſtalt vnd alſo das Jnen verwundete Leut zugebracht würden, mit denen es geverlich ſtund, das dieſelbige vor dem pinden nicht konten dem Gericht angeſagt werden, Als ſollen Balbirer vnd Bader dergleichen verwundte Leut annemen, pinden vnd heylen, Jdoch dagegen bey Jren eydestreüen des verpflicht ſein, die verordnete Perſonen von Rethen in Stedten vnd dann die Schultheißen vnd dorfsmeyſter vfen Lande eines iden Orts, da ſich der Haber aber Schaden des Verwundens begeben hat, zu ſich zuerfordern vnd den Verwundten oder beſchedigten Menſchen vor den pinden beſichtigen zulaßen vnd daßelbige, nach gehabter Beſichtigung von Stunde in das Ampt oder Gericht vnvorzuglichen an zuſagen vnd zu berichten. So dann Euch den Amptleüten, Schoßern, Caſtnern, Zendgraven vnd Landknechten dergleichen Anzey-

gung beſchicht, als wollet die Felle furder an die Gerichte bringen vnd alſo rugebar machen, damit die verwirkte ſtraf oder Gerichtspußen vns nicht entzogen, ſondern das Vbell geſtrafft worde In dem allen thut ir vnſer ernſtliche vnd gefellige Meinung. Zu Vrkund mit vnſern fur gedrukten Secret beſigelt vnd geſchehen auf vnſerm Schloß Coburg, Montags nach Trinitatis anno Dom. XV. vnd drey- vnd viertzigiſten.

XXXII.

Herzog Johann Ernſt zu Sachßen berufet die Coburgiſchen Landſtände zur Berathung über den vorhabenden Reſidenzbau, und verlangt zu dieſem Behuf die fernere Verwilligung der Trankſteuer.

den 19. März 1543.

Ex orig. Von Gots Gnaden Johanns Ernſt, Herzog zu Sachßen ꝛc. Lieben getrewen! Wir haben mit vorleyhung gotlicher Gnaden, vnſer furſtlich Hoflager alhie vf vnſern Schloß Coburgk ein Jar langk gehalten vnd ſolche Zeit vber ſcheinlichen vermerkt das euch vnd andern vnſern Vnderthanen vns, in Iren obligenden Sachen, als dem Landesfürſten zu erſuchen, auß Vngelegenheit vnd hohe der Gepurge, vaſt beſchwerlich, zu dem das wir zu Vnderhaltung vnſerer weſentlichen Haußhaltung berurts orts bis anhero mich vmbgehen mögen, die vnſern zu beſchwerten, wie wol verpflichtet fron vnd Hofdinſten zu leiſten, zu erfordern, welches vns alles zu fürſtlichen Bedenken vnd gnedigen Mitleiden thut gereichen, ſo viel vns möglich, ſolcher Vngelegenheit vnſerer Hof- vnd Haußhaldung, ein andere Bequemlichkeit an- vnd aufzurichten, darzu Wir eür vnderthäniges Bedenken zu erforſchen vnd zu gebrauchen bedacht, Iſt demnoch an eüch vnſer gnediges Begern, Ir wollet auf Mitwoch nach quaſimodogeniti zu abendt alhie zu Coburgk einkommen vnd nechſtvolgens donnerſtags vnſer Fürhaltung vnd fürſtliches gnediges Geſynnen, vns zu Anſtellung vnd Aufrichtung obemelter Bequemlichkeit, ferner auf etzliche Jare mit reichung des Zehenden pfennigs von Getrenke, in maßen eine zeitlang her weyland vnſern gnedigen lieben Herrn Vater, hochſeeliger Gedechtniß, auch vnſern freündlichen lieben Herrn vnd Bruder dem Churfürſten zu Sachßen vnd was in geſampter Regierung, von Eüch gewehret, forderlich vnd behelflich zu ſein, anzuhören vnd eüer vnderthänig Andtwort darauf vernemen zu laßen. Geſchicht in dem von Eüch vnſer gefellige Meynung in Gnaden zu erkennen. Datum auf vnſern Schloß Coburgk Montag nach Palmarum anno Dom. XLIII.

XXXIII.

Herzog Johann Ernſts zu Sachßen, Hofgerichts-Ordnung für die Pflege Coburg. (Im Auszuge.)

den 3. März 1544.

Von Gottes Gnaden, Wir Johanns Ernſt Herzog zu Sachßen, Landgraue zu Meißen, bekennen vnd thun kunth hiemit vor vns vnd vnnſer erben, gegen mennig- lich, das wir in Ankunft vnſer regierung vnſer Ortlandes zu Franken ſtadtli- chen ſind bericht worden, das vor weylen daſelbſt in vnſer Stadt Coburg eyn Hof- gericht ſey gehalten k) vnd Irrige Sachen vnſerer Landtſchaft, vnd beſonderli- chen ſo jemands vom Adel mit Clagen angelanget, zu örterung des rechtens alſo ge- bracht. Wie wol wir nun als der Landesfürſt aus allerley gehabten wichtigen Beden- ken, ſolche Ortterung des Hofgerichts, durch vnſer jüngſt außgegangen offen Schrei- ben, als vor vnnotturftig, in Anſehung das wir durch perſönlich Reſidenz ſelbſt in dieſem vnſern Ortlandt durch vns oder vnſer darzu geordnett Rethe, den Zwit- tracht vnd Irrung vffs ſchleünigſte vnd richtigſte abzuhelfen geneigt geweſen vnd noch, abgeſchafft. Nachdem aber gedachte vnſere Vnterthanen, dye von der Rytterſchafr neben andern Iren, vns in Schrifften angegeben Mengeln vnd Gebrechen darüber mit aller Vnttertḧänigkeit gepetten, Sye bey gedachten Hofgerichte vnd rechtlicher Ausvbung irer Zwiſpalt, wie vor alter, pleiben zu laßen, darauf haben wir mit vor- gehenden gepflogenen Rathe des hochgepornen Fürſten Herrn Johann Friedrichen zu Sachßen, Churfürſten ꝛc. vnſern freündlichen lieben Herrn Brudern, vns ent- ſchloſſen, gedachten vuſern Vnterthanen denen aon der Rytterſchaft, ſolch ire bittli- che Suchung gnediglich zu ergetzen. So es aber an dem, das Wir in ſolchen zuvor- gehaltenen Hoffgerichte allerley Vnordnung vnd Vnrichtigkeit befunden, die vns als dem Landesfürſten zu deßern, zu endern vnd zu reformiren obliegen, demnach haben Wir vns mit dieſer Mühe neben vnſern darzu verordneten Rethen gnediglich be- laden vnd nachvolgende Hofgerichts Ordnung begriffen vnd ausgehen laßen. — Wür- den ſich eynich oder mer parthenen, es weren die von der Ryterſchaft oder ſonſten vn- ſerer Landſchaft Vntterthanen auch landfremde, ſo dye vnſern rechtlicher Forderung nit erlaßen wollten, vnd doch von vnſer vntterſcheidliche Landcenden oder Hals- gerichte ſolche Zuſpruch nit gehörig, mer zu Zangk vnd rechtlicher Ausörte- rung dann zur güte geneiget ſein, So mogen ſich dieſelbigen volgender vnſers Hofge- richts reformirter vnd preſcribirter Ordnung alſo gebrauchen vnd halten: Ex orig.

Erſtlich ſollen in dieſem Hofgericht zwölf Perſonen ſitzen vnd von vns darzu nam- haftig (gemacht werden) vnter welchen vnſer Ammann zu Künigsberg vnd lieber getrewer Eberhardt von der Thann, ſoll Hofrichter ſein:

k) Die frühere Exiſténz eines Hofgerichts zu Coburg gehet aus einer Urkunde vom J. 1442 hervor, welches damalen, unter dem Präſidio eines Vogts, als Hofrichters, aus 6 Rit- tern und 12 adelichen Beiſitzern beſtand. (S. Cob. L. Geſch. des Mittelalters S. 98.

Eberhardt von der Thann, Hofrichter,
Hanß Schott zu Hellingen, Ritter,
Hanß von Lichtenſtein zum Geyersberg,
Wolf von Sternberg, zu Callenberg,
Hanß von Schaumberg zu Effelter,
Silveſter von Roſenau, Amtmann zu Heldburg,
Stephan von Heldritt daſelbſt,
Moritz von Heldritt zu Harras,
Hanß Georg von Heßperg zu Reürith,
Hanß von Coburg zu Einberg,
Valtin von Roſenau zu Ahorn, vnd
Hanß Kemmeter der Elter, zu der Wildenheyde,

Vnd ſoll vf volgende vntterſcheidliche Zeit dreymal im Jare ſolch Hofgericht prefigirt vnd gehalten werden, dermaſen das vnſer Hofrichter vnd verordente Beyſitzer, vf ſolche beſtimte Zeit, Dynſtags zuvor zu Abent allhye in vnſer Stadt Coburg ankommen, es würde inen dan dye Vnnotturft vnd das kein Sachen zu ortterung vorhanden, von dem Hofgerichtsſchreiber, ſo wir verordnet, in des Hofrichters vnd Beyſitzer Wohnung vnd Behauſung Abkündigung zugeſchikt.

Das Erſte Mitwochen in der Pfingſtwochen, das Ander Mittwochen nach Galli, das dritt die nechſte Mitwochen nach Lichtmeß.

Vnd damit ſovil möglich die Sachen zur Güte oder dem Rechten durch vnſere zu ſolchem Hofgericht verordnete gefürdert möge werden vnd die Zeit nicht vergeblich verfließt, ſo ordnen vnd ſetzen wir, das ſich die Parteyen beyderſeiz ſo miteynander zu thun, bey vnſern Hofgerichtsſchreiber angeben, das alsbald die Partheyen — fürgefordert werden, vnd vf ir erſcheynen, der Hofrichter ſampt eynen oder zweyen Beyſitzern ſollen ſich bevleiſigen zwiſchen inen anfangs, ehe man zum rechten geſchritten, gutlicher Handlung zu vnterfahen ꝛc. k)

k) Da der Raum für jetzo nicht geſtattet, dieſe, noch ungedrukte und für das Juſtizweſen jener Zeit merkwürdige, Urkunde, nach ihrem ganzen Inhalte, mitzutheilen, ſo muß ich mich begnügen, hier nur noch die Rubriken anzugeben, unter welchen die vorzüglichſten Gegenſtände dieſer Gerichtsordnung begriffen ſind. Es ſind folgende: 1) Ayd der Hofrichter vnd Beyſitzer 2) Von den Procuratoren, unter welchen ein procurator pauperum ernannt werden ſoll. 3) Beſoldung der Procuratoren. Sie erhalten jährlich Koſt und Kleidung aus der fürſtl. Cammer; ſollen aber in ihren Schrifften nicht viel Latein und Allegata einmiſchen auch weitſchweiſige Opinionen der Doctoren vermeiden. 4) Von dem Hofgerichtsſchreiber; 5) Von den geſchwornen Frohnboten; 6) Was für Recht an dem Hofgericht ſoll gehalten werden; die ſtreitigen Sachen ſollen nach kaiſerlichen und ſtatutariſchen Rechten beurtheilet werden. 7) Wer vor ſolch Hofgericht zu laden. 8) Forma der Citation; 9) Von den Sportulis; 10) Wie die Exceptiones ſollen eingebracht werden; 11) Von dem Ayde Malicie; 12) Wenn eyn vfgelegter Ayde ſolle geleiſtet werden; 13) Straff des Commißarien ſo ſaumig iſt in Verhörung der Gezeügen; 14) Durch was Peen die Gezeügen zu zwingen; 15) Von Schmeheſachen; 16) Wenn Appellationen ſtatt haben; 17) Die Nullität belangende; 18) Tax der Fronnbo-

Dieſe Ordnung ſolle offentlich in vnſernn Hauſe zu Coburg vf Pirgamen geſchriben angeſchlagen vnd in der großen Stuben des Orts, da dye Hofgericht alzeit gehalten, gehengt werden. Es ſollen auch alle Vrteill, Receß vnd Abſchyede in ordentlicher regiſtracion der Notturfft nach ſampt den Artikeln mit guten Vleiß vnterhalten vnd verwahret werden, damit ſich im fürfallenden Zuſtandt gebührlichs vnd richtigs Beſcheids zu erholen habe.

Vf das ſonder Beſchwerung vnſerer verordneten Hofrichtere vnd Beyſitzere ſolche Juſtitia des Hofgerichts möge ins Werk gebracht werden; da wollen wir volgende Vnterhaltung alſo hiemit anſchaffen, das eyn jeder in ſolch vnſer Hofgericht verordneter, er ſey Hofrichter oder Beyſitzer, ſelb dritt, ſolches abente zuvor beſuchen vnd alhye in vnſer Stadt Coburg in eyn Herberig ſeyns Gefallens eynkeren, Futter aus vnſern Caſtenn wie pfleglich fordern laſſen auch Stallung bekomen, aber für Mahlzeit, Schlafftrungk, Morgen- vnd Vespertrunk, auch Hufſchlagk, ſol eynem iden auf ein izliches Pferd, Tag vnd Nacht, zwelf Groſchen, durch vnſern Cammerſchreiber gereicht vnd gegeben werden, alle dye Zeitt ſye zu guttlicher oder rechtlicher Abhandlung der Sachen, allhye zeren vnd ligen müſſen. — Es ſollen auch nicht mehr denn ſechs Sachen vf ein Tag beſchieden werden. Wo aber der Henndel mer, den ſechs ſein werden, vor den Hofgericht abzuhanndeln beſchieden, ſoll der Hofgerichtsſchreiber den nechſtvolgenden Tag zu Continuation des Hofgerichts vor ſich nemen vnd die Partheyen darauf namhafftiglichen citiren. Beſchließlichen daß ſolches alles auf weyter vnſer zukünfftig Bedenken dieſe Ordnung zu endtern vnd zu mehren, wie vns vnd vnſern Erben ſolches gefallen wirdet, nach Gelegenheit der Zeit vnd zufälligen Vrſachen vorbehalten ſein ſolle, auch dieſelbige zu erklären vnd zu interpretiren oder genzlich aufzuheben.

Dieſem allen zu Vrkundt haben Wir vnſer Secret zu endt dieſer vnſer fürſtlichen Hofgerichtsordnung fürdrucken laſſen, geſchehen vnd geben vf vnſerm Schlos Coburg Montags nach dem Sontag Juvocavit anno Dom. XV C. XLIIII.

XXXIV.

Kaiſer Carl V. belehnet Marggr. Albrechtn zu Brandenburg mit Stadt vnd Amt Königberg in Franken zu Mannlehen.

den 28. Febr. 1549.

Wir Carl der fünffte von Gottes Gnaden Römiſcher Kaiſer ꝛc. ꝛc. bekennen öffentlich mit dieſem Brife, vnd thun kund allermänniglich, Als wir in jüngſt verſchienenen 47 Jahr der geringern Zahl, den hochgebohrnen Johann Ern- Ex libro Cop.

then; 19) Wie die Hülfbrieff gegeben werden vnd wie ſie geſchehen ſoll; 20) Straff derjenigen ſo zu helffen ſaumig; 21) Straff wieder dye ſo dye Fronnbothen anfahren oder beleidigen; 22) Von Eröffnung dieſer Ordnung.

ſten Herzogen zu Sachßen vnſern liben Oheimb vnd Fürſten aller Ungnad, deren er von wegen ſeiner adherentz, Beyfalls, Fürſchub vnd Forderung die er vnſern vngehorſamen des Schmalkaldiſchen Bundes in nechſt darvon entſtandener Kriegsübung in eigner Perſon gegen Vns als Romiſchen Kaiſer, getan vnd bewieſen hat, bey vns kommen vnd gefallen, gnediglich erlaſſen vnd wiederumb zu Huld vnd Gnaden auffgenommen, auch zu ſeinen Landen vnd Leüten, (doch außerhalb Amt, Schloß vnd Stadt Königsberg mit ihren Ein- vnd Zugehörungen, ſo wir damals dem hochgebornen Albrechten, Marggraffen zu Brandenburg ꝛc. ꝛc. vnſern lieben Oheimb vnd Fürſten, in Anſehung ſeiner getreuen vnd nützlichen Dienſte, ſo er vns in gemelten Schmalkaldiſchen Zuge gegen vnſern Vngehorſamen gethan hat, vnd dann auch zur Ergetzlichkeit ſeines darüber aufgewenden Vncoſten vnd erlittenen Schadens, von wegen ſeiner Niederlage zu Rochlitz, zu guten vorbehalten,) — haben kommen laſſen, daß wir demnach mit wohlbedachten Muthe, guten Rathe vnd rechten Wiſſen den gemelten Margraff Albrechten zu Brandenburg, das obgemelte Schloß, Stadt vnd Ambt Königsberg, mit allen ihren Zu- vnd Eingehörungen ꝛc für ſich vnd alle ſeine eheliche männliche Lehenserben zu Lehen gnediglich gereicht vnd verliehen haben, reichen vnd verleihen ihm ſolches alles von kaiſerlicher Macht vnd Vollkommenheit ꝛc. ꝛc. — Mit Vrkund dieß Briefs beſiegelt mit vnſerm kaiſerl. anhangenden Inſiegel, geben in vnſer Stadt Brüſſel in Braband am letzten Tag des Monats Febr. 1549, vnſers Kayſerthums im 29ſten vnd vnſerer Reiche im 34ſten Jaren.

XXXV.

Herzog Johann Ernſt zu Sachßen (Coburg) verſtattet der Gewerkſchafft zu Steinheyde ihr in den daſigen Bergwerke gewonnenes, Gold frey zu verkaufen.

den 2. May 1552.

Ex orig. Von Gotts Gnaden Wir Johans Ernſt Herzog zu Sachßen Landgrave in Doringen vnd Margave zu Meißen, nachdem wir befunden das die Gewerken vnſers Berckwerks vff der Steynheyde Beſchwerung gehabt, vns das Goldt ſo ſie der ende gewinnen vns zu gut machen können, in vnſer Cammer zu vberantworten vnd das Loth, wie ſie bisher gethan, vmb ſechs Gulden zu geben. Vnd derhalben vnderthenig angelangt werden, in denen geſchwinden thewren Zeiten die Ding vf miltere vnd treglichere Wege zu richten, Als thun wir hiemit menigklichen zu wiſſen mit dieſem vnſern Briefe, das wir in Anſehung der geſchwinden eingefallenen Thewrung vnd anderer mehr Vrſachen halben, damit ſolch vnſer Berkwerk des eher in Aufnehmung möcht kommen, neben dem hochgebornen Fürſten Herrn Johann Friderichen dem Mittlern auch Herzogen zu Sachſen ꝛc. ꝛc. vnd andern irer liebden Brüdern, vnſer freündlichen lieben Vettern, gewilliget vnd nachgelaſſen haben, das hinfürther, bis auf vnſer weiter Wiederrufung, gemeyner Gewerkſchafft des Orts

vnſers Berkwerks vf der Steynehende, das frey vnd vergonnet ſein ſolte, hinfürther ihr gewonne vnd gemachte Ertze von Golde wohen ſie wollen auch wie hoch ſie das anwerden könen, meniklichen zu verkauffen, darinne ihnen von vns nach ſunſt meniklichen eynige Verhinderung nit beſchehen ſolle vnd alſo mehr vnverbunden ſein, ſolch Gold in vnſer Cammer zu antworten vnd das Loth vmb die ſechs Gulden, wie ſie zuvor thun müſſen, zu geben, ſondern ſollen bey dem gebürlichen Zehenden gelaſſen vnd dawieder weiters nit gedrungen werden, alles wie berürt bis auf weiter vnſer Widerruffen. Da wir auch vermerken vnd befinden, das ſich etliche auß den Gewerken in ein ſtattlich Gebewhe des Orts einlaſſen würden, gegen denſelben wöllen wir vns darüber mit Nachlaſſung des ganzen Zehends mit allen Gnaden auch wiſſen zu erzeygen. Zu Vrkunth mit vnſerm zu ende aufgedrükten Secret beſigelt, Geben vnd geſchehen in vnſerer Ehrenburgk zu Coburgk am Montag nach Philippi vnd Jacobi nach Chriſti vnſers lieben Herrn Geburt funffzehenhundert vnd im zweyvndfunfzigiſten Jare.

XXXVI.

Herzog Johann Friedrichs des Mittlern zu Sachßen, Landtags-Abſchied, die Beſteuerung der Coburgiſchen Ritterſchafft ꝛc. ꝛc. betreffend.

den 3. Januar 1558.

Vonn Gottes Gnadenn Wir Johans Friderich der Mittler Hertzog zu Sachſenn Landtgraue inn Düringenn vnnd Marggraue zu Meiſſenn Thun kunth meniglich, Nach deme vnſere vnnd vnſerer freuntlichenn liebenn Brüdere Hertzogk Johans Wilhelm vnnd Hertzogk Johanns Fridrichenn des Jüngernn zu Sachſenn ꝛc. getreue Landtſtende, als die vonn der Ritterſchafft vnnd Stedenn vff irer Liebdenn, vnnd vnſerm Jüngſten zu Saluelbt gehaltenem Landttage, nach angehortenn, ſtatlichenn vnnd notwendigenn Vrſachenn vnterthenigklich gewilligett, die vonn vns geſuchte vnnd begerte Reichs vnnd Türkennhülffenn, auch trankſteuer zu reichenn vnnd zu erlegenn vff ſolche Friſtenn, form vnnd vnterſchiedentliche Mas wie vnſere offene deshalbenn beſchehene Ausſchreiben beſagen vnnd mit ſich bringenn, vnnd wiewol wir ſolchs für ein beſchloſſene einhellige Bewilligunge aller berurter vnſer Landtſtende gehaltenn, So habenn doch vnſere liebe getreuenn die vonn der Ritterſchafft gedachter vnſer liebenn Brüdere vnnd vnſers Ortth Landes zu Frankenn, hernacher in etzlichenn Schrifftenn ann vns gelangett, vnnd ſich gemelter zu Saluelbt gewilligtenn türkenn vnnd trankſteuer Inhaltt vnſer Ausſchreibenn, vonn wegenn etzlicher Artickel vnnd Punctenn, ſo darinnenn verleibt, vnnd welche vff obberurtem vnſerm Landttage zu Saluelbt vonn Ihnenn erinnertt hettenn werdenn müegenn vnd doch kurtzer Zeitt vnnd Eile halbenn vorpliebenn, zum vnterthenigſtenn beſchwerth, vnnd vmb gnediges Einſehenn, milterunge vnnd Verhöre vnterthenigklich gebetenn, vnnd ob wir innen wol darauff vnnd hinwider gnedige vnnd gebürliche Antworth gegebenn vnnd mit gnediger Erinnerunge anzeigenn laſſenn, aus

was Vrſachenn wir es bey dem Salveldiſchenn Beſchlus, vnnd vnſernn eruolgtenn Ausſchreiben bleibenn laſſenn woltenn, So habenn ſie doch bey vns ferner vmb gnedige Verhöre vnterthenige Anſuchung gethann, daraus dann eruolgeth, Alldieweil wir Innenn mit gnadenn geneigt, vnnd one das, anderer vnſerer obligender Geſchefft halbenn, anhero inn vnſer Orthlande zu Frankenn, vmb diſe Zeitt vns zu begebenn bedacht geweſenn, das wir obgemeltenn vonn der Ritterſchafft, dieſelbige weiter nicht habenn weigernn wollenn, vnnd ſie vff denn dreiſſigſtenn Tage Decembris nechſt anher gehnn Coburgk beſcheidenn, dahin wir vns auch ſambt vnſerm liebenn Bruder Hertzogk Johans Wilhelm perſonlich vorfügett ꝛc. Vnnd als ſie ſolchem vorbeſcheidt nach, zu Coburgk mehrer theils erſchinenn, vnnd ankommenn, So habenn wir innenn zu gnadenn, vnnd zu abhelffunge derenn Dinge vns neben genantem vnſerm liebenn Bruder der Sachenn eigener Perſonn beladenn, vnnd nach vorgehender gnediger Fürhaltung vnnd Erinnerunge, ſie irer Beſchwerungenn gnediglich vnnd nach Noturfft auch gehört, vnnd dieweil wir dieſelbige, Erſtlich der Reichs vnnd Türkenſteuer halbenn vnter anderm, da inn vnſerm Ausſchreibenn vonn Vorrechnunge der vonn der Ritterſchafft, Bürger vnnd Baurenn habendenn Güternn, beweglichenn vnnd vnbeweglichenn ꝛc. Meldung geſchicht vormarkt.

Wiewol nuhn gemeiner Landtſchafft Bewilligunge auch vnſer darauff eruolgtes Ausſchreibenn klar vnnd richtig, So habenn wir doch darüber vff ire vnterthenige Anſuchung, gnediglich zugelaſſenn vnnd vnns erklerth:

Das ſie ire freie eigenne Güetter zu ſambt allenn irenn Ritterlehenn, das neue Schock mit vier pfenning, desgleichenn auch irer Vnterſaſſenn, bewegliche vnnd vnbewegliche Güetter alles nach rechtem billichem Werdt, wie dieſelbigenn vorkaufft werdenn möchtenn, das neue Schock mit eilff pfenningen, nach lauth vnſers Ausſchreibens vorſteurenn, vnnd voranlagenn, auch das Geltt fürder denn geordentenn Vntereinnehmernn zu Coburgk gegenn gebürlicher Quitantzenn vberantwurtenn ſollenn, vff Zeitt vnnd Friſtenn, wie die inn vnſerm Ausſchreibenn benanth ſein, Dieweil aber die erſte Friſt nun fürüber, So ſollenn ſie die erlegunge derſelbenn erſtenn Friſt, Beide irer vnnd irer Vnterſaſſenn gueter halbenn, inn der heiligenn Oſterwochenn künfftig gewiß vnnd one Verzugk, auch die volgende vberantwortunge, vff iede Friſtenn laut vnſers Ausſchreibens in gleichnus gehorſamlich thun, dardurch die beuolhene Execution, derenn ſie etzlicher maſſenn beſchwerunge fürgewandt, die aber inn vnſerm Ausſchreibenn aus bewegendenn Vrſachenn vnnd erheiſchender Noturfft willenn, vnnd nicht alſo gemeint, das iemandes domit ſolte vbereilett werdenn, vorbleibenn, vnnd nicht noth ſein müge, wie wir dann vnſere verordentenn zu Coburgk derhalbenn inſonderheit beueel thun wollenn, Es ſolle aber auch die belegunge irer Vnterſaſſenn mit gemelter Steuer ann denenn Ortenn vonn inenn geſchehenn, da ſie dieſelbige vonn alters vnnd für der zu Salueldt Anno ꝛc. 52 vnſerm gnedigenn liebenn Herrnn vnnd Vattern ſeliger vnnd chriſtlicher Gedechtnus gewilligtenn Steur, geruiglich vnnd vnuorhindert gehabt vnnd eingebracht, Aber ann welchenn Ortenn vnſere Embter vnnd Zentgericht, ſolche belegunge, vonn alters

vnnd für berurter Saluelbiſchenn Steuer auch gehabt vnnd hergebracht, die ſollenn dieſelbenn vnſere Embter vnnd Zentgericht vnuorhindert irer, derer vonn der Ritterſchafft nachmals auch zuthun haben,

Wa auch ietzt gemelte vonn der Ritterſchafft dieſer bewilligtenn Reichs vnnd Türkennſteuer halben vonn römiſcher koniglicher Maieſtatt vnſerm aller gnedigſtenn Herrnn, oder denenn vom Adell der ſechs Ortte des Landes zu Frankenn, wie wir vns doch, nach Gelegenheit vnnd weil dieſelbige vff die Reichsabſchiede ervolgeth, nicht vermuttenn, angelangt woltenn werdenn, So ſeind wir vff ir vntertheniges Bittenn geneigt, ſie alsdann vntertheniglich vnnd mit gnadenn derſelbenn zu entheben vnnd zu entnemenn,

Was aber ferrer die Trankſteuer betrifft habenn wir aus bewegendenn Vrſachenn, denenn vonn der Ritterſchafft zu gnadenn auch gewilligett, das ſie vnnd ir ieder des Tiſchtranks, ſouil ſie deſſelbenn inn irenn Heuſſernn, ſo in vnſerm Ort Lande zu Frankenn gelegenn, es ſeie vonn irenn eigenenn, vnnd ſelbſt erwachſenenn oder auch erkaufftenn auslendiſchenn Weinnenn notürfftig vnnd gebrauchenn, ſollenn gentzlich gefreiet ſein, Doch das ſie den nicht verpfenningenn, vorkauffenn oder verſtechenn, Dann da ſolchs vonn ihnenn beſchiett, Sollenn ſie alsdann dennſelbenn Wein Inhalt vnſers Ausſchreibens vnweigerlich Zuvorrechtenn vorpflicht ſein,

Als auch die vonn der Ritterſchafft irer armen Vnterſaſſenn, der Trankſteuer halbenn vom Wein, groſſe beſchwerunge fürgewandt, So habenn wir ihnenn, vnnd ihrenn Vnterſaſſenn zu gnadenn auch gewilligett, das dieſelbenn ire Vnterſaſſenn vonn irenn eigenenn erwachſenenn Wein denn ſie für ihrenn Tiſch gebrauchenn vorpfenningenn oder mit vaſſenn inn vnſer Fürſtenthumb verkauffenn, denn zehendenn pfenning, wie der vor dieſer neuenn Trankſteuer, gereicht, vnnd mehr nicht geben mügenn, Wurdenn ſie aber irenn eigenenn erwachſenenn Wein auſſerhalb vnſers Fürſtenthumb vorkauffenn, mit ſolchem, desgleichenn mit allenn frembdenn vnnd auslendiſchenn Weinenn die ſie kauffweiſſe ann ſich bringenn, Solle es mit der Verrechnung vermüge vnſers Ausſchreibens, Doch bis vff vnſer Widerruffenn vnnd weitter Verordnunge, gehaltenn werden,

Welches alles meehr gemelte vonn der Ritterſchafft alſo vnterthenigliсh mit Dankſagunge bewilligett, vnnd angenommenn, Auch dermaſſenn zu haltenn vnnd zu volnſtreckenn zugeſagt one geuerde,

Zu Vrkunth habenn Wir ann dieſenn Abſchiedt vnſer Secrett hierundenn druckenn, vnnd dennenn vonn der Ritterſchafft zuſtellenn laſſenn,

Der gebenn iſt inn vnſer Ehrennburgk zw Coburgk Sontags nach dem heiligenn neuenn Iharstage Anno Dny XV C vnnd LVIII.

XXXVII.

Vertrag zwiſchen Herzog Johann Wilhelm zu Sachßen und dem Stiffte Würzburg, die Ablöſung des Amts Königsberg betreffend.

den 11. Febr. 1569.

Ex libro Cop. Nachdem der Durchlauchtigſt Hochgebohrne Fürſt vnd Herr, Herr Moritz, Herzog zu Sachſen, des Heil. Röm. Reichs Erz-Marrſchalch vnd Churfürſt ſeliger vnd löblicher, dem Hochwürdigen Fürſten vnd Herrn, Herrn Melchioren, Biſchofen zu Würzburg vnd Herzogen in Franken ꝛc. auch milder vnd löblicher Gedächtnis vnd dem Stift Würzburg, das Schloß, Stadt und Amt Königsberg, ſo ſein Herzog Moritzen Churf. zu S. von Marggraf Albrechten zu Brandenburg erkauft, vmb funfzigtauſend Gulden, dergeſtalt zukommen laſſen, das doch S Churf. G. Ihr vnd derſelbigen Erben vnd Nachkommen, die Wiederlöſung berührtes Amts vmb benannte Summa, Kraft vnd nach Innhalt einer Hauptverſchreibung, derer Datum ſtehet, Schweinfurth den 27. Martii Ao. 52. vorbehalten, vnd denn der Durchlauchtigſt Hochgebohrne Fürſt vnd Herr, Herr Augustus, Herzog zu Sachſen, des Heil. Röm. Reichs Erz-Marſchalch vnd Churfurſt, Vnſer gnädigſter Herr, dem auch Durchlauchtigen Hochgebohrnen Fürſten vnd Herrn, Herren Gebrüdern Herzogen zu Sachſen ꝛc. S. Churf. G. f L. Vettern die Gerechtigkeit ſolches Schloß, Stadt vnd Amt Königsberg vmb vorgemeldte Summa zu wiederlöſen, in einem zu Naumburg zwiſchen Ihro Churf. G und F. G. aufgerichteten Vertrage, erblichen cediret vnd übergeben haben, daher auch der Durchlauchtige Hochgebohrne Fürſt vnd Herr, Herr Johann Wilhelm, Herzog zu Sachſen ꝛc. Unſer gnädiger Herr, ſolche Wiederlöſung vor die Hand genommen, vnd dem auch Hochwürdigen Fürſten vnd Herrn, Herrn Friedrichen, jetzigen Biſchof zu Würzburg vnd Herzogen in Franken, Unſern auch gnädigen Herrn, die Auf- vnd Ankündigung gethan, auch die berührte Hauptſumma vf zweene Termin nach Innhalt der Verſchreibung erlegen wollen, vnd ſich aber ſolcher Wiederlöſung halben, etzliche Spen vnd Irrung, zwiſchen beyden J. f. G zugetragen, welche Irrung vnd Gebrechen beyde J f. G. zu freundlicher gütlicher vnd ſühnlicher Unterhandlung der Durchlauchtigſten, Durchlauchtigen Hochgebohrnen Fürſten vnd Herren, Herrn Augusten Herzogen zu Sachſen vnd Churfürſten vnd Herrn Albrechten, Pfalzgrafen bey Rhein, Herzogen in Ober- vnd Nieder Bayern, Unſere gnädigſte vnd gnädige Herren, freundlich geſtellet, darauf auch nach beſchehener Erſuchung J. Chur- und Fl G. zu ſolcher Handlung einen Tag den 1. Septembr. anhero gegen Schweinfurth einzukommen angeſezt, vnd Uns J Chur- und F. G. hierunter benannter Räthe mit gnugſamer Vollmacht anhero geſandt vnd abgefertiget, vnd weil auch dazu Hochgedachte Fürſten der Biſchof zu Würzburg und Herzog zu Sachſen, Ihrer F. G ſtattliche Räthe verordnet, Als haben Wir an ſtatt vnd aus Befehl Ihrer Chur- vnd Fl. G. ſolche Irrung etzliche Tage nothdürftiglich vnd gnugſam gehöret, vnd dieſelbige mit

der

der Geſandten allerſeits Wiſſen und Willen auch uf empfangenen der Fürſtl. Partheyen ſelbſt Resolution folgender geſtalten abgehandelt, verglichen, vereiniget und entſchieden.

Und Erſtlich, als Herzog Johann Wilhelms zu Sachſen Räthe vorgebracht, daß der zwiſchen Herzog Moritzen Churfürſten, und Biſchof Melchiorn umb das Amt Königsberg aufgerichter Contract ein Pfandverſchreibung seyn ſolt, derwegen auch das Stift Würzburg die eingenommene Früchte und Nutzung von der Hauptſumma des Pfandſchillings, abzukürzen, und die angelegten Steuer und Ungeld, ſo ſein des Biſchofs F. G. als ein bloſer Pfandsherr, einzunehmen nicht befugt geweſen, Herzog Johann Wilhelmen zu geben und folgen zu laſſen, auch der verödeter und verwüſter Gehölze halben, und dann auch etzlicher Brand und anderer Schäden halben, ſo in denen zwiſchen den Fränkiſchen Einigungs Verwandten Ständen und Marggraf Albrechten ergangenen Kriegen, S. F G. geſchehen wären, Wiederſtattung zu thun, ſchuldig ſeyn ſolt, mit fernern Anhang, wenn gleich S. F. G. den Pfandſchilling vor voll erlegen würden, das doch S F. G Ihr die rechtliche Forderung und Anſprach wider das Stift vorbehalten wolten. Dargegen aber die Würzburgiſche Räthe derer Ding aller, nicht alleine abredig geſtanden, ſondern auch den angezogenen Contract vor eine Wiederkaufs Verſchreibung angeben, und derwegen auch aus andern mehr Urſachen vorgewandt, als ſolte Ihr gnädiger Herr der Biſchof und das Stift nicht ſchuldig ſeyn, etwas derwegen an Pfandſchilling abkürzen zu laſſen, aber andere Wiederſtattung zu thun, mit ferner Einführung, das S F. G. die Wiederlöſung des Amts nicht geſtatten könnte, wenn der Herzog auf ſolchen Vorbehalt beharren, und denſelbigen nicht fallen laſſen würden, wie dann ſolche Dinge von beyden Theilen nach der Länge vorbracht, disputiret und ausgeführet, auch zum theil ſchriftlich übergeben worden:

So haben wir die Chur- und Fürſtl. Sächß. und Bayeriſche Räthe, anſtatt Unſer gnädigſten und gnädigen Herren, ſolche Streit und Irrung mit beyder Theil Willen dahin gemittelt und abgehandelt, nemlich daß die Würzburg. Räthe, von wegen ihres gnädigen Herrn des Biſchofs, auch mit S. F. G. Vorwiſſen, nach empfangener Rosolution gewilliget, das Ihr gnädiger Herr vor den ganzen Pfandſchilling, welcher fünfzigtauſend Gulden in der Verſchreibung benahmt iſt, gegen Abtretung und Einräumung des Schloß Stadt und Amts Königsberg ſechsundvierzigtauſend Gulden baar in der Stadt Schweinfurth erlegen, iezt künftig Michaëlis nehmen, empfahen und daneben den Baukoſten auf die Kellerey zu Königsberg gewandt, ſo ſich gleichwohl faſt uf dritthalbtauſend Gulden auch erſtrecken, ſchwinden und fallen laſſen wollen. Desgleichen haben die Fürſtl. Räthe anſtatt Herzog Johann Wilhelms zu Sachſen auch mit S. F. G. Vorwiſſen, nach empfangener Resolution gewilliget, das S F. G von dem Vorbehalt der rechtlichen Anſpruch, aller und jeder obgeſazter Punct, und ſonderlich auch die Wiederſtattung der Schaden in den obgenannten Kriegen ergangen, So viel deſ-

ſen Forderung S. F. G. vnd deſſen Erben wider das Stift Würzburg belanget, abſtehen wollen, Inmaſſen ſich S. F. G. derer gänzlich verziehen, vnd begeben, darauf denn auch S. F. G. vnd deren Erben, obbenannter Wiederlöſungs-Sachen halben, das Stift gegen andere Fürſten zu Sachſen, deren Erben vnd Nachkommen, genugſam vertreten vnd ſchadlos halten wollen; So viel aber anlanget den Punct der Schäden in den berührten Kriegen ergangen, dieweil S. F. G. ſich ihrer Forderung derhalben gegen den Stift begeben, So will auch Sein des Biſchofs zu Würzburg F. G. vnd das Stift ſich der Anſprüche, ſo ſie von wegen des ein- und Ueberfalls aus der Coburgiſchen Arth, in das Stift und Stadt Würzburg geſchehen, haben möchten, wider S. F. G. vnd deren Erben, vnd nitt weiter, auch verziehen vnd begeben haben, Und demnach ſollen vnd wollen ſein Herzog Johann Wilhelms F. G. auf iezt kommende Michaëlis ſechsundvierzigtauſend Gulden an guter, im Reich gang- vnd gäber Münze in der Stadt Schweinfurth erlegen, vnd baar über auf einmal zahlen laſſen, dagegen ſollen vnd wollen ſein des Biſchofs zu Würzburg F. G. nach Empfahung der ſechsundvierzigtauſend Gulden, das Amt, Schloß und Stadt Königsberg alsbald abtreten, den Unterthanen Eyd und Pflicht erlaſſen, vnd Sie wiederum an Herzog Johann Wilhelm anweiſen, auch daneben S. F. G. gebührlich quittiren, vnd die Hauptverſchreibung zuſtellen laſſen, welcher auch hernach in des Churfürſten zu Sachſen Canzley als erlediget vnd caſſiret überſchickt vnd geliefert werden ſoll; So viel aber die Frucht vnd Nutzung des Amts Königsberg dieſes laufenden neunundſechzigſten Jahrs anlanget, Iſt es allerſeits abgeredt vnd verglichen, daß die Gefälle, Zinſen, Renth bewilligte Steuer, Anlage, Ungeld vnd Einkommen, ſo bis auf den Tag Michaëlis fallhaftig, dieſelbe wären von den Leuten einbracht, oder noch hinterſtellig, dem Biſchof zu Würzburg zuſtehen, vnd bleiben ſollen auch S. F. G. zu gute, nach Michaelis, was zwaren nicht erleget, eingefordert, überantwortet, vnd darzu durch die Sächſiſche Befehlhaber gebührliche vnd ſchleunige Hülfen, geleiſtet werden ſollen; Was aber nach Michaelis vertaget, ſamt den gewachſenen Weinfrüchten, dieſelbige Nutzung vnd Gefelle alle, ſollen Herzog Johann Wilhelmen folgen, vnd S. F. G. gelaſſen werden. Mit denen Stücken des Inventarii, ſo ins Amt ohne Kauf vnd Bezahlung gehörig geweſen, ſoll es allenthalben gehalten werden, wie es in der Einweiſung ergangen, als Herzog Moritz, Churfürſt, ſolches Amt dem Stift einräumen laſſen, Sonderlich aber iſt in dieſer Handlung vorbehalten, bewilliget vnd abgeredet, daß die geiſtliche vnd weltliche Gerichte vnd Lehen, dann auch die Zenth daſelbſt, vnd andere Rechte, Zins, Gült vnd Gefell, ſo der Stift Würzburg hiebevor uf Königsberg Eher das durch die angeregt Churf. Moritzen Verwendung in deſſelbige Hand vnd Gewalt kommen, gehabt vnd mit alter hergebracht, Hochgedachten Biſchof vnd dem Stift bleiben, auch S. F. G. vnd der Stift bey derſelbigen Poßeßion vel quasi gelaſſen vnd deren nicht entſetzt noch darüber Molestirt, iedoch was die Geiſtl. Jurisdiction anlanget, daß es darmit, wie ſolches der Religion Frieden beſaget vnd Innhalt, gehalten werden ſoll. Solche obgeſezte Articul alle vnd iede haben nicht allein die Abgeſandten, ſondern auch die Fürſtl. Partheyen ſelbſt durch J. F. G. gegebene Resolution vnd Ratifi-

cation bewilliget, beliebet vnd angenommen, vnd dieſen allem treulich vnd fürſtl. nachzuſetzen ſich verpflichtet. Zu Uhrkund haben wir die Chur- vnd fürſtl. Sächß. vnd Bayeriſche Räthe, auch wir der fürſtl. Partheyen Abgeſandte Gevollmächtigte, Unſer angebohre Pettſchaft vnter dieſen Vertrog aufgedruckt vnd Uns mit eigenen Handen unterſchrieben, Geſchehen vnd geben zu Schweinfurth den Eilften Septembris, im Jahr nach Unſers Herrn vnd Seligmachers Chriſti Geburth tauſend, fünfhundert Neun und Sechzig.

XXXVIII.

Species facti, die Unrechtmäßigkeit der, vom Kurhauſe Sachßen geſchehene, Theilnahme an der Grafſchaft Henneberg betreffend.

den 15. Mertz 1593.

Der fall zu beratſchlagen helt ſich Alſo,

Im Jahr 1554. haben Johann Fridrich der Aeder, Johann Wilhelm vnnd Johann Fridrich der dritte, Gebrudere, Herzogen zu Sachſen ꝛc. mit Herrn Wilhelmen, George Ernſten, vnnd Poppen, Vatter vnd Söhnen, Fürſten vnnd Grafen zur Hennebergk, eine Erbverbruderung aufgerichtet, deſſen inhalts: wo die von Hennebergk ohne Manliche Leibeserben verfallen wurden, das ihre Landt vnd Leute an obbemelte Herzogen zur Sachſen ꝛc. kommen vnd fallen ſolten. Dargegen haben die Herzogen von Sachſen alsbalden Dero von Henneberg ſchuldenlaſt auf ſich genommen, vnd 130470. fl. 6 gr. vor die von Henneberg bezahlet, welche mehrersteiles erborget, vnnd ſchwerlich vorzinſet werden mußen, alſo das ſich ſolche Haubtſumma vnd Zinſe, bis ſich der fall mit den von Henneberg zugetragen, vf viel Tonnes goldes erſtreckett. Hierüber iſt ein ſchriftlicher Vertrag zu Kahla vnterm dato den 1. Septembr. Ao 54. aufgerichtet, auch von der Kayſ. Majeſt. gar ſtadtlichen confirmiret worden; Wie dann ſolche Erbverbruderung von weilandt Churfürſten Auguſto zu Sachſen ꝛc. vnndt Landgraff Philipſen zu Heßen ꝛc. als des Hauſes Sachſen Erbvorbruderten ratificirt, vnndt genehme gehaltenn. Als aber Hertzog Johann Friedrich durch die Gothiſchen Händell in die Acht gerathen, vnndt dahero aller ſeiner Landt vnd Leute, Sonderlich aber auch dieſer vnd anderer Expectanzen priviret, vnndt ſich allerhanndt Practiken ereignett, dadurch auch die Chur Sachſen, vfn fall, der Fürſtlichen (Erneſtiniſchen) Linien entwendet werden wollen, Hatt Hertzog Johann Wilhelm bey der Kayſ. Maj. erhalten, das alle expectanzen an der Chur, dem Landt zu Heßen, vnnd der Grafſchaft Henneberg, ihren Fürſtlichen Gnaden allein vorſchrieben, dergeſtalt, wann ſich der fall an Henneberg zu tragen wurde, das als dann die Graffſchaft Henneberg Hochgedachten Herzogen Johann Wilhelmen zu Sachſen vnnd ſeinen Mennlichen Lehenserben vnd derſelben erben abſteigender Linie alleine

zuſtehen, gebühren vnndt bleiben ſollten, wie ſolches aus den Expectanz briefen ferner zu erſehen, der geben iſt zur Wien am 9. July Ao 1572. Es hatt auch hierauff Kayſer Maximilian Herzog Johann Wilhelmen mit allen denſelbigen Anwartungen ſtadtlich beliehen, vnd ſolchen expectantzbrief ausdrücklichen wiederholet, wie dann auch die gewönlichen gelübde vnndt Eide durch Heinrichen von Erffa, vnnd D. Iohann Rosbecken wircklichen erſtattet, alles nach ferner beſage des Kayſerlichen Lehenbriefs, deſſen Datum ſtehet den ſechs vndt zwanzigſten Monatstage February, Anno 73.

Als nun Herzog Johann Wilhelm zu Sachſen ꝛc. am fünften Merz zu Weimar mit tode abgangen, vnnd nach ſich zwene junge Herren, als nemlich Herzog Friedrich Wilhelmen von zehen iahren, vnndt Herzog Johanſen von zweyen Jahren; vnmundige Kinder verlaßen, vnndt ſich Churfurſt Auguſtus derſelben Vormundſchaft (doch wieder Herzog Johann Wilhelms Teſtament) vnterwunden, ſein dieſe Kayſerliche briefe von der Fürſtlichen Witben durch Graff Burkharten zu Barby, Hanſen von Bernſtein, D Linteman, vnndt Barthel Lauterbachen, in guttem Vertrauenn abgefordertt vnndt vorgewendett worden, das der Churfürſt von Sachſen ihre Söhne bei den erlangten Kayſerlichen begnadungen, als der Vetter vnndt Vormundt, ſchutzen vnd handhaben wollte. Die Fürſtliche Witbe zu Weimar hatt ſich verdunken laſſen, es möchte vielleicht der Hennebergiſchen Anwartunge halben, etwas wiederwertiges bey ihrer Kayſ May geſucht werden, Darumb haben ihre F G. am 1. Debember Ao. 74 gar beweglichen an die Kayſ. May. geſchrieben, ihres Herrn getreue Dienſt erinnert, vnndt gebeten, das es bei erlangter Belehnung gelaßen. Darauf Ihre Kayſ May alſo geantwortet, das ſich die Fürſtliche Witbe Ihrer Söhne halben zu friede geben.

Anno 1583. tregt ſich der fall mit Henneberg alſo zu, das Fürſt Georg Ernſt, der letzte des Stammes und Nahmens, ohne Mannliche erben mit tode abgehett, Darauff zeucht die Fürſtliche Witbe zu Churfürſt Auguſto ꝛc. erinnert ihre Söhne Recht an der Grafſchaft Henneberg, vnnd wes ſich obgemeldte Churfürſtliche Räthe bei abfoderung des expectanten vnnd Lehenbriefes erbotten, wirdt auch mit ſolchem beſcheidt dimittirt, was die Kayſ. May vorſchrieben, dabei ſolten ihre Söhne wol geſchützt werden, deſſen ſich dann die Fraw Mutter gar höchlicher erfreuett.

Wiewol nun die fraw Mutter vnnd ſonſt iedermann in dem gewißen Vertrauen geſtanden, es wurde die ganze Grafſchaft Henneberg nunmehr den Herzogen zu Sachſen Weimariſchen theils alleine zukommen, So hatt doch baldt hernach der Churfürſt zue Sachſen ꝛc als Vormundt, die Grafſchaft Hennebergk auch vor ſich ſelbſt eingenommen, die Vnterthanen durch Huldigunge ſich ſelbſt verwandt gemacht, vnnd entlichen einen Kayſerlichen begnadigungsbrief vorlegen laßen, Darinnen den Herzogen zu Sachſen Weimariſchen theils nur ſiebenn Zwölf theil, die übrigen fünf Zwölf theil ihren Churfürſtlichen Gnad ſelbſten vorſchrieben vnd zugeeignett, wie aus der Copey ſolches Kayſerlichen briefes, des

Datum ſtehett 25. Septembr. Ao. 73. zu erſehen, welches damals iederman eine große Verwunderung brachtt. Hierbey iſt zu wißen, das ſolcher brief anfenglicher alſo gelautet. („So haben wir demnach auff derwegen Sr. Churfurſt Auguſten L. bei vns beſcheen vnterthenig anregen vnd ſuchen." —) Weiln ſich aber ſolches künftig der Vormundſchaft halben nicht wöllen verantworten laßen, iſt bey der Kayſ. May. laut der inſtruction An. 75. den 19. May geſucht, die erklerunge vnnd belehrunge motu proprio zu richten, „Auff das wir es als der Vormündt (verba formalia) deſto beßer zu verantworten." Iſt derowegen Ao. 75. ein neuer brieff vnter vorigem dato gemacht, vnd von dem vorigen Churfürſtlichen, wie von dem Weymariſchen das Inſigel genommen, vnd alſo alle drei brieffe zuſammen gelegett, doch iſt ſolcher brieff im dato auch geendert vnd das datum auf den 9. July Ao. 72. anticipirt. Es hatt auch der Churfürſt zu Sachſen, als Vormundt, angeſchafft vnndt befordert, das die Lehen bey der Kay. May darauf geſucht und empfangen, wie dann auch ſolche Belehnung noch in wehrend Vormundſchafft alſo erfolgett, vnd die Herzogen zu Sachſen Weimariſchen theils nur ſieben zwölf theil, die übrigen fünf zwölf theil aber der Churfurſt zu Sachſen zur Lehn entpfangen.

Ao. 1586 den 10 February iſt Churfürſt Auguſtus mit tode abgangen, damals ſich die Weimariſche Vormundſchaft geendet, vndt Churfürſt Chriſtian darüber quittirt worden. Dan ob wol Herzog Friedrich Wilhelm zu Sachſen 24 iahr alt geweſen, auch etzliche iahr im Eheſtande gelebet, iſt doch Ihro F. G. keine regierunge geſtattett

Es iſt auch volgends die Belehnung bei der Kay. May. aufs neue geſucht, vnd von den Churfürſten zu Sachſen über die Grafſchaft Henneberg alſo erlangett worden, das Ihro Churf. G. fünf Zwölf theil, vnd den Herzogen zu Sachſen Weimariſcher Linien ſieben Zwölftheil geliehen worden. Wie dan auch die Grafſchafft Henneberg bishero dergeſtalt pro indiviso admiſtriret, alle gefälle in der Rentherey auf fünf vnd ſieben zwölf theil vorrechnet vnd ausgegeben, weil man ſich bishero weder der theilunge nach auswexlung, darüber man doch vielfältige vorgebliche tractatus angeſtellt, nicht vergleichen können. Nach deme ſich aber nunmehr der Todesfall mit Churfürſt Chriſtian zu Sachſen ꝛc. auch zugetragen, dahero die adminſtution vnd Vormundſchafft dieſer Lande, vermuge der gülderen Bulla vnndt Churfürſt Chriſtians Teſtament, Herzog Friedrich Wilhelm zu Sachſen ꝛc. zugewachſen, vnd man zum inventario geſchritten, finden ſich in einer geheimen Verwahrunge, nicht allein obgedachte beide Kayſerliche expectanzen vnd lehenbriefe in originali ganz vnverſehrtt, vnter Kayſer Maximiliani Hochſeligiſter gedechtnus, Johann Baptiſten Webers Vicecantzlers, Andres Gerſtenbergers Secretarien, vnd des Regiſtratorn Brauns eigenen Handſchriften, vnd mangelt daran nichts, da das vnten das weiße vnbeſchriebene Pergamen etwas aufgeſchnitten, vnd das Kayſerliche Inſigell mit den ſchnuren herabgenommen,

Sondern auch das die Kay. May. durch ganz heftige geſchwinde ſchreiben zu ſolcher vorenderunge des Hennebergiſchen lehenbriefs gleich gedrungen worden, wie aus den Copeien der ſchriften, ſo D. Cracaw aus Churfürſtlichem berhelich mit D. Webern gewechſelt, der Churfürſtlichen inſtruction ao. 75. im Maio dattirt, derſelbigen relation vnndt andern beigefügten copeien zu erſehen ꝛc.

Hieraus folgen nun etzliche fragen, Als:

I.

Ob Churfürſt Auguſto, als angemaſtem Vormunden, gebühret habe, obgemelte Kayſerliche briefe aus der vnmundigen Kinder verwahrunge zu fordern vnd zu caſſiren?

II.

Ob den Votmunden gebühret habe, ſich mit den fünf Zwölf theilen der Grafſchafft Henneberg, welche den Jungen Hertzogen zu Sachſen, als ſeinen Pupillen, zuſtendig, belehnen zu laſſen?

III.

Ob ſolcher geendeter lehenbrief durch Herzog Fridrich Wilhelmen vnnd Herzog Johannſen zu Sachſen ꝛc. gebrudere nurmehr billich gefochten, vnnd ſich der Grafſchafft Henneberg, vormuge des erſten Kayſerlichen lehnbriefs, allein anzumaßen?

IV.

Ob auch die Churfürſten zu Sachſen bisher die eingenommene nutzunge der Grafſchafft lucriren können, oder nicht vielmehr dieſelbige nunmehr beineben der Grafſchaft Henneberg zu reſtituiren?

Auf vorſtehend Fragen wurde von der Juriſten Facultät zu Jena 1593 ein rechtliches Reſponſum abgefaßt, welches ſich mit nachſtehenden Reſultate beſchließet:

Perſpicuum itaque eſt, ex his, quae hactenus diximus, Principes Saxoniae veros eſſe dominos et haeredes totius provinciae Hennebergicae: eosque poſſeſſione illius et dominio inique admodum et injuſte Spoliatos: conceſſione imperiali priore abrgoata, aut ſaltem ei per aliam conceſſionem ſubreptitiam poſtea derogata: eamque ob cauſam reſtitutione in integrum data, integram et totam provinciam una cum fructibus et eo quod intereſt, omnique adeo cauſa et acceſſione, omnimodo his reſtitui, omninoque integram et illibatum ſuum jus antiquum et priſtinum his ſervari atque

cuſtodiri oportere; ſicut ſupra abunde hoc demonſtratum eſt. Atque ita de propoſitis quaeſtionibus ex naturalis et civilis aeqitatis ratione et reſpondendum et judicandum eſſe cenſemus, ſalvo tamen melius ſententium judicio. Nos Oridinar. Decan. et doctores Juridicae facultatis in Academia Jenenſi. In cujus rei fidem conſilio huic noſtro, manu notarii noſtri ſubſcribi ac facultatis noſtras juridicae ſigillum appendi juſſimus

Act. Jena in Conſilio noſtro XV. Martii anno dom. MDXCIII.

XXXIX.

Herzog Johann Caſimir verbiethet der Coburgiſchen Ritterſchaft, weder die Rittertage der ſechs Orte in Franken zu beſuchen noch ſich dahin ſteüerbar zu machen.

den 15. April 1600.

Von Gottes Gnaden Johann Caſimir, Herzog zu Sachßen rc.

Lieber getrewer. Wir kommen in glaubwürdige erfahrung, des die Ritterſchaft der ſechs Ortte in Franken, ein vermeintt Gebotſchreiben, wegen Beſuchung der Rittertag vnd Contribution an dich vnd andere vnſere liebe getrewen die von Adel in der Pfleg Coburg, abgehen laßen, darneben auch einen Abdruck Ihrer Freyheidt vnd der Römiſchen keyſerlichen Majeſtet rc vnſers allergnedigſten Herrens vnlengſt vns inſinuirten Mandats dir zugeſchikt. Nun wiſſen wir vns zuerinnern, was eben diſes Wergk wegen vor diſer Zeitt bey vnſern in Gott ruhenden lieben Vorfahren, chriſtmilder Gedechnus, vorgangen vnd das keinem vom Adell in vnſer Pflege ſolche Rittertäge zu beſuchen vielweniger an andere Orte Contribution zu leiſten, wißentlich niemals verſtattet worden, In Betrachtung, daß ſie vnſern Vorfahren vnd vns vor vndenklichen Jahren vnvorrukt bis hieher jederzeit die Steuern gereichtt, imaßen Wir dann vermuge der Reichsmatricul vnſern beſondern Anſchlag, darunter die pflege Coburg mit begriffen, haben, darumb wir auch bey allerhöchſtgedachter Kayſerl. May. vf berürtes Mandatum vnßere exceptiones ſub et obreptionis vnlängſten einwenden laßen, deßen Ortts die Sache noch zu recht anhengig; hetten vns demnach in wenigſten zu dem Ausſchuß gedachter Sechs Ortt verſehen, daß ſie pendente lite dergleichen attentata fürnehmen, in eine frembde Obrigkeit vnd vnſern von höchſtgedachter kayſerl. Mayeſt. vns, gleich vnßern Vorfahren, verliehenen territorium, zuwider clarer beſchriebener Rechtt vnd den vblichen Herkommen, die ihr vns, vnd Ihnen nicht, mit Erbhuldigungs vnd Lehnspflicht, gleich ewern Voreltern zugethan vnd vorwandt, mandiren vnd befehlen ſollten. Wann dann ſolch thätlich vngebuerlich ahnmaßen dem ganzen chur- vnd fürſtlichen Hauſe zue Sachſen ſowoll deßelben Erbvebrruderten vnd ErbEinigungs verwantten Häuſern Brandenbürg vnd Heßen vnd in canſequentiam auch dem Oberſächßiſchen Creiß, welchem die Pflege Coburg vor vndenklichen Jahren incorporirt geweſen vnd noch, zu merklicher Verkleinerung praejuditz vnd Nachtheil gereicht, darunter denn allerhöchſt-

gebachter kayſerliche May. ſelbſt intereſſirt, ſintemalen der Anſchlag, vermöge der Reichsmatricule vmb ein ſtadtliches geringert werden müſte, wovern wir dich vnd andere Adell in vnſerer Pflege Coburg beneben Ihren Vnderſaßen mit der Contribution an frembe Ortter wurden ziehen laßen, Zudem auch ſolches Außſchreiben bey menniglichen sein ander Anſehen haben kann, dann das es vnß vnd vnßern von höchſtgedachter kayſerl. May verliehenen Landesfürſtlichen Obrigkeit, die due vnd deine Vorfahren in viell wege ſchrifftlich vnd würklichen in allen perſonlichen vnd dennglei-chen ſachen, kegen vns recognosciret, erkandt vnd bekandt, billich beſchwerlich, Fürnehmlichen auch darumb, nachdem in der, von mehr höchſt gemelter kayſerl. May. neülichſt hochverpönter renovirter vnd confirmirter vhraltter Belehnunge vnd Regalien mit dieſen ausgebrukten Wortten verſehen, nemblichen: „vnſere zugeſchlageoe „portion vnd Antheil Landes vnd Ambtern, mit deren jedes zugehorigen Gütetrn, „Renten, Gefellen, Nutzungen, Straſſen, Mannſchafften, Leüthen, Lehen, Lehen„ſchafften, Salzwerken, Waßern, Zöllen, Gleiten, Wildbahnen auch Ragaliſchen „Obrigkeitten, Herlichkeiten, Vollgen, Steüern, Berkwerken, Rechten, Gerechtig„keiten vnd pertinentuen auch mit allen praelaturen vnd Cloſtern, derſelben weldli„chen Obrigkeit, Schutzs, Rechten vnd advocatien, ſambt den Grafſchafften vnd „Herrſchafften, denen von der Ritterſchafft, ſie ſizen auf der Canzley oder Ambt„Schrifften vnd gemeniglich allen andern ſo in vnſern zuertheilten Ambtern gelegen, „geſeßen, darinne bekreißt vnd begriffen ꝛc." Welches alles vnſere liebe Voreltern vndt Wir alſo redlich hervorgebracht vnd geübet, vnd vber das vnß zu beſonder ſchmach vnd Verachtung vnſer angeborner geburender Ehren Titull, den vns doch Ihre kayſerl. May. ſelbſt giebet, auch vns vnd vnſere nunmehr in Gott ruhende liebe vorfordern darmitt beliehen, In ſolchen Außſchreiben nicht gegönnet worden; Du dich aber hin wiederumb zu erinnern, weldhermaßen die von der Ritterſchaft vns gehuldigt, vnd das deine geleiſte pflicht vnter andern dahin gerichtet, das du nicht ſolleſt in dem Rath, viell weniger bey der thatt seyn, do etwas wieder vns geratſchlaget vnd gehandelt würde, ſondern viellmehr vnſern vnd der vnſerigen Frommen, Ehr vnd Nutz fordern, Schaden warnen vnd wenden, vnd inſonderheit do du erfuhreſt, das Icht was vns am Leibe, Ehr, Würde vnd Standte zum Nachtheil, oder vnſern Fürſtenthumb Herrſchafft, Landen vnd Leuthen zu Abbruch von Jemands fürgenommen werden wollte, vns ſolches offenbahren; Als gebiethen vnd Befehlen wir dier hiermit gnedigliche, du wolleſt nichr allein berurtes Ausſchreiben ſambt den Beylagen, crafft jezo angezogner pflicht, alſo balden vnvorzuglich in vnſer Canzley verſchaffen ſondern auch die Rittertäge zu beſuchen, vnd dich an den Ort Baunach ſteüerbar zu machen, oder ichtwas uns zuwieder einzulaßen, genzlichen enthalten, Wie wir denn ſolches alles mit zugehöriger obberürter Aßiſtenz geburlich zu anten vnd hierunter von Obrigkeit wegen dich zuverdretten wißen wollen, do auch in dergleichen, vber Zuvorſicht, etwas weitter vnderſtanden oder geſucht würde, daßelbe an vns zuvorantworten vnvorhalten weißen, vnd wie woll wir es, ohne Rhumb zu melden, dafür achten, das ſich die vnſern einiger vnbilligen Neüerung oder Beſchwerunge nichr zu beklagen; Jedoch do Jemands ſolche Beſchwerunge zu haben vermeinte; So wißen ſie;

ſie, daß dieſelbigen von vnſern Voreltern, ſehliger Gedechtniß, vnd vns allwege vf ihr Anzeig gnediglich darumb gehortt vnd die Billigkeitt, wo Beſchwehrung befunden, verſchafft worden, darzu wir vns nochmals erbieten, welches wir dir zur Nachrichtunge nicht haben verhalten mögen, vnd du verrichteſt hierinne allendhalben vnſern ernſten Willen vnd Meinunge. Datum Coburg, den 3 Aprilis Ao. 1600.

Joh. Caſimir, Herzog zu Sachßen.

An die Ritterſchafft der Pflege Coburg.

XXXX.

Herzog Johann Caſimirs Reſcript an ſeine Räthe, die Anlegung eines neüen Regierungsgebäudes betr.

den 19. Febr. 1601.

Vonn Gottes Gnadenn, Johann Caſimir, Herzog zu Sachßen ꝛc vnſern gnedigen Grues zuvor, veſter, Rüthe vnd liebe getrewen. Vns iſt zwar vnvorgeſſen, zu was ende vnd welcher Meinunge wir, anſtatt der abgebrochenen alten Canzley zue Coburgk, den newen Baw vfm Markt daſelbſten vollführen vnd aurichten laſſen, wenn es aber damit ſolchen Fortgang wie wier wohl vermeindt, nicht allerdings erreichen wihll, vnd wir den Bawcoſten vnd Genieß gegen einander hallten, auch Bedenken das nunmehr die Landtagszeit wiederumb herbeyruket, da zuvörderſt von den Seühlen aller wohlbeſtellten Regimenten der Juſtitien inn geiſtlichen vnd weldlichen Sachen pfleget proponiret vnd geruhmt zu werden, vnd denn vnter verſchinnen neün vnd achtzigſten Jhares, Landtags-Handlunge öfentlichen fürgebracht, den newen Baw ahn vnſernn Hauſe der Ehrenburg zur Rathſtube vnnd Canzley anzurichten, vnd darunder an ſolcher gemeiner Landſchafft wohllfart keine Vncoſten, Muhe oder Arbeitt abhallten zu laſſen, welcher Baw aber nun zur erweiterunge vnſer residentz gebrauchet wirdet; So ſeind Wir dennoch vnd im fürnehmen ſonderlicher erwegunge dieſer vnd anderer Vhrſachen endſchloſſen zu gutter praeparation vnd Vorbereittunge, (welche dieſer Zeit ſonderlich von nötten ſein will:) künftigen Landtags vnd wilhfehriger Gewinnunge vnſerer Landſchafft auch zur Abwendung allerhands vngleicher Gedanken vnd Nachreden, den newen Baw am Markte deremaßen zu deputiren vnd zu verordnen, das darinne vnſere Landes-Regierungs-Rathſtuben, Canzley, Consistorium, Schöppenſtuell, Hoffgericht, Drukerey vnd der brieflichen Uhrkunden-Registratur, beyſammen zu haben vnd zu befinden, welches, dieweill es fürnemblichen zur Erhaltung vnd Fortſetzunge Gericht vnd Gerechtigkeit gereichet, nicht alleine bey der Landſchafft ſondern auch den außländiſchen vnd Zweifels ohne einen beſondern Ruhm vnd guten Willen würken würde, Hierneben Wier aber Vnſern Meinunge vnd Ordenunge, der Trinkſtube halber zu endern nicht geſinnet, ſondern erachten aller Beſchaffenheit

vnd Umſtände nach, das ſolch Werk in Unſerer, von Peter Boppen erkauften, Steinern Behauſunge, wegen den vnderſchiedlichen Stuben, Kuchen, Gewelbe, Keller, Springbrunnen vnd anderer Gelegenheit viel bequemer vnd fuglicher, als vf angeregten newen Baw, zu haben, vnd zu führen. Vnd nachdem Wir Vns vorſehen vnd getröſten, Ihr eüch vnſere eigene vnd gemeiner Landſchafft Wollfarth, Ruhm vnd Lob, ſonderlich angelegen ſein laſſet, Auch in dieſem vnd was die ahnrichtunge der neüen Landſchuell betriefft, fürnehmblich zu Gottes ehren vnd vnns allerſeits zu zeitlichen vnd ewigen Gutten Nahmen, Ihr nichts ſpahren werdet, Als begehren wir hiermit genediglich, Ihr wöllett diſes alles in ſembtliche einhellige gute Berathſchlagunge ziehen vnd bedenken, Wie nemblichen angedeütt vnſer Fürhaben vnd endliche Meinunge, zum förderlichſten anzuſtellen vnd ins Werk zu richten, darunder Ihr, was das Schuellgebeüde belanget, nur anfanglich vf das nottwendigſte zu ſehen vnd das andere bis zu künfftiger Gelegenheit zu ſpahren, damit nicht eines zum Andern ſteken bleibe, ſondern einſimals der Anfang gemachet werde. Hierüber vnd ſo viell die Trinkſtuben betrifft, werdet ihr darbey der gemeinen Burgerſchafft vnd des Raths zu Coburgk bishero vermerkte Clag vnd Beſchwehrunge nicht weniger in acht nehmen vnd zu dergleichen Abwendunge oder Ercleruunge vff Mittel vnd Wege zu gedenken wiſſen, das hierunder allendhalben gemeiner Nutz, (darinne gleichwoll der Rath faſt nachläſſich geſpüret wirdett) in guter Beförderung erhalten werde Was Ihr nun hierauf befindett vnd bedenket, das ſollet Ihr vns zu fernerer Verordnunge ſemmetlich vnd wie es die Nottdurfft erfordert vngeſeümbt referiren vnd fürbringen Daran geſchiehtt vnſer zuverläßige gefellige Meinunge vnd wir ſeind eüch mit Gnaden voll gewogen. Datum Römhildt, am 19. Febr. 1601.

Johann Caſimir H. z. Sachßen.

Den veſten vnd hochgelarten vnſern Cantzlar, Hofmarſchalcken, Cammer-Rath auch Rentmeiſter vnd lieben getreüen Herrn Volkmar Scherer beider Rechten Doctorn, Hanß Caspar v. Göttfarth vff Buttelſtedt, Niclaus Zechen und Georg Haken.

XXXXI.

Landtags-Abſchied, die, von den Coburg. und Thüring. Landſtänden verwilligten, 60,000 fl. zum Veſtungsbau betr.

den 24. März 1615.

Von Gottes Gnaden Wir Johann Caſimir vnd Johann Ernſt, Gebrüder, Herzoge zu Sachßen ꝛc. ꝛc. Nachdem bei gegenwertigen mißtrawigen vbeln Zuſtand im heil. Röm. Reich, vnd daher höchſt beſorglicher Vnruhe vnd Empörung vnſers geliebten Vatterlandes Teutſcher Nation — vnd Wir gleich andren Chur- vnd

Fürſten, vnſere beederſeits lieben getrewe Landſtände von Grafen, Ritterſchafft vnd Stätten der Pflege Coburg vnd in Thüringen, engern Ausſchuß, anhero nacher Coburgk gnedig beſchrieben vnd erfordert, denen — die vorſtehende nott vnd große Gefahr münd- vnd ſchrifftlich in vnſerer perſönlichen Gegenwart außführlich eröffnet, Inſonderheit aber wie die Landesrettung vnd Defenſions-Verfaſſung anzuſtellen, zu bedenken, daneben eine ergiebige wohl erſprießliche Suma, davon die Veſtungen, Heuſer, (Reſidenzen) vnd Päß reparirt ſowohl andere mehr zu Beſchützung Landt vnd Leüt vnd Abtreibung vnbilligen feindſeeligen Gewalts, gehörige Fürſehung gemacht werden möge, zuſammen zu ſchieſen, gnedig begehret, von welcher proposition den ahnweſenden vertraulichſt Abſchrifft zugeſtellet worden, darauf gemelter Ausſchuß, — ſich münd- vnd ſchrifftlich — nachvolgenden Inhalts vnterthänig ercläret, bewilliget vnd erbetten; Nemblichen, das vnſere landesväterliche Fürſorge billich zu rühmen vnd mit vnterthenigen Dank zu erkennen, vnd weil die Gefahr menniglich vor Augen ſchweben thete, — hetten ſie zu Bezeügung ihrer vnderthänigen Affection vnd ſchuldiger Trew gegen vns den Landesfürſten vnd gemeinen Vaterland 60,000 fl. zu contribuiren einmüttiglich geſchloſſen, daß davon 20,000 fl. zur Reparation der Veſtungen, fürnehmen Häußern vnd Päß auch zugehoriger admunition in Vnſere Rent-Cammer geliefert die vbrigen 40,000 fl. zu der Landtſchaft Vorrath geſamblet werden ſollen, — doch woferne es die Notturfft erfordern würde, aus dem Vorrath fernere Nachfolge geſchehen ſolle; ꝛc — Als haben wir dieſe trewherzige — Willfahrung zu gnedigen Dank vermerkt vnd vfgenommen — darneben Wir bey vnſern wahren Worten fürſtl. Trew vnd Glauben verſprechen, das ſolche Bewilligung zu keiner Erbpflicht gemeint noch vnſer getrewem Landſchaft an hergebrachter Freyheit vnd Gerechtigkeit abbrüchig oder nachtheilig ſeyn ſoll. — Wir beiderſeits Brüdere haben vns auch dahin freündbrüderlich verglichen die vorangeregte 20,000 fl. zu gleichen theilen, alſo jedem 10,000 fl. — zu participiren, vnd zu keinem andern Ende den ad usus publicos anzuwenden, ſintemal wir fürnehmlich salutem publicam beherzigen ꝛc. — weil auch dieſe Bewilligung gemeines Obligen, Schutz vnd Landes-Rettung betrifft, darunter gleichwohl vnſer Aembter vnd heimgefallene Lehen vnd eigene Gütter ſtark mitleiden vnd eine hohe Summe, vff 29,572 fl. 3 gr. 10 pf. ſich erſtrekend, tragen helfen, dazu auch Holz- ſtein- vnd andere Materialienfuhren thun müſſen, dadurch die andern Vnterthanen merklich erleichtert werden, — Als erinnern wir gnediglich dahin Bedacht zu ſeyn, wie eine durchgehende billichmeßige Gleichheit, dergeſtalt in acht genommen werde, daß es im Chriſtenthumb zu verantworten. Vnd wie Wir vnſerer getrewen Landſchafft vnterthänige Neigung mit beſondern gnedigen Gefallen verſpüren, alſo ſind Wir hinwieder mit landesvetterlicher fürſtl. Affection zu verfahren geneigt. Urkundlich haben Wir dieſes mit eigner Hand vnterſchrieben auch vnſer fürſtl. Secret wiſſendlich vordruken laſſen. Geſchehen vnd geben zu Coburgk Freytags nach Lætare den 24. Martii 1615.

XXXXII.

Herzog Johann Caſimir befiehlet ſeinen fränkiſchen und thüringiſchen Beamten, die, ihnen anvertrauten, fürſtl. Unterthanen zur Erlegung einer erhöhten Landſteüer aufzufordern.

den 25. April 1615.

Von Gottes Gnaden, Johann Caſimir, Herz. zu Sachßen ꝛc.

Lieber Getreüer! Als, nach Zuſtandt vnd Beſchaffenheit jeziger Zeiten vnd Leüffte, gute Vorſehunge vonnöten, vnd daher vnſere, ſowohl des hochgebornen Fürſten vnſers freündlich geliebten Bruder Herrn Johann Ernſt ꝛc. getreue Landſchafften von Grafen, Adell vnd Stetten, auf vnſer beederſeits auß landesväterlicher Vorſorge hergefloßenes Fürtragen, mit einer vnterthänigen extraordinaren Contribution, zur allgemeinen geſambter Defenſion vnd Landesrettunge, zuvörderſt 20,000 fl. vnß beeden Gebrudern, zu gleichen Antheil, vnd Reparirung der Veſtungen, fürnehmen Heüßer vnd Päße, Verwahrung an den Frontiren vnd Landgrenzen forderlichſt liefern zu laſſen, auch darüber noch 40,000 fl. zum Vorrath vf eüßerſte nothfelle, in der Landſchafft Hende vnd ihrer Werwahrung zu bringen vnd mit vnſerer Direction zu gebrauchen, ſich beladen zu laſſen, derhalben Sie den allbereit bey den Ihrigen ahnſchaffunge gethan, wie derſelben einkommen ſchrifftliche relutiones vnd vnderthänige erclerunge mit mehrern zu erkennen geben. Darneben vnd in Anſehung ſolcher geſamten Defenſion vnd Landesrettung haben wir vnd vnſer Herr Bruder L. auch von vnſern eigenen Cammergüttern vnd Ambtsvnterthanen, dieſe Anlage mit vbertragen zu helffen verwilligett. Wie wohl nun Grafen, Adell vnd Stette berurt beede Summen quotaliter in vnderſchiedlichen terminen, als Philippi Jacobi, Trinitatis, vnd Galli, nechſtvolgend, theils darlehns- vnd andere weiße ein- vnd zuſammen zu bringen, ſich vornehmen laſſen, deſſen Wir auch alſo gewertig vnd mit der vnſerigen Anlage gleichergeſtalt vorfahren werden ſollte; dieweilen aber vnſerer Aembter-Vnderthanen vor andern mit Baw- und dergleichen Fuhren, Dienſten vnd Frohnen, in dieſen ohne des ſchweren geſchwinden Zeiten merklichen beladen vnd zu den Veſtungs- vnd der Häußer Gebeüden nochmals das ihrige zu leiſten, jedoch wir vf ſolchen Fall vns mit etwas ergezungen gegen dieſelben zu erzeigen, gemeinet, So erachten wir zu erträglicher Vffkommunge mit ſolcher Contribution bey vnſern Ambtsvnterthanen folgendermaßen zu verfahren, das ſie vff den alten Anſchlag nechſtkünfftigen Andreas dieſes 1615. Jahres neben der Landſteuer noch einen pf (Pfennig) erhöhung, denn Trinitatis zu 1616. vber dieſelbe Steüer einen Heller vnd Andreä bemeltes 1616. Jahres vollends einen pf. der Erhöunge erlegen vnd abſtatten thetten; ſollte es aber die Notturfft ehe erfordern alsdann würdeſt du vnſerer, dir bevohlene, Ambtes-Vnderthanen wegen, dahin Bedacht ſein, ſowohl deſſelben quota desfals berurt, es ahnlehnsweiße vfzunehmen vnd darzuſchießen, hernach durch billigmäßige Außtheilunge ahn Capital Zinßen vnd Coſten wiederumb einzubringen vnd abzuſtatten.

Demnach befehlen wir dier hiermitt, du wolleſt ſolches forderlichſter Gelegenheit, wie es am füglichſten vnd bequemſten geſchehen kan, vnſern dir bevohlenen Ambtes-Vnderthanen vnd angehörigen, zur zeitlichen Nachrichtung vnd Bereitſchafft anfüegen, auch darob ſein das demſelbigen alſo Volge geſchehe, vnd was jedesmals eingebracht, daſſelbe vns zu erkennen gegeben werde; Soll darauff Anordnung geſchen, wohin es zu liefern. Daran geſchiehet ꝛc. ꝛc. dat. Coburg, am 25. April 1615.

Ahn alle S. F. G. Beambten in Franken vnd Thüringen.

XXXXIII.

Wilhelms, Albrechts und Ernſts Herzogen zu S. Weimar Reſignations-Patent über das, an Herzog Friedrich Wilhelmen zu S. Altenburg in der Theilung zugefallenen, Fürſtenthum Coburg.

den 13. Febr. 1640.

Von Gottes Gnaden Wir Wilhelm, Albrecht vnd Ernſt, gebrüdere, Hertzogen zu Sachſſen, Jülich, Cleve vnd Berge, Landgraven in Thüringen, Marggraven zu Meiſſen, Graven zu der Marck vnd Ravensberg, Herren zu Ravenſtein ꝛc. ꝛc.

Entbieten allenn vnd ieden Praelaten, Graffen, Herrenn, Cantzlar vnd Räthen, denen von der Ritterſchafft, Haupt- vnd Amptleuten, Schößern, Verwaltern, vnd anderen Befehlichshabern, auch Bürgermeiſtern vnd Räthen vnd ſämptlichen Vnterthanen deß Fürſtenthums Coburgk vnſern gnedigen Gruß, vnd fügen ihnen hiemit zu wiſſen; demnach wir Vns mit dem Hochgebornen Fürſten, vnſerm freundlichen lieben Vettern, Schwagern, Brudern vnd Gevattern, Herrn Friedrich Wilhelmen, Hertzogen zu Sachſſen, Jülich, Cleve vnd Berge, Landgrafen in Thüringen, Marggrafen zu Meißen, Grafen zu der Mark vnd Ravenſperg, Herrn zu Rauenſtein, wegen der vns beederſeits angefallenen Fürſtenthumben Coburg vnd Eiſenach, nach reifgepflegenen tractaten, durch Gottes Gnade nunmehr freundvetterlich vnd erblich verglichen, vnd durch vnpartheyiſches Loß Jhrer Ld. das Fürſtenthumb Coburgk, vnd namentlich das Ambt vnd Stat Coburgk mit der Veſtung vnd dem Caßenn-Ampt daſelbſt, ſambt der Stat Rotha, vnd die helffte der Gerichte zu Schalkau, ſoviel der Herrſchaft doran zuſtehet, wie auch die Gerichte Geſtingshaußen, Item Ampt vnd Stat Romhild, ſampt dem Stift daſelbſt, Cent vnd Stat Hildpurgshauſen, mit den ein- vnd Zugehörungen, Ampt vnd Stat Neuſtadt, Stat Sonneberg mit dem Cloſter Münchröden, das Cloſter Sonnefeld, mit aller Hoheit Regalien, Pertinentien, Rechten vnd Gerechtigkeiten, zugefallen, Alßo, daß Hochgedachte Jhre Ldd. obbeſagtes Coburgiſche theil eigenn worden, vnd Sie nunmehr die Erbhuldigung darüber einnehmen, die Landes-Regierung ihrer gelegenheit nach beſtellen, vnd alles andere, was

einem Landesfürſten von Rechts- vnd Herkommens wegen zuſtehet, thun vnd verrichten möge.

Als iſt an gemelte Praelaten, Cantzlar, vnd Räths, die von der Ritterſchafft, Haupt- vnd Amptleute, Schößern, Verwalter, vnd andere Befehlichshabern, auch Bürgermeiſter vnd Räthe, vnd ſämptliche Vnterthanen des obberurten Coburgiſchen theils hiemit vnſer gnediges begehren, Sie wollen nunmehr ſich mit ſchuldigem gehorßam an niemand anders, alß mehr hochgenanntes vnßers freundlichen lieben Vetters Liebden halttenn, diſſelbenn vor Ihre von Gott dem Allmächtigen vorgeſetzte Landesfürſtliche Obrigkeit achten, ehren vnd erkennen, vnnd ſich gegen Ihrer Ld. wie getreuen, gehorßamen Vnterthanen gebühret, allenthalben bezeigen vnd erweiſen, Inmaßen Wir ſie dann an Ihre Ld. hiermit erblich gewieſen, vnd ihrer vorigen Vns geleiſteten pflicht loßgezehlet, habenn wollenn,

Dorann vollnbringenn Sie vnſern gäntzliche vnd zuverleßige meinung, Vnd wir ſeind Ihnen mit gnaden wolzugethan vnd gewogen. Geben zu Altennburg den dreyzehenden February, im tauſentſechshundert vnd viertzigſtenn Jare.

L. S.	L. S.	L. S.
Wilhelm	Albrecht HzSM.	Ernſt HzSachſſenn.

XXXXIV.

Auszug

eines, vom Herzog Friederich Wilhelm zu S. Altenburg erlaßenen, Reſcripts, die Coburgiſche Landescaße betr.

den 24. Oct. 1642.

Von Gottes Gnaden Friederich Wilhelm Herzog zu Sachßen ꝛc. — ꝛc. den Andern Punct betreffende, ſeindt wir in Gnaden geneigt vndt gemeinet, vnſere Coburgiſche Landſchafft, bei angezogener verneüerter Verfaſſung dero Landtcaße, (jedoch vnbegeben vnſers landesfürſtl. Directorii) gnädig zu ſchützen vnd hand zu haben, Auch, do ſie vns in specie anzeigen vnd berichten werden, von woher vnd in was Stüken darwieder gehandelt worden vnd noch werde, darauf ſolche Verordnung zu verfügen, dadurch berürte Verfaſſung, in ihren Stande erhalten werden möge. Belangende den 3. vnd 5. Punct, haben wir in gehaltener fleißiger Beratſchlag- vnd erwegung nicht befinden können, Wir vnſers Ausſchußes Coburg. Landſchafft vnterthäniger fürſchlag vnd ſuchen bey jezigen Leüften füglich zu practiciren ſey, Nemblich daß die Kriegs vnd gewöhnlichen Landſteüern vnd Contribution zuſammen in einerley Einnahme vnd Termino geſchlagen werden vndt jeder Gerichts- vnd Lehenherr ſowohl die Kriegs- alß Landſteüern von ſeinen Ge-

richts-Vnterthanen ſelbſt einſamlen, eintreiben vnd mit einer richtigen Specification in die Landcaße liefern möge, Sondern daß vielmehr am füglichſten ſey, daß beyderlei Anlagen vndt Contribution, noch wie bis dahero, von einander geſondert, vnd die Landtſteüer durch jedes Orts-Gerichts- oder Lehnherrn, denen es nachgelaſſen, eingenommen vnd zur OberEinnahme, die Kriegsſteüern aber, (darunter auch die Proviantlieferung, Garniſon-Gelder vnd dergl. begriffen) durch vnſere Beamten von Dörfern zu Dörfern, ohne Vnterſchied der Lehen vnd Gerichte, eingetrieben vnd in die Land-Caße geliefert werden mögen, dermaßen vnd alſo, daß ein jeder Einnehmer, Er ſey vnſer Beamter oder adelicher Gerichts- oder Lehenherr, oder Stadt-Magiſtrat, vber dieſer ſeiner Einnahme (in Fällen wir ſolche oben vnterſchieden) richtige, be‥liche vnd vnverdächtige Regiſter hatte, vnd was er vnter ſolchen Titul vnd Namen eingebracht, trewlich zur Obereinahme oder Landescaße einliefere auch ſeinen Unterthanen oder Lehenleüten keine Verzögerung nachſehen ſolle. ꝛc. ꝛc. datum Altenburgk am 24. Octobr. Anno 1642.

F. W. H. z. Sachßen.

XXXXV.

Extract

des Erbvertheilungsvertrags zwiſchen Herzog Wilhelmen zu S. Waimar und Herzog Ernſten zu S. Gotha, wegen den Anfall des Fürſtenthums Eiſenach, und des darzu gehörigen Antheils an der Pflege Coburg.

den 30. März 1645.

ꝛc. ꝛc. Zum Fünften, was die angefallene Lande und Leüte an ihnen ſelber ſo Unſers Herrn Bruders Lbd. zu dero erblichen Antheil, — überkommen und mit aller Hoheit verwaltet, betrifft, ſind dieſelbige nach dem alten Anno 1572. gefertigten und der ſieder in Unſern fürſtl. Hauſe Waimar mit Altenburg vnd auch unter Uns und ſeelig verſtorbenen Herrn Bruders Lbd gebrauchten Anſchläge in zwey gleiche Portiones gebracht, und die eine auf das Schloß und die Stadt Eiſenach, die andere auf das Schloß und Stadt Heldburg und die darzu beyderſeits geſchlagene Aemter und andere Pertinentzſtüke gewidmet, und alſo zwey Theil, als der Eiſenachiſche und Heldburgiſche conſtituiret, dergeſtalt, daß zu dem Eiſenachiſchen geſetzt worden, wie folget:

1) Reſidenzſtadt und Amt Eiſenach ſammt der Collectur daſelbſt und dem Hauſe Wartburg, 2) Amt und Stadt Creutzburg mit dem Cloſter daſelbſt und den Gerichten Markſuhla und Burkhardsroda, 3) Amt Gerſtungen und Hauß Breitenbach, 4) Amt Lichtenberg ſamt der Stadt Oſtheim, 5) Drey Virtheil des Erfurthiſchen Hauptgeleits, welche zuvor Waymar

und Coburg gehabt, wie auch die Helffte am Georgenthäler Hoff Waymariſchen Theils.

Zu dem Heldburger aber:

1) Schloß und Amt Heldburg ſamt der Stadt Ummerſtadt, 2) Amt Veilßdorf mit der Vicarey, 3) Stadt und Amt Eißfeld ſammt der Pfarr daſelbſt, 4) Amt und Stadt Salzungen und das Kloſter Altendorff, 5) Amt Crenenberg, 6) Amt Volkenroda mit dem Kloſter und Stifft daſelbſt ꝛc.

Zum Sibenden iſt auf dieſe Vergleichung in dem Namen Gottes, zu der Loosung geſchritten und Uns Herzog Wilhelmen obgedachtes Eiſenachiſches Theil, Uns aber Herzog Ernſten die Heldburgiſche Portion mit denen darzu geſchlagenen Aemtern und Gütern, und allen kurz vorher erwehnten Recht und Gerechtigkeiten zugefallen, worauf Wir auch alsbalden die zu ſolchem Ende vorher abgeredete Resignations-Patenta einander zur würklichen apprehension — ausgeantwortet ꝛc. ꝛc. So geſchehen zu Eiſenach den 30. Martii 1645.

Wilhelm H. z. S. Ernſt H. z. S.

XXXXVI.

Fürſtl. Coburg. Regierungs-Reſcript an die daſige Ritterſchafft, die aus Gnaden geſchehene Erlaſſung der Extraſteüern von ihren Rittergütern betr.

den 16. Januar 1652.

Gute Freünde! Was dem Durchl. Herrn Friederich Wilhelm Herz. zu Sachßen ꝛc. ꝛc. Vnſerm gnedigen Fürſten vnd Herrn, die geſambte Ritterſchafft, dieſes Orts zu Franken, wegen ihrer bey dem leidigen Kriegswesen ruinirten Güther, vnd daher entſtandenen großen Schuldenlaſt, woraus Sie ſich zu wikeln, ſo bald nicht zu Mitteln gelangen köndten, in Vnterthenigkeit zu erkennen geben vnd darüber vmb erlaſſung der vf nechſt abgewichenen Landtag verwilligten Extraordinärſteuer von ihren Rittergüttern wehmütig angeſuchet, habt ihr eüch gutermaſen zu erinnern. Wie wohl nun die Bewilligung vndt acceptation bemelter Steüern in dem am 6. Dec. des abgewichenen Jahrs, publicirten Landtagsabſchiedt, ohn Vnterſcheidt gebracht; So haben nichts deſtoweniger hochermelte Ihre Fürſtl. Gnad., in Anſehung der getreüen Ritterſchafft kundbaren Zuſtandes, Ihrer gehorſamen Bitte in Gnaden ſtatt vnd raum geben, daß Sie nemlich mit der vor dieſes mahl von der getreüen Landſchafft auf gewiſſe termin verwilligte Extraordinärſteüer, ſo viel derſelben von ihren wahren Rittergüttern herrühren, ſollen verſchont bleiben, jedoch mit der ausdrüklichen Beding, vnd Verwarung, das Sie nit allein ſolches vor eine pur lautere Fürſtl. Gnade zuerkennen, vndt daher in das künftige zu keiner Nachfolge zu

zu Deüten, ſondern auch die Erb- und eigenthümlichen Güter darunter nicht zuziehen, ein jeder auch ein richtig Verzeichniß ſeiner Lehengütter vnd derſelben Pertinentien, ſeinen Pflichten nach, innerhalb ſechs Wochen, von dato an, ohnfehlbar anhero einſenden, oder wiedrigenfalß ſolcher gnedigen Erlaſſung keinesweges zu genieſen haben ſollte. Demnach begehren anſtatt vnd im Namen vnſers gnedigen Fürſten vnd Hrn. wir hiermit ꝛc. Datum Coburg den 16. January Anno 1652.

Canzlar und Rhäte.

An den engern Ausſchuß von der Ritterſchafft der Pfleg Coburg.

XXXXVII.

Revers der Coburg. Ritterſchafft, daß die, ihr aus Gnaden verwilligte, Erlaſſung der Landſteuern von ihren Lehengüthern, zu keiner Conſequenz gereichen ſolle.

den 29. März 1665.

Durchlauchtigſter Hochgeborner Fürſt ꝛc. Demnach Ew. Fürſtl Durchl. dero gesambten Ritterſchafft dieß Orts nicht allein die ſonderbare hohe fürſtliche Gnade erwieſen vnd biß anhero nun in die acht Jahr deroſelben die Landſteüer von Ihren Proper Güttern auß fürſtl. Milde erlaſſen, ſondern auch noch Sechß Jahr gnädigſt verwilliget, daß geſambte Ritterſchafft bei einer Steüer zum Termin Andreæ gelaſſen werden ſolle, doch dergeſtalt, daß ſelbige ſolches zu keiner Nachfolge zu rechnen noch zu halten; Als thun gegen Ew Fürſtl. Durchl. wir für vns vnd vnſere Mittglieder, wegen berürter erwieſene Fürſtl. Gnad, vnß nicht allein vnterthänigſt vnd höchlichen bedanken, ſondern auch hiermit verſprechen, daß wir vnd vnſere Mittglieder dieſe Erlaſſung anders nicht, als für eine ſonderbare fürſtl. Gnad erkennen, achten vnd halten, auch zur einigen Folge oder Consequentz nicht ziehen noch deüten wollen, mit angehefſter demütiger Bitte, daß Ew. fürſtl. Durchl. mit dieſer vnſer vnterthänigſten erclerung, ſo im Nahmen geſambter Ritterſchafft geſchehen, gnedigſt zufrieden ſeyn, vnd fürter deroſelben gnädigſter Fürſt vnd Herr verbleiben wolle, dargegen wir vnd vnſere Mitglieder, alß treuen Vaſallen zuſtehet, vns jederzeit zu verhalten erbietig auch ganz willig ꝛc. Datum Coburgk am 29. Marty Anno 1665. Ex orig.

Ew. Fürſtl. Durchl.

vnterthänigſte gehorſamſte vnd Pflichtſchuldige, Enger-Ausſchuß von der Ritterſchafft im Fürſtenthumb Coburgk.

Dem Durchl. hochgebornen Fürſten vnd Herrn Herrn Friedrich Wilhelmen Herz. zu Sachßen ꝛc. ꝛc.

XXXXVIII.

Herzog Friedrich II. zu S. Gotha überweiſet ſeine Erbantheile an den angefallenen Coburg- und Römhildiſchen Landen, an Herzog Johann Ernſten zu S. Saalfeld.

den 15. May 1714.

Ex Copia libr. Von Gottes Gnaden wir Friedrich Herzog zu Sachßen, Jülich, Cleve ꝛc. Entbieten denen Prälaten, Räthen, denen von der Ritterſchafft, Canzley- und Amtsſäſſigen Vaſallen, Amtleuten, Caſtnern, Verwaltern, Befehlshabern, auch geiſt- und weltl. Bedienten, Burgemeiſtern und ſämmtlichen Unterthanen des Fürſtenthums Coburg und der Römhild. Landesportion, unſern gnädigen Gruß, und fügen ihnen hiermit zu wiſſen, welchergeſtalt am 25. April jüngſthin, auf die bißhero an kayſerl Hof in der Coburg- und Eiſenberg- und Römhildiſchen Succeſſions-Sache verhandelte Acta, zu Abthuung der, unter allerſeits fürſtl. Theilhaber geſchwebten, Differentien, von kayſerl. Maj. allerhöchſten Perſon, ſelbſt vorhero erwogen und allergnädigſt approbirte Reichs-Hofräthl Sentenz publiciret, und darinn unter andern erkannt worden, daß des Durchl. Fürſtens Johann Ernſts Herzogen zu Sachßen, unſers freundlich geliebten Herrn Vetters Liebden, dero an Coburgiſchen Fürſtenthum, ſowohl auch denen Eiſenberg-Coburg- und Römhild- Eiſenberg- Coburgiſchen fortgeerbten ratis, pro indiviſo habende receſsmäſſige Erblandes- ratam, cum jurisdictione omnimoda und denen im Haupt-Receß ſtipulirten regalien und Befugniß auch denen darzu gehörigen receſsmäſſigen Cammer- Land- und Trankſteuern aus nur gedachtem Fürſtenthum Coburg, wie ingleichen aus unſern Coburg Erbratis, wenigſtens zwey Drittheile an ihren alten Nachſchuß-Geldern 5642 fl. 18 gr. Mß. Währung, nach dem portions Anſchlag und bißherigen Theilungs principio, ſammt denen zugehörigen Steuern, wie nicht weniger aus dem Römhildiſchen dero daſelbſt competirende Erblandes-ratam, ſowohl von unſern daſelbſt zuſtehenden Succeſſions-Ratis, der übrige ein Drittheil der vorgedachten alten Nachſchuß Gelder, nach nur erwähnten Anſchlag und principio, jedoch alles mit Ausnahme und Vorbehalt der uns nach dem Haupt-Receſs d. ao. 1680 zuſtehenden jurium ſublimium, l) haben und überkommen ſollen. Wie wir nun unſers Orts ſothane kayſerl. Deciſion, nach ſo lange gewährten Succeſſions Differenzien, zu Mitberuhigung und conſolation geſamter ererbten Unterthanen, gehorſamlich zu befolgen, unſere Schuldigkeit zu ſeyn eracht t, und zu dem Ende obgedachten Herrn Herzog zu Saalfeld Liebden der Coburgiſche vorhin an ſolchen Landen pro indiviſo habende Erb- und Landes ratam, nebſt dero Ei-

l) Dieſe Ausnahme erledigte ſich nachher durch den Receß vom 6. Septbr. 1717, wodurch dem Herzog Johann Ernſten zu Saalfeld die hohen jura in den Coburg- und Römhildiſchen Anfalls-Landen von S. Gotha eingeräumet wurden. (Saalf. Receßbuch S. 20.)

ſenberg- nicht weniger Eiſenberg-Coburg. Fürſtenthum ingl. auf Rechnung der alten Nachſchuß-Gelder, die 5642 fl. 18 gr. Mß. wenigſtens $\frac{2}{3}$ an unſern an Coburg. ebenfalls pro indiviso habende ratas und Gebührniſſen, ſoviel davon zu ſolchem Zweck nöthig, ferner in den Römhildiſchen, dero Erblandes ratam und von unſern daſelbſt habenden Antheilen, den, nach Abzug deſſen, was im Coburgiſchen nicht vergnüget worden, noch bleibenden übrigen Reſt, an denen vorgedachten alten Nachſchußgeldern cum jurisdictione omnimoda und zugehörigen Cammer- Land- und Trancke-Steuer, jedoch mit ausdrücklicher Reservation des exercitii jurium sublimium und pro praecipuo ausgeſetzten portionis virilis, auch andern im Haupt Recess de ao. 1680. bedungenen Stücken und was davon dependiret, nemlich, jedoch biß auf rectification und völlige Special-Einrichtung ad concurrens Quantum, nach dem portions Anſchlage, an- und überwieſen, auch auf ſothane an- und überwieſene Fürſtenthums-Antheile würckl. in die possession geſezet; Alſo haben wir durch gegenwärtiges Patent obgemeldeten geſamtſchaftlichen praelaten, Räthen, denen von der Ritterſchaft, Canzley- und Amtsſäſſigen Vasallen, Amt-Leuten, Caſtnern, Verwaltern, Befehlshabern auch geiſt- und weltlichen Bedienten, ſowohl Burgermeiſtern und Räthen in Städten, und ſämmtlichen Unterthanen des Fürſtenthums Coburg und der Römhildiſchen Landes portion davon Eröfnung thun wollen, mit gnädigem Begehren, daß, wie ſie vorhin allerſeits fürſtlichen interessenten mit gemeinſamer Pflicht verbunden, alſo Sr. Liebden auch ratione der obgedachten von uns deroſelben pro indiviso überwieſenen ratarum, vor ihren Mitlandes Fürſten, auch Erb- und Lehen Herrn ehren und erkennen, und dero Befehle, jedoch mit ſchuldigſter Reflection auf die uns vorbehaltene jura sublimia, in Reichs- Creyß- Landſchafts- und andern dergleichen im Haupt Recess de ao 1680 gegründeten Befugniſſen, welcher wir uns wegen dieſer, an Sr. Liebden resp. erblichen und überwieſenen, Antheilen keinesweges begeben haben, wie gehorſamen Dienern und Unterthanen oblieget, gebührende Folge leiſten, immaßen an Sr. Liebden wir ſie hiermit diesfals auf vorerwähnte Quanta Art und Maaſe, nachmals erblich mit ihrer Pflicht an dieſelben verweiſen. Daran geſchiehet Unſer Will ꝛc. ꝛc. Sign. Friedenſtein den 15. May 1714.

(L. S.) Friedrich, H. z. S. ꝛc. ꝛc.

Sachſen Coburg-Saalfeldiſche Landes-Geſchichte.

Erſte Abtheilung.

Erſter Abſchnitt.

Geſchichte der Pflege Coburg unter der Regierung des kur. und fürſtlichen Hauſes Sachſen; vom J. 1425. bis 1572.

§. I.

Kurfürſt Friedrich der Streitbare und ſeine Söhne, Friedrich, Siegmund und Wilhelm; vom J. 1425 bis zur Landestheilung vom J. 1445.

Die Herrſchaft Coburg war ſeit dem zwölften Jahrhundert, wie in ihrer Geſchichte des Mittelalters gezeiget worden, manchen Regentenabwechſelungen unterworfen geweſen, und kam zuletzt, (1353 u. 1374) als ein Zubehör der Grafſchaft Henneberg, an die Marggrafen zu Meiſſen, deren fürſtliche Nachkommen ſie bis auf dem heutigen Tag beſitzen. Unter der Regierung Marggraf Friedrichs des Streitbaren vereinigte ſich alles zur Vergrößerung des Meißniſchen Fürſtenhauſes. Inſonderheit gab der Erwerb des Herzogthums Sachſen, welches ihm nach Erlöſchung des Askaniſchen Mannſtammes, der S. Wittenbergiſcher Linie a) vom Kaiſer Siegmunden mit allen

a) In frühern Zeiten befande ſich das alte Herzogthum Sachſen in den Händen, der Baieriſchen Herzoge, unter welchen aber Heinrich der Löwe vom K. Friedrich I. (1180) in die Reichsacht und der beiden Herzogthümer, Baiern und Sachſen, für verluſtig erkälret wurde. Jenes übertrug der Kaiſer dem Pfalzgrafen Otto von Wittelsbach, dieſes aber dem Graf Bernhard von Askanien, deſſen zwei Enkel, Johann I. und Albrecht II. die Ober- und Niederſächſiſcher Lande (1260) unter ſich theilten und zwei beſondere Linien ſtiffteten. Johann erhielt Niederſachſen und wurde der Stiffter der S. Lauenburgiſchen Linie; Albrecht II. hingegen bekam Oberſachſen und gründete die S. Wittenbergiſche Linie, auf welcher eigentlich die Kur und das Herzogthum Sachſen ausſchließlich ruheten. Als nun (1422) mit Kurfürſt Al-

darzu gehörigen Landen und Reichswürden übertragen wurde, ſeinem Hauſe einen vorzüglichen Glanz und erhob ihn zu einem der angeſehenſten Fürſtenhäuſer Deutſchlands. In dem nehmlichen Jahre wo er darüber vom Kaiſer die feierliche Beleihung empfieng, fielen ihm auch, nach dem unbeerbten Ableben ſeines jüngern Bruders, Marggraf Wilhelms, die Pflege Coburg und ein Theil der Saalfeldiſchen Lande zu, die derſelbe, ſeit der Theilung vom J. 1411, inne gehabt hatte b).

Mit dieſem Zeitraum beginnt nun zwar gewiſſermaßen eine neue Epoche in der Geſchichte der Coburg-Saalfeldiſchen Lande; aber der Nachrichten und Urkunden ſind noch zu wenig um ihr ein neues Intereſſe zu geben, und ihre kirchliche und politiſche Verfaſſung war jezo noch die weſentliche, die ich in ihrer Geſchichte des Mittelalters vorgetragen habe. Selbſt von den Regentenhandlungen des neuen Kürfürſt Friedrichs iſt weiter nichts auf unſere Zeiten gekommen, als daß er gleich nach ſeiner Regierungsantritt, (1425) unter den Namen eines Herzogs zu Sachſen, den Städten Coburg, Rodach, Eißfeld, Helbburg und Saalfeld mehrere Freiheiten ertheilte, welche die Emporhebung ihres ſtädiſchen Gewerbes zum Zweck hatten c). Auſſer dem verdienet noch der Umſtand bemerkt zu werden, daß Friedrich zu Coburg das Münzregal ausübte und von der daſigen Münzſtette, die hier ſchon in frühern Zeiten angeleget war, d) Gebrauch machte. Die Münze, die er, als Beſitzer der Coburgiſchen Lande, ausprägen ließ, beſtehet in mehrern Groſchen, auf deren Hauptſeite das Coburgiſche Stadtwappen, nehmlich der Morenkopf und ein aufrechtſtehender Löwe e) zu ſehen iſt, mit der Umſchrift: Fridericus dux Saxoniae. Auf der Rückſeite

brecht III. der R. Wirtenbergiſche Mannsſtamm ausſtarb, betrachtete K. Siegmund deſſen Lande und Würden für heimgefallene Reichslehne und verliehe ſolche dem Marggraf Friedrich dem Streitbaren zu Meiſſen, welcher von nun an den Marggräflichen Titel gegen den, eines Herzogen zu Sachſen vertauſchte.

b) S. die Coburg. Land. Geſch. des M. Alters S. 65. — Der Meißniſche Beſitz an den heutigen Fürſtenthum Saalfeld, beſchränkte ſich damalen nur auf die Stadt und einige umliegende Ortſchaften; die übrigen Lande waren zum Theil ein Eigenthum der daſigen Abtei, und wurden zuerſt bei der Reformation mit Sachſen vereiniget. Die Saalfeldiſche Herrſchaft Gräfenthal befande ſich in den Händen der Grafen von Orlamünde, die ſie 1435 an die Erbmarſchalle von Pappenheim verkauften, und die Stadt Pößneck war noch eine Beſitzung der Grafen von Schwarzburg u. ſ. w. Wie dies alles nach und nach an das Erneſtiniſche Haus Sachſen gekommen, werde ich in der zweiten Abtheilung erläutern.

c) Die hierüber vorhandenen Urkunden ſtehen theils in Gruners Beſchr. des Fürſtenth. Coburg, theils in Krauſens Hildburgh. L. Hiſt. Das Privilegium für Saalfeld findet man im Urk. Buch Nr. I.

d) S. Horns Geſch. Friedrichs des Streitb. S. 251. und meine Cob. L. Geſch. des M. Alters S. 144.

e) Wie der Morenkopf in das Coburgiſche Stadtwappen gekommen ſeyn mag, iſt noch nicht zur Gewißheit gebracht worden. Hön in ſeiner Cob. Hiſt. B. 1. S. 129 macht uns mit einigen, zum Theil lächerlichen, Muthmaßungen bekannt, die man zu ſeiner Zeit über jene Frage aufgeſtellt hatte. Er ſelbſt leitet den Urſprung dieſes ſchwarzen Kopfs von dem heiligen Moritz ab, welcher in ältern Zeiten von der Stadt Coburg als Kirchenpatron verehret und die daſige Hauptkirche, die ſchon im 11ten Jahrhundert erbauet war, nach ihm mit den Namen:

ſtehet der Meißniſche Helm, auf welchem ſich zwei Büffelshörner mit acht belaubten Stäben befinden; die Umſchrift heißet: Moneta nova. Da dieſe Münze in der Sächſiſchen Münzgeſchichte bisher ganz unbekannt geblieben iſt, f) ſo habe ich ſie auf dem Titelblatte des Urkundenbuchs abdrucken laſſen, um zur Erweiterung der Sächſiſchen Münzkunde einen kleinen Beytrag zu liefern. Ich glaube nicht zu irren, ihren Urſprung in die Regierungszeit Kurfürſt Friedrichs I. zu ſetzen, weil, nach ihm, keiner dieſes Namens die Pflege Coburg alleine beſeſſen hat. — Friedrich gieng übrigens ſchon im J. 1428 aus der Welt und hinterließ vier Söhne, als: Friedrich II., Siegmunden, Heinrichen, und Wilhelmen, unter welchen die zwei letztern, bey ihres Vaters Tode, noch minderjährig waren und unter der Vormundſchaft ihres älteſten Bruders ſtanden.

Friedrich II. nahm von der Kur und dem Herzogthum Sachſen Beſitz, regierte aber in der Pflege Coburg und den übrigen väterlichen Landen mit ſeinem zweiten Bruder, Siegmung, in Gemeinſchaft. In dieſen Verhältniſſen erneuerten beide Fürſten im J. 1431 die Erbverbrüderung mit dem Hauſe Heſſen, die jetzo auch auf die Coburgiſchen Lande ausgedehnet und vom Landgraf Ludwig zu Heſſen hier zum erſtenmal die eventuelle Erbhuldigung eingenommen wurde g). Auch geſtatteten ſie (1433) dem Stadtrath zu Coburg, zur Tilgung ſeiner Schulden die Erhebung des Umgeldes auf 6 Jahre h) und befreiten die, der daſigen Probſtei zugehörigen, Güter zu Neundorf, (Neudörfles) von der Frohnpflichtigkeit und vom Hundelager, oder von der damalen noch gewöhnlichen Verbindlichkeit der Unterthanen, die fürſtlichen Jagdhunde zu erhalten i).

Nach dem Ableben des jungen Herzog Heinrichs († 1435) beſchloſſen deſſen drei Brüder, Friedrich, Siegmund und Wilhelm eine Landesſonderung auf neun Jahre, bei welcher unter andern, die fränkiſchen Ortslande oder die Pflege Coburg dem Herzog Siegmund zugetheilet wurden k). Wir haben aber von ihm nur zwei Urkunden in Händen, die ihn als Coburgiſchen Regenten aufführen. In der einen vom 15. May J. 1436, errichtete er, nach dem Geiſte damaligen Zeiten, mit den beyden

zu St. Moritz beleget wurde. Dieſer fromme Mann ſoll aus dem Morgenlande gebürtig geweſen ſeyn und die Geſtalt eines Mohren gehabt haben. — Der Löwe iſt eigentlich das Meißniſche Wappen, und wurde erſt nach dem Uebergang der Pflege Coburg an die Marggr. zu Meiſſen (1353) ſtatt der Henneberg. Henne, dem Stadtwappen einverleibet.

f) Man findet ſie weder in Schlegels Abhandlung von Sächſiſchen Münzen (1722) noch in Böhmens S. Münzcabinet, (1765) wo doch dieſer Zweig der hiſtoriſchen Hülfswiſſenſchaft am ausführlichſten behandelt worden iſt. Ich habe die Bekanntmachung dieſer ſeltenen Münze der Gefällgkeit, meines Freundes, des Hn. Raths Martini zu Coburg, zu verdanken, der mir ſolche aus ſeiner Sächſ. Münzſammlung mitgetheilt hat.

g) Dipl. in Krauſens Hildburgh. E. Hiſt. Th. 1. S 285. — Ungedruckten Nachricht zu Folge, haben damals die Heſſiſchen Abgeordneten, bey dieſer feierlichen Handlung, 3 fl. 15 gr. verzehrt und für die Ausfertigung der gewöhnlichen Reverſalien 1 fl., als Honorar erhalten.

h) Höns Cob Hiſt. B. II. S. 100.

i) Beyl Nr. II. S. 4.

k) Die Theilungs Urkunde vo 4. Jan. 1436, ſtehet in Lünigs R. Arch. P, sp. Cont. II. S. 211.

Grafen, Georgen und Wilhelmen von Henneberg, ein dreijähriges Schutzbündniß, welches die wechſelſeitige Vertheidigung der Coburgiſchen und Hennebergiſchen Lande zum Zweck hatte. Beide Theile gaben einander die Verſicherung, im Fall eines reitenden Kriegs, ihre beiderſeitigen Amtleute zu Hartenberg, Meyenberg, Coburg und Königsberg zuſammen zu ſchicken, um einander mit funfzehen Gleven Beiſtand zu leiſten l). Die zweyte Urkunde liefert ein Beiſpiel von der Leichtſinnigkeit, mit welcher man in der Vorzeit ganze Länderſtücke, um ſehr geringen Preiß, zu veräuſſern pflegte. Herzog Siegmund verkaufte nehmlich das, zur Pflege Coburg gehörige, Schloß und Amt Neuhaus, mit allen darzu geſchlagenen Dörfern, Waldungen und Wildbahnen, ſammt der hohen und niedern Gerichtsbarkeit, um 6000 fl. rhn. an die Gebrüdere von Roſenau, Münzmeiſter genannt, mit Vorbehalt des Oefnungsrechtes und mit Ausnahme des Zeidel- (Bienen) und Harzwaldes, worauf man damals einem gewiſſen Werth ſetzte m). Obgleich Siegmund ſich den Wiederkauf dieſes Amtes ausbedungen hatte, ſo blieb es doch eine lange Reihe von Jahren in den Händen des Coburgiſchen Adels und wurde zuerſt im J. 1611, vom Herzog Johann Caſimirn zu Coburg, nach Erlöſchung des Gotzmanniſchen Geſchlechtes, als eröfnetes Mannlehn, wieder im Beſitz genommen.

Siegmunds Regierung war von kurzer Dauer. Schon im J. 1437 vertauſchte er die weltliche Herrſchaft mit der Mönchskutte und gab die ihm zugetheilten Lande, an ſeine zwei weltlichen Brüder wieder zurück n). Dieſer unerwartete Entſchluß war keine Folge ſeiner Frömmigkeit; ſondern eine leidenſchaftliche Liebe, die er auf eine adeliche Nonne, im Kloſter Wildenfurth bei Weida, geworfen hatte, bewog ihn, ſich dem geiſtlichen Stande zu widmen und von Biſchof Johann zu Merſeburg die Weihe zu empfangen. Siegmund glaubte, unter der Maske eines Prieſters, einen freien Zutritt zu jener, eben nicht veſtaliſchen, Nonne zu erlangen und mit ihr deſto unverdächtiger umgehen zu können o). Aber ſeine Ausſchweifungen wurden bald entdeckt und veranlaßten ſeinen Bruder, Kurfürſt Friedrichen, ſich ſeiner Perſon zu bemächtigen und ihn nach Freyburg an der Unſtrut in Verwahrung zu bringen p). Man leitete zwar nachher die Sache dahin ein, daß Siegmund 1437 eine Domherrnſtelle

l) Beyl. Nr. III. S. 4. Ein Gleve war ein zum Schild geborner Ritter, in deſſen Gefolge ſich noch 4 gerüſtete und mit Lanzen verſehene Edelknechte befaneen, und mithin 15 Gleven eine Schwadron von 75 Pferden ausmachten.

m) Beyl. Nr. IV. S. 7. Die ſogenannten Zeidel- oder Bienenwaldungen, woſelbſt ſich die Waldbienen in hohlen Bäumen anbauten, gewährten im Mittelalter eine ſo bedeutende Honigausbeute, daß man das Recht, dergl. Bienen zu Zeideln, d. i. zu ſchneiden und ihnen das Honig zu nehmen, zu einem Regal erhob, deſſen Verwaltung die deutſchen Kayſer ihren Aufſehern über die Reichswaldungen übertrugen, oder auch an Privatperſonen, gegen einen jährl. Honigzinß, zu verleihen pflegten. Noch in unſern Tagen gehört die Benutzung der Waldbienen zur Mitteljagd. — Das Wort zeideln iſt übrigens Slaviſchen Urſprung und kommt von cideli, den ſchneiden, her. Henze älteſte Geſch. von Franken S. 95.

n) Dieß bezeuget eine Urk. vom J. 1437, am Montag nach Reminiscere (den 25. Febr.) in Lünig l. c. p, 214.

o) Chron. terrae Misn. ap. Menck. S. R. G. T. II. p. 336.

p) Müllers S. Annalen S. 20.

in Würzburg erhielt und endlich 1440 zum Biſchoff daſelbſt erwählet wurde: Aber auch hier zog er ſich, durch ſeine unordentliche Lebensart, den Verluſt der biſchöflichen Würde zu; q) und ob ihm gleich ſein Bruder, Kurfürſt Friedrich, im J. 1443 einen Theil der Coburgiſchen Lande zum Unterhalt einräumte r), ſo wurde er doch bald darauf, wegen einer, gegen demſelben, mit dem Burggrafen zu Meiſſen und einigen Böhmiſchen Magnaten, eingegangenen Verbindung, vom neuen in Verhaft genommen, in welchem er 1463 zu Rochlitz ſein Leben endigte s). Sein Leichnam wurde in der Capelle zu Meißen in die Gruft verſenket und ihm daſelbſt ein Epithaphium errichtet, auf welchem er im biſchöflichen Ornate abgebildet iſt t).

In der Würzburgiſchen Geſchichte hat übrigens Siegmund — um es hier nur beiläufig zu bemerken — ein Denkmal hinterlaſſen, welches auf den *äußern* Glanz des vormaligen Bißthums einen großen Einfluß hatte, und auch in ſtaatsrechtlicher Hinſicht, von wichtigen Folgen war. In ſeinen, als Biſchoff, ausgeſtellten Urkunden, bediente er ſich des Titels eines *Herzogs zu Sachſen*, und in ſeinen Siegeln führte er, neben dem S. Kurſchwerde, auch das Sächſiſche Wappen u). Dadurch gab Siegmund Anlaß, daß ſeine Nachfolger in der biſchöflichen Würde ſich für berechtigt hielten, ebenfalls den herzoglichen Titel anzunehmen und ſich *Herzoge zu Franken* zu nennen. Biſchoff Gottfried zu Würzburg, ein gebohrner Graf von Limburg, Siegmunds unmittelbarer Nachfolger, war der erſte, der dieſen Titel führte, und ob gleich ſchon damalen die Burggrafen von Nürnberg ſich dieſer Anmaßung widerſetzten x), ſo ließen ſich doch die nachfolgenden Biſchöffe nicht verhindern, den Gebrauch des herzoglichen Titels beizubehalten. Dieſe Eitelkeit erweckte bei den Fränkiſchen Fürſten erſt dann eine größere Aufmerkſamkeit, als Biſchof Conrad zu Würzburg vom Kaiſer Karln V. im J. 1521 eine förmliche Beleihung mit dem *Herzogthum Franken* auswürkte, ohne daß in der Urkunde die Grenzen beſtimmt wurden, die daſſelbe begreifen ſollte. Die Kurfürſten zu Manyz, Sachſen und Brandenburg,

q) Im J. 1442 wurde Siegmund vom Kaiſer Friedrich III. förmlich ſuspendiret und endlich zur gänzlichen Verzichtsleiſtung auf den Beſitz des Hochſtiftes genöthiget. Spalat. vita Sigismundi ap Menck. l. c. T. II. p. 1028.

r) S. Beyl. Nr. IX. de a. 1443, S. 18 worinne der Stadtrath zu Coburg dem Herz. Siegmund unter der Vorausſetzung huldiget, wenn er ſich, nach den Willen ſeines Bruders, des Kurfürſten, betragen würde.

s) Müllers S. Annalen, S. 36, laſſen zwar Siegmunden ſchon im J. 1450 mit Tode abgehen; aber die Grabſchrift in den Monum. Landgr. Thur. ap Menck. T. II. p. 852, ſetzet ſeine Sterbezeit in das J. 1563.

t) Es ſtehet in Thur. Sacra nr. 48. und hat folgende Umſchrift: Anno Dni MCCCCLXIII. am heil. Christag zu Nacht ist der Hochwirdig in Gott Vater und hochgeborne Fürst und Herr. Herr *Sigmund*. Bischoff zu Wirzburg. Herzog zu Sachsen Landgrav in Döringen und Markgrave zu Meissen verschieden. der im Eingang der Capellen begraben leit. dem Gott g.

u) v. Senkenbergs Samml. rarer Schriften Th. III. S. 321 u. ſ. w. wo man auch von dem Siegel Biſchof Siegmunds einem Abdruck findet, im welchem derſelbe, ſtatt des ſonſt gewöhnlichen Buchs, in der rechten Hand ein *Schwerd* und in der linken den Biſchofsſtab führte.

x) v. Jungs Miscell. T. I. p. 258.

ingleichen der Biſchoff zu Bamberg, die ſämmtlich im öſtlichen Franken bedeutende Länder inne hatten, und deren landeshoheitlichen Gerechtſame durch jene Verleihung gefähdet werden konnten, legten deswegen eine feierliche Proteſtation ein, und würkten vom Kaiſer die Verſicherung aus, daß die, dem Stifte Würzburg ertheilte, Belehnung mit dem Herzogthum Franken ihren landeshoheitlichen Rechten im Lande zu Franken unnachtheilich ſeyn ſollte y).

Nach Siegmunds Uebergange zum geiſtlichen Stande erblickten wir ſeine zwei Brüder, Kurfürſt Friederichen den ſanftmüthigen und Wilhelmen dem tapfern, einige Jahre hindurch in ungetheilten Beſitz der Pflege Coburg, deren Verwaltung ſie einen Landvogte anvertrauten z). Ihre Regierung begann mit der Theilnahme an einer Fehde, die ſich in der Nachbarſchaft angeſponnen hatte. Die Gebrüder von Thüngen, eine reichbegütherte Familie in Franken, hatten nehmlich im J. 1437 mit ihren reiſigen Knechten den Biſchof Johann zu Würzburg überfallen und einen Theil ſeiner Lande ausgeplündert. Da der Biſchof nicht mächtig genug war, Widerſtand zu leiſten, ſo nahm er ſeine Zuflucht zu Kurfürſt Friedrichen und ſeinen Bruder, die ſich verbindlich machten, ihm mit 600 gerüſteten Pferden und 2000 Fußgängern, Beiſtand zu leiſten, auch zur Belagerung der Thüngiſchen Veſten, mit Büchſen, Büchſenmeiſter und Pulver an die Hand zu gehen. Dafür verſprach der Biſchof, dem Sächſiſchen Hauptmann 2000 fl. an baaren Gelde zu bezahlen und 15 Fuber Wein zu ſchicken, auch für die Verpflegung ſeiner Truppen zu ſorgen a). Die Kriegskoſten beliefen ſich auf 7600 fl. weswegen das Domkapitel nachher (1441) den beiden Fürſten das Schloß und Amt Ochsfurth wiederkauflich abtrat b).

Ungleich wichtiger für die Coburgiſche Landesgeſchichte, ſind die ſtaatsrechtlichen Verhältniſſe der zwei fürſtl Brüder mit der hieſigen Ritterſchaft, die jezt anfieng, ſich im Staate ein politiſches Gewicht zu verſchaffen und beſonders auf eine Beſchränkung der willkührlichen Beſteuerung hinzuwürken, die, in Anſehung der adelichen Beſitzungen, herkömmlich war. Eine Urkunde vom J. 1438 giebt uns hierüber den beſten Aufſchluß c). Man findet darinne die erſte Spur eines Steuerverwilligungsrechts, welches die Coburg. Ritterſchaft, bei Gelegenheit einer ungewöhnlichen Abgabe, die beide Fürſten von ihr verlangten, geltend zu machen und mit ſo vieler Beharrlichkeit durchzuſetzen wußte, daß Kurfürſt Friedrich und ſein Bruder ihr die Verſicherung ertheilten, ſie künftighin mit dergleichen Abgaben, ohne ihre Zufrie-

y) Das Original dieſer Urkund (Beyl. nr. XXVI.) befindet ſich in dem hieſigen Archiv, wodurch die Pflege Coburg, als ein Theil von Oſtfranken, damals gegen die Würzburg. Hoheitsanmaßungen geſichert wurde.

z) S. die Urkunde vom J. 1437 in Lünig l. c. p. 215, worinne beide Fürſten die Abrede nahmen, in dem, von Siegmund zurückgegebenen, Landestheil zwei Landvögte zu beſtellen, als: einen zu Coburg und den andern zu Weißenfels.

a) Beyl. nr. V. S. 10.

b) Dipl. orig. d. d. 1441, an St. Peterstag.

c) Sie ſtehet in der Cob. L. Geſch. des M. Alters S. 111 des Urk. Buchs.

Zufriedenheit, nicht mehr zu belegen. Die nehmliche Urkunde enthält aber den Beweiß, daß der hieſige Adel, wegen ſeiner Güter vormals beed- und ſteuerpflichtig geweſen ſey, und daß er ſich erſt nachher im Beſitz der Steuerfreiheit geſetzet habe, auf deſſen Grunde er jetzt ſich der Beſteuerung entziehen wollte d). Doch waren dieſe, dem Staate nachtheilichen, Verhältniſſe von keiner Dauer und ein Jahrhundert ſpäter war die Steuerpflichtigkeit der Coburgiſchen Ritterſchaft, wie die Folge zeigen wird, keinem Zweifel mehr unterworfen e).

Ein anderes Ereigniß dieſer Zeit, welches hier bemerkt zu werden verdienet, war dieſes, daß die Pflege Coburg ein Reichslehen wurde. Seit ihrer Vereinigung mit dem Hauſe Sachſen, ſtand ſie mit Kaiſer und Reich in keinem Lehnsverbande, ſondern hatte ihre urſprüngliche Eigenſchaft eines reinen Allodiums bis jetzt beibehalten. Denn obgleich Marggraf Friedrich der ſtrenge und ſeine Brüder im J. 1350 vom Kaiſer Carln V. über die Herrſchaften Coburg und Schmalkalden eine eventuelle Beleihung ausgewürket hatten f); ſo war dieß doch nur aus politiſchen Abſichten geſchehen, um ſich dadurch des alleinigen Beſitzes dieſer, damals auf den Anfall ſtehenden, Lande zu verſichern und die zwei andern Allodial-Erben, Graf Eberharden von Würtemberg und Burggraf Albrechten zu Nürnberg, die gleiche Erbrechte daran hatten, davon auszuſchließen g). Allein dieſer Plan gieng nicht durch, mithin blieb auch jene Beleihung ohne Würkung. Als endlich im J. 1440, durch das kinderloſe Ableben Herzog Friedrichs des friedfertigen zu Sachſen, die Thüringiſchen Lande, die er (1406) von ſeinem Vater, Landgraf Balthaſern ererbt hatte, dem Reiche eröfnet wurden, und Kurfürſt Friedrich und ſein Bruder Wilhelm als nächſte Stammvetterr, beim König Friedrich V. um deren Beleihung anſuchten, faßten ſie zugleich, um ſich dem König gefällig zu machen, den Entſchluß, die Allodial-Eigenſchaft der Coburgiſchen Lande aufzugeben und ſolche dem Kaiſer und Reiche lehnbar zu machen. Im Jahre 1441 wurden ſie vom Friedrich V. damit zum erſtenmal beliehen h), und ſeitdem findet man in allen nachherigen Lehnbriefen die Fränkiſchen Ortslande, als Reichslehen, mit aufgeführt.

d) Die Wahrheit dieſer Angabe gehet aus der ſo eben angeführten Urkunde hervor, worinne beide Herzoge ſagen: — „Unſere Mannen im Lande zu Franken ſeyn in Herkommen großer „Freiheit, alſo daß ſie vns nit mehr Bete geben haben". —

e) Man ſehe unter andern den Landtags-Abſchied vom J. 1558, in der Beil. no. XXXVI. S. 93.

f) Dipl. im 1. Th. der Henneb. Geſch. S. 252.

g) S. die Cob. L. Geſch. des Mittelalt. S. 61.

h) Beil. no. VIII. S. 16. in dieſer Urk. heißt es ausdrücklich: daß Kurfürſt Friedrich und ſein Bruder, die Schlöſſer und Städte zu Franken, die ihre Eltern und Sie bisher als Eigenthum beſeſſen, dem König und dem deutſchen Reiche zu ewigen Zeiten zu Lehen aufgegeben und jetzt zu Lehen empfangen hätten.

§. II.

Landestheilung zwiſchen Kurfürſt Friedrich II. und ſeinem Bruder, Wilhelm den tapfern. Letzterer bekommt, neben einem Theil der Thüringiſchen Lande, auch die Pflege Coburg.

Vom J. 1445 — 1282.

Der vorhin erwähnte Thüringiſche Länderanfall war die nächſte Veranlaſſung zu der bekannten Landestheilung, welche im J. 1445 zwiſchen Kurfürſt Friedrichen und ſeinem Bruder Wilhelm zwar zu Stande kam, aber bald darauf eine Reihe von Mißverſtändniſſe erzeugte, die zuletzt in öffentliche Feindſeligkeiten ausbrachen. Man theilte ſämmtliche Lande, mit Ausſchuß des Herzogthums Sachſen, in zwei Portionen, nehmlich in die Thüringiſche und in die Meißniſche und ſchlug zu jeder derſelben gewiſſe Schlöſſer, Städte und Aemter, die in der Urkunde namentlich verzeichnet wurden i). Vermöge des, im Hauſe Sachſen eingeführten, Gebrauchs, hätte nun eigentlich der ältere Bruder die Theile machen und dem jüngern die Wahl überlaſſen ſollen. Dießmalen gieng man aber, ohne daß man weiß, warum? von dieſer Gewohnheit ab, indem Herzog Wilhelm, als der jüngere, die Theile machte und ſein älterer Bruder, Kurfürſt Friedrich, einen davon wählte. Seine Wahl fiel auf den Thüringiſchen Theil, zu welchem unter andern auch die Pflege Coburg, oder die ſogenannten Fränkiſchen Ortslande geſchlagen waren.

Gegen die Wahl ſelbſt konnte nun zwar Herzog Wilhelm keine Einwendung machen: Er trat aber mit manchen Beſchwerden auf, wodurch die wechſelſeitige Ueberweiſung der getheilten Lande verhindert wurden. Unter andern glaubte er in ſo fern eine Verkürzung erlitten zu haben, weil ſein Bruder die Regiſter, oder die Ertragsanſchläge, auf deren Grund Wilhelm die Theile ausgeworfen hatte, nicht richtig — oder wie die Urkunde ſaget, — unredlich und unbeſtändig gefertiget und ihn dadurch vervortheilet habe. Dieß iſt wenigſtens die Urſache, die derſelbe in einer noch unbekannten Urkunde, als Hauptgrund ſeiner Unzufriedenheit, anführet und den Theilungsvertrag für unverbindlich erklärte k). Da Kurfürſt Friedrich auf Wilhelms Beſchwerden keine Rückſicht nahm, ſo wendete ſich letzterer an die Thüringiſchen Grafen und Herrn, denen er die Bedruckung ſeines Bruders vorlegte und ſie in ſein Intereſſe zu ziehen wußte. Es kam auch wirklich am 19 Oct. 1445 zwiſchen dem Herzoge und den Thüringiſchen Ständen, namentlich: mit den Grafen von Stollberg und von Mannsfeld, ingleichen mit verſchiedenen Herrn von Adel, eine förmliche Verbindung zu Stande, worinne beide Theile ſich einander wechſelſeitigen Schutz und Hülfe zuſagten l). Indeſſen verſuchten es die Meißniſchen, Thüringiſchen und Fränkiſchen Landſtände, die, zwiſchen beiden Brüdern entſtandenen Theilungs-Irrungen

i) Dipl. in Lünigs R. Arch. P. ſp. Cont. II. S. 228; ſ. auch Müllers Annal. S. 23.
k) Beil. nr. X. S. 18.
l) Siehe die Note i) angeführte Urkunde nr. X.

in Güte beyzulegen m), und es gelang ihnen, unter der Vermittelung des Erzbiſchof Friedrichs zu Magdeburg, Kurfürſt Friedrichs zu Brandenburg und Landgraf Ludewigs zu Heſſen, am 11. Dec. 1445 zu Halle einen Vergleich zu Stande zu bringen, vermöge deſſen das Fürſtenthum Thüringen, das Oſterland und die Pflege Coburg dem Herzog Wilhelm zugeſprochen auch ihm von ſeinem Bruder ſo fort abgetreten wurden n).

So ſehr man ſich auch bemühet hatte, die brüderliche Eintracht herzuſtellen, ſo wurde ſie doch bald darauf vom neuen geſtört. Herzog Wilhelm hatte in der Perſon Apel Vitzthums und deſſen Bruders Buße, zwei Männer an der Seite, denen er ein unbegrenztes Vertrauen ſchenkte, ohne die Intriken zu durchſchauen, die ſie bei ihren Rathſchlägen, zu ihrem eignen Intereſſe, im Schilde führten. Schon an den vorhin bemerkten Theilungszwiſtigkeiten hatten ſie, nach Wilhelms eigneu Geſtändniſſe, o) dem meiſten Antheil, und da ſie wuſten, daß ſie ſich dadurch den Haß Kurfürſt Friedrichs zugezogen hatten, ſo konnten ſie leicht voraus ſehen, daß eine Ausſöhnung mit ſeinem Bruder ihren Sturz zur Folge haben würde. Es war ihnen alſo daran gelegen den Geiſt der Zwietracht zu unterhalten und entwarfen in dieſer Abſicht ein neues Regiſter von Verkürzungen, mit welchen Wilhelm zum zweitenmal gegen ſeinem Bruder auftrat und Genugthuung forderte. p) Die dadurch erzeugten Mißverſtändniſſe brachen nun vom Neuen in Feindſeelichkeiten aus, und eine wechſelſeitige Verheerung der fürſtl. Lande beſonders aber der Vitzthumiſchen Güter in Thüringen war die Folge der erbitterten Gemüther. Kurfürſt Friedrich zu Brandenburg und Landgraf Ludwig zu Heſſen ſchlugen ſich abermals ins Mittel und ſuchten die brüderlichen Irrungen (1448) in einer Zuſammenkunft zu Naumburg beizulegen. Ihre Bemühung blieben jedoch fruchtlos, weil Kurfürſt Friedrich zu S. dabei zur Bedingung machte, daß Wilhelm die ſo feindſelig geſinnten Miniſter von ſeinem Hof entfernen möchte. Während den Unterhandlungen, ritte Apel Vitzthum, der nichts weniger als Frieden wünſchte, nach Böhmen, und errichtete mit einigen dortigen Magnaten einen Hülfsvertrag, worinne ſie verſprachen, dem Herzog, gegen Bezahlung eines beträchtlichen Soldes, mit einen Heere von 9000 Mann, wieder ſeinem Bruder Beiſtand zu leiſten. q) Die Böhmen rukten würklich in Thüringen ein, und ob ſie gleich, bei den vom neuen angeknüpften Friedensunterhandlungen, unthätig blieben, ſo verlangten ſie dennoch ihren Sold, deſſen Bezahlung

m) Dee hierüber von ſämmtlichen Ständen getroffene Abrede vom Jahre 1445 ſtehet in Höns Cob. Hiſt. B. II. S. 105 u. 109.

n) Dipl. in Lünig l. c. P. spec. Cont. 2. p. 227. Verglichen mit Pfanners Aufſatze von den S. Landestheil. Cap. VI. §. 17.

o) S. Herz. Wilhelms Zuſprüche wieder die Vitzthume in meinen hiſtor. Schriften ꝛc. (1801) S. 262, wo ich dieſen Bruderkrieg, beſonders in Hinſicht der dabei intereſſirtem Vitzthume, ausführlich erzehlet habe.

p) Beilage Nr. XI. S. 21.

q) Hartm. Kammermeiſters Annal. ap. Menck. S. R. G. T. III. p. 1192.

den Herzog in die gröſte Verlegenheit ſetzte. Sein Miniſter, Apel Vitzthum, that ihm nun den Vorſchlag den Böhmiſchen Herrn für ihre Forderung die Herrſchaft Saalfeld nebſt den benachbarten Städten und Aemter Weyda Arnshaug, Neuſtadt, Roniß Pößneck u. a. m. erb- und eigenthümlich zu überlaſſen. r) Zum Glück fand aber der Herzog ſelbſt Bedenken, auf einen Antrag einzugehen, welcher der fideicommiſſariſchen Verfaſſung des Hauſes Sachſen offenbar entgegen war, und mithin nie zur Gültigkeit gelangen konnte.

Alle dieſe Begebenheiten gehören zwar in die allgemeine Geſchichte des Hauſes Sachſen, ſie haben aber auch auf die Schickſale der Pflege Coburg einen bedeutenden Einfluß, weil ſie zu den Vitzthumiſchen Erwerb dieſer fränkiſchen Ortslande die nächſte Veranlaſſung gaben. Apel Vitzthum ſuchte ſich nemlich, für die Verwüſtungen, die er vom Kurfürſt Friedrich zu Sachſen auf ſeinen Thüringiſchen Gütern erlitten hatte, ſchadlos zu halten und brachte deswegen bei Herzog Wilhelmen einen Ländertauſch in Antrag, nach welchem er ſeine verwüſteten Beſitzungen Roßla, Sulza und Rennſtädt in Thüringen, dem Herzoge einräumen wollte, dieſer hingegen ihm davor die ſächſiſchen Ortslande in Franken, und zwar die Schlöſſer und Aemter Coburg, Königsberg, Hildburghauſen, Neuſtadt an der Heide, Ummerſtadt, Eißfeld, Rodach, Heldburg und Sonnenberg, um eine Summe von 42000 fl. wiederkauflich abtreten möchte. Der gutmüthige Wilhelm war von dieſem ränkevollen Rathgeber ſo ſehr eingenommen, daß er keinen Augenblik Anſtand nahm, dieſen äußerſt nachtheiligen Länderhandel im J. 1447 einzugehen, zu welchem auch ſeine Gemahlin Anna, deren Leibgeding auf die Pflege Coburg verſichert war, ihre Einwilligung gab. s) Beide ertheilten ſo fort den Coburgiſchen Unterthanen den Befehl, ihre Abgaben an Beeden, Steuern und andern Gefällen, an den Ritter, Apel Vitzthum, abzuliefern und ihm ſolange, bis der Wiederkauf um 42000 fl. erfolget ſeyn würde, die nemliche Treue und Unterwürfigkeit zu erweiſen, die ſie ihrem bisherigen Landesfürſten ſchuldig geweſen waren. t) Ueber dieſe Länderveräuſerung war ſelbſt Kaiſer Friedrich II., als Vormund der Herzogin Anna, höchſt unzufrieden. Er befahl dem Herzog Wilhelm (1448) ſehr nachdrücklich den, mit Apel Vitzthumen geſchloſſenen Kaufcontract wieder aufzuheben, weil dadurch der Witthum ſeiner Gemahlin beeinträchtiget und das Reichslehen geſchwächet werde. u) Dieß blieb jedoch ohne Würkung; vielmehr wußte Apel den Beſitz der Coburgiſchen Lande dadurch noch mehr zu beveſtigen, daß ihm der Herzog und deſſen Gemahlin im J. 1449. eine erneuerte Beſtätigung der Verkaufsurkunde ertheilte, worinne man ihm ſogar die Verſicherung gab, daß er auch, nach ihren dereinſtigen Ableben, im ungeſtörten Beſitze dieſer Lande bleiben ſollte. v)

r) S. die oben (Note n) angeführten hiſtor. Schriften rc. S. 265.
s) Müllers S. Annalen S. 26, ad a. 1447.
t) Beil. Nr. XII. S. 23.
u) Beilagen Nr. XIII. u. XIV. S. 25.
v) S. die Urk. in meinen hiſt. Schriften. S. 256.

Ohne Zweifel hatte Apel Vitzthum die Abſicht, den wiederkauflichen Erwerb der Pflege Coburg mit der Zeit in einen Erkauf zu verwandeln und ſolche auf immer an ſeine Familie zu bringen. Sein Plan wurde aber durch den zwiſchen Herzog Wilhelmen und ſeinem Bruder Kurfürſt Friederichen, am 27. Jenner 1451, geſchloſſenen Frieden auf einmal vereitelt. Jetzt hatte man nun die beſte Gelegenheit, den, ſo viele Jahre lang geteuſchten, Herzoge von den empfindlichen Schaden, den er durch die Vitzthumiſche Rathſchläge erlitten hatte, ſo überzeugende Beweiſe in die Hände zu liefern, daß er ſich nunmehr bewogen fand, dieſem untreuen Staatsdiener ſein Zutrauen ganz zu entziehen. Genug, Wilhelm forderte Apeln zu Ende des Jahres 1451. nicht nur zu Verantwortung ſeiner nachtheiligen Handlungen auf, ſondern verlangte auch von demſelben die Abtretung der fränkiſchen Ortslande, die er demſelben (1447) verpfändet hatte. Appel berief ſich aber auf die, in Händen habenden, Pfandſchaftsbriefe w) und weigerte ſich ſchlechterdings, die gedachten Lande ſo geradehin, und ohne Bezahlung des Pfandſchillings, herauszugeben. Er ſetzte ſogar die Veſte Coburg in Vertheidigungsſtande und ſuchte, durch Hülfe der Böhmen, den Beſitz ſeiner Pfandſchaft mit Gewalt zu behaupten x) Dieß bewog den Herzog ihn für einen Verräther des Landes zu erklären, und in Verbindung mit Kurfürſt Friedrichen, ſich der Veſte Coburg und der übrigen zur daſigen Pflege gehörigen, Städt und Aemter mit gewafneter Hand zu bemächtigen. Doch war Wilhelm großmüthig genug, dem Eheweibe und den Kindern des flüchtig gewordenen Apel Vitzthums, für die Abtretung der Coburgiſchen Lande, ein Averſional Quantum von 6000 fl. zuzuſichern, für deren Bezahlung Graf Georg von Henneberg als Bürge eintrat. y)

In der Folge mögen aber die Vitzthume über das Verfahren des Herzogs, beim kaiſerl. Hof Beſchwerde geführet haben; wenigſtens iſt noch eine weitleuftige Schrift vorhanden, worinne Wilhelm dem Margraf Albrecht zu Brandenburg und dem Landgraf Ludewig zu Heſſen, die warſcheinlich zu Commiſſarien ernannt waren, ſeine An- und Zuſprüche an Apeln, Buſſen und Bernharden Vitzthumen, ausführlich vorlegte, die ganze Maße ihrer untreuen Handlungen zuſammen ſtellte und den Schaden den ſie ihm dadurch zugefüget hatten, auf 7,50000 fl. beſtimmte z) Die Ent-

w) S. die Verantwortungsſchrift, die Apel Vitzthum am 3. Decbr. 1451 dem Herzog vorlegte, in meinen hiſt. Schriften (1801) S. 258 f.

x) Caſp. Sagittarius erwähnet, in ſeiner ungedrukten Saalfeldiſchen Chronik, eines Schreibens vom J. 1452, worinne Herz. Wilhelm dem Amtmann und Stadtrath zu Saalfeld meldet: „Das Apel Vitzthum der ältere 52 Trabanten aus Böhmen zuſammen gebracht und in „einem Holze bei Coburg verſtecket habe, in der Abſicht ſie heimlich in das Schloß bringen „zu laſſen, um ſich darinne gegen ihm zu vertheidigen. Es wären aber dieſe 52 Trabanten „von ſeinen (des Herzogs) Hauptleuten ausgekundſchaftet und am heil. Pfingſtabend gefangen „worden. Er befehle alſo, daß in allen Kirchen und Klöſtern zu Saalfeld dem allmächtigen „Gott für ſolche Gnade, Lob und Dank geſaget werde.“

y) S. die Urk. Herz. Wilhelms d. d. Coburg den 21. May 1452, im 1. J. der Henneb. Geſch. S. 593.

z) S. Herz. Wilhelms Zuſprüche gegen die Vitzthume, in meinen hiſtor. Schriften, S. 261.

ſcheidung der Sache ſcheinet aber für die Vitzthume eben nicht günſtig ausgefallen zu ſeyn; denn man ſiehet aus ein r ſpätern Urkunde vom J. 1479, daß Bernhard Vitzthum und die Söhne der, i zwiſchem im Exilio verſtorbenen, zwei Brüder, Apels und Buſſo's, ihren An ſprüchen entſaget und dem Herzog alle, von ihm ausgeſtellten, Schuldverſchreibungen zurukgegeben haben a).

Nach dieſer kurzen Ausſchweifung, die jedoch zur Erläuterung der Coburgiſchen Geſchichte nothwendig war, kehre ich zu Wilhelms Regenten-Handlungen zuruk, die von ihm, als Inhabern der Pflege Coburg, bekannt ſind, und die ſich, beſonders durch ſeine Aufmerkſamkeit auf die Verbeſſerung des Gerichts- und Polizeiweſens, vortheilhaft auszeichnen. Gleich nach der, obenerwehnten Landestheilung errichtete er im J. 1446, auf dem Landtage zu Weiſenſee, eine Gerichts- und Polizeiordnung, die unter die älteſten Conſtitutionen der Art gehöret und ausdrüklich auf die fränkiſchen Ortslande mit ausgedehnet wurde b) Nach dem Inhalte dieſes Landesgeſetzes, ſollten unter andern die Unterthanen nur bei den inländiſchen Gerichtsſtellen Recht nehmen und geben, und bei Strafe der Acht, keine Berufung an auswärtige Gerichte geſtattet werden Ein Fürſprecher (Advocat) ſollte in der Pflege angeſeſſen ſeyn und von einem Gericht (Termin) nicht mehr als einen neuen Groſchen zur Belohnung erhalten. Um die Eingriffe der Geiſtlichkeit in die weltlichen Gerichte zu verhindern, verboth Wilhelm allen Unterthanen bei Strafe und bei Verluſt ihrer Forderung, ſich in weltlichen Angelegenheiten an den geiſtlichen Richter zu wenden. Am meiſten eiferte der Herzog gegen die Anmaſungen der bekannten Fehmgerichte oder weſtphäliſchen Freiſtühle, die ihre Gerichtsbarkeit auch über die Sächſiſchen Lande ausdehnten. Noch im J. 1454 erließ er deswegen an ſeine Beamten zu Ranis Pößnek, Saalfeld und Orlamünde ein ausführliches Mandat, worinne er befahl daß diejenigen, die ſeine Unterthanen für die Freiſtühle zu Weſtphalen fordern würden, für Landesächter und ihres Vermögens für verluſtig erkläret werden ſollten. *)

Auch hatte der Luxus in dieſen Zeitraum ſo ſehr überhand genommen und Städte und Dörfer waren durch unmäßige Schmauſereien in ſo großen Verfall gerathen, daß Wilhelm ſich bewogen fand, nicht nur den Aufwand bei Hochzeiten, Kindtaufen, Leichenbegängniſſen und Kirmſen zu verbiethen und die Zahl der Gäſte einzuſchränken ſondern auch zugleich dem bisherigen Hange zur Kleiderpracht Grenzen zu ſetzen. So ſollte z. B. Niemand, bei Strafe der Confiscation, Kleider von ausländiſchen, ſondern von dem im Lande ſelbſt fabrizirten Tüchern tragen, und den Bauern und Dienſtknechten wurde, bei gleichmäßiger Strafe, das Tragen des ſilbern Geſchmeides, und den Bauersweibern der Gebrauch der Schleyer verbothen. — Um die Landescultur zu befördern, ſollte kein Taglöhner außerhalb Landes arbeiten, auch wurde,

a) Dipl. de a. 1479 ebendaſelbſt. S. 277.

b) Sie ſtehet in Müllers R. Tags Theater unter K. Maximilian I. Vorſtel III. S. 86. f.

*) Dipl. inedit. d. d. Gotha, vf Montag nach Exaudi 1454.

wegen des Geſindeweſens, Hazardſpielens u. ſ. w. manches verordnet, was von der Aufmerkſamkeit zeuget, die man ſchon damals auf polizeiliche Gegenſtände richtete.

Neben dieſem allgemeinen Polizeigeſetz ertheilte auch Herzog Wilhelm im J. 1466 dem Stadtrath zu Coburg noch eine beſondere Gerichts- und Strafordnung, die uns mit dem Geiſte der Geſetzgebung im Mittelalter bekannt macht. Wer z. B. den Andern mit ſchlechten Worten beleidigte, büßte dem Richter 60 Pfennige und dem Kläger eben ſoviel; Scheltworte, ohne Beweiß, wurden zweifach — und mit Beweiß, mit 10 Pfunden verbüßet. Flieſende Wunden, die nicht gefährlich waren, galten 2 1/2 Pfund und dem Kläger von jeder Wunde 1 Pfund; Lähmungen und Gliederabhauen mußte der Thäter mit 10 Pfund verbüßen und dem Beſchädigten, nebſt dem Arztlohn, für jedes Glied 10 Pfund bezahlen, u ſ. w. c) Dieſe geſetzliche Verordnung characteriſiret ſich beſonders dadurch, daß, bei Verbal- und Real-Injurien, der Angeklagte dem Kläger eben ſoviel bezahlen mußte, als die Strafe ausmachte, die der Fiskus bekam; ein Gebrauch, der ſich noch von den Fränkiſchen Capitularien herſchreibet, wo die nehmliche Ordnung ſtatt fand d).

Für die Erweiterung der ſtädtiſchen Rechte und Verfaſſung war dieſe Periode ungemein günſtig So befreiete Herzog Wilhelm die Stadt Rodach (1446) von der Beſuchung der Landgerichte und geſtatte ihr die Ausübung des Gerichts Zwanges e), auch ertheilte er der Stadt Eißfeld die bürgerliche Gerichtsbarkeit, oder das Recht, um bekentliche Schuld zu helfen, und privilegirte ſie zugleich, zur Beförderung des Handels, mit fünf freien Jahrmärkten und einem Wochenmarkt f). Vorzüglich war ſeine Aufmerkſamkeit auf die Emporhebung der Stadt Coburg gerichtet, der es damalen noch ſehr an ſtädtiſchen Eigenſchaften fehlte. Sie hatte noch ſumpfigte und grundloſe Gaſſen, auch mangelte es ihr an einer geräumigen Wohnung, wo ſich das zahlreiche Rathsperſonal, zur Beſorgung öffentlicher Angelegenheiten, verſammlen konnte Da ihre Einkünfte nicht hinreichten, dieſen Gebrechen abzuhelfen, ſo geſtattete ihr der Herzog (1453) die Erhebung des ſogenannten Ungeldes, als einer herrſchaftlichen Revenüe, um von deren Ertrage die Stadt zu pflaſtern und ein Kauf- oder Rathhaus zu bauen g). Auch gab er dem Stadtrath die Erlaubniß, ſowohl den Wein als das Getraide, ſo viel davon in der Stadt conſummirt werde, 20 Jahre lang mit Acciß zu belegen und den Ertrag zur Tilgung der Schulden zu verwenden. Dieſe Conſumtions-Abgabe rechtfertigte der Herzog mit dem Grundſatze: weil ſolche den Fremden eben ſo, wie den Einwohner treffe und mithin dem Lande weniger nachtheilig ſey h). — Unter die Geſundheitspolizei der Vorzeit gehörte bekanntlich das Baaden, wodurch man die Verbreitung des Ausſatzes, den die Kreuzfahrer nach Deutſchland gebracht hatten, zu verhindern und deswegen die Menſchen

c) Beil. nr. XIX. S. 29.
d) Man ſehe die, in der Coburg. Geſch. des Mittelalt. S. 99 Note v) angeführte Stelle.
e) Dipl. in Gruner l. c. S. 427
f) Dipl. d. d. Coburg 1446, in Krauſens Hildburgh. L. Geſch. Th. III. S. 86.
g) S. die Urk. in der Cob. Geſch. der Mittel Alt. S. 116
h) Dipl. ineditt. d. d. Coburg of Donnerſtag nach Quaſimodogeniti 1553.

an die Reinlichkeit zu gewöhnen ſuchte. In dieſer Abſicht erlaubte Wilhelm (1453) der Stadt Coburg die Anlegung einer Baadeſtube vor dem Spitalthor, wovon jährlich ein gewiſſer Zinß, halb der Herrſchaft und halb dem Stadtrath, entrichtet werden ſollte i).

Seine Sorgfalt für Coburg äuſſerte ſich auch dadurch, daß er, als im J. 1466 die daſige Vorſtadt vor dem Spitalthor das Unglück hatte, ein Raub der Flammen zu werden, jedem der abgebrannten Bürger, zur Wiederaufbauung der Brandſtätten, 1 Schock Bauholz verwilligte, und ſie 7 Jahre lang von der Frohne, Steuer und Heeresfolge jenſeits des Thüringer Waldes befreiete: Nur in dem Fall, wenn die Lande zu Franken feindlich überfallen würden, ſollten ſie unter die Waffen treten. In dieſer Urkunde wurden zugleich die damaligen Freihäuſer aufgehoben und der Mitleidenheit an bürgerlichen Laſten unterworfen k). An dem nehmlichen Tage ertheilte auch der Herzog dem Stadtrath die Erlaubniß, auſſer den bereits hergebrachten 3 Jahrmärkten, noch einen vierten, auf jeglichen Neujahrstag, Zoll- und Geleitsfrei, zu halten, um ſich wegen des erlittenen Brandſchadens, zu erhohlen l).

Mit der Emporhebung der Städte verband Wilhelm auch die des platten Landes, welches noch mancher Aufhülfe bedurfte. Dahin gehöret vorzüglich die Gründung der, noch jetzo im Flor befindlichen, Hammerwerke zu Steinach, die ihm ihr Daſeyn zu verdanken haben. Man hatte zwar ſchon in frühern Zeiten in dieſer Waldgegend Spuren von Eiſenſtein entdecket; es mochte aber im Lande ſelbſt an Leuten fehlen, welche die nöthige Kenntniß hatten, dergleichen unterirdiſche Produkte zu Tage zu fördern und gehörig zu verarbeiten. Wilhelm berief alſo zu dieſem Geſchäfte drei Bürger aus Nürnberg und gab ihnen die Erlaubniß, unter den Judenbach an der Steinach eine Schmelzhütte zu bauen, auch für ſich und ihre Arbeitsleute ſowohl, als zum Eiſenhandel, die nöthigen Wohnungen und Gebäude anzulegen. Zum Betrieb dieſes Gewerks geſtatte Wilhelm den neuen Coloniſten den ohnentgeldlichen Gebrauch des erforderlichen Bau- Brenn- und Kohlenholzes, welches ihnen, nach der Anweiſung des Schoſſers zu Coburg, aus den fürſtlichen Waldungen abgegeben werden ſollte. Für dieſe Vergünſtigung mußten ſie einen jährlichen Canon von 30 fl. bezahlen, dagegen befreite ſie der Herzog von allen Steuern und Abgaben, und nur auf dem Fall, wenn eine gemeine Steuer durch das Land gehen würde, ſollten ſie der Mitleidenheit unterworfen ſeyn m). Dieſes Privilegium iſt um ſo merkwürdiger, weil ſich darauf die Exiſtenz der Hammerwerke zu Steinach gründet, deren ſucceſſiver Anbau mehrere Menſchen beilockte, die ſich in jener, mit undurchdringlichem Walde bedeckten, Thalgegend, anſiedelten und ſolche, durch Uebermachung, nach und nach zu einem Dorfe umſchaf-

i) Beil. nr. XV. S. 26.
k) Beil. nr. XVIII. S. 27. wo die, in der Ueberſchrift geſetzte Jahrzahl 1468, mit 1466 zu verbeſſern iſt.
l) Dipl. Orig. d. d. Waimar 1466.
m) Dipl. d. d. Waymar uf Freytag nach Quasimodogeniti anno MCCCCLXIV.

umſchufen, welches jezo, auſſer den Hammerwerks-Gebäuden, über 150 Wohnungen und bei 1100 Einwohner in ſich faſſet.

Wilhelm lebte übrigens in einen Zeitalter, wo das Fauſtrecht noch in voller Kraft war und ſelbſt durch Reichsgeſetze begünſtiget wurde. Eine Urkunde vom J. 1438, worinne die geiſtlichen und weltlichen Kurfürſten dieſem Uebel abzuhelfen ſuchten, macht uns von dem damaligen Zuſtande Deutſchlandes eine traurige Schilderung, und ſchreibet zugleich die Geſetze vor, die zur Handhabung des allgemeinen Landfriedens beobachtet werden ſollten n). Man erblickt aber darinne noch den nehmlichen Geiſt, der 250 Jahre früher in dem Landfrieden Kaiſer Friedrichs II. vom J. 1187 herrſchte, wo man unter andern verordnete, daß der, der jemanden beſchädigen wolle, verbunden ſey, demſelben 3 Tage zuvor davon zu benachrichtigen o). Auf eine ähnliche Art wurde nun auch noch jezo feſt geſezt, daß Niemand dem Andern Schaden thun ſollte, er habe ihn dann zuvor rechtlich belanget; nur bei Verweigerung des Rechts, ſollte es ihm erlaubt ſeyn, ſeinen Gegner mit Gewalt anzugreiffen, wenn er ihm 3 Tage zuvor die Fehde würde anſagen laſſen. Bei dem Mangel der Rechtspflege war alſo die Selbſthülfe geſetzmäßig und ſelbſt der niedere Adel hielte ſich für berechtiget, ſeinem Landes- und Lehnherrn, wenn er von ihm kein Recht erlangen konnte, einen Fehdebrief zuzuſchicken und ihn mit Mord und Brand zu bedrohen p). Die Fürſten traten daher, ebenſo wie in frühern Zeiten, mit ihren Nachbarn, in Schutzbündniſſe oder erwarben in nahe gelegenen Schlöſſern das Oefnungsrecht, um durch dergleichen Maaßregeln die innere Sicherheit zu erhalten. Auf dieſe Art verband ſich auch Wilhelm, nach dem Zeugniſſe ungedruckter Urkunden, im J. 1454 mit Biſchof Rudolfen zu Würzburg, und im J. 1468 mit Graf Wilmen von Henneberg zu wechſelſeitigen Vertheilung ihrer Lande, und zu dem nehmlichen Zweck wußte er ſich die adelichen Beſitzer der Fränkiſchen und Fuldaiſchen Schlöſſer, Streitberg, Goßmanſtein und Tann verbindlich zu machen, ihm ihre Burgen in ſeinen Fehden zu öfnen.

Doch, alle dergleichen Vorkehrungen halfen wenig, und während Wilhelms Regierung, waren die Coburg. Lande zum öftern der Raubſucht des benachbarten Adels ausgeſezt. So fielen im J. 1465 einige Bambergiſche Edelleute, namentlich: die von Aufſeß, von Rinhoffen, und v. Streitberg mit ihren Spießgeſellen in das Coburgiſche ein und ließen überall, durch Brand, Mord und Raub, die traurigſten Spuren der Verwüſtung zurück. Wilhelm beſchwerte ſich darüber beim Biſchof Georg zu Bamberg und trug darauf an, daß die verübten Thathandlungen auf dem Kaufhauſe zu Coburg, vor Gericht, unterſuchet und die Thäter dahin geſtellt werden möchten. Der Biſchof ließ ſich dazu bereitwillig finden, brauchte aber die Vorſicht, ſeinen Canzlar, Hanſen von Redwitz, auf den beſtimmten Tag nach

n) Beil. nr. VI. S. 12.
o) Ebendaſ. S. 13 Note †).
p) Einen Fehdebrief von der Art erhiell z. B. Herzog Wilhelm im J. 1458 von einigen Thüring. Edelleuten wegen eines Unrechts, welches ihnen die Seinigen zugefügt hatten. S. d. Beil. nr. XVII. S. 27.

Coburg zu ſchicken, um der Unterſuchung mit beizuwohnen. Die ernannten Schiedsrichter giengen bei der Sache mit vieler Rechtlichkeit zu Werke, und erkannten den Bambergiſchen Edelleuten die Bezahlung des verübten Schadens, unter der Vorausſetzung zu, wenn ſolcher zuvor eidlich erhärtet ſeyn würde. Herzog Wilhelm beauftragte hierzu den Graf Ludewig von Gleichen, und gab ihm volle Macht und Gewalt, den angegebenen Schaden in ſeine Seele zu betheuren, und die dafür angeſetzte Geldſumme zu fordern. q) Die hierauf erfolgte Würderungs-Urkunde dienet übrigens zur Kenntniß des geringen Preißes, mit welchem die Beraubten ihre verlohrne Haabe, beſonders Pferde und Rindvieh, in Anſatz brachten. So wurden z. B. 5 Stük Rindvieh auf 9 fl. — 5 Pferde auf 17 fl. — 4 Pferde, 2 Ochſen, 4 Kalben und 3 Füllen auf 35 fl. taxirt, u. ſ. w. Selbſt der Werth der getödeten Menſchen kam dabei in ſehr mäßigen Anſchlag, indem der Verluſt eines getödeten Vaters auf 400 fl. — und der, eines Ehemannes um 300 fl geſchätzet wurde. r) So wenig war der Mord in dieſem Zeitraum dem kriegeriſchen Volke befremdend, und noch jetzt erhielte ſich die alte Sitte, ihn nicht mit dem Leben, ſondern nur mit Geld zu verbüßen, oder auch ſich mit den Verwanden des Ermordeten in Güte zu vertragen. s)

Mit dieſer gerichtlichen Verhandlung war jedoch die Sache noch nicht abgethan. Biſchof Georg und ſeine adelichen Vaſallen weigerten ſich dem Erkentniß eine Gnüge zu leiſten, und nun kam es zwiſchen ihm ſelbſt und Herzog Wilhelmen zu einer ſo heftigen Fehde, daß die benachbarten Fürſten, Biſchof Rudolf zu Würzburg und Marggraf Albrecht zu Brandenburg, ſich in die Sache legten und zwiſchen beiden Theilen im J. 1467 als Schiedsrichter auftraten. In einer Zuſammenkunft zu Coburg erkannten ſie, daß Biſchof Georg dem Herzog für den Schaden, den ſeine Vaſallen und Unterthanen, von den Bambergiſchen Edelleuten erlitten hatten, 5400 fl. Rhnl. — auch den Gebrüdern von Lichtenſtein, Heinrichen von Füllbach und Wilhelmen von Memelsdorf, den eidlich beſtärkten Werth ihres Verluſtes in beſtimmten Friſten bezahlen ſollten. Außer dem muſte ſich der Biſchof noch beſonders verpflichten, dem Herzog 3 Jahre lang, ſo oft er es verlangen würde, 100 Reiſige nach Coburg zu ſchicken und ihm mit ſelbigen, einen Monat lang, Kriegsdienſte zu leiſten. t) Die hergeſtellte Ruhe war aber auch diesmalen von keiner Dauer; denn im J. 1472 erlaubten ſich die Bambergiſchen Edelleute vom neuen ins Coburgiſche einzufallen und einen Sächſiſchen Vaſallen, Philipp Schotten, auszuplündern. Hierüber entſtand zwiſchen beiden Landesherrn eine neue Fehde, die ſich jedoch ebenfalls durch einen ſchieds-

q) Dipl. orig. d. d. Wymar vf Dinſtag nach Egidy 1466.

r) Beil. Nr. XX. S. 32.

s) In einer alten Coburg. Gerichtsordnung, mit der Aufſchrift: Gebott vnd Verbott vor Heegung des Gerichts circa 1440, heißt es unter andern: „Erſlegt oder mordet „einer den andern, vnd wurde den ſollicher Todtſchlag in der Güte vertragen vnd bey: „geleget, wie vil denn der Tetter den clagenden teyl gibt, iſt er der Herſchaft auch gleich „ſo vil zu geben ſchuldig.“ — (Beil. Nr. VII. S. 14.)

t) Beil. Nr. XXI. S. 33.

richterlichen Vertrag vom J. 1473 damit endigte, daß Philipp Schott für ſeinen Schaden 200 fl. bekam, der Biſchof aber ſich wiederholt verbindlich machen muſte, dem Herzog, eben ſo wie vorhin, mit 100 gerüſteten Pferden 3 Jahre lang zu dienen. u)

Wilhelms letzte Regierungszeit liefert für die Coburgiſche Geſchichte wenig Stoff. Daß er im J. 1470 dem Stadtrath zu Coburg die Verwaltung des daſigen Spitals für beſtändig überlaſſen v), und der Stadt Heldburg ihre frühern Privilegien und ſtädtiſchen Rechte erneuert, damit aber zugleich die Stellung eines Schöpfens an die Coburgiſche Landcent verbunden habe w), iſt alles was wir von ihm wiſſen. Er ſtarb am 17. Sept. 1482 zu Waimar ohne männliche Erben und ſeine Lande fielen an die zwei Söhne ſeines Bruders, Kurfürſt Ernſten und Herzog Albrechten, die in der Folge (§. III.) als Inhaber der Pflege Coburg vorkommen. Die Geſchichtſchreiber bezeichnen ihn mit dem Beinamen des Tapfern, und wegen ſeiner Strenge pflegte man von ihm, ſprichwortsweiſe, zu ſagen: „Wenn Wilhelm mit ſei„nen Sporen über den Schloßhof zu Waimar gehe, ſo höre man ihn über ganz „Thüringen." In ſeinen Majeſtätsſiegeln, von welchen ich (Tab. I) eine Abbildung liefere, erblikt man ihn in voller Rüſtung zu Pferde, wodurch er die kriegeriſchen Talente bezeichnete, die ihm, nach dem Geiſte ſeiner Zeit, eigen waren *). Beſonders rühmt man von ihm, daß er den Plakereien und der Raubſucht des Adels mit Nachdruk geſteuert und die zwekmäßigſten Anſtalten zur Sicherheit der Landſtraßen getroffen habe. x). Seine Hofhaltung war ſehr glänzend und ſein Gefolge ſo zalreich, daß er ſelten, ohne eine Begleitung von 300 Pferden, zu reiſen pflegte. Nur ſeine häußlichen Verhältniſſe waren nicht die glüklichſten. Im J. 1439, wo Wilhelm zuerſt das 14. Jahr erreicht hatte, beſtimmte ihm Kaiſer Albrecht ſeine Tochter, Anna, mit einem Heyrathsguthe von 100,000 Dukaten, zur Gemahlin. Nach Albrechts bald darauf erfolgten Tode wurde die Verlobung von ſeinen Thronfolger, Friedrich III., als Vormund der Prinzeſſin Anna, mit der Zuſicherung, beſtätiget, daß die Braut in 8 Wochen nach Nürnberg geſendet, in deſſen Unterbleibung dem Herzog 60,000 ungariſche Dukaten zur Abfindung bezahlt werden ſollten y). Dahingegen verſchrieb zwar Wilhelm ſeiner Gemahlin ſämtliche, ihm zugetheilten Lande, mit alleiniger Ausnahme der Pflege Coburg, zum Leibgeding; z)

u) Dipl. orig. d. d. Bamberg am Mittwochen nach Lucien Tag 1473.
v) Gruner l. c. S. 377.
w) Dipl. d. d. Coburg uf Sonabend vor Letare 1470.
*) Eine nähere Beſchreibung dieſes merkwürdigen Siegels findet ſich im Urkundenbuche S. 31. bei Nr. XIX.
x) Der Verf. des Chron. terrae Misnens. ap. Menck. T. II. p. 368, nent ihn deswegen einen Fürſten, qui stabilem pacem et securitatem viarum in terra sua conservavit.
y) Dipl. de a. 1442 in Müllers Staats-Cab. Th. IV. S. 199.
z) Dipl. de a. 1447 ebendaſ. S. 231.

Dieß mag aber bald nachher wieder abgeändert worden ſeyn, weil ſchon im J. 1448 die fränkiſchen Ortslande ausdrüklich als Witthum der Herzogin Anna aufgeführet worden a). Das Beilager wurde im J. 1446 zu Jena mit vielen Gepränge vollzogen. Eine große Anzal geiſtlicher und weltlicher Fürſten, in- und ausländiſcher Grafen, die geſammte Thüringiſche und Fränkiſche Ritterſchaft, mit ihren Weibern, ingleichen die innländiſchen Aebte und Städte wurden eingeladen „mit „ihrem Geſchmucke bei der Hochzeitfeier ſich einzufinden und in hohen Gezügen „zu ſtechen (zu turniren) und zu kurzweilen.“ Wie zahlreich die Hochzeitgeſellſchaft geweſen ſeyn müſſe, gehet aus einer archivaliſchen Nachricht hervor, nach welcher man in Jena für 3900 Pferde Stallungen in Bereitſchaft hielte b).

So prachtvoll auch dieſe Ehe begann, ſo war ſie doch nichts weniger als glüklich. Schon im Jahre 1447 verbreitete ſich in der Pflege Coburg das Gerüchte, „Herzog „Wilhelm wäre von Sinnen gekommen und hätte in dieſem Zuſtan- „de ſeine Gemahlin ſo ſehr gemißhandelt, daß ſie ihn verlaſſen und ſich zu ihrem Schwager, Kurfürſt Friederichen, begeben habe c). Nach dem Zeugniſſe der Chroniſten mag zwar dieſes Gerüchte nicht ungegründet geweſen ſeyn d), ſie legen aber die Urſache der Unehe nicht in dem Wahnſinn des Herzogs, ſondern in ſeine Zuneigung zu einer gewiſſen Frau von Brandenſtein, die Wittwe eines Herrn von Heßbergs aus Franken, deren Reitze ihn ſo ſehr gefeſſelt hatten, daß er den harten Entſchluß faßte ſeine Gemahlin zu verſtoßen und ſie auf dem Schloſſe Ekardsberge in Verwahrung zu bringen. Sie ertrug ihr Schikſal mit vieler Gelaſſenheit, und obgleich ihr Bruder, König Ladislaus zu Böhmen ſich ihrer annahm und den

a) Man ſehe die Beilagen Nr. XIV. S. 25.

b) Müller l. c. S. 227.

c) Nach einer, im Coburg. Archiv aufbewahrten, gerichtlichen Verhandlung vom J. 1447 klagte der Ritter Eberhard von Schaumberg durch ſeinen Fürſprecher, bei dem Hofgerichte zu Würzburg wieder einen gewiſſen Peter Lamprecht „daß derſelbe von ihm geſchrieben „hette, er ſolt gered han, Herzog Wilhelm were von Synnen gekommen vnd in „derſelben ſiner Vnſynnigkeit hette er ſine Gemaheln geſlagen vnd ge- „handelt, das ſie in Zcorne von Im geſchieden vnd zcu iren Schwager Herzog Fridrichen „von Sachßen were gefaren, ſoliche Worte dem Herzog Wilhelm fürkommen weren, dadurch „er ſein Ungnad auf ihn geleget hette ꝛc.“ — Lamprecht antwortete, daß dieſes Gerüchte ſich zu Rügheim verbreitet habe und nicht von ihm erdacht worden; worauf die Urtheiler erkannten: „Getrauete Lamprecht zu den heiligen Behalten, daß er die Rede, als im „Eberhard zugeſprochen, durch ein Gerüchte an Jn kommen weren, ſo ſolt er Eberharden vmb den Spruch nicht pflichtig ſein“ ꝛc. ꝛc. dat. am Mitwochen vor ſand Tomastag 1447.

d) G. Spalat. vitae aliquot Elect. et. ducum Sax. ap. Menck. T. II. p. 1079., wo aus einer, in der Note angeführten Chronik erzehlet wird: „daß die Herzogin Anna, während „ihrer Gefangenſchaft auf dem Schloſſe Ekardsberge von ihrem Marſchall die Erlaubniß erhalten habe, ihrem, in der Nähe befindlichen, Gemal entgegenzufahren, weil ſie im Traume geſehen, daß er ſie freundlich angelacht habe. Als aber der Herzog davon Nachricht erhalten, „und ſie erblikt habe, hätte er ihr ſeinen Holzſchuch ins Geſichte geworfen und geſaget: Es „gebüre ſich nicht, daß Weiber ihren Männern ſollten nachreiſen ohne Geheiß und Befehl derſelben, ſondern ſie ſollen bleiben an den Orten, da ihnen zu bleiben befohlen were.“

Herzog, wegen ſeines Betragens, mit Krieg bedrohete; ſo war ſie doch ſo wenig eiferſüchtig, daß ſie, in einem beſondern Schreiben an ihrem Bruder e), die Mißhandlungen, deren man ihren Gemahl beſchuldigte, für ungegründet erklärte. Als ſie im J. 1463 auf dem Schloſſe Ekardsberg ihr Leben endigte, vermählte ſich Herzog Wilhelm, noch in demſelben Jahre, mit der vorhin erwähnten Catharina von Brandenſtein f) und beſtätigte dadurch den Verdacht, daß er mit ihr, bei Lebzeiten ſeiner erſten Gemahlin, ſchon in vertraulichen Verhältniſſen gelebet habe. Sie ſtand freilich nicht im beſten Rufe und die damaligen Geſchichtſchreiber erzehlen manche Anekdoten, die ihre Tugend in Schatten ſtellen g).

Ob Herzog Wilhelm, vor Vollziehung der Ehe, wie man vorgiebt h), am kaiſerl. Hof einen Fürſtenbrief für ſie ausgewürket habe, iſt noch ſehr zweifelhaft, indem er ſie, in einem, an den Stadtrath zu Saalfeld erlaſſenen, Notifications-Reſcripte, blos die edle und tugendhafte Catharina von Brandenſtein nennte i). Standeserhöhungen waren überhaupt damals noch nicht mode, und die Vollziehung der Ehe war alleine hinreichend, der Gemahlin den Stand und die Würde ihres Gemahls zuzueignen, daher auch der Herzogin, ſelbſt vom kaiſerlichem Hof, bei der Beſtätigung des Ehevertrags, der fürſtliche Titel beigeleget wurde. k) So wenig auch Wilhelms Gemahlin, in moraliſcher Hinſicht, auf eine ungeheugelte Achtung des Publikums Anſpruch zu machen hatte, mit deſto größerer Strenge verlangte der Herzog, daß ſeine Vaſallen und Unterthanen ihr alle fürſtl. Ehre erweiſen ſollten l), und man erzählet, daß, wenn er mit ſeiner Gemahlin durch einen Flecken gezogen ſey, vier Grafen oder Ritter aus ſeinem Gefolge hätten von den Pferden ſteigen und, ſo tief auch der Koth geweſen, mit ihren goldenen Sporen neben den Wagen, worauf die Käthe geſeſſen, herlaufen müſſen m). Ihrem Bruder, Heinrichen von Brandenſtein, beſchenkte er 1465 mit der Burg und Stadt Ranis, in der Eigenſchaft eines

e) Es ſtehet in Müllers Staats-Cab. IV. S. 262.

f) Müllers S. Annal. S. 35. Ueber dieſe Heyrath eifert beſonders der Chroniſt Döring, welcher in der Contin. Chron. Theod. Engelhusii ap. Menck. T. III. p. 28. ſich unter andern dahin äußert: — Ea tempestate Lantgravius Thuringie (Wilhelmus) illam meretricem de Brandenstein, quam multis annis polluit publice per adulterium, sumpsit in matrimonium in scandulum plurimorum etc. Vergl. das Chron. Terrae Misnens. ap. Menck. T. II. p. 308.

g) S. die vorhergehende Note, auch lieſt man in einer Chronik bei Mencken l. c. T. II. p. 1079, daß Herzog Wilhelm ſelbſt in ihre Treue ſehr wenig Vertrauen geſetzet, und ſich darüber mit einem Edelmann, auf der Jagd in ein Geſpräch eingelaſſen habe. Der Inhalt deſſelben iſt aber zu ſchlüpfrig, als daß ich es hier mittheilen mag. Das Reſultat davon war: Daß der Herzog die Cathar. v. Brandenstein für eine Hure erklärte und daß der Edelmann, der offenherzig genug war, dieſen Verdacht mit ſeiner eignen Erfahrung zu beſtätigen, auf der Stelle flüchtig werden mußte.

h) Ludewigs Güld. Bulle Th. II. S. 1378, Gribners princ. jurispr. illustr. p. 24.

i) Struvens hiſt. polit. Arch. Th. II. S. 81.

k) Ludolf. de jur. foem. illust. app. P. I. p. 4.

l) Müllers Annal. S. 36 u. 37.

m) Curioſit. der Vor- und Mitwelt, 2. B. S. 231.

Mannlehns, auch übertrug er demſelben die Verwaltung der fränkiſchen Ortslande, wo er, als Pfleger zu Coburg, mit dem Stifte Bamberg im J. 1475, über die Lichtenfelſer Forſtgerechtigkeiten, einen Vertrag errichtete, in welchem die Abgabe des Werkholzes für die Coburgiſchen Dörfer Ebersdorf, Fronlach und Zeikorn reguliret wurde n). Nach Herzog Wilhelms Tode trat deſſen Wittwe die, zu ihrem Leibgeding verſchriebenen, Aemter und Städte Waimar, Freiburg, Weiſenſee und Weiſenfels, ſeinen Herrn Vettern wieder ab und erhielte dagegen, zu ihren lebenslänglichen Unterhalt, die Stadt und das Amt Saalfeld, deſſen Einkünfte damals auf 2500 fl angeſchlagen wurden. Ueberdieß bekam ſie noch 300 fl., um den ſogenannten Obernhof zu Saalfeld, der zu ihrer Wohnung dienen ſollte, in gehörigen Stand zu ſetzen. Sie ſtarb im J. 1492 und ihr Leichnam wurde zu Waimer an die Seite ihres Gemals eingeſenkt.

§. III.

Die Pflege Coburg unter der Regierung Kurfürſt Ernſts und ſeiner beiden Söhne, Friedrichs des weißen und Johannſens des Beſtändigen.

Vom J. 1482 — 1525.

Kurfürſt Friedrich der Sanftmüthige, welcher die Sächſiſchen Lande im J. 1445 mit ſeinem jüngern Bruder, Wilhelm, getheilet hatte, (S. 10.) war bereits im J. 1464 mit Tode abgegangen und hatte ſeinen Landestheil auf ſeine zwei Söhne, Ernſten und Albrechten vererbt. Durch das, ohne männliche Erben erfolgte, Abſterben ihres Oheims (1482) fielen ihnen nun auch die Thüringiſchen Lande nebſt der Pflege Coburg zu, womit ſie am 25. Juny 1483 vom Kaiſer Friedrich III. feierlich beliehen wurden o). Jetzt ſehe man die ganze Macht des Hauſes Sachſen wieder vereiniget, und beide Fürſten beſaßen die geſammten Lande in ungetheilter Gemeinſchaft, nur das Herzogthum Sachſen nebſt der damit verknüpften Kurwürde hatte Herzog Ernſt, als älteſter, verfaſſungsmäßig, alleine im Beſitz. Ihre geſammt Regierung dauerte jedoch nicht länger als drei Jahre und in dieſen kurzen Zeitraum liefert ſie, für die Coburgiſche Geſchichte, auſſer einigen, von ihnen gemeinſchaftlich ertheilten, Privilegien, kein wichtiges Datum. Sie beſtätigten die Beſitzungen und Freiheiten des Spitals zu Coburg p), — erneuerten die Rechte und Statuten der Stadt Königsberg q), — erlaubten dem dortigen Stadtrath, eine gewiſſe Anzahl Juden aufzunehmen und ihnen, gegen Bezahlung einer Summe von 1100 fl., zehen Jahre lang, den Aufenthalt zu geſtatten r), befreieten den St. Geor-

n) Dipl. de a. 1475 in Fabers hiſt. Nachr. von Amte Sonnefeld. S. 279.
o) Dipl. inedit. d. d. Graiz den 25. Juny 1483.
p) Dipl. de a. 1482 in Gruners Beſchr. Th. I. S. 384.
q) Dipl. inedit. d. d. Coburg am Sontag nach dionisy 1482.
r) Dipl. inedit. d. d. 1485 Dienſtags nach den Oſtertage.

genberg bei Rodach, als eine Beſitzung des Kloſters Veßra, von allen Frohnen und Abgaben s), und ertheilten einem gewiſſen Holzſchucher zu Nürnberg die Erlaubniß, zu Neubrun, im Amte Eißfeld, eine Seigerhütte anzulegen, um darinne Meſſing zu ſchlichten, Drath zu ziehen und Kupfer zu ſchmelzen t).

Das wichtigſte Ereigniß, welches jedoch das ganze Haus Sachſen betraf, war die bekannte Ländertheilung vom 26. Auguſt 1485, wodurch die noch jetzo blühenden zwei Hauptlinien, nemlich: Die Erneſtiniſche und Albertiniſche gegründet wurden. Man theilte ſämmtliche Lande, eben ſo wie im J. 1445, (S. 11.) in die Meißniſche und Thüringiſche Portion, jedoch mit genauerer Beobachtung des alten Sachſenrechts, vermöge deſſen Kurfürſt Ernſt, als älteſter, die Theile machte und der Jüngere wählte. Da die, zum Meißniſchen Theile gehörigen, Lande ungleich ergiebiger und von der Natur weit mehr begünſtigt waren, als der Thüringiſche, ſo kam man überein, daß derjenige, der den erſten bekommen würde, dem andern die Summe von 100,000 fl. herausgeben ſollte u). Albrecht wählte die Meißniſche Portion und Ernſt mußte ſich gefallen laſſen, die Thüringiſche mit den dazu geſchlagenen fränkiſchen Ortslanden anzunehmen. Man glaubt, daß er mit dieſer Theilung ſehr unzufrieden geweſen ſey und der Verdruß darüber ſeinen Tod befördert habe v). Er ſtarb auch das Jahr darauf, am 26. Aug. 1486 und hinterließ von ſeiner Gemahlin, Eliſabeth, einer Tochter Herzog Albrechts III. von Bayern, vier Söhne, unter welchen Albrecht und Ernſt ſich dem geiſtlichen Stande widmeten, Friedrich der Weiſe und Johann der Beſtändige hingegen, künftig als Regenten im Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen auftreten.

Friedrich III. folgte, als älteſter, ſeinem Vater im Herzogthum Sachſen und in der Kurwürde, regierte aber die übrigen väterlichen Lande mit ſeinem jüngern Bruder, Johann, in Gemeinſchaft. Einer glaubwürdigen Nachricht zufolge w) war der Kurfürſt willens, die Regierung ſeinem Bruder ganz abzutreten und zu ſeinem Unterhalt, ſich mit den Aemtern, Torgau, Eulenburg, Heynichen und Dieben ingleichen mit der halben Bergwerknutzung und dem dritten Theile der Landeseinkünfte zu begnügen. Ob gleich die darüber gepflogenen Unterhandlungen nicht zu Stande kamen, ſo verdienen ſie doch in ſofern erwähnet zu werden, weil man bei dieſer Gelegenheit den Zuſtand der damaligen Domanial-Einkünfte der geſammten Erneſtiniſchen Lande kennen lernt, worüber der Kurfürſt ſeinem Bruder ein Verzeichniß vorlegte. Sie beliefen ſich nicht höher, als auf 61200 fl. und die Staatsausgaben kamen mit 40,000 fl. in Anſatz, mithin blieben nur noch 21200 fl. übrig, wovon der fürſtl. Hofſtaat erhalten werden mußte. — Die Verwaltung der Pflege

s) Dipl. de a. 1485 in Gruner l. c. S. 445.
t) Dipl. inedit. d. d. Leipzig Donnerſtag nach Barthol. 1485.
u) Müllers Annalen S. 49. Der Theilungsvertrag ſelbſt ſtehet in Lünigs R. Arch. P. sp. Cont. II. S. 237. Bald nach deſſen Abſchlieſung erließ Kurfürſt Ernſt ſeinem Bruder die Hälfte der ſtipulirten Herausgabe, gegen Abtretung des Amtes Jena. Lunig l. c. S. 246.
v) Spalat. vita Ernesti ap. Menck. T. II. p. 1092.
w) Tob. Pfanners Bericht von den S. Landestheilungen Cap. IX. §. 19.

Coburg übertrugen beide Fürſten anfänglich dem Graf Ernſt von Honſtein, Herrn zu Lare x), und nachher dem Graf Siegmund von Gleichen. Ihr Wirkungskreiß beſchränkte ſich auf die oberſte Leitung der Juſtitzpflege und auf die Verwaltung der Finanzen; Graf Siegmund dehnte aber das Amt eines Pflegers auch auf wichtigere Landesangelegenheiten aus, und errichtete unter andern im J. 1497 mit dem benachbarten Kloſter Banz einen Vertrag, worinne er demſelben das Coburgiſche Halßgericht zu Gleuſen abtrat y). Dieſe Handlung ſcheinet aber nicht die Genehmigung ſeiner fürſtlichen Prinzipalen erhalten zu haben und blieb daher für letztere unverbindlich; wenigſtens ſiehet man aus einer ſpätern Urkunde vom J. 1529, daß der damalige Abt Johann zu Banz, als er ſich der Cognition eines Centfalls zu Gleuſen angemaßet hatte, dieſe Handlung ſelbſt für einen Eingriff in die Sächſiſche Criminal-Gerichtsbarkeit erklärte und darüber dem Kurfürſt Johann die gewöhnlichen Reverſalien ausſtellte z).

Während der gemeinſchaftlichen Regierung finden ſich manche Anordnungen, die auf Verbeſſerung des Juſtitz- und Polizeiweſens, beſonders aber auf die innere Verfaſſung der Stadt Coburg Bezug haben. Da bisher jeder Stadtbewohner, ob er gleich nicht Bürger war, ſtädtiſches Gewerbe trieb, ſo wurde im J. 1490 geſetzlich beſtimmt, daß dergleichen Unbürger verbunden ſeyn ſollten, entweder binnen 4 Jahren, das Bürgerrecht zu erlangen, oder ſich alles Gewerbes und beſonders des Ausſchenkens ihres erbauten Weins zu enthalten. Auch trafen beide Regenten die Einrichtung, daß zu beſſerer Verwaltung des Stadtvermögens, aus der Bürgerſchaft 12 verſtändige und begüterte Männer, und zwar 8 aus den Handwerkern und 4 aus der Gemeinde, gewählet und ihnen die Theilnahme am Stadtregiment mit übertragen jedoch aber auch darauf geſehen werden ſollte, daß keine nahen Verwanden im Rathe bei einander ſitzen a). In Anſehung der Juſtizpflege wurde verordnet, daß über die Appellationen, die gegen die Rechtsſprüche des Coburgiſchen Stadtraths eingewendet würden, nicht, wie bisher, von auswärtigen Dycaſterien, ſondern von dem jedesmaligen Pfleger, mit Zuziehung einiger Rechtsgelehrten vom Adel, erkannt werden ſollte. Nur in dem Fall, wenn letztere ſich eines rechtlichen Erkentniſſes nicht vereinigen könnten, ſollte die Sache den kur- und fürſtl. Räthen zur Entſcheidung vorgeleget werden b).

Was

x) In der Eigenſchaft eines Pflegers zu Coburg errichtete Graf Ernſt von Hohenſtein im J. 1490 mit den Grafen von Henneberg einen Vertrag, wegen der Coburgiſchen Seigerhütte zu Neubrun, zu deren Betreibung man den Schleußfluß aus ſeinem Bette auf das Sächſiſche Gebiete geleitet hatte, und dadurch der Henneberg. Landgrenze zu nahe getreten war. (Dipl. inedit. de a. 1490.)

y) Dipl. inedit. d. d. Coburg Mittwochen vor St. Thomas 1497.

z) Beilage Nr. XXVII. S. 43.

a) Dipl. inedit. d. d. am Mittwochen nach Felicis a. 1491.

b) Beil. Nr. XXIII. S. 37.

Was aber für die Coburgiſche Landesgeſchichte, beſonders in Hinſicht der innern Verhältniſſe, ein vorzügliches Intereſſe hat, iſt die Verfertigung eines neuen Erbbuchs, womit man im J. 1506 den Anfang machte. Die alten Coburgiſchen Urbarbücher von 1317 und 1340 c) hatten nach einen Umlauf ſo vieler Jahre, durch manche, inzwiſchen vorgefallene Veränderung, ihre Brauchbarkeit verlohren, und bei der Kammeralverwaltung bedurfte man eines Hülfsmittels, welches den gegenwärtigen Zeiten angemeſſener war, und zugleich eine allgemeine Ueberſicht von den Verhältniſſen der Coburgiſchen Unterthanen gewährte. Graf Albrecht zu Manßfeld, als damaliger Pfleger, und Arnold von Falkenſtein als Schoſſer zu Coburg, waren die Männer, unter deren Leitung dieſe nützliche Anſtalt, vor die Hand genommen und im J. 1516 vollendet wurde d). Der Caſtner zu Coburg und der Schoſſer zu Heldburg waren beauftraget, im Lande von einem Orte zum andern herumzureiſen, den Beſtand der Erbzinßen, Frohnen und Abgaben, die jeder Unterthan von ſeinen Grundbeſitzungen zu leiſten hatte, zu unterſuchen, und dabei die fürſtliche Oberbothmäßigkeit, ſo wie die Cent- und Uncentbarkeit derjenigen adelichen Lehen zu bemerken, die in dieſem oder jenen Dorfe vorhanden waren. Bei dieſem Geſchäfte legte man theils die alten Urbarien und Urkunden, theils aber auch die pflichtmäßigen Angaben der begüterten Einwohner zum Grunde und entwarf hiernach von jedem Orte gleichſam eine ſtatiſtiſche Beſchreibung, die von deſſen Giebigkeiten, Leiſtungen, Jurisdictionsverhältniſſen und Gerechtigkeiten, die nöthigen Nachrichten in ſich faßte. Dieſes Erbbuch begreifet aber nur das Amt Coburg, nach ſeinem damaligen Umfange, und enthält, nebſt der Stadt, die ſechs Gerichte: Lauter, Rodach, Neuſtadt, Geſtungshauſen, Sonnenberg und Schalkau, welches alles mit ſeinen Zubehörungen, unter der Aufſicht eines Beamten oder Schoſſers ſtand, der zu Coburg ſeinen Sitz hatte e). In dem nemlichen Jahre kam über das Amt Heldburg ein gleichmäßiges Erbbuch zu Stande, und auch von den übrigen, zur Pflege Coburg gehörigen, Aemtern ſind dergleichen Beſchreibungen vorhanden, die aber zum Theil in ſpätern Zeiten gefertiget wurden f).

c) Das eine vom J. 1317 ſtehet in meiner Henneb. Geſch. Th. I. S. 183. und das zweite vom J. 1340 in der Cob. Geſch. des m. Alters S. 45 des Urk. Buchs.

d) Dieſe wichtige Landesurkunde, deren Brauchbarkeit ſich bis auf den heutigen Tag erhalten hat, führet die Aufſchrift: „Dieß iſt das Erbbuch zum Schloſſe Coburg gehörend, das, „als die durchlauchtigſten Fürſten und Herrn, Herr Friedrich Churfürſt, und Herr Jo„hann, Gebrüdere, Herzoge zu Sachſen, regierende Landesfürſten, und der wohlgeborne „Herr Albrecht, Graf und Herr zu Manßfeld, allhier zu Coburg Pfleger und Ar„nold von Falkenſtein, Schoſſer geweſt ſeynd, anderweit geſchrieben nach Chriſti Ge„burth 1516.“

e) Das Gericht Sonneberg wurde im J. 1534 vom Amte Coburg getrennt und zu einen beſondern Amte erhoben, in welchen, Mathes von Wallenrod die Stelle eines Amtmanns bekleidete und auf dem Schloſſe Sonnenberg wohnte. Seitdem beſtand das Amt Coburg noch in den übrigen fünf Gerichten, die Sylveſter von Roſenau, als Amtmann zu Coburg, zu verwalten hatte.

f) Röder von den Erbger. S. 4. fgl.

Ehe man noch dieſes Werk, welches die innere Landesverfaſſung begründete, vollendet hatte, trat die Coburgiſche Ritterſchaft dagegen mit Beſchwerden auf, die größtentheils darauf hinausgiengen, daß man dieſe Erbbücher einſeitig, und ohne ihre Zuziehung, blos nach den Angaben der Bauern, gefertiget habe, wodurch man ihren Gerechtſamen, beſonders aber der Centfreiheit ihrer Güter und Lehnleute, zu nahe getreten ſey g). Dieß war nun eigentlich der Zeitpunkt, in welchem die ſtreitigen Jurisdictionsverhältniſſe zwiſchen dem Landesherrn und der Coburgiſchen Ritterſchaft, ihren Anfang nahmen, und wo ſich der Unterſchied zwiſchen Centbar und Centfrei näher entwickelte. Unter centbaren Gütern und Unterthanen, die einem adelichen Lehnherrn zugehörten, verſtand man ſolche, die den damaligen Centgerichten oder den heutigen Aemtern unterworfen und zur Landes und Heeresfolge verbunden waren, oder, — nach der Sprache des Erbbuchs, — ihren aufgeſetzten Harniſch hatten. Sie waren beede- und ſteuerpflichtig, mußten zu den Gerichtsanlagen (Auffatz) mit beitragen und in die Landwehre gehen, das heißt: ſie waren ſchuldig, die großen Landgräben, die man in der Vorzeit auf den Grenzen, zur Sicherheit des Landes, errichtet hatte, aufzuräumen und in gehörigem Stande zu erhalten. Im Gegenſatz der centbaren Unterſaſſen, erſcheinen jetzo auch die freien Leute des Mittelalters h), die ihre frühern Vorrechte auf die ſpätern Zeiten mit übergetragen hatten. Sie unterſcheiden ſich von jenen, durch den Namen der Centfreien, deren Güter und Unterſaſſen nicht unter den Centgerichten, ſondern unmittelbar unter dem Fürſten ſtanden. Als Lehenherrn übten ſie die bürgerliche Gerichtsbarkeit über ihre Lehenleute aus, die zwar ebenfalls ſteuerpflichtig, aber weder der Landesfolge noch den übrigen Obliegenheiten unterworfen waren, welche die centbare Unterthanen zu leiſten hatten. Dafür mußte ihr Erb- und Lehnherr aus ihrer Mitte, erforderlichen Falls, außer dem Ritterpferde, die nöthige Mannſchaft, auf ſeine Koſten, unter einem eignen Fähnlein, (Compagnie) ins Feld ſtellen i),

g) In einer Beſchwerungsſchrift der Coburgiſchen Ritterſchaft vom J. 1514 ſtehet unter andern: — „Ew. F. Gnaden haben in dieſen Ortslanden ein new Erbpuch durch den Caſtner zu Coburg vnd Schoſſer zu Heldpurg aufzurichten bevohlen, dieſelbigen haben die Mannſchaft der Dörfer für ſich geheiſchet, vf ire eyde gefragt, vnd was die Pauern geſagt, aufgeſchrieben, in welchem alſo an vnſer Bewuſt mit den vnſern zu handeln nicht gering beſchwerd, wann ſich zu vermuthen, wer frey vnd zentbar bey einander in eynem Dorfe, daß die zentbaren, vmb ires Nutz willen, geſagt, ſie weren ſchuldig alle zu leyden, des Edelmanns Güter weren auch zentbar. So aber derſelbe Edelmann vorhanden geweſt vnd mit fürſtlichen Briven verlegt, das die Pawern vnrecht geſagt, weren ſeine freyen Güter nicht für zentbar in das Erbpuch geſchriben worden" ꝛc. ꝛc.

h) S. die Cob. L. Geſch. des Mittelalters S. 100.

i) Als die Coburgiſche Ritterſchaft im J. 1615 ſich gegen Herzog Johann Caſimirn zur Stellung der Ritterpferde erklärte, fügte ſie die Bemerkung hinzu: — „daß Ew. F. Gnaden von „den heimgefallenen vnd ausgekauften Ritterlehen, die üblichen Dienſte auch leiſten laſſen möchten. Was vnſere Unterſaſſen betrift, ſo ſind die Centbaren ohne das vnter Ew. F. G. „Fähnlein gerichtet. Die Uncentbaren vnſer, der Ritterſchaft in Franken, möchten im „allem ein Fähnlein (d. i. eine Compagnie) ſtark ſeyn, dieſelben wollen Wir für Uns, mit „gebürlicher und veblicher Rüſtung vnd Wehre belegen vnd zur Defenſion des Vaterlandes mit beiſchießen."

und dadurch dem Staate dasjenige erſetzen, was ihm das Vorrecht der Centfreyheit entzogen hatte.

Eben ſo wichtig, in Beziehung auf die Verhältniſſe der Unterthanen unter ſich, waren die Streitigkeiten, die um die nehmliche Zeit, zwiſchen der Ritterſchaft und dem Bürgerſtand, über die Brau- und Schenkgerechtigkeit entſtanden waren. In der Vorzeit machte dieſes Gewerbe einen Hauptzweig der bürgerlichen Nahrung aus, die, nach der Reichsobſervanz, den Städten ausſchließlich zugehörte k). Allein im 15. noch mehr im 16. Jahrhundert fiengen auch die Rittergutsbeſitzer an, in ihren Dörfern Brauereien und Schenkſtätten anzulegen, um einen größern Gewinn von ihren Landesprodukten zu erzielen. Dieß erklärten die Städte für einen nachtheiligen Eingriff in ihre Rechte und die heufigen Beſchwehrden, die ſie darüber führten, bewogen Kurfürſt Friederichen und ſeinen Bruder, die Sache durch ihren Pfleger, Graf Albrechten zu Mansfeld, rechtlich erörtern zu laſſen. Der Adel berief ſich theils auf den Beſitzſtand, theils auf die fürſtlichen Lehnbriefe, worinne er mit dem Brau- und Schenkrechte beliehen war; die Städte hingegen machten einen Unterſchied, zwiſchen neu angelegten Schenkſtätten und den ſogenannten Erbſchenkſtätten, die vormals der Landesherr mit Getränke beleget hatte. Nur in den Letztern räumten ſie dem Adel die Treibung des fraglichen Gewerbes ein und machten zugleich die Dörfer namhaft, welche dergleichen Erbſchenkſtätten hergebracht hatten l). Der Pfleger und ſeine Räthe erkannten: Daß die Ritterſchaft bei den fernern Gebrauch derjenigen Schenkſtätten, ſo von den Städten für Erbſchenkſtetten angegeben worden, zu ſchützen wären, dahingegen die neuen, ſeit 3- oder 5 Jahren angelegten, Schenkſtetten wieder aufgehoben werden ſollten m).

Auf die bisher erzehlten politiſchen Begebenheiten folgte nun auch eine Geiſtliche. Martin Luther zu Wittenberg begann nehmlich im J. 1517 ſein großes Werk der Kirchenverbeſſerung die ſich in den Coburgiſchen Landen ſehr frühzeitig ausbreitete. Kurfürſt Friedrich und ſein Bruder beſaßen zu viel Mäßigung, als daß

k) Pütters auserl. Rechtsf. Th. IV. Resp. 136. S. 976.

l) Es waren deren in der ganzen Pflege Coburg nur 20, als: Oeßlau, Einberg, Lauter, Meeder, Garnſtadt, Heßberg, Eißhauſen, Streifdorf, Engenſtein, Hetſchbach, Neubrun, Mukberg, Fürth, Großengarnſtadt, Eſelter, Gauerſtadt, Roßfeld, Heldrit, Elſa und Großwalbur. Dieſe Dörfer waren größtentheils ſolche, wo dem Landesherrn in der Vorzeit (1340) das ſogenannte Bauweinrecht, oder die Befugniß, die Dörfer mit Getränke zum Verzäpfen zu belegen, noch zuſtändig war, wovon ich in der Cob. Geſch. des M. Alters (S. 141.) umſtändlich gehandelt habe. Dieſe Finanzoperation mochte aber wenig eintragen und man fand für zuträglicher, dergl. Schenkrechte dem, in obigen Dörfern angeſeſſenen, Adel, als Erblehn, zu verleihen. Eben daher belegte man ſie mit dem Namen Erbſchenkſtätten, gegen welche die Städte keinen Widerſpruch erregten, weil ſie urſprünglich herrſchaftl. Domainen geweſen waren.

m) Dipl. inedit. d. d. Dienſtags nach Vocem Incunditatis a. 1517.

ſie gleich Anfangs an dieſer geiſtlichen Revolution thätigen Antheil hätten nehmen ſollen: vielmehr betrachteten ſie die neuen Lehrſätze, als reine Glaubensſache, deren Annahme ſie den Einſichten und der Ueberzeugung ihrer Unterthanen ſtillſchweigend überließen, ohne ihnen ſolche zu empfehlen oder zu verbiethen. Eben daher geſchahe es, daß der Magiſtrat zu Coburg, ohne ihre vorhergegangene Genehmigung, den M. Balthaſar During n), einen eifrigen Verehrer der lutheriſchen Lehre, ſchon im J. 1518 zum Prediger annahm, und dadurch in der Hauptſtadt des Landes, weit früher, als in den übrigen Coburgiſchen Landſtädten, den erſten Grund zur Reformation legte. Männer von Kenntniſſen des neuen Kirchenſyſtems waren aber damals noch eine ſo große Seltenheit, daß During ſchon im folgenden Jahre (1519) einen Ruf nach Bamberg erhielt, und ihm von dem daſigen Domherrn, Sebaſtian von Kindsberg, die Stelle eines lutheriſchen Predigers angetragen wurde. Da er ſich hierzu bereitwillig erklärte und bei dem Stadtrath zu Coburg ſeine Entlaſſung verlangte, gerieth letzterer darüber in nicht geringe Verlegenheit und erſuchte den von Kindsberg ſehr dringend, den M During ſeiner gethanen Zuſage zu entbinden und ihn, zum Beſten der gemeinen Stadt, als Prediger zu Coburg zu laſſen o). Es erfolgte zwar hierauf eine abſchlägliche Antwort, mit der Aeußerung, daß den Einwohnern zu Bamberg an einem guten Prediger viel gelegen ſey p). Indeſſen ſiehet man doch aus ſpätern Nachrichten, daß Balthaſar During, als erſter evangeliſcher Pfarr zu Coburg geblieben ſey, und dieſe Stelle, bis zu ſeinem 1529 erfolgten Ableben, verſehen habe, wo ſie vom Kurfürſt Johann, auf D. Luthers Empfehlung, mit dem M. Johann Langern wieder beſetzet wurde q).

n) Er war aus Königsberg in Franken (nicht in Preuſen, wie Hön l. c. Th. I. p. 79 vorgiebt,) gebürtig und trat, ungedrukten Nachrichten zufolge, ſchon im J. 1518 als Reformator in Coburg auf. Brückner in vita M. Balth. Duringi (1734) irret alſo, wenn er den Anfang ſeines Predigtamts in das J 1525 ſetzet

o) Originalſchreiben des Stadtraths d. d. Coburg vnter vnſer Statſecret Montags nach Lucie anno ꝛc. XIX.

p) d. d. Mittwochs Thomä Ap. anno ꝛc. ꝛc. XIX. Die lutheriſche Lehre hatte damals in Bamberg allgemeinen Beifall gefunden und ſo bedeutende Fortſchritte gemacht, daß Pabſt Adrian VI. noch im J. 1522 ſich bewogen fand, den dortigen Stadtrath ſehr nachdrücklich davon abzumahmen. Schlegel. initia reformat Coburg ꝛc. p. 23. Dieß würkte aber blos auf die Stadtbewohner; auf dem Lande hingegen hatte die evangeliſche Religion ſo feſten Fuß gefaßt, daß ſie ſich im mehrern Bambergiſchen Ortſchaften, bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts, erhielte. Durch dieſe Standhaftigkeit ſetzten ſich die lutheriſchen Glaubensgenoſſen manchen Verfolgungen der Catholiken aus, und nach archivaliſchen Nachrichten, wenbeten ſich die Einwohner zu Graitz, Zeulen, Michelau, Mansgereuth u. a. m. zum öftern (1612—1624) an Herzog Johann Caſimirn zu Coburg, um ſich ihrer, durch Vorſchreiben bei den Bambergiſchen Biſchöffen, anzunehmen. Die Intolleranz gieng ſoweit, daß die Lutheraner nicht einmal im Bambergiſchen Gebiete begütert ſeyn durften, daher einige Coburgiſche Unterthanen, die daſelbſt Beſitzungen hatten, von der dortigen Obrigkeit aufgefordert wurden, entweder dieſe Güter, mit Aenderung der Religion, ſelbſt zu beziehen, oder ſich gefallen laſſen, daß ſie deren für Verluſtig erkläret würden.

q) Dipl. orig. d. d. Torgaw nach Allerheil anno ꝛc XXIX worinne Kurfürſt Johann dem Stadtrath reſcribirte: — „Nachdem ir vns nechſt nach Abſterben ern Balthaſar Dörings „eures Pfarrers ſeligen geſchriben vnd gebeten, das Wir euch mit eynen andern Pfarr gnedigk-

Der erſte Schritt zur Reformation in der Pflege Coburg war nun zwar frühzeitig genug gethan; Er beſchränkte ſich aber noch zur Zeit blos auf die Hauptſtadt. In den übrigen Städten, Heldburg, Hildburghauſen, Königsberg, Ummerſtadt u. a. m blieb es noch eine geraume Zeit beim Alten r), und ſelbſt die Aufhebung der Coburgiſchen Klöſter, die noch unter der kirchlichen Aufſicht der Würzburgiſchen Biſchoffe ſtanden, erfolgte zuerſt nach dem Tode Kurfürſt Friedrichs des Weiſen. Ueberhaupt gieng es hier, beſonders auf dem platten Lande, mit der Einführung des Gottesdienſts, nach Luthers Grundſätzen, nur ſtufenweiße, und man bemerkt, daß, ſo lange Friedrich lebte, damit wenige Vorſchritte gemacht wurden. Dieſer Fürſt ſcheint ſelbſt noch zu viel Anhänglichkeit an das alte Kirchenſyſtem oder ſonſten wichtige Gründe gehabt zu haben, um auf eine allgemeine Kirchenverbeſſerung mit mehrerer Thätigkeit hinzuwürken. Er ſtarb mitten unter dieſen Religionsbegebenheiten am 5. May 1525 ohnvermählt und hatte ſeinen Bruder, Herzog Johannſen den Beſtändigen, zum Nachfolger, dem es vorbehalten war, das angefangene Reformationswerk zu vollenden.

§. IV.

Kurfürſt Johann der Beſtändige, als alleiniger Inhaber der Pflege Coburg.

Vom J. 1525 — 1532.

Kurz vor dem Regierungsantritt dieſes Fürſten war bereits in Schwaben der bekannte Baurenaufruhr zum Ausbruch gekommen, der ſich nun auch mit ſeinen traurigen Folgen über die Pflege Coburg verbreitete. Zum Ruhm der hieſigen Unterthanen finden ſich keine Nachrichten, woraus man vermuthen könnte, daß ſie ein ähnlicher Schwindelgeiſt ergriffen hätte. Nur von den Einwohnern zu Fürth am Berg, die damals dem Kloſter Banz zugehörten, weiß man, daß ſie ſich einer Theilnahme an jener Empöhrung ſchuldig gemacht haben, indem ihre deshalbige Beſtrafung, zwiſchen Kurfürſt Johannſen und dem Biſchof zu Bamberg, eine Jurisdictions-

„lich verſehen wollen, Als haben Wir dazumal dem Erwürdigen vnd hochgelerten Ern Martino Luther, Doctor, vnd andere, vmb eynen gelarten Mann geſchriben. Dieweil ſie „vns dann jetzt gegenwärtigen ern Johann Langer zu ſolchen Pfarrambt vor tuglich vnd „geſchickt angegeben, thun Wir euch denſelben hiemit oberſenden, vnd begeren, Jr wollet Jn zu „euren Pfarrer vnd Seelſorger, auch vermög vnſer Preſentation alſo annehmen ꝛc. ꝛc.“ Hiernach iſt Schlegel in vita Langeri p. 46 zu berichtigen, wo J. Langern ſchon im J. 1527 als Nachfolgern des Pfarr Dörings und als einer, der damaligen Viſitatoren, aufgeführet wird.

r) In den oben genanten Coburg. Städten wurde die evangeliſche Religion zuerſt bei der Kirchenviſitation, die Kurfürſt Johann 1528 veranſtaltete, vollſtändig eingeführet, und die daſigen Kirchen mit lutheriſchen Predigern beſetzt. Nur zu Eißfeld bekleidete Dr. Kind ſchon im J. 1525 eine ſolche Stelle und war nachher 1528 einer von den vier Viſitatoren, die damals die neue Kirchenverfaſſung in den Coburgiſchen Landen organiſirten.

irrung veranlaßte, die zuerſt im J. 1534 beigeleget wurde s). Was man übrigens für Vertheidigungsanſtalten gegen das Eindringen der fremden Bauern gemacht habe, läßt ſich aus Mangel an Nachrichten nicht angeben; kräftig mögen ſie aber nicht geweſen ſeyn, weil manche Klöſter und Schlöſſer, nebſt vielen Dorfſchaften, von ihnen in Brand geſtecket und ohne Wiederſtand verheeret wurden t). Die Coburgiſche Ritterſchaft, — die einzige Schutzwehre des Landes, — flüchtete auf die hieſige Veſtung und wartete, bis Kurfürſt Johann, im Monat May 1525, mit ſeinem reiſigen Zeug, von Meiningen aus nach Coburg zog und die Bauern verjagte.

So ſchädlich auch dieſe Revolution dem Lande und beſonders den adelichen Ritterſitzen geweſen ſeyn mag, ſo trug ſie doch zur Beförderung der Seculariſirung der inländiſchen Klöſter, ungemein viel bei. Mönche und Nonnen waren, aus Schrecken für der Bauern-Wuth, geflüchtet, die Kloſtergebäude waren zum Theil ein Raub der Flamme geworden, die Kirchenornate geraubt und die Güther blieben wüſt und ungebaut liegen. Bei dieſem verödeten Zuſtande ſahe ſich Kurfürſt Johann, obrigkeitswegen, veranlaſſet, die traurigen Ueberreſte des alten Kloſterreichthums in Verwahrung zu nehmen, und wegen der ökonomiſchen Verwaltung der herrnloß gewordenen Güter, das Nöthige zu veranſtalten. Die nehmliche Sorgfalt ließ Johann auch bei den benachbarten Klöſtern Banz und Langheim, eintreten, denen eine Menge von Dörfern und Gütern zugehörte, die in der Pflege Coburg gelegen waren und von den Bauern eine gänzliche Verwüſtung erlitten hatten. Der Kurfürſt nahm ſie ebenfalls im Beſitz und es eröffnete ſich dadurch für ihm eine günſtige Gelegenheit, dieſe Güter, welche der Aberglaube und die falſchen Begriffe von Gottesverehrung ſeinem Lande in der Vorzeit entzogen hatte u), wieder mit demſelben zu vereinigen; er dachte aber doch ſo uneigennützig, daß er, auf Vorſprache des Biſchofs zu Bamberg, den beiden Klöſtern, alle ihre, im Coburgiſchen Gebiete gelegenen, Beſitzungen im J. 1526 wieder zurückgab v).

Mit dieſem Zeitraum gediehe nun eigentlich die Einführung der lutheriſchen Lehre in den Coburgiſchen Landen, — wie ich unten (§. XXV.) etwas ausführlicher

s) Dipl. orig. d. d. am Mittwochen nach den heil. Palmtag 1534. — „Belangend die verwürkte Strafe der Inwoner des Dorfs Fürth, in Zeit des baueriſchen Aufruhr des „1525. Jars, ſo mein g. Herr von Bamberg zu Wiederlegung der vom Adel zugefügten „Schaden halb auf daſſelbig Dorf Fürth auflegen laſſen, dagegen aber mein g. Herr der „Churfürſt, der freiſchlichen Obrigkeit halb, ſo Sr. churfürſtl. Gnaden der Ende zuſtehet vnd in das Centgericht gein Neuſtad an der Heide gehört, den Leuten daſelbſt, ſolicher erforderten Anlage halb, Verbot haben thun laſſen, — iſt durch meinen gnedigſten Herrn, dem Churf., dem Herrn von Bamberg zu Freundſchaft dießmalen gewilligt, „ſolche Anlage des Strafegeldes folgen zu laſſen, doch ſoll ſolches Sr. churfürſtl. Gnaden ihrer zu Fürth habenden freiſchl. Oberkeit zu keinen Nachtheil gereichen" 2c. 2c.

t) Dieſes Schikſal traf unter andern die Klöſter Mönchröden, Veilsdorf, Langheim, Banz und 14 Heiligen, ingleichen die Schlöſſer und Dörfer Haſſenberg, Schernek, Hohenſtein, Ketſchenbach, Bedheim, Altenſtein, Lichtenſtein, Simau, Rotenkirchen, Frieſendorf u. a. m. (Hön. l. c. II. S. 139.

u) Coburg. L. Geſchichte des Mittelalters S. 90.

v) Beil. Nr. XXVIII. S. 44.

erzählen werde, — zur Vollſtändigkeit. Kurfürſt Johann veranſtaltete im J. 1528 eine allgemeine Kirchenviſitation; beſetzte die Pfarrſtellen mit evangeliſchen Predigern, entfernte die Ordensbrüder, gegen Abreichung eines lebenslänglichen Unterhalts, aus den Klöſtern, und vollendete, durch dieſe Unternehmung, die Vereinigung der Kirchengewalt mit der weltlichen Hoheit, die bisher, durch die Grundſätze der Römiſchen Kirche, ſo ſehr beſchränket war. Dieſer Fürſt trat jetzt öffentlich, als ein ſtandhafter Vertheidiger der Lutheriſchen Lehrſätze, auf und er war einer von den wenigen deutſchen Fürſten, die das Herz hatten, im J. 1529 gegen den, für die evangeliſchen Stände nachtheiligen, Reichstagsſchluß zu Speyer die berühmte Proteſtation einzulegen, von welcher ſie in der Folge den Unterſcheidungsnamen bekommen haben. Da man voraus ſahe, daß dieſer kühne Schritt den Kaiſer gegen die Proteſtanten aufbringen und ihn zu gewaltſamen Maaßregeln veranlaſſen würde, ſo veranſtaltete der Kurfürſt eine Zuſammenkunft der evangeliſchen Stände zu Rodach, in der Pflege Coburg, um daſelbſt, wegen ernſtlichen Vorkehrungen zur gemeinſchaftlichen Vertheidigung, die nöthige Abrede zu nehmen w). Glücklicher Weiſe ſchlug aber Karl V. einen gelindern Weg ein, um die Religionsirrungen zu beſeitigen. In einem gemäßigten Ton, ſchrieb er im Monat April 1530 den berühmten Reichstag zu Augsburg aus, wo an einer gütlichen Vereinigung der beiden Religions-Parteien gearbeitet werden ſollte. Der Kurfürſt reißte in Begleitung einiger deutſchen Fürſten und der drei Theologen, Melanchton, Spalatin und Jonas nach Augsburg ab, lies aber Luthern in Coburg zurück, weil es gefährlich geweſen ſeyn würde, ihn, als einem Geächteten, mit auf den Reichstag zu bringen.

Zur perſönlichen Sicherheit dieſes, um die Kirche und dem Staate ſo verdienten, Mannes, wurde ihm eine Wohnung auf der hieſigen Veſtung angewieſen, wo er ein hohes und für die Ausſicht ſehr angenehmes Zimmer inne hatte, welches noch jetzo die Doctor Luthers Stube heißet. Hier lebte er ſechs Monate lang im ſtrengſten Incognito, beſchäftigte ſich mit theologiſchen Wiſſenſchaften und verfertigte in dieſen kurzen Zeitraum bei 26 Schriften, die größtentheils in ſeinen geſammelten Werken, unter den Namen: Coburgiſche Schriften Lutheri, abgedruckt ſind x). Zugleich nahm er aber auch an den Religions-Angelegenheiten, die auf den Reichstag zu Augsburg verhandelt wurden, großen Antheil und machte ſich's zur Pflicht, Kurfürſt Johannen und deſſen, bei ſich habende, Theologen mit Rath und That an die Hand zu gehen. Selbſt das Augsburgiſche Glaubensbekenntniß, welches Melanchthon zu Stande gebracht hatte, ſchickte ihm der Kurfürſt hieher, um es zu prüfen und nach befinden zu verbeſſern y). Gewiſſermaßen kann man alſo der Veſte Coburg die Ehre zuſchreiben, daß dieſe, für die evangeliſche Kirche ſo wichtige Urkunde daſelbſt zu ihrer Vollkommenheit gediehen ſey.

w) J. J. Müllers Hiſtor. von der Proteſtat. der evangel. Stände S. 236.

x) Man findet dieſe Schriften, den Titel nach, in Fiſchers Augsb. Confeſſ. (1730) S. 17. angezeiget.

y) Das Schreiben des Kurfürſten ſtehet in Chytraeo Hiſtor. der Augsb. Confeſſ. S. 26.

Von Luthers Aufenthalt auf dieſer Veſte verdienet hier beyläufig bemerkt zu werden, daß er ihr, um verborgen zu bleiben, in ſeinen Briefen einen andern Namen beilegte. Oft ſchrieb er ſie rückwärts, Gruboc, bald nannte er ſie, wegen der hohen Lage, den Berg Sinai, bald eine Wüſte und Einöde, bald das Reich der Vögel und Dolen, die ſich hier ſehr häufig ſehen ließen. Mehrmalen klagte er über das Sauſen der Winde, welches ihn hier um ſo mehr beunruhigte, weil er ohnehin mit Sanſen und Brauſen der Ohren beſchwehret war. So ſchrieb er z. B. an den Melanchthon: „Ich meine fürwahr nicht anders, denn es wäre irgend ein Lerme „zu Augsburg, ſo grauſam wüthet der Wind und Regen hier; — Ich habe einige „Tage her mich nicht wohl an meinen Haupte befunden, beſorge aber, daß die Winde, „welche anjetzo an das Schloß ſtoßen, in meinen Kopfe geweſen, welche nun von auſ„ſen ſich hören laſſen.“ Wer ihn aber am meiſten plagte, war der leidige Teufel, deſſen Anfechtungen er ſchon 9 Jahre früher, auf dem Schloſſe Wartburg, ausgeſetzt geweſen war z). Er nannte deswegen die Coburgiſche Veſtung, das Schloß, das voll Teufel iſt a), und am 12. May ſchrieb er an ſeinem vertrauten Freund, Melanchthon: „An den Tag, da ich euren Brief von Nürnberg bekommen, hat der „Satan eine Botſchaft bey mir gehabt. Ich war allein, Vitus und Cy„riacus waren nicht bey mir, und in ſoweit hat er fürwahr gewonnen, daß er mich „aus der Schlafkammer getrieben und gezwungen hat, daß ich habe müſſen unter die „Leute gehen.“ b) Auch ſpricht Luther von Fauſtſchlägen, die er von des Satans Engel an ſeinem Leibe gefühlet habe, und äuſſert gegen einen ſeiner Freunde, daß er den böſen Geiſt des Nachts im Schloſſe habe poltern hören und ihn im Schloßgargarten, in der Geſtalt einer ſchwarzen Sau, geſehen habe c). Dergleichen Erſcheinungen gehören freilich mit zu den damaligen Zeitgeiſte, wo die Gewalt der, von Jugend auf eingeſogenen, Vorurtheile auch bei dieſem, ſonſt ſo helldenkenden, Manne noch ſehr ſtark würkte, und wo man den armen Teufel überall für den Störer ächter-Gottesver-

z) Aus der Reformationsgeſchichte iſt bekannt, daß Martin Luther im J. 1521 auf dem Reichstage zu Worms, wo er den ihn angeſonnenen Wiederruf ſeiner Schriften ſtandhaft verweigerte, vom K. Carl. V. in die Acht erkläret und das, ihm vorher ertheilte, ſichere Geleit auf 21 Tage eingeſchränket wurde. Er reißte gleich darauf mit ſeinen Begleitern von Worms wieder ab; Kurfürſt Friedrich der Weiſe war aber um ſeine perſönliche Sicherheit ſo ſehr beſorgt, daß er die Anſtalt traf, ihn auf der Rückreiſe, ohnweit Altenſtein, im Fürſtenthum Meiningen, von einigen verkleideten Reutern aufheben und auf die Wartenburg in Verwahrung bringen zu laſſen. Hier war es, wo Luther, unter dem angenommenen Namen des Junkers Görge, bis zum 4. März 1522 ſo verborgen blieb, daß ſich an vielen Orten das Gerüchte von ſeinem Tode verbreitete. Während dieſes Aufenthalts beſchäftigte er ſich mit der Bibelüberſetzung, wurde aber vom Satan, in der Geſtalt einer Fliege, ſo heftig geplaget, daß er hier eben ſo, wie nachher in der Veſte Coburg, das Dintenfaß nach ihm geworfen, wovon das Fleck ſich noch bis jetzo in ſeiner Wohnſtube erhalten haben ſoll. (S. Thons Geſch. des Schloſſes Wartburg S. 178 f.).

a) Fiſcher l. c. S. 12.

b) Höns Cob. Hiſt. Th. II. S. 149.

c) Fiſcher l. c. S. 27.

tesverehrung und für den Urheber aller widerwärtigen Ereigniſſe erklärte. Der Gedanke an den Satan und ſeinem Anhange war alſo bei Luthern immer gegenwärtig und ſeine lebhafte Einbildung trieb ihr Spiel mit ihm ſoweit, daß er einſtmalen, als er den Teufel in ſeiner Wohnſtube zu ſehen glaubte, das Dintenfaß nach ihm warf, wovon das Fleck über den Ofen an der Wand noch jetzo etwas ſichtbar iſt.

Zu gleicher Zeit, wo Kurfürſt Johann mit dem Reformationsweſen und mit Organiſirung der neuen Kirchenverfaſſung beſchäftiget war, richtete er auch ſeine Aufmerkſamkeit auf politiſche Gegenſtände, die theils auf Regulirung der ſtreitigen Jurisdictions-Verhältniſſe, zwiſchen der Coburgiſchen Ritterſchaft und den fürſtlichen Aemtern, theils auf Abſtellung mancher Landesgebrechen Bezug hatten, die dem Emporkommen des Landes im Wege ſtanden. Der Grund zu dieſen wichtigen Verhandlungen wurde im Januar 1531 auf dem Landtage zu Zwickau geleget, welcher eine allgemeine Beſteuerung der Sächſiſchen Lande zum Zweck hatte, und wobei auch der Adel und die Geiſtlichkeit zur Mitleidenheit gezogen wurden. Von Seiten der Pflege Coburg waren daſelbſt zwei Deputirte gegenwärtig, nehmlich der Ritter, Hanß Schott zu Hellingen, wegen der Ritterſchaft, und Caspar Rensperger, Bürgermeiſter zu Coburg, wegen der Städte, welche die Beſteurung der ritterſchaftlichen Lehen- und Allodialgüter verwilligten, ob gleich ſolche bisher davon befreiet geweſen waren d). Mit dieſer Verwilligung verbanden ſie aber, ſo wie die übrigen Sächſiſchen Landſtände, eine Anzeige vieler Beſchwerden und Landesgebrechen deren Abſtellung ſie dem Kurfürſt ans Herz legten Die darüber angeſtellten Landtagsverhandlungen wurden in dem nehmlichen Jahre zu Torgau fortgeſetzt, allwo der Kurfürſt den Schluß faßte, die Beſchwerden der Coburgiſchen Ritterſchaft durch ſeine Räthe, in der Stadt Coburg ſelbſt, unterſuchen und entſcheiden zu laſſen e). Dieß war der Urſprung der noch ungedruckten Coburgiſchen Landesordnung die am 16. Sept. 1531 zu Stande kam und unter den uneigentlichen Namen, des Torgauer Abſchiedes, bekannt iſt f).

Der Hauptgegenſtand dieſes Landesgeſetzes beſchäftiget ſich mit der Regulirung der ſtreitigen Jurisdictians-Verhältniſſe, die ſeit der Fertigung des Erbbuchs, (S. 25.) zwiſchen den fürſtl. Aemtern und der Ritterſchaft entſtanden waren. Letztere glaubte nehmlich, gegen die Richtigkeit jener Urkunde einigen Zweifel zu erregen und beſchwehrte ſich zugleich darüber, daß die Erblehnsfälle ihrer Unterſaſſen vor die fürſtl.

d) In dieſer Landtagsverhandlung, deren Mittheilung ich der Gefälligkeit des Hn. Hofrath Ortloffs zu Coburg verdanke, heißt es unter andern: — „Vnd haben der Adel zu Franken gewilliget, vber ihren getreuen Ritterdienſt, ihre Güter, ſo ſy von vnſern gnedigſten Herrn zu Lehen tragen, neben andern von der Ritterſchaft, von ihrem Tiſchgut, erbliches Einkommen der Zinß, Zehenden vnd andern, desgleichen auch ire Vnterthanen auch zu tragen, zu belegen vnd einzubringen, welches doch alles hiebevor — nymals beſcheen noch herkommen" u.ſ.w.

e) Zu dieſem Geſchäfte ertheilte Kurfürſt Johann, am 25. July 1531 ſeinem Räthen, Wolfen von Weißenbach, Hanſen von Minkwitz, Haußen von Dölla und Caspar Renspergern, den Auftrag, die geſammte Ritterſchaft und Landſtände nach Coburg zu berufen, ihre Beſchwerden zu unterſuchen und ſolche durch Güte und Recht beizulegen.

f) Dieſe Landesordnug iſt für die Gerichts- und Polizeiverfaſſung in der Pflege Coburg aller-

Centgerichte gezogen und ihre Gerichtsbarkeit dadurch beeinträchtiget würde. Bei genauer Erörterung der Sache konnte jedoch die Ritterſchaft der Gültigkeit des Erbbuchs nichts weiter entgegen ſetzen, daher es bei dem Inhalte deſſelben ſein Bewenden behielte. Nur in Anſehung der Erblehnsfälle geſtattete man dem adelichen Lehenherrn die Wahl, ſolche entweder vor ſeinem eignen Lehnsgerichte oder vor den Centgerichten vorzunehmen, jedoch ſollten, mehr nicht als 1/2 fl. Unkoſten von jedem Erbintereſſenten gefordert werden. Auſſerdem wurde auch den adelichen Gutsbeſitzern, als Erblehenherrn, eine Art von Gerichtsbarkeit über ihre Centbare Unterſaſſen mit der Beſtimmung zugeſtanden, daß ſie berechtiget ſeyn ſollten, über bekenntliche Schuld und Gült zu helfen, das heißt: nur in ſolchen Schuldſachen, die auf Brief und Siegeln beruheten und keinem Widerſpruch unterworfen waren, auf Anſuchen des Klägers, die Jurisdiction auszuüben. Nach dieſer Beſtimmung verſtehet es ſich von ſelbſt, daß in nicht bekenntlichen oder in ſolchen Sachen, die eine weitere rechtliche Ausführung nöthig machten, dem Erblehenherrn keine Jurisdiction zuſtändig war, ſondern daß dergleichen Rechtshändel vor die Centgerichte gehörten. Ueber die uncentbaren Unterſaſſen hingegen konnte der Erbherr auch in ſolchen Sachen Richter ſeyn, die unter den Partheien ſtreitig waren und einer rechtlichen Discuſſion und Entſcheidung bedurften. Die übrigen Artikel dieſes Landesgeſetzes gewähren zwar keinen practiſchen Nutzen, ſie ſind aber doch, als Reliquien eines Zeitalters, merkwürdig, wo man erſt anfieng, für die innere Ordnung des Staats und für das Wohl der Unterthanen würkſamer zu werden. Eine dringende Beſchwerde führte man unter andern ſchon damals über den Wildſchaden und über den Druck der herrſchaftlichen Jäger, die dem Lande, durch den alten Gebrauch des Lagerrechts, läſtig waren, vermöge deſſen ſie ſich in den Dörfern wochenlang einquartirten und auf Koſten der Einwohner zehrten. Gegen den Wildſchaden traf man weiter keine Maaßregeln, als daß die Bauern zwar die Erlaubniß erhielten, ſich ihrer Hunde zu Verſcheuchung des Wildprets zu bedienen, ſie mußten aber ſolchen ellenlange Knittel am Halſe hängen, damit dem Wildpret ja kein Schade zugefüget werden möge. Nur Bären und wilde Schweine, die in den benachbarten Würzburgiſchen und Hennebergiſchen Gebiete geheget wurden und den Coburgiſchen Lande ſchädlich waren, ſollten von den Forſtknechten erleget und an den Pfleger zu Coburg eingeliefert werden. — Zu Abſtellung des läſtigen Jagdlagers wurde verordnet, daß ein reitender Jägersknecht für die Verpflegung auf eine Woche 2x Zinßgroſchen und ein gehender halb ſo viel, von den treffenden Dörfern bekommen ſollte.

Kurfürſt Johann ſtarb am 12. April 1532 und hinterließ den Ruhm eines ſtandhaften Beförderers der evangeliſchen Glaubenslehre. Er war zweimal vermählt. Mit ſeiner erſten Gemahlin, Sophia, einer Mecklenburgiſchen Prinzeſſin, erzeugte

dings von Wichtigkeit, indem ſie nicht nur die Grundlage des ſpätern Landesgeſetzes vom J. 1556 ausmachte, ſondern auch in dem Caſimirianiſche Abſchied vom J. 1615 ſich zum öftern darauf bezogen wird. Sie verdiente daher, ihren ganzen Inhalte nach, einen Platz im Urkundenbuch, wo ich ſie in der Beilage nr. XXIX. S. 45f. mit einigen Anmerkungen mittheile.

er einen einzigen Sohn, Johann Friedrichen den großmüthigen, der ihm in der Kurwürde folgte. Seine zweite Gemahlin, Margaretha, eine Tochter des Fürſt Waldamars von Anhalt, gebahr ihm einen Prinzen, Namens Johann Ernſt, welcher im J. 1541 mit ſeinem Halbbruder theilte, und ſeit dem, als alleiniger Regent in der Pflege Coburg, erſcheinet. Seine Geſchichte wird unten (§. VI.) beſonders vorgetragen werden.

§. V.

Kurfürſt Johann Friedrich der Großmüthige, vom J. 1532 bis zur Theilung mit ſeinem Bruder, Johann Ernſt. (1541).

Bei dem Ableben Kurfürſt Johannſens war ſein zweiter Sohn, Johann Ernſt, noch minderjährig und ſtand unter der Vormundſchaft ſeines älteſten Bruders, Kurfürſt Johann Friedrichs, der die Landesangelegenheiten in der Pflege Coburg im gemeinſchaftlichen Namen beſorgte. Seine Regierung eröfnete ſich im J. 1533 durch einen Vertrag mit dem Stifte Bamberg über das, an die Coburgiſchen Dörfer, Weidhauſen, Frohnlach, Ebersdorf und Trübenbach, abzugebende Gerechtigkeitsholz, von deſſen Urſprunge ich an einem andern Orte g) reden Gelegenheit gehabt habe. Da ſich inzwiſchen manche, der Holzcultur nachtheilige, Mißbräuche eingeſchlichen hatten, ſo wurde jetzt genau beſtimmt, auf welche Maaße die Abgabe des Brenn- Bau- und Büttnerholzes an die Forſtberechtigten geſchehen und wie gegen die Contravenienten, durch Pfändung und Strafe, verfahren werden ſollte h). Mit eben dieſem Stifte waren auch wegen der Sächſiſchen Hoheit zu Fürt am Berg und Grub am Forſt, Irrungen entſtanden, die ſeit 1534 mehrere Conferenzen veranlaßten und zuletzt im J. 1537 durch einen Vertrag beigeleget wurden. In Anſehung des Dorfs Grub am Forſt, trafen beide Theile die Abrede, daß der, durch dem Orte laufende, Bach die Hoheitsgrenze zwiſchen Sachſen und Bamberg ausmachen, jedoch aber denn Hauſe Sachſen im ganzen Dorfe das Eichrecht, oder die Beibehaltung des Coburgiſchen Kandelmaßes, verbleiben ſollte. Auſſerdem verſprach man Bambergen Seits, dem Sächſiſchen Hofe zu Meſchenbach, das nöthige Bauholz aus dem Lichtenfelſer Forſt abgeben zu laſſen i).

Johann Friedrichs Regentengewalt in der Pflege Coburg äuſſerte ſich beſonders in einem Mandate vom J. 1539, welches die Zudringlichkeit der Reichsritterſchaft des Landes zu Franken veranlaſſete. Letztere hatte nehmlich ein allgemeines Ausſchreiben ins Publicum erlaſſen, worinne ſie ihre Rechte und Freiten, die ſie, als freie

g) S. die Cob. Geſch. des Mittelalt. S. 165.
h) Dipl. de a. 1533 in Fabers hiſt. Nachr. vom Amte Sonnenfeld S. 281.
i) Dipl. de a. 1537 ebendaſ. S. 290. Die Hoheitsirrungen über Fürth am Berg blieben jetzt noch unerörtert und erhielten erſt unter der Regierung Herzog Johann Caſimirs, durch einen ſpätern Vertrag vom J. 1601, ihre Erledigung.

Franken, hergebracht zu haben glaubte, weidlich herausſtrich, zugleich aber auch über unerhörte Neuerung der Landesfürſten klagte, wodurch ihren Gerechtſamen zu nahe getreten werde. Um dagegen die nöthigen Maaßregeln zu ergreifen, ſtellte ſie einen Rittertag zu Schweinfurth an und erlaubte ſich, auch die, im Coburgiſchen Gebiete anſäſſige, Ritterſchaft darzu einzuladen. Dem Kurfürſten konnte nun wohl eine ſolche Anmaßung um ſo weniger gleichgültig bleiben, da in den Sächſiſchen Landen der volle Landſaſſiat eingeführet und die Ritterſchaft nur allein ihrem Territorialherrn unterworfen war. Er ſahe ſich deswegen bewogen, dieſem Eingriff in ſeine Hoheitsrechte, durch Erlaſſung eines öffentlichen Patents, zu begegnen und darinne ſeinen in- und ausländiſchen adelichen Vaſallen das Erſcheinen auf den fränkiſchen Rittertagen ſo wie überhaupt alle Theilnahme an dergleichen Berathungen, nachdrücklichſt zu unterſagen k).

Nachdem inzwiſchen Herzog Johann Ernſt das 18 Jahr erreichet und mit ſeinem ältern Bruder noch einige Jahre in Gemeinſchaft regieret hatten, ſchritten beide Herrn im J. 1541 zur Landestheilung, wodurch dem jungen Herzog die ganze Pflege Coburg, nebſt allen Regalien und Nutzungen, jedoch unter ſolchen Einſchränkungen zugetheilet wurde, die eine gewiſſe Abhängigkeit vor ſeinem ältern Bruder bezeichneten. Nach dem Inhalte des Theilungsvertrags behielte ſich nehmlich der Kurfürſt über die Fränkiſchen Ortslande die Schutz und Schirmgerechtigkeit vor, vermöge welcher er berechtiget war, bei ſeinen Kriegen die nöthigen Dienſtleiſtungen, Heeresfolge und Steuern von der Coburgiſchen Ritterſchaft und Unterthanen zu fordern; doch fügte er die Verſicherung hinzu, daß er dergleichen Anlagen, wenn ſie zu dem beſtimmten Zweck nicht verwendet würden, den Unterthanen wieder zurück geben wollte. Auſſerdem wurde ausdrücklich bedungen daß Johann Ernſt, ohne Vorwiſſen ſeines Bruders, ſich in keine Bündniſſe einlaſſen ſollte. Dahingegen übernahm Johann Friedrich alle Reichslaſten nebſt der Beſorgung der Lehnsempfängniß, ingleichen ſämmtliche Schulden, die, während der gemeinſchaftlichen Regierrng, ſich um 200,000 fl. vermehret hatten und als Hauptgrund der ungleichen Theilung angeführet werden. In Gemeinſchaft bleiben das Goldbergwerk auf der Steinheide oder wo ſich dergleichen ſonſten in der Coburgiſchen Pflege aufthun würden; auch verſprach der Kurfürſt ſeinem Bruder jährlich noch 14000 fl., zur Gleichſtellung der geringern Landesportion, zu entrichten und ihm noch überdieß 12000 Baugelder zu bezahlen, um die Veſte Coburg im baulichen Weſen zu unterhalten l) Die Verhältniſſe, in welchen Johann Ernſt, vermöge dieſer Theilung, zu ſeinem ältern Bruder ſtand, waren übrigens denjenigen eines paragirten Herrn ziemlich ähnlich, daher derſelbe auch keinen eigentlichen Reichsfürſten ausmachte und, als ſolcher, bei den Reichsverhandlungen damaliger Zeit, nie vorkommt. Indeſſen ſpielte er doch in der Coburgiſchen Geſchichte,

k) d. d. Torgau Sontags Peter Pauli 1539. Als 20 Jahre nachher die fränkiſche Ritterſchaft es nochmals verſuchte die Coburgiſchen Landſaſſen in ihre Verbindung zu ziehen, erließ Herzog Joh. Friedrich der mittlere an Letztere ein ähnliches Verbot.

l) Beil. nr. XXX. S. 77.

keine unbedeutende Rolle, und ſeine Regierung verdienet alſo in mancher Hinſicht einen eignen Platz.

§. VI.

Herzog Johann Ernſt zu Sachſen, als Regent in der Pflege Coburg; vom J. 1541 bis 1553.

Nach den, ſo eben erwähnten, Theilungsvertrag war nunmehro Johann Ernſt allein regierender Herr in den Fränkiſchen Ortslanden und wählte die Veſte Coburg zu ſeiner Reſidenz. Aber gleich nach ſeinem Regierungsantritt faßte er den Entſchluß, ſeine Hofhaltung in die Stadt zu verlegen und die Gebäude des ſeculariſirten Barfüßer Kloſters zu einer fürſtlichen Wohnung einrichten zu laſſen. Sein Bruder, Kurfürſt Johann Friedrich, rieth ihn zwar aus ökonomiſchen Gründen, davon ab, und ſtellte ihm unter andern vor, daß er einen zweifachen Haushalt zu führen hätte, und daß ſeine Hofhaltung in der Stadt Gelegenheit geben würde, fremde Fürſten, Grafen und Herrn, wenn ſie in der Stadt übernachten, zu ſich einzuladen, *oder ihnen wenigſtens das Geſchenk in Ihre Herberge bringen zu laſſen* m) Johann Ernſt ließ ſich aber deswegen in ſeinem Vorhaben nicht irre machen, und da es ihm an Geld fehlen mochte, berief er die Coburgiſche Ritterſchaft zuſammen, und proponirte ihr die Verwilligung des 14. Pfennigs von Getränken, welches auf ihren Gütern conſumiret werde n). Die Ritterſchaft erklärte ſich hierzu bereitwillig, doch benutzte ſie dieſe Gelegenheit, dem Herzog eine Menge Beſchwerden vorzutragen und um deren Abſtellung zu bitten. Die ſonderbarſte darunter war wohl die, über die ſchon längſt geſchehene *Aufhebung der Coburgiſchen Klöſter*. Sie gab vor, ihre Voreltern hätten ſolche mit vielen Gütern, Kelchen, Meßgewanden, und andern Koſtbarkeiten, ihres Begräbniß wegen, beſchenket, weswegen ſie berechtiget ſei, auf die Zurückgabe dieſer Vermächtniſſe Anſpruch zu machen. Auſſer dem trug die Ritterſchaft auch noch darauf an, daß ihre armen Leute, (Lehensunterſaſſen) wenn ſie ſich in Streitigkeiten mit ihrem adelichen Lehnherrn, an den Fürſten wenden würden, *nicht, wie bisher, in Schutz genommen*, auch weder in Criminalfällen vor die fürſtlichen Centgerichte geladen, noch zum Weg- und Straßenbau aufgefordert werden möchten. Herzog Ernſt nahm jedoch auf dergleichen Anträge keine Rückſicht. Der Begriff von Regentenrechten war zu ſeiner Zeit ſchon zu klar entwickelt war, als daß er die Bauern des Adels nicht auch für *ſeine Unterthanen* hätte anſehen ſollen, deren Erhaltung und Schutz gegen willkührliche Behandlung des adelichen Lehnherrns, ſchon an ſich in den Pflichten des Fürſten lag.

Indeſſen fuhr der Herzog fort, ſich mit dem Bau der neuen Reſidenz zu beſchäftigen und entwarf in dem nehmlichen Jahre für ſeinem Bauvogt, eine beſondere Inſtruc-

m) Der Brief, den der Kurfürſt ſeinen Bruder über dieſen Gegenſtand ſchrieb, ſtehet in der Cob. Geſch. des Mittelalt. S. 120 des Urkundenbuchs.

n) Beil. nr. XXXII, S. 88.

tion, worinne unter andern die Arbeitszeit o), und der Lohn beſtimmt wurde, der den Handwerksleuten wöchentlich bezahlt werden ſollte. Wie wohlfeil man damals bauen konnte, läßt ſich daraus abnehmen, daß jeder Steinmetz, Zimmermann und Maurer, von Petri bis Gallustag, die Woche über nur 18 gr. in der Winterzeit aber 15 gr. und ein Handlanger 24 Pfennige bekam. Nach dieſem Maaßſtabe iſt es alſo begreiflich, warum die Koſten, die man auf die Erbauung des neuen Schloſſes verwendete, ſich nur auf 7873 fl. belaufen haben p). Der Bau war im J. 1549 vollendet und hatte den Beifall Kaiſer Karls V., der ihn, bei ſeiner Durchreiſe, in Augenſchein nahm, weswegen die neue Reſidenz den Namen: Ehrenburg erhielte q).

Als Regent hat Johann Ernſt manches Verdienſt um die Verbeſſerung der Rechtspflege. Unter den deutſchen Fürſten war er der erſte, der ſchon im J. 1543 die alte Rechtsgewohnheit des verderblichen Einlagers und Leiſtungsrechts, welches in den Coburgiſchen Landen in Gebrauch war und manchen Schuldner ins Verderben ſtürzte r), aufhob und dagegen den Amtleuten zur Pflicht machte, in vorkommenden Schuldklagen ſchleunige Rechtshülfe eintreten zu laſſen. In dem nehmlichen Mandate s) wurde zugleich befohlen, daß keine Criminalfälle und beſonders Verwundungen verſchwiegen oder heimlich verglichen, ſondern bei den Centgerichten gehörig gerügt werden ſollten, damit dem Fürſten die verwürkte Strafe nicht entzogen werde. — Auch ſchreibet man Johann Ernſten die erſte Errichtung eines Conſiſtoriums zu, welches mit drei weltlichen Räthen und, neben den Superintendent Langer, mit vier Pfarrherrn beſetzt war, die wöchentlich zweimal zuſammen kamen, um theologiſche Streitigkeiten zu entſcheiden und auf die Erhaltung der reinen evangeliſchen Lehre aufmerkſam zu ſeyn t).

Eben ſo bemerkenswerth iſt die Wiederherſtellung des Coburgiſchen Hofgerichts, welches zwar ſchon in der Mitte des vorhergehenden Jahrhunderts hier exiſtirte u) aber in der Folge, weil ſeit Herzog Wilhelms Tode, kein Sächſiſcher Fürſt hier ein beſtändiges Hoflager gehabt hatte, wieder eingegangen war. Auf dringendes Verlangen der Ritterſchaft, beſchloß Johann Ernſt, daſſelbe zu erneuern und eine Hofgerichtsordnung entwerfen zu laſſen, welche unter gewiſſen Rubriken, die nöthigen Proceßformen und andere, zum Juſtizweſen gehörigen, Gegenſtände in ſich faßte, die bei vorkommenden Rechtshändeln beobachtet werden ſollten. Für die Coburgiſche Landsgeſchichte iſt dieſes Geſetz um ſo merkwürdiger, weil man es als die erſte, ob-

o) In der Inſtruction heißt es: „Item mit den Arbeiten ſoll es alſo gehalten werden; anzuge„hen; früh vmb vier Uhr, zu arbeiten bis vf ſieben Uhre, von halb acht Uhr vnz „(bis) auf eilf Uhr; von zwölf Uhre bis drey Uhre; von halb vier „vf ſechs Uhr. „Doch ſoll es zu jeder Zeit des Tags mit an- und abgehen gehalten werden, „wie man leu„then wird".

p) Müllers Annal.' S. 99.

q) Hön l. c. B. l. S. 225.

r) S. meine Cob. L. Geſch. des Mittelalt. S. 99.

s) Beil. nr. XXXI. S. 86.

t) Thomii Licht am Abend ꝛc. S. 344.

u) Cob. L. Geſch. des Mittelalt. S. 98.

gleich noch unvollkommene, Ausbildung der Rechtspflege betrachten kan und der ſpätern Hofgerichtsordnung, die Herzog Johann Caſimir zu S. Coburg im J. 1598 durch den Druck bekannt machte, (§ XIII.) zum Muſter diente. Johann Ernſt beſetzte dieſen Gerichtshof mit einem adelichen Hofrichter und zehen ritterbürtigen, Beiſitzern, die aber nicht in der Stadt wohnten, ſondern auf ihren Ritterſitzen blieben und ſich an den beſtimmten Gerichtstagen, Abends zuvor, zu Coburg einzufinden hatten. Aus der alten deutſchen Gerichtsverfaſſung, hatte man noch die Einrichtung beibehalten, daß nur dreimal des Jahres feierliche Seſſionen gehalten werden ſollten; doch ſuchte man den Nachtheil dieſer ſpärlichen Juſtizpflege, durch Anſtellung eines Hofgerichtsſchreibers, abzuhelfen, bei welchem die Partheien ihre Angelegenheiten anbringen und, zu deren Entſcheidung auf dem nechſtkommenden Gerichtstage, die gewöhnliche Ladung auswürken konten. Von einer Beſoldung des Hofrichters und ſeiner Beiſitzer war damals noch nicht die Rede; dahingegen verordnete der Herzog, daß einem jeden derſelben, „wenn er in der Stadt „Coburg in eyn Herberg einkeret, Futter aus dem herrſchaftlichen Caſten gegeben, und „für Malzeit, Schlaftrunk, Morgen- und Veſpertrunk, auch Hufſchlag, auf jedes „Pferd, Tag und Nacht, 12 gr. von dem Cammerſchreiber abgereichet werden „ſollte v).“

Die übrigen Regentenhandlungen des Herzogs verliehren ſich unter den damaligen Religionsſtreitigkeiten, die im Jahre 1546 in öffentlichen Krieg ausbrachen. In Verbindung mit ſeinem Halbbruder, Kurfürſt Johann Friedrichen, nahm er daran ſehr thätigen Antheil, begleitete denſelben in ſeinen Feldzug gegen Karln V. und ernante, während ſeiner Abweſenheit, Silveſtern von Roſenau zum Befehlshaber der Pflege Coburg. Johann Ernſt hatte aber eben ſo, wie ſein Bruder, das Schickſal, vom Kaiſer in die Reichsacht und ſeiner Lande für Verluſtig erkläret zu werden. Dieß eröffnete Marggraf Albrechten zu Bayreuth, der damals mit dem Kaiſer gegen die Proteſtanten einen Subſidienvertrag errichtet hatte, eine günſtige Gelegenheit auf den Erwerb der Coburgiſchen Lande zu ſpeculiren, und es glückte ihm, am 19. Dec. 1546 von Karln V. zu Schwäbiſchhall, den Auftrag auszuwürcken ſich derſelben zu bemächtigen und ſie in des Kaiſers Namen zu verwalten w). Doch gelang dieſes Unternehmen nur in ſo weit, daß die marggräflichen Völker im Januar 1547 die Veſte Königsberg einnahmen und eine Zeitlang im Beſitz behielten x). Bald darauf (den 14. Febr.) drohete zwar auch der Stadt Coburg ein feindlicher Ueberfall der Spanier, weswegen man die nöthigen Vertheidigungsanſtalten machte und die geſammte Bürgerſchaft zur Bewaffnung aufforderte; doch gieng für dießmal die Gefahr einer feindlichen Occupation vorüber, und da nachher (den 2. März) Marggraf Albrecht bei Rochlitz von Herzog Ernſten zu Braunſchweig gefangen und nach Altenburg geführet wurde; ſo hatte Coburg von dieſer Seite nichts weiter zu beſorgen.

v) Beilage Nr. XXXIII. S. 89.
w) S. von Langs Geſch. des Fürſtenth. Bayreuth. Th. II. S. 195.
x) Ebendaſ. Vergl. mit Krauſen l. c. Th. IV. S. 18.

Endlich erſchien aber, am 24. April 1547 der unglückliche Tag, an welchem die Proteſtanten bei Mühlberg eine gänzliche Niederlage erlitten und Kurfürſt Johann Friedrich ſelbſt in kaiſerliche Gefangenſchaft gerieth. Bekanntlich mußte er der Kurwürde entſagen und ſolche, nebſt den damit verbundenen Landen, ſeinem nahen Stammvetter, dem neuen Kurfürſt Moritz, Albertiniſchen Hauſes, abtreten. Die Folgen dieſes Mißgeſchicks trafen nun auch ſeinen Bruder, Herzog Johann Ernſten zu Coburg, über welchen Karl V. ebenfalls die Acht ausgeſprochen hatte. In der Wittenbergiſchen Capitulation wurde er zwar wieder begnadiget, aber zur Strafe für ſeine Theilnahme an den Krieg, mußte er Marggraf Albrechten zu Bayreuth, für die Unkoſten, die derſelbe auf die vorgehabte Eroberung Coburgs verwendet hatte, das Schloß und Amt **Königsberg** abtreten, und noch überdieß geſchehen laſſen, daß ſeine ehemalige Penſion von 14000 fl., die ihm ſein Bruder im J. 1541 zugeſichert hatte, (S. 36) auf die Hälfte herabgeſetzet wurde y). Auf dieſe Art gieng nun gedachtes Amt, als ein Theil der Pflege Coburg, für das Erneſtiniſche Haus eine Zeitlang verlohren. Albrecht wurde am 28. Febr. 1549 vom Kaiſer förmlich damit beliehen z) und hatte daſſelbe bis 1551 im Beſitz, wo er es dem Kurfürſt Moritz zu Sachſen, Albertiniſcher Linie, um 60000 fl. verkaufte a). Letzterer verpfändete aber dieſes Amt bald darauf dem Stifte Würzburg um 50000 fl. b) und obgleich ſein Nachfolger, Kurfürſt Auguſt, in dem Naumburger Vertrag vom J. 1554 dem Erneſtiniſchen Hauſe das Einlöſungsrecht abtrat, ſo verzog ſich doch die Ausübung deſſelben bis in das J. 1569, wo endlich Herzog Johann Wilhelm zu Weimar dieſes Coburgiſche Landesſtück wieder an ſich brachte c).

Von Johann Ernſten verdienet noch die Aufmerkſamkeit erwähnt zu werden, die er der Aufrechthaltung der Sächſiſchen Vorrechte widmete. Seit dem Uebergang der Kurwürde von der Erneſtiniſchen- auf die Albertiniſche Linie, waren die Berufungen an das Reichskammergericht immer häufiger geworden, wodurch die unbegrenzte Appellationsbefreiung, die das geſammte Haus Sachſen im J. 1423 vom Kaiſer Sigismunden erlangt hatte, ſehr gefährdet wurde. Herzog Johann Ernſt trat deswegen (1550) mit Kurfürſt Moritzen zu Sachſen in Communication und forderte ihn auf, mit der Erneſtiniſchen Linie gemeinſchaftliche Maßregeln zu ergreifen, um jene Beeinträchtigung der Sächſiſchen Hausprivilegien abzuwenden d). In einer deswegen zu Erfurth angeſtellten Zuſammenkunft, kam man überein, dem Kaiſer die S. Gerechtſame in einer beſondern Vorſtellung vorzulegen und um deren Aufrecht-

y) S. die Wittenb. Capitul. vom 19. May 1547 in Glaſey S. Geſch. (1757) S. 840.
z) Beil. Nr. XXXIV. S. 91.
a) Dipl. inedit. d. d. in den neuen Stadt Magdeburg den 14. April 1541.
b) Dipl. inedit. d. d. Schweinfurth den 27. März Ao. LII. Vergl. Müllers Annalen S. 115.
c) Beil. Nr. XXXVII. S. 96.
d) Die hierüber vorhandene Urkunde ſtehet in Günthers Abhandl. über das S. Privil. de non appell. S. 136 ff.

rechthaltung zu bitten. Auf wiederholte Anregung erließ endlich Kaiſer Ferdinand ein Reſcript an das Kammergericht, worinne demſelben alle fernere Stöhrung des Sächſiſchen Privilegiums de non appellando unterſaget wurde. — Auſſerdem ſorgte auch Johann Ernſt für die Aufnahme des Goldbergwerks zu Steinheit, welches die Coburgiſchen Städte im J. 1533 mit ſo glücklichen Erfolg von neuem zu bauen angefangen hatten e), daß Johann Ernſt im Jahr 1542 ſeinem Bruder, dem Kurfürſten, ein reichhaltiges Stück Golderz überſchickte, um ihn von den guten Fortgange des Bergbaues zu überzeugen. Die Gewerkſchaft war aber verbunden, das gewonnene Gold nirgends anders wohin, als an die fürſtliche Kammer, und zwar das Loth um den geringen Preiß von 6 fl abzuliefern. Um ſie alſo zum thätigern Fortbau aufzumuntern, hob der Herzog dieſen Zwang auf, geſtattete der Gewerkſchaft den freien Verkauf des gewonnenen Goldes und ließ es blos bei der Abgabe des gewöhnlichen Zehenden bewenden f).

Kurz vor ſeinem Tode erlebte Johann Ernſt noch das Vergnügen, daß ſein Bruder, Johann Friedrich, am 27 Auguſt 1552 vom Kaiſer der Gefangenſchaft entlaſſen wurde und am 7 Sept. mit einem zahlreichen Gefolge zu Coburg eintraf. Er empfieng ihn mit brüderlicher Zärtlichkeit und mit allen den öffentlichen Freudensbezeigungen, deren ein ſo glückliches Ereigniß würdig war g). Aber kaum hatte Johann Friedrich die Regierung in ſeinen Landen wieder angetreten und die Thüringiſchen Landſtände, wegen Tilgung einer großen Schuldenlaſt (im Octobr. 1552) nach Saalfeld einberufen, als er auch zu gleicher Zeit ſeinen Bruder, Johann Ernſten erſuchte, mit der Coburgiſchen Ritterſchaft zu unterhandlen und ſie zu einer Beihülfe von 80,000 fl zu vermögen. Dieß war nun freilich für ein Land, wo Johann Friedrich keine Regentenrechte hatte, ein unerwartetes Anſinnen; es gründete ſich aber auf den oben (S. 36) angeführten Theilungsvertrag vom J. 1542, in welchem ſich der Kurfürſt den Steuerbezug in der Pflege Coburg vorbehalten hatte. Johann Ernſt machte alſo dem ritterſchaftlichen Ausſchuß im Novembr. 1552 die Steuerforderung ſeines Bruders bekannt, und da auch Letzterer zu gleicher Zeit ſeinen Canzler, Dr. Minkwitz, nach Coburg ſchickte, um der hieſigen Ritterſchaft, jedoch im Namen ihres Landesherrn, die erlittenen Unglücksfälle vorzutragen, ſo nahmen die Deputirten keinen Anſtand, ihm die verlangte Steuer zu verwilligen. Allein bald darauf erklärte die Ritterſchaft dieſe Verwilligung um deswillen für unverbindlich, weil ſie ohne Vorwiſſen und Zufriedenheit der ſämmtlichen Glieder geſchehen ſey, doch — fügte ſie hinzu, — „ſey ſie erböthig, ſich und ihre Lehnsun-

e) Höns Cob. Hiſt. Th. II. S. 152.

f) Beil. Nr. XXXV. S. 92.

g) Bei ſeiner Annäherung geſchahen von der Veſtung und aus der Stadt viele Freudenſchüſſe, und bei ſeinem Einzuge, wurde er, nach der Sitte jenes frommen Zeitalters, von einer Menge Knaben und Mädgen, — die mit rückwärts ausgebreiteten Haaren und mit Rautenkränzen geziert, auf dem Markte ſtanden — durch den Geſang: — Herr Gott dich loben Wir ꝛc, empfangen. Höns Cob. Hiſt. B. II. S. 175.

„terſaſſen, nach dem Werth ihres Vermögens, zu ſchätzen und von jedem 100 einen „Gulden zu geben, wodurch von den geſamten Adel der Pflege Coburg eine „Summe von 60,000 fl. erlangt werde h).“

Ueber dieſe Wankelmüthigkeit war Johann Friedrich ſehr unzufrieden und ſchrieb ſeinen Bruder, daß er die Coburgiſche Ritterſchaft ernſtlich und allenfalls bei Strafe zur Bezahlung der einmal verſprochenen Beiträge anhalten möchte i). Johann Ernſt konnte aber den Wunſch ſeines Bruders nicht erfüllen, indem er wenig Tage darauf (den 6. Febr. 15 3) ohne Erben aus der Welt gieng Seine hinterlaſſene Gemahlin, Katharina, eine Tochter Herzog Philipps zu Braunſchweig-Lüneburg, nahm ihren Wittwenſitz anfänglich auf den ſogenannten Kauf- oder Rathhauſe zu Coburg; im J 555 wurde ihr aber eine Wohnung zu Saalfeld, mit einer jährlichen Rente von 2000 fl., eingeräumt Sie trat 1559 mit Graf Philippen von Schwarzburg in die zweite Ehe und ſtarb den 24 Febr 58 . — Von Johann Ernſts guter Wirthſchaft erzählen übrigens die Annalen, daß man bei der Inventur ſeines Nachlaſſes einen Vorrath von 26,000 Simmer Getraide und von 6000 Eymer Wein gefunden habe k). Bei ſeiner beſchränkten Hofhaltung waren dergleichen Erſparniſſe leicht möglich. Nach einer, von ihm erlaſſenen, ſogenannten Frauenzimmerordnung vom J. 1546 beſtand z B. der Hofſtaat ſeiner Gemahlin in 1 Hofmeiſter, 1 Hofmeiſterin und 1 Thürknecht Neben der fürſtlichen Tafel hatten die Jungfrauen (Hofdamen) ihren eignen Tiſch, auf welchem ſie nur mit einem Gerichte abgeſpeiſſet wurden und etwas wenig Landwein erhielten Da dieſe Spärlichkeit zu manchem Unterſchleif Anlaß gab und man zum öftern, auf den Namen der Herzogin, bei dem Kellermeiſter den beſten Wein hat e abholen laſſen, ſo verordnete der Herzog, daß hinführo dergleichen eher nicht abgegeben werden dürfte, als bis die Fürſtin dem Marſchall, oder dem Mundſchenk einen Fingerring, als Zeigen ihres Befehls, überſchicken würde.

§. VII.

Johann Friedrich der Großmüthige, der letzte Kurfürſt aus dem Erneſtiniſchen Hauſe, kommt wieder zum Beſitz der Pflege Coburg.

1553 — 1554.

Nach Johann Ernſts Tode fielen die Coburgiſchen Lande an ſeinem Halbbruder, Kurfürſt Johann Friedrichen den Großmüthigen, der kurz zuvor (1552) aus der kaiſerlichen Gefangenſchaft zuruckgekommen war. Seine Regierungsgeſchichte

h) Coburg Landtagsacten de a. 1552. Nach dieſem Steuerbetrag kam der Grundwerth der ſämmtlichen, in der Pflege Coburg damals vorhandenen, Rittergüter, mit Inbegriff der dazu gehörigen Bauernlehne, höher nicht als mit 600,000 fl. in Anſchlag.

i) d. d Freitags Epiphanie 1553.

k) Müllers S. Annal. S. 119.

enthält zwar, außer einigen Beleihungen, für die hieſigen Lande, die er nur ein Jahr inne hatte, kein merkwürdiges Datum; aber deſto wichtiger iſt ſie für das geſammte Erneſtiniſche Haus Sachſen, welches unter ihm, — um es hier nur beileufig zu bemerken, — das unverdiente Schickſal hatte, von ſeiner vormaligen Höhe zu einem minderbedeutenden Fürſtenhaus herabzuſinken. Die Hauptveranlaſſung darzu war bekanntlich Johann Friedrichs patriotiſcher Eifer für Deutſchlands Freiheit und für die Erhaltung der evangeliſch-lutheriſchen Lehre, für welche er, an der Spitze der Schmalkaldiſchen Bundesgenoſſen, gegen Karln V. das Schwerd führte. Natürlicherweiße zog er ſich dadurch den Haß des Monarchen im ſo hohen Grade zu, daß Letzterer ſich bewogen fand, gegen ihm (am 20. July 1546) mit der Achtserklärung vorzuſchreiben und deren Vollziehung dem Herzog Moriz zu Sachſen, Albertiniſchen Stammes, aufzutragen. Man ſollte kaum glauben daß Moritz, als evangeliſcher Fürſt, ſich ſoweit habe vergeſſen können, dem Kaiſer ſich zum Werkzeug hinzugeben, die evangeliſche Freiheit zu unterdrücken, und zugleich den Sturz ſeines ſo nahen Stammvettern zu bewürken, an deſſen Hofe er ſeine erſte Bildung erhalten und ihm ſo vieles zu verdanken hatte l). Allein die glänzende Hofnung, die ihm der Kaiſer zur Sächſiſchen Kurwürde machte, erſtickte in ihm alles Gefühl für Religion und Freundſchaft, und Moriz machte ſich kein Gewiſſen daraus, ſeine Ehrſucht und Vergrößerungsbegierde, durch den Fall ſeines Wohlthäters und Verwanden, zu befriedigen. Unter den Schein der Freundſchaft wußte er den Kurfürſt ſo auffallend zu teuſchen, daß Letzterer, als er zur Armee gieng, ihm ohne allen Argwohn, die Aufſicht über ſeine Lande übertrug, deren Vertheidigung ihm Moritz noch obendrein zuſicherte m). Es war ihm alſo um ſo leichter, unter der Maske eines Freundes, ſich der geſammten Erneſtiniſchen Lande zu bemeiſtern und die Acht gegen ſeinem Vetter zu vollziehen.

Die unglückliche Schlacht bei Mühlberg (1547) vollendet den Sturz des Erneſtiniſchen Kurhauſes. Johann Friedrich wurde gefangen und ihm von ſeinem Ueberwinder, aus röm. kaiſerlicher Machtvollkommenheit, die Strafe des Schwerds zuerkannt. Ueber Glück und Unglück erhaben hörte er mit Standhaftigkeit, ſein Todesurtheil an n); doch verwandelte es der Kaiſer, auf Vorſprache Kurfürſt Joachims zu Brandenburg und Herzog Wilhelms zu Jülich, in die ſogenannte Wittenbergiſche Capitulation, (den 19. May 1547) worinne Johann Friedrich der Kurwürde entſagen und den größten Theil ſeiner Lande dem Herzog Moritz, als nachherigen Kurfürſten, abtreten mußte. Durch dieſes, für die Geſchichte der Sächſiſchen Staaten ungemein wichtige Actenſtück, erlitte nun der bisherige Beſitzſtand des Erneſtiniſchen Hauſes, welcher ſich auf die Haupttheilung vom J. 1485 gründete, eine groſe Verminderung. Auſſer dem Wittenbergiſchen Kurkreiſe, dem Burggrafthum Magdeburg, dem Grafengedinge zu Halle und dem Voigt-

l) Arnoldi vita Mauritii ap. Menck. T. II. p. 1159.
m) Ebendaſ. p. 1179.
n) Hortleder von den Urſachen des t. Kriegs T. II. L. 3. c. 70.

lande, verlohr der gefangene Kurfürſt die Aemter und Städte: Zwikau, Adorf, Voigtberg, Oelsnitz, Borna, Kolditz, Düben, Dommitſch, Eilenburg, Grimma, Eiſenberg bei Morizburg, Gräfenhaynichen, Crimmitzſchau, Leußning, Neuſtadt an der Orla, Schilda, Torgau, und Werda, ingleichen die Reußiſchen Lehne zu Greitz, Gera, Schleitz und Lobenſtein, die Hälfte der Freiberger und Schneberger Bergwerke, die Gemeinſchaft an dem Fürſtenthum Sagann und die Schutzgerechtigkeit über die Bißthümer Naumburg und Meiſſen o). Dieß alles mußte Johann Friedrich dem neuen Kurfürſt Moritz abtreten, und ſogar noch zuſehen, wie derſelbe am 1. Febr 1548 auf dem Reichstag zu Augsburg, mit der Kurwürde und den, dem Erneſtiniſchen Hauſe entzogenen, Ländern, feierlich beliehen wurde p).

Johann Friedrich blieb in der Gefangenſchaft bis zum 27. Auguſt 1552, wo er ſeine Freiheit erhielt und durch einen beſondern Reſtitutionsbrief q) vom Kaiſer in alle die Länder, welche durch die Wittenbergiſche Capitulation ſeinen Söhnen gelaſſen worden waren, wieder eingeſetzet wurde. Vor ſeiner Entlaſſung mußte er aber eine Aſſecurationsacte unterzeichnen, in welcher er nicht nur die Wittenbergiſche Capitulation nochmals anerkannte, ſondern auch das Verſprechen ablegte, wegen der frühern Begebenheiten, ſich weder an Kurfürſt Moritzen zu rächen noch je auf die verlohrne Kurwürde und Länder einige Anſprüche zu machen Doch wurde dabei noch feſtgeſetzt, daß dieſe Verſicherungsurkunde Moritzen eher nicht ausgehändigt werden ſollte, als bis ſich derſelbe auch ſeiner Seits, zur Befolgung der Wittenbergiſchen Capitulation, verpflichtet haben würde In dieſer Lage von Verhältniſſen kehrte Johann Friedrich mit einem zahlreichen Gefolge von Augsburg über Nürnberg in ſeine Lande zuruck und gelangte bald darauf durch das am 13. Febr. 1553 erfolgte Ableben ſeines Halbbruders, Johann Ernſts, zum Beſitz der Pflege Coburg. Hier beſchäftigte er ſich vorzüglich mit Beſeitigung der Anſprüche, die er, auf dem Grunde der Wittenbergiſchen Capitulation, an den neuen Kurfürſt Moritz zu machen hatte. Auf wiederholtes Erinnern ſendete endlich Moritz einige Räthe nach Coburg, wo im April 1553 ein Vergleich zu Stande kam, nach welchem, zur Auswechſelung der beiderſeitigen Aſſecurationen, der 26. July, mit der Beſtimmung, feſtgeſetzet wurde, daß ſolche zuvor beiden Theilen zur Einſicht mitgetheilet werden ſollten r). Kurz vor dieſen Termin (den 11. July) verlohr aber Kurfürſt Moriz, der damals mit Marggraf Albrechten im Krieg verwickelt war, in der Schlacht bei Sivershauſen ſein Leben, und nun blieb nicht nur jene Angelegenheit unerörtert, ſondern es wurde auch bei Johann Friedrichen die Hofnung vom Neuen rege, wieder zum Beſitz des Kurfürſtenthums und der verlohrnen Lande zu gelangen. Er ſchickte deswegen ſeinen zweiten Prinzen, Johann Wilhelmen, nach Brüſſel, um bei

o) S. Heinrichs S. Geſch. fortgeſetzt vom Prof. Pölitz, (1812) Th. II. S. 254 f.
p) Heinrich l. c S. 267
q) Er ſtehet in Rudolphi Gotha dipl. Th. V. S. 266.
r) Müllers Annal. S. 121.

den Kaiſer auf eine vollkommene Reſtitution anzutragen und demſelben dabei vorzuſtellen, daß die Wittenbergiſche Capitulation ſeinem Geſuche um ſo weniger im Wege ſtehe, weil ſie von Moritzen nicht in allen Puncten erfüllt worden wäre, und durch deſſen Tod die, von ihm ausgeſtellte aber nicht ausgewechſelte, Aſſecuration ſich von Selbſt erlediget habe. Allein der Kaiſer antwortete, daß Herzog Auguſt, Moritzens Bruder, bereits im J. 1548 zu Augsburg die Mitbelehnſchaft über die Kurſachſen erhalten habe, und es nun nicht mehr in der Macht des Kaiſers ſtehe, ihm die Nachfolge in derſelben zu entziehen

Endlich kam am 24. Febr. 1554 der berühmte Naumburger Vertrag zu Stande worinne die, bisher entſtandenen, Irrungen beigeleget und die Verhältniſſe zwiſchen dem Erneſtiniſchen und Albertiniſchen Hauſe genau beſtimmt wurden. Der Hauptinhalt deſſelben gieng dahin; daß man beiderſeits die Wittenbergiſche Capitulation vom neuen beſtätigte, dem gebohrnen Kurfürſt, Johann Friedrich, für die darinne ihm und ſeinen Söhnen verſprochenen 50000 fl. jährl Eintünfte und andere Anſprüche das Amt, Schloß und Stadt Altenburg, die Aemter Sachſenburg und Herbsleben, mit Ausnahme der Stadt Tennſtädt, ingleichen die Aemter Eiſenberg und Schwarzwald nebſt den Städten Pößneck, Auma, Triptis und Neuſtadt, ſo wie die Lehnsherrlichkeit über die Gleichiſchen und Schwarzburgiſchen Güter abtrat, auch ihm die Einlößung der verpfändeten Aemter Königsberg und Alſtädt geſtattete. Nechſtdem wurde auch die Abrede genommen, daß zu Wittenberg ein gemeinſchaftliches Archiv s) errichtet, unter doppelten Beſchloß genommen und darinne die, zur Kurſachſen, zum Burggrafthum Magdeburg und dem Grafen Geding zu Halle gehörigen, Acten, nebſt den, in dem Briefgewölbe zu Leipzig befindlichen, Urkunden, aufbewahret werden ſollten. Zuletzt geſtand auch Kurfürſt Auguſt dem Herzog Johann Friedrich den bisher geführten Ti-

s) Dieſes merkwürdige Geſammt-Archiv befand ſich in einem, an die Schloßkirche ſtoßenden, Thurmgebäude, und wurde in einem 14 Ellen langen feuerfeſten Gewölbe aufbewahrt. In ſpätern Zeiten verſahe man die Thüren mit 14 Schlöſſern, von welchen das Kurhaus 6. das herz. Haus Weimar 4 und S. Gotha 6 Schlüſſel in Verwahrung hatten. Wenn daher ein oder der andere Theil eine Urkunde einzuſehen verlangte, ſo mußten alle Theilhaber Abgeordnete mit ihren Schlüſſeln dahin abſenden, um das Archiv gemeinſchaftlich zu öfnen. Es iſt alſo leicht zu begreifen, mit wie vielen Schwierigkeiten es verbunden war, zu jenen ehrwürdigen Denkmälern der Vorzeit zu gelangen und ſolche zur Aufklärung der Sächſiſchen Alterthumskunde zu benutzen. Seit der Anlegung dieſes Briefgewölbes (1555) wurde daſſelbe nur fünfmal, und zwar in den Jahren 1631, 1659, 1667, 1685 und zuletzt im J. 1764 gemeinſchaftlich geöfnet und der Zuſtand der Urkunden unterſuchet. Bei einer im J. 1732 zu Arnſtadt gehaltenen Conferenz geſchahe zwar von den fürſtl S. Häuſern Erneſtiniſcher Linie der Antrag, daß ein gemeinſchaftlicher Archivar angeſtellt und die wichtigſten Urkunden in Copialbüchern zuſammen getragen werden möchten; dieſe nützliche Einrichtung kam jedoch nicht zu Stande. Von den ſpätern Schickſalen des Wittenbergiſchen Geſammt-Archivs iſt mir weiter nichts bekannt, als daß daſſelbe in den Jahren 1801 u 1802, nach den Antrage des damaligen Kurhauſes Sachſen, gemeinſchaftlich revidiret und die darinne vorgefundenen Acten und Urkunden, dergeſtalt vertheilet worden ſind, daß die, — die Albertiniſche und Erneſtiniſche Linie betreffenden — Nachrichten an die kur- und herzogl. Häuſer Sachſen überlaſſen und reſp. zum S. Weimariſchen Geſammt-Archiv ausgeliefert wurden.

tel: gebohrner Churfürſt, auf ſeine Lebenszeit zu; dahingegen verſprach Letzterer, dem Herzog Auguſt und ſeinen Lehnserben den Titel: des heiligen römiſchen Reichs Erzmarſchall und Kurfürſt, nebſt andern ihm zuſtändigen Prädicaten beizulegen.

Wenig Tage nach Abſchlieſung dieſes wichtigen Vertrags, mit welchem eigentlich, für die Geſchichte des Erneſtiniſchen Hauſes Sachſen, eine neue Periode beginnt, ſtarb Johann Friedrich am 3. März 1554 und beſchloß die Reihe der Kurfürſten Erneſtiniſchen Stammes. Von ſeiner Gemahlin, Sybilla, einer Erbtochter, Herzogs Johann III. von Cleve, hinterließ er drei Prinzen: Johann Friedrich dem Mittlern, Johann Wilhelmen und Johann Friedrich den jüngern die ihm in der Regierung folgien. Kurz vor ſeinem Tode, hatte er in ſeinem Teſtamente verordnet, daß ſeine Söhne die ſämmtlichen Lande in ungetheilter Gemeinſchaft beſitzen und regieren ſollten, beſonders aber warnte er ſie, ſich in Bündniſſe einzulaſſen, weil ſie an ſeinen Beiſpiel ſehen könnten, wie gefährlich dergleichen wären t).

§. VIII.

Herzog Johann Friedrich der Mittlere und ſeine zwei Brüder beſitzen die Pflege Coburg nebſt den übrigen Erneſtiniſchen Landen, in ungetheilter Gemeinſchaft. 1554—1567.

Die Lage des Erneſtiniſchen Hauſes kann wohl nie mißlicher geweſen ſeyn, als zu der Zeit, wo dieſe drei fürſtlichen Brüder, nach dem Tode ihres Vaters, die Geſammtregierung antraten. Faſt die Hälfte des Landes war verlohren; das Wenige, was ihre Albertiniſchen Stammvettern ihnen noch gelaſſeu hatten, war erſchöpft, und ihre Finanzen befanden ſich in ſo traurigen Umſtänden, daß ſelbſt ihr Hofprediger, Aurifaber zu Weimar, ſich erlauben durfte, ihnen ſagen: „Ew. fürſtl. Gnaden ſind um des göttlichen Worts willen in Armuth und Noth gekommen u). Es war ihnen alſo nicht zu verdenken, wenn Sie auf allerhand Mittel und Wege bedacht nahmen, den verlohrnen Glanz ihres Fürſtenhauſes wieder herzuſtellen und bei dieſer Abſicht auch manche Plane machten, die etwas ins Abenteuerliche fielen. Unter andern glaubten Sie, theils durch Familienverbindungen mit den königl. Häuſern England und Pohlen, theils aber auch durch Erwerb der Krone Schweden, ihrem Zwecke näher zu kommen. Handſchriftlichen Nachrichten zu Folge v) ſollte nehmlich Herzog Johann Friedrich der Mittlere ſich mit einer pohlniſchen Prinzeſſin, und ſein Bruder, Johann Wilhelm, ſich mit der Königin Eliſabeth zu England vermählen. Für Johann Friedrichen dem jüngern hingegen projectirte man die

t) Müllers S. Annalen S. 121.
u) Schwabens Nachrichten zu dem Leben Herz. Joh. Wilhelms zu Sachſen, in Meuſels Geſch. Forſcher Th. I. S. 213.
v) Tob. Pfanners Aufſatz über die S. Landestheilungen Cap. XI. Sect. II.

Vertreibung des König Guſtavs von Schweden und den Erwerb der Stifter Minden, Brehmen, Vehrden und Münſter. Aber keines dieſer Projecte wollte gelingen. Von einer vorgehabten Vermählung Johann Friedrichs des Mittlern mit einer pohlniſchen Prinzeſſin iſt gar nichts bekannt. Nur von Johann Wilhelmen weiß man, daß er, ſo, wie viele andere Fürſten, ſich um die Hand der Königin Eliſabeth beworben habe. Sein älterer Bruder intereſſirte ſich ſelbſt für dieſe Angelegenheit und ertheilte einem gewiſſen Almerus, der vormals Profeſſor in Jena geweſen war und nachher Archidiaconus zu London wurde, Auftrag, das Heirathsgeſchäfte zu bewerkſtelligen w). Die Königin gab ihm zwar ihre Abneigung deutlich genug zu erkennen; aber man ſchmeichelte ſich doch noch immer mit der Hofnung eines guten Erfolgs und ſendete den Graf Volrad von Manßfeld nebſt dem M. Franz Burkarden im J. 1559 mit einer geheimen Inſtruction nach London ab, um wiederholt auf eine genauere Verbindung mit der Königin anzutragen x). Sie entließ aber die Geſandten abermals mit einer abſchläglichen Antwort, und gab ihnen zugleich die Verſicherung ihren Auftrag geheim zu halten.

Was das dritte Project betrifft, deſſen Ausführung man dem Herzog Johann Friedrichen dem jüngern, in Hinſicht auf den Erwerb der Krone Schweden, zugedacht hatte, ſo mochte wohl derſelbe, wegen ſeiner Kränklichkeit und friedfertigen Gemüthsſtimmung dazu nicht geeignet ſeyn, und er überließ ſeinem, ungleich rüſtigerm, Bruder, Johann Wilhelmen, dieſe Rolle für ihm zu übernehmen. Die mißlichen Verhältniſſe, in welchen König Guſtav ſich damalen befand, waren darzu in ſo fern günſtig, weil demſelben auf der einen Seite ein Krieg mit dem König Chriſtian zu Dännemark drohete, auf der andern Seite aber die Schweden und die Hanſeſtädte mit ſeiner Regierung ſo mißvergnügt waren, daß man den Plan entworfen hatte, ihn vom Königreich zu entfernen und einem, gegen ſie beſſer geſinnten, Fürſten die königliche Krone zu übertragen y). Jetzt ſchickte nun Herzog Johann Wilhelm ſeinen Hofprediger, Aurifabern, der zu weltlichen Geſchäften gut zu brauchen war, nach den Seeſtädten, um über die dortige Stimmung nähere Nachricht einzuziehen und wegen ſeines Erwerbs der Schwediſchen Krone die nöthige Einleitung zu treffen. Nach einem, von demſelben im November 1555 erſtatteten, Bericht waren zwar die Schweden ſehr geneigt, den Herzog auf den Thron zu ſetzen z). Allein König Guſtav, dem dieſe Un-

w) Dieſe wenig bekannte Urkunde d. d. Weimar d. 25. May 1559 ſteher in den deutſchen Act. eruditor. Th. 16 S. 376 f. f. der Herzog inſtruirte den Almerus unter andern auch dahin, die Königin auf dem großen Länderverluſt den ſein Vater, blos der evangeliſchen Religion wegen, habe erleiden müſſen, aufmerkſam zu machen, um ſie dadurch zu deſto größerer Theilnahme an den Schickſale des Erneſtiniſchen Hauſes zu bewegen.

x) Ebendaſ. S. 379.

y) Schwabe l. c. S. 213. vergl. mit Dalins Geſch. von Schweden 3 Th. 1. B. S. 351.

z) In dieſem Berichte verſicherte Aurifaber dem Herzog: „Es wären große Practiken und Kriegsunruhen wider den König von Schweden vorhanden, denſelben aus dem Reiche, mit Hülfe der Seeſtädte, zu vertreiben, um ſeiner großen Tyranney willen. Da Sr. fürſtl. Gnaden um des göttlichen Worts willen in Armuth und Noth kommen wären, ſo wünſche er, daß die Schwediſche Krone an Sr. fürſtl. Gn. kommen möchte. — Er habe ſelbſt mit dem Dr.

ternehmungen nicht unbekannt bleiben konnten, traf dagegen die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln und verglich ſich mit der Krone Dännemark, wodurch die mißvergnügten Schweden eine mächtige Stütze verlohren und ihren Plan ganz aufgeben mußten.

Indeſſen hatten ſich früherhin für die drei fürſtlichen Brüder weit zuverläſſigere Ausſichten eröfnet, um ihren verminderten Landen einen Zuwachs zu verſchaffen. Graf Wilhelm von Henneberg, Schleuſinger Linie, war nehmlich damalen ſo tief in Schulden verſunken daß er, um ſich zu retten, ſchon im J. 1550 Kurfürſt Moritzen zu Sachſen den Antrag machten, ihm, gegen Auszahlung einer Summe von 350000 fl. die Erfolge in ſeine Grafſchaft einzuräumen. Die darüber angefangenen Unterhandlungen zerſchlugen ſich aber durch Moritzens Tod, (d. 11. July 1553) und weil deſſen Bruder und Nachfolger, Kurfürſt Auguſt, nicht geneigt war, für einen noch ungewiſſen Länderanfall eine ſo anſehnliche Summe zu bezahlen, ſo wendete ſich Graf Wilhelm, in ſeiner Geldnoth, an die drei Herzoge, Erneſtiniſcher Linie, und erbot ſich, ihnen die Erbfolge in die Henneberg-Schleuſingiſchen Lande, gegen ohnverzinßliche Vorleihung einer beſtimmten Geldſumme und gegen die eventuelle Erbfolge in die Pflege Coburg, zuzuſichern. Bei dem, ſchon damals wahrſcheinlichen, Ausgang dieſes Grafengeſchlechtes, war es für das Erneſtiniſche Haus Sachſen allerdings eine gut berechnete Spekulation, auf jenen Antrag einzugehen und ſich den Weg zum künftigen Erwerb eines Landes zu bahnen, welches ohnehin an das Sächſiſche Gebiet angrenzte. Nach mehrern hierüber gepflogenen Unterhandlungen kam endlich am 1 Sept. 1554 zu Kahla, zwiſchen den drei fürſtlichen Brüdern, Johann Friedrichen dem mittlern, Johann Wilhelmen und Johann Friedrichen dem jüngern, an einen- und Graf Wilhelmen von Henneberg und deſſen zwei Söhnen, Georg Erneſten und Poppen, am andern Theil, folgender Erbverbrüderungs- und Succeſſionsvertrag zu Stande: 1) Sollten auf dem Fall, wenn der Hennebergiſche Mannsſtamm erlöſchen würde, die dadurch erledigten Lande den oben genannten drei Herzogen zu Sachſen und deren Nachkommen erblich zufallen, dahingegen 2) letztere ſich verbindlich machten, die auf dem gräflichen Hauſe haftende Schuldenlaſt von 130474 fl. 6 gr. ſogleich zu übernehmen und 20 Jahre lang zu verzinſen, jedoch mit der Beſtimmung, daß, wenn Graf Wilhelms zwei Söhne inzwiſchen männliche Erben erzeugen würden, die ganze Grafſchaft dem Hauſe Sachſen für obige Geldſumme verpfändet und davon die gewöhnlichen Zinſen bezahlt werden ſollten; Doch wurde dabei 3) noch ausdrücklich bedungen, daß, wenn auch die Grafen von Henneberg dieſe Pfandſchaft ablößen würde, dennoch ihre Lande nach Verlöſchung des gräflichen Stammes, den, zur Zeit lebenden, Herzogen zu Sachſen Erneſtiniſcher Linie, — nach deren allenfallſigen Ausſterben aber, an das Kurhaus Sachſen, und endlich, wenn auch dieſes ausgehen würde, dem Landgrafen zu Heſſen erblich zufallen ſollte. Daferne hingegen 4) die geſammten kur- und fürſtlichen

Dutzenroth, der Länge nach, wegen dieſer Sache geredet, es hätten auch andere declarirt, daß ſie Herzog Johann Wilhelm gern zum König in Schweden wiſſen möchten" u. ſ. w. (Schwabe l. c. S. 214).

chen Häuſer Sachſen und Heſſen ausſterben würden, alsdann ſollte das Coburgiſche Ortland zu Franken an die Grafen von Henneberg erblich übergehen a).

Auſſer dieſem, auf die künftige Erweiterung der Erneſtiniſchen Lande abzweckenden, Vertrag waren die drei fürſtlichen Brüder auch auf eine andere Art für den nehmlichen Zwecke thätig. Sie erwarben im J. 1555 von den Grafen zu Manßfeld, die Herrſchaft Römhild und im J. 1564 von Graf Philippen von Schwarzburg die Herrſchaft Leuchtenberg. Erſtere war bekanntlich ein zubehör der alten Grafſchaft Henneberg und, ſeit dem J. 1274, die Beſitzung einer, darauf abgetheilten, Nebenlinie, die aber in der Hälfte des 16. Jahrhunderts eben ſo, wie ihre Stammvettern zu Henneberg Schleuſingen, ſo ſehr verſchuldet war, daß Graf Berthold, ſich nicht anders zu helfen wußte, als die Herrſchaft Römhild im J. 1548 den Grafen von Manßfeld zu verkaufen b). Leztere veräußerten hierauf manche darzu gehörigen Länderſtücke an das Stift Würzburg und ſtanden eben in Begriff, mit demſelben, wegen käuflicher Ueberlaſſung der noch übrigen Römhildiſchen Lande, in Unterhandlungen zu treten, als Herzog Johann Friedrich der mittlere und ſeine Brüder gerade zu der Zeit, wo ſie mit dem Hauſe Henneberg Schleuſingen den vorhin erwähnten Succeſſionsvertrag errichteten, ſich ins Mittel ſchlugen und den Ueberreſt der Herrſchaft Römhild an ſich brachten. Am 28. Aug. 1555 ſchloſſen ſie mit den Grafen von Manßfeld den bekannten Umtauſchvertrag, dem zu Folge leztere das Amt Römhild nebſt den beiden Pfandſchaften Lichtenberg und Brükenau c) dem Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen abtraten und dafür das Kloſter Oldisleben, d) in der Eigenſchaft eines Mannlehens, mit einer Zugabe von 50000 fl. erhielten e).

Weniger glücklich waren dieſe drei Fürſten in ihrem beabſichtigten Erwerb des Voigtlandes, welches ihr Vater, durch die Wittenbergiſche Capitulation vom J.

a) Dipl. in Lünigs R. Arch. P. Sp. Contin. II. S. 303. — In wiefern dieſer Succeſſionsvertrag zur Würklichkeit gekommen, und welche Verkürzung das Erneſtiniſche Haus Sachſen dabei erlitten habe, wird unten (§. X.) ausführlich erzehlet werden.

b) S. die Urk. im in Th. der Henneb. Geſch. S. 685.

c) Das, dem vormaligen Stift Fulda zuſtändig geweſene, Amt Brükenau, kam im J. 1486 durch Kauf an Henneberg Römhild; Herzog Johann Caſimir zu Coburg, als Inhaber dieſes Hennebergiſchen Landestheils, überließ es aber (1604) dem Graf Philipp Ludewig zu Hanau Münzenburg um 2000 fl. in der Eigenſchaft eines Mannlehns. (Müllers S. Annal. S. 234.) Als aber dieſe Linie im Jahr 1642 ausſtarb und das Lehn dem damaligen fürſtl. Hauſe S. Altenburg heimfiel, wurde daſſelbe vom daſigen Herzog Friedrich Wilhelm (1657) dem Stifte Fulda um 1300 rthlr. wieder abgetreten.

d) Seit der Haupttheilung vom J. 1485, gehörte Oldisleben eigentlich dem Albertiniſchen Hauſe Sachſen zu, wurde aber im Naumburger Vertrag vom J. 1554, dem Erneſtiniſchen Hauſe überlaſſen und kam ſchon in dem darauf folgenden Jahre an die Grafen von Manßfeld, welche es in der Folge (1591) dem Herzog Friedrich Wilhelm zu S. Weimar verkauften. In der bekannten Landestheilung (1641) bekam das Amt Oldisleben die Eigenſchaft eines Senioratamtes, welches der älteſte regierende Herzog, als ein Aequivalent für das, in gemeinſchaftlichen Angelegenheiten zu führende, Directorium, in lebenslänglichen Genuß haben ſollte.

e) Dieſer Kauf- und Tauſchvertrag ſtehet im Gruners Geſch. Herz. Joh. Friedrichs des mittlern S. 217.

1547, verlohren hatte. (S. 44). Einige von den darunter begriffenen Länderſtücken, und zwar Plauen, Pauſa, und Voigtsberg mit ihren Zugehörungen, waren Böhmiſch Lehen, und wurden vom König Ferdinand als verwirkt eingezogen und ſeinem Böhmiſchen Oberkanzler, Heinrichen V., Burggrafen zu Meißen, verliehen, jedoch dem Kurfürſt Moritz und ſeinem Bruder Auguſt die Mitbelehnſchaft vorbehalten f). In der Folge geriethen aber Heinrich der ältere von Plauen und ſein Bruder gleichen Namens, in Schulden, und mußten ſich deswegen zur Veräuſſerung des Voigtlandes entſchließen. Ihr Statthalter Wolf von Kotza, ſetzte, aus alter Anhänglichkeit an das Erneſtiniſche Haus, Herzog Johann Friedrichen dem mittlern von dieſem Vorhaben in Kenntniß und war erböthig, ihm zur Wiedererlangung dieſes altväterlichen Landes behülflich zu ſeyn. Nun ſchickte zwar der Herzog ſofort ſeinen Rath, Veiten von Obernitz, mit einer beſondern Inſtruction g) nach Plauen, um mit den von Kotza deswegen in Unterhandlung zu treten. Allein Kurfürſt Auguſt von Sachſen, der davon Nachricht erhalten hatte, berief Heinrichen den ältern zu Plauen zu einer mündlichen Beſprechung nach Anneberg und disponirte ihn zur Einräumung des Verkaufrechts. Um ſich zugleich des Erwerbs dieſer Lande deſto beſſer zu verſichern, liehe er demſelben, gegen unterpfändliche Einſetzung der vorhin genannten drei Vogtländiſchen Aemter, ein Capital von 60000 fl. auf 3 Jahre, nach deren Ablauf dieſe Pfandſchaft in Erbkauf übergieng. Für die drei fürſtlichen Brüder verſchwand alſo alle Hofnung, auch wenigſtens nur einen Theil des Voigtlandes wieder an ihr Haus zu bringen, obgleich Kurfürſt Auguſt ihrem Vater, bei Abſchließung des Naumburger Vertrags (1554) verſichert hatte, ihm zur Wiedererlangung dieſer Lande behülflich zu ſeyn h). —

Eben ſo wenig wollte auch eine ſpätere Acquiſition gedeihen, die Johann Friedrich mit der Schwarzburgiſchen Herrſchaft Leutenberg machte. Er kaufte ſie am 4 Oct 1564, auf ſeiner Reiſe zur Leipziger Meſſe, dem Graf Philipp von Schwarzburg um 92137 Gulden, unter der Bedingung, ab, daß der Graf dieſe Herrſchaft in lebenslänglichen Genuß behalten und erſt nach ſeinen Tode dem Hauſe

f) v. Römers. S. Staatsrecht, Th. 1. S. 41.

g) d. d. Weimar, Dienſtags nach Urſule a. 1559. Johann Friedrich ſahe voraus, daß man von Seiten des Kurhauſes Sachſen, weil es mit dem Voigtlande vom Kaiſer beliehen ſey, den käuflichen Erwerb deſſelben hindern würde, vnd inſtruirte deswegen Veiten von Obernitz, auf dieſem Fall dem Plauiſchen Statthalter von Kotza bemerklich zu machen, „daß die Belehnung des Kurfürſten anderer Geſtalt nicht dann vf die Herſchaften Schlaiz, Graiz, Lobenſtein vnd Gera, — vnd nicht vf die Ambt. Voitsbergk, Plauen, vnd Pauſa „gerichtet ſei.“

h) In der Urkunde ſelbſt ſtehet zwar nichts davon; aber in den vorhergegangenen Verhandlungen hatten des Kurfürſten Räthe dem Johann Friedrich den großmüthigen die Verſicherung gegeben: „da ſich des Voigtlandes halben künftig Veränderung oder Verſetzung der jetzigen Herrn von „Plauen halben zutragen ſollte, das der Kurfürſt ihm freundliche Beförderung erzeigen „würde, damit er daſſelbige wieder zu ſeinen oder ſeiner Söhne Händen „erlangen mochte.“ (Archiv. Nachrichten.)

Sachſen erb- und eigenthümlich heimfallen ſollte i). Aber nach Philipps kinderloſen Ableben, nahmen deſſen Vettern die Herrſchaft Leutenberg im Beſitz, worüber es zwar beim Reichshofrath zum Proceß kam, der ſich aber im J. 1567, wo Johann Friedrich, wegen der Grimbachiſchen Händel, in Gefangenſchaft gerathen war, dadurch endigte, daß ſein Bruder, Herzog Johann Wilhelm, dieſe Herrſchaft dem Hauſe Schwarzburg, gegen Bezahlung des Kaufgeldes, wieder zuruck gab k).

Während die drei fürſtlichen Brüder, durch den Erwerb der Hennebergiſchen Lande, für das Intereſſe ihres Hauſes ſorgten, richteten ſie auch ihr Augenmerk auf die peinliche und bürgerliche Geſetzgebung und waren die Urheber der Polizei- und Landesordnung, die im J. 1556 für die geſammten Erneſtiniſchen Lande erlaſſen wurde. Sie enthält in 92 Artikeln nicht blos die damals gewöhnlichen Gegenſtände der Polizei, als Gotteslaſterung, Wucher, Zutrinken ꝛc ꝛc. ſondern noch viele andere Vorſchriften, welche theils die Verbeſſerung des Juſtizweſens, theils auch manche, in jenem Zeitalter noch ungewöhnliche, Anſtalten zum Zweck hatten, die dem Staate einen weſentlichen Nutzen gewährten, und noch in ſpätern Zeiten der Geſetzgebung zum Muſter dienten. Da auch bisher, zwiſchen den fürſtlichen Aemtern und den adelichen Erbgerichten, über die Competenz der vorkommenden Gerichtsfälle, zum öftern Streitigkeiten entſtanden waren und die Ritterſchaft ſchon auf dem Landtage zu Zwikau (1531) den Wirkungskreis ihrer Gerichtsbarkeit ſehr weit auszudehnen geſucht hatte l); ſo zog man jetzt deshalb genauere Grenzlinien und beſtimmte die Fälle, die zum Reſſort der fürſtlichen Aemter und der adelichen Erbgerichte gehörig ſeyn ſollte. In dieſer Hinſicht verdienet dieſe Landesordnung um ſo mehr alle Aufmerkſamkeit, da ihre geſetzliche Kraft ſich auch über die Pflege Coburg erſtreckte und in Anſehung der Erbgerichtsfälle, in ſo weit ſolche durch ſpätere Geſetze nicht aufgehoben worden, noch immer wirkſam geblieben iſt.

Bisher hatten nun zwar die drei fürſtlichen Brüder, vermöge des väterlichen Teſtaments, ihre Lande gemeinſchaftlich regieret; ſo mochten ſich aber auch von der Beſchwehrlichkeit überzeugt haben, die in Regierungsangelegenheiten mit der Gemein-

i) dipl. orig. d. d. Zeitz auf der Reiſe nach den Leipziger Michelsmark den 4. Octobr. 1564.
k) Müllers Annalen S. 141. u. 210.
l) Bei den Landtagsverhandlungen zu Zwikau, bat unter andern die Ritterſchaft, ihren Beſchwerden, wegen der Erbgerichtsfälle abzuhelfen, indem „Herzog Jeorg ſeiner F. G. „Landſchaft gnedige Ercleruug gethan, welche Felle zum Erbgericht gehören, als nemlich: alles „das was vnter Zettergeſchrey, als ob einer einen morden, oder aber ein Weib oder „Jungfraw notzüchtigen wolde; Wunden, die einer den andern geſchlagen, geſtochen, „oder geworfen hett, gezogene Schwerdt oder Waffen, domit einer einen verwundet oder „gelemt, Todtſchlag oder wo tode Cörper befunden, desgleichen Teube dreier Schil„ling vnd drüber wirdigt, ſollen zu den Erbgerichten folgen; bitten wir ſolches „auch dermaſen widerumb zu ernewren — vnd zu ercleren, wie hoch dy Uebertretungen in „Erbgerichten zu ſtrafen ſein ſollen" u. ſ. w. — Auf dieſe Art wollte alſo die Ritterſchaft mit den Erbgerichten auch die Criminaljurisdiction verbinden, obgleich letztere als Ausfluß der Landeshoheit zu betrachten iſt.

ſchaft verbunden iſt. Die Fortſetzung dieſer — einem ſogenanten Triumvirat ähnlichen — Regentſchaft ſchien ihnen aus vielen Urſachen, beſonders aber auch um deswillen bedenklich, weil zur Unterhaltung einer dreifachen Hofhaltung ein beträchtlicher Koſtenaufwand verurſachet werde. Sie faßten daher den gemeinſamen Schluß, daß der Aelteſte das Regiment alleine übernehmen und die zwei jüngern Brüder ihr Glück in kaiſerlichen oder königlichen Kriegsdienſten ſuchen ſollten. Die Bedingungen unter welchen der deshalbige Vertrag am Donnerſtag nach Jubilate 15 7, jedoch nur auf vier Jahre, abgeſchloſſen wurde, waren folgende: 1) daß Herzog Johann Friederich der Mittlere, ohne Mitwürkung ſeiner zwei Brüder, die Aemter bei Hof und auf dem Lande, nach Gutſinden zu beſtellen, die Dienerſchaft in gemeinſchaftliche Pflicht zu nehmen, die fürſtlichen Befehle in ſeinen Namen allein zu erlaſſen, die jährlichen Einkünfte, zu Ablegung der Cammerſchulden oder ſonſt zum geſammten Nutzen, zu verwenden habe; 2) Silbergeſchirr, Kleinodien und dergleichen ſollte ungetheilt bleiben und davon weiter nichts, als was zum Schutze des Landes erforderlich ſey, vermünzet, auch keine Verminderung der Lande und Einkünfte, ohne Bewilligung ſeiner Hrn Brüder, vorgenommen werden; 3) ſo lange Herzog Johann Wilhelm ſich in auswärtigen Dienſten befinden würde, ſollte demſelben jährlich 8000 fl. bei ſeiner Anweſenheit im Lande aber, — 12000 fl. nebſt Futter Mahl, Hufſchlag, Kleidung und Beſoldung für ſeine Diener, verabreichet werden, im welchem Falle demſelben nachgelaſſen bleibe, neben dem regierenden Herrn, den Rathsverſammlungen mit beizuwohnen; 4) da der dritte Bruder, Johann Friederich der Jüngere, wegen ſeines ſchwächlichen Leibeszuſtandes, nicht gemeinet ſey, bei ſeinen regierenden Bruder die Tafel zu haben ſo ſollte ihm eine beſondere fürſtliche Tafel gehalten, auch, nach dem Verhältniſſe ihres allenſeitigen geringen Vemögens, ihm ein Hofmeiſter, ein Thürknecht und 3 oder 4 von Adel bei der Tafel zum Aufwarten beſtellt, nicht weniger 6 — 8 Pferde ausgefüttert, überdieß aber demſelben noch 1200 fl. zum jährlichen Gehalt ausgeſetzet werden m). Dieſer Vertrag wurde nach Ablauf der beſtimmten vier Regierungsjahre, im J. 1560, noch auf 4 Jahre verlängert n), und Herzog Johann Friedrich der Mittlere war gewiſſermaßen, seit dem J. 1557 bis 1565, alleiniger Regent im Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen.

Die Geſchichte dieſes Fürſten iſt bereits von einem ſachkundigen Biographen aus archivaliſchen Quellen ſo ausführlich bearbeitet worden o), daß es überflüſſig ſeyn würde, ſie hier nochmals zu erzählen. Ich beſchränke mich alſo nur auf diejenigen Regentenhandlungen, deren Folgen auch für die Coburgiſchen Lande wirkſam waren. Dahin gehöret vorzüglich die vollendete Gründung der Univerſität Jena, worzu ſein Vater, während der Gefangenſchaft, im J. 1548 den Plan entworfen hatte. Herzog Johann Friedrich der Mittlere ſuchte nun zwar dieſer hohen Schule,

m) dipl. inedit. d. d. Weimar Donnerſtags nach Jubilate 1557.

n) dipl. d. d. Weimar, Donnerſtags nach Elieſabeth, den 21. Oct. 1560, in Arnds Archiv zur S. Geſch. Th III. S. 18.

o) Gerh. Gruners Geſch. Herz. Johann Friedrichs des mittlern, mit Urkunden (1785).

durch förmliche Statuten, eine feſte und dauerhaffte Einrichtung zu geben; allein der kaiſerliche Hof verſagte ihm die Beſtätigung, und obgleich ſelbige, auf wiederholtes Anſuchen im J. 1557 erfolgte, ſo war ſie doch mit der nachtheiligen Einſchränkung verbunden, daß, ehe und bevor die Religionsirrungen beigeleget ſeyn würden, in der theologiſchen Facultät, keine Promotionen vorgenommen werden ſollten. Doch gelang es dem Jenaiſchen Profeſſer der Arzeneikunde, Johann Schrötern, der am kaiſerlichen Hofe viel galt, im Jahre 1558 die Ausfertigung eines anderweiten und, auf den 15. Auguſt 1557 zurückdatirten, Diploms auszuwürken, worinne jene Einſchränkung weggelaſſen und die Promotionen in allen vier Facultäten geſtattet wurden p).

Zur Emporhebung dieſer neuen Lehranſtalt hatte Johann Friedrich der Mittlere und ſeine zwei Brüder, noch während der gemeinſchaftlichen Regierung, (1555) von den Einkünften der ſecularitirten Klöſter, zur Unterſtützung fähiger Jünglinge, 47 Stipendien, als 10 adeliche und 37 bürgerliche, geſtiftet, von welchen jedes der erſtern in 35 — die letztern aber jedes in 30 fl beſtand, die jährlich den Studirenden ausgezahlet werden ſollten q). Zur Unterhaltung der Akademie ſelbſt, fehlte es jedoch damals noch an einer ausreichenden Dotation, weswegen die Erforderniſſe noch viele Jahre lang von den fürſtlichen Kammereinkünften beſtritten werden mußten. Erſt in ſpätern Zeiten bildete ſich, durch Stiftungen von Capitalien und liegenden Güthern r), nach und nach ein anſehnlicher Fond, deſſen Ertrag, zur Beſoldung der Lehrer und zur Erhaltung der akademiſchen Gebäude, doch wenigſtens auf 3 Quartale hinreichte, und nur das 4te aus den Kammermitteln der fürſtlichen Erhalter im Er-

p) A. L. C. Schmids Verfaſſung der geſammten Akademie zu Jena (1772) S. 46.

q) dipl. de a. 1565 in Gruners ſtatiſt. Beſchr. des Fürſtenth. Coburg Th. V. herausgegeben von Dr. J. A. Ortloff, S. 8, des Urk. Buchs.

r) Dahin gehören folgende Stiftungen, auf welche ſich das Vermögen der Akademie Jena gründet: Die Herzoge zu Weimar und Coburg ſchenkten ihr im J. 1589 ihre Zinßen zu Utzberg, ingl. die Vicarei Raſtenberg im Amte Hardisleben. Erſtere wurde nachher (1591) an Dietrichen Vitzthum zu Ekſtädt um 8000 fl. dergeſtalt verkauft, daß dieſe Summen auf den Ritterguthe Ekſtädt ohnaufkündbar ſtehen bleiben ſollten. Herzog Johanſens zu S. Weimar hinterlaſſene Wittwe, Dorothea Maria, eine gebohrne Fürſtin von Anhalt, vermachte der Univerſität (1611) 20000 fl. als ein verzinßliches Capital; und ein gleiches geſchahe von der Aebtiſſin zu Quedlinburg, Doroth. Sophien, einer Tochter Herz. Friedrich Wilhelms I. zu Altenburg im J. 1630, mit 4000 fl Mßn., zur Beſoldungsverbeſſerung der Profeſſoren. Der beträchtlichſte Zuwachs, den die Akademie erhielt, war die Herrſchaft Remda, welche im J. 1631, durch das erbloſen Ableben des letzten Grafen von Gleichen, Hans Ludewigs, den beiden fürſtl. Häuſern Waimer und Altenburg, als eröffnet, heimgefallen war und ſofort der Akademie mit der vollſtändigen Gerichtsbarkeit überlaſſen wurde. Hierzu kam bald darauf das beträchtliche Rittergut Apolda, welches, nach dem Tode Anton Fried. Vitzthums, des letzten dieſes Geſchlechts, den zwei genannten fürſtl. Häuſern ebenfalls heimfällig geworden war und der Akademie am 15. Oct. 1633 geſchenket wurde. Dieſe und noch andere minderbedeutende Beſitzung ertragen in den neueſten Zeiten bei 10,000 Thaler, die aber zur Erhaltung der Akademie nicht hinreichen, daher von den fürſtl. Erhaltern noch immer jährlich eine bedeutende Summen, nach dem Verhältniſſe ihrer Antheile, zugeſchoſſen werden müſſen.

neſtiniſchen Hauſe Sachſen bezahlt wurden. Bei den von Zeit zu Zeit vorgenommenen Landestheilungen blieb die Akademie Jena jedesmalen in Gemeinſchaft, ſo, daß jedes fürſtliche Haus, zu den Unterhaltungskoſten das Seinige, nach einem feſtgeſetzten Maaßſtabe, mit beizutragen s), dagegen aber auch in allen und jeden Angelegenheiten, welche ihre innere Einrichtung betrafen, nach vorgängiger Communication und erfolgtem Einverſtändniſſe, das Erforderliche mit zu verfügen hatte.

Mit der Gründung der Univerſität zu Jena hielt nun die, des daſigen Hofgerichts, gleichen Schritt. Die Veranlaſſung hierzu gaben die Thüringiſchen Landſtände, die über die geringe Anzahl der Inſtanzen und über die langſame Behandlung der Rechtsſachen ſo dringende Beſchwehrden führte, daß ihnen der Herzog, auf dem im J. 1557 zu Saalfeld gehaltenen Landtage, die Errichtung eines beſondern Hofgerichts zuſagte. Eine Folge davon war, daß das Hofgericht zu Coburg, welches Johann Ernſt 1544 angeleget hatte, (S. 38) aufgehoben und nach Jena verleget wurde. Ehe noch daſſelbe zu Stande kam, befahl Johann Friedrich (1558) der Coburgiſchen Regierung, die Appellationsſachen, nach geendigten Verfahren an die Juriſtenfacultät zu Jena zu verſenden, jedoch aber darauf anzutragen, „daß in der rechtlichen Angelegenheiten der Ortlande zu Franken, nach kaiſerlichen- und „nicht nach gemeinen Sächſiſchen Rechten geſprochen werde; würden ſich dann die „Partheyen des Urtheils zu beſchweren vermeinen, ſo ſtünde ihnen frey an den „fürſtlichen Hof zu appelliren" t). —

Für die Geſchichte der Coburgiſchen Territorial- und Trankſteuer iſt noch der Landtag zu bemerken, der im J. 1558 wegen der Reichs- und Türkenhülfe gehalten wurde. Der Herzog verlangte hierzu von der hieſigen Ritterſchaft einen Steuerbeitrag, eröffnete ihr aber auch zugleich, daß die Beveſtigung der Schlöſſer Grimmenſtein und Coburg, — die Bezahlung der Hennebergiſchen Schulden, die er und ſeine Brüder in den Erbfolgevertrag von 1554 übernommen hätten, — der Ankauf der Herrſchaft Römhild, — die Einlöſung des Amtes Königsberg,

s) Seit dem Altenburg. Landesanfall vom J. 1672 beſaßen die fürſtl. Häuſer S. Waimer und S. Gotha an der Academie Jena gleiche Rechte. Als aber in dem letztern F. Hauſe es unter den 7 Söhnen Herzog Ernſt des Frommen 1680 zur Theilung kam, auch ſpäterhin die Coburg-Eiſenbergiſche und Römhildiſche Linien nach und nach ausſtarben, ſo fand unter den noch blühenden fürſtl. Häuſern, in anſehung der Theilname an der Geſammtakademie und des dazu erforderl. Koſtenbeitrags, die Einrichtung ſtatt, daß, wie ein neuerer Schriftſteller (Schmids Verfaſſ. der Geſammtakademie S. 59) vorgiebt, von S. Weimar 8/16 Theile oder die Hälfte, — von S. Gotha 4/16 Theile von S. Meiningen 3/16 und von S. Saalfeld 1/16 beigetragen werden. Die letztere Angabe iſt aber nicht richtig, indem S. Saalfeld, ſeit dem erhaltenen Antheil an dem Fürſtenthum Coburg, nur mit 1/18 Theil an den Unterhaltungskoſten konkurriret. Daß S. Hildburghauſen hier, als Theilhaber und Erhalter der Akademie Jena nicht mit erſcheinet, kommt daher, weil dieſes F. Haus ſeinen, durch den Coburg. Landesanfall, (1699) erhaltenen Antheil an der Concurrenz, in dem ſogenanten Liberationsreceſſe vom J. 1702, dem Herzogl. Hauſe S. Gotha Bedingnißweiſſe — nachher aber (1720) ohne weitern Vorbehalt überlaſſen hat. S. die Urkunden in Röders R. T. Stimmen S. 304 u. 348.

t) Dipl. orig. d. d. Coburg am Abend Eliesabeth ao. ıc. 58.

(S. 45) und die Errichtung der Univerſität Jena, ſo große Geldſummen erforderten, daß eine neue Verwilligung der Land- und Trankſteuer erforderlich ſey. Er ſtellte ihr dabei die Thüringiſche Ritterſchaft mit der Bemerkung zum Muſter auf, daß der dortige Adel von jedem guten Schock, Grundwerthe, vier- die Bürger und Bauern aber eilf Pfennige zu zahlen verwilliget hätten. Die Coburgiſche Ritterſchaft wollte zwar dagegen einwenden, „ſie ſtehe mit den Thüringiſchen Adel nicht im gleichen „Verhältniſſe ſondern habe weit mehr Freiheiten und Gerechtſame hergebracht als „jener Die fränkiſche Ritterſchaft der ſechs Orte wäre bereits vom Kaiſer gegen „die Türken zum Ritterdienſt aufgefordert, welcher an die Stelle der Steuern trete, „mithin könne ſie nicht doppelt zur Mitleidenheit gezogen werden.“ Allein Herzog Johann Friederich nahm auf dergleichen Ausflüchte um ſo weniger Rückſicht, weil der Coburgiſche Adel, als Landſaſſen, mit der unmittelbaren Reichsritterſchaft in keiner Categorie ſtand und deren Freiheit, bei der Territorialſteuern eines geſchloſſenen Gebiets, nicht als Beiſpiel angeführet werden könnte. Es wurde daher in dem Landtagsabſchiede vom 3. Jenner 1558 feſtgeſetzt: Daß die Coburgiſche Ritterſchaft ihre freieignen Güter ſammt den Ritterlehnen, das neue Schock mit 4 Pfennige, die Güter ihrer Unterſaſſen aber mit 11 Pf. zu verſteuern habe. Mit der Trankſteuer hingegen ſollte ſie, von ihren ſelbſt erbauten oder erkauften ausländiſchen Weinen, wenn ſie ſolchen zum Tiſchtrunk brauchen und nicht verſchenken würde, verſchont bleiben u).

Mittlerweile näherten ſich nun auch die vier letzten vertragsmäßigen Regierungsjahre Johann Friedrichs des mittlern ihrem Ausgange, welchem die zwei jüngern Brüder mit deſto größern Verlangen entgegen ſahen, weil ſie mit ſeiner Regimentsführung, beſonders aber mit ſeinen Räthen, äußerſt unzufrieden waren v) Hierzu mochte nun wohl hauptſächlich auch der Umſtand mit würken, daß Johann Friederich ſchon im J. 1563 mit dem berüchtigten, und in die Reichsacht erklärten, Landfriedensſtörer, Wilhelmen von Grumbach, in vertraulichen Verhältniſſen ſtand und ihn ſogar, als ſeinen Rath, in Schutz genommen hatte Genug, die zwei jüngern Brüder kündigten ihm am 24 April 1564 die fernere Führung des alleinigen Regiments auf und verbanden damit den Antrag einer Erbſonderung w). Da Johann

u) Beil Nr. XXXVI. S. 93.

v) Tob. Pfanner erzehlet in ſeinen handſchr. Aufſatze §. 15, aus den vor ſich gehabten Acten: — „Herzog Johann Wilhelm habe ſich beſonders darüber beſchwehrt, daß ſein regierender Bruder die Grenzen des Auftrags überſchritten und in Reglionsſachen ſich zu viel „Macht herausgenommen habe, daß ſeitdem, da ihrer zwey, nemlich Grumbach und „Brük, ſo hoch ans Bret gekommen, er von denſelben ſich allen Hohn und Spott zufügen laſſen und ſehen müſſe, wie Er, als leiblicher Bruder, hintangeſetzt und dieſe Leute „Ihm vorgezogen würden.“

w) In den von T. Pfannern angeführten Schreiben heißt es unter andern: — „es wäre Ihnen ungelegen länger nur auf andere Leute, denen doch ſie gebieten ſollten, zu ſehen und „ihres Regiments und Beſcheides zu gewarten und zu geleben, und alſo wie bisher, noch ferner Knechte zu bleiben und ihre Cedern von dem Dornſtrauche des, mehr dominirenden als regierenden, Canzlers D. Brükens beherrſchen und drucken zu laſſen.“

Friederich ſich durchaus nicht darauf einlaſſen wollte, und alle Vorſchläge, die man ihm, in Abſicht auf eine gemeinſchaftliche Landesregierung, machte, mit manchen harten Aeuſerungen von der Hand wieß x); ſo blieb ihnen weiter nichts übrig, als ihre Mitregierungsrechte, nach Ausgange der letzten 4 Jahre, geltend zu machen und deswegen die erforderlichen Maaßregeln eintreten zu laſſen. Zu dem Ende erließen ſie am 25. Sept. 1565 in den geſammten Landen gedruckte Patente y), worinne ſie die Uebernahme der Mitregierung den Unterthanen und Vaſallen, mit der Aufforderung, bekannt machten, „ihnen, in Anſehung ihrer anererbten zwei Theile, als Mit„landesfürſten, gehorſam zu leiſten; was hingegen Herzog Johann Friederichs „des mittlern dritten Theil betreffe, wollten ſie Sr. Lbl. darinne keinen Eintrag „thun; doch ſollten die Juſtizſachen vor der Hand noch durch gemeinſchaftliche Räthe „zu Weimar verwaltet werden."

Gegen dieſen Schritt machte nun zwar Johann Friederich vom neuen ſehr heftige Bewegungen; doch eröffnete ſich, durch den bald darauf (den 31. Oct. 1565) erfolgten Tode ſeines jüngſten Bruders, eine günſtige Gelegenheit, die ſtreitigen Verhältniſſe zwiſchen ihm und ſeinem zweiten Bruder, Johann Wilhelmen, in Güthe beizulegen. Nach einer mühſamen Unterhandlung Kurfürſt Friedrichs II. von der Pfalz, ihres beiderſeitigen Schwiegervatters, gieng nehmlich Herzog Johann Friederich eine ſogenannte Mutſchierung ein, nach welcher ſämmtliche Lande, bloß in Anſehung der Domanialeinkünfte, in zwei gleiche Theile, als: nehmlich in den Weimariſchen und Coburgiſchen getheilet, und Ihm, als dem Erſtgebornen, die Weimariſche Portion nebſt der Veſte Grimmenſtein, — dem Herzog Johann Wilhelm hingegen, die Coburgiſche mit aller fürſtlichen Hoheit überlaſſen werden ſollte. Man beſchränkte jedoch die Dauer dieſer Theilung nur auf 6 Jahre und zwar mit der Beſtimmung, daß, nach Ablauf der erſten 3 Jahre, mit den zwei Landesportionen umgewechſelt auch in jeder derſelben der Canzleiſtil: im Namen beider fürſtlichen Brüder, geführet werden ſollte. Damit auch kein fürſtlicher Theil, im Anſehung der Einkünfte, verkürzet werde, ſollten die beiderſeitigen Rentmeiſter, nach Ausgange jeden Jahres, zuſammenkommen, um ſich darüber mit einander zu berechnen und den allenfallſigen Ueberſchuß dem Andern, zum Erſatz des Abganges, mit Bauren Gelde vergüten z).

Herzog Johann Friederich überwieß nunmehro (den 12. März 1566) die Landſtände der Coburgiſchen Portion an ſeinem Bruder Johann Wilhelmen, der auch bald darauf (den 5. April) mit ſeinem Hofe ſich nach Coburg begab und die

Regie-

x) Die Räthe Herz. Johann Wilhelms, D. Lucas Dangel, Veit von Obernitz, v. Vippach und Wirsberg, kamen dabei am übelſten weg, indem ſie Herz. Joh. Friederich, mit dem Namen: Winkelräthe, verzweifelte Böſewichter und henkermäßige Buben bezeichnete, die dem Untergang des f. Hauſes verlangten.

y) Ein Abdruck davon ſtehet in Arndts S. Archiv Th. III. S. 214.

z) Dieſe und für die Geſch. des Erneſtin. Hauſes wichtige Urkunde d. d. Weimar den 21. Febr. 1566, findet man in Arnds S. Arch. Th. III S. 225.

Regierung antrat. Aber kaum waren die brüderlichen Mißhelligkeiten durch dieſe Uebereinkunft beſeitiget, als die bekannten Grumbachiſchen Händel neue Auftritte herbei führten, die nicht blos für den Herzog Johann Friederich ſondern ſogar — wiewohl ohne Verſchulden, — für das ganze Erneſtiniſche Haus Sachſen bis die nachtheiligſten Folgen hatten.

§. IX.

Herzog Johann Friedrich der mittlere nimmt den geächteten Wilhelm von Grumbach in Schutz, und wird deswegen in die Reichsacht erklärt.

Wilhelm von Grumbach, ein fränkiſcher Edelmann, war ſchon in ſeiner Jugend ein treuer Waffengefährte des raufluſtigen Marggraf Albrecht von Brandenburg, dem er, beſonders in der Fehde gegen die Biſchöffe zu Bamberg und Würzburg, (1552) kräftigen Beiſtand geleiſtet und dabei Gelegenheit gehabt hatte, für ſich ſelbſt, anſehnliche Beſitzungen zu erwerben a). Im Grunde kämpften beide, für die lutheriſchen Lehre, die, nach Albrechts Meinung, nur durch eine verminderte Macht der geiſtlichen Fürſten erhalten werden könnte b); aber eben dadurch zogen ſie ſich den Haß Karls V. in einem ſo hohen Grade zu, daß er den Marggraf und ſeine Anhänger 1552 in die Acht, und die, zwiſchen ihm und den beiden Biſchöffen geſchloſſenen, Verträge, in welchen ſie ihm den größtem Theil ihrer Lande abgetreten hatten, für ungültig erklärte c). Als Albrecht, nach der unglücklichen Schlacht bei Sievershauſen, ſeine Rolle meiſtens ausgeſpielet hatte und die Geiſtlichkeit wieder zu ihren Ländern grieff, mußte nun auch Wilhelm von Grumbach nicht nur die, vom Biſchoff Melchior zu Würzburg, ihm als Belohnung, abgetretenen Länderſtücke, demſelben zuruckgeben, ſondern es wurden auch ſeine eigenen Güter eingezogen und der Biſchof trieb ſeine Rache ſoweit, daß er ſich weigerte, der Grumbachiſchen Gemahlin ein Legat auszuzahlen, das ihr von einem Verwanden aus-

a) Biſchoff Melchior zu Würzburg hatte nehmlich das Kloſter Maibrunn und die Dörfer Sulzwieſen, Erbshauſen, Berchten, Oberbleichfeld, Hauſen und Kürnach, an Wilhelmen von Grumbach, als eine Remuneration, abgetreten, weil er zwiſchen dem daſigen Stifte und Marggr. Albrechten zu Brandenburg ein Vergleich vermittelt habe. Dipl. d. d. den 11. Juny 1552 in Gropps Würzb. Chron. T. I. p. 575.

b) So erklärte z. B. Margg. Albrecht in einer Druckſchrift, deren Verfertigung man Wilhelmen von Grumbach zueignet: — „Die geiſtlichen Fürſten hätten zu viel; ſie bequehmten ſich zu „nichts, bis man ihnen die Haut über den Kopf ziehe. — Der Himmel werde nicht einfal„len, wenn gleich die Pfaffen künftighin weniger Pferde, weniger Hunde, weniger ſchöne Mäd„chen halten könnten." — Der Marggraf brachte es auch würklich ſo weit, daß ihm die beiden Stifter Bamberg und Würzburg, einen großen Theil ihrer Lande, durch bündige Verträge, eingeräumet hatten. Die dahin gehörigen Urkunden vom J. 1552 ſtehen in Lünigs R. Arch. P. sp. Cont. III. S. 54 ff. und in Gropp l. c. Th. I. p. 575.

c) Dipl. in Lünig l. c. Cont. V. S. 343.

geſetzt war. Durch dieſes Verfahren wurde Grumbach äuſerſt aufgebracht, und als einige Jahre nachher (1558) der Biſchoff in ſeiner eignen Reſidenz erſchoſſen wurde, und man gegen Grumbachen den Verdacht, ſchöpfte, daß er an deſſen Ermordung den meiſten Antheil habe, leitete das Domkapitel zu Würzburg gegen ihn beim Reichskammergericht einen förmlichen Proceß ein, wodurch ſeine perſönliche Sicherheit ſehr gefährdet war.

In dieſer mißlichen Lage ſuchte nun Grumbach ſich mit dem fränkiſchen hohen und niedern Adel in Verbindung zu ſetzen und zuletzt auch Herzog Johann Friedrichen den Mittlen zu Sachſen in ſein Intereſſe zu ziehen. Letztern konnte er um ſo leichter für ſeine Sache gewinnen, weil er bei demſelben das, ohnehin noch nicht erloſchene, Gefühl des Unrechts, welches ſein Vater, durch die Entziehung der Kurwürde und ſeiner Lande, ehedem erlitten hatte, ſehr lebhaft zu erneuern und ihn dabei mit der Hofnung zu ſchmeicheln wußte, daß er ihn zur Wiedererlangung jener verlohrnen Rechte und Länder verhelfen wolle. Johann Friederich ließ ſich dadurch verleiten, Grumbachen im Schutz zu nehmen, und nun forderte derſelbe mit deſto größerer Dreiſtigkeit ſeine konfiſcirten Güther vom Stifte Würzburg zuruck. Als er daſelbſt kein Gehör fand, fiel er mit einen Corps von [illegible]00 Reutern in das dortige Gebiethe ein, bemächtigte ſich der Stadt Würzburg und nöthigte den Biſchoff Friedrich (1563) zu einem Vergleich d), nach welchem ihm, nebſt ſeinen väterlichen Erbgüthern, auch diejenigen Ortſchaften reſtituiret wurden, die ihm das Stift im J. 1552, als Remuneration eingereumt hatte e).

Dieſen Gewaltſchritt betrachtete der Kaiſer als eine Verletzung des Landfriedens und erklärte Grumbachen und ſeine Anhänger in die Acht. Demohngeachtet fuhr Johann Friedrich fort, ihm den Aufenthalt in ſeiner Reſidenz zugeſtatten, und er ließ ſogar geſchehen, daß derſelbe einige Streifereien in das kurſächſiſche Gebiete vornahm, um ſich der Perſon des Kurfürſten Auguſts zu bemächtigen. Vergeblich ſuchte Herzog Johann Wilhelm zu Coburg, und mehrere Reichsfürſten den irregeleiteten Herzog von Grumbachen abzuziehen, und ihm die gefährlichen Folgen vorzuſtellen, denen er ſich durch den fortwährenden Schutz der Geächteten ausſetzen würde. In der That fieng auch jetzo die Sache an, ernſtlicher zu werden. Kaiſer Maximilian II. erneuerte am 13. May 1566 die Achtsſentenz gegen Grumbachen und deſſen Anhange und dehnte ſolche nun auch auf diejenigen aus, welche dieſe Landesfriedensſtörer aufnehmen und unterſtützen würden. Zu gleicher Zeit befahl der Kaiſer dem Herzog, den geächteten Grumbach und deſſen Bande einzuziehen und auszuliefern, im Unterbleibungsfall aber zu gewärtigen, daß gegen ihm, als den Beſchützer der Geächteten, nach den Reichsgeſetzen werde verfahren werden f). Eben daher geſchahe es, daß Maximilian, als er dem Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen am 25. May die feierliche Belehnung über die Thüringiſchen, Meißniſchen und Coburgiſchen Lande ertheilte

d) Dipl. in Gruners Geſch. Joh Fried. S. 232.
e) S. oben S. 57 not. a)
f) Rudolphi Gotha dipl. P. II. p. 106.

auch deſſen Erbfolgerechte beſtätigte, den Herzog Johann Friedrich ausdrücklich davon ausſchloß und ſelbige nur auf ſeinen Bruder, Johann Wilhelmen, einſchränkte g). Da aber auch dieſe Maaßregel ohne Würkung blieb, und der, von Grumbachen verblendete, Herzog vielmehr alle Anſtalten zur Vertheidigung machte, ſo beſchloß der Kaiſer am 12. Dec. 1566 gegen ihm die Reichsacht und beauftragte den Kurfürſt Auguſt zu Sachſen, als Kreisoberſten, ſelbige in Vollziehung zu ſetzen. Zu gleicher Zeit ermahnte er nicht nur den Bruder des Geächteten, Herzog Johann Wilhelmen zu Coburg, die Wohlfahrt des Vaterlandes der Freundſchaft gegen ſeinem Bruder vorzuziehen und der Vollziehung der Achtserklärung beizuwohnen, ſondern verband auch damit die Anordnung, daß Johann Friederichs Vaſallen- und Unterthanen auf den Landtage zu Saalfeld, durch einen kaiſerlichen Herold, an ſeinen gedachten Bruder überwieſen wurden h).

Kurfürſt Auguſt ließ nun eine Executionsarmee von 18000 Mann gegen Gotha anrucken i) und, weil Johann Friedrich die Uebergabe der Stadt abſchlug, die ernſtlichſten Anſtalten zur Belagerung machen. Herzog Johann Wilhelm zu Coburg, der das wiederſetzliche Benehmen ſeines Bruders ſchon längſt gemißbilliget hatte, befande ſich perſönlich im kurſächſiſchen Lager und nahm an dieſen kriegeriſchen Unternehmen ſo thätigen Antheil, daß er unter andern 1020 Stük Säcke von Coburg nach Saalfeld und von da weiter bis Gotha ſchaffen ließ, wo ſie mit Erde gefüllt wurden, um damit die Stadtgräben auszufüllen k). Auch ſuchte er die Belagerung dadurch zu befördern, daß er gleich beim Anfang derſelben dem Kurfürſt Auguſt, wegen des Erſatzes der Kriegskoſten, einen Aſſekurationsſchein ausſtellte, und demſelben dafür die vier Aemter Waida, Ziegenrück, Arnshaug und Sachſenburg, mit allen Regalien und Einkünften zum Unterpfand einſetzte. Doch machte er dabei die Bedingung, daß auf dem Fall, wenn die Kinder ſeines geächteten Bruders reſtituirt werden würden, ihm, zur Entſchädigung für die verpfändeten Aemter, von Johann Friedrichs Landen, die Aemter Waimer, Jena, Roßla und Leuchtenburg überlaſſen werden ſollten l).

Die Belagerung dauerte 15 Wochen und bei den großen Vorrathe von Lebensmitteln m), würde ſich die Stadt noch länger gehalten haben, wenn nicht die Bür-

g) In den noch ungedruckten Lehenbrief vom J. 1566 erklärte der Kaiſer: „daß er Herz. Johann Wilhelmen zu S. auf dismal, aus beweglichen Urſachen, alleine, zu ſeinen „gebürenden Theil, ohne Herz. Johann Friedrichen, Sr. Lbl. Bruder" die Belehnung ertheilet habe.

h) Müllers Annalen S. 141. u. a. m.

i) Müller l. c. giebt das Belagerungscorps irrig mit 48000 an. Nach der, in Galletis Geſch. des Herzogthums (Fürſtenthums) Gotha Th. I. S. 192 hergeſtellten Berechnung, belief ſich daſſelbe nur auf 12480 Fußvolk und 5540 Reuter.

k) Höns Cab. Hiſt. B. II. S. 189.

l) Dipl. in Rudolphi Goth dipl. T. II. p. 125. und in Hellfelds Beitr. Th. II. S. 126.

m) Einer handſchriftl. Nachricht zufolge, fande ſich, nach der Einnahme von Gotha, noch ein Vorrath von 48000 Mltr. Hafer, 15000 Mltr. Korn und 3000 Mltr. Mehl.

gerſchaft und ſelbſt die Beſatzung einen Aufſtand erreget, Grumbachen gefangen genommen und ihn nebſt ſeinen Anhängern ausgeliefert, dadurch aber den Herzog genöthiget hätten, ſich auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Der Magiſtrat und die Bürgerſchaft zu Gotha mußten dem Kaiſer und an deſſen Statt, denn Kurfürſt, kniend Abbitte thun, auch dem Herzog Johann Wilhelm, als ihrem neuen Landesherrn, huldigen Grumbach und der Canzler Brück wurden lebendig geviertheilt, die übrigen Mitſchuldigen aber theils mit dem Schwerde theils durch dem Strange hingerichtet n). Den gefangenen Herzog ließ der Kurfürſt in einem entehrenden Aufzuge, und zwar in einem ſchwarzüberzogenen Wagen, vor welchem 4 Schimmel mit rothgefärbten Schwänzen geſpannt waren, unter militäriſcher Bedeckung, nach Dreßden fahren, und würkte nun vom Kaiſer Maximilian II die ſchriftliche Verſicherung aus, daß er denſelben, ohne ſeine, des Kurfürſten, Zufriedenheit nicht wieder in Freiheit ſetzen wollte o). Hierauf wurde dieſer unglückliche Fürſt nach Wien gebracht und vom Kaiſer zum ewigen Gefängniß verurtheilet, welches er, bis zu ſeinem, am 9. May 1595 erfolgten Tode, in der Wiener Neuſtadt verlebte.

Das Schickſal, welches ſich Johann Friederich, durch ſein allzugroßes Vertrauen auf Grumbachs Verſprechungen, zugezogen hatte, erregte bei vielen deutſchen Reichsfürſten eine ſo große Theilnahme, daß ſie ſich bei den Kaiſer ſehr angelegentlich für ſeine Entlaſſung verwendeten Die Sache war aber noch zu neu, als daß man eine, ihrem Geſuche entſprechende, Antwort hätte erwarten können Maximilian wieß daſſelbe beſonders aus dem Grunde von der Hand, weil durch die Freilaſſung des Gefangenen die allgemeine Ruhe des deutſchen Reichs vom neuen gefährdet werden würde Aber auch die ſpätern Verwendungen einiger deutſchen Fürſten ſowohl, als der Gemahlin des gefangenen Herzogs und ſeiner zwei Söhne, blieben unwirkſam, obgleich von jener vorgeſchützten Gefahr nicht mehr die Rede ſeyn konnte.

Der inzwiſchen erfolgte Tod Kaiſer Maximilians II. (1576) beſonders aber das Ableben Kurfürſt Auguſts zu Sachſen, († 1586) ſchienen nun zwar für die Freilaſſung des Herzogs einen günſtigern Zeitpunkt zu eröffnen, und in der

n) Von dem grauſamen Verfahren, mit welchem die Execution vollzogen wurde, findet man in Galleti l. c I. S. 217, und im Gruner l. c. S. 143 ausführl. Beſchreibungen, für welche auch die ſtrengſte Gerechtigkeit zuruckſchaudert; Und dennoch heißt es in der kurfürſtl. Milderung der Strafe: „daß Auguſt ſolche aus angeborner kurfürſtl Gnade, dahin gemildert habe, daß Grumbach und Brück nur lebendig gevirtheilet werden ſollte.“ das Urtheil ſelbſt ſtehet in Rudolphi l c Th. II S. 155.

o) In der, noch ungedruckten Urkunde vom J. 1567 verſprach K. Maximilian: — „daß Herzog Johann Friedrich nicht ledig gelaſſen ſondern in vnſerer guten Verwahrung vnd Haften allewege bleiben vnd ohne des Churfürſten von Sachſen Vorwiſſen oder Verwilligung zu keiner Zeit ledig gelaſſen werden ſolle. Vnd da Wir aus Gottes gnediger Schickung mit Tode abgiengen, — ſo ſoll vnſer Elteſter erbender Sohn oder der nechſte hernach folgende verpflichtet ſeyn, obberürten Hans Fridrichen gefänglich die Zeit ſeines Lebens zu halten vnd ohne des Churfürſten zu S. oder S. libd. Erben bewilligung, nicht los vnd ledig zu laſſen.“ ꝛc. ꝛc.

That war Maximilians Thronfolger, Kaiſer Rudolf, ſehr geneigt, ihn, unter gewiſſen Bedingniſſen, in Freiheit zu ſetzen p). Aber jetzt traten wieder neue Hinderniſſe ein, die der Entlaſſung des Herzogs aus der Gefangenſchaft, von einem ſeiner nächſten Stammvettern, dem Herzog Friedrich Wilhelm zu Waimer, im Wege geleget wurden. Johann Friedrich ſollte ſich nehmlich in einem Reverſe unter andern verbindlich machen: „daß er den Söhnen ſeines (1573) „verſtorbenen Bruders, Johann Wilhelms, in Anſehung der im J. 1572 erhalte„nen kaiſerlichen Begnadigung, Prärogativen, Anwartſchaften und der darauf „gerichteten Belehnung, im geringſten nicht zuwieder ſeyn wolle q). Der Herzog lehnte aber dieſen Antrag mit der Entſchuldigung ab, daß er ſeinen Söhnen an ihren Rechten, nichts vergeben könne und daß eine Verzichtsleiſtung von der Art ohnehin keine rechtliche Würkung hervorbringe. Die Folge dieſer Erklärung war die Fortſetzung ſeiner Gefangenſchaft, deren Urſache jetzt anfieng, einen ganz andern Character anzunehmen. Sie war nun nicht mehr als Strafe ſeines geſetzwiedrigen Benehmens, ſondern als ein Zwangsmittel zu betrachten, wodurch man den gefangenen Herzog nöthigen wollte, auf ſeine Hausverfaſſungsmäßigen Vorzüge und Erbfolgerechte, deren er 1567, durch die Reichsacht, für verluſtig erkläret worden war, förmlich Verzicht zu leiſten. Ein Beweiß, wie wenig Vertrauen man in die Rechtlichkeit jenes Verfahrens oder vielmehr in die fortwirkende Kraft deſſelben, rückſichtlich ſeiner Söhne, ſetzte; denn ſonſt würde man wohl nicht ſo ängſtlich auf der Verzichtsleiſtung beſtanden haben.

Inzwiſchen waren nun die zwei Söhne des gefangenen Herzogs, Johann Caſimir und Johann Ernſt, zu vollen Jahren gekommen und hatten 1586 die Regierung in den ihnen (15[illegible]) zurückgegebenen Coburgiſchen und Thüringiſchen Landen angetreten. Es war ihnen heilige Pflicht, ſich ihres leidenden Vaters mit Nachdruck anzunehmen nnd wiederholt beim kaiſerlichen Hof um deſſen Befreiung anzuſuchen. Rudolf II wußte ſie aber von Zeit zu Zeit mit leeren Vertröſtungen hinzuhalten; und zuletzt zog er ſich dadurch aus der Verlegenheit, daß er vorgab: Johann Friederich ſey kein Gefangener des Kaiſers ſondern des Reichs, mithin hänge ſeine Erledigung von den Reichsſtänden ab. Beide junge Fürſten verſchoben alſo dieſe Angelegenheit bis auf den Reichstag vom J. 1594, wo ſie ſich perſönlich nach

p) Man ſehe die Urk. vom J. 1585 in Gruner l. c. nr. 50 u. 51. S. 441. f.

q) Herzog Johann Wilhelm hatte, – wie ich unten (§. X) anführen werde, — nach der Gefangenſchaft ſeines Bruders, vom Kaiſer alle diejenigen Rechte und Anwartſchaften, deren derſelbe für verluſtig erkläret worden war, für ſich alleine ausgewürkt. Gegen dieſes Benehmen machte der gefangene Herzog ſowohl, als die kurfürſtl. Vormünder ſeiner unmündigen Söhne beim kaiſerl. Hof wiederholte Vorſtellung und trugen darauf an, daß jene Rechte, beſonders die Miterbfolge in Henneberg, den zwei minderjährigen Söhnen Johann Friedrichs des Mittlern nicht entzogen werden möchten. Da inzwiſchen Johann Wilhelm (1573) mit Tode abgegangen war, ſo ſuchte nunmehro ſein Sohn, Friedrich Wilhelm, die von ſeinem Vater ausſchließlich erlangten Rechte, dadurch zu ſichern, daß er ſeinen gefangenen Oheim nöthigen wollte, darauf förmlichen Verzigt zu leiſten.

Regensburg begaben und bei den anweſenden Reichsfürſten um die Befreiung ihres alten Vaters ſollicitirten. Nach dem Inhalte eines, von Joh. Caſimirn hierüber erſtatteten, Berichtes r), erhielten ſie überall beruhigende Verſicherungen: Nur Herzog Friederich Wilhelm zu Waimer, der Neffe ihres Vaters, ſetzte der Gewährung ihres Geſuchs beſonders dadurch viele Schwierigkeiten entgegen, daß er die, vorhin bemerkte, Verzichtsleiſtung auf die Hennebergiſche Erbfolge erneuerte und ſolche jetzt unmittelbar von ſeinen Vettern, Johann Caſimirn und Johann Ernſten, verlangte. Mit unfreundlicher Härte ließ er ihnen durch ſeinem Canzler, D. Gerſtenberg, — einen berühmten Staats- und Geſchäftsmanne jener Zeiten, — s) eröffnen: „daß „nur auf dem Fall, wenn ſie jene Anſprüche aufgeben würden, Er ſich „ferner erklären werde, was er bei dem Werke der Erledigung ihres Vaters thun „wollte.“ Alle Gegenvorſtellungen blieben fruchtlos und beide Fürſten mußten unverrichteter Sache Regensburg verlaſſen.

Mit ſo vieler Anſtrengung Johann Caſimir und ſein Bruder ſich für die Freiheit ihres Vaters verwendet hatten, ſo war derſelbe doch mit ihrer Handlungsweiſe ſehr unzufrieden und machte ihnen den Vorwurf, „daß ſie ſich in dieſer Sache auf „den Reichstage nicht klug genug benommen hätten, indem ſie ſich deswegen unmit„telbar an den Kaiſer, nicht aber an den Gegentheil, (nemlich an Herzog Frie„drich Wilhelmen zu Waimer) hätten wenden ſollen.“ Sein Argwohn gieng ſo weit, daß er gegen Veiten von Heldritt, der im J. 1594, zu Abhohlung der Leiche der verſtorbenen Gemahlin des gefangenen Herzogs, nach Wien geſendet wurde, äußerte: „Er wiſſe, daß einer von Johann Caſimirs Räthen zu den kaiſerlichen und „Waimeriſchen Räthen geſagt habe, man ſollte ja nichts ſeiner Befreiung halber ver„willigen ſondern ihn ſitzen laſſen. Er wolle hiermit ſeine Söhne warnen, ſich von „ſolchen Leuten nicht verführen zu laſſen; Er kenne die ſpitzfündi„gen Schreiber und wiſſe wie es ihm gegangen ſey.“ Durch dieſe Aeuſerung legte der unglückliche Fürſt ſelbſt das Bekenntniß ſeiner Leichtgläubigkeit ab, die überhaupt einen der hervorſtechenſten Züge ſeines Characters ausmachte, und die ihm zuletzt den Verluſt ſeiner Erblande und ſeiner Freiheit zuzog. Nach einer 28 jährigen Gefangenſchaft, die dem Lande über 500,000 fl. gekoſtet hatte, beſchloß er

r) d. d. Regenſpurgk den 23. May 1594.

s) Markus Gerſtenberg war 1553 zu Buttſtädt gebohren erlangte 1576 die Doctorwürde, und bekleidete nachher bei den Herzog Friedrich Wilhelm zu Waimer die Stelle eines Canzlers. Durch ſeine Gelehrſamkeit und kluges Benehmen erwarb er ſich ein ſo großes Anſehen, daß ſelbſt Kaiſer Rudolph II. ihn als Reichsvicecanzler in ſeine Dienſte nehmen wollte und bei den Herzog auf ſeine Verabfolgung (1594) antragen ließ. Dieſer gab aber zur Antwort: „Wenn man ihm gleich ſo viel Gold darwägen wollte, als Gerſtenberg ſchwer ſey, ſo könnte er doch ſeiner Hülfe nicht entrathen.“ (Deutſche Acte erudit. Th. XIII. S. 492.) Dieſer Staatsmann hat ſich, außer ſeiner Brauchbarkeit, auch noch dadurch ein rühmliches Andenken erworben, daß er im J. 1600 für 12 dürftige Jenaiſche Studenten, aus der Grafſchaft Honſtein gebürtig, einen Freitiſch in Convictorio zu Jena ſtiftete und dazu ein Capital von 4000 fl. ausſetzte. Der Stiftungsbrief ſtehet in Pistorii amoenitat. T. V. S. 1789.

ſein trauriges Leben am 9. May 1595 zu Steyer im 67 Jahre ſeines Alters. Sein Leichnam wurde nach Coburg gebracht und in der St. Moritzkirche in die Gruft verſenket. Das daſelbſt befindliche Epitaphium ſtellet den Herzog in Lebensgröße vor und enthält auf einem beſondern Schriftſchilde, welches den halben Leib bedecket, die Zeit ſeiner Geburt, Vermählung, Gefangenſchaft und ſeines Todes. Zu ſeinem Andenken wurden vier Medaillen gepräget t), auf deren eine Seite ſein Bruſtbild, mit der Umſchrift ſtehet: Ioh. Frid. dux Sax. Cap. morte liber. (Joh Friedrich, Herzog zu Sachſen, der Gefangene, iſt durch den Todt frei.) Der Revers enthält das Sächſiſche Wappen, an welchem die Henne unten angehängt iſt, um dadurch die Erbfolgerechte an der, 1583 angefallenen Grafſchaft Henneberg anzudeuten, deren zwar Joh. Friedrich für verluſtig erkläret war, ſeine Söhne aber dennoch darauf Anſpruch machten.

Was Johann Friedrichs Familienverhältniſſe betrift, ſo war er zweimal vermählt. Seine erſte Gemahlin, Agnes, Landgraf Philipps zu Heßen Tochter, wurde ihm am 26 May 1555 angetraut, machte ihn aber ſchon 6 Monate darauf zum Wittwer. Er vermählte ſich hierauf 1558 zum zweitenmal mit Eliſabeth, einer Tochter Kurfürſt Friedrichs III von der Pfalz, welche ſo edel dachte, ſeine Gefangenſchaft 22 Jahre lang mit ihm zu theilen. Sie ſtarb den 8. Febr 1594 zu Steier, und ihr Leichnam wurde, wiewohl nach vielen Schwierigkeiten, u) zuerſt im Dezember deſſelben Jahrs, nach Coburg geſchaft und in der St. Moritzkirche beigeſetzt, wo ihr zu Ehren ein Epitaphium von Meßing errichtet wurde, auf welchem man ſie in Lebensgröße abgebildet ſiehet. Sie hatte ihrem Gemahl vier Söhne gebohren, von welchen die zwei älteſten, Johann Friedrich und Friedrich, in der Kindheit ſtarben; die beiden jüngſten aber, Johann Caſimir und Johann Ernſt, nach der Gefangenſchaft ihres Vaters eine Zeitlang unter der Vormundſchaft ſtanden, und im Jahre 1570 im Beſitz der väterlichen Lande, wie die Folge zeigen wird, wieder eingeſetzet wurden.

§ X.

Herzog Johann Wilhelm zu Sachſen, vom J 1567 bis zur Theilung vom J. 1572.

Seit der Acht und Gefangennehmung Herzog Johann Friedrichs (1567) befande ſich ſein Bruder, Johann Wilhelm, im alleinigen Beſitz der geſammten Erneſtiniſchen Lande, die ihm Kaiſer Maximilian förmlich eingeräumt hatte (S 59.) Er mochte aber wohl vorher ſehen, daß es bei der Strenge des kaiſerlichen Urtheils nicht überall bleiben, und die unmündigen Söhne ſeines gefangenen Bruders doch am Ende reſtituiret werden würden. In dieſer Betrachtung nahm der Herzog die brüderlichen Lande mit einer gewiſſen Gleichgültigkeit im Beſitz, die beſonders dadurch ſichtbar

t) S. Tenzels Medail. Kabinet S. 244.

u) Die Creditoren des gefangenen Herzogs wollten nehmlich den verblichenen Körper ſeiner Gemahlin eher nicht verabfolgen laßen, bis ſeine Schulden bezahlt ſeyn würden. Gruners Geſch. Joh. Fried. S. 184.

wurde daß er nicht einmal daran dachte, um die kaiſerliche Belehnung anzuſuchen. Statt deſſen ließ er ſich, mit mehrern deutſchen Fürſten, ſehr angelegen ſeyn, beim kaiſerlichen Hofe an der Wiedereinſetzung ſeiner jungen Vettern in die verlohrne väterlichen Lande mit ſo guten Erfolg zu arbeiten, daß ihnen ſelbige, durch den Reichsabſchied vom 11. Dec 1570, wieder zurückgegeben wurden. v)

Vor dieſem glücklichen Ereigniſſe ſetzte Herzog Johann Wilhelm die Regierung alleine fort. Einer der vorzüglichſten Gegenſtände, der ſeine Aufmerkſamkeit auf ſich zog, betraf die Beſeitigung der damaligen Religionsſtreitigkeiten und beſonders die Aufhebung der Strigeliſchen Declaration, w) welche dem Lutheriſchen Lehrſyſtem entgegen war. Da unter andern der damalige Superintendent, Dr. Morlin zu Coburg, jene Grundſätze angenommen hatte und ſolche nicht aufgeben wollte, ſo befahl der Herzog im J. 1569 dem daſigen Stadtrath, ihn von ſeinem geiſtlichen Amte zu entfernen und an ſeiner Stelle einen andern Pfarr anzunehmen.

Im Beziehung auf die politiſchen Angelegenheiten des Landes, iſt das Steuermandat zu bemerken, welches Johann Wilhelm im J. 1567, noch während der Belagerung der Stadt Gotha, für die geſammten Erneſtiniſchen Lande abfaſſen und durch den Druck bekannt machen ließ. Es verbreitet ſich in 32 Artikeln über die Steuerpflichtigkeit aller Einwohner, geiſt- und weltlichen Standes, mit Rückſicht auf eine durchaus gleiche Vertheilung der Staatslaſten, bei welchem nicht nur der hohe und niedere Adel, ſondern auch die Geiſtlichkeit, in Anſehung ihrer Güter, beſonders aus dem ſtaatsrechtlichen Grunde, zur Mitleidenheit gezogen wurde, weil dieſe vornehmere Claſſe von Staatsbürgern eben ſo, wie andere Unterthanen, den allgemeinen Landesſchutz mit zu genießen hätte. Der Maaßſtab, den man bei der Beſteuerung annahm, war der Werth des Grundvermögens, und zwar in der Maſe, daß die Ritterſchaft alle ihre Ritterlehne und Leibgüter, wie auch die werbenden Baarſchaften, (Capitalien) jedes neue Schock mit 4 Pfennigen, — ihre unbeweglichen und freieigenen Güter, die mit reiſigen Pferden nicht verdient werden, jedes neue Schock, gleich den Bürgern und Bauern, mit 11 Pfennigen zu verſteuern hatte. Wegen der Steuereinnahme ſelbſt wurden in den fünf Landkreiſen, Waymar, Gotha, Pößneck, Altenburg und Coburg, gewiſſe Einnehmer beſtellt, welche die Steuern an die Obereinnahme zu Waimer einliefern ſollten. Doch geſtattete der Herzog, daß zwei Deputirte von der Ritterſchaft und zwei von den Städten, der fürſtlichen Obereinnahme zugeordnet werden möchten, um ſich von der Verwendnung der verwilligten Steuern zu überzeugen. x) Dieſes Regulativ, — das erſte in ſeiner Art,

v) Müllers S. Annalen S. 156.

w) Victor Striegel, ein proteſtantiſcher Theolog jener Zeit, hatte in ſeiner Lehre vom freiem Willen den Grundſatz aufgeſtellt: daß der Menſch von Natur Kräfte genug habe, tugendhaft zu ſeyn oder ſich zur Bekehrung anzuſchicken, ohne der Wirkung des heiligen Geiſtes zu bedürfen. Ueber dieſe Lehre entſtand damals ein großer Lerm und veranlaßte eine Menge theologiſcher Streitſchriften, in welchen man dieſe Lehre zu widerlegen und den Menſchen zu einer Maſchiene herabzuwürdigen ſuchte.

x) d. d. Weimar, Sonntag Eſtomihi den 9. Febr. 1567.

Art, — diente in der Folge zur Norm ähnlicher Steuermandate, welche in den Jahren 1583, 1595 und 1654 jedoch mit einigen Abänderungen, für die Coburgiſchen und Saalfeldiſchen Lande erlaſſen wurden. — Herzog Johann Wilhelm hat übrigens auch noch das Verdienſt, daß er das, zur Pflege Coburg gehörige, Schloß und Amt Königsberg, welches, vermöge der Wittenbergiſchen Capitulation von 1547, dem Marggraf Albrecht zu Brandenburg abgetreten werden muſte, nachher aber, (1552) durch Pfandſchaft, in Würzburgiſche Hände kam, (S. 40) wieder an das Erneſtiniſche Haus brachte. Er trat deswegen im J. 1569 mit dem Biſchoff Melchior in Unterhandlung, und ob er gleich, mit Beifall der Rechte darauf beſtand, daß die Renten, die das Stift Würzburg ſeit dem J. 1552, über die Capitalzinſen, erhoben hatte, vom Pfandſchilling abgekürzt werden müßten, wodurch letzterer ſich um ein anſehnliches vermindert haben würde; ſo ließ ſich doch der Herzog gefallen, für die Zurückgabe dieſes Amtes noch eine Summe von 46000 fl. baar zu bezahlen. y)

Weniger vortheilhaft für die Coburgiſchen Lande war der Vertrag, den Johann Wilhelm kurz zuvor (1568) mit dem Stiffte Bamberg, wegen der Sächſiſchen Schutzgerechtigkeit über das Kloſter Banz, errichtete. Daſſelbe lag zwar urſprünglich im Gebiete der Pflege Coburg und war in weltlichen Sachen der Oberbothmäßigkeit der Herzoge zu Sachſen, als Schutzherrn, unterworfen z). Allein die Biſchöffe zu Bamberg, ſuchten in der Reformationsperiode, jene Gerechtſame mit deſto größern Eifer an ſich zu ziehen, weil ſolche, in den Händen eines proteſtantiſchen Fürſten, für die Fortdauer des Kloſters gefährlich ſeyn konnte. Kurfürſt Johann Friedrich beſchwehrte ſich zwar 1536 über die Beeinträchtigung ſeines Schutzrechts beim Reichskammergerichte; die Sache blieb aber, zu Gunſten der Römiſchen Kirche, unentſchieden liegen. Als endlich Herzog Johann Wilhelm dieſe Angelegenheit vom neuen in Bewegung brachte und eine kaiſerliche Commißion auswürkte, kam es im J. 1568 zu Schweinfurth zum Vergleich, nach welchen der Sächſiſche Erbſchutz über gedachtes Kloſter dem Stiffte Bamberg, gegen Bezahlung einer Summe von 6000 fl, abgetreten wurde.

Das wichtigſte, womit ſich Johann Wilhelm, während ſeiner Regierung, beſchäfftigte, war theils die Erhaltung des Hennebergiſchen Erbfolgerechts, theils die merkwürdige Landestheilung mit den unmündigen Söhnen ſeines gefangenen Bruders, wodurch eigentlich in der Geſchichte des Erneſtiniſchen Hauſes Sachſen eine neue Periode eintritt. Die geſammten Lande, die Johann Wilhelm, ſeit dem J. 1567, alleine beſeſſen hatte, wurden am 6. Nov. 1572 zwiſchen ihm und den kurfürſt-

y) Beil. Nr. XXXVII. S. 96.

z) Cob. Landes-Geſch. des M. Alt. S. 82.

lichen Vormündern ſeiner Neffen, Johann Caſimirs und Johann Ernſts, in zwei Theile, als in den Waymariſchen und Coburgiſchen getheilet, von welchen der erſtere dem Herzog Johann Wilheln zufiel, der von nun an, als der fernere Stammvater des Hauſes Sachſen, Erneſtiniſcher Linie, zu betrachten iſt. Die Coburgiſche Portion, begriff nebſt einen Theil von Thüringen, das ganze Fürſtenthum Coburg, Königsberg ausgenommen, a) und kam an die ſo eben genannte zwei minderjährigen Söhne des gefangenen Johann Friedrichs, mit denen aber dieſe Linie im folgenden Jahrhundert, (1633 und 1638) wieder erlöſchte. Die Coburgiſche Geſchichte dieſes Zeitraums wird den Inhalt des folgenden Abſchnitts ausmachen.

In der Geſchichte Johann Wilhelms verdienet die Aufmerkſamkeit erwähnt zu werden, wodurch er dem Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen die Erbfolge in die Grafſchaft Henneberg zu erhalten bemühet war. Er und ſein Bruder, Johann Friedrich der mittlere, hatten ſolche (1554) durch den bekannten Erbvertrag, mit einer Aufopferung von 130,474 fl. erworben, (S. 48.) und obgleich letzterer, wegen der Grumbachiſchen Händel, in die Reichsacht und aller ſeiner Lande und Rechte, mithin auch der Antwartſchaft auf Henneberg, für verluſtig erkläret wurde; ſo konnte doch eigentlich die Vollziehung dieſes Urtheils nicht auf ſeine unmündigen Söhne ausgedehnet und ihnen die Schuld ihres Vaters zur Laſt geleget worden. Kaiſer Maximilian II. fühlte zwar ſelbſt die Ungerechtigkeit einer ſolchen Ausdehnung und gab ihnen deswegen im J. 1570 den Landestheil ihres geächteten Vaters wieder zurück. Gleichwohlen war er ſchlechterdings nicht zu bewegen, dieſe Reſtitution auch auf die verlohrnen Erbfolgerechte an Henneberg zu erſtrecken, ſo ſehr auch die drei Kurfürſten, zu Sachſen, Pfalz und Brandenburg, als Vormünder der unmündigen Söhne, bemühet waren, für ſolche die Wiedereinſetzung in jene Rechte zu erwürken. b) Indeſſen ſtand Herzog Johann Wilhelm, in Anſehung dieſer Anwartſchaft, in der Mitbelehnſchaft, die ihm um ſo weniger entzogen werden konnte, weil ihm Maximilian ſelbige, gleich nach der Gefangennehmung Johann Friedrichs, (1567) wiederholt zugeſichert hatte.

Die Erfüllung dieſer Zuſage verzog ſich jedoch mehrere Jahre, und zuerſt am 9ten July 1572 ertheilte ihm der Kaiſer nicht nur die Anwartſchaft auf das Kurfürſtenthum Sachſen, und auf alle übrigen, vom Kurfürſt Auguſt damals beſeſſenen, Reichslehne ſondern auch auf die alleinige Erb- und Lehnsfolge in die Grafſchaft Henneberg, und zwar mit der nähern Beſtimmung, daß, bei einem oder dem andern Landesanfall, Herzog Johann Wilhelm und ſeine Nachkommen, verbunden ſeyn ſollten, ſeinen unmündigen Vettern, Johann Caſimiren und Johann Ernſten oder deren Nachkommen, eine

a) Dieſes Amt hatte H. Joh. Wilhelm noch vor der Theilung (1569) eingebüßet, und blieb deswegen bei der S. Weimariſchen Landesportion, bis zu der Landesſonderung vom J. 1641, wo es dem Hauſe S. Gotha zufiel.

b) Sammlung zur S. Geſch. (177) Th. 12. S. 17.

verhältnißmäßige Vergütung am Gelde und jährlichen Renten zu thun c). Die Gründe, die der Kaiſer dabei anführte, waren hauptſächlich dieſe, weil der Herzog bereits im Jahr 1567 die Mitbelehenſchaft auf obige Lande erhalten, nechſtdem aber auch bei der Gothaiſchen Execution, dem Kaiſer viele treue Dienſte geleiſtet und wegen ſeines dabei gehabten Koſtenaufwandes, allerdings eine Belohnung verdienet habe. Im folgenden Jahre (den 26. Febr. 1573) erhielt endlich Johann Wilhelm vom Kaiſer auch die evantuelle Beleihung über die Grafſchaft Henneberg und über alle die Reichslande, worauf ihm das Jahr zuvor die Anwartſchaft ertheilet worden war. Wegen der künftigen Succeſſionsordnung wurde zugleich im Lehnbriefe feſtgeſetzet, daß, nach dem ohne mänliche Erben erfolgten Ableben des Herzogs, ſeine Lande ſammt den Anwartſchaften, auf deſſen Vettern, Johann Caſimirn und Johann Ernſten, — nach deren erbloſen Abgang über dem Kurhauſe Sachſen zufallen ſollten d).

Herzog Johann Wilhelm, war jedoch nicht ſo glücklich die Früchte ſeiner Bemühungen zu erleben, durch welche er ſeinem fürſtlichem Hauſe die Erbfolgerechte auf Henneberg ſo vollſtändig geſichert hatte. Er ſtarb bald darauf den 2. März 1573, in der Blüte ſeines Alters, und hinterließ von ſeiner Gemahlin, Suſanna Dorothea, eine Tochter Kurfürſt Friedrichs von der Pfalz, zwei Söhne, Friedrich Wilhelmen und Johannſen, die beide noch minderjährig waren. Nach der Sächſiſchen Hausverfaſſung hätte nun zwar die Vormundſchaft, wenn keine teſtamentariſche Anordnung vorhanden geweſen wäre, dem Kurfürſt Auguſt zu Sachſen, gebühret; Allein Johann Wilhelm mochte triftige Gründe haben, ihn von der vormundſchaftlichen Verwaltung ſeiner Lande zu entfernen, zumalen derſelbe bereits über ſeine jungen Vettern, Johann Caſimirn und Johann Ernſten, — mit welchen der Herzog, ſeit der Theilung vom J. 1572, in mancherlei Irrungen verwickelt war, — die Vormundſchaft führte, mithin ſehr unangenehme Colliſionen zu beſorgen waren, wenn Auguſt die nehmliche Stelle auch bei Johann Wilhelms unmündigen Söhnen hätte übernehmen wollen. Bei dieſen zweideutigen Verhältniſſen fand ſich alſo der Herzog bewogen, in ſeinem am 19. Febr. 1573 errichteten Teſtamente e), den Pfalzgraf Ludwig bei Rhein nebſt dem Herzog Albrecht von Mecklenburg zu Obervormündern ſeiner Kinder zu ernennen und wegen der Landesverwaltung eine beſtimmte Anordnung zu treffen.

c) S. die Urkunde in Lünigs R. Arch. P. sp. Cont. 1. p. 618 und in der Samml. zur S. Geſch. Th. 12. S. 91.

d) dipl. in Lunig l. c. S. 271 und in den Samml. zur S. Geſch. l. c. S. 101.

e) Es ſtehet in Lünigs R. Arch. P. spec. von Sachſen S. 93.

Aber kaum hatte Auguſt von Johann Wilhelms Tode Nachricht erhalten, als er, zu Behauptung ſeines agnatiſchen Vormundſchaftrechts, Graf Burkarden von Barby und den Doctor Juris, Lorenz Lindemann, nach Waimar abſchickte um die teſtamentariſchen Vormünder zu verdrängen und in ſeinem Namen ſich der vormundſchaftlichen Adminiſtration zu unterziehen. Das auffallendſte dabei war, daß er, wie Tobias Pfanner f) verſichert, die verwittwete Herzogin erſuchte, ihm die Originalien der, in den Jahren 1572 und 1573 ausgefertigten, kaiſerlichen Expectanz- und Lehnbriefe auszuhändigen, damit er dadurch im Stande geſetzet werde, die, ihm zur vormundſchaftlichen Pflege anvertrauten jungen Prinzen, bei den, von ihrem Vater erlangten, Gerechtſamen kräftigſt zu ſchützen. Von dieſen zwei wichtigen Hausurkunden machte aber Kurfürſt Auguſt, einen, ſeiner an ſich ſo rühmlichen Zuſage, ganz entgegengeſetzten, Gebrauch. Denn obgleich Herzog Johann Wilhelm darinne die alleinige Anwartſchaft und Beleihung auf die ganze Grafſchaft Henneberg erhalten hatte; ſo wußte doch der Kurfürſt, vom Kaiſer Maximilian II. am 25. Sept. 1573 in geheim auch für ſich einen Expectanzbrief auszuwürken, worinne ſeinen Pflegbefohlenen fünf Zwölftheile an gedachter Grafſchaft entzogen und dem Albertiniſchen Kurhauſe zugewendet wurden g). Damit dieſe Handlung nicht zur Kenntniß der Nachwelt kommen möchte, traf man die Vorſicht, die frühern Expectanz- und Lehnbriefe, (von 9. July 1572 und den 26. Febr. 1573) deren Originale Kurfürſt Auguſt in Händen hatte, zu vernichten und an deren Statt, unter den nemlichen Datum, für den verſtorbenen Herzog zwei andere, auf $\frac{7}{12}$ Theile an Henneberg, auszufertigen, gleichſam als ob derſelben ſchon damals nicht mehr erhalten hätte h).

Auf dieſes Verfahren gründete ſich der kurſächſiſche Erwerb eines Theils der Hennebergiſchen Lande, welche im J. 1583, durch Graf Georg Ernſts Tode, zwar dem Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen anfielen, aber vom Kurfürſt Auguſt, vermöge jener kaiſerlichen Anwartſchaft, im Beſitz genommen wurden. Sein Sohn und Nachfolger, Chriſtian I. ſuchte zwar das Andenken dieſer Handlungsweiſe dadurch wegzutilgen, daß er ſich im J. 1587 erboth, den Söhnen Herzog Johann Wilhelms zu Waimer die $\frac{5}{12}$ Theile der Grafſchaft Henneberg, gegen Abtretung des Fürſtenthums Altenburg, mit Inbegriff der Herrſchaft Saalfeld, zuruckzugeben; dieſer Antrag wurde aber be-

f) In ſeinen handſchriftlichen Aufſatze, über die Theilnehmung des Kurhauſes Sachſen an der Grafſchaft Henneberg; verglichen mit der Beilage Nr. XXXVIII. S. 99.

g) dipl. in Lünigs l. c. S. 370.

h) Man ſehe die speciem facti vom J. 1593 in der Beil. Nr. XXXVIII S. 99 wie auch die Torgauiſche Landtagsverhandl. vom eben dem Jahre, in den Samml. zur S. Geſch. Th. XII. S. 154.

ſonders aus dem Grunde von der Hand gewieſen, weil mit der Stadt Saalfeld, als einer vom Oberſächſiſchen Creiß anerkannten Münzſtadt, das fürſtliche Münzregal verbunden ſey, welches durch die verlangte Abtretung verlohren gehen würde; doch war man nicht abgeneigt, den angetragenen Umtauſch auf andere Wege zu bewürken i). Damals mochte man alſo von der kurſächſiſchen Erwerbsart an Henneberg noch keine Kentniß haben. Zuerſt im J. 1591 entdeckte Herzog Friedrich Wilhelm zu Waimar dieſes Geheimniß, welches ihm, als Vormund der, vom Kurfürſt Chriſtian I. hinterlaſſenen, 3 unmündigen Prinzen, nicht länger verborgen bleiben konnte und nun im Jahre 1593 öffentlich zur Sprache gebracht wurde k). Eine weitere Ausführung

i) Ungedruckte Nachrichten, welche in Pfanners Berichte von den S. Landſtänden mitgetheilet werden.

k) Nach den, am 25. Sept. 1591 erfolgten, Ableben Kurf. Chriſtians I. zu Sachſen verbreitete ſich über das, im dunkeln gebliebene, Benehmen, wodurch Kurf. Auguſt, während ſeiner Vormundſchaft über die Waimeriſchen Prinzen, 5/12 Theile an Henneberg erworben hatte, ein vollſtändiges Licht. Chriſtian I. hinterließ nehmlich 3 unmündige Prinzen, über welche Herzog Friedrich Wilhelm zu Waimer, nebſt Kurf. Johann Georgen zu Brandenburg, die Vormundſchaft führte. Bei der Inventur des Nachlaſſes, fanden ſich in geheimen Cabinet zu Dreßden unter andern auch die, vom K. Maximilian II., dem verſtorbenen H. Joh. Wilhem, über die ganze Grafſchaft Henneberg ertheilten, Expectanze und Lehenbriefe vom 9. July 1572 und 26. Febr. 1573, welche Kurf. Auguſt, als Vormund, aus den Waimeriſchen Archive zu ſich genommen hatte. Beide Urkunden waren aber, mittelſt eines Durchſchnitts und der Ablöſung des kaiſerl. Siegels caßirt, und H. Friedrich Wilhelm, dem die Theilnahme des Kurhauſes an Henneberg bisher noch räzelhaft geblieben war, überzeugte ſich nunmehro von der Handlungsweiſe ſeines ehemaligen Vormundes. Doch gieng er bei der Sache mit ſo vieler Mäßigung zu Werke, daß er zuförderſt bei den damals berühmten Ingolſtadiſchen Juriſten, Dr. Andreas Fachinäus, und nachher bei der Juriſtenfacultät zu Jena, zwei rechtl. Gutachten einhohlen ließ, — (das Erſtere ſtehet in Fachinai Consiliis L. I. Cons. II. p. 15. (1610) das Zweite aber findet ſich in der Beil. Nr. XXXVIII. S. 99) — um von der Sache ſelbſt ein rechtl. Anſicht zu bekommen. Obgleich beide Responsa für ihm ſehr beifällig ausfielen, ſo fande er doch, als Vormund, Bedenken, gegen ſeine Pflegbefohlenen, mit Reclamirung der, ſeinem Hauſe entzogenen 5/12 an Henneberg, rechtlich aufzutreten, und beſchloß ſeine Anſprüche, bis zu ihrer Volljährigkeit auf ſich beruhen zu laſſen. Er ſtarb aber im J. 1602 und wenig Jahre nachher (1605) auch ſein Bruder Johann, mit Hinterlaſſung unmündiger Prinzen, über welche Kurf. Chriſtian II. die Vormundſchaft führte und bei dieſer Gelegenheit, die Henneberg. Expectanz- und Lehnbriefe wieder nach Dreßden zurückbrachte. Das Erneſtiniſche Haus Sachſen hatte alſo keine Beweiſe mehr in Händen, ſeine Anſprüche geltend zu machen.

dieſer Begebenheit, von welcher ich an einem andern Orte l) umſtändlicher zu reden Gelegenheit gehabt habe, gehöret in die Geſchichte des geſammten Erneſtiniſchen Hauſes Sachſen, deſſen gerechte Anſprüche an ganz Henneberg zwar noch in ſpätern Zeiten verfolget wurde, aber doch zuletzt der Politik ſeiner mächtigern Stammvettern unterliegen mußten.

l) Diplomatiſche Geſch. des gr. Hauſes Henneberg Th. II. S. 326 f.

Zweiter Abſchnitt.

Die Pflege Coburg, als ein ſelbſtſtändiges Fürſtenthum, vom J. 1572 bis zu der, im J. 1638 erfolgten, Erlöſchung der S. Coburgiſchen Linie.

§. XI.

Die Herzoge Johann Caſimir und Johann Ernſt, theilen die zurückerhaltenen väterlichen Lande, unter vormundſchaftlicher Leitung, mit ihrem Oheim, Herzog Johann Wilhelmen zu Waimer, und kommen zum Beſitz des Coburgiſchen Landestheils. Vom J. 1572—1586.

Die zwei Söhne des gefangenen Johann Friedrichs des Mittlern, Johann Caſimir und Johann Ernſt, waren noch minderjährig, als ſie durch der Speieriſchen Reichstagsabſchied vom J. 1570 in den Beſitz der väterlichen Lande wieder eingeſetzt wurden. Kaiſer Maximilian II. verordnete daher die drei weltlichen Kurfürſten, von der Pfalz, Sachſen und Brandenburg zu ihren Vormündern und gab ihnen den Befehl, die geſammten Erneſtiſchen Lande mit dem Herzog Johann Wilhelm, dem Oheim ihrer Pflegbefohlenen, abzutheilen. Zu gleicher Zeit ernannte der Kaiſer den Marggraf Georg Friedrich zu Brandenburg und den Landgraf Wilhelm zu Heſſen zu Commiſſarien, unter deren Leitung das Theilungsgeſchäfte, am 3. July 1571 vor die Hand genommen und den 6. Nov. 1572 vollendet wurde. Um eine durchgehende Gleichheit der zwei Landesportionen zu erzielen, unterſuchte man, auf den Grund der Erbbücher und der Amtsrechnungen, den Ertrag eines jeden Amtes und fertigte darüber beſondere Anſchläge, worinne ſowohl die beſtändigen als die ſteichenden und fallenden Domanialeinkünfte verzeichnet, die Bürden und Ausgaben abgekürzt und der reine Ertrag, durch eine 12 jährige Fraction, ausgemittelt wurde. Beim Abſchluſſe eines jeden Amtes beſtimmte man zugleich deſſen Capitalwerth zu 5 von Hundert, ſo, daß z. B. das Amt Coburg, deſſen Cammereinkünfte ſich auf 6907 fl. 1 gr. 1 pf. beliefen, mit einen Capital von 138,141 fl. 1 gr. 3½ pf. im Anſatz kam.

Dieſe Aemteranſchläge zuſammen genommen gaben den, im Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen bekannten, Portionsbüchern ihren Urſprung und wurden nicht nur bei der gegenwärtigen, ſondern auch bei allen ſpätern Ländertheilungen in dieſem Herzogl. Hauſe, zum Grunde geleget. Merkwürdig iſt es, daß man in dieſen Portionsan-

ſchlägen nur die fürſtlichen Kammereinkünfte berechnete, ohne dabei die Land-Trank-Extraſteuern und andere Hochzeitgefälle, als Theilungsobjecte, in Anſatz zu bringen. Man betrachtete ſolche ſchon damals als Ausfluß der Staatsgewalt, von der ſie nicht getrennt werden durften, ſondern, als weſentliche Regentenrechte, an jedem fürſtlichen Theilhaber, mit der ihm zugefallenen Landesportion, an und für ſich mit übergehen muſten. Nach dem Zeugniſſe der vorhandenen Original-Anſchläge, beliefen ſich die ſämmtlichen Dominial-Einkünfte der, zur Coburgiſchen Landesportion gehörigen Aemter nur auf 64207 fl. 9 gr. 6 pf. m) woraus man ſich von dem noch dürftigen Zuſtande des Landes damaliger Zeiten einen Begriff machen kann. Die Geringfügigkeit dieſer Summe läßt ſich beſonders aus den geringen Werth der Landesproducte erklären, die den gröſten Theil der Revenüen ausmachten. So kam z. B. 1 Sr. Weizen mit 13, 1 Sr. Korn, mit 12, 1 Sr. Gerſten mit 10 gr. und 1 Eimer inländiſcher Wein, wovon man auf den fürſtlichen Weinberge im Amte Coburg allein 88 Eimer erbaute, mit 1 fl. 3 gr. in Anſatz. Im ähnlichen Verhältniſſe ſtanden aber auch die Adminiſtrationskoſten, welche z. B. bei dem Amte Coburg auf 872 fl. 17 gr. 9 1/2 pf. angeſchlagen wurden. Darunter befanden ſich nur 108 fl. 4 pf. die man ſpährlich genug, auf die Rechtspflege, oder — wie die Urkunde ſaget — für die Unterhaltung der Gerichte zu verwenden hatte. Doch waren bei ſolchen Aemtern, die

m) Es iſt der Mühe werth, den Revenüen-Ertrag des alten Fürſtenthums Coburg vom J. 1572 aus der Originalurkunde, in einzeln anzugeben, um die damaligen Kräfte eines jeden Amtes kennen zu lernen:

6902 fl.	1 gr.	1 pf.	Amt Coburg,
3373 —	8 —	—	Amt Heldburg,
387 —	—	—	die Pfarrei Weſthauſen,
698 —	12 —	—	Amt Lichtenberg,
3648 —	3 —	—	Amt und Stift Römhild,
1594 —	15 —	—	Amt Veilsdorf, oder Hildburghauſen,
2205 —	3 —	—	Amt Eißfeld,
1732 —	11 —	3 —	Amt Mönchröden,
3104 —	3 —	—	Amt Sonneberg,
2925 —	16 —	—	Amt Sonnefeld,
102 —	—	—	Stadt Pößneck,
3448 —	19 —	2	das Geleit zu Erfurth,
8127 —	5 —	—	Amt Gotha,
3636 —	12 —	—	Amt Tenneberg,
265 —	2 —	—	die Collectur Salza,
4808 —	11 —	—	Amt Volkenroda,
1762 —	3 —	—	Amt Trefurth,
8478 —	7 —	—	Amt Eiſenach,
2304 —	11 —	—	Amt Creutzburg,
1748 —	3 —	9 —	Amt Gerſtungen und Haus Breitenbach,
875 —	—	9 —	Kloſter Allendorf bei Salzungen,
2207 —	14 —	9 —	Amt Creyenberg,
806 —	12 —	9 —	Amt Salzungen.
64207 fl.	19 gr.	6 pf.	

die man in der Reformationsperiode aus den eingezogenen Klöſtern errichtet hatte, die Bürden ungleich beträchtlicher, weil man den gröſten Theil der Klöſtereinkünfte zur Beſoldung der Coburgiſchen Geiſtlichkeit und zu andern wohlthätigen Zwecken beſtimmt hatte. (§. XXV.)

Nach vollendeter Herſtellung der Aemter-Anſchläge, theilte man die geſammten Erneſtiniſchen Lande in zwei Portionen, nemlich in die Waimariſche und Coburgiſche, von welchen jene, dem Herzog Johann Wilhelm, und dieſe, ſeinen zwei unmündigen Vettern, Johann Caſimirn und Johann Ernſten, zugetheilet wurden. Der Waimariſche Landestheil begriff die Aemter und Städte: Waimar, Jena, Roßla, Leuchtenburg, Eiſenberg, Altenburg, Bürgel, Dornburg, Camburg, Roda, Saalfeld, Capellendorf, Ringleben, Ichtershauſen, Wachſenburg, Georgenthal, Schwarzwald, Reinhardsbrunn, den Georgenthaler Hof zu Erfurth, die Hälfte des daſigen Geleites und das halbe Schutzgeld zu Erfurth und Nordhauſen. Da die jährlichen Einkünfte dieſes Landestheils die Coburgiſche Portion mit 1782 fl. 16 gr. 5 pf. überſtiegen, ſo wurde durch den kaiſerl. Commißions-Abſchied vom 6. Nov. 1572, dieſe Uebermaße auf das Amt Reinhardsbrunn verſichert.

Die Coburgiſche Portion, welche den zwei unmündigen Prinzen zufiel, enthielt, mit Ausnahme des Amtes Königsberg, (S. 40.) die ganze Pflege Coburg, nebſt den Thüringiſchen Aemtern und Städten, Volkenroda, Kreinberg, Gerſtungen, Breitenbach, Trefurth, Kreutzburg, Eiſenach, Tenneberg, Gotha, die Collectur zu Salza, das halbe Geleit und Schutzgeld zu Erfurth und Nordhauſen, ingleichen die Hennebergiſchen Aemter Römhild, Lichtenberg, Salzungen und Allendorf. Nächſtdem wurde ihnen das Einlößungsrecht an den vier aßecurirten Aemtern, Weyda, Arnsburg, Ziegenrük und Sachſenburg überlaſſen, welche ihr Oheim, Herzog Johann Wilhelm, dem Kurfürſt Auguſt zu Sachſen, wegen der bei der Gothaiſchen Belagerung im J. 1567 aufgewendten Kriegskoſten, eingeräumet hatte. (S. 59.)

Obgleich Herzog Johann Wilhelm gegen dieſe Ländertheilung manchen Wiederſpruch erregte, ſo wurde ſie doch von der kaiſerlichen Commißion zur Vollziehung gebracht und unter andern auch die Veſte Coburg, mit dem darauf befindlichen Vorrathe an Geſchütz und Munition, am 3. Dec. 1672 der kurfürſtlichen Vormundſchaft übergeben. m) Das nehmliche geſchahe auch mit der Univerſität, dem Hofgerichte und dem Conſiſtorium zu Jena, jedoch unter der Beſtimmung, daß dieſe drei Corporationen noch zur Zeit in unzertheilter Gemeinſchaft bleiben und zuerſt, nach erlangter Volljährigkeit der jungen Herzoge, jedem Theile freiſtehen ſollte, auf eine Theilung anzutragen, und in ſeinem Gebiete beſondere Conſiſtoria, Schulen und Hofgerichte anzulegen. n)

n) Dipl. Orig. d. d. Coburg den 3. Dec. 1572.
o) Dipl. Orig. d. d. Iehna den 22. Dec. 1572.

K

Mit ſo vieler Mühe dieſes Theilungsgeſchäfte, womit man 1 1/4 Jahr zubrachte, verbunden war, ſo wurde es doch ſehr mittelmäßig honorirt. Die zwei kaiſerliche Commißarien, von Minkwitz und Dr. Eichler, erhielten von beiden Fürſtlichen Intereßenten zwei goldene Ketten zum Geſchenke, wovon die eine 300- die andere aber 200 Cronen werth war. Von den vier Brandenburgiſchen und Heßiſchen Subdelegirten hingegen, bekam jeder nur 250 fl zur Belohnung, und den 6 Schreibern wurde für ihre Mühe 100 rthl. ausgezahlt. Mit dem Anfange des Jahres 1573 übernahmen nun die kurfürſtlichen Vormünder die Regierung in den, ihren Pflegbefohlnen zugetheilten, Coburgiſchen und Thüringiſchen Landen, worinne Graf Burkard von Barby als Stadthalter, Wilhelm Rudolf von Mekenbach als Canzlar, Casparn von Gotthardt, als Hofmarſchall, und David von Uttenhof als Hofrath mit der ausdrücklichen Bedingung angeſtellt wurden, daß ſie ihre weſentliche Wohnung zu Coburg haben ſollten. Ueber ihren Geſchäftskreiſe bekamen ſie eine ausführliche Inſtruction, worinn man ihnen zur Pflicht machte, dahin zu ſehen, daß Herzog Johann Wilhelm zu Waimar ſich nicht in die Vormundſchaft eindringe, weil ihm, durch eine kaiſerliche Reſolution, die verlangte Theilnahme an der vormundſchaftlichen Adminiſtration durchaus abgeſchlagen worden ſey. p)

Bald nach dem Antritte der vormundſchaftlichen Regierung eröffnete ſich für das Erneſtiniſche Haus Sachſen eine günſtige Gelegenheit, das Amt und Schloß Alſtadt, ein Ueberbleibſel der alten Pfalz-Sachſen, wieder an ſich zu bringen. Bekantlich war es von jeher ein Pertinezſtück der Sächſiſchen Kurwürde und gieng mit derſelben im J. 1547, durch die Wittenbergiſche Capitulation, an die Albertiniſche Linie über. Vor dieſem Ereigniſſe hatte aber Kurfürſt Johann Friedrich der Großmüthige dieſes Amt den Grafen von Mannsfeld, in der Eigenſchaft eines, mit 10 Ritterpferden zu verdienenden, Pfandlehns, überlaſſen, und da das Albertiniſche Haus davon wenig Nutzen hatte, da fiel es dem Kurfürſt Auguſt wohl nicht ſchwer, das Einlößungsrecht an dieſer Pfandſchaft, im Naumburger Vertrage vom J. 1554, dem Erneſtiniſchen Hauſe abzutreten. q)

Es verfloſſen jedoch viele Jahre ehe man davon Gebrauch machte. Inzwiſchen hatten die Grafen von Manßfeld gedachtes Amt den Grafen von Stollberg für 75000 fl unterpfändlich eingeräumt, und als ſie es im J. 1574 abgelößet hatten, verpfändeten ſie daſſelbe anderweit auf 6 Jahre an Heinrichen von Mila auf Hogenroda und Stoppelburg, um 91000 fl, machten ſich aber dabei verbindlich, von den Herzogen zu Sachſen, Erneſtiniſcher Linie, als Lehnherrn, hierzu die Bewilligung auszuwirken. Gerade zu jener Zeit ſtanden die jungen Herzoge, Friedrich Wilhelm und Johann zu S. Waimar, ſo wie Johann Caſimir und Johann Ernſt zu S. Coburg unter der Vormundſchaft der oben genannten drei Kurfürſten, welche die Einwilligung zur Veräußerung der Herrſchaft Alſtädt verſagten und es dem Intereſſe ihrer Mündel für zuträglich hielten, dieſe altväterliche Beſitzung wieder an das Erneſtiniſche Sachſen zu

p) Dipl. orig. d. d. Leipzig den 22. Dec. 1572.
q) Dipl. in Glaſey S. Geſch. S. 842.

bringen. Sie traten daher in den Kauf, und weil die Grafen von Mannsfeld bei den, mit den von Mila geſchloſſenen, Handel bedeutende Auszüge gemacht hatten, ſo wurde die Kaufſumme zwar auf 140000 fl. erhöhet, jedoch aber, wegen der Ritterdienſte, die mit 10 Pferden auf beſagter Herrſchaft hafteten und mit 10,000 fl. in Anſatz kamen, auf 130,000 fl. herunter geſetzet. r) Auf dieſe Art wurde Allſtädt mit den Erneſtiniſchen Landen wieder vereiniget und blieb, zwiſchen der Waimariſchen und Coburgiſchen Linie eine gemeinſchafeliche Beſitzung. In der Theilung vom J. 1596 kam die Coburger Hälfte an Herzog Johann Ernſten zu Eiſenach, (§. XII.) nach deſſen kinderloſen Ableben (1638) ſolche dem fürſtlichen Hauſe zu S. Waimariſchen zugetheilet wurde.

Ein der vorzüglichſten Gegenſtände, der die Aufmerkſamkeit der vormundſchaftlichen Regierung auf ſich zog, war theils die Tilgung der Schuldenlaſt von 430,569 fl. die auf der Coburgiſchen Landesportion ruhete, theils die Einlöſung der aßecurirten Aemter, (S. 59.) die eine Summe von 125424 fl. erforderte. Dieſe drückenden Verhältniſſe veranlaßten zum öfftern Landtäge, auf welchen Prälaten, Ritterſchaft und Städte zur Beihülffe aufgefordert wurden. Von der Art war der Landtag vom J. 1576, wo der Fränkiſche und Thüringiſche Adel, nebſt der Trankſteuer, auch zugleich von ſeinen Rittergütern und von dem Grundeigenthum ſeiner Unterſaßen, eine jährliche Vermögensſteuer in der Maaße verwilligte, daß die Fränkiſche Ritterſchaft, von jedem Gulden Grundwerth, ein Pfennig — und der Thüringiſche Adel, von jedem neuen Schock, drey Pfennig zu entrichten ſich verbindlich machte: Doch fügte man die Bedingung hinzu, daß aus der Ritterſchaft ein Mitglied zur Steuereinnahme und zum Abtrag der Schulden verordnet auch hinführo, ohne ihr Vorwiſſen, keine neue Schulden gewürkt werden möchten. Auf den nehmlichen Landtag beſchäftigte man ſich auch mit der Aufnahme des Goldbergwerks zu Steinheide und mit der Anlegung eines Floßgrabens, den man ohnweit Neuſtadt an der Heide, bei dem Dorfe Niederlind, herſtellen wollte, um dadurch den Holzbedarf für die Hofhaltung und Bürgerſchaft zu Coburg herbeizuſchaffen. Gegen dieſe Anſtalt, deren Nutzen ſich bis auf die neueſten Zeiten erhalten hat, erregte zwar das Stift Bamberg heftigen Widerſpruch, weil durch die Ableitung des Waſſers aus dem Steinachfluße in dem Bach, die Röten genannt, und ſodann weiter bis in den Itzfluß, den Bambergiſchen Unterthanen ein empfindlicher Schade zugefüget würde. Urkundlichen Nachrichten zu Folge, wurde jedoch die Sache, im J. 1578 dahin verglichen, daß der neue Waſſergraben keinesweges zu Bretter- und Bauholzflößen, ſondern nur im Frühjahre und Herbſt, zu Abflößung des Feuerholzes, gebraucht werden ſollte. In Anſehung des Goldbergwerks zu Steinheide, welches ſchon unter Herzog Johann Ernſten viel Hofnung zur reichen Ausbeute gegeben hatte, (S. 41.) erſuchte man den Erzbiſchoff zu Salzburg, einen ſachkundigen Bergmann hieher zu ſchicken, der dem Anbau dieſer Goldgrube eine vortheilhaftere Richtung geben könnte.

r) Dipl. inedit. d. d. den 8. Januar 1575.

Beiläufig wurde auch über die Wahl der Univerſität deliberirt, allwo die zwei jungen Prinzen ſich den Studien widmen ſollten. Die Sächſiſchen Räthe ſtimmten für Leipzig, die Pfälziſchen aber für Heidelberg oder Marburg. Doch blieb es bei der erſtern; auch hielte man für gut, ihnen zwei Grafen von Gleichen und Solms, und noch vier Edelknaben zur Geſellſchaft mitzugeben.

Wie wenig die kurfürſtliche Vormundſchaft ſich hat angelegen ſeyn laſſen, die im J. 1576 verwilligten Steuern zur Tilgung der Landesſchulden zu verwenden, kann man daraus abnehmen, daß auf dem folgenden Landtage vom J. 1583 der Schuldenzuſtand, anſtatt ſich zu vermindern, ſich bis auf eine Summe von 564, 45 fl. erhöhet hatten. Hierunter waren aber weder die Einlöſungsgelder von 125,421 fl. für die vier aſſecurirten Aemter noch die Kaufſumme von 20,3000 fl. mit begriffen, die man für die, (1574) erkauften Aemter Ahlſtädt und Herbsleben zu zahlen hatte s). Der damalige Schuldenetat mag ſich alſo beinahe auf eine Million Gulden belaufen haben, die für jene geldarme Zeiten eine bedeutende Summe ausmachte. Die Ritterſchaft, der man jetzt eine neue Steuerverwilligung anſonn, äußerte ſehr laut ihre Unzufriedenheit mit der vormundſchaftlichen Finanzverwaltung und verlangte ſogar, daß man zuvor, über die im J. 157 verwilligten Steuern, Rechnung ablegen und deren Verwendung zum Beſten des Landes nachweiſen möchte. Um aus dieſer Verlegenheit zu kommen, erbothen ſich die vormundſchaftlichen Räthe, an den vorhandenen Landesſchulden, 334,016 fl. aus den Cammermitteln, abzutragen, worauf die Ritterſchaft erklärte, auch ihrer Seits eine Summe von 201, 28 fl. zu übernehmen. Das Reſultat der damaligen Landtagsverhandlungen, war nun ein förmliches Steuerreglement, welches am 4 April 1583 von der kurfürſtlichen Vormundſchaft erlaſſen wurde und ſich, ohne Ausnahme, auf alle und jede Landesbewohner erſtreckte. Man legte dabei das frühere Steuermandat Herzog Johann Wilhelms vom J. 1567 (S. 64) zum Grunde und beſteuerte nicht blos die liegenden Güter des Adels und der Geiſtlichkeit, ſondern auch die Renten und werbenden Baarſchaften, die jeder Unterthan pflichtmäßig anzugeben verbunden war t).

Dieſer Landtag iſt aber auch auf einer andern Seite merkwürdig. Es befanden ſich auf demſelben 60 Fränkiſche und 50 Thüringiſche Ritter, ingleichen 11 Abgeordnete von den Städten, und die Zahl der Pferde, womit ſie insgeſammt eingeritten waren, beliefen ſich auf 380, die auf Koſten des Landes, 6 Tage lang, ausgefüttert werden mußten. So drückend auch die Schulden waren, die auf dem Lande hafteten, ſo verſchwendete man doch große Geldſummen durch die täglichen Schmauſereyen, die dem damaligen Zeitgeiſte eigen waren. Zur Verköſtigung des Landtags-

s) Da die Kaufſumme für die Herrſchaft Ahlſtädt in 130000 fl. beſtand, (S. 75) ſo muß das Amt Herbsleben um 73000 fl. erkauft worden ſeyn. Letzteres überwieß aber Joh. Caſimir im J. 1589 an Wilhelm v. Kerſtlingroda um 36000 fl. als Mannlehn. Dipl. inedit d. d. Coburg 1589.

t) Dipl. inedit d. d. Coburg den 4. April 1583. Dieſes Steuermandat wurde im J. 1595 vom Herzog Johann Caſimirn und ſeinen Bruder erneuert und durch den Druck bekannt gemacht.

perſonals wurden täglich 70 Tiſche gedeckt, worunter nur 5 für die kur- und fürſtlichen Commiſſarien und Räthe, die übrigen aber für die Landſtände und deren Gefolge zubereitet waren. Während des Landtags, der von 6. bis zum 12. Januar dauerte, wurden 8 polniſche- und 8 Landochſen, 5 Schweine, 14 Spanferkel, 16 Kälber 125 Schinken, 16 Schock Hühner, 3 Schock Gänſe, 16 welſche Hühner, 1 Schock Capaunen, 12 paar Tauben, 1 Centner Hechte, 1. Schock Karpfen, 2 Tonnen Heringe, 1½ Centner Stockfiſch, 1 Tonne Satzhecht, 18 Fuder Wein, 2 Fäſſer Frankenmoſt, 4 Fäſſer Coburger Hofbier, 60 Eymer Waizen- und 200 Eymer Doppelbier und eine Menge anderer Victualien conſumirt, welches alles zuſammen zwar nicht höher als mit 232 fl. 2 gr. 3 pf. in Anſchlag kam, aber doch für jene Zeiten, von Bedeutung war. — Die vormundſchaftliche Regierung endigte ſich übrigens im J. 1586 mit dem Tode Kurfürſt Auguſts zu Sachſen, wo Herzog Johann Caſimir das 21. Jahr erreichet hatte und nunmehro, als Aelteſter, für ſich und ſeinem noch unmündigen Bruder, Johann Ernſten, die Regierung ſelbſt übernahm.

§. XII.

Herzog Johann Caſimir und ſein Bruder, Johann Ernſt, als Geſammt-Regenten im Fürſtenthum Coburg, vom J. 1586 bis zur Theilung im J. 1596.

Der Regierungsantritt dieſer zwei Fürſten eröffnete ſich, wie gewöhnlich, theils mit der feierlichen Beleihung über diejenigen Lande, die ſie durch die Reſtitution vom J. 1570 erhalten hatten u), theils mit einer förmlichen Erbhuldigung, welche ihnen die Coburgiſche Ritterſchaft ablegte und darüber eine beſondere Urkunde ausſtellte v). Aber ungleich wichtiger für die neuen Regenten war der Zuſtand des Landes und der Finanzen. Letztere befanden ſich in einer ſehr mißlichen Lage und erſt in der Folge wurde man gewahr, wie wenig die vormundſchaftliche Regierung, ohngeachtet der landſchaftlichen Unterſtützung, auf die Verminderung der Landesſchulden hingewürket hatte. Inſonderheit erſcheinet Graf Burkhard von Barby, der die Stelle eines Coburgiſchen Stadthalters bekleidete und die vormundſchaftliche Angelegenheiten geleitet hatte, in keinem vortheilhaften Lichte, indem ihm Herzog Joh. Caſimir auf dem Landtage von 1594 öffentlich zur Laſt legte: „er habe eine ſtattliche Summe Geldes von „71000 fl. aus den Cammereinkünften zu ſich genommen und in ſeinen Nutzen ver-„wendet, die Schulden aber, die er davon hätte abtragen ſollen, habe er ihnen (den „beiden Herzogen) und der Landſchaft auf dem Halſe erſitzen laſſen.“ Es war alſo

u) ſ. den Lehnbrief K. Rudolfs II vom J. 1587 in Arnds S. Arch. Th. III. S. 383.

v) Dipl. orig. d. d. Coburg den 3. Oct. 1588. Die, zum Ausſchuſſe der Coburgiſchen Ritterſchaft Verordneten waren: Chriſtof von Schaumburg, zu Lauterburg, Chriſtof von Heßberg zu Eishauſen, Wilhelm von Lichtenſtein zu Vilmarhauſen, Martin von Roſenau zu Oetſchenbach, Hanß Friedrich Goßmann zu Neuenhaus, und Moriz von Heldritt zu Bockſtadt.

kein Wunder, daß, bei den gegenwärtigen Regierungsantritt, die fürſtlichen Finanzen in ſo zerrütteten Umſtänden waren, daß ſich abermals eine Schuldenmaſſe von 500,968 fl. vorfanden. Nichts deſtoweniger ſtellte Johann Caſimir, für ſich und ſeinem Bruder, einen förmlichen Revers aus, wodurch die kurfürſtliche Vormundſchaft gegen alle, aus ihrer Verwaltung herzuleitende, Anſprüche gedecket wurde. Dieß geſchahe aber wohl mehr aus Galanterie, als aus actenmäßiger Ueberzeugung. Denn, der junge Herzog hatte ſich bereits vor der Uebernahme der Regierung, mit der Prinzeſſin Anna, einer Tochter ſeines geweſenen Vormundes, Kurfürſt Augusts zu Sachſen, vermählt, und es würde undelikat geweſen ſeyn, wenn er jetzo die Legalität der vormundſchaftlichen Verwaltung ſeines Schwiegervaters hätte angreifen wollen. Erſt in der Folge, als dieſe Ehe im J. 1593 getrennet wurde w), klagte Johann Caſimir laut, „daß er, nach angetretener Regierung, gefunden habe, wie „übel in ſeinen unmündigen Jahren gehaushaltet, und wie ſehr ſeine „Angelegenheiten mit ſeinen Vettern, Dreßdner und Waimeriſcher Linie, wegen der Reinhardsbrunner Nachfolge x), wegen Einlöſung der 4 aſſekurirten Aemter und wegen des Amtes Alſtädt, vernachläßiget worden wären."

Johann Caſimirs Vermählung mit der vorhin genannten Prinzeſſin Anna, hatte aber auch an und vor ſich ſelbſt einen nachtheiligen Einfluß auf ſeine Finanzen. Der kurſächſiſche Hof war damals einer der glänzendſten in Deutſchland, und es war alſo ſehr natürlich, daß eine Prinzeſſin aus dieſen Hauſe, die unter den Freuden des Lebens erwachſen war, den glücklichſten und prachtvollſten Ausſichten entgegen ſahe. Mit dieſer Erwartung führte ſie Johann Caſimir in ſeine Reſidenz und bot anfänglich alle Kräfte auf, um ihre angebohrne Neigung zum äußern Glanze zu befriedigen. Sein Hof wimmelte von Hofjunkern, Edelknaben, adelichen Frauenzimmern, Cammerfrauen, Cammerdienern, Trabanten, Thürhütern und einer Menge anderer Officianten, die zuſammengenommen 213 Perſonen ausmachten, und täglich an 24 Tafeln geſpeiſet wurden. Der Aufwand, den ein ſo zalreicher Hofſtaat veranlaßte, war ſo groß, daß die Landeseinkünfte zu deſſen Beſtreitung bei weiten nicht hinreichend waren, und daher Schulden auf Schulden gemacht werden mußten. In dieſer Verlegenheit berief Johann Caſimir im J. 1589 die geſammte Ritterſchaft zum Landtag nach Coburg, eröffnet ihr ſeine Geldnoth und trug auf neu Steuerbeiträge an. So bereitwillig auch die Stände dazu waren, ſo legten ſie doch dem Herzog die Einſchränkung des übermäßigen Hofſtaats ſo eindringend ans Herz, daß er keinen Augenblick Anſtand nahm, durch ſeinem Cammerjunker, Ulrichen von Lichtenſtein, eine beſondere Hofordnung entwerfen zu laſſen, worinne die Hofdienerſchaft auf 168 Perſonen und der Marſtall von 130 Pferden auf 71 vermindert wurde.

w) Von dieſem, für die Herzogin Anna, ſo unglückliche Ereigniſſe, wird man unten (§. XV.) ausführliche Nachrichten finden.

x) Wahrſcheinlich iſt darunter die, von S. Waimer unterbliebene Einräumung des Amtes Reinhardsbrun zu verſtehen, womit Herz. Joh. Wilhem, ſeine jungen Vettern, für die Uebermaße von 1782 fl., zu entſchädigen verſprochen hatte. (S. 73).

Um recht ſicher zu gehen legte Johann Caſimir die neue Hofordnung ſeinem Canzler und Räthen zur Begutachtung vor. Dieſe ſahen aber die Sache aus einem ganz andern Geſichtspunkt an, und verbreiteten ſich, in einem ſehr freimüthigen Bedenken, (11. April 1541) über die Form einer zweckmäßigen Staatsverwaltung, und über den Zuſtand der Coburgiſchen Finanzen, mit einer Ausführlichkeit, die ihren Einſichten Ehre macht. Nach ihren Bemerkungen beliefen ſich die Cammerrevenüen der ganzen Coburgiſchen Landesportion, auf 68,135 fl. 8 gr. y), die Extraſteuern aber auf 40,000 fl., mithin im Ganzen auf 168,125 fl. 8 gr. Die Ausgaben hingegen, die zur Beſtreitung der Reichs- und Staatslaſten erforderlich waren, beſtanden in 60,359 fl. 18 gr. 8 pf. und es blieben nur noch 47765 fl. 10 gr. 10 pf. übrig, die zur Hofhaltung und andern nöthigen Ausgaben verwendet werden konnten. Die fürſtlichen Räthe bewieſen aber aus einer Rentereirechnung vom J. 1587, daß der Aufwand für dem Hofſtaat, Dienerſchaft, Marſtall, Jagd u. ſ. w. ſich auf 169,737 fl. belaufen habe, mithin 161,612 fl. mehr ausgegeben als eingenommen worden. „Ein Haushalt von der Art" – ſagten ſie, – „müſſe zum gänzlichen Verderben führen, „indem jährlich, über des Landeseinkommen, mehr als eine Tonne Goldes aufgegangen ſey." Sie ſtimmten alſo für eine ungleich größere Verminderung des Hofſtaats, und ſchlugen vor, daß 1 Hofmarſchall zu Beſorgung des Hofweſens und der Haushaltung, – 1 Aufſeher über das Hofgeſinde und 1 Cammerjunker zur Aufſicht über den Marſtall angeſtellt, und die übrige Hofdienerſchaft auf 49 Perſonen, der Marſtall aber auf 38 Pferde heruntergeſetzt werden möchte.

Doch ſcheinet auch dieſes Gutachten den Beifall des Herzogs nicht erhalten zu haben; wenigſtens lieſet man am Schluß deſſelben die Bemerkung: „daß Sr. F. G., „als Sie das Bedenken geleſen, ſehr offendirt und vor den Kopf geſtoßen „worden, – iſt alſo das Bedenken auch nicht geachtet worden und alles erſitzen „blieben." In der That dauerte auch dieſer zerrüttete Finanzzuſtand noch eine geraume Zeit fort und zuerſt im J. 1598 erzehlen uns die Landtagsacten, daß die Coburgiſche und Thüringiſche Ritterſchaft, ſich habe bereitwillig finden laſſen, nicht nur eine Summe von 150,000 fl. Landesſchulden zu übernehmen, ſondern auch, neben den gewöhnlichen Land- und Trankſteuern, von ihren Gütern, noch beſonders eine Hellerſteuer vom jeden Gulden Güterwerth, als Schuldentilchungsfond zu bewilligen. Damit dieſer Zweck vollſtändig errichtet werden möchte, ernannten Johann Caſimir und ſein Bruder aus der Ritterſchaft und den Städten gewiſſe Deputirte, und machten es ihnen zur Pflicht, die jährliche Einnahme der Hellerſteuer zur Abtragung der Capitalſchulden zu verwenden und von Zeit zu Zeit darüber Rechnung abzulegen. Dieſe Einrichtung war für die fürſtlichen Finanzen von einem ſo guten

y) Nach den Portionsanſchlägen vom J. 1572 beſtanden zwar die Domanialeinkünfte des alten Fürſtenthum Coburg nur in 64207 fl. 19 gr. (ſ. oben S. 72). Allein, durch die Einlöſung des Amtes Allſtätt (S. 75) hatten die Revenüen einen Zuwachs erhalten, den die fürſtl. Räthe ohne Zweifel berückſichtigten und jezt eine höhere Summe ausgeworfen hatten.

Erfolg, daß die Schulden nach und nach getilget wurden und noch überdieß beträchtliche Geldüberſchüſſe in der Caſſe vorräthig blieben z).

Während dieſem Finanzoperationen hatten Johann Caſimir und ſein Bruder Johann Ernſt gemeinſchaftlich regieret, und ob gleich letzterer, wegen ſeiner vorhabenden Vermählung mit einer Mansfeldiſchen Gräfin, (1590) auf eine Landestheilung antrug; ſo fand doch Erſterer noch zur Zeit Bedenken darauf einzugehen. Statt deſſen verſtand ſich Johann Caſimir blos zu einer, im Hauſe Sachſen gewöhnlichen, Mutſchierung, nach welcher er ſich anheiſchig machte, die Regierung der ſämmtlichen Lande noch 5 Jahre lang zu übernehmen, und alle öffentliche Staatslaſten alleine zu beſtreiten. Dahingegen überließ er ſeinem jüngern Bruder zum fürſtl. Unterhalt, die Benutzung der Aemter und Städte, Kreutzburg, Volkenroda, Gerſtungen, Breitenbach und die Collectur zu Langenſalz, deren geſamte Einkünfte, mit Inbegriff der Steuern, einer handſchriftlichen Nachricht zufolge, mit 11671 fl. 2 gr. 6 pf. in Anſatz kamen. Ueberdieß verſprach Joh Caſimir für ſeinen Bruder zu Kreutzburg eine Reſidenz zu erbauen, und demſelben, zur Errichtung eines eignen Hofſtaats, 50,000 fl. an baaren Geld zu bezahlen, auch ihm, nebſt dem nöthigen Silbergeſchirr, 10 Fuder Wein und 20 Fuder Bier verabfolgen zu laſſen a). Da indeſſen Johann Ernſt mit den ihm überwieſenen Renten nicht auslangen konnte, ſo wurde demſelben, durch einen ſpätern Vertrag vom J. 1593, noch die Einkünfte des Amtes Crainburg eingeräumet b).

Nach Ablauf der beſtimmten 5 Jahre, kamen zwar beide Brüder im J. 1596 dahin überein, daß Johann Caſimir die Regierung noch 6 Jahre lang fortſetzen und ſeinem jüngern Bruder, außer den, im Genuß gehabten, Länderſtücken, noch das Amt Eiſenach überlaſſen ſollte; Es traten aber gleich darauf manche Umſtände ein, wodurch ſie ſich bewogen fanden, die bisherige Mutſchierung ganz aufzuheben und mit ihren geſammten Landen am 4. Dec. 1596 eine förmliche Erbſonderung vorzunehmen. Johann Ernſt erhielte, außer den vorhin genannten Aemtern, die er blos Nutznieſungsweiſe inne gehabt hatte, noch die Aemter und Städte Eiſenach, Salzungen, Lich-

z) Seit dem J. 1600 bekam der Finanzzuſtand Johann Caſimirs, im Verhältniſſe des vorherigen vom J. 1589, eine ſehr günſtige Lage, und aus mehrern Quittungen die er ſeinem Rentmeiſter ausſtellte, ergiebt ſich, daß jedesmalen, nach Abzug der Ausgabe, ein bedeutender Ueberſchuß in der Caſſe vorräthig blieb. So beliefen ſich z. B. die Einkünfte vom damaligen Fürſtenthum Coburg im J. 1611 auf 337,257 fl. 2 gr. 5 pf. Die Ausgabe hingegen beſtand in 139,659 fl. 12 gr. 11 pf., und es blieben alſo 143,597 fl. 10 gr. 6 pf. in der Caſſe. — Im J. 1613 betrug die Einnahme 314,809 fl. 1 gr. 1¼ pf. und die Ausgabe 178,861 fl. 11 gr. 6 pf. Vom Ueberſchuß wurden aber 114,137 fl. Verlag wegen der Jülichſchen Succeſſionsſache nach Nürnberg bezahlt, und 14020 fl. nahm der Herzog in ſeine Privatcaſſe, mithin blieben nur noch 7790 zur Berechnung in Vorrath. Unter obiger Landes-Revenüen, waren jedoch die Land- und Trankſteuern mit begriffen, welche damalen, weil noch keine landſchaftliche Caſſe exiſtirte, in die fürſtl. Renterei geliefert wurden.

a) Dipl. d. d. den 13. Febr. 1590 in Arndts S. Arch. Th. III. S. 400.

b) Ebendaſ. S. 408.

Lichtenberg, Allendorf und das halbe Amt Alſtädt mit aller Landeshoheit, als ein beſonderes Fürſtenthum; Johann Caſimir hingegen bekam die fränkiſchen Ortslande, oder die ganze Pflege Coburg nebſt einigen Thüringiſchen Aemtern, die zwar im Theilungsvertrage c) nicht namentlich angegeben ſind, aber, in Vergleichung mit der Haupttheilung vom J. 1572, (S 73) in den Aemtern, Gotha, Tenneberg und Trefurth beſtanden haben. Durch diſe, vom Kaiſer Rudolph beſtätigte, Erbſonderung zerfiel die alte Coburgiſche Landesportion in zwei Fürſtenhäuſer, deren jedes aber, wie die Folge zeigen wird, mit ſeinem Stifter wieder erlöſchte. Für meinen Zweck gehöret blos die Geſchichte des Fürſtenthums Coburg, welches von Johann Caſimirn gegründet wurde.

§. XIII.

Regentengeſchichte Herzog Johann Caſimirs, als alleinigen Beſitzers des Fürſtenthums Coburg. Vom J. 1596 bis 1633.

Mit der Regierung dieſes Fürſten eröffnet ſich eine neue Periode in der Geſchichte der Coburgiſchen Lande. Anſtatt daß ſie in der Vorzeit nur ein, jenſeits des Thüringer Waldes gelegenes, ſächſiſches Nebenland ausmachten, und blos durch Statthalter oder Pfleger verwaltet wurden, erhoben ſie ſich jezt zu einem ſelbſtſtändigen Fürſtenthum, welches das Glück hatte, ſeinen eignen Regenten zu beſitzen. Dieſe neuen Verhältniſſe gaben dem Lande gleichſam ein neues Leben und es that demſelben wohl, einem Herrn anzugehören, deſſen Aufmerkſamkeit jezt ausſchließlich auf den innern Wohlſtand der Unterthanen gerichtet war In der That zeichnet ſich auch Johann Caſimirs Regierung durch manche rühmlichen Anſtalten, ſehr vortheilhaft aus. Ihm verdanket Coburg die verbeſſerung des Juſtiz- und Polizeiweſens, die erhöhtere Cultur der Wiſſenſchaften, die Grundlage der innern Landesverfaſſung in Hinſicht des, nach der Reichsunmittelbarkeit ſtrebenden, Adels, und die Beveſtigung der äußern Verhältniſſe mit ſeinen fürſtlichen Nachbarn. Mit dieſen guten Abſichten übernahm Johann Caſimir im J. 1596 die alleinige Regierung des Fürſtenthums Coburg. Vorzüglich beſchäftigte ihn der Gedanke, nicht nur das vormalige Hofgericht, welches Herzog Johann Ernſt (1544) zu Coburg errichtet hatte und nach deſſen Tode aufgehoben wurde, (S. 54) wieder herzuſtellen und damit einen Schöppenſtuhl zu verbinden, ſondern auch eine, der Univerſität Jena ähnliche, hohe Schule zu errichten, um auch in ſeinen Landen wiſſenſchaftliche Kentniſſe zu verbreiten. Dieſe Idee wurde beſonders dadurch noch lebhafter, weil die Waimariſchen Herzoge um die nehmliche Zeit (1597) ſich bewogen gefunden hatten, ihm und ſeinem Bruder, Johann Ernſten zu Eiſenach, die bisherige Gemeinſchaft des Hofgerichtes und des Schöppenſtuhls und der Univerſität zu Jena, in ge-

c) Er ſtehet in Hellfelds Beitr. zur S. Geſch. Th. III. S. 283.

mäßheit eines frühern Vorbehalts, aufzukündigen und ſie von aller Theilnahme an dieſen altväterlichen Inſtituten auszuſchlieſen d).

Auf den Landtage, der im J. 1948 zu Eiſenach gehalten wurde, kamen dieſe wichtigen Angelegenheiten, nebſt andern, auf verbeſſerung des Religions und Kirchenweſens abzweckenden, Anſtalten, ausführlich zur Sprache und die verſammelten Stände waren von dem dankbaren Gefühle für die guten Geſinnungen ihrer Fürſten ſo lebhaft durchdrungen, daß ſie alle Kräfte aufbothen, die Ausführung eines eben ſo nützlichen als koſtbaren Unternehmens zu unterſtützen. Unter dieſen günſtigen Ausſichten nahmen beide fürſtliche Brüder keinen Anſtand, ihren Plan zur Würklichkeit zu bringen. Di Hofgerichtsordnung hatte man bereit vorläufig entworfen und wurde unterm 22 May 1598 durch den Druck öffentlich bekannt gemacht e). Sie war größtentheils aus der, im J 1544 verfaßten, Ordnung gezogen, (S. 39) aber doch hin und wieder mit Verbeſſerungen und Zuſätzen anſehnlich erweitert. Das Hofgericht ſelbſt war mit 7 Perſonen, als: 4 vom Adel, worunter ſich der Hofrichter befand, und 3 aus dem gelehrten Stand beſetzt, und wurde jährlich viermal, auf beſtimmte Zeiten gehalten. Der Würkungskreiß dieſes Tribunals erſtreckte ſich über die Fürſtenthümer Coburg und Eiſenach und über die, jenſeits des Thüringer Waldes gelegenen, Lande, ſoweit ſolche, durch die Theilung vom J. 1572 der Coburgiſchen Portion zugefallen waren. Da in den Thüringiſchen Landen die Sächſiſchen, in der Pflege Coburg hingegen die kaiſerlichen Rechte galten, ſo machte man es den Richtern zur beſondern Pflicht, in ihren rechtlichen Erkenntniſſen auf dieſen Unterſchied, bei vorkommenden Fällen, Rückſicht zu nehmen.

Neben dem Hofgerichte errichteten beide Fürſten zu gleicher Zeit einen Schöppenſtuhl zu Coburg, welcher in bürgerlichen und peinlichen Sachen Recht zu ſprechen hatte. Dieſer Gerichtshof wurde mit einem Ordinario, drei Doctoren der Rechte, einem Protonotarium und einem Gerichtsſchreiber beſetzet, deren Verfahrungsmethode und ſonſtigen Obliegenheiten in einer beſondern Gerichtsordnung ausführlich beſtimmt wurden f). Als Ordinarium, berief Johann Caſimir am 1. Sept 1598 den berühmten Rechtgelehrten Dr Weſenbeck, der vormals bei dem Hofgerichte und Schöppenſtuhl zu Jena angeſtellt war, jetzt aber, als Profeſſor und Senior der Juriſtenfacultät, ſich zu Altorf befand. Er übertrug ihm zugleich das Directorium des Hofgerichts mit einer Jahrsbeſoldung von [illegible] fl für beide Stellen, und beſchenkte ihm, beim Anzuge, noch mit 60 fl. zu Erkaufung eines Wohnhauſes, welches von allen bürgerlichen Laſten befreiet ſeyn ſollte. Für jene Zeiten war dieß ſchon eine bedeu-

d) Müllers S. Annalen S. 221.

e) Sie führet den Titel: „der durchl hochgeb. Fürſten und Herrn Johann Caſimirn und „Joh. Ernſten, Gebrüdere, Herzogen zu Sachſen ꝛc Hofgerichtsordnung, welcher„geſtalt daſſelbe Jährlich, zu vier unterſchiedenen Zeiten zu Coburg gehalten, und darinnen „allenthalben verfahren werden ſoll. Anno MDXCVIII. aufgerichtet."

f) ſ. die Stiftung und Statuten des fürſtl. S Schöppenſtuhls zu Coburg d. d. 27. Nov. 1598, in Hellfelds Beitr. zur S. Geſch. Th. III. S. 109.

tende Remuneration, auf welche nur die juriſtiſchen Kenntniſſe eines Weſenbecks Anſpruch machen konnten; denn der adeliche Hofrichter, Chriſtoph von Gieg zu Niederlind, der ihm in perſönlichen Range vorgieng und ſeine Stelle zu gleicher Zeit antrat, wurde nur mit 120 fl. beſoldet — Seit dem war das Hofgericht die höchſte Inſtanz in den Coburgiſchen und Eiſenachiſchen Landen; der Schöppenſtuhl hingegen machte gewiſſermaßen das juriſtiſche Orakel aus, bei welchen ſich die Beamten, in vorkommenden Rechtsfällen, Raths zu erholen pflegten. Beide Tribunale behaupteten aber ihr Anſehen nur ſo lange, als die S. Coburgiſche und Eiſenachiſche Linie blühte, und wurden nach deren Erlöſchung, (1638) wie die Folge zeigen wird, wieder aufgehoben.

Ein ungleich dauerhafteres Intereſſe für die vaterländiſche Geſchichte, gewähret das akademiſche Gymnaſium, durch deſſen Gründung Herzog Johann Caſimir ſich ein Denkmal erwarb, welches in den Tempel der Unſterblichkeit einen vorzüglichen Platz verdienet. Er ſelbſt hatte drei Jahre lang die Univerſität zu Leipzig frequentirt und ſich mit wiſſenſchaftlichen Kenntniſſen bereichert, die ihn zu einen gelehrten Regenten ausbildeten. Der Gedanke war ihm alſo ſehr natürlich, in ſeinem Lande eine eigene Lehranſtalt zu errichten, wodurch junge Leute zum akademiſchen Unterricht und zu brauchbaren Männern des Staats vorbereitet werden konnten. Zu dieſem Zwecke beſtimmte der Herzog anfänglich auf den Landtage vom J. 1598, eine Summe von 20,000 fl. und in den nachherigen Bewitthumsbriefe vom J. 1605 wurde das Gymnaſium mit beträchtlichen Einkünften ausgeſtattet, die zum Unterhalt der Lehrer erforderlich waren g). Auſſerdem ſtiftete der Herzog, zur Unterſtützung dürftiger und zum Studiren fähiger Jünglinge ein Convictorium von 24 Freitiſchen, an welchen 12 Gymnaſiaſten ganz frei, die übrigen 12 aber, gegen einen wöchentlichen Zuſchuß von 7 gr., geſpeiſet werden ſollten. Mit dem Bau der neuen Schule wurde den 2. Sept. 1601 der Anfang gemacht und im J. 1604, mit einen Koſtenaufwande von 26000 fl., vollendet. In der Folge (1614) fand man für zweckmäßig, ein beſonderes Pädagogeum zu errichten und daſſelbe mit einem Auditorio zu verſehen. Dadurch bekam nun eigentlich das Gymnaſium ſeine gegenwärtige Verfaſſung, nach welcher daſſelbe in zwei Claſſen beſtehet, deren eine die Publiciſten und die andere die Pädagogiſten in ſich faſſet. Anfänglich hatte man zwar daſſelbe zu einer Univerſität beſtimmt, um dadurch die evangeliſchen Lehrſätze noch feſter zu gründen; Aber das darzu erforderlichen kaiſerliche Privilegium war nicht zu erlangen, weil damals der kaiſerliche Hof noch unermüdet dahin arbeitete, die proteſtantiſche Religion zu vertilgen h).

Während dieſen Angelegenheiten ſuchten auch Johann Caſimir und ſein Bruder Johann Ernſt, die ſtreitigen Verhältniſſe ins Reine zu bringen, die mit dem Hauſe

g) S. die Urk. vom J. 1605 in Gerh. Gruners Beſchr. des Fürſtenth. Coburg S. 388.
h) Zuerſt im J. 1677 ertheilte K. Leopold den Herzogen zu Sachſen die Erlaubniß, das Gymnaſium zu einer Akademie zu erheben, wovon man aber keinen Gebrauch machte. Dipl. d. a. 1677 in Gruner l. c. S. 401.

Waimar, ſeit der Landestheilung vom J. 1572, ſtatt gefunden hatten. Beide fürſtlichen Theile hielten deswegen (1599) eine Zuſammenkunft zu Suhla, wo mehrere ſtaatsrechtliche Gegenſtände unter ihnen ausgeglichen wurden i). Der wichtigſte war das Vorgangsrecht in den Anfällen des Kurfürſtenthums Sachſen, der Landgrafſchaft Heſſen und der Grafſchaft Henneberg, auf welches die Coburgiſchen Herzoge, als Söhne des älteſten Bruders, im Erneſtiniſchen Hauſe, vermöge des Primogeniturrechts, Anſpruch machten. Dieſes Vorgangsrecht hatte nun zwar ihr Vater, Johann Friedrich der mittlere, durch die Reichsacht (1567) verlohren, und der Kaiſer hatte daſſelbe den jüngern Bruder, Johann Wilhelm zu Waimar, verliehen. (S. 64) Allein Johann Caſimir und ſein Bruder erklärten dieſes Verfahren für geſetzwiedrig, weil ihnen das Vergehen ihres Vaters nicht zugerechnet und ihnen daher keine Rechte entzogen werden könnte, welche ſie ſchon früherhin, durch die Geſammtbeleihung, erlangt hätten. So wenig auch gegen dieſe Behauptung ſich etwas einwenden ließ, ſo behielte doch der kaiſerliche Machtſpruch das Uebergewicht, und die beiden Herzoge bequehmten ſich jetzo, ihre bisherigen Anſprüche aufzugeben und dem Hauſe Waimar das Vorgangsrecht einzuräumen. — Der zweite Punct betraf die wechſelſeitige Gewährſchaft der Ritterdienſte, die jedem fürſtlichen Hauſe bei Abtheilung der Vaſallen vom J. 1574 zugefallen waren. Unter andern weigerten ſich die Grafen von Schwarzburg, dem Hauſe Waimar 40 Ritterpferde zuſtellen, und Johann Caſimir zu Coburg klagte darüber, daß er die, ihm in der Pflege Coburg zugetheilten, 100 Ritterpferde nicht vollſtändig beſitze. Beide fürſtliche Theile verſprachen einander eine wechſelſeitige Gewährſchaft und nahmen dabei die Abrede daß die Schwarzburgiſchen Ritterdienſte unter ihnen gemeinſchaftlich bleiben ſollten. Nächſtdem wurde, wegen der brieflichen Urkunden des geſammten Erneſtiniſchen Hauſes, die Uebereinkunft getroffen, daß diejenigen, die den Waimariſchen Landestheil betreffen, dieſem fürſtlichen Hauſe, und diejenigen, welche auf die Coburgiſche Portion Bezug hatten, den beiden Herzogen, Johann Caſimirn und Johann Ernſten, ausgehändiget, — dahingegen kaiſerliche und königliche Bullen, Privilegien und andere gemeinſchaftliche Documente verzeichnet und im Archive zu Waimer aufbewahret, auch jedem fürſtlichen Theil ein Schlüſſel darzu zugeſtellet, nicht weniger dem Einem oder dem Andern, nöthigenfalls, die Originalien oder Abſchriften davon verabfolget werden ſollten. In eben dieſem Receſſe brachte zwar Johann Caſimir auch ſeinen Antheil an der Univerſität Jena zu Sprache, und verlangte, daß ihm die Hälfte der Koſten, die aus dem väterlichen Vermögen auf die Gebäude, Bibliothek, Convictorium u. d. m. verwendet worden, zu vergüthen ſey. Doch gieng er von dieſer Forderung wieder ab, bedung ſich aber, daß er ebenfalls als Stifter der Akademie zu reſpectiren wäre, und daß ihm vorbehalten bleibe, dreiſig Perſonen zum Genuß des Convictoriums zu ernennen, auch ſollten die Profeſſoren gehalten ſeyn, die Coburgiſchen Landeskinder aufzunehmen.

i) Dieſer darüber errichtete Receß d. d. Suhla den 7. Aug. 1599 ſtehet in Hellfelds Beitr. Th. III. S. 89.

Für das Wohl ſeiner Unterthanen und zum Beſten des Landes traf Johann Caſimir mancherlei gute Anordnungen. Um dem Mangel der unentbehrlichſten Lebensbedürfniſſe abzuhelfen, wurde die Ausfuhre des im Lande erbauten Getraides, der Wolle und der Victualien, durch ein gedrucktes Mandat vom J. 1589, bei Strafe verbothen und den Unterthanen befohlen dergleichen Landesproduckte auf die Wochenmärkte zum Verkauf zu bringen. — Für die Geſundheitspflege, die im 16. Jahrhundert hier noch ſchlecht beſtellt war, ſorgte der Herzog in den Jahren 1596 und 1607, durch eine Medicinal- und Apothekerordnung, welche, wenigſtens für jene Zeiten, ihrem Zwecke ſo ziemlich entſprochen haben mögen. Zur Handhabung der innern Sicherheit waren in jedem Amte ſogenannte Einſpänner (Geleitsreuter) beſtellt, welche die Grenzen und Landſtraßen täglich zu bereiten und das Land von verdächtigen Geſindel zu reinigen hatten.

Am meiſten eiferte Johann Caſimir über die unmäßige Kleiderpracht und über die, mit jedem Tage zunehmenden, fremden Moden, welche in der eignen Nachahmungsſucht der Deutſchen ihren Grund hatten. Um dieſem Luxus, wodurch viel Geld aus dem Lande gieng, Grenzen zu ſetzen, unterſagte er, in einem Mandate vom J. 1613, den Gebrauch ausländiſcher Trachten, es möchten ſpaniſche franzöſiſche oder Engliſche ſeyn, und befahl, ſich blos der deutſchen Kleidung zu bedienen. Einer jeden Klaſſe von Unterthanen wurde vorgeſchrieben, was ihr zu tragen verbothen oder erlaubet ſeyn ſollte. So durften, z. B. die Rathsweiber und ihre Töchter keine Perlen, goldene Ketten, Gehänge von Edelſteinen, geſchmelzte und geſchlagene goldene Roſen u. ſ. w. — die Bürgersweiber hingegen keinen Sammet, Atlaß und Damaſt tragen. Der Bauer ſollte bei der gewöhnlichen Tracht bleiben und nichts von Seide oder Sammet, noch weniger etwas von Gold oder Silber an ſich haben, ſondern mit Landtuch, Leder und ſchlechten Barchend ſich begnügen. Zu Beſchränkungen des großen Aufwandes, der, nach altdeutſcher Nationalſitte, bei Gaſtereien, auch im Coburgiſchen, an der Tagesordnung war, wurden mehrere Verordnungen erlaſſen, die vornehmlich gegen vieltägige Gelage und übertriebene Anzahl der Gäſte auf Hochzeiten, Kindtaufen und Begräbniſſen gerichtet waren und über die Zahl der Gäſte, Gerichte u. ſ. w. beſtimmte Vorſchriften enthielten. Eine Menge anderer Polizeigeſetze, welche auf Abſtellung des übermäßigen Trinkens und Spielens, der Zauberei, Gotteslästerung, des Fluchen und Schwörens, der Wuchercontracte u. d. m. abzweckten, enthalten traurige Züge von der Rohheit der Sitten, in welcher die niedere Menſchenklaſſe damals herabgeſunken war.

Für die Regentengeſchichte Johann Caſimirs ſind beſonders die ſtreitigen Verhältniſſe mit der Coburgiſchen Ritterſchaft merkwürdig, die jetzt anfieng, nach manchen Rechten zu ſtreben, die nichts wenigers, als eine Unabhängigkeit von ihrem Landesherrn zur Abſicht hatten. Zu dieſer Anmaßung wurde ſie hauptſächlich von der benachbarten fränkiſchen Ritterſchaft gereizet, die ſchon in frühern Zeiten unter ſich in Verbindung getreten war, um die Bande der Unterthanenverhältniſſe gegen ihren Territorialherrn aufzulöſen und ſich dem unmittelbaren Schutze des Reichsoberhaupts zu unterwerffen. Hieraus waren allmälich die bekannten ſechs fränkiſche Rit-

terorte entſtanden, deren Mitglieder mit ihren Beſitzungen zwar in Franconien zerſtreut umherlagen, aber doch, durch ihre Vereine, gewiſſe Körperſchaften bildeten, deren jede eine unbeſtimmte Anzahl ſogenanter Reichsritter in ſich faßte und mit dem Namen eines Cantons bezeichnet wurde. Dem Fürſtenthum Coburg lag unter andern dem Rittercanton Baunach am nächſten und er war daher der Territorialgewalt der Sächſiſchen Fürſten um ſo gefährlicher weil demſelben daran gelegen war, ſeinen Bezirk zu erweitern und die Zahl ſeiner Mitglieder zu vermehren. Daher verſuchte es derſelbe zum öftern, den coburgiſchen Adel zu ritterſchaftlichen Zuſammenkünften einzuladen, ihm die Erlegung der Ritterſteuern anzuſinnen und auf dieſe Art deſſen landſäſſige Verhältniſſe in die der Reichsunmittelbarkeit umzuſchaffen. Doch wußte Johann Caſimir dieſen Zudringlichkeiten mit Nachdruck zu begegnen. Denn, als im J. 1600 die fränkiſchen ſechs Ritterorte einen wiederholten Verſuch machten die Coburgiſchen Landſaſſen in den reichsritterſchaftlichen Verband zu ziehen, unterſagte er ihnen ſehr ernſtlich, dergleichen Rittertägen zu beſuchen und ſich bei dem Canton Baunach ſteuerbar zu machen. In dem, an ſeine Ritterſchaft deshalb erlaſſenenen, Mandate k), entwickelte der Herzog zugleich die ſtaatsrechtlichen Gründe, die ihn zu dieſen Verboth berechtigten und hauptſächlich darinne beſtanden, daß der Coburgiſche Adel von jeher ſeinem Landesherrn ſteuerbar geweſen, daß die reichsritterſchaftlichen Anmaſungen dem Kur- und fürſtlichen Hauſe Sachſen und ſelbſt den erbverbrüderten Häuſern Brandenburg und Heſſen zum Nachtheil gereichten, daß die Coburgiſche Ritterſchaft mit unter dem Reichsmatrikularanſchlag begriffen ſey, welcher durch die Entrichtung der Steuern in die Ritteruhe eine Verminderung erleiden würde, und daß überhaupt der hieſige landſäßige Adel, vermöge ſeiner geleiſteten Erbhuldigung, zum Nachtheil ſeines Landesherrn, ſich in keine fremden Verbindlichkeiten einlaſſen dürfe.

Eine Gründlichkeit von der Art war um ſo nöthiger, weil der Herzog wenig Jahre zuvor (1595) die unangenehme Erfahrung gemacht hatte, daß einer ſeiner Landſaſſen, Johann Truchſes zu Schwickershauſen, (im Amte Heldburg) — ganz vom reichsritterſchaftlichen Schwindel ergriffen, — dreiſte genug geweſen war, ſeine Lehns- und Unterthanenpflicht, theils durch manche Wiederſetzlichkeiten, theils durch Eingriffe in die landesherrlichen Rechte, auf das gröblichſte zu verletzen. Unter andern hatte derſelbe, — wie es im fürſtlichen Ausſchreiben vom J. 1595 heiſet, — die fürſtlichen Mandate zu Schwickershauſen abreiſſen laſſen, — ſich der Beſetzung der erledigten Pfarrei daſelbſt, worüber ihm nicht einmal das Patronalrecht zuſtand, ermächtiget, und ſeine Lehnsunterſaſſen in ſeine Burg gefordert und ihnen, mit geſpannten Rohren (Piſtolen) unterſaget, ſich künftig nicht mehr für die fürſtliche Cent zu Heldburg zuſtellen. Da alle Verwarnungen fruchtlos blieben, ſo ſahe ſich endlich der Herzog, zu Erhaltung des landesherrlichen Anſehens, bewogen, gegen dieſen Ruheſtöhrer ein gedrucktes Mandat zu erlaſſen, worinne die fürſtlichen Unterthanen zu Schwickershauſen ihrer Lehnspflicht gegen den Truchſes entlaſſen und zugleich ange-

k) Beil. Nr. XXXIX S. 103.

wieſen wurden, demſelben fernerhin weder Gehorſam zu leiſten, noch einige Gülten, Zinßen und Zehenden zu entrichten. Ueber dieſes Verfahren beſchwehrte ſich nun zwar derſelbe beim kaiſerlichen Kammergericht zu Speier, und durch die Intervention der Reichsritterſchaft in Franken, gelang es ihm, wieder dem Herzog ein Mandatum S. C. de relaxando Arresto auszuwürken. Allein der Herzog legte, auf dem Grunde des, dem Hauſe Sachſen zuſtändigen, Privilegii de non appellando, die Unſtatthaftigkeit dieſes Recurſes, in Hinſicht auf dem Gerichtsſtand, dem Kammergerichte ſo deutlich vor Augen, daß daſſelbe im J. 1602 keinen Anſtand nehmen konnte, das vorhin erkannte Mandat zu caſſiren und den Truchſes mit ſeiner Beſchwerde an Herzog Johann Caſimiren, als ſeiner ordentlichen Obrigkeit, zurückzuweiſen l).

Von der Zeit an ſtand der Grundſatz feſt, daß die Coburgiſche Ritterſchaft in ihren Angelegenheiten, nur allein vor ihren Landesherrn recht zu geben und zu nehmen verbunden war. Wie geneigt aber auch der Herzog war, der Ritterſchaft überall die vollſtändigſte Gerechtigkeit angedeyhen zu laſſen, bezeuget ein Ausſchreiben vom 6 Oct. 1602, worinne er ſie aufforderte, ihre Beſchwerden, die ſie ſchon früherhin, wegen vermeintlicher Beſchränkung der Gerichtsbarkeit über ihre Lehenleute, geäußert hatte, einzureichen und deshalb einer billigen Abhülfe verſichert zu ſeyn. Dem zufolge übergab die Ritterſchaft (am 13 July 1603) eine weitleuftige Beſchwehrungsſchrift, welche vorzüglich darauf hinausgieng, daß die fürſtlichen Beamten und Centgrafen auf den adelichen centfreien Gütern, auſſer den vier hohen Rügen, ſich der Criminaljurisdiction anmaßten, und der Ritterſchaft nicht geſtatten wollten, auf ihren cent- und uncentbaren häußlichen Lehen, über welche ihr die Vogteilichkeit zuſtehe, in bürgerlichen Sachen, den Gehorſamszwang oder die Hülfe zu vollſtrecken. Auf dem Landtage zu Gotha, vom Jahre 1605, wo hauptſächlich eine anderweite Verwilligung der Land- und Trankſteuer auf acht Jahre in Antrag kam, wußte die Ritterſchaft ihrer Beſchwehrde noch dadurch ein Gewicht zugeben, daß ſie nur mit dem Beding, wenn man auf deren Abhülfe Bedacht nehmen würde, die verlangte Steuern bewilligen wollten m).

Ob gleich dieſe Aeuſerung mit der Landesverfaſſung und mit den Reichsgeſetzen in Wiederſpruch ſtand; (§. XXVIII.) ſo ſahe ſich doch Johann Caſimir bewogen, der Ritterſchaft nachzugeben und ihr das, vorhin noch nie gehabte, Recht zu ertheilen, auf ihren cent- und uncentbaren häußlichen Lehen einen Gerichtszwang auszuüben, vermöge deſſen der adeliche Rittergutsbeſitzer die Befugniß erlangte, gegen ſeine Lehnleute in Schuld- Güld- Frohn- und Lehnsſachen die rechtliche Gebühr zu verfügen, und gegen die Ungehorſamen mit Geld- oder Gefängnißſtrafe vorzuſchreiten n).

l) Dieſes merkwürdige Erkenntniß findet ſich in Struvens pol. Arch. Th. I. S. 273 ff. und in der neueſten Druckſchrift des F. Hauſes S. Coburg gegen die Landſtände (1805) Th. II. S. 292.

m) Röders Abhandl. von den Cab. Erbgerichten ꝛc. S. 230.

n) Man ſehe dieſe Urkunde, d. d. Gotha den 26. Sept. 1605 die unter den Namen der Gothaiſchen Conceſſion bekannt iſt, bei Röder l. c. S. 231.

Doch war die Ritterſchaft mit dieſer Nachgiebigkeit, noch nicht zufrieden. Im J. 1607 kam ſie mit neuen Beſchwerden über vermeintliche Beſchränkung ihrer Jurisdictionsgerechtſame zum Vorſchein und erklärten nochmals, daß, ehe und bevor ſolchen abgeholfen ſeyn würde, ſie von ihren Rittergütern keine Schatzung mehr geben wollten o). Unverkennbar iſt die Langmuth, die der Herzog bei einer ſo auffallenden Drohung am Tage legte. Statt der Ritterſchaft ſeinen Unwillen darüber zu erkennen zu geben, oder die Sache durch einen landesherrlichen Machtſpruch zu beſeitigen, berief er von den fürſtlichen Höfen, Altenburg, Waimar und Eiſenach, einige Räthe an ſein Hoflager, denen er vier Coburgiſche Hofgerichtsaſſeſſoren, als Mitglieder der Ritterſchaft, nebſt zween ſeiner Räthe in der Abſicht beiordnete, um die ſtreitigen Verhältniſſe gemeinſchaftlich zu unterſuchen und nach Recht und Billigkeit auszumitteln. Dieſe, aus fremden und einheimiſchen Räthen zuſammengeſetzte, Commiſſion, gaben nun den bekannten Caſimirianiſchen Abſchied ſeinen Urſprung, welcher den 23. Octobr. 1612 zu Stande kam und im J. 1613, durch den Druck bekannt gemacht wurde.

Der weſentliche Inhalt dieſes Landesgeſetzes läßt ſich auf folgende Hauptpuncte zurückführen: 1) Wurde der Ritterſchaft, nachdem ſie ſich der landesfürſtlichen Obrigkeit unumwunden unterworfen hatte, die vogteiliche Gerichtsbarkeit über ihre centbaren Unterſaßen, in Lehen- erb- und Schuldſachen, — über die centfreien Unterſaßen aber die Erbgerichte, welche die Unterſuch- und Beſtrafung geringer Frevel und Mißhandlungen in ſich faßten, mit der Beſtimmung zugeſtanden, daß ihren Lehnsunterſaßen, wenn ſie ſich über das gerichtliche Verfahren zu beſchwehren Urſache haben würden, unbenommen bleibe, deswegen ſich an den Landesherrn oder an das Hofgericht zu Coburg zu wenden. Hierbei wurde aber 2) ausnahmsweiſe noch feſtgeſetzet, daß in ſolchen Dörfern wo dem Adel nur einzelne, mit Amtslehnen vermiſchte, Grundſtücke lehnbar wären, die Jurisdiction darüber, in Erbgerichtsfällen, den fürſtlichen Aemtern zuſtehen ſollte. 3) In Fällen, wo der Landesherr, in ritterſchaftlichen Sachen, Commiſſion ertheilen würde, ſollte der Ausdruck: von Amtswegen, weggelaſſen, und bei den, an die von Adel oder deren Lehenleute zu erlaſſenden, Verfügungen, die Firma: kraft habender Commiſſion, gebrauchet werden 4) Zur Ausübung der executiven Gewalt und zu Beſtrafung ungehorſamer Lehnsunterſaßen, geſtattete man den adelichen Gerichtsherrn, ſich der Gefängniſſe zu bedienen, in ſo fern ſie dergleichen hergebracht haben würden. 5) In Anſehung der Lehenwaare bei Erbfällen und Theilungen, ſollte die Ritterſchaft zuförderſt erweißlich machen, daß ſie ſolche von ihren Lehenleuten ungezwungen eingenommen habe, ſolchenfalls ſie bei deren Erhebung fernerhin gelaſſen werden ſollte. p) Nechſt dem wurde

o) Original-Acten, verglichen mit Röder l. c. p. 290.

p) Die Entrichtung der Lehenwaare von deutſchen Bauerngüthern fand in frühern Zeiten nur in Kauffällen ſtatt; aber der Adel fieng im 16. Jahrhundert an, die Laudemialpflicht weiter auszudehnen und auch, bei Vererbung des Zinßguths in abſteigender Linie, Lehngeld zu erheben. Gegen dieſe Anmaßung eiferte nun zwar Herzog Johann Caſimir in einem Reſcripte

wurde 6) nicht nur genau beſtimmt, wie es in vorkommenden Fällen mit Entrichtung des Lehngeldes zu halten ſey, ſondern auch die ſtreitige Rechtsfrage: „ob, bei einem „geſchloſſenen, aber rückgängig gewordenen Kauf, doppeltes Lehngeld zu entrichten „ſey?“ bejahend entſchieden; dahingegen ſollte die Erhebung deſſelben bei einen vorbehaltenen Wiederkauf, wenn ſolcher in der geſetzten Zeit erfolget, nicht ſtatt finden. Dieſe und noch mehrere Punkte erheben den Caſimirianiſchen Abſchied für die Pflege Coburg, jedoch mit Ausnahme des Amtes Heldburg, zu einem Landesgeſetz, deſſen Wirkſamkeit ſich bis auf den heutigen Tag erhalten hat.

Die Aufmerkſamkeit, welche Joh. Caſimir der innern Landesverfaſſung widmete, gieng auch auf die äuſſern Verhältniſſe mit den benachbarten Fürſtenthümer Bamberg und Würzburg über. Die Land- und Jagdgrenzen waren auf dieſer Seite eben nicht in der beſten Ordnung, auch gab es auſſerdem noch manche Irrungen über Hoheitsrechte und Gerichtsbarkeit, die die dortigen Beſchöffe bis in das Coburgiſche Gebiete auszudehnen ſuchten. Es wurden mehrere Conferenzen veranſtaltet, in welchen die beiderſeitigen Abgeordneten die ſtreitigen Gegenſtände weitläuftig unterſuchten und zuletzt durch Vergleich beilegten. Von der Art war der bekannte Trappſtadter Receß vom J. 1599, der mit dem Biſchof Julius zu Würzburg zu Stande kam und, ſoviel inſonderheit die Regulierung der Cent- und Landesgrenze zwiſchen der Pflege Coburg und dem Würzburgiſchen Gebiete betrift, noch jetzo zur Norm dient Die übrigen Irrungen womit ſich dieſer Hauptvertrag beſchäftigte, betrafen das wechſelſeitige Geleit, die drei Coburgiſchen Schutzdörfer, Wazendorf,

vom J. 1598, worinne er dem Schöſſer Leupold zu Heldburg befahl: „dem Adel durchaus „nicht zu geſtatten, von ererbten Gütern Handlohn zu fordern, weil es wider die kaiſerlichen „Rechte und gegen die Landesordnung ſey.“ Indeſſen gieng jetzo der Herzog von jenem Verbote, unter der Vorausſetzung, wieder ab, wenn die Ritterſchaft deshalb den Beſitzſtand erwieſen haben werde. — Daß auch in der Nachbarſchaft und beſonders in der Grafſchaft Henneberg, der Adel, als Urheber des Erbhandlohns, erſcheinet und daſſelbe, ehe noch der Landesherr an deſſen Erhebung dachte, eingeführet habe, gehet aus einem Reſcripte hervor, welches im J. 1587 von der gemeinſchaftlichen fur- und fürſtlichen Regierung zu Meiningen an die Hennebergiſchen Aemter erlaſſen wurde. In demſelben heißt es: — „Man habe in Erfahrung gebracht, „daß die von Adel vf zutragende Fälle nicht allein in Kaufen ſondern auch in Erbtheilun„gen das Handlohn erfordern und einnehmen; — dieweil aber fremd und unverantwortlich vor„fallen wollte, daß die von Adel, als Vaſallen, ein mehrers Recht, dann „der Lehns- und Landesfürſt, hätten, Als haben wir keinen längern Umgang haben „können, ebenmäßige Verordnung in die Empter zu thun, in Namen der Kur- und Fürſten zu „Sachſen hiermit befehlend, daß ihr förderhin in den Euch anbefohlenen Emptern es ebener„maßen halten und nehmlich nicht allein in Kaufs ſondern auch in Erbfällen das Hand„lohn von den angehenden Güthberbeſitzern dergeſtalt einfordern ſollt, daß ihr nehmlich allein „denjenigen Theil, ſo dem Beſitzer an dem Guth erblich gebühret, es ſey gleich die Hälfte, da „der Erben zween: oder der dritte Theil, da ihrer drey und alſo fort, frey und unverhand„lohns paſſiren laſſen ſollt. ꝛc. d. d. Meiningen d. 12. Oct. 1587.“ — Anſtatt, daß die Hennebergiſche Regierung dem Adel die ungewöhnliche Ausdehnung der Lehenwaare auf Erbfälle, (wie es vom Johann Caſimirn 1598 geſchahe) hätte unterſagen ſollen, nahm ſie ſolche vielmehr, als Muſter, an noch welchem ſich nun auch die fürſtlichen Aemter zu richten hatten.

Neuſes und Goſſenberg, die Markung zwiſchen Gleismanshauſen und Lindenau, — die Landwehre bei Boppenhauſen, — die Abtheilung des gemeinſchaftlichen Geleits im Itſchgrunde, die centbarliche Obrigkeit über Gleuſen, über den Hof Hochheim (Mönchshof im Amte Römhild) und über Rothauſen, das Geleit von Königshofen nach Römhild und noch andere Objecte, die zwar für die damaligen Zeiten wichtig waren, aber in unſern Tagen, durch die veränderte Staatsverfaſſung obſolet geworden ſind *)

Bald nach dieſem Receſſe ließen beide fürſtlichen Contrahenten, der getroffenen Uebereinkunft gemäß, die Cent- und Jagdgrenze, zwiſchen dem Coburgiſchen und Würzburgiſchen Gebiete, mit gehauenen Steinen vermarken, und errichteten darüber am 8 May 1600 einen beſondern Vermarkungsreceß, in welchem man den Grenzlauf, mit Bemerkung der Diſtanzen und der örtlichen Benennungen, ſehr genau verzeichnet findet, wodurch derſelbe einen fortwährenden Nutzen erhalten hat q).

Auch mit dem Stifte Bamberg ſtand das Fürſtenthum Coburg in manchen nachbarlichen Verhältniſſen, die durch einen Vertrag vom 28. Sept. 1601 näher beſtimmt wurden. Dahin gehörte vorzüglich die Abgabe des Gerechtigkeitholzes, welches die Coburgiſchen Unterthanen, an Werk- Bau- und Brennholz, aus dem Lichtenfelſer Forſt, Bambergiſchen Gebiets, zu beziehen hatten r), — die hohe und niedere Jagd auf den Brand, — einem bei Fürth am Berg gelegenen Gehölze, — das Sächſiſche Geleit, von Coburg bis Lichtenfels — die Cent und Landeshoheit zu Fürth am Berg, die Criminal-Gerichtsbarkeit und das Steuerregal zu Burggrub und zu Buch am Forſt und die Errichtung der Sächſiſchen Lehnsfahnen im Bambergiſchen Gebiete, woſelbſt Sachſen-Coburgiſche Lehne befindlich waren. Da in dieſem Receſſe s) manche Punkte bis zur weitern Erörterung ausgeſetzt blieben, ſo wurde im J 1608 eine anderweite Zuſammenkunft beiderſeitiger Räthe zu Lichtenfels veranlaſſet, allwo man die nachbarlichen Irrungen vollends ins Reine brachte t). Ein genaues Detail dieſer zwei Verträge würde jedoch ohne Nutzen ſeyn, weil die darinne vorkommenden Verhältniſſe, durch dem neueſten Staatsvertrage zwiſchen S Coburg-Saalfeld und der Krone Bayern u) eine ſehr veränderte Richtung erhalten haben.

Von großer Wichtigkeit, wenigſtens für jene Zeiten, war die bekannte Erbverbrüderung und Erbvereinigung zwiſchen den Häuſern Sachſen-Brandenburg und Heſſen, — eins der ehrwürdigſten Denkmähler der Sächſiſchen Geſchichte. Gegenſeitiges Vertrauen und Freundſchaft vereinigte ſchon im Jahre 1373 Meiſſen und Heſſen und

*) Von dieſem Hauptvertrag, deſſen Original in hieſ. geh Archiv anzutreffen iſt, findet ſich ein, wiewohl ſehr fehlerhafte, Abdruck, in Lünigs R. Arch. Spic. eccles. Cont. I. p. 766.

q) Dipl. orig. d. d. Tambach d. $\frac{\text{8. May}}{\text{26. April}}$ 1600.

r) S. die Cob. Geſch. des Mittelalters S. 167.

s) Er ſtehet in Fabers hiſtor. Nachr. vom A. Sonnefeld. S. 295.

t) S. die Urk vom J. 1618 in Sprengseiſen Topogr des A Sonneberg.

u) S. den Staatsvertr. vom J. 1801 in der Cob. Geſch. des M. Alters S. 128. des Urk. Buchs.

viele Jahre nachher (1435) trat auch Brandenburg dieſem Bunde mit bei. Von Zeit zu Zeit wurde derſelbe erneuert und mit Zuſätzen erweitert, beſonders aber (1451) ausdrücklich beſtimmt, daß alle männliche Erben der fürſtlichen Paciscenten, ſobald ſie zur Succeſſion gelangt ſeyn würden, den Inhalt des Erbeinigungs-Vertrags, mittelſt köperlichen Eydes, beſchwören ſollten. Herzog Johann Caſimir hatte gleich nach ſeinem Regierungs-Antritt der Erneuerung dieſes Bundes im J. 1587 mit beigewohnet und denſelben beſchworen; v). Aber ſeit dem waren unter den Regenten der drei verbündeten Häuſer manche Veränderungen eingetreten die eine widerholte Erneuerung nöthig machten, und man beſchloß auf den 27. März 1614 eine Zuſammenkunft der ſämmtlichen fürſtlichen Intereſſenten zu Naumburg zu veranſtalten. Johann Caſimir und ſein Bruder fanden ſich mit einen ungemein zahlreichen Gefolge daſelbſt ein w) und unterzeichneten den erneuerten Erbverbrüderungs-Vertrag nebſt den Beiabſchied wovon ihnen ein Exemplar zugeſtellet wurde x). Dieſe glänzende Verſammlung iſt in ſofern merkwürdig, weil ſie die letztere von der Art war und ſeitdem keine Erneuerung jenes Vertrags weiter erfolget iſt. Nichtsdeſtoweniger hat ſich die Wirkſamkeit deſſelben bis auf unſere Zeiten erhalten, indem bei vorfallenden Regentenänderungen, der, von den Vaſallen abzuleiſtende, Erbhuldigungs und Lehnseid jedesmalen eventuell auf die erbverbrüderten Häuſer mit gerichtet wird y).

v) Dieſe Urkunde d. d. Naumburg d. 9. Nov. 1587, deren Original ſich im hieſigen Archive befindet, ſtehet in Hellfelds Beitr. Th. 1. S. 98. — In Anſehung der wechſelſeitigen Erbfolge der erbverbrüderten fürſtlichen Häuſer, wurde darinne folgendes feſtgeſetzt: 1) wenn die Landgrafen von Heſſen im Mannsſtamm erlöſchen würden, ſollten die Kur- und Fürſten zu Sachſen zwei Theile das Haus Brandenburg aber von den hinterlaſſenen Landen nur einen Theil erben; 2) Nach Erlöſchung des Kurhauſes Brandenburg, ſollten deſſen Lande an die kur- und fürſtlichen Häuſer Sachſen und Heſſen zu gleichen Theilen fallen und Heſſen die Kurwürde bekommen; hierbei wurde jedoch 3) von Brandenburg die Bedingung gemacht, daß deſſen, jenſeits der Oder gelegenen Lande, ſolange die Herzoge von Pommern und deren männliche Erben leben würden, von der Erbverbrüderung ausgeſchloſſen bleiben ſollten. 4) Im Erlöſchungsfall des ganzen kur- und fürſtlichen Hauſes Sachſen hingegen, ſollten von deſſen jetzigen und künftigen Landen an Kurbrandenburg ein- und an Heſſen zwei Theile nebſt der Kurwürde fallen.

w) Müller l. c. ad a. 1614. Nach den daſelbſt befindlichen Fourierzetteln beſtand das Gefolge beider Fürſten aus mehr als 100 Perſonen und die Zahl der Pferde belief ſich auf 285 Reißige (gerüſtete) und 193 Kutſchenpferde. Unter der Suite Joh. Caſimirs befand ſich 1 geheimer Rath, 1 Hofmarſchall, 1 Hofmeiſter, ein Kammerjunker, 1 Frauenzimmer-Hofmeiſter, 1 Capitän, 2 Räthe, 1 Rentmeiſter, 1 Hofprediger, 1 Sekretär, und 1 Leibarzt. Seine Liberey war ſchwarz mit gelben Streifen.

x) Das mit 5 großen Siegeln verſehene Original dieſer Urkunde d. d. Naumburg d. 1. April 1614 befindet ſich in hieſigem geh. Archiv; Ein Abdruck davon ſtehet in Müllers R. T. Theat. unter Maximil. S. 372.

y) Bei den neueſten Zeitereigniſſen, wo die Uebermacht Napoleons die deutſche Staatsverfaſſung vernichtete, und nun auch der erwehnten Erbverbrüderung eine gänzliche Aufloſung bevorſtand, war man von Seiten des großherzoglichen Hauſes Heſſen-Darmſtadt der Meinung, daß jene ehrwürdige Verbindung für aufgelößt zu achten ſey, und daher die Abnahme des eventuellen Homagiums bei den Lehnhöfen nicht mehr ſtatt finden möchte; Allein die fürſtl. S. Häuſer Erneſtiniſcher Linie waren damit nicht einverſtanden, und es iſt auch nichts weiter erfolget, was der fortdauernden Wirkſamkeit dieſes Vertrags nachtheilig ſeyn könnte.

Unter den auswärtigen Angelegenheiten, womit ſich Johann Caſimir ſehr thätig beſchäftigte, verdienet hier beſonders die Streitigkeit erwähnt zu werden, die über die Jülich- und Cleviſche Erbfolge, unter ſeiner Regierung, (1609) ihren Anfang nahm und für das geſammte Haus Sachſen Erneſtiniſcher Linie, ungemein viel Intereſſe hatte. Dieſe Erbrechte gründeten ſich auf kaiſerliche Expectanz- und Lehnbriefe, die Kaiſer Friedrich III. im J. 1483 dem Herzog Albrecht zu Sachſen über die Herzogthümer Jülich, Cleve und Berg, ſowohl als über die Graf- und Herrſchaf-ten Mark, Ravensberg und Ravenſtein, ertheilte, auch wenig Jahre darauf dieſe Erbfolge-Rechte auf deſſen Bruder, Kurfürſt Ernſten zu Sachſen, ausdehnte z). Kaiſer Maximilian I beſtätigte nun zwar im J. 1495 dieſe, von ſeinem Vorfahrer den beiden Sächſiſchen Häuſern ertheilte, eventuelle Beleihung a), ließ ſich aber bald nachher, auf inſtändiges Bitten des Herzogs Wilhelms von Jülich, bewegen, deſſen Tochter und deren männliche Nachkommen, durch ein ſo genanntes privilegium ha-bilitationis vom J. 149[illegible], für ſucceſſionsfähig zu erklären b). In dieſem Verfah-ren lag nun freilich eine ungerechte Willkühr, wodurch den wohlerworbenen Succeſſions-rechten des Hauſes Sachſen ſehr zu nahe getreten wurde: doch glaubte Maximilian die Sache dadurch wieder gut zu machen, daß er in gedachten Privilegio die Bedin-gung mit einfließen ließ: „daß die Tochter Herzog Wilhelms von Jülich, ſich mit „den Perſonen, die vom Kaiſer Friedrichen und Ihm (K. Maximilian,) auf das be-„rührte Herzogthum und die Grafſchaft Expectanz und Verſchreibung erhalten, ſolcher „Lehen halber, auf ziemliche Weiſe und Wege, vertragen ſollten."

Inzwiſchen vermählte ſich nun die Tochter Herzog Wilhelms von Jülich, Maria, im J. 1510 mit dem Herzog Johann III. von Cleve, und das Jahr darauf gieng auch gedachter Wilhelm, ohne männliche Erben, mit Tode ab. Jetzt war alſo der Fall eingetreten, wo das geſammte Haus Sachſen ſeine erlangten Succeſſionsrechte gel-tend machen und von den erledigten Landen Beſitz nehmen konnte. Statt deſſen ſahe man ruhig zu, wie der Gemahl der, zur Lehnsfolge habilitirten Maria, Herzog Jo-hann zu Cleve ſich im Beſitz von Jülich, Berg und Ravensberg ſetzte, und dadurch das Haus Sachſen von ſeinen, ungleich früher erlangten, Erbfolge-Rechten verdrängte. Sächſiſcher Seits begnügte man ſich blos damit, daß man auf dem Reichstage zu Trier und Cöln, ſich zwar zur Belehnung über jene Lande meldete, aber, ſtatt derſel-ben, vom Kaiſer Maximilia (1512) einen bloßen Muthſchein, der Herzog von Cleve aber, gegen 50,000 Goldgülden, die Belehnung erhielte c). Ue-ber dieſes zweideutige Verfahren kam der kaiſerliche Hof ſelbſt in Verlegenheit, aus welcher ſich in der Folge Karl V. dadurch zuziehen glaubte, daß er beide Häuſer im J. 1521 an einem Tage in zwei beſondern Lehnbriefen mit den fraglichen Landen belehn-te d), und gegen Sachſen ſich mit politiſchen Rückſichten entſchuldigte, weswegen er

z) S. die Urk. in Müllers R. T. Theat. Friedr. V. p. 764.
a) Dipl. in Lünigs l. c. P. Sp. von Sachſen p. 15.
b) Müller R. T. Theat. unter Maximilian I. S. 570.
c) S. Weißens Geſch. der churſ. Staaten, T. 3. S. 20 ff.
d) Der Lehnbrief Sachſen ſtehet in Lünigs Corp. Jur. feud. Germ. T. 1. p. 607. und der

den Herzog von Cleve beliehen habe e). Daß man übrigens Sächſiſcher Seits dieſe Succeſſions-Anſprüche auch nachher nicht mit mehreren Ernſte betrieben habe, läßt ſich wohl daraus erklären, weil Kurfürſt Johann Friedrich der großmüthige zu Sachſen im J. 1526 ſich mit Sybillen, einer Tochter des Herzogs Johann III. von Cleve vermählte, und in dem Ehevertrag ihm und ſeinen Nachkommen, die Erbfolge in die Jülichſche Lande, beſonders in das Herzogthum Cleve, in die Grafſchaft zu der Mark und in die Herrſchaft Ravenſtein ausdrücklich zugeſichert wurde, worüber der Kurfürſt (1544) vom Karln V. eine förmliche Beſtätigungsurkunde auswürkte f).

Kaum hatten ſich dieſe hofnungsvollen Ausſichten für das Erneſtiniſche Haus Sachſen eröfnet, als ſchon wieder andere politiſche Verhältniſſe eintraten, die dem Sächſiſchen Erbrechte an mehrgedachten Landen hinderlich waren. Herzog Wilhelm von Cleve, der einzige Sohn, des vorhin genannten Herzog Johanns III., vermählte ſich nehmlich im J. 1546 mit der Oeſterreichiſchen Prinzeſſin Maria, einer Tochter König Ferdinands I., deſſen Bruder, Karl V., in Rückſicht dieſer Familienverbindung ſich geneigt finden lies, gedachtem Herzog, auf Koſten der Sächſiſchen Erbfolge-Rechte, am 19. July 1546 ein neues Habilitations-Privilegium dahin zu ertheilen, daß, in Ermangelung männlicher Erben, auch die Töchter und deren männliche Nachkommenſchaft zur Erbfolge in Wilhelms geſammte Lande fähig ſeyn ſollte g). Zu dieſer Ungerechtigkeit mochte beſonders Karls V. Religionshaß gegen Kurfürſt Johann Friederichen ungemein viel beigetragen haben; denn, gleich nach der Ausſtellung der Habilitations-Urkunde, wurde derſelbe, wegen des Schmalkaldiſchen Bundes vom Kaiſer (den 20. July) in die Reichsacht erklärt. Ob man gleich von Seiten des Hauſes Sachſen es nicht ermangeln ließ, gegen jenes, ſo widerrechtlich ertheilte, Privilegium, die gegründeſten Vorſtellungen einzulegen, ſo fanden doch ſelbige kein Gehör, vielmehr wurde daſſelbe vom Kaiſer Maximilian II. im J. 1566 vom neuen beſtätiget.

In dieſer Lage von Verhältniſſen ſtanden nun die Sächſiſchen Succeſſionsrechte auf Jülich, als am 25 März 1609 der daſige Herzog Johann Wilhelm, ein Sohn des im J. 1546 habilitirten Wilhelms von Cleve, den Mannsſtamm beſchloß und die geſammten Jülich- und Cleviſchen Lande erlediget wurden. Vermöge des zwiſchen Kurfürſt Johann Friederichen zu Sachſen und der Cleviſchen Prinzeſſin Sybilla geſchloſſenen und von Karln V. beſtätigten Ehe- und Erbfolge-Vertrags, wäre nun zwar das Erneſtiniſche Haus Sachſen zur alleinigen Succeſſion in jene Lande berechtiget geweſen; Allein gerade zu jener Zeit ſtanden die Herzoge zu Sachſen Altenburger- und Weimariſcher Linie, unter der Vormundſchaft Kurfürſt Chriſtian II. zu Sachſen,

für Cleve in Lünigs R. Arch. Abth. VI. S. 99. d. o. Brusel. d. 21. July 1521. der Letztere enthält die Vorſichtsklauſel: „So viel Wir (der Kaiſer) ihm daran von Rechtswegen „leyhen ſollen und mögen ꝛc."

e) Weiſe a. a. O. S. 21.

f) Lünig l. c. P. sp. von Sachſen p. 59.

g) Dipl. bei du Mont, Corp. dipl. T. II. P. 11. p. 313.

der ſich dieſer Succeſſions-Angeleaenheit nicht blos für ſeine Mündel, ſondern, in Beziehung auf die erſte kaiſerliche Anwartſchaft vom J. 1483, (S 92) auch für das Albertiniſche Haus mit vielen Eifer annahm. Jetzt war es nun eben nicht räthlich, über die Frage: welches von beiden Häuſern an der Jülichſchen Erbfolge das ſtärkſte Recht habe? Streit zu erregen und das allgemeine Hausintereſſe darüber aus dem Geſichte zu laſſen Herzoq Johann Caſimirn von Coburq und deſſen Bruder Johaun Ernſten zu Eiſenach machten daher mit dem Kurfürſt Chriſtian II. gemeinſchaftliche Sache und in einer Zuſammenkunft vom J. 1609, nahmen ſie die verbindliche Abrede, ihre Erbfolge-Anſprüche mit vereinigten Kräften im Wege Rechtens durchzuſetzen h). Fü den glücklich n Ausgang des Proceſſes ließ Johann Caſimir in ſeinen Landen beſondere Betſtunden anſtellen, auch für dieſen Zweck ein Gebeth verſertigen, welches auf dem Sonn- und Feſttagen von den Canzeln abgeleſen wurde i). Da dieß alles nichts half, ſo glaubten beide Fürſten ihre, an ſich ſo gerechte, Sache mit Geld zuerzwingen und borgten vom Stadtrath zu Nürnberg zu dieſer Abſicht große Summen Geldes, die ſich auf 160,137 fl. beliefen und nach und nach aus den Staatseinkünften wieder abgetragen wurden k). Für eigentliche Proceßkoſten war dieß freilich zu viel, aber der größte Theil von jener Summe wurde wohl zu Nebenausgaben verwendet, wodurch man damals die Reichsjuſtiz zu gewinnen ſuchte; wenigſtens lieſet man in einer Landtagsproposition vom J. 1614, wo vom Staatsbedarf die Rede war, daß Herzog Johann Caſimir unter andern auch des *vielen Spendirens* erwähnte, *welches in der Jülichſchen Succeſſionsſache* bei den Reichsgerichten geſchehen müſſe. Dieſe wichtige Angelegenheit blieb indeſſen unerörtert, und noch im J. 1648 machte ſie einen Gegenſtand des Weſtphäliſchen Friedenſchluſſes aus, wo man (Art. 14. §. 57) feſtſetzte, daß die Sache entweder auf den Wege des ordentlichem Proceſſes beim Reichshofrath oder durch Vergleich, ohne Verzug, entſchieden werden ſollte: Aber auch dieſe Verſicherung blieb unerfüllt, und noch jetzo ſind die Erbanſprüche nicht erloſchen, welche das geſammte Haus Sachſen an den Jülichſchen Landen zu machen hat.

Auf die Angelegenheiten des Landes hatten auch die damaligen Reichshändel und beſonders die evangeliſche Union, ungemein viel Einfluß. Letztere kam im J. 1608, unter der Leitung des pfälziſchen Kurfürſt Friedrichs IV. zu Stande und wurde durch den Druck der Proteſtanten veranlaßet, die deswegen ein gemlinſchaftliches Bündniß für höchſt nöthig hielten. Viele evangeliſche Stände waren demſelben beigetreten, und im Jahre 1613 wurde auch Herzog Johann Caſimir zum Beitritt förmlich eingeladen l). Er ſahe aber die gefährliche Folgen, die daraus entſtanden, voraus und fand

h) S. die Urk. in Hellfelds Leben H. Joh. Ernſts zu S. Weimar S. 220.

i) Höns Cob. Hiſt. 11. S. 236.

k) Nach einer Rechnungs-Decharge vom J. 1613 bezeuget Joh. Caſimir, daß ſein Rentmeiſter 114,137 fl. 10 gr. ſo zum Verlag der Jülichſchen Sache zu Nürnberg aufgenommen worden, von den Landeseinkünften abgetragen habe; und in der Rechnurg vom J. 1616 werden unter der nähmlichen Rubrik abermals 64000 in Ausgabe gebracht.

l) Das dieſerwegen, von den, bei der Union intereſſirten. Fürſten, an den Herzog am 20. März 1613 erlaſſenen Schreiben, ſtehet in Gruners Geſch. Herz. Joh. Caſimirs S. 220 f.

deswegen Bedenken, ſich darauf einzulaſſen. Dahingegen brauchte er die Vorſicht, ſeine Lande in gehörigen Vertheidigungsſtand zu ſetzen, und weil hierzu beträchtlichen Geldſummen erforderlich waren, berief er im J. 1625 ſämmtliche Coburgiſche und Thüringiſche Landſtände zuſammen, und ſtellte ihnen die Gefahren vor, die dem Vaterlande droheten. Das Reſultat davon war, eine Verwilligung von 60,000 fl. wovon zur Reparatur der Veſtungen und fürſtlichen Reſidenzen 2000 fl. zur Rentcammer geliefert, die übrigen 40000 fl. aber als Vorrath bei der Landſchaftscaſſe aufbewahret werden ſollten m).

Nach einer wiederholten Aufforderung zum Beitritt zur evangeliſchen Union (1619) gieng Johann Caſimir darüber mit ſeinem Bruder, Johann Ernſten zu Eiſenach, zu Rathe, und beide Herrn ſchienen anfänglich ſehr geneigt zu ſeyn, ſich an ſolche anzuſchließen. Allein, die bald darauf (d. 28 Aug. 1619) erfolgte Wahl Ferdinands II. zum Römiſchen Kaiſer, und die Furcht für die Reichsacht, hielten ſie ab, ſich den Wünſchen der vereinigten Fürſten gemäß zu erklären, und man beſchloß nur, auf dem Fall, wann ein Stand den Andern feindlich überfallen und den Religions- und Profanenfrieden verletzen würde, einander thätige Hülfe zu leiſten. Dieſes Benehmen war für die Coburgiſchen Lande in ſofern von einigen Nutzen, daß ſolche von den Kriegsunruhen, die jene Verbindung veranlaßte, eine geraume Zeit verſchont blieben. Johann Caſimir ſelbſt erhielte ſich, durch ſeine Neutralität, das Wohlwollen Kaiſer Ferdinands I., der ihm und ſeinem Bruder im J. 1624 nicht nur mit den (1572) überkommenen Landen, die förmliche Belehnung ertheilte, ſondern auch alle die Privilegia beſtätigte, womit dieſe Lande in der Vorzeit begnadiget worden waren n).

Noch in dem nehmlichen Jahre fanden beide fürſtlichen Brüder für nöthig, ihre geſammten Landſtände auf den 8. October nach Gotha zu berufen, um ſie von den Geldbedarfniſſen in Kenntniß zu ſetzen, welche die damaligen Zeitverhältniſſe veranlaßten. Gleichwohl nahmen ſie auf Erſparniß ſo wenig Rückſicht, daß ſie mit ihren ganzen Hofſtaate dahin abreißten, zu deſſen Transport, für das Coburgiſche Hofperſonal, 236 und für das Eiſenachiſche, 147 Pferde erforderlich waren. Für das glückliche Gedeyen des Landtags wurden in allen Kirchen des Landes feierliche Gebethe angeſtellt, zugleich aber auch, wegen Verpflegung eines ſo zahlreichen Gefolges, die nöthigen Anſtalten getroffen. So befahl unter andern Johann Caſimir ſeinen Thüringiſchen Forſtmeiſter, für die Beiſchaffung des erforderlichen Hirſch- und Rehwildprets zu ſorgen, doch machte er ihm ſehr nachdrücklich zur Pflicht, die fürſtliche Wildbahn zu ſchonen und nur „dem benachbarten Heſſiſchen- und Mainziſchen Wildpret nach„zutrachten und was davon zu ertappen, nach Gotha zu ſchaffen." — Nach einer weitläuftigen Propoſition verwilligten die Stände eine 12jährige Verlängerung der Land- und Trankſteuer und vereinigten damit den Wunſch, daß mehrere Landesgebrechen ab-

m) Beilage Nr XXXXI. S. 106. In dieſer Urkunde lieget die erſte Spur einer Landeſchaftscaſſe, in welcher aber blos die Ritterſteuern aufbewahrt wurden. Eine weitere Ausführung dieſes Gegenſtandes wird unten §. XXXVIII. vorkommen.

n) Dipl. Origin. d. d. Wien d. 13. Aug. 1621.

geſtellt, beſonders aber dem unordentlichen Münzweſen geſteuert, das Land mit gemeiner Uſualmünze, an Pfennigen, Dreyern und Groſchen, verſehen, die hohen Preiße der Lebensmittel vermindert, auch, bei Beſetzung der geiſt- und weltlichen Aemter, die Landeskinder den Auswärtigen vorgezogen werden möchten.

Der Herzog entſprach den Wünſchen ſeiner Stände, durch Erlaſſung zweier Mandate, die auf Abhülfe dieſer Beſchwerden abzweckten. Wegen des bekannten Kipper- und Wipperweſens, welches damals in Deutſchland allgemein war und auf Handel und Wandel einen nachtheiligen Einfluß hatte, traf Johann Caſimir (1622) die Vorkehrung, daß zu Neuſtadt an der Heide eine beſondere Münzſtätte angeleget, tüchtige Münzen, nach ächten Schrot und Korn, ausgepräget, die bisher im Lauf geweſenen geringen Geldſorten heruntergeſetzet o), und das Aufwechſeln und Ausführen der guten Münzen bei Strafe verboten wurde. Eine wohlthätige Folge davon zeigte ſich nun zwar durch die Verminderung der hohen Preiße aller Lebensmittel: Aber demohngeachtet ließ der Herzog im J. 1623 noch eine beſondere Taxordnung bekannt machen, die ſich, außer den Victualien, auf alle und jede Handelsartickel, Handwerksproducte, Tag- und Geſindelohn u. ſ. w. erſtreckte, um das Publikum für Vervortheilung aller Art ſicher zu ſtellen p).

Den ruhigen Genuß dieſer guten Anſtalten ſtöhrte indeſſen der Ausbruch des 30jährigen Kriegs, der in dieſen Zeitraum ganz Deutſchland in Flammen ſetzte und nun auch ſich über die Coburgiſchen Lande verbreitete. Johann Caſimir würkte zwar (1625) vom Kurfürſt Johann Georg zu Sachſen ein Patent aus, vermöge deſſen dieſe Lande mit Durchzügen und Einquartirungen der kaiſerlichen Völker verſchonet bleiben ſollten q); Auch Kaiſer Ferdinand II. ertheilte ihm, als dem älteſten Fürſten im ganzen deutſchen Reiche, (1627) gegen alle Kriegspreſſuren ein ſehr kräftiges Protectorium r); Nichts deſtoweniger wurden ſeine Lande ſo hart mitgenommen, daß im J. 1630 die Kriegskoſten, die nur allein das Amt Coburg getragen hatte, ſich auf 130,988 fl. beliefen s). Dieß war aber nur gleichſam ein Vorſpiel von dem was erſt kommen ſollte. Das bekannte Reſtitutionsedikt vom J. 1629, nach welchem alle, nach dem Paſſauer Vertrag eingezogenen, Klöſter und Kirchengüther den Catholicken zurückgegeben werden ſollten, erregte bei den proteſtantiſchen Fürſten eine allgemeine

Unzu-

o) Wie ſchlecht die damaligen Münzen an innern Gehalt geweſen ſeyn mögen, kann man daraus abnehmen, daß der Thaler auf 7 gr. — und der Dreibäßner auf 4 Pfennige herabgeſetzt wurde.

p) Der Preiß der Dinge, — der einzige Maßſtab, um ſich von dem damaligen Werth des Geldes einen Begriff zu machen, — verhielt ſich unter Joh. Caſimirn alſo: 1 Sr. Waizen 2 fl., 1 Sr. Korn und Gerſte 24 Bz, 1 Pf. innländiſches Ochſenfleiſch 12 pf., das Poliſche 14 pf., 1 Pf. Schweinefleiſch 16 pf., 1 Bratwurſt 4½ pf., — doch daß ſie die rechte Gröſze haben und deren 4 ein Pfund wiegen, Pf. Butter 18 pf., 1 Maß Bier 6 pf., 1 Maß Landwein 21 pf., 1 Pfund Licht 28 pf., 1 Pf. Karpfen 16 pf., 1 fette Ganß 9 gr., 1 paar Mansſchuhe von Leder 30 kr., von Cardawan 18 gr., 1 Centner Wolle 12 fl., 1 Pf. Zinn 30 kr. u. ſ. w.

q) d. d. Dreßden den 29. Dec. 1625.

r) d. d. Wien den 6. Febr. 1627.

s) Hön l. c. B. II. S. 259.

Unzufriedenheit, und obgleich Kurfürſt Johann Georg zu Sachſen ſich gegen dieſes willkürliche Verfahren mit Nachdruck erklärte, ſo ſuchte dennoch K. Ferdinand ſein Edikt mit gewaffneter Hand durchzuſetzen. Johann Georg berief deswegen die evangeliſchen Fürſten zu einem Convent nach Leipzig, um ſich über dieſe wichtige Angelegenheit mit ihnen zu berathſchlagen. Auch Johann Caſimir fande ſich am 28. Febr. 1631 mit einer zahlreichen Begleitung von 94 Perſonen daſelbſt ein t) und unterzeichnete den gemeinſchaftlich abgefaßten Beſchluß, nach welchem man übereinkam, dem Kaiſer, wegen der unerträglichen Kriegsbeſchwerden und wegen Aufhebung des Reſtitutionsedikts, nochmals Vorſtellung zu thun, in Verweigerungsfall aber ein anſehnliches Truppencorps aufzubringen, um die deutſche Freiheit und die Reichsgrundgeſetze mit Gewalt aufrecht zu erhalten.

Dieß war das Signal zu den verheerenden Feindſeligkeiten, womit nun der Kaiſer auch die Coburgiſchen Lande behandelte, und ſeit dieſer Periode füllt der 30 jährige Krieg unſere Geſchichte, mehrere Jahre hindurch, mit manchen Scenen des Schreckens und der Verwüſtung, die dem Lande viele Jahre lang fühlbar blieben. Selbſt die Stadt Coburg erlitte, nebſt der fürſtlichen Reſidenz, im Octobr. 1632 von den kaiſerlichen und baieriſchen Kriegsvölkern eine gänzliche Plünderung, auch wurden noch überdieß der Canzler Fromann und der Bürgermeiſter Breithaupt mit mehrern fürſtlichen Dienern und Rathsverwanden, als Geiſſeln, mit fortgeſchleppet und ſolange in Gefangenſchaft behalten, bis man ihre Freilaſſung mit 35000 Rthlr. erkaufet hatte u). Eine umſtändliche Beſchreibung dieſer traurigen Ereigniſſe haben für die Geſchichte wenig Nutzen; dahingegen iſt die Zeit unmittelbar nach dem Krieg für den Beobachter um ſo intereſſanter, weil ſie uns den frohen Anblick der hergeſtellten Ruhe und der Auflebung eines verwüſteten Landes darbietet.

Aber Johann Caſimir erlebte dieſen glücklichen Zeitpunkt nicht; Er ſtarb, mitten unter den kriegeriſchen Auftritten, am 16. July 1633 im 69. Jahre ſeines Alters. Wegen den damaligen Kriegsunruhen wurde ſein verblichener Cörper erſt 9 Monate ſpäter in der St. Moritzkirche in die Kruft verſenket, auch zu ſeinem Andenken ein Epithaphium errichtet, welches ich in der II. Kupfertafel mittheile. Die Coburgiſche Geiſtlichkeit hat ihm ein anſehnliches Legat von 5000 fl. zu verdanken, welches er ihr (1627) mit der Beſtimmung vermachte, daß nach ſeinem Tode die Zinßen an die Pfarrer und Schullehrer aus der fürſtlichen Rentcammer abgereichet werden ſollten v). Da er ohne Erben aus der Welt gieng, ſo fiel das Fürſtenthum Coburg, mit den dazu gehörigen Thüringiſchen Landen, an ſeinen Bruder, Johann Ernſten, zu Eiſenach, deſſen kurze Regierungsgeſchichte den Inhalt des XVI. §. ausmachen wird.

t) Actenmäßigen Nachrichten zufolge, belief ſich der Koſtenaufwand von 1. Febr. bis zum 9. April 1631, für ein ſo zahlreiches Perſonale doch nur auf 12089 fl. 20 gr., die von der Landſchaft bezahlt wurden.

u) Hön l. c. Th. II. S. 270.

v) Gruners Geſch. Joh. Caſimirs S. 98.

Von der unglücklichen Ehe Johann Caſimirs mit ſeiner erſten Gemahlin, Anna, einer kurſächſiſchen Prinzeſſin, von welcher er ſich 1593 ſcheiden ließ, werde ich nachher (§. XV.) meiſtens aus archivaliſchen Quellen, ausführliche Nachrichten mittheilen. Er trat im J. 1599 mit Margarethen, einer gebohrnen Herzogin von Braunſchweig Lüneburg, in die zweite Ehe und verſchrieb ihr Schloß und Amt Römhild zum Wittwenſitz, den ſie zwar nach ſeinem Tode bezog, aber in der Folge ſich nach Zelle zu ihren Bruder, Herzog Friedrichen von Braunſchweig, begab, wo ſie im J. 1643 ihr Leben endigte.

§. XIV.

Einige Züge aus dem Privatleben Herzog Johann Caſimirs.

In der bisherigen Geſchichte haben wir dieſen Fürſten als einen Regenten kennen lernen, deſſen Andenken ſich, durch manche rühmliche Anſtalten, bis auf unſere Zeiten erhalten hat und noch lange fortblühen wird. Er iſt aber auch als Privatmann merkwürdig, und ich kann es mir nicht verſagen, hier noch einiger Handlungen zu erwähnen, die mit der Geſchichte des Landes ſelbſt in keiner Verbindung ſtehen, ſondern nur ſolche Gegenſtände betreffen, die uns mit dem fürſtl. Hofſtaate, mit Joh. Caſimirs Denkmünzen, mit ſeiner Neigung zum ſinnlichen Vergnügen, mit ſeiner Bauluſt und überhaupt mit der Denkart ſeines Zeitalters, einigermaßen bekannt machen. In den Nachrichten über ſeinen Hofſtaat, erblicken wir freilich dieſen, ſonſt ſo geachteten, Fürſten, ſoviel beſonders weiſe Sparſamkeit betrift, eben in keinem günſtigen Lichte, und er war eben ſo, wie manche ſeiner Zeitgenoſſen w) durch unwirthſchaftliche Haushal-

w) Gerade in dem Zeitraum wo Joh. Caſimir lebte, waren Schulden- und Finanzzerrüttungen bei den fürſtlichen Höfen an der Tagesordnung. In einem ähnlichen Zuſtande befand ſich auch z. B. Herzog Friedrich Wilhelm zu Weimar, deſſen Schulden, ſeit dem Antritt ſeiner Regierung, bis zum J. 1590 auf 3,50000 fl. angewachſen waren. Er war aber eben ſo, wie ſein Vetter, Johann Caſimir, ſo glücklich, rechtſchaffene Miniſter zu haben, die Muth genug hatten, um ihn die traurigen Folgen ſeines verſchwenderiſchen Haushalts zu Gemüthe zu führen. Dieß geſchahe in einem nachdrücklichen Bedenken, welches ihm Vitzthum von Ekſtädt, der von Brandenſtein und Markus Gerſtenberger im J. 1590 ſchriftlich vorlegten, und welches, als ein Muſter von Freimüthigkeit, in Pistorii amoenit. hist. jur. P. IV. p. 1775, wiewohl unvollſtändig abgedruckt wurde. Nach einer, im hieſigen Archiv vorhandenen gleichzeitigen Abſchrift, — die ohne Zweifel Johann Caſimirn zur Warnung mitgetheilet wurde, — heißt es unter andern: — „Soll man denn ſo allein die arme Landſchaft vollends gar „in Steuern erſchöpfen, ſo will dabei zu bedenken ſeyn, Gottes ſchwere Straf, ſo vber Herr „und Knecht ergehen wird; — Soll man denn das Armuth mit Jagdgeltern, Bauſteuer, „Dienſtgeldern doppelten Trankſteuern beſchweren; ſo wird Gott Urſache haben, ſeinen Zorn „heftiger wider vns auszuſchütten. — Se. F. G. werden Sich dadurch eine Nachrede zuziehen; — Dem allen vorzukommen werden J. F. Gnaden vor ſolches Unheil nochmalen gewarnet, damit vnſern Pflichten vor Gott vnd J. F. G. ein Gnüge geſchehe. Es kann aber dieſem Unrathe mit einem Wort geholfen werden, das heißt: Persimonia, Sparſamkeit, „vnd iſt gewiß, daß alle Land- und Trankſteuern nicht ſo viel tragen, als die einige Tugend, „denn Gott ſegnet die Haushaltung vnd keine Steuern“ u. ſ. w.

tung und unverhältnißmäßigen Aufwand am Hofe, in eine Schuldenverwirrung gerathen, aus welcher er ſich mit Mühe und meiſtens durch die Gutmüthigkeit ſeiner Ritterſchaft zu retten vermochte (S. 79). Vor ſeinem Regierungs-Antritte hatten die vormundſchaftlichen Räthe im J. 1574. eine beſondere Hofordnung entworfen, die vorzüglich auf Sparſamkeit abzweckte. Von dem größten Theil des damalen ſogenannten Hofgeſindes, erhielte jede Perſon, wöchentlich 1 fl. Koſtgeld und in der Ehrenburg wurde für die zwei jungen Prinzen und ihren adelichen Umgebungen nur auf einer Tafel angerichtet, von deren Abhub noch drei Nebentiſche mit Speiſen verſehen wurden x); auch beſtand die ganze Hofdienerſchaft nur in 41 Perſonen und der Marſtall in 38 Pferden.

Aber ganz anders verhielte ſich das Hofweſen zu der Zeit, als Johann Caſimir im J. 1586 die Regierung übernahm und, durch ſeine Vermählung mit der kurſächſiſchen Prinzeſſin, Anna, auch den Glanz dieſes kurfürſtlichen Hofes mit nach Coburg brachte. Jetzt vermehrte ſich auf einmal ſein Hofſtaat auf 213 Perſonen, adelichen und bürgerlichen Standes, die in Beſoldung ſtanden und noch überdieß, bis zum niedrigſten Bedienten, die Hofkoſt bekamen. So viel Claſſen von Hofgeſinde es gab, eben ſo viel Gattungen von Tafeln mußten gedeckt werden, die, nach dem Verhältniſſe des Ranges, mit Speiß und Trank verſehen wurden. Archivaliſchen Nachrichten zufolge, waren deren täglich 24 vorhanden und man kann ſich wohl leicht von den Aufwande einen Begriff machen, den eine Hofhaltung von der Art erforderte. Auch der fürſtliche Marſtall, der vormals nur in 38 Pferden beſtand, hatte ſich auf 140 vermehret, die täglich 53 Simmer Hafer verzehrten. Aber noch nicht genug; Um den Fürſten und ſeine Umgebung zu beluſtigen, unterhielte man auch fünf Hofnarren y), die damals einen ſo weſentlichen Theil eines wohl organiſirten Hofſtaats ausmachten, daß es wohl ſelten einen fürſtlichen Hof gab, der nicht wenigſtens mit einen dergleichen Witzling verſehen war. Dieſe Gattung Leute hatten das Privilegium, ihrem Fürſten mit luſtigen und witzigen Einfällen zu unterhalten, auch ihm und allen Hofleuten, ohne Furcht, die Wahrheit zu ſagen. Gewiſſermaßen waren ſie

x) Nach der vormundſchaftlichen Hofordnung von 1574 war der erſte Tiſch mit 8 Perſonen beſetzt. Sie waren: die 2 jungen Herzoge, der Statthalter, Graf von Barby, der Marſchall, Moriz von Heldritt, 2 Grafen, der Hofmeiſter und der Präceptor. Was von dieſer Tafel abgetragen wurde, kam auf den zweiten Tiſch, wo 9 Perſonen ſpeißten, als: 1 Cammerjunker, 3 Jungen (Junker) der beiden Herzoge, 2 Jungen des Statthalters, 1 Junge des Marſchalls, 1 Barbier und 1 Cammerknecht. An der dritten Tafel ſaßen: des Statthaltersſchreiber, (Sekretär) der Kelner (Mundſchenk) des Cammerjunkers und Hofmeiſters Junge und 2 Köche. Der Abſchub von dieſem Tiſch kam auf den vierten, an welchen die Keller- und Wagenknechte, 3 Wächter, der Stubenheizer und die fürſtlichen Hundsjungen beköſtiget wurden.

y) Der vornehmſte darunter war der bekannte Pritſchenmeiſter Wolf Ferber, der ſich beſonders durch ſeine dichteriſche Talente, als einen vorzüglichen Witzling, auszeichnet und von den groſſen Ritterſchießen, welches 1614 von Johann Caſimirn gehalten wurde, eine poetiſche Beſchreibung herausgab. (S. unten Note d. S. 102.)

noch ein Bedürfniß jenes Zeitalters, wo beſonders bei Hoffeſten, im Vorzimmer des Fürſten und ſelbſt an der Tafel ungemein viel Langweile herrſchte, die nur durch dergleichen Spaßmacher vertrieben werden konnte z). Johann Caſimir ſetzte daher auf ſeine 5 Hofwitzlinge einen ſo großen Werth, daß er bei der, im J. 1598 vorgenommenen, Einſchränkung ſeines Hofſtaats, (S. 79) ſich nicht entſchließen konnte, auch nur einen davon abzuſchaffen.

Deſto geneigter ließ ſich aber der Herzog für die Verminderung des übrigen Hofperſonals finden. Seit jener Zeit enthielt die fürſtliche Hofhaltung: 1 Marſchal, 1 Hofmeiſter, 1 Cammerjunker, der zugleich den Marſtall zu beſorgen hatte, 2 Hofjunker, 3 Edelknaben, 1 Hofarzt, 1 Schloßvogt, 1 Bibliothekar, 1 Barbier, 1 Cammerknecht, 1 Thürhüther, 1 Silberknecht, 1 Bettmeiſter, 1 Poſtreuther zur Beförderung der fürſtlichen Briefe, 1 Küchenſchreiber, 2 Köche, 1 Schenk, 1 Kellerknecht und noch andern geringen Officianten an reißigen Knechten, Stall- und Hundejungen, die ſämmtlich verköſtiget wurden. Die fürſtliche Gemahlin hatte ihren beſondern Hofſtaat, und dieſer beſtand: in 1 Hofmeiſterin, 2 edlen Jungfrauen (Hofdamen) 1 Frauenzimmerhofmeiſter, 2 Edelknaben, 1 Jungfrauenknecht, 1 Köchin, 2 Waſchmägde und 1 Nätherin. Auch die Canzleiverwanden, an Canzlar, Räthen, Rentmeiſter, geheimſchreibern u. d. m. hatten damals noch ihren Sitz in der Ehrenburg und genoſſen die Hofkoſt. Nach der neuen Hofordnung von 1598 ſollten auf der fürſtlichen Tafel, über 14 Hauptessen, zu jeder Mahlzeit, — ohne Confect, Käß und Obſt, — nicht aufgetragen auch weiter Niemand daran gezogen werden, als den der Herzog haben wollte. Der Truchſeſen-Tiſch, oder die Marſchallstafel, wurde nur mit 2 warmen Eſſen bedient und bekam den Abſchub von der fürſtlichen Tafel; An den Knechtstiſch aber wurden die geringern Hofdiener, worunter ſich auch die 5 Hofnarren befanden, mit 1 warmen Eſſen und den Abſchub von den Truchſeſen-Tiſch, abgeſpeißt. Auch beſtand eine eigne Hofökonomie, bei welcher beſondere Metzger, Becker, Brauer, Büttner ꝛc. ꝛc. mit Beſoldungen angeſtellt waren, welche, unter der Aufſicht des Schloßvogts, die Hofhaltung mit den nöthigen Bedürfniſſen verſehen mußten. — Zur Beleuchtung des Schloſſes, der Canzlei, Renterei und anderer Geſchäftszimmer, brauchte man jährlich 23 Centner und 80 Pfund Lichter.

So zahlreich auch der fürſtliche Hofſtaat war, ſo gering hingegen war die Beſoldung. Der Marſchall, Hanß Caſpar Gottfart, auf den doch die Laſt des ganzen Hofweſens ruhete, bekam z. B. nur 150 fl. Dienſtgeld, 38 fl. für Som-

z) Dieſe Claſſe von Menſchen, hatte in frühern Zeiten ſo ſehr überhand genommen, daß ihre Verminderung ſchon im J. 1497 ſogar einen Gegenſtand des Reichstags zu Lindau mit ausmachte. (Müllers R. T. Theol. unter K. Fried. V. Verf. III. S. 62) Sie erhielte ſich aber noch über ein Jahrhundert, und ſcheinet überhaupt nicht ſo verächtlich geweſen zu ſeyn, als man es, ihren Titel nach, glauben ſollte. Oft war der Hofnarr der aufrichtigſte Freund ſeines Fürſten, gegen dem er ſich freimüthig äußern und nebenher ſeine üble Laune, durch witzige Einfälle, verſcheuchen durfte. Der bekannte Sächſiſche Hofnarr, Claus, ſtand daher in ſo großen Werth, daß er in der Erbtheilung des Allodiums, von den fürſtlichen Erben, weil jeder ihn gern haben wollte, mit 80,000 rthlr. in Anſchlag kam. (Curioſitäten, B. I. St. 1. Nr. IV.)

mer- und Winterkleider und frei Futter für 3 Pferde. Eben ſo viel erhielt auch der Hofmeiſter, Raphael von Witzleben, der beſonders die Pflicht auf ſich hatte, das adeliche Frauenzimmer, die Edelknaben und Jungfrauenknechte zur Zucht und Erbarkeit anzuhalten und darauf zu ſehen, daß nicht jedermann in das Gemach der fürſtlichen Gemahlin oder der Frauenzimmer ein- und auslaufe. Der Forſtmeiſter, deſſen Amt ſich über die Fränkiſchen und Thüringiſchen Waldungen erſtreckte, wurde mit 300 fl., 60 Klafter Brennholz, 5 Sr. Waizen, 20 Sr. Korn, 60 Sr. Hafer und 4 Fuder Heu beſoldet, und hatte frei Wohnung zu Mönchröden. Hofräthe, Aſſeſſoren und ſelbſt der Hofrichter erhielten mehr nicht als 120 fl; Nur der geheime Rath Dr. Bathol. Schwarzloß, dem Johann Caſimir die Führung der Reichsproceſſe übertragen hatte, wurde mit 300 — und der fürſtliche Hofmedikus D. Schnepf mit 250 fl. beſoldet. Am beſten ſtand ſich der Rentmeiſter, deſſen Wirkungskreiß die Fränkiſchen und Thüringiſchen Lande in ſich faßte und gleichſam die Seele des Staats ausmachte. Er bekam 500 fl. Beſoldung, 208 rthlr. Koſtgeld 275 Sr. Hafer auf 4 Pferde und die gewöhnliche Hofkleidung auf 4 Perſonen. Dafür lieferte er aber auch jährlich über 3000,000 fl. in die fürſtliche Caſſe, beſorgte alle Staatsausgaben und gewährte oft noch einen Ueberſchuß von mehr als 100,000 fl. worüber ihm der Herzog jedesmalen ſeine Zufriedenheit zu erkennen gab. (S. 80)

Von Johann Caſimirn ſind noch viele Denkmünzen vorhanden, wodurch er das Andenken merkwürdiger Begebenheit auf die Nachwelt zu bringen ſuchte, und die, in Anſehung der Sinnbilder und Inſchriften, die beſten Zeugniſſe ſeiner Denkart und des Geſchmacks jenes Zeitalters abgeben. Gleich nach ſeinen Regierungsantritt ließ er eine, darauf Bezug habende, Medaille prägen, auf deren Avers man ſein Bruſtbild mit der gewöhnlichen Umſchrift erblicket. Auf den Revers ſtehet der Spruch: Justitiam et. Judicium. diligit. dominus. Misericordia. domini. plena. est terra. (der Herzog liebet Gerechtigkeit und Gericht, die Erde iſt voll der Güte des Herrn) Eine zweite Medaille, die bei fürſtlichen Feierlichkeiten ausgetheilet wurde, enthält, neben dem Bruſtbilde des Herzogs, ſeinen Wahlſpruch: Elend. Nicht. Schadt. Wer Tugend hat. Merkwürdig und ſehr ſelten iſt die dritte, welche bald nach dem Tode (1609) des letzten Herzogs von Jülich gepräget wurde. Sie zeiget auf deren Vorderſeite ſein Bruſtbild, umgeben mit 19 Wappenſchildern, worunter nun auch die Cleviſchen Lilienſtäbe, die Jülichſchen und Bergiſchen Löwen, die Märkiſche geſchahte Binde und die Ravensbergiſchen Sparren befindlich ſind. Der Titel, welcher jetzt durch den Zuſatz: von Jülich Cleve und Berg vermehret iſt, fängt auf dieſer Seite an und endiget ſich auf der Kehrſeite, wo der Herzog geharniſcht zu Pferde ſitzt, unter welchem man die beiden Schlöſſer Coburg und Calenberg im Hintergrund erblicket. Unten lieſet man ſein Wahlſpruch: Elend nicht ſchad, wer Tugend hat. Eben ſo bemerkenswerth iſt die Medaille, die Johann Caſimir auf das, im J. 1630 zu Coburg gefeierte, Jubelfeſt der Augſpurgiſchen Confeſſion, ausprägen ließ. Auf den Avers ſtehet ſein Bruſtbild mit den gewöhnlichen Titeln, auf der andern Seite aber, ſind verſchiedene Sinnbilder zuſammengeſetzt, die ſich auf jene Feierlichkeit beziehen: Auf

einem, mit der Jahrzahl 1630 bezeichneten, Altar, ſiehet man den, ſich ſelbſt verbrennenden, Phönix mit der Beiſchrift: Sic Reivvenesco (Alſo werde ich wieder jung.) Ueber demſelben ſchwebt ein Engel, der die Deviſe: Major invidia (ich bin über den Neid erhaben) in beiden Händen hält, und neben dem Altar ſtehet eine Ehrenſäule, an deren Fuß verſchiedene Armaturen zu ſehen ſind. Die Säule ſelbſt iſt mit der Sächſiſchen Raute umwunden, aus deren Spitze zwei Palmzweige hervorgehen, unten welchen zur Rechten eine Krone und zur Linken ein Lorberkranz in der Luft ſchweben. Die Nebenſchrift heiſet: Sic post Fata vivo. (ſo lebe ich nach dem Tode.) In Hintergrund erblicket man die Veſte Coburg, unter welcher ein Ackermann das Feld pflüget. — Die fünfte Denkmünze zeiget, neben den Bruſtbilde, auf den Revers ein, mit dem Schwerde durchſtochenes Herz, über welches eine Hand aus den Wolken, Oehl ausgieſet, mit der Umſchrift: Er hat uns geschlagen er wird uns auch heylen 1631. Ueber die Deutung dieſer Medaille ſind die Meinungen getheilt. Die wahrſcheinlichſte iſt wohl dieſe, daß Johan Caſimir ſolche zum Andenken der grauſamen Kriegsverheerungen, wodurch nur allein das Amt Coburg (1631) ein Schade von 13 Tonnen Goldes erlitten haben ſoll, hat prägen laſſen, um ſeine unglückliche Unterthanen dadurch aufzurichten.

So viel von den ſinnreichen Denkmünzen unſers Herzogs, die ſich auf ernſthafte Gegenſtände beziehen a). Einige andere haben freilich einen entgegengeſetzten Character und zeugen von ſeiner Neigung zum ſchönen Geſchlechte und zugleich von ſeiner Liebhaberei zu leichtfertigen Zweideutigkeiten, die er ſogar durch Münzen zu verewigen kein Bedenken hatte. Von der Art iſt diejenige, deren Vorderſeite einen Liebhaber abbildet, der drei ſchöne Damen, mit der Umſchrift, verläßt: „Mancher dünkt ſich in ſeinem Sinn gar klug; Auf der Letzt hat er an Einer genug.“ Auf der Ruckſeite ſiehet man einen Fuchß auf einen Baum ſitzen, unter welchen zwei Liebende vergnügt beiſammen liegen. Dieſe Abbildung umgiebt die Umſchrift: „Wunder, Wunder über Wunder, Fuchß uf dem Baum Vogel drunter b).“ Eben ſo ſchlüpferich waren auch oft die Sinnbilder, die Johann Caſimir auf den Schreiben mahlen ließ, welche bei den öfters angeſtellten Büchßenſchieſen gebraucht wurden. — Weniger anſtößig, aber deſto kränkender für ſeine, von ihm verſtoſſene Gemahlin, war die Denkmünze, die er bei Gelegenheit ſeiner zweiten Vermählung prägen ließ. Auf der Vorſeite iſt der Herzog mit ſeiner Braut küſſend abgebildet, mit der Umſchrift: „Wie küſſen ſich die zwei „ſo fein.“ Auf der Kehrſeite ſtehet die unglückliche Anna in Nonnentracht und um ſie herum lieſet man den beweglichen Ausruf: „Wer küßt mich armes armes Nönnelein!“ Mit dieſer Münze c) benachrichtigte Johann Caſimir die, im

a) Ich habe ſie aus Tenzels Medaillen-Cabinet der S. Erneſtiniſchen Linie genommen, wo (S. 263—308) noch viele andere anzutreffen ſind, die aber für meinem Zweck weniger Intereſſe hatten.

b) Die Abbildung dieſer äuſerſt ſeltenen Medaille ſtehet in Tenzel l. c. S. 280.

c) Sie ſtehet ebenfalls im Tenzel l. c. S. 281. Auch findet man ſie in Köhlens Münzbel. Th. 16 S. 28. und in der, unter den Titel: Curioſitäten ꝛc. herausgekommenen Zeit-

Kloſter Sonnenfeld eingeſperrte, Herzogin von ſeiner zweiten Vermählung und er war hartherzig genug ſich an ihr, — ob ſie gleich, wegen eines jugendlichen Fehltritts, im Gefängniß ſchmachtete, — noch auf eine ſo undelikate Weiſe zu rächen.

Zu den ſinnlichen Vergnügen unſers Herzogs gehörete beſonders das Armbruſt- oder Stahlbogenſchießen, deſſen Einrichtung und Geſetze er durch eine (1595) im Druck erlaſſene Schützenordnung öffentlich bekannt machte. Am glänzenſten zeichnete ſich das Ritterſchießen aus, welches Johann Caſimir im J. 1614 zu Coburg veranſtaltete, und 4 ſilberne Becher, zu 100, 50, 25, u. 20 fl. am Werthe, zu Hauptgewinſten ausſetzte. Zwölf deutſche Fürſten und Grafen, 18 Städte und eine Menge von Edelleuten wohnten demſelben bei. Die Feierlichkeiten womit daſſelbe gehalten wurde, veranlaßte Ihrer fürſtlichen Gnaden, beſtellter Pritzſchenmeiſter, Wolf Ferbern zu Zwickau, eine ſehr ausführliche Beſchreibung davon in Verſen herauszugeben die man damals als ein Meiſterſtück der Poeſie betrachtete d).

Bemerkenswerther iſt aber wohl ſeine Bauluſt, welcher die Stadt Coburg manches nützliche Gebäude zu verdanken hat. Er war der Urheber des noch jetzo ſtehenden Regierungsgebäudes, deſſen äußers Anſehen ſich, durch die Gothiſche Bauart jener Zeit, vorzüglich auszeichnet. Johann Caſimir beſtimmte daſſelbe (1601) zum Sitz der ſämmtlichen Landescollegien, die vorhero in der fürſtlichen Reſidenz ihre Geſchäftszimmer hatten, jetzt aber ſo zahlreich waren, daß es wohl an Platz mangeln mochte, einem jeden derſelben eine beſondere Seſſionsſtube anzuweiſen. Das geheime Rathscollegium, die Landesregierung und das Conſiſtorium, hatten durch die Errichtung des Hofgerichts und Schöppenſtuhls, (1598) einen bedeutenden Zuwachß erhalten, und die alte Schloßcanzlei war zu klein, ein ſo zahlreiches Geſchäftsperſonal zu faſſen. Der Herzog beſchloß alſo ein neues Gebäude am Markte aufzuführen und daſſelbe dieſen fünf Gerichtshöfen, zu ihren Verſammlungen, einzuräumen, auch zugleich das Archiv und ſogar die Druckerei, die damals noch auf fürſtlicher Rechnung geführet wurde, dahin zu verlegen. Beinahe hätte man dieſen ehrwürdigen Tribunalen auch noch eine Trinkſtube beigeſellt; denn in dem nemlichen Reſcripte, worinne der Herzog das Regierungsgebäude anordnete, gab er ſeinen Räthen zu erkennen, daß er zur Anlegung einer Trinkſtube, eine ſteinerne Behau-

ſchrift, 1 B. 26 St. Taf. IV abgebildet. Die letztere Schrift führet noch einen Kupferſtich, gleicher Manier, an, auf welchen das fürſtl. Brautpaar in ganzen Figuren beiſammen lieget, die Nonne hingegen ſtehet, ſeufzend, in der Entfernung, und im Hintergrunde liegen das Kloſter Sonnenfeld und die Veſte Coburg, wo ſie in Gefangenſchaft war. Die Umſchrift iſt die nehmliche die auf der Münze ſtehet.

d) Dieſe Schrift beſtehet aus 1 Alph. und 5 Bogen, und führet den Titel: „Gründliche vnd „ausführliche Beſchreibung eines fürnehmen fürſtl. Armbruſtſchießens zum ganzen Stande, wel„ches der durchl. hochgeb. Fürſt vnd Herr, Herr Johann Caſimir Herz. zu Sachſen ꝛc. den „23. May 1614 in ihrer f. Gnaden Hauptſtadt Coburgk angeſtellt vnd gehalten hat ſampt „andern Solenniteten vnd kurzweiligen Sachen, ſo bey dieſen f. Schießen vorgelaufen, Reim„weiße verfaßt. Durch Ihrer f. Gnaden beſtellten Priezſchenmeiſter. Wolf Ferber „von Zwickaw. Gedruckt zu Coburgk in der fürſtl. Truckerey durch Juſtum Hauck, „MDCXIV."

ſung erkaufet habe, welche, wegen der unterſchiedenen Stuben, Kuchen, Gewölbe, Keller, Springbrun und anderer Gelegenheit, viel bequehmer und füglicher ſey, als ſolche in dem neuen Bau zu haben e).

Außer dem Landesregierungsgebäude haben ihm auch das Gymnaſium, (S. 83) die Kirchen zu Oeßlau und Kalenberg und das Zeughaus zu Coburg ihr Daſeyn zu verdanken. Erſteres wurde im J. 1604 mit einen Koſtenaufwand von 26000 fl. vollendet, und das Letztere kam im J. 1621 und alſo gerade in der Periode zu Stande, wo der Ausbruch des 30jährigen Kriegs es nothwendig machte, zur vertheidigung des Landes, die erforderlichen Kriegsarmaturen in Bereitſchaft zu halten, die aber bei den Friedländiſchen Einfall mit weggenommen wurden. Die Baukoſten dieſes Arſenals ſollen ſich auf 21928 fl. belaufen haben f). — Ungemein viel Sorge wande der Herzog auf die Verſchönerung und Erweiterung der fürſtlichen Reſidenz. Er ließ die ganze Seite an dem vordern Hofe, durch ein italieniſchen Baumeiſter, Bonallino, dem er den Bau um 1600 fl. verdungen hatte, vom Grundeaus aufführen, auch die, kurz zuvor abgebrannte, Schloßkirche, wieder herſtellen. Vorzüglich war die, in dem neuen Bau befindliche, ſogenannte Hornſtube, als ein Denkmal des Geſchmacks jener Zeiten, ſehenswürdig. Das an den Wänden angebrachte Tafelwerk beſtand aus mancherlei Vorſtellungen von Jagden und andern Gegenſtänden, die mit gebeitzten Holze ſo künſtlich eingeleget ſind, daß man ſie kaum von der Malerei unterſcheiden kann. Dieſe überaus künſtliche und mühſame Arbeit, die man auf 20000 rthlr. ſchätzet, wurde in den neueſten Zeiten abgebrochen und auf die Veſte Coburg geſchaft, wo ſie in einem beſondern Zimmer wieder zuſammen geſetzt werden ſoll.

Am leidenſchaftlichſten war Johann Caſimir für die Jagd eingenommen, und die Coburgiſchen Annalen erzehlen uns mehrere Beluſtigungen von der Art, die er ſogar in der fürſtlichen Reſidenz auf dem Markte veranſtaltete. Ein ſolches Luſtjagen wurde z. B. daſelbſt im J. 1620 mit 2 Wölfen 6 Haaſen 23 Füchſen und 15 Dachſen, — und im J. 1630 mit 4 Hirſchen, 8 wilden Schweinen, 2 Bären und andern Thieren gehalten, woran mehrere fürſtliche und adeliche Perſonen um ſo lieber Theil nahmen, weil ſich dergleichen Jagdfeſte insgemein mit einen frohen Gaſtmal endigten. Bei dieſer Art von Ergötzungen ſpielten auch insgemein die fürſtlichen Hofnarrn ihre Rolle und erſchienen, in rothen Kleidern, mitten unter den wilden Thieren, auf dem Kampfplatze, um die Zuſchauer, durch ihre Poſſen zu beluſtigen g).

Auſſer-

e) Beil. Nr. XXXX. S. 105. Dieſe ſteinerne Behauſung ſtehet in der Herrngaſſe und iſt dermalen, unter den Namen: Erhohlung, zu geſellſchaftl. Verſammlungen gebildeter Stände gewidmet.

f) Gruners Biogr. H. Joh. Caſimirs S. 86.

g) So wurde unter andern einem gewiſſen Reyhoß zu Gotha, als dem Hauptanführer der Coburgiſchen Narren, zu ſeiner Legitimation, ein Zeugniß ausgeſtellt, daß er, bei einer am 7. Jun. 1622, auf dem Markte zu Coburg angeſtellten Bärenhetze, mit den andern Hofnarrn, in rothen Kleidern einen prächtigen Aufzug gehalten und ſich zu einen Kämpfer auf den Platz geſtellet habe. d. d. Hütten Neubrun den 14. Jun. 1622.

Auſſerdem verſäumte auch Johann Caſimir nicht leicht eine Jagd, zu welcher er von der Nachbarſchaft eingeladen wurde, und eben ſo gern wohnte er großen Schmauſereien bei, wobei man, nach damaliger Sitte, wacker zu zeigen pflegte †). Sein Hofprediger, D. Gerhard, der dem Herzog ſein Glück zu verdanken hatte h), ſagte daher in ſeiner gehaltenen Gedächtnißrede: „laß es ſeyn, daß Ihre fürſtlichen „Gnaden je zuweilen den Jagden zu viel nachgehänget; es haben ſolches andere „Fürſten auch gethan; laß es auch ſeyn, daß Ihre fürſtlichen Gnaden je zuweilen „einen übrigen Trunk *) gethan; es iſt ſolches geſchehen zu Fröhlichkeit, und die „Sorgen loß zu werden ꝛc. ꝛc.“ — Die menſchliche Schwachheiten dieſes Fürſten „— ſagt der Prediger, Johann Wagner, in ſeiner Parentation, — wollen wir auf „ein Kneuel wickeln, mit ins fürſtliche Grab nehmen und daſelbſt verſcharren.“

§. XV.

Herzog Johann Caſimirs Vermählung und häußliche Verhältniſſe, beſonders in Hinſicht auf ſeine unglückliche Gemahlin, Anna.

Während Johann Caſimir noch unter der Vormundſchaft ſtand und zu Leipzig ſtudirte, kam er zum öftern nach Dreßden, wo ſein Vormund, Kurfürſt Auguſt, einen glänzenden Hof hielte. Sein Herz wurde ſehr bald gegen die Reitze der Prinzeſſin Anna, der jüngſten Tochter des Kurfürſten, empfänglich, welche auch, ihrer Seits, nicht gleichgültig gegen ihm war und ſich die Bewerbungen des jungen Fürſten um ihre Hand ganz wohl gefallen ließ. Ihr Vater nahm ſeinen Heyrathsantrag ebenfalls günſtig auf und ſo kam denn am 5. May 1584, in Beiſeyn Kurfürſt Georg Friedrichs zu Brandenburg, als Mitvormundes des jungen Herzogs, ein förmlicher Ehevertrag zu ſtande, vermöge deſſen die Prinzeſſin mit 30000 rthlr. ausgeſtattet, und ihr dagegen die Herrſchaft Römhild, ſamt den Aemtern Lichtenberg, Veilsdorf und Eißfeld zum Witthum verſchrieben wurde i). Das Beilager erfolgte zwei Jahr ſpäter (1586) und nun führte Johann Caſimir ſeine Gemahlin aus dem geräuſch-

†) Als z. B. Johann Caſimir vom Stadtrath zu Coburg zum Rathseſſen eingeladen wurde, antwortete er (am 4. Aug. 1623) eigenhändig: — „Er habe zwar viel zu thun und ſetze die „täglichen Jagden und andere hohe Anliegen nicht gerne aus; doch wolle er „ſoviel ſich abmüßigen, daß er zu dem Schmauſe kommen könne.“ (Curioſitäten, B. I. S. 118.)

h) Johann Gerhard, ein Quedlinburger, wurde 1606 vom Herzog Joh. Caſimirn, als Superintendent zu Heldburg angeſtellt und nachher nach Coburg als Profeſſor beim Gymnaſium berufen. Er ſtarb 1637.

*) Von Joh. Caſimirs Neigung zum Trunke, zeuget die in der Beilage Nr. XXXX. S. 105. befindliche Urkunde, worinne er; bei Gelegenheit der Errichtung des Regierungsgebäudes, auch zugleich für eine Trinkſtube ſorgte.

i) Der Ehevertrag, von welchen ſich das Original in hieſ. Archiv befindet, ſtehet in Arndts S. Archiv Th. I. S. 360 f.

vollen, feſtlichen Dreßden, in ſeine Reſidenz, — in das einſame, ſtille Coburg. So ſehr man ſich auch anfänglich beeiferte, der neuen Regentin, den Aufenthalt an den Ort ihrer Beſtimmung, durch mancherlei Vergnügungen, ſo angenehm als möglich zu machen; ſo war es doch wohl ſehr natürlich, daß die veranſtalteten Feſte und Feierlichkeiten endlich einmal aufhören mußten. An deren Stelle trat nunmehr das Einfache eines kleinen Hofes, woran ſich die junge muntere Fürſtin nur dann hätte gewöhnen können, wenn ihr Gemahl etwas mehr Gefühl für Sinnlichkeit und für häußliches Glück gehabt haben würde. Aber leider! war Johann Caſimir nicht dazu gemacht, um durch einen gewiſſen Frohſinn die Wünſche der Herzogin zu befriedigen, und ihrer Stimmung eine ſolche Richtung zu geben, die ſie von ihren nachherigen Ausſchweifungen abgehalten hätte. Statt deſſen zog er im Lande und bei den Nachbarn auf Jagden umher, beluſtigte ſich mit Scheibenſchießen, gefiel ſich wohl bei Schmaußen und andern Luſtbarkeiten, und dachte nicht an die Lage, in der ſich ſeine Gemahlin, einſam und allein, in der Ehrenburg befand. Sie aber fühlte ſolche deſto drückender, und ſchon in den erſten Jahren ihrer Ehe klagte ſie in den Briefen an ihren Gemahl über ſeine öftern und langen Abweſenheiten, jedoch unter den herzlichſten Verſicherungen ihrer zärtlichen Liebe zu ihm k). Jedesmal unterſchrieb ſich die Fürſtin:

k) Einige dieſer Briefe, deren Originale in hieſ. geh. Archiv aufbewahrt ſind, ſtehen in den Curioſitäten ꝛc. B. I. S. 103. (1811) doch will ich ſie hier mittheilen, um ſich von den treuen Geſinnungen der Fürſtin gegen ihrem Gemahl ganz zu überzeugen. — „Ich habe nicht unterlaſſen können, meinem Schatze zu ſchreiben, denn Gott weiß, wenn ich meinen Herrn eine Stunde nicht ſehe, ſo iſt mir die Weil ſo lang; ach, ich bitt, mein Schatz woll ſich ſo viel der Weil nehmen, vnd woll mir wiederum ſchreiben, wie mein Schatz iſt gegen Eißfeld kommen und woll ja meiner nicht vergeſſen. — Vnd befehlen Euch dem lieben Gott, der behüte Euch vor allen Unfall vnd helf meinen Schatz bald wieder zu mir in meine Arme. Gute Nacht. —

„Meinen freundlichen Gruß mit Erbittung meines ſchuldigen Gehorſams zuvor, hochgeborner Fürſt, freundliches herzallerliebſtes Herz! Ich habe Euer Schreiben heut Morgen um 4 Uhr bekommen, vnd mit groſzen Freuden verleſen, daß Ihr, Gott ſey lob vnd dank! zu Eiſenach friſch vnd geſund ſeyd angekommen, welches mir eine groſze Freude iſt zu hören, denn es kan meinem Schatz nicht zu wohl gehen, ich wünſche es Euch viel tauſendmal mehr. — Ich bitte Euch, Ihr wollt nur ſo oft an mich denken, als ich an Euch gedenke, ſo wird mein Schatz meiner nicht vergeſſen. Zu tauſend guter Nacht und befehl Euch dem lieben Gott. Datum in Eil.“

„Meinen freundlichen Gruß vnd Wünſchung aller glückſeligen Wohlfahrt zuvor; Ich habe nicht unterlaſſen können Euch zu ſchreiben, damit Ihr ſehet, daß ich Euch nicht vergeſſen habe, wie Ihr meiner vergeſſen habt; aber ich muß es Gott befehlen, denn ich habe in 14 Tagen kein Schreiben bekommen, vnd durch den Boten, den ich Euch geſchickt, hab ich auch nicht Antwort. Ich thue Euch wiſſen daß ich im Bette liege, aber ich muß Gott befehlen, wer Urſache meiner Krankheit iſt, aber ich bitt Euch, Ihr wollt um Gotteswillen nicht lange ausbleiben, vnd wollt doch meiner nicht gar vergeſſen, dann ich ſonſt elend bin, vnd bitt Euch, Ihr wollt mir nur ein Wort wieder ſchreiben, daß ich mich ein wenig zu tröſten habe.“

„Ich habe Euer Schreiben mit Freuden verleſen vnd bedanke mich zum allerfreundlichſten wegen des Ringes, vnd will es mit meinen Gehorſam wiederum verdienen. — Ich bitt Ihr wollt wiederum zu mir ziehen, oder mich holen laſſen, dann mir die Weile ſogar lang iſt, daß ich nicht weis, was ich vor langer Weil anfangen ſoll. ꝛc. ꝛc.

„Euer getreues und gehorſames Herz, weil ich lebe, Anna, geborne und Herzogin „zu Sachſen.“ Andere Briefe — die freilich nicht zur Bekantmachung geeigent ſind — ſprechen noch deutlicher aus, was die junge, feurige Fürſtin wünſchte, und nicht erhielt. Einmal ziehet ſie damit ihren Gemahl ſcherzhaft auf, und in einem luſtigen Fehdebrief erläßt ſie an ihm eine förmliche Ausforderung, wobei ſie ſich aus Scherz, „Euer ungehorſam Weib“ unterzeichnete.

Daß alſo die Fürſtin ihren Gemahl damals noch zärtlich liebte iſt wohl nicht zu zweifeln, und ſie würde gewiß nie die eheliche Treue gegen ihm verletzet haben, wenn er ihren ſo ſehnlichen Wünſchen, Mutter zu werden, entſprochen haben würde. Allein ſein ernſtes und kaltes Betragen, beſonders aber ſeine zu öftern Entfernungen vor ihrer Seite, mußte natürlicherweiße ihre Liebe gegen ihn vermindern und die junge, zu wenig bewachte, Fürſtin, deren Umgebungen eben auch nicht im beſten Rufe ſtanden l), zu einer Lebensweiſe verleiten, die zuletzt ihren ſchwehren Fall herbeiführte. Wenn alles das wahr geweſen wäre, was ihre Schwägerin, die Kurfürſtin Sophia zu Sachſen, ihr, in einen äußerſt ehrenrührigen Briefe vom J. 1590, zu Laſt legte m), ſo müßte die Anna ſchon damals in den niedrigſten Grade der Unſittlichkeit herabgeſunken und ihrer fürſtlichen Würde gar nicht mehr eingedenk gewe-

l) Actenmäſigen Nachrichten zufolge, unterhielte die Cammerjungfer der Herzogin, mit dem fürſtl. Hofjunker, Conraden von Vitzthum, ein ſo auffallendes Liebesverſtändniß, daß beide darüber 1593 in Arreſt kamen und wegen ihres getrieben Unweſens in Unterſuchung gezogen wurden. Dieſe Cammerjungfer, war die Vertraute der Herzogin und kannte ihren Umgange mit Ulrichen von Lichtenſtein ſehr genau. Letzterer geſtand auch nachher ſelbſt, daß er derſelben, auf Verlangen der Herzogin, ihren Liebeshandel anvertrauet habe. S. die Urk. in Hellfelds Beitr. Th. I. S. 34.

m) Dieſer Brief characteriſiret ſich beſonders durch den rauhen Ton, der damals, ſelbſt noch bei fürſtlichen Perſonen, herrſchte. Ich führe hier nur die auffallenſten Stellen an:

„Liebe Schweſter! ich kan dir nicht fürhalten, wie das ich in Erfahrung bin kommen, das du ein ſolch vnhöflich vndt vnforſtlich Weſen ſolt treiben, die einer erlichen Forſten nicht geziemen. Denn du dich ofte ſolt ferkleiden in Bergers Kleidern vnd ſolt ſo nüber Hof zum Gunker loſn vnd ſolt ſo leichtfertich Dienck dreiben, das nur Schande iſt, das Ich michs ſcheme zu ſchreiben, ge in dein eigenen Gewieſn, ſo wirſt du wol wiſen, wie es iſt, vnd will dich noch dismal zum Ueberfloß ewarnt haben, das du ſolch leichtfertige Hirrſe ſachen abegeſt, oder du ſolt das wieſn, wen ichs wieder ſon dir erfarre, ſo ſolt du das wieſn, das Ich dir die Brike nimmermer nicht mer wil for dir niedertretten, ſondern ich will die erſte ſein, die deine forvetern ſein ſol gegen meinem Hern, deinen Bruder, vnd verwarne dich noch durch Gottes ere willen vnd deiner ſelln ſeliekeit willn, das du ſolche ſachen abeſtehſt, oder du ſolt wol ſehn, wie dirs gehn ſol, das ſich jedermennigklich daran ſpigeln ſoll, du darfſt nicht gedenken, weil niement ſon hirhin bei dir iſt, das deine tickihn ferſchweigen ſein, — vnd ſo du dich nicht wirſt biekeren, ſo haſt du nicht (nur) hie zeitlichn Spott vnd Strafe, ſondern dort auch die ewige Strafe, denn du weiſt, das vnſer Herre Kriſtõ, der Mund der Warheit, ſpricht: kein Horrern noch ebrecherin ſolln das reich Gottes ererbn. Du wilt jemmer Kiender haben, vnſer Hergott möcht dir ſe wol gebn weil du ein ſolch gotloß Lebn fürfirſt, — vnd wen ich wieſen ſolte, das daufgeret, das ich dir geſchickt hette, das ſolche loſe Kinder darein gedeft ſolte werden, ſo ſchicks mir er wieder, den Ich gedenk dir nicht zu laſſen, du mageſt ſehn, wo du ſonſt was kriegſt, vnd ſo du dich an der

ſen ſeyn. Aber die Vorwürfe, die ihr die Kurfürſtin machte, waren in der That für eine, am kurſächſiſchen Hofe erzogene Prinzeſſin, bei welcher man doch wohl eine moraliſche Bildung vorausſetzen darf, viel zu hart, als daß man ſolche nicht für boshafte Verläumdungen erklären ſollte, welche die Kurfürſtin, ohne weitere Prüfung, ſo geradehin für wahr annahm. Im Gefühl der Unſchuld, mag alſo die Herzogin den beleidigenden Brief ihrer Schwägerin mit ſehr derben und empfindlichen Ausdrücken beantwortet haben; denn ihr Bruder, Kurfürſt Chriſtian, gab ihr ſeinen Unwillen darüber am 16. April 1590, mit den Worten zu erkennen: „daß ſie auf „ſeiner Gemahlin, ganz wohlgemeinte und gutherzige, Erinnerung, mit ſo ſtache„lichen, unbeſcheidenen und unziemlichen Reden geantwort, und daß die „Kurfürſtin ihr Schreiben nicht aus eignem Vorwitz und boshaften Gemüthe, ſon„dern vielmehr auf ſein, des Kürfürſten, Geheiß und Befehl, in guter Wohlmeinung „abgefaßt habe.“

Indeſſen war die Herzogin von dem Ungrund jener ehrenrührigen Anſchuldigungen noch zur Zeit ſo gewiß überzeugt, daß ſie, — anſtatt, im entgegengeſetzten Fall, die Sache zu unterdrücken, — nicht nur dem Kurfürſten ihre Unſchuld betheuerte n) ſondern auch, in dieſem Bewußtſeyn, kein Bedenken hatte, ſelbſt ihren Gemahl davon in Kentniß zu ſetzen und ihn zur Rettung ihrer gekränkten Ehre aufzufordern. Johann Caſimir nahm ſich wirklich ſeiner Gemahlin an. In einem, unterm 16. May an dem Kurfürſten erlaſſenen, Schreiben äußerte er über die, ſeiner Gemahlin gemachter Beſchuldigungen, ſein Befremden und verlangte, daß die Perſonen genannt werden möchten, welche ſo böſe Gerüchte gegen ſie ausgeſtreuet

Warnung kerſt, ſo mieſte mirs go Leit ſein, das ich ein Wort oder einen Bukſtaf darvmme ferlorn hette.

Deine getreige vnd vngetreige Schweſter weil ich Lebe vnd du dich darnach helſt.

Sophia Curfürſtin zu Sachſen.

n) Am 27. April ſchrieb die Herzogin Anna ihrem Bruder, dem Kurfürſten, ſehr höflich und ſuchte die ſtachlichten und unziemlichen Reden gegen ſeine Gemahlin beſtens zu entſchuldigen. Unter andern ſagte ſie: „Soll aber das Schreiben, ſo Ew. L. Gemahlin ahn „mich gelangen laſſen, nicht aus einem fürwitzigen boßhaftigen Gemüthe, ſondern auf „Ew. L. Geheiß wohlmeinendt geſchehen ſeyn, das gebe Ew. L. ich, als dem Verſtändigen, „ſelbſten zu erachten, ob Ich nicht vf ein ſo heftig Schreiben wohl Vrſache gehabt, mich „gegen Ew. L. Gemahlin anderſt zu verantworten, — wie ich dann noch nicht glauben kan, „daß Ew. L. derſelben Gemahlin, mir alſo zu ſchreiben, befohlen. — Da ich nun vf das „ſchmeheliche an mich ausgegangene Schreiben vngebürlich geantwort, das gib Ew. L. „ich, als meinem herzlieben Bruder, ſelbſten zu erkennen; da ich vnrecht gethan, laß ich Ew. „L. richter ſeyn. — Das ich aber bey Ew. L. durch falſche Zungen eingelappet, „muß ich Gott befehlen, vnd der Hoffnung leben, das ſolche Leuthe zu Schanden, ich aber „eine ehrliche Herzogin zu Saxen leben vnd ſterben will, wie dann Ew. L. mir die Peſoh„nen, Ihren ſelbſt freundlichen erbieten nach, namhaft machen werden. Da ich mich „nicht verantworten kann, ſollen Ew. L. mich vor dieſelbige halten, als ich in Schreiben „außgeruſen 2c. 2c. Datum Coburg den 27. April 1590.“

Anna H. zu S.

hätten. Dieſes gerechte Anſinnen wieß jedoch der Kurfürſt von der Hand und verlangte dagegen (untern 30. May) den Originalbrief zurück, den ſeine Gemahlin an die Herzogin geſchrieben hatte. Statt deſſen ſchickte ihm Johann Caſimir eine Abſchrift davon und wiederholte die Namhaftmachung der Urheber des nachtheiligen Gerüchtes, mit der Verſicherung, daß er keinesweges gemeinet ſey, davon einigen Gebrauch zu machen. Dieß ſchlug aber der Kurfürſt nochmals ab und beharrte auf der Aushändigung des erwehnten Originalbriefs, mit dem Zuſatze: „wenn es un„terbleiben ſollte, ſo mögen Ew. L. vnd Ihre Gemahlin ſolch Schreiben behalten „vnd es ſieden oder braten vnd es bei Ihr verderben laſſen.“

Bisher hatte zwar der Herzog ſelbſt die Unſchuld ſeiner Gemahlin vertheidiget; doch mochten die Anſchuldigungen, die ihr eine ſo nahe Verwandin machte, in ihm einigen Argwohn erweckt und auf ſeine eheliche Zuneigung gegen ihr einen ſehr nachtheiligen Einfluß gehabt haben. Unter dieſen häußlichen Verhältniſſen, die eben nicht die glücklichſten ſeyn mochten, waren zwei Jahre verfloſſen, ohne daß man nur irgend etwas verdächtiges von ihr entdeckete. Unglücklicher weiße erſchiene aber jetzt am Coburger Hof ein gewiſſer Avanturier, Nahmens Jeronimus Scotus aus Piacenza, der ſich einen Grafen nannte und durch mancherlei Künſte und Gaukelſpielereien in Deutſchland den Ruf eines Zauberers erworben hatte o). Johann Caſimir war ſelbſt ein großer Liebhaber verborgener Künſte und geheimer Wiſſenſchaften, und um ſo leichter gelang es dem Scotus, ſich das Zutrauen des Herzogs und ſeiner Gemahlin in einem ſo großen Grade zu bemächtigen, daß beide ſich ſeiner Leitungen mit einem Zutrauen hingaben, welches nur durch ihre gänzliche Verblendung erkläret werden kann. Während, daß der Betrüger den Herzog in die geheimſten Wiſſenſchaften einzuweihen und unter andern ihn auch reich zu machen verſprach, täuſchte er die Herzogin mit Taſchenſpielerkünſten und erſchlich ſich dadurch unvermerkt, die Gunſt der unerfahren Fürſtin. Was aber wohl den ſtärkſten Eindruck auf ſie machte, war das Verſprechen, ſie, — was ſie ſo herzlich wünſchte, — durch ſeine Kunſt fruchtbar zu machen.

Der allgemeine Aberglaube ihres Zeitalters, noch mehr aber die Hofnung, durch die Geburt eines Prinzen, die Zuneigung ihres Gemahls zu erhalten, beſiegten die Schwachheit der jungen reitzbaren Fürſtin. Sie überließ ſich den Umarmungen des Betrügers und legte dadurch den Grund zu ihrem Unglück. Sie lebte einige Zeit mit ihm in der engſten Vertraulichkeit, bis endlich Scotto, weil er glaubte verrathen zu werden, Coburg verließ, jedoch aber der Herzogin verſprach bald wieder zu kommen und ſie eines großen Glücks theilhaftig zu machen. Nicht zufrieden ihre Schwachheit gemißbraucht zu haben, wußte er, noch vor ſeiner Abreiſe, ein neues Band ähnlicher Vertraulichkeit, zwiſchen der jungen verführten Herzogin und dem fürſtlichen Hofjunker und Vicemarſchall, Ulrichen von Lichtenſtein, zu

o) S. die Curioſitäten der Vor- und Mitwelt, B. I. S. 107, wo von dieſem Wundermann und ſeinen Abentheuern, aus gedruckten und ungedruckten Quellen, manche, bisher noch wenig bekannte, Nachrichten mitgetheilet werden.

knüpfen p) und ſie dadurch im Taumel der Leidenſchaft zu erhalten. Anfangs ſchauderte Lichtenſtein, als Vaſall und Diener des Herzogs, für der Gefahr zuruck, der er ſich dabei ausſetzte. Aber die Reitze der ſchönen Herzogin, und die Merkmale, die ſie ihm von ihrer Zuneigung zum öftern zu erkennen gab q), ſiegten über ſeine Vernunft; und ſo wurde er, nebſt der Fürſtin, ein Opfer zügelloſer Empfindungen, die beide in ein unabſehbares Unglück ſtürzten.

Der Umgang dauerte nicht lange, ohne am Hofe bemerkt zu werden, indem man damals in der Verſtellungskunſt noch viel zu weit zuruck war, als daß beide Liebenden ihre wechſelſeitige Zuneigungen hätten verbergen können. Auſſerdem hatte auch Lichtenſtein ſein geheimes Verſtändniß der Cammerfrau der Herzogin anvertrauet r), bei der es wohl nicht ganz ſicher aufgehoben ſeyn mochte. Denn, als dieſe in Monat Octobr. 1593, wegen eines gleichmäßig verdächtigen Umganges mit den fürſtlichen Hofjunker, Conrad von Vitzthum, in Verhaft kam s), ſo iſt nicht unwahrſcheinlich, daß ſie, in einen ſo angſtvollen Zuſtande, das ihr anvertraute Geheimniß eröfnet habe. Dem ſey nun wie ihm wolle; genug, Johann Caſimir entdeckte den verdächtigen Umgang ſeiner Gemahlin mit dem von Lichtenſtein, ließ beide zu Ende des Monats Septembr. 1593 in Verhaft nehmen t), und ſetzte zur Unterſuchung der Sache eine eigne Kommiſſion nieder.

Die Herzogin ſchrieb an ihrem Gemahl mehrere Briefe in welchen ſie ihre Schuld bekannte und aufs beweglichſte um Verzeihung bat. „Sie ſey" — ſagte ſie, — „eine arme verlaſſene Waiſe, er möge ſie ja nicht ihre jungen Tage im Gefängniſſe

p) Beim Verhör bekannte Lichtenſtein „daß Scotus, als er noch zu Coburg geweſen, einſtmalen ihrer beyden Hände zuſammen genommen und allerley dabey geredet, auch geſagt habe, „die Herzogin hätte ihn lieb, darauf er ihn mit in der Herzogin Stüblein geführt und Jhn „gezogen, daß er zur Herzogin gehen und ihr die Hand geben müſſen ꝛc. ꝛc." S. die Urkunde „in Hellfelds Beitr. Th. I. S. 27.

q) Jn der vorhin not. p) angeführten Urkunde ſchob Lichtenſtein alle Schuld auf die Herzogin, und ſagt unter andern, „ſie hätte ſich mit Spielen vnd Handdrücken alſo gegen ihn erzeiget, „daß er wohl abnehmen können, was ſie gemeindt, hätte es aber nicht geachtet, ſondern ſich „ihrer entſchlagen wollen" ꝛc.

r) Hellfeld l. c. S. 33, wo Lichtenſtein dem Herzog verſichert, „daß er keinen Menſchen wiſſe, „dem er etwas von ſeinem Umgang mit der Herzogin vertraut, als dem Cammermägd„lein, der Annel, welches doch vf Anhalten Jhr. F. G. (der Herzogin) geſchehen." —

s) Jn den darüber vorhandenen Acten finden ſich zwei, kurz vor der Verhaftung der Herzogin, mit dem Vitzthum angeſtellten Verhöre vom 4. u. 19. Oct. 1593, worinne derſelbe im Gefängniſſe ſein Vergehen eingeſtand; aber von der mitſchuldigen Cammerjungfer iſt kein Vernehmungsprotokoll anzutreffen, vermuthlich weil ihre Ausſage, auf dem Umgang des Lichtenſteins mit der H. Anna, Bezug hatte.

t) Müller in den S. Annalen S. 212 u. Hellfeld a. a. o. S. 8, geben zwar den 19. Oct. zum Tage der Verhaftung an; ſie war aber weit früher geſchehen; denn ſchon am 4. Oct. eröfnete Joh. Caſimir den Wachmeiſter auf der Veſte Coburg, daß der daſelbſt verhaftete Ulrich von Lichtenſtein um die Erlaubniß habe bitten laſſen, daß ihn der hieſige Hofprediger beſuchen dürfe. Dieß geſtattete der Herzog, mit dem Zuſatze, daß, ohne ſeinem oder der fürſtl. Räthe Vorwiſſen, weiter Niemand zu ihm gelaſſen und derſelbe in guter Verwahrung gehalten werden ſollte.

„zubringen laſſen. Sie verlange nicht, ferner ſo ſtattlich gehalten und ſo großer „Ehre, wie bisher, theilhaftig zu werden, der Herzog möge ſie als ſeine arme Die-„nerin, als ſeine Magd halten, nur ſollte er ſie nicht ganz verſtoßen. Er möge dem „Lichtenſtein das Leben ſchenken, ſonſt würde ſie ſein Blut auf ſich haben.“ Im Verhör (am 17. Nov. 1593) wurde ihr von der Unterſuchungscommiſſion 14 Fragen vorgeleget, die ihren ſtrafwürdigen Umgang mit dem Scoto und Lichtenſtein betrafen u), und worinne die Herzogin freiwillig bekannte: „Sie habe mit Scoto „mancherley Unterhaltungen gepflogen, und es habe ihr derſelbe unter andern ver-„ſprochen, daß er ihr lehren wolle, fruchtbar zu werden. Sie ſey alſo zu ihm „auf ſein Zimmer gegangen, wo er ihre Hand ergriffen und dieſelbe auf ein, aus „Pappe geſchnittenes Kreuz, welches mit Charakteren bezeichnet und mit einem Drathe „belegt geweſen ſey, geleget habe. Dann habe er etliche unverſtändliche Worte ge-„ſprochen, von denen ſie nur die Benennung der heiligen Dreifaltigkeit verſtanden „habe. Sie ſey darauf ihrer nicht mehr mächtig geweſen, habe gegen ihre Pflicht „in ſeiner Umarmung gehandelt und ſich von ihm bereden laſſen, neben ihrem Herrn, „ſich in Liebe zu ihm zu halten. Auch habe ſie ihm eidlich verſprechen müſſen, daß „ſie, wenn er zurück käme, mit ihm nach Welſchland gehen wolle. Darauf habe „Scotto ihr geſagt, ſie werde eher ſterben als ihr Gemahl und es werde ihr übel „gehen. Wolle ſie aber, daß dieſer vor ihr ſterben ſolle, ſo werde es ihr wohl ge-„hen. Darein habe ſie aber nicht gewilliget. Nachher habe ſie ſich zu Ulrich von „Lichtenſtein geſellet, habe mit ihm ungebührliche Dinge, als Küſſe u. d. m. geſpielt, „ſich endlich ganz in ſeine Gewalt gegeben und ſeine Umarmungen genoſſen, wo es „ſich nur habe thun laſſen wollen.“ — Nach dieſem reuevollen Geſtändniſſe bat die Herzogin weinend, ihr Gemahl möge dies alles ihrem Unverſtande zurechnen und es ihr verzeihen, „indem ſie noch ein junges Menſch wäre. Der Schelm Scoto hät-„te ſie betrogen und ſie dazu gebracht daß ſie die Ehe gebrochen, ſie bäte nur allein „um Gnade und ſonſt um nichts mehr.“ Ein ähnliches Bekentniß legte ſie den Superintendent, Melchior Biſchof, ab, mit dem Zuſatze: „das iſt der Dank und Lohn, „daß wir den Teufel (nehmlich den Scoto) gen Hof zu Gaſt geladen haben.“

Herzog Johann Caſimir machte nunmehro die Sache bei ſeinem Conſiſtorio anhängig und trug auf förmliche Eheſcheidung an v). Nachdem man zuförderſt die Herzogin aus dem Kirchengebeth ausgeſchloſſen hatte w), wurden ſodann beide fürſtlichen Theile auf einen beſtimmten Termin vorgeladen, in welchem der Herzog durch ſeinen Bevollmächtigten, Dr. Wolfgang Maßliz, — die Herzogin aber nebſt dem ihr, als rechtlichen Beiſtand zugeordneten Coburgiſchen Cammerrath, Moritz von Heldritt, in Perſon erſchienen und ihre Rechtszuſtändigkeit beſorgten. Vermöge eines am 12. Dec. 1593 eröffneten Conſiſtorialbeſcheides, wurde hierauf die bisher

u) Das über das Verhör der Herzogin aufgenommene Notariatsinſtrument ſtehet in Hellfeld a. a. O. Th. I. S. 17.

v) S. die Urkunde in Hellfeld l. c. S. 36.

w) Ebendaſ. S. 37, verglichen Müllers Annal. S. 212.

beſtandene Ehe aufgehoben, dem Herzog, als dem unſchuldigen Theil, das Heirathsguth ſeiner Gemahlin, unter der Verbindlichkeit ſie nothdürftig zu unterhalten, zugeſprochen und ihm zugleich die Freiheit ertheilet, ſich anderweit zu vermählen x). Ueber den, gegen die Herzogin und den von Lichtenſtein verhängten, peinlichen Proceß findet man keine nähere Nachrichten, um ſich von der dabei beobachteten Legalität überzeugen zu können: Und eben ſo wenig iſt in den Acten ein, vom Schöppenſtuhl zu Jena eingeholtes, Urtel, anzutreffen worinne, wie man vorgiebt, beiden Verbrechern die Strafe des Schwerds zwar zuerkannt, ſolche aber vom Herzog in ewiges Gefängniß verwandelt worden wäre.

Von dieſem, für das geſammte Haus Sachſen, ſo äußerſt unangenehmen Ereigniſſe benachrichtigte Johann Caſimir ſeinen Vater, den gefangenen Johann Friedrich zu Neuſtadt in Oeſterreich, und bat um ſeine Berathung; und zu gleicher Zeit ſetzte er auch ſeinen Vetter, Herzog Friedrich Wilhelmen zu Waimar, davon in Kentniß und vereinigte damit den Antrag, die unglückliche Anna ihrem väterlichen Hauſe wieder zurückzugeben. Erſterer ſuchte ihn, in einen ſehr frommen Brief y) mit Gotteswort zu tröſten; Uebrigens war er aber der Meinung: „man ſollte die Herzogin, „wieder in ihr Neſt zurückſchicken; was hingegen den Lichtenſtein anlange, ſey „wohl mit den armen Tropfen ein Mitleiden zu haben, ſonderlich weil der Teufels„diener, der Scoto, ihn ſolches angethan, auf deſſen Habhaftwerdung man al„len Fleiß anzuwenden habe.“ Herzog Friedrich Wilhelm zu Waimar ſtimmte in einem Schreiben (d. d. Torgau den 22. Jan. 1594) zwar ebenfalls für die Erlaſſung der, von dem v. Lichtenſtein verwürkten, Todesſtrafe und beſonders aus dem Grunde, „damit, wenn Scotus zur Hand gebracht würde, mit demſelben, in Leugnungsfall, „die Confrontation fürgenommen werden könnte.“ — So viel aber die, in Vorſchlag gebrachte, Zurückſchickung der geſchiedenen Herzogin nach Dreßden betraf, erklärte der Herzog: „daß es ihm, als Vormund ſeiner Pflegſöhne, weiland Churf. Chriſtians „hinterlaſſener jungen Herrſchaft, nicht zuzumuthen ſey, ſie wieder in die kurſächſiſche „Lande zu nehmen und ſeinen Mündeln eine ſolche Laſt aufzuladen.“

Mit dieſen Aeuſerungen war Johann Caſimir ſehr unzufrieden und er wiederholte nochmals den Wunſch, daß der kurſächſiſche Hof die geſchiedene Herzogin zu ſich genommen haben möchte z). Dieß würde auch in der That ihr trauriges Loos um

x) Das Erkenntniß iſt in Hellfeld l. c. S. 49 abgedruckt. An den nehmlichen Tag bat zwar das Coſiſtorium den Herzog in ein beſondern Schreiben, die unglückliche Fürſtin nicht mit lebenslänglichen Gefängniß zu belegen; aber die Folge zeiget, daß auf dieſe Fürbitte keine Rückſicht genommen wurde.

y) d. d. Neuſtadt in Oeſterreich in Zeughauſe den 19. Dec. 1593.

z) In der Antwort, die Joh. Caſimir am 2. Febr. 1593 an ſeinen Vetter, H. Joh. Wilhelmen zu Weimar, erließ, hieß es unter andern: „Wir hetten wol vermeinet, Ew. Lbl. würden Sich „die geſuchte remiſſionem ad domum paternam nicht haben mißfallen laſſen, denn ob„gleich keine Familia darzu rechtlich verbunden ſeyn ſollte; ſo ſind doch wol wiſſentliche „Fälle, wenn es nicht odioſs were, anzuziehen, daß es mit ebenmäſigen Perſonen alſo vor

um ſo erträglicher gemacht haben, weil, mit ihrer Entfernung vom Coburgiſchen Hofe, das Andenken an ihren Fehltritt ſehr bald verſchwunden ſeyn würde, und der beleidigte Gemahl nicht die Härte hätte eintreten laſſen können, womit er ſie in der Folge behandelte. Allein jetzo, wo ſelbſt ihre ſo nahen Blutsverwanden ihre Aufnahme verweigerten, blieb freilich dem Herzog kein ander Mittel übrig, als die unglückliche Anna in der Gefangenſchaft zu behalten. Am 28. Dec. 1593 wurde ſie, ſogar in Feſſeln a) nach Eiſenach gebracht, wo ſie einige Jahre ziemlich dürftig unterhalten wurde. Ihre Verhaftung ſcheinet jedoch überall große Senſation erreget zu haben. Denn, am 20. Juny 1596 berichtete der Amtmann zu Eiſenach dem Herzog, daß es verlauten wolle, der junge König von Dännemark wolle ſich der gefangenen Herzogin annehmen und ihre Befreiung bewürken. Hierauf befahl der Herzog: (am 27. Juny) „der Amtman habe den Grund des Gerüchtes zu erforſchen und auf die Gefangene „aufmerkſam zu ſeyn, damit ihm nicht etwa ein unverſehener Schimpf hierinne be„gegnen möge." Bald nachher wurde ſie auf das Schloß Calenberg, ohnweit Coburg, und von da, am 16. Sept. 1596, in das Kloſter Sonnefeld gebracht, wo man ſie der Aufſicht eines alten Thürknechts, Wolf Zeühners, anvertrauete. Der dortige Pfarr durfte ſie zwar beſuchen, doch erhielt er die Anweiſung, mit ihr ſich nur von geiſtlichen- aber nicht von weltlichen Dingen zu unterhalten.

Indeſſen wurden auch zu Sonnefeld Plane zu ihrer Befreiung gemacht b) und ſelbſt der kurſächſiſche Hof fieng jetzo an, ſich dafür zu intereſſiren. Nach einer actenmäßigen Nachricht, hatte beſonders der junge Kurfürſt Chriſtian II. gegen einen Coburgiſchen Edelman, Niclaus von Rußwurm, der ſich im J. 1602 in gewiſſen Angelegenheiten zu Dreßden befand, ſich verlauten laſſen: „er wolle ſeine Muhme, „die gefangene Herzogin, ſammt ihrem Heyrathsguth, Kleinodien und Geſchmuck, ſo „man auf 100,000 fl ſchätze, abhohlen, und ſie dafür, ſtatt der Zinßen, unterhal„ten." Johann Caſimir, dem dieſe Aeuſerung nicht unbekannt blieb, ließ ſofort

„deſſen gehalten worden ꝛc." — Wegen Verſchonung des Lichtenſteins mit der Todesſtrafe, ſuchte Joh. Caſimir die Schwere ſeines Verbrechens dadurch zu vergrößern, „weil derſelbe „nicht nur neben ihm, (dem Herzoge) von Jugend auf erzogen worden, auch ſein Cammerjunker gewe„ſen vnd alſo, (wie man es nennen möchte) ſelbſten custos pudicitiae ſeyn ſollen; ſondern „er ſey auch des Herzogs beeideter vnd geerbhuldigter Unterthan und Lehnmann geweſen, da„her er nicht einſehen könne, daß er Ihm die Strafe, die er in Rechten verwürkt, erlaſſen „ſolle."

a) Höns Coburg. Hiſt. B. II. S. 216. — In einem Reſcripte, welches Joh. Caſimir, am 16. Dec. 1593 an ſeinen Cammerrath, Moritz von Heldritt, wegen des Transports der gefangenen Herzogin, erließ, befahl er ſehr nachdrücklich, „darauf acht zu haben, daß ſie nicht „etwan auf den Weg entkommen möge vnd ein Spott daraus entſtehe, — daher ſie, vmb „mehrer Sicherheit willen, die Feſſeln bis nach Eiſenach anbehalten ſolle ꝛc. ꝛc."

b) In einem, gegen den, nachher in Unterſuchung gekommenen, Veſtungswachtmeiſter, Nicl. Zollern angeſtellten Verhör, (1603) ſagte derſelbe unter andern aus: „die Herzogin hätte ihm „geſagt, wenn ſie von Hofſtetten (d. i. Sonnefeld) nicht wäre weggeführet worden, ſo wollte ſie jetzo an einen andern Orte ſeyn."

(1603) die Herzogin von Sonnefeld weg auf die Veſte Coburg in Verwahrung bringen und ſie unter ſtrenge Aufſicht nehmen. Hier kam ſie aber, durch Vorſchub des dortigen Wachtmeiſters, Niclaus Zollers, mit einem andern Staatsgefangenen, dem Coburgiſchen Cammerrath Zech, in Bekanntſchaft, die für ſie manche unangenehme Folgen hatte. Zech war ein unruhiger Kopf, und ſaß, theils wegen Verletzung ſeiner Dienſtpflicht, theils auch wegen ehrenrührigen Aeuſſerungen, deren er ſich gegen dem, in der Gefangenſchaft verſtorbenen, Herzog Joh. Friederich dem mittlern, erlaubet hatte c), in Arreſt.

Kaum war die Herzogin Anna auf die Veſtung gebracht worden, als Zech ihr einige Hofnung zur Befreiung machte, und ihr, durch den Wachtmeiſter Zollner, ſagen ließ, daß Erzherzog Maximilian von Oeſterreich ſich hrer annehmen und ſie in Freiheit ſetzen würde d). Die leichtgläubige Anna, die ihre Erlöſung aus der Gefangenſchaft ſo ſehnlich wünſchte, war unvorſichtig genug, nunmehro dem Zollner und dem in Verhaft ſitzenden Zech ihr volles Vertrauen zu ſchenken und ſich mit beiden, über jene, für ſie ſo wichtige, Angelegenheit in Unterredungen einzulaſſen. Zollner, ein roher Soldat, hatte bei ihr freien Zutritt und erlaubte ſich mancher unanſtändiger Reden und Geberden, die die Herzogin wohl um deswillen nicht übel zu nehmen ſchien, weil er ſich für ihre Befreiung ſehr gefällig erzeigte e). Allein der ganze Handel wurde abermals entdeckt, und hierauf gegen den Wachtmeiſter Zollner ſowohl, als gegen den Cammerrath Zechen eine ſtrenge Unterſuchung verhängt, in welcher freilich die Handlungsweiße der Herzogin in keinem günſtigen Lichte erſcheinet. Sie mußte ſich ſogar gefallen laſſen, daß ihr von der Unterſuchungs-Commiſſion, über die, mit beiden Verbrechern gepflogenen, Unterhandlungen, mehrere Fragen vorgehalten wurden, die für eine fürſtliche Dame äuſſerſt undelikat waren. Aber demohngeachtet beantwortete ſie ſolche, ganz dem Vorhalte gemäß und oft mit Ausdrücken, die von der Roheit eines Zeitalters zeugen, wo ſelbſt noch gebildete Stände in der Sittlichkeit noch weit zuruck waren f). Das Reſultat der Unterſuchung war, daß dem wachhaben-

c) Zech hatte nehmlich in einen Schreiben, des verſtorbenen Herzogs mit den Worten erwähnt: „Er habe als Aechter gelebet, ſey als Aechter geſtorben und als Aechter begraben worden; man dürfe ſich nunmehr nicht vor Ihm fürchten, es wäre denn, daß Cunz von Grumbachs Beine wieder aufſtänden, — dann würde Herzog Caſimir Principal werden.“

d) Dieß bekannte die Herzogin in einem Verhöre vom 20. July 1603, mit dem Worten: „Zech habe ihr ſagen laſſen, er habe von einen vornehmen churſächſ. Rath gehöret, Erzherzog Maximilian habe es bei ihrer Freundſchaft dahin gebracht, daß er ſie lößen ſollte; denn die Freundſchaft hätte gewilliget, wenn ſie mit dem Erzherzog Erben männlich oder weiblich bekäme, ſollte er jährlich 200000 fl. aus der churfürſtlichen Cammer haben.“

e) Er verſprach unter andern, der Herzogin Feder und Dinten zu verſchaffen, um an ihre Freunde zu ſchreiben, für die richtige Beſtellung ihrer Briefe zu ſorgen, auch eine Unterredung zwiſchen ihn und den arretirten Zechen zu bewirken ꝛc.

f) Die Unbeſcheidenheit der Inquiſitoren gieng ſo weit, daß ſie der Herzogin die unzüchtigſten Reden und Geberden des Zollners vorhielten, die ihre weibliche Schamhaftigkeit beleidigen mußten, die ſie aber, ohne verlegen zu ſcheinen, beantwortete. Auf die Frage: „ob ſie den „Zollner in ihre Stube zu gehen genöthiget und zu ihm geſagt habe: Alter C..... Dengler

dem Zollner, wegen ſeiner Dienſtverletzung, die Strafe des Schwerdes zuerkannt und ſolche am 8. Sept. 1603 vollzogen wurde g). Den Cammerrath Zech verurtheilte der Schöppenſtuhl zu Coburg zum ewigen Gefängniß, in welchem er im J. 1607 ſein Leben endigte.

Nach dieſen ſo oft wiederholten aber mißlungenen Verſuchen, die man zur Befreiung der unglücklichen Anna machte, ſtarb ſie endlich, nach einer 20jährigen Gefangenſchaft, am 27. Januar 1613 und nahm das allgemeine Mitleiden ihrer Zeitgenoſſen mit ins Grab h). Ihr Leichnam wurde von der Veſte Coburg nach Sonnefeld gebracht, wo ein denkwürdiger Grabſtein ihre Aſche deckt i).

Mit dem bedauernswürdigen Schickſale der Herzogin Anna, ſtehet aber auch das ihres Liebhabers, Ulrichs von Lichtenſtein, in zu genauer Verbindung, als daß meine Leſer nicht wünſchen ſollten, davon etwas näher unterrichtet zu ſeyn. Nach der Strenge der Geſetze hatte er freilich das Leben verwirkt und Johann Caſimir war nichts weniger als geneigt, gegen ihm eine Milderung der geſetzlichen Strafe eintreten zu laſſen: Ja, er ſcheinet ſogar willens geweſen zu ſeyn, die Todesſtrafe an den von Lichtenſtein, ohne vorhergegangenen rechtlichen Erkenntniſſe, vollziehen und ihm die Rache des beleidigten Ehemannes im vollen Maaße fühlen zu laſſen. Um ſich jedoch nicht dem Vorwurf eines unregelmäßigen und eigenmächtigen Verfahrens auszuſetzen, befahl er (am 18. Dec. 1593) ſeinen Coburgiſchen Räthen, ihm ihr Gutachten zu eröffnen: „was der von Lichtenſtein nach Ordnung der Rechte verwirkt, und auf „was Maaße, auch zu welcher Zeit, die ihm in Rechten ertheilte Strafe zu vollſtrecken, „desgleichen wie es nach beſchener Execution, mit ſeinem Cörper zu halten ſey" k). In

P 2

„geht herein ich will Euch nichts herab ſehen, „war ihre Antwort:" Es ſey erlogen oder „der Teufel ſollte ſie holen." — So tief ſtand damalen noch die Cultur der ſittlichen Bildung, ſelbſt bei fürſtlichen Perſonen!

g) Herzog Johann Caſimir befahl in einem, zu Heldburg am 3. Sept. 1603 erlaſſenen, Reſcripte, daß der Kopf des Zollers auf der Paſtey nach der Stadt zu, an einen langen Spieß herausgeſteckt und darauf ein Plech mit den Worten geheftet werde: „Claus Zoller hat ſeinen Ayd vnd Articulsbrief gebrochen."

h) Hellfeld l. c. S. 14 und 51 wo ein umſtändlicher Bericht des Beichtvaters der Herzogin über ihre Krankheit und Tod abgedruckt iſt, in welchen man die Standhaftigkeit und Ergebung, womit ſie aus der Welt gieng, nicht ohne Rührung leſen wird.

i) Er iſt noch jetzo in der Kloſterkirche zu Sonnefeld ſichtbar und führt folgende Umſchrift: „die durchlauchtige hochgebohrne Fürſtin vnd Fraw, Fraw Anna, Herzogin zu Sachſen, Landgrefin in Thüringen vnd Marggrefin zu Meißen iſt auf der Veſtung Coburg am XXVII. Jan. chriſtlich verſchieden vnd den III. Febr. allhier begraben worden. In der Mitte des Steins ſtehet: Ioh. III. Alſo hat Gott die Welt geliebet. I. Ioh. I. das Blut Jeſu Chriſti Gottes Sohns macht uns rein von aller Sünde. Anno MDCXIII. Apoc. VII. Gott wird abwiſchen alle Thränen von ihren Augen.

k) Im Eingange des erlaſſenen Reſcriptes, ſagt der Herzog: — „Wann vns dann nicht gebühren, viel weniger gegen dem löblichen Hauſe Sachßen verantwortlich ſein will, dergleichen hochwichtige Verbrechungen vngeſtraft hingehen zu laſſen, wiers auch wohl vnſers Theils dafür

dem hierauf (den 22. Febr. 1594) erfolgten rechtlichen Bedenken, entſchuldigten ſich
zwar die fürſtlichen Räthe, daß die Beurtheilung dergleichen peinlichen Fälle auſſer
ihrem Würkungskreiſe liege; ſie legten aber doch dem Herzog ihre rechtliche Anſicht der
Sache umſtändlich vor und ſtellten, aus mehrern angeführten Gründen, ihr Gutach-
ten dahin: „daß wenn ſich der Herzog über den von Lichtenſtein des rechten beleh-
„ren laſſen würde, (wie in alle Wege und ehe zur Execution geſchritten, von Nöthen,)
„ihm die ordentliche Strafe in Rechten zuertheilt werden möchte; Sie hielten aber da-
„für, daß der Herzog auf Ihr Bedenken allein, ohne vorgehende rechtmäßi-
„ge Sentenz, mit dem von Lichtenſtein, wegen beſorglicher Nullität, zur
„Execution nicht ſchreiten können, ſondern die Sache an den Schöppenſtuhl zu
„Jena, welcher in peinlichen Fällen zu ſprechen habe, zum Erkenntniß abgeben möch-
„te“. Dieß letztere geſchahe, mittelſt einer, am 28. Febr. 1594 dahin abgeſchickten,
ziemlich weitläuftigen Urtelsfrage, worinne der Herzog alles zuſammen faßte, was
dem von Lichtenſtein nur irgend graviren konnte. Aber demohngeachtet fiel das Urtel
ganz anders aus, als er vielleicht erwartet hatte. Der Schöppenſtuhl zu Jena erkann-
te nehmlich dahin: „Ob wohl der von Lichtenſtein nach Schärfe der Rechte die To-
„desſtrafe, wegen des begangenen Ehebruchs, verwirket, ſo erſcheinet doch aus
„allen angezeigten Umſtänden ſo viel, das er dießfalls damit zu verſchonen, aber
„gleichwohl derentwegen ſich der von Ew. fürſtl. Gnaden tragenden Lehne verluſtig ge-
„macht und mit ewigen Gefängniß billig beleget wird“.

Während daß man die Beſtrafung von Lichtenſtein in rechtliche Wege einleitete, erließen Johann Caſimirs Vater, der gefangene Herzog Johann Friedrich, die Biſchöffe zu Bamberg und Würzburg, Herzog Friedrich Wilhelm zu Weimar, die fränkiſche Ritterſchaft und die von Lichtenſteiniſchen Anverwandten, eindrucksvolle Vorſchreiben an den Herzog und baten ihn, gegen den Unglücklichen nicht nach der Strenge der Geſetze zu verfahren. Selbſt Kaiſer Rudolff verwendete ſich noch am 26. Auguſt 1594 für ihm und trug bei dem Herzog darauf an, daß er dem Gefangenen, ſtatt der verwürkten Lebensſtrafe, eine von den, in Vorſchlag gekommenen, drei Bußen auferlegen möchte, nehmlich: daß derſelbe entweder die Zeit ſeines Lebens, auf ſeine eignen Koſten, wider den Erbfeind der Chriſtenheit ſtreiten, oder ſeinen Anverwandten, gegen hinreichende Caution, zur ewigen Verwahrung ausgeliefert, oder von Johann Caſimirn ſelbſt, jedoch auf Koſten der Lichtenſteiniſchen Familie, in ewiger Verwahrung behalten werden ſollte. Der Herzog wählte das Letztere, jedoch mußte die geſammte

halten, das ehr ſonder Zweifel das Leben verwirkt; damit aber dennoch der Sachen ihre gebührliche Maße alſo gegeben werde, auf das in Zukunft dem löblichen Hauſe Sachſſen vnd auch beförderſt vns mit Billigkeit nichts vorweißliches zugemeſſen werden konnte; „Als begehren wir ꝛc“ — Aus dieſer Stelle widerleget ſich die Angabe Seb. Müllers, der in ſeinen Annalen S. 213 erzehlet: Es ſey in der Sache zu Jena ein Urtheil eingeholet und die darinne benannte (Todes) Strafe vom Herzog Joh. Caſimirn in eine ewige Gefängniß verwandelt worden. Von dieſem Urtel findet ſich in den Acten keine Spur, wohl aber ein rechtliches Erkenntniß, worinne der v. Lichtenſtein nur zur ewigen Gefängnißſtrafe verurtheilet wurde.

von Lichtenſteiniſche Familie nicht nur die Verpflegung des Gefangenen übernehmen, ſondern auch in einer ſehr bündigen Sicherheitsurkunde, ſich dahin verpflichten, daß auf dem Fall, wenn der von Lichtenſtein aus dem Arreſt entſpringen würde, ſie bei Verluſt ihrer Sächſiſchen Lehngüter verbunden ſeyn ſollte, ihn zur Vollziehung der ordentlichen Strafe, wieder auszuliefern l).

Ulrich fügte ſich mit vieler Gelaſſenheit in ſein Schickſal, und verbüßte ſein Verbrechen mit einer 40jährigen Gefangenſchaft. Als im J. 1613 die Herzogin Anna geſtorben war, bat er, wiewohl vergebens, um ſeine Befreiung. Endlich ſtarb auch 1633 Herzog Johann Caſimir, und nun bat Lichtenſtein bei Johann Ernſten zu Eiſenach, der ſeinem kinderloſen Bruder in der Regierung folgte, abermals um ſeine Loslaſſung. Er ſtellte unter andern vor, daß ihm die kaiſerlichen Völker, als ſie Coburg mit Gewalt eingenommen, die Freiheit gegeben hätten; er habe aber davon keinen Gebrauch machen und ſein gegebenes Wort nicht brechen wollen; er bitte, ihm jetzo zu geſtatten, die noch wenigen Tage ſeines Lebens auf ſeinem Guthe, Ipesheim, zuzubringen. Kaum hatte aber Johann Ernſt am 5. Dec. 1633 ihm dieſe Bitte gewähret, als Lichtenſtein 3 Tage darauf noch im Gefängniſſe ſein Leben endigte, aus welchen ſein Leichnam, mit fürſtlicher Erlaubniß, ſeinen Anverwandten, zur Beerdigung in das Lichtenſteiniſche Familienbegräbniß, verabfolget wurde.

So viel von dem traurigen Schickſal **Ulrichs von Lichtenſtein**. Was aus ſeinem Verführer, **Jeronimo Scoto**, geworden, und wohin derſelbe verſchwunden; iſt unbekannt geblieben. Er verließ Coburg, unter der Larve eines ehrlichen Mannes, und kurz vor ſeiner Abreiße wußte er die Herzogin noch zu bereden, daß ſie ihm einen Theil ihres Schmucks, in der Abſicht, anvertraute, um ſolchen dem Marggraf, Georg Friedrich zu Anſpach, zu verkaufen. Dieſer bekam aber das wenigſte davon, und Scoto gieng mit den größten Theil deſſelben durch. Jetzt ſahe man nun zwar am Coburgiſchen Hofe ein, mit wem man es zu thun gehabt habe; man ſchien aber doch Bedenken zu haben, gegen dieſen Betrüger die nöthigen Maaßregeln zu ergreifen. Erſt dann, als ſein vertrauter Umgang mit der Herzogin bekannt wurde, und man den Herzog auf die Habhaftwerdung des Scoto aufmerkſam machte m), ließ er ihn überall mit Steckbriefen verfolgen und würkte ſelbſt vom Kaiſer Rudolfen ein Patent aus, in welchem die Verhaftung des Scoto und deſſen Auslieferung an dem Herzog anbefohlen wurde. Alle dieſe Vorkehrungen blieben jedoch fruchtlos; der Abenteurer hatte überall Freunde, die ihn, als Tauſendkünſtler, verehrten und deswegen die Arreſtverfügung ſo langſam trafen, daß er Zeit genug bekam, ſich aus dem Staube zu machen. Auf dieſe Art gieng man in Hamburg zu Werke; und als der Deputirte, den der Herzog dahin zu deſſen Verhaftung abgeſchickt hatte, ſich beim Magiſtrat über

l) Dieſe Urkunde, in welcher auch das bemerkte kaiſerliche Interceßionsſchreiben eingeruckt iſt, ſtehet in meinen Beiträgen zur Fränk. u. Sächſ. Geſch. (1792) S. 380.

m) So ſchrieb unter andern Herzog Friederich Wilhelm zu Weimar am 22. Jun. 1594 an Johann Caſimirn: — „Er ſey der Meinung man ſollte dieſen ausländiſchen Buben (den „Scoto) ſolchen Frevel vnd gottloß Weſen nicht gut ſeyn laſſen, ſondern Ihm mit allen Fleiße, „damit er zu Handen gebracht werden möge, nachtrachten laſſen.“

dergleichen Verzögerung beſchwehrte, gab man ihm zur Antwort: „Der Name „Scotto ſey berühmt und er ſelbſt ſtehe mit Kaiſer, Königen und Fürſten in guter „Freundſchaft“.

Indeſſen war Scotto dreiſte genug, auf die, ſeinetwegen getroffenen, Verfügungen, an den Herzog und deſſen Räthe, doch ohne Angabe des Orts, einige Briefe zu ſchreiben und ſich gegen das, was man ihm zur Laſt legte, rechtfertigen zu wollen. In einem Brief an den Herzog läugnete er durchaus, daß er den Vorſatz gehabt habe, den Schmuck zu entwenden, auch gab er nicht zu, daß das Verbrechen der Herzogin auf ihn falle. Er erinnert dabei den Herzog an die Briefe aus Dreßden n), wirft ihm ſeine eigene Lebensweiſe vor und behauptet, daß er nicht den Herzog, ſondern daß der Herzog ihn geſucht und geſagt habe: „er wolle ihn (den Scotto) als ſei„nen guten Vater anſehen, und ihn allezeit Vater nennen, das ſolle auch die Herzo„gin thun und ſich als ſeine, des Scotto, Tochter beweiſen. Darauf habe er, auf „des Herzogs Befehl, ſeiner Gemahlin die Hand geben müſſen“. So nagend auch die Empfindungen geweſen ſeyn mögen, die jetzt Johann Caſimirn, bei dergleichen Vorwürfen, über ſeine eigene Unvorſichtigkeit und über das blinde Vertrauen, deſſen er dieſen Betrüger gewürdiget hatte, fühlbar werden mußten; So bewürkten ſie doch keine mildere Geſinnungen gegen ſeine verführte Gemahlin, ob er gleich ſich ſelbſt geſtehen mußte, daß ſie ihren Verführer gleichſam aus ſeinen Händen erhalten habe.

Das ſtrenge Verfahren, womit dieſer Fürſt die unglückliche Anna behandelte, erweckte nicht blos bei ſeinen Zeitgenoſſen eine allgemeine Mißbilligung o), ſondern das Andenken davon pflanzte ſich auch bis auf die dritte Generation fort, und nach einen Umlaufe von 100 Jahren wurde es, — wie wohl auf eine fabelhafte Art, — vom neuen aufgereget. Ich meyne die bekannte Erſcheinungs-Scene der verſtorbenen Fürſtin Anna und ihres hartherzigen Gemahls, vor dem Tribunal Herzog Chriſtians zu Eiſenberg, dem es vorbehalten war, beide, ohne Verſöhnung von der Welt abgeſchiedene, fürſtliche Ehegatten, im J. 1705 mit einander auszuſöhnen. Doch, dieſe Begebenheit gehöret nicht zur Coburgiſchen Landesgeſchichte und ich habe genug, hiervon nur ſo viel zu bemerken, daß man damals die Anna, vor den Herzog Chriſtian, als er, vertieft in alchemyſtiſchen Meditationen auf ſeinen Ruhebette lag, in altfürſtlicher Tracht erſcheinen und ihm den Wunſch der Ausſöhnung mit ihrem Gemahl vortragen ließ, — daß Chriſtian, nachdem er ſich zuvor bei den damaligen Superintendent Hoffunz zu Torgau, wegen ſeines Verhaltens, Raths erhohlet hatte, dieſes Geſchäfte wirklich übernommen, das harte Benehmen Johann

n) Wahrſcheinlich waren dieſe Briefe die nehmlichen, die bereits oben S. 108 angeführet worden, und worinne Johann Caſimir für ſeine Gemahlin ſelbſt das Wort redete.

o) Der damalige Superintendent Nicl. Rebhan zu Eiſenach äußerte in ſeiner ungedr. Eiſenach. Kirchengeſch. — „Es wäre beſſer geweſen, der jungen Fürſtin dieſen Fehler zu vergeben und ſie mit ihrem Gemahl zu vertragen. Denn alle, die dem Fürſten die Eheſcheidung gerathen hätten, wären bald hernach entweder geſtorben oder in Unglück gerathen. Tenzels Medail. Cabinet S. 267.

Caſimirs gemißbilliget und zuletzt das gute Werk der Ausſöhnung beider fürſtlichen Geiſter, mit vieler Feierlichkeit, vollbracht habe p).

Dieſe Geiſtererſcheinung gab noch in der Mitte des vorigen Jahrhunderts manchen gelehrten Männern einen reichhaltigen Stoff zu Betrachtungen und Erklärungen, die aber weiter kein Reſultat hervorbrachten, als daß man die ganze Erzählung für Fabel erklärte q). Neuerer Zeiten hat ein ungenannter Schriftſteller ſich die Mühe gegeben, der Sache näher auf den Grund zu kommen, und aus den Karacterzügen des Herzog Chriſtians zu zeigen, daß der Vorgang ſelbſt, wie man ihn erzählt, zwar nicht erdichtet ſey, daß aber gewiſſe Perſonen ſeiner Umgebung, die ſeine ſchwache Seite genau kannten, mit ihm, als einem ſtarkgläubigen Geiſterfreunde, Komedie geſpielet haben r). Chriſtian, ein großer Verehrer der Alchemie, hatte, zu Betreibung ſeiner Lieblingswiſſenſchaft, ein eignes Laboratorium angeleget und ſtand mit den berühmteſten Alchemiſten Deutſchlandes in Briefwechſel. Zuletzt vertiefte er ſich ſo ſehr in alchemiſtiſche Träume, daß die wirkliche Welt ihm nach und nach ganz fremd wurde; dagegen lebte er in glänzenden Zonen goldener Tinkturen und gerieth, durch ſeine chemiſche Proceſſe, wie er glaubte, ſogar mit Geiſtern in Verbindung. Bei einem ſolchen Manne würkte alſo die Einbildung ſehr lebhaft, und wenn ihr nur irgend, wie hier der Fall war, noch eine Täuſchung zu Hülfe kam, ſo konnten ihm leicht auch verſtorbene Anherrn und Ahnenmütter erſcheinen.

§. XVI.

Herzog Johann Ernſt zu Eiſenach kommt, nach dem kinderloſen Tode ſeines Bruders Johann Caſimirs, zum Beſitz des Fürſtenthms Coburg und beſchließet 1638 die alte S. Coburgiſche Linie.

Nach der bisherigen Ausſchweifung, wozu mich die Nachrichten von Johann Caſimirs Privatleben und von den Schickſalen ſeiner unglücklichen Gemahlin verleihet haben, kehre ich zur Geſchichte der Coburgiſchen Lande zurück, welche nach Johann Caſimirs Tode, (1633) in der Perſon ſeines Bruders, Johann Ernſts zu Eiſenach, einen neuen Regenten erhalten hatten. Er war aber ſchon ein Herr von 67 Jahren, als ſich der Coburgiſche Anfall ereignete und die wenigen Jahre, die er noch zu leben hatte, wurden ihm durch die ſtürmiſchen Ereigniſſe des fortwährenden Kriegs ſehr verbittert. Bald nach ſeinem Regierungsantritt, zog ſich der Kriegsſchauplatz, nach der, bei Nordlingen, für die Proteſtanten unglücklich ausgefallenen, Schlacht, nun auch

p) Ausführlich lieſet man dieſe ſonderbare Begebenheit in einer der neueſten Zeitſchriften, nehmlich, in den Curioſitäten der Vor- und Mitwelt, (1813) 1. B. 11 St. S. 123, wo Herzog Chriſtian zu Eiſenberg und der Geiſt der verſtorbenen Anna redend aufgeführet ſind.

q) Haubers Magiſche Biblioth. S. 564. und Hennings Abhandl. wo Geiſtern und Geiſterſehern, S. 584.

r) Curioſitäten l. c. S. 124.

in die Coburgiſche Gegend und ließ überall die traurigſten Spuren der Verwüſtung zurück. Die Städte, Eisfeld, Rodach, Heldburg und Ummerſtadt, ingleichen viele Dörfer, unter andern, Harbrücken, Heinersdorf, Neuhaus, Schirsnitz, Fechheim, Werlsdorf, Ahorn, Bodendorf, Finkenau, Ketſchendorf, Füllbach, Triebsdorf, Steppach, Weiſſenbrun, Meſchenbach, Einberg u. a. m. wurden von den Croaten und Cronachern in die Aſche geleget, und die Einwohner theils niedergehauen theils ausgeplündert. Ein ähnliches Schickſal drohete auch der Stadt Coburg, welche am 20. Oct. 1634 von dem kaiſerlichen General von Lamboy aufgefordert wurde. Doch gelang es den fürſtlichen Abgeordneten, die gedroheten Feindſeeligkeiten mit einer Summe Geld von 5000 abzuwenden und von dem General für die Stadt ein Protectorium auszuwürken s).

So erſchöpft auch das Land durch ſo vieljährige Kriegslaſten war, ſo konnte doch der Herzog nicht umhin, im J. 1635 den Landſtänden die Verwilligung einer neuen Steuer anzutragen, welche durch die, nach den Prager Friedensſchluß, ausgeſchriebenen 120 Römermonate veranlaſſet wurde, woran der Coburg- und Eiſenachiſche Antheil 44160 fl. betrug. Die Landſchaft ſtellte ihm aber die Unmöglichkeit, dieſe Summe aufzutreiben, mit der traurigſten Schilderung des Nothſtandes, vor, in welchem das Land damals verſunken war. „Die Unterthanen" — ſagte ſie — „wären theils geſtorben und verdorben, was noch am Leben ſey, liege krank darnieder, die Felder wären wüſte und ungebauet, die Dörfer leer von Einwohnern, „und in Friſendorf lebe nur noch eine Wittwe mit kleinen Kindern" u. ſ. w. Hierzu kam noch, daß in dem nehmlichen Jahre die Coburgiſchen Lande ein ſtarkes Corps, unter dem Commando des kaiſerlichen Feldmarſchalls Piccolomini zu verpflegen hatten und noch überdieß mit einer bedeutenden Contribution beleget wurden. Vergeblich ſchützte man ſich mit der Unerſchwinglichkeit der geforderten Summen; die fürſtlichen Räthe wurden ſolange in die Rathsſtube eingeſperrt, bis ſie ſich, durch eine förmliche Schuldverſchreibung, zur Zahlung verbindlich machten. Vorzüglich war es den kaiſerlichen um den Beſitz der Veſte Coburg zu thun, die ſie 4 Monate lang, ohne Erfolg, belagert hatten. Endlich kam zwiſchen dem General Lamboy und den ſächſiſchen Veſtungscommendanten, Philipp von Zehm und Georg Sittig von Schlitz, genannt von Görtz, eine Capitulation zu ſtande, nach welcher die Veſtung den kaiſerlichen übergeben, der Garniſon ein freier Abzug geſtattet, auch die daſelbſt in Verwahrung gebrachten fürſtlichen Mobilien verabfolget werden ſollten. Aber gleichwohl wurde beim Abzug des fürſtlichen Silbergeſchirr, deſſen Werth ſich auf 21000 rthlr. belief, in Beſchlag genommen, und dem Herzog, aller Vorſtellung ohngeachtet, nicht zurückgegeben.

Doch, dieß war noch eine Kleinigkeit gegen den Schaden, den das Fürſtenthum Coburg bisher durch den Druck der Kriegsvölker empfunden hatte. Man ſchätzte denſelben in der Stadt Coburg auf 5- und auf dem Lande auf 10 Tonnen Goldes.

s) dipl. in Hön l. c. B. II. S. 285.

Goldes. Auch nahmen Durchzüge, Einquartirungen, Contributionen und Plünderungen kein Ende, und nach actenmäßigen Nachrichten ſoll ſich der Kriegsſchaden in den Aemtern Coburg, Hildburghauſen, Heldburg, Schalkau, Sonnefeld und Rodach, im J. 1636 abermals auf 205567 fl. belaufen haben. Ueberhaupt läßt ſich das Elend, was die hieſigen Lande, in dieſem Zeitraum betroffen haben mag, nicht beſchreiben. Entblößt von Lebensmitteln, verließen die Einwohner, tauſentweis, Haus und Güter, und flüchteten in Gegenden, die von Verheerungen des Kriegs geſichert waren. Aus Mangel des Zugviehes blieb das Feld öde liegen, oder der Landmann muſte, um nur das nothdürftigſte zu bauen, den Pflug ſelbſt ziehen Hieraus entſtand eine allgemeine Hungersnoth und die Menſchen waren genöthiget, ſich mit Baumrinde, Kleyen- und Eichelbrod, Leinkuchen, Trebern u. d. m. zu ſättigen, auch wohl gar ſich der Hunde, Katzen, Mäuſe ꝛc als Nahrungsmittel zu bedienen t). Den Hunger begleitet ſein gewöhnlicher Gefährde, die Peſt, welche in dieſem Jahre in der Stadt Coburg 1113- und in Hildburghauſen 648 Menſchen wegrafte. Die Bevölkerung ſo wie die Cultur des Bodens kam wieder um ein Jahrhundert zuruck, die Staatscaſſen blieben leer und eine allgemeine Stockung der öffentlichen Geſchäfte war die Folge des fortwährenden Kriegs, der das Land beunruhigte.

Unter dieſen jammervollen Ereigniſſen verfloſſen die wenigen Jahre, die Herzog Johann Ernſt, als Regent des Fürſtenthums Coburg, durchlebte, und es iſt daher leicht zu begreiffen, warum man von ſeinen Regierungshandlungen ſo wenig aufgezeichnet findet. Auch die zwei Landtäge, die er im J 1634 und 1636 hielte, enthalten meiſtens nur Klagen, welche die Ritterſchaft über den verödeten Zuſtand des Landes, über die vielen Jagdfrohnen, über den Verfall des Juſtiz- und Polizeiweſens und über den Mangel der Uſualmünze führte. Doch zeichnet ſich der Landtag vom J. 1636 in ſo fern als merkwürdig aus, weil die Coburgiſche Ritterſchaft demſelben die Errichtung einer beſondern Landescaſſe und überhaupt die nähere Ausbildung einer landſchaftlichen Verfaſſung zu verdanken hatte. (§. XXVIII.) Der Herzog ſuchte übrigens jenen Beſchwehrden nach Möglichkeit abzuhelfen. Er ernannte im J. 1636 einen eignen Münzmeiſter und einen Gold- und Silberkäufer, mit Beſtimmung des Einkaufpreiſes und ließ, nebſt groben Gold- und Silbermünzen, auch Groſchen, Dreier und Pfennige ausprägen, die in Handel und Wandel genommen werden ſollten u). Auch erſchien im J. 1638 für die Coburg- und Eiſenachiſche Beamte, eine ſogenante Amtsinſtruction, die ſich aber meiſtens mit der ökonomiſchen Landpolizei und mit der Verwaltung der Cammergefälle beſchäftiget und zugleich über die Fertigung der Lehen- Erb- und Handelsbücher, ſo wie über die Schatzungsregiſter und Cammerrechnungen allgemeine Vorſchriften enthält v). We-

t) Hön l. c. S. 299.

u) Das gedruckte Patent iſt datirt: In unſerer Reſidenz- und Münzſtadt Coburg, am Tage Andreä 1636.

v) Dieſe geſetzliche Verordnung führet die Aufſchrift: des durchl. Fürſten und Hrn. Hrn. Johann Ernſten Herz. zu Sachſen ꝛc. ꝛc. Ampts-Inſtruction, wornach ſich

gen der vielen, herrnlos gewordenen, Feldgüter, traf man die Anordnung, daß ſolche einſtweilen den Söldnern und Hinterſätlern, gegen Entrichtung der darauf haftenden Gefälle und Zinßen, ſo lange zum Anbau eingeräumet werden ſollten, bis die ausgewanderten Eigenthümer oder deren Erben, binnen einer präcluſiviſchen Friſt, von zwei Monaten, ſich wieder eingefunden haben würden.

Noch im Laufe des 30jährigen Kriegs ſtarb Johann Ernſt am 25. Oct. 1638 im 72. Jahre ſeines Alters, nachdem er kurz zuvor der Univerſität Jena und den Gymnaſien zu Coburg, Gotha und Eiſenach die Summe von 10,000 rthlr. vermacht hatte w). Seine erſte Gemahlin, Elieſabeth, war eine Tochter Graf Johannſens von Mansfeld eines Sächſiſchen Vaſallen. Mit dieſer Wahl war jedoch ſein Vater, Johann Friedrich, anfänglich um deswillen nicht ganz zufrieden, weil es, — wie er ſich ausdruckte — „unter den Fürſten nicht gebräuchlich ſey, daß der Herr das Kind „des Knechts, der Lehnsdienſte und Aufwartung leiſten müſſe, heyrathe; daher es auch, wegen des Stolzes der Fürſtinnen, leicht geſchehen könne, „daß ſie nicht mit ihr umgehen würden x)." Indeſſen ſetzte ſich Johann Ernſt über dieſe Vorurtheile hinweg, reißte mit ſeiner Braut nach Neuſtadt in Oeſtreich, wo ſein Vater in der Gefangenſchaft lebte, und vollzog, nach deſſen Einwilligung, am 29. Nov. 1591, mit ihr das Beilager. Sie gebahr ihm zwar 1596 einen Sohn, Namens Johann Friedrich; er ſtarb aber wenig Tage darauf, nachdem die Mutter ihm einige Stunden zuvor in die Ewigkeit vorangegangen war. Johann Ernſt vermählte ſich hierauf (1598) mit Chriſtinen, der Tochter Landgraf Wilhelms zu Heſſendarmſtadt, welche im Rufe einer beſondern Kentniß der Aſtrologie und des Nativitätſtellens, ſtand. Sie überlebte ihren Gemahl noch 10 Jahre und ſtarb 1658 zu Eiſenach. Da auch dieſe Ehe unfruchtbar geblieben war, ſo fielen die Fürſtenthümer Coburg und Eiſenach an die zwei fürſtlichen S. Häuſer zu Waimar und Altenburg, die bereits, wie der folgende Abſchnitt zeigen wird, im J. 1634 einen proviſoriſchen Theilungsvertrag errichtet hatten.

dero Oberhaupt- vnd Amptleute, Amptsverweſere, Schöſſere, Caſtner, Amts- und Kornſchreiber vf den Aembtern, beedes Coburg- als Eiſenachiſchen Orts achten ſollen. Gedruckt zu Coburgk in der fürſtl. Druckerey durch Joh. Eyrich 1638.

w) Müllers S. Annal. S. 357.

x) Hön l. c. B. II. S. 214.

Dritter Abſchnitt.

Geſchichte des Fürſtenthums Coburg unter der Regierung der Herzoge zu S. Altenburg und S. Gotha vom J. 1640 bis 1699.

§. XVII.

Die fürſtlichen Häuſer zu S. Weimar und Altenburg theilen die ihnen angefallenen Fürſtenthümer Coburg und Eiſenach.

Zu der Zeit, als die S. Coburg-Eiſenachiſche Linie mit Herzog Johann Ernſten im J. 1638 erlöſchte, blüheten von der S. Erneſtiniſchen Hauptlinie noch die zwei fürſtlichen Häuſer Weimar und Altenburg, welche durch die bekannte Theilung vom J. 1603 gegründet worden waren. In jenem lebten vier- und in dieſem zwei Prinzen, auf welche die erledigten zwei Fürſtenthümer, Coburg und Eiſenach, vermöge agnatiſcher Erbfolge, übergiengen und wodurch eine gänzliche Zertrümmerung dieſer Lande erfolgen muſte. Da dieſer Anfall vorauszuſehen war, ſo errichteten die beiden fürſtlichen Häuſer, S. Altenburg und S. Weimar, ſchon einige Jahre zuvor, (am 2. März 1634) einen eventuellen Succeſſionsvertrag, in welchem ſie dahin übereinkamen, daß bei der künftigen Theilung des bevorſtehenden Länderanfalls die Zahl der Häupter berückſichtiget, mithin die Altenburgiſchen Linie zwei- die Weimariſchen aber vier Sechstheile davon bekommen ſollten. Hierbei wurde noch beſonders bedungen, daß, wenn inzwiſchen ein- oder mehrere Häupter in beiden fürſtlichen Häuſern mit Tode abgehen würden, man es dennoch bei obigen Maßſtabe bewenden laſſen wollte. Damit auch wegen der künftigen Beſitzergreifung dieſer Lande keine Mißverhältniſſe entſtehen möchten, nahm man die Abrede, daß S. Altenburg, bei den eintretenden Anfall, das Fürſtenthum Eiſenach, S. Weimar hingegen das Fürſtenthum Coburg einſtweilen im Beſitz nehmen und bis zur Theilung adminiſtren ſollte y).

Nach dem, im J. 1638 erfolgten, Ableben Herzog Johann Ernſts zu Eiſenach kam nun zwar dieſer Vertrag, ſo viel die Beſitznahme der erledigten Lande betraf, zur Vollziehung; aber die Theilung ſelbſt muſte, wegen der fortwährenden Kriegsunruhen, noch eine Zeitlang ausgeſetzt bleiben, daher die fürſtlichen Erbintereſſenten

y) dipl. in Gruners Biogr. Herz. Friedrich Wilhelms II. S. 163.

für nöthig fanden, wegen der proviſoriſchen Verwaltung dieſer Lande, im J. 1639 eine anderweite Uebereinkunft zu treffen. Inzwiſchen gieng Herzog Johann Philipp zu Altenburg, am 1. April 1639, mit Tode ab und weil er von ſeiner Gemahlin, einer Braunſchweigiſchen Prinzeſſin, keinen männlichen Erben hinterließ, ſo fiel ſein Landestheil auf ſeinen jüngern Bruder, Friederich Wilhelmen, der nunmehro, als alleiniger Miterbe in dieſem Hauſe, die bisher verſchobene Theilung der zwei angefallenen Fürſtenthümer mit S. Weimar zur Vollziehung brachte. Vermöge des am 13. Febr. 1640 geſchloſſenen Erbvertrags, theilte man ſolche in drei Hauptportionen, nehmlich in die Coburgiſche, Eiſenachiſche und Gothaiſche, und zwar mit der Beſtimmung, daß eine davon dem Hauſe Weimar, zur Erfüllung der, demſelben gebührenden, vier Sechstheile überlaſſen, die zwei andern aber, zwiſchen Altenburg und Weimar, verlooſet werden ſollten. Die Coburgiſche Portion beſtand in den Aemtern und Städten Coburg, Rodach, Schalkau, Geſtungshauſen, Römhild, Hildburghauſen, Neuſtadt, Sonnenberg, Mönchröden und Sonnefeld. Zum Eiſenachiſchen Theil wurden geſchlagen: die Städte und Aemter, Eiſenach ſamt der Collectur und dem Schloſſe Wartburg, Volkenrode, Lichtenberg, Creuzburg nebſt den Gerichten zu Markſuhla und Burkersroda, Creinberg, Gerſtungen mit dem Hauſe Breitenbach, Salzungen und Kloſter Allendorf. Der Gothaiſche Theil hingegen begriff die Aemter und Städte, Gotha, mit dem Kloſter Reinhardsbrun, Heldburg, Ummerſtadt, Teneeberg, Waltershauſen, Veilsdorf, Eißfeld und die Hälfte des Erfurthiſchen Geleitsamtes. Dieſer letzte Theil wurde, nach den früherhin (1634) feſtgeſetzten Theilungsgrundſatze, den vier Herzogen zu S. Weimar zum Voraus eingeräumet, über die zwei andern Portionen aber das Looß geworfen, wodurch die Coburgiſche, nebſt der Stadt Pößeneck und dem halben Amte Allſtädt, an Herzog Friedrich Wilhelmen zu Altenburg, die Eiſenachiſche aber ebenfals dem Hauſe Weimar zufiel z).

Durch dieſe Theilung erlitte der Umfang des alten Fürſtenthums Coburg inſofern eine große Verminderung, daß die darzu gehörigen Aemter und Städte: Heldburg, Ummerſtadt, Veilsdorf und Eißfeld davon abgeriſſen und den damals noch lebenden drei Brüdern aus dem Hauſe Weimar, Wilhelmen, Albrechten und Ernſten a) zugetheilet wurden. Es gieng aber damit bald darauf eine nochmalige Veränderung vor, indem dieſe drei Prinzen ſowohl ihre geſammten väterlichen- als auch die, durch Herzog Johann Ernſt zu Coburg und Eiſenach Ableben, ihnen angefallenen Länder, am 9. April 1640, unter ſich vertheilten und drei beſondere Fürſtenhäuſer gründeten, welche die S. Geſchichte unter den Namen: der Weimariſchen, Eiſenachiſchen und Gothaiſchen Linien aufführet.

z) S. den Theilungs-Receß vom J. 1640 in Hellfelds Beitr. zur S. Geſchichte, Th. III. S. 132 ff.

a) Der vierte Prinz, Herzog Bernhard, war bereits am 4. July 1639 zu Nürnberg unvermählt geſtorben und hatte ſeinen Weimar. Landestheil auf ſeine 3 Brüder vererbfället.

Bei dieſer Erbſonderung, die am 12. Sept. 1641 in einen förmlichen Erbvertrag übergieng, fielen nun zwar die vorhin genannten, zur Pflege Coburg gehörigen, vier Aemter und Städte an Herzog Albrechten zu S. Eiſenach: Als aber derſelbe wenig Jahre darauf, am 20. Dec 1644, ohne Erben ſtarb, und ſeinen Landestheil an ſeine zwei Brüder, Herzog Wilhelmen zu S. Weimar und Herzog Ernſten zu S. Gotha, vererbfällte, theilten beide Herrn; die angefallenen Lande (1645) abermals in zwei Theile, die in der Urkunde mit dem Namen: des Eiſenachiſchen und des Heldburgiſchen bezeichnet worden. Der Letztere begriff unter andern die Coburgiſchen Städte und Aemter: Heldburg, Ummerſtadt, Weilsdorf und Eißfeld und kam, bei der Verlooßung, an Herzog Ernſten zu Gotha. b) Dieſes fürſtliche Haus, hatte bereits in der brüderlichen Theilung vom J. 1640 das Amt Königsberg überkommen, und befand ſich alſo, neben S. Altenburg, im Beſitze eines beträchtlichen Theils des alten Fürſtenthums Coburg, welches zuerſt im J. 1672, nach Erlöſchung des Altenburgiſchen Stammes, — wiewohl nur auf kurze Zeit, — wieder unter einem Haupte vereiniget zuletzt aber (1680) vom neuen vertheilet wurde. (§. XX.)

§. XVIII.

Herzog Friederich Wilhelm III. zu Altenburg, als Regent des Fürſtenthums Coburg, vom J. 1640 bis 1669.

Mit der vorhin angeführten Haupttheilung der S. Erneſtiniſchen Lande vom Jahre 1640 beginnt, für die Coburgiſche Geſchichte, abermals eine neue Periode. Der gröſte Theil dieſes Fürſtenthums, und zwar die Aemter und Städte: Coburg, Rodach, Schalkau, Hildburghauſen, Neuſtadt, Sonneberg, Geſtungshauſen, Mönchröden, Sonnefeld und Römhild wurden jetzt dem Herzog Friedrich Wilhelm zu Altenburg zugetheilet, deſſen Herrn Vettern, Waimariſcher Linie, ihm darüber eine förmliche Ueberweiſungsurkunde ausſtellten c). Er trat aber die Regierung gerade in einen Zeitraum an, wo die Verheerungen, welche der ſchrecklichſte aller Kriege hier angerichtet hatte, den höchſten Gipfel erreichet hatten, und wo noch jetzo das Land den Plackereien und Gewaltthätigkeiten der Kriegsvölker fortwährend ausgeſetzet war. In den Städten lag die bürgerliche Nahrung ganz darnieder, die Güter der Kirchen und Schulen waren zu Grunde gerichtet, ihre Diener konnten nicht mehr beſoldet werden, die Juſtiz und Polizei wurde, nach dem bekannten Sprichwort: inter arma silent. leges, vernachläſſiget, und die Sitzungen des Hofgerichts zu Coburg hatte man ſeit mehrern Jahren ganz eingeſtellt. Auf dem platten Lande war das Elend noch gröſſer. Eine groſe Zahl von Dörfern lagen in der Aſche oder waren ausgeplündert; die Einwohner hatten Haus und Hof verlaſſen und ſich in ruhigere

b) Beil. Nr. XXXXV. S. 111.

c) Beil. Nr. XXXXIII. S. 109.

Gegenden geflüchtet; die Felder blieben öde und ungebauet liegen und das wenige, was noch zur Nothdurft gebauet werden konnte, wurde vom Wildpret und beſonders von wilden Sauen ruiniret, weil die Kriegsunruhen die gewöhnlichen Jagden verhindert hatten. Selbſt Wölfe, die man hier ſelten mehr ſahe, kamen bei der allgemeinen Landesverödung, wieder ſo häufig zum Vorſchein, daß dadurch ſelbſt das Leben der Landleuthe gefährdet wurde. Bei dieſen traurigen Zuſtande blieben die Unterthanen mit ihren Steuern und Abgaben zurück, und die herrſchaftlichen Caſſen waren ſo leer, daß nicht einmal die nothdürftigſten Staatslaſten beſtritten werden konnten.

Alle dieſe Klagen kamen auf dem Landtage, den Friedrich Wilhelm am 9. Sept. 1641 zu Coburg hielte, und eine Steuerverwilligung verlangte, mit vielem Nachdrucke zur Sprache. Die Stände trugen unter andern darauf an, daß, zur fernern Erhaltung der Kirchen und Schulen in den Städten und Dörfern und beſonders des Gymnaſiums zu Coburg, kein anderes Mittel übrig ſey, als ihnen ihre verödeten Bewitthumsgüter zum eigenen Anbau und Verwaltung zu überlaſſen, — daß mehrere Pfarreien, zur Unterhaltung eines Seelſorgers, zuſammengezogen, daß das Land mit Erhöhung der Trankſteuer und mit den Naturallieferungen und Frohnfuhren für die Veſtung verſchonet, auf die Ausrottung der wilden Schweine und Wölfe Bedacht genommen und zu dem Ende den Unterthanen geſtattet werden möchte, dieſe ſchädliche Thiere auf ihren Feldern niederzuſchießen und in die fürſtliche Hofhaltung zu liefern.

Doch keiner dieſer Anträge wurde genehmiget. Wegen der Verfalls der Kirchen und Schulen beſchloß der Herzog eine allgemeine Unterſuchung ihres Vermögenzuſtandes, und in Anſehung der Trankſteuer, gab er den Ständen zu erkennen, daß ſolche gar nicht von ihrer Einwilligung abhange, ſondern ſich auf kaiſerliche Belehnung gründe d). Auch fand er, wegen beſorglicher Exceſſe, bedenklich, den Unterthanen das Niederſchießen der Wölfe und Säue ſo ohnbedingt zu erlauben; dagegen traf er die Anordnung, daß Städte und Dörfer, zu Anſtellung der fürſtlichen Jagden und zur Beiführung der Zeugwägen die nöthige Anſpann und Frohnen leiſten ſollten, damit der Beſchwehrde abgeholfen werden könne.

Am empfindlichſten war den Ständen, die Aufhebung des alten Coburgiſchen Hofgerichtes, an deſſen Erhaltung ihnen am meiſten gelegen war. Der Herzog erklärte aber, daß er, bei dem veränderten Zuſtande der Coburgiſchen und Eiſenachiſchen Lande, von welchen ihm der geringſte Antheil zugefallen ſey, es für unnöthig finde, in Coburg ein beſonderes Hofgericht zu unterhalten, und daß es jetzt weit zweckmäſiger ſey, daſſelbe nebſt den Schöppenſtuhl wieder nach Jena zu verlegen; doch bleibe es den Coburgiſchen Unterthanen unbenommen, ihre rechtlichen Angelegenheiten, in der Appellationsinſtanz, entweder beim dortigen Hofgerichte oder bei der Regierung zu Coburg anhängig zu machen e). Gegen

d) Die Wahrheit dieſes Grundes ergiebt ſich aus dem kaiſerlichen Lehnbriefe vom J. 1587, wo Herz. Johann Caſimir mit den Land- und Trankſteuern in Fürſtenthum Coburg beliehen wurde. Dipl. in Arnds Archiv. Th. 3. S. 383.

e) Landtagsabſchied vom 20. Sept. 1641, in Spillers v. Mitterbergs Beytr. zum Staatsr. und der Geſch. von Sachſen, (1801) S. 56 ff.

dieſe Anordnung machte zwar die Landſchaft dringende Vorſtellung und zeigte den Nachtheil, der für die Unterthanen der fränkiſchen Ortslande beſonders dadurch entſtehen würde, wenn ihre Streitigkeiten, die blos nach den Grundſätzen des gemeinen Rechts beurtheilet werden müſten, vor einem Gerichte entſchieden werden ſollten, das ſo, wie das Jenaiſche Hofgericht, blos nach dem Sächſiſchen Rechte zu entſcheiden pflege. Allein der Herzog blieb ſeinem Entſchluſſe treu, und obgleich die Landſtände noch im J. 1648 ſich weigerten, für dieſen Tribunal Recht zu nehmen, ſo wurden ſie dennoch vom neuen damit ab- und in ihren rechtshängigen Sachen an gedachtes Hofgericht verwieſen f).

Mit ſo vielem Eifer die hieſige Ritterſchaft ſich für die Erhaltung des Hofgerichts intereſſirte, deſto weniger lag ihr der Verfall des Coburgiſchen Steuerweſens am Herzen, den der 30jährige Krieg herbeigeführet hatte. Bei der zahlloſen Menge öder und ungebauter Güter, war natürlich dieſer Zweig von Staatseinkünften in die gröſte Unordnung gerathen, deren ſich ſelbſt die Ritterſchaft in ſo fern zu Nutzen machte, daß ſie die, von ihren Unterſaßen verlaſſenen, ſteuerbaren Güter an ſich zog und mit dem ſteuerfreien Ritterlehen vermengte. Dieſe Verwirrung weckte die Aufmerkſamkeit des Herzogs, dem der Nachtheil, der daraus für die Staatseinkünfte entſtehen mußte, wohl nicht entgehen konnte. Er veranſtaltete deswegen eine Steuerreviſion und befahl vorzüglich der Ritterſchaft, über ihre Güter und über die Beſitzungen ihrer Unterſaßen richtige Steueranſchläge zu fertigen, zugleich aber auch anzuzeigen, ob und in wie weit die vormals verödeten Ländereien ihrer Unterſaßen wieder angebauet worden, um hiernach die Beſteuerung bewürken zu können. Dieſe Verordnung blieb jedoch unbefolgt und Friedrich Wilhelm brachte ſie am 6. J. 1642, mit dem Zuſatze, in Erinnerung: „daß kein einzig Gut oder Stück, es ſey dem „Adel oder dem Unadel zuſtändig, ſteuerfrei paſſiren, ſondern ohne Unterſchied im „Steuerregiſter eingetragen werden ſollte“ —

Um indeſſen die Landescultur wieder im Gange zu bringen, ließ der Herzog im J. 1645 ein Mandat im Druck ergehen, worinne er die ausgewanderten Güterbeſitzer zur Rukkehr in ihr Vaterland und zum Anbau ihrer verlaſſenen Felder aufforderte, und ihnen die Erlaſſung die rukſtändigen Steuern und Grundabgaben zuſicherte. Dieſe wohlgemeinte Verfügung ſcheint jedoch ohne Erfolg geblieben zu ſeyn, indem ſie im J. 1652 erneuert und die nochmalige Verſicherung hinzugefüget wurde, daß die rukkehrenden Unterthanen nicht nur von den bereits verfallenen- ſondern auch von den künftigen Steuern und Erbzinßen noch zwei Jahre lang befreiet ſeyn ſollten.

Inzwiſchen hatte ſich der 30jährige Krieg ſeinem Ende genähert und der allgemeine Friede kam bekanntlich im Octobr 1648 zu Stande. Aber die Freude, welche dieſes glückliche Ereigniß erregte, wurde beſonders durch 5 Millionen Thaler ſchwediſche Satisfactionsgelder geſtöhret, woran die Coburgiſchen Lande einen bedeutenden Antheil von 70 — 80,000 rthrl. bezahlen mußten. Auf dem Landtage vom 13. Nov.

f) ſ. das Rescript d. d. Altenburg den 27. April 1648 in Hellfelds Geſch. der Hofgerichte in Sachſen S. 229.

1648 machte dieſer Punkt einen Hauptgegenſtand der landſchaftlichen Berathung aus und man kam überein, daß dieſe Gelder, durch eine fünffache Pfennigſteuer, von der Ritterſchaft und Städten, ingleichen von den fürſtlichen Aemtern zuſammengebracht werden ſollte. Auſſer dieſer drückenden Abgabe dauerten die Durchzüge, Einquartirungen und Plünderungen der Schwediſchen Völker, auch nach den Friedensſchluß, noch eine geraume Zeit fort, daher man auch das allgemeine Friedensfeſt erſt zwei Jahre nachher, am 19. Auguſt 1650, in den Coburgiſchen Landen, mit allen den Feierlichkeiten begieng, die einem ſo glücklichen Ereigniſſe würdig waren g).

Doch blieben dem Lande die traurigen Erinnerungen an die Vergangenheit noch lange fühlbar. Durch die Abdankung der Soldaten nahm die Unſicherheit der Straßen, mit Rauben und Plündern, ſo ſehr überhand, daß eine eigene Landesdefenſion nöthig war, zu deren Unterhaltung abermals eine Pfennigſteuer angeleget werden mußte. Auch führte der Adel über den Verfall ſeiner Güter und über die Verwüſtung der Ritterſitze ſo dringende Beſchwerde, daß ſich der Herzog bewogen fand, ihn, in Anſehung der Ritterlehen, 3 Jahre lang von der Ordinärſteuer zu befreien; Es wurde jedoch demſelben dabei wiederholt zur Pflicht gemacht, „die Lehenspertinenzien gehörig zu „verzeichnen, weil die heimgefallenen oder beim Kriegsweſen an ſich gezogenen „Bauerngüter unter der Steuerbefreiung nicht begriffen wären, ſondern gleich andern „Unterthanen verſteuert werden müßten“. Mit dieſer Vergünſtigung vereinigte der Herzog auch noch dieſe, daß er die Ritterſchaft, von der Extraſteuer und andern Anlagen befreite, zu deren Entrichtung ſie in der Vorzeit verbunden war h). Die Ritterſchaft wälzte nunmehr alle Staatslaſten auf ihre Unterſaſſen und auf dem Landtage von 1649, wo abermals eine Pfennigſteuer, zur Unterhaltung der Veſtungsgarniſon, verwilliget wurde, erklärte ſie ausdrücklich: „daß ihre Steuerverwilligung einzig und allein auf „ihre Lehenleute gemeinet und nicht von ihren Propergütern zu verſtehen ſey“.

So nachtheilig auch die, von der Ritterſchaft ausgewürkte, Steuerfreiheit den Städten und den fürſtlichen Aemtern war, ſo findet ſich doch keine Nachricht, daß von dieſer Seite dagegen einige Bewegung gemacht worden wäre. Deſto ängſtlicher ſuchte aber die Ritterſchaft dieſes erlangte Vorrecht zu behaupten, indem ſie es bei jedem Landtage zur Sprache brachte und auf deſſen Erneuerung antrug. Ihr hergebrachtes Verwilligungsrecht auf der einen, und der Geldbedarf des Fürſten auf der andern Seite waren die ſtärkſten Triebfedern, die wechſelſeitig auf die Erhaltung der adelichen Steuerfreiheit würkten. Denn die Ritterſchaft ließ ſich jetzt mehr, als jemals, geneigt finden, die verlangten Steuern, ohne Schwierigkeiten, zu verwilligen, weil ſie, in Anſehung ihrer Güter, davon frei war; der Landesherr hingegen ſuchte dieſe Bereitwilligkeit, zur Deckung ſeines Geldbedarfs, dadurch zu erhalten, daß er weniger Anſtand nahm, den Adel die Steuernbefreiung von Zeit zu Zeit zu erneuern. Der ſteuerpflichtige Unterthan kam freilich dabei am übelſten weg, weil jetzt die ganze Maſſe der

g) Eine Beſchreibung des Friedensfeſtes findet ſich in Hön a. a. O. S. 351.
h) Landtags-Abſchied vom J. 1648 in Spillers v. Ritterb. Beitr. S. 79.

der Staatsabgaben auf ihm allein ruhete und der ſo reichbegüterte Adel davon ganz verſchont blieb. Indeſſen glaubte Herzog Friedrich Wilhelm dieſen Drucke dadurch zu mildern, daß er im Landtagsabſchied vom J. 1648, den höchſten Nothfall von der Steuerbefreiung ausnahm und bei deſſen Eintretung, ſich ausdrücklich vorbehielte, die Ritterſchaft mit Extraſteuern zu belegen i).

Dieß war nun eigentlich die erſte Grundlage zur nachherigen Steuerfreiheit der Coburgiſchen Rittergüter, welche, wie ich in der Folge näher zeigen werde k), urſprünglich der Beſteuerung unterworfen waren. Der vorhin erwähnte Nothfall war ohnehin zu unbeſtimmt, als daß derſelbe je hätte in Anwendung kommen können; vielmehr wußte die Ritterſchaft auf jedem Landtag, der unter Friedrich Wilhelms Regierung gehalten wurde, auf die Fortdauer dieſes erlangten Vorrechts hinzuwürken und ſich der Mitleidenheit an den Staatslaſten zu entziehen. Das Einzige, wodurch der Herzog den Nachtheil, den ſeine Begünſtigung dem Staate zufügte, wenigſtens für die Zukunft, abzuwenden ſuchte, war eine merkwürdige Clauſel, welche er in einem ſpätern Reſcripte vom J. 1652 dahin mit einfließen ließ: „daß die Ritter„ſchaft mit den Extraſteuern nur mit dem Beding verſchonet bleiben ſollte, wenn ſie „ſolches für eine pur lautere fürſtliche Gnade erkennen und es „fürs künftige zu keiner Nachfolge deuten, auch darüber einen „ſchriftlichen Revers ausſtellen werde" l). Es dauerte aber mehrere Jahre, ehe die Ritterſchaft dieſer Forderung Gnüge leiſtete, und zuerſt, nach wiederholtes Erinnern, legte ſie ſich zum Ziel und erklärte im J. 1665, — „daß ſie die Erlaſ„ſung der Landſteuer anders nicht, als für eine beſondere Gnade anſehen und zu einer „Folge nicht deuten wolle" m).

Kaum hatte die Ritterſchaft die Steuerfreiheit erworben, als ſie bald nachher auf eine andere Art bedacht war, ſich dem Staate zu entziehen. Sie kam nehmlich auf die Idee, ihre Lehengüter nun auch von der Stellung der Ritterpferde zu befreien, und brachte dieſen Wunſch bei dem Herzoge im J. 1664 mit ſo gutem Erfolge in Antrag, daß derſelbe um ſo weniger Bedenken fand, der Ritterſchaft dieſe alte Verbindlichkeit zu erlaſſen, weil die Ritterdienſte, bei der veränderten Kriegsverfaſſung, ohnehin ſchon längſtens auſſer Uebung gekommen waren. Anfänglich wurde zwar ein Aequivalent von 100 rthlr. Capitalwerth, feſtgeſetzet, mit welchem jedes Ritterpferd in Anſchlag kam n), und da die Zahl derſelben im Fürſtenthum Coburg, ſich damalen

i) S. den in der vorhergehenden Note h) angeführten L. T. Abſchied von J. 1648.

k) S. den 4ten Abſchn. §. XXIII. wo ich von den Verhältniſſen des Coburgiſchen Adels und von der Beſteuerung ſeiner Lehn- und Allodialgüter etwas umſtändlicher handeln werde.

l) Beil. Nr. XXXXVI. S. 112.

m) Beil. Nr. XXXXVII. S. 113.

n) Dieß war eigentlich die Taxe, nach welcher man ſchon in frühern Zeiten den Werth der Ritterpferde fixiret hatte. Als z. B. im J. 1575 das Erneſtiniſche Haus Sachſen die verpfändete Herrſchaft Allſtädt wieder an ſich brachte, kamen die darauf haftende 10 Ritterpferde mit 10,000 fl. in Anſatz, welche von der Kaufſumme abgekürzt wurden. S. oben S. 75.

auf 40 belief, ſo hätten die Ritterpferdsgelder jährlich 2000 rthlr. rentirt, die dem Staate zur Unterhaltung des ſtehenden Militärs zugefallen wären: Allein auf wiederholtes Anſuchen verminderte der Herzog jenes Aequivalent auf den vierten Theil, jedoch mit der Beſtimmung, daß die Befreiung von den Ritterdienſten nur 6 Jahre lang ſtatt finden und jährlich dafür 500 rthlr. entrichtet werden ſollten. Seitdem ſchweigen die Acten von irgend einer Ablöſung der Ritterpferde, und der Adel genoß nunmehro die Lehngüther, ohne die darauf haftenden Dienſte zu leiſten, oder ſonſten zur Erhaltung des Staats etwas beizutragen.

Für dieſen Zeitraum verdienet, in ſtaatsrechtlicher Hinſicht, ein Vertrag erwähnt zu werden, den Friedrich Wilhelm, im J. 1646 mit Herzog Ernſten zu Gotha, über den Umtauſch ihrer wechſelſeitigen Jagdgerechtſame im Fürſtenthum Coburg errichtete, deſſen Folgen noch in den neueſten Zeiten zur Sprache kamen. Erſterer überließ nehmlich die, zu ſeinem Gebiete gehörigen, hohen Jagden in den Roßfelder und Rudelsdorfer Waldungen an S. Gotha, als damaligen Beſitzern des Amtes Heldburg (S. 125) und erhielte dagegen, deſſen Jagdrechte in den Ummerſtadter und Kolberger Gehölzen, die im Heldburger Gebiete gelegen waren. Ob gleich beide fürſtliche Kontrahenten ſich die territorial Hoheit in den wechſelſeitig abgetretenen Diſtricten vorbehielten; ſo kamen ſie doch dahin überein, daß jedem Theile in den, ihm zur Jagd überlaſſenen, Waldungen auch die Forſtpolizei zuſtehen und ſolche von ihren Jagdbedienten ausgeübet werden ſollte o). Dadurch bildete ſich in beiden Territorien eine Art von Staatsſervitut, bei welcher es auch, nach der ſpäterhin erfolgten Landestheilung (1680), ſein Bewenden behielte. Allein die neueſten Zeitereigniſſe, wo dergleichen Verhältniſſe, nach dem Geiſte des Rheinbundes vom J. 1806, nicht mehr ſtatt finden konnten, hoben die Wirkſamkeit jenes Vertrags, ſo viel die wechſelſeitige Forſtaufſicht betraf, von ſelbſt auf, weil jetzt der Grundſatz feſt ſtand, daß kein Souverain im Gebiete des Andern Hoheitsrechte ausüben durfte. Indeſſen trafen die fürſtlichen Häuſer Coburg und Hildburghauſen (am 3. Juny 1811) die Uebereinkuft, daß man es zwar bei der wechſelſeitigen forſtpolizeilichen Aufſicht belaſſen wolle, daß aber die damit beauftragten Forſtbedienten, von derjenigen Oberforſtinſpection, in deren Gebiete ſie die Aufſicht zu führen hätten, darzu beſonders verpflichtet und zur Beobachtung der daſelbſt geltenden Forſt- und Jagdordnung angewieſen, auch die vorkommenden Waldverbrechen bei der Territorial-Behörde zur Beſtrafung anzeigen ſollten.

Unter Friedrich Wilhelms Regierung findet man die erſte Spur von Anlegung der Poſten, die in Coburgiſchen Landen noch nicht gewöhnlich waren. In mehrern Schreiben der Ritterſchaft an dem Herzoge, von 1641 und 1645, wird einer reitenden Poſt erwehnet, durch welche ſie die fürſtlichen Reſcripte erhalten hatte, und es nicht zu zweifeln, daß ſolche auf einer landesherrlichen Territorial-Anſtalt beruhet habe. Aber im J. 1650 kam nun auch die Anlegung einer Reichspoſt hier zum erſtenmal in Antrag, indem der kaiſerliche Poſtmeiſter Breitenbach zu Erfurt den Herzog erſuchte, ihm die Anſtellung eines kaiſerlichen Poſthalters zu Coburg zu erlauben, weil er

o) Dippl. Orig. d. d. Friedenſtein d. 21. Sept. 1646.

Willens ſey, eine reitende Poſt zwiſchen Erfurt und Nürnberg anzulegen. Friederich Wilhelm fand jedoch, beſonders aus dem Grunde, bedenken, auf diſen Antrag einzugehen, weil dergleichen Poſthalter insgemein geneigt wären, ſich der Obrigkeit und der Jurisdiction des Landesherrn zu entziehen. Bei dieſen Schwierigkeiten verwendete ſich ſelbſt Kaiſer Ferdinand III. für den Grafen von Thurn und Taxis und trug bei dem Herzog darauf an, daß er, nach dem Beiſpiel anderer Reichsfürſten und zu Beförderung des Commerziums, der Anlegung einer Poſtſtelle im Fürſtenthum Coburg keine Hinderniſſe im Wege legen möchte p). Auf dieſe Vorſprache ließ ſich Friederich Wilhelm geneigt finden, die Anſtellung eines kaiſerlichen Poſthalters zu Coburg mit dem Beding zu geſtatten, daß ſolche der fürſtlichen Landeshoheit nicht zum Nachtheil gereiche, auch dieſe Stelle jedesmalen einem Coburgiſchen Unterthanen übertragen und derſelbe in dinglichen und perſönlichen Sachen, der fürſtlichen Gerichtsbarkeit unterworfen ſeyn ſollten.

Eine gleichwichtige Angelegenheit, die den Herzog beſchäftigte, war die Herſtellung des alten Geleitregals, welches man noch als eine Reliquie des rohen Mittelalters betrachten kann, wo die Kaufleute auf ihren Geſchäftsreiſen den Plünderungen ſehr häufig ausgeſetzt waren. Damals lag es alſo in der Pflicht des Territorialherrn, für die Sicherheit der Straßen zu wachen und die Reiſende mit lebendigen Geleite, d. i. durch militäriſche Bedeckung, für dergleichen Mißhandlungen, gegen eine gewiſſe Abgabe, zu ſchützen. Obgleich, nach den eingeführten Landfrieden die Unſicherheit der Straßen nachgelaſſen hatte, ſo blieb doch das Geleitsrecht noch immer bei Kräften und bei den zunehmenden Handelsreiſen machte daſſelbe, wegen der Geleitsabgabe, ein nutzbares Hoheitsrecht aus, womit die fürſtlichen Inhaber des Fürſtenthums Coburg ausdrücklich beliehen wurden. Im 16. Jahrhundert gieng endlich daſſelbe in einen Straßenzwang über, und alle Reiſende, beſonders Kauf- und Handelsleute, welche von Nürberg auf die Leipziger Meſſe hin- und her reiſten, oder ihre Kaufmannsgüter durch Fuhrleute dahin ſchickten, waren verbunden, auf der, durch das Coburgiſche Gebiete ziehende, Heer- und Geleitsſtraßen zu bleiben und für das Geleite eine beſtimmte Abgabe zu entrichten. Im Laufe des 30jährigen Krieges hatte aber die Nürnbergiſche Kaufmannſchaft, wegen Unſicherheit der hohen Straße, Nebenwege eingeſchlagen und das Coburgiſche Geleit umgangen. Um dieſes Regal wieder im Gange zu bringen, errichtete Friederich Wilhelm im Jahre 1659 mit dem Magiſtrate zu Nürnberg einen Vertrag, nach welchem die dortige Kaufmannſchaft und deren Fuhrleute künftig verbunden ſeyn ſollten, mit ihren Waaren und Kaufmannsgütern 14 Tage vor- 14 Tage während- und 14 Tage nach der Leipziger und Naumburger Meſſe, bei Strafe, auf der Coburgiſchen und Altenburgiſchen Land- und Gleitsſtraße zu bleiben, oder wenn ſie, auf vorhergehendes Anſuchen, den Nebenweg über den Lichtenfelſer Forſt auf Weidhauſen und Lind einſchlagen wollten, das ſonſt gewöhnliche Gleitsgeld zu Judenbach doppelt zu bezahlen. Nur in ſolchen Fällen, wo die Haupt-

p) Dipl. d. d. Wien d. 7. July 1651.

ſtraße, wegen Ueberſchwemmung oder Kriegsgefahr, nicht paſſirt werden konnte, ſollte zwar der Gebrauch der Nebenwege erlaubet ſeyn, aber nichts deſto weniger das Geleitsgeld entrichtet worden. Die Führung des Gleits hatte der Kaufmann dem Geleitsmann, für dem Ritt, fünf Thaler auf der Hinein- und eben ſoviel auf der Zurückbegleitung zu erlegen q).

Wie ſehr übrigens Herzog Friederich Wilhelm ſich hat angelegen ſeyn laſſen, dem, während des 30jährigen Kriegs, in Verfall gerathenen Juſtiz- und Polizeiweſen aufzuhelfen, zeigen die vielen, dahin abzweckenden, Verordnungen, die unter ſeiner Regierung durch dem Druck bekannt gemacht wurden und zum Theil noch jetzo ihre geſetzliche Kraft erhalten haben. Er erneuerte im J. 1651 das ſchon beſtehende Verboth wegen Ausführung des Getraides und deſſen wucherlichen Aufkauf; — verfaßte 1652 für die Coburgiſchen Aemter eine Sporteltaxe, und erließ eine ausführliche Geſinde- Taglöhner- und Handwerksordnung mit genauer Beſtimmung des Lohns, um dadurch das Publikum für die unmäßigen Forderungen dieſer Leute zu ſichern. Wegen des Verfalls der Sitten und Religion erſchien die bekannte Proviſional-Verordnung vom J. 1652, worinne zugleich die übermäßigen Gaſtereien bei Hochzeiten, Kindtaufen, Begräbniſſen u. ſ. w. nachdrücklich unterſaget wurden, und im folgenden Jahre kam für die Coburgiſchen Lande eine Wald- Forſt- Jagd- und Weidewerks-Ordnung zum Vorſchein, welche uns überzeuget, daß man ſchon damals dieſem Gegenſtand der Polizei eine vorzügliche Aufmerkſamkeit gewidmet habe. Dieſe und noch andere Polizeigeſetze, z. B. die Medicinal- Apotheker, Feuerordnung u. a. m. erſchienen unter der Leitung eines verdienſtvollen Geſchäftsmannes, des bekannten Dr. Auguſt Carpzovs, der ſeit dem J. 1650 als Kanzlar an der Spitze der Geſchäfte ſtand und deſſen Andenken, ſich auch auſſerdem, durch manche wohlthätige Stifftung, bis auf unſere Tage erhalten hat r).

So viel von Herzog Friedrich Wilhelms Regierungs- Handlungen, die das Fürſtenthum Coburg ausſchließlich betreffen. Unter ſeinen auswärtigen Angelegenheiten, die ſich auf das geſammte Erneſtiniſche Haus Sachſen beziehen, gehöret vorzüglich die Theilung der Grafſchaft Henneberg - Schleuſingen, welche, vermöge des oben (S. 48) erwähnten Erbvertrags von 1554, nach den erbloſen Tode Graf Georg Ernſts, im J. 1583 eigentlich dem Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen allein heimgefallen war. Auf welche Art aber auch die Albertini-

q) Dieſe Urkunde ſtehet in Gruners Biogr. Herz. Friedrich Wilhelms zu S. Altenb. S. 204.

r) Auguſt Carpzov, der 5te Sohn des, als Rechtsgelehrten berühmten, Benedikt Carpzovs, war anfangs Hofgerichtsadvokat zu Wittenberg, kam 1645 als Aſſeſſor des Oberhofgerichts u. Schöppenſtuhls nach Leipzig, und trat bald darauf, als Rath, in fürſtliche Altenburgiſche Dienſte. Im J. 1648 wurde er als Geſandter zu den Münſteriſchen Friedens- und 1649 zu den Executions-Tractaten nach Nürnberg geſchickt, und zuletzt vom Herzog Friedrich Wilhelm zum Canzlar zn Coburg ernannt. Er ſtarb 1683 als geheimter Rath zu Gotha. In ſeinem Teſtamente vermachte er dem Coburgiſchen Gymnaſio 600 fl. zu Errichtung eines Freitiſches, auch legte er den Grund zur Coburgiſchen Pfarr- und Schulwittwen-Caſſe, worzu er 1000 fl. beſtimmte. Mehrere Nachrichten von dieſen merkwürdigen Manne findet man in Spillers v. Ritterbergs Denkmal groſſer Staatsmänner, S. 130.

ſche Linie fünf Zwölftheile an dieſer Grafſchaft an ſich zu bringen wußte, und was für Widerſprüche im J. 1593 vom Hauſe Weimar dagegen gemacht worden ſind, habe ich bereits oben (S. 68) bemerkt. Seit jener Zeit blieb aber dieſe Angelegenheit unerörtert liegen und beide Kur- und fürſtlichen Häuſer ließen es vor der Hand bei einer gemeinſchaftlichen Adminiſtration der Hennebergiſchen Lande bewenden. Zuerſt nach dem Ende des 30jährigen Kriegs fiengen die Herrn Herzoge zu S. Weimar und Gotha an, ihre vormaligen Anſprüche auf ganz Henneberg wieder in Bewegung zu bringen und beauftragten den Gothaiſchen Canzlar, Dr. Johann Frank, die deshalbigen Rechte des Erneſtiniſchen Hauſes, in einer beſondern Deduction aus einander zu ſetzen. Hierauf wurde im J. 1658 eine Konferenz zu Eiſenberg gehalten, um über die Art und Weiſe zu berathſchlagen, wie man in dieſer intrikaden Sache zu Werke gehen wolle.

Doch alle dieſe Vorbereitungen blieben fruchtlos, weil Herzog Friedrich Wilhelm zu Altenburg, als Mitintereſſent, nicht zu bewegen war, ſich mit den Anſprüchen ſeiner Herrn Vettern zu vereinigen. Seine Gemahlin war eine Tochter des damals lebenden Kurfürſt Johann Georgs I. zu Sachſen und bei dieſen Familienbande konnte ſich der Herzog nicht entſchließen, an einen Proceſſe gegen ſeinem Schwiegervater Theil zu nehmen, deſſen Voreltern dabei eben in keinem vortheilhaften Lichte aufgetreten ſeyn würden. Bei dem ermangelnden Beitritt unſers Herzogs blieb alſo den beiden übrigen fürſtlichen Häuſern weiter nichts übrig, als ihre Anſprüche an den ſtreitigen fünf Zwölftheilen der Grafſchaft Henneberg aufzugeben und ſolche am 9. Auguſt 1660 mit dem Albertiniſchen Hauſe Sachſen, und insbeſondere mit Herzog Moritzen zu S. Zeitz, dem ſein Vater, Kurfürſt Johann Georg I., den Antheil an Henneberg vermacht hatte, zu vertheilen. Man legte dabei den veränderten Expektanz- und Lehnbrief von 25. Sept. 1573 zum Grunde, dem zu Folge dem Herzog Moritz Fünf- und den drei Erneſtiniſchen Häuſern zu S. Weimar, Gotha und Altenburg ſieben Zwölftheile, durchs Loos, jedoch mit der Vorausſetzung, zugetheilet wurden, daß Moritz dem, in obiger Urkunde befindlichen Vorbehalt: „einen Zwölftheil der Grafſchaft noch beſonders mit baaren Gelde abzulößen", ausdrücklich entſagte s). Kurz vor Theilung hatte man aus zwölfjährigen Rechnungen, über die Hennebergiſchen Aemter, die nöthigen Anſchläge gefertiget, nach welchen ſich die Kammereinkünfte auf 41016 fl. 6 gr. beliefen, wovon an S. Altenburg zu 3½ zwölf Theil, 11963 fl. 2 gr. kamen, welche dieſem fürſtlichen Hauſe durch die Aemter: Themar, Meiningen, Maßfeld und Behrungen, ingleichen durch die Kammergüter zu Milz und Henneberg zugetheilet wurden. Die fürſtlichen Häuſer zu Weimar und Gotha erhielten ebenfalls 3½ Zwölftheile, mit den Aemtern: Ilmenau, Waſungen, Sand, Kaltennordheim und Frauenbreitungen; das Kurhaus Sachſen hingegen, oder vielmehr Herzog Moritz zu Naumburg, bekam zu fünf Zwölftheilen, die Aemter: Schleuſingen, Kühndorf, Benshauſen und Suhla, nebſt den zwei Kammergütern Rora und Veßra.

s) Der deshalb vorhandene Theilungsreceß ſtehet in Glafeys Geſchichte des kur- und fürſtlichen Hauſes Sachſen (1753) S. 1041, und auszugsweiſe in meiner Henneb. Geſch. Th. 2. S. 340.

Mit dieſem Theilungsvertrage, wodurch das Erneſtiniſche Haus Sachſen einen beträchtlichen Theil an Henneberg verlohr, ſtand aber auch noch ein anderer in Verbindung, der nicht weniger nachtheilig war. Er betraf die vier aſſekurirten Aemter: Weida, Ziegenrück, Arnshaug und Sachſenburg, welche Herzog Johann Wilhelm zu Coburg, während der Grumbachiſchen Händel, (S 59) noch vor Anfang der Gothaiſchen Belagerung (am 8. Januar 1567) dem Kurfürſt Auguſt zu Sachſen, zur Deckung der Kriegskoſten, mit allen Regalien und Einkünften, dergeſtalt unterpfändlich eingeräumet hatte, daß der Kurfürſt nicht einmal verbunden ſeyn ſollte, über deren Benutzung Rechnung abzulegen t). Nach Beendigung der Exekution liquitiete Auguſt, auf den zu Erfurt (am 27. Sept. 1567) gehaltenen Deputations-Tage, für aufgewendete Kriegskoſten und für die Demolirung des Grimmenſteins, die ihm der Kaiſer beſonders aufgetragen hatte, die Summe von 747,635 fl. 10 gr. 11 pf, woran aber nachher, durch Reichs- und Kreißſteuern, ſo bedeutende Abſchlagszahlungen geleiſtet waren, daß auf dem Reichstage zu Speier (1570) nur noch 286,316 fl. 11 gr. zu bezahlen übrig blieben. Hierzu kamen noch 10000 fl, die Auguſt beim Stadtrath zu Nürnberg, zu dem nehmlichen Behuf, aufgenommen hatte, mithin ſeine ganze Forderung ſich auf 296,316 fl. 11 gr. belief, für deren Sicherheit die ſogenannten vier aſſekurirten Aemter mit der Beſtimmung hafteten, daß den zwei Söhnen des gefangenen Johann Friedrichs des mittlern, Johann Caſimirn und Johann Ernſten, oder deren Erben, die Ablöſung derſelben zu ewigen Zeiten vorbehalten ſeyn ſollte u).

Allein dieſe 4 Aemter waren zur Deckung der Hauptſumme nicht hinreichend, indem ihr Ertrag, bei den damalen geringen Preiß der Natural-Einkünfte, nur mit 9589 fl. 16 gr. 8 pf. in Anſatz kam, welche einen Capitalwerth von 191,795 fl. 18 gr. 4 pf. ausmachten v). Es mangelten alſo dem Kurfürſt Auguſt an der Hauptſumme noch 104,521 fl. zu deren Verzinſung ihm die Erhebung der Trankſteuern in gedachten Aemtern eingeräumet wurden w). Auſſerdem befande ſich auch das Kurhaus im Genuſſe der daſigen Grundſteuern und anderer Hoheitsgefälle, und da überhaupt die Cammereinkünfte ſich von Zeit zu Zeit ſo merklich erhöhten, daß ſolche im J. 1660 die alten Portions-Anſchläge von 1572 wohl vierfach überſtiegen, ſo darf man annehmen, daß die noch rückſtändigen Kriegskoſten, durch den vieljährigen Revenün-Ueberſchuß, längſtens getilget waren. Bei Gelegenheit der Hennebergiſchen Landestheilung brachte nun zwar das Erneſtiniſche Haus Sachſen die Ausübung des, auf ewige Zeiten beſtimmten, Einlöſungsrechts an den 4 aſſecurirten Aemtern, in Antrage; Kurſächſiſcher Seits legte man aber demſelben mancherlei Schwierigkeiten in Wege und wollte ſogar behaupten, das Reluitionsrecht ſey mit dem Tode Johann Friedrichs des mittlern erloſchen. Was dieſem Vorgeben an der Rechtlichkeit abgieng, erſetzten

t) S. die Urkunde von 1567 in Hellfelds Beitr. Th. II. S. 173.
u) K. Maximilians II. Commiſſ. Decret von 6. Dec. 1570, in Arndts G. Archiv. Th. 3. S. 369.
v) Hellfeld l. c. Th. 2. S. 170.
w) S. den Weydaiſchen Abſchied von 1571 in Arndt l. c. S. 373.

die oben (S. 133) bemerkten Familien-Verhältniſſe, in welchem Herzog Friedrich Wilhelm mit dem Kurhauſe ſtand. Es kam daher am 9. Auguſt 1660 zum Vergleich, in welchen die drei fürſtlichen Häuſer, Weimar, Gotha und Altenburg, ihrem Wiedereinlöſungsrecht an den vier aſſekurirten Aemtern entſagten und dagegen vom Herzog Moritzen zu S. Zeitz die Verſicherung erhielten, bei Kurfürſt Johann Georgen es dahin einzuleiten, daß die vorgeblich noch rückſtändigen Kriegskoſten von 104,521 fl. erlaſſen, auch der kurſächſiſche Antheil an den Hennebergiſchen inn- und ausländiſchen Vaſallen dem Erneſtiniſchen Hauſe abgetreten werden ſollten x).

Friedrich Wilhelm ſtarb am 22. März 1669, nachdem er zuvor in ſeinem Teſtamente, der Akademie zu Jena 4000, und dem Gymnaſium zu Coburg 2000 fl. vermacht hatte, von welchen hier noch jetzo vier Stipendien, jedes zu 25 fl. an dürftige Landeskinder ausgezahlet werden y). Er war zweimal vermählt. Seine erſte Gemahlin, Sophia Eliſabeth, eine Tochter Marggraf Chriſtian Wilhelms zu Brandenburg, gieng im J. 1650 ohne Kinder aus der Welt. Zwei Jahre darauf trat er mit der Tochter Kurfürſt Johann Georgs I. zu Sachſen, Magdalenen Sybillen, einer Wittwe des Däniſchen Kronprinzen Chriſtians V. in die zweite Ehe und zeugte mit ihr drei Kinder, als: 1) Chriſtian, geb. d. 27. Febr. 1654, der in ſeiner Jugend ſtarb; 2) Johanna Magdalena, geb. d. 14. Jenner 1656, die Gemahlin Herzog Johann Adolfs zu Weißenfels, und 3) Friedrich Wilhelm geb. d. 12. July 1659, der erſtlich 10 Jahre alt war, als er ſeinem Vater in der Regierung folgte.

§. XIX.

Herzog Friedrich Wilhelm der IV. beſchlieſet den S. Altenburgiſchen Mannſtamm (1672); worauf die fürſtlichen Häuſer S. Gotha und Weimar die Altenburgiſchen Lande unter ſich theilen.

Friedrich Wilhelm III. hatte ein Jahr vor ſeinem Ableben (d 21. März 1668) ein Teſtament errichtet und den Kurfürſt Johann Georg II. zu Sachſen und den Herzog Moritz zu S. Zeitz, zu Obervormündern ſeines jungen Prinzen, gleichen Namens, ernannt z). Es trat alſo jetzo eine vormundſchaftliche Regierung ein, die aber nur drei Jahre dauerte. Während derſelben findet ſich für die Coburgiſche Geſchichte weiter nichts zu bemerken, als daß im J. 1670 mit dem Stifte Würzburg, über die ſtreitigen episcopal Gerechtſame der Hennebergiſchen Ortſchaften, Berkach und Walldorf, ein Vortrag errichtet wurde, worinne man zugleich die kirchlichen Verhältniſſe be-

x) Die in Arndts neuen Arch. der S. Geſch. S. 329 und in Glaſeys Jura der S. Geſch. S. 1083.

y) G. Gruners Biogr. H. Joh. Wilhelms S. 135.

z) Das Teſtament ſtehet in Lünigs R. Arch. P. spec. Cont. II. p. 590.

ſtimmte, die zwiſchen der Coburgiſchen Parochie Ahorn und der Würzburgiſchen Pfarrei Witzmannsberg ſtatt finden ſollten. Zur letztern gehörten nehmlich die Dörfer Triebdorf, Eicha, Schorkendorf und Woßbach, deren Einwohner der evangeliſchen Kirchenlehre zugethan waren. Da man im Religionsfrieden das Jahr 1624 zum Entſcheidungsziel angenommen und den dortigen Augſpurgiſchen Confeſſionsverwandten die freie Uebung der Religion, in der nahgelegenen Coburgiſchen Pfarrei Ahorn, bisher zugeſtanden hatte, ſo behielte es zwar dabei ſein Bewenden; jedoch mit Ausnahme der Begräbniſſe, Taufhandlungen und Copulationen, welche in der Würzburgiſchen Pfarrei Witzmannsberg, gegen Erſtattung der Stollgebühren, verrichtet werden ſollten a).

Der junge Herzog Friedrich Wilhelm IV. ſtarb d. 14. April 1672 im 15. Jahr ſeines Alters an den Blattern und beſchloß den Altenburgiſchen Mannsſtamm. Dieſes Ereigniß erregte anfänglich, wegen der Erbfolge in die erledigten Lande, zwiſchen den fürſtlichen Häuſern zu S. Weimar und S. Gotha einige Streitigkeiten, die ich hier nur im Allgemeinen bemerke. Nach der Nähe des Grades war eigentlich Herzog Ernſt zu Gotha der alleinige Erbe und die Söhne ſeines, im J. 1662 verſtorbenen, Bruders, Herzog Wilhelms zu Weimar, konnten auf die Erbfolge keinen rechtlichen Anſpruch machen. Sie nahmen aber gleichwohl, bald nach dem Tode Herzog Friedrich Wilhelms, von einem Theil der Altenburgiſchen Lande Beſitz, und gründeten ihr Erbrecht darauf, weil ſie von den ältern Sohn des Herzogs Johannſens abſtammten, und weil überdieß Friedrich Wilhelm III. zu Altenburg, in ſeinem Teſtamente vom J. 1668, auf den unbeerbten Todesfall ſeines einzigen Sohns, denjenigen Agnaten zum Erben ernannt habe, dem die Succeſſion nach dem Primogenitur-Rechte und alſo nicht nach der Nähe des Grades, zukäme.

So wenig auch S. Weimar mit ſeinen Erbanſprüchen im Stande Rechtens durchgekommen ſeyn würde; ſo ließ ſich doch Herzog Ernſt zu Gotha, durch Vermittelung Kurfürſt Johann Georgs II. zu Sachſen und Herzog Moritzens zu S. Zeitz, zu einem Vergleich bewegen, wodurch dem Hauſe Gotha $\frac{3}{4}$ und den 3 Weimariſchen Herzogen $\frac{1}{4}$ Theil von den erledigten Landen zugetheilet wurde. Doch bemerkte man in dem, am 16. May 1672 darüber geſchloſſenen Receſſe b) ausdrücklich, daß S. Weimar ſeine Theilnahme an dieſen Länderanfall nicht der Sächſiſchen Hausverfaſſung, ſondern blos den freundſchaftlichen Geſinnungen ihres Oheims zu verdanken habe, daher man auch, der Conſequenz halber, noch beſonders beſtimmte: „daß künftig die Primogenitur „allwege nach dem wirklichen Alter, ſo im natürlichen Lauf der Jahre, Monate und „Tage beſtehet, nicht aber nach den Linien, noch Repräſentation, noch fictione juris „gerechnet auch die Succeſſionen in Linea collaterali, auſſer dem Fall concurrinen„der Brüder und Bruders Kinder, geſchehen ſollen“.

Durch

a) S. die Urk. de nr. 1670 in meinen diplom. Beiträgen zur Fränk. und Sächſ. Geſch. (1792) S. 165.

b) Dipl. d. a. 1672 in Gastelius de statu publ. Eur. p. 583. und in Lunig l. c. p. 201.

Durch dieſen Theilungsvertrag fielen nun die Fürſtenthümer Altenburg und Coburg, mit den darauf haftenden Reichs- und Kreistagsſtimmen, ingleichen das Stift Saalfeld und die, im J. 1660 an Herzog Friedrich Wilhelmen gekommenen, Hennebergiſchen Aemter, Themar, Meiningen, Maßfeld und Behrungen, an Herzog Ernſten zu Gotha; dahingegen wurden den drei fürſtlichen Brüdern zu Weimar, von den Altenburgiſchen Landen, die Aemter und Städte: Dornburg, Alſtädt, Roßlau, Bürgel, Hausdorf, und aus dem Fürſtenthum Gotha noch das Amt Kreynberg eingeräumet. In Anſehung des Altenburgiſchen Antheils an der Univerſität Jena und an den daſigen Hofgerichte und Schöppenſtuhl, traf man die Uebereinkunft, daß jedem fürſtlichen Theile an dieſen Gerechtſamen die Hälfte zuſtehen, aber die Hoheit über die, dahin gehörigen, Herrſchaften Remda und Appolda, dem Hauſe S. Weimar verbleiben ſollte. Bei dem Theilungsgeſchäfte ſelbſt legte man zwar die alten Portionsanſchläge von 1572 mit der Beſtimmung zum Grunde, daß dem Hauſe S. Weimar zum vierten Theil, beiläufig 20,000 fl. jährlicher Amtsgefälle, außer der Land und Trankſteuer, zukommen möchten; Es wurde jedoch dabei ausdrücklich feſtgeſetzt, daß keine Peräquation oder Herausgabe, weder an Gefällen noch an Steuern ſtatt finden, ſondern es blos bei den dermaligen Revenüenertrag ſein Bewenden behalten ſollte.

§. XX.

Herzog Ernſt der fromme zu S. Gotha, als Inhaber des Fürſtenthums Coburg, vom J. 1672 bis zu ſeinem im J. 1675 erfolgten Ableben.

Seit dem Altenburgiſchen Landesanfall war bei weiten der größte Theil der S. Erneſtiniſchen Lande, in der Perſon Herzog Ernſts zu Gotha, unter einem Haupte vereiniget und ſein Fürſtenhaus erhob ſich zu einer größe, wodurch es, unter den übrigen deutſchen Fürſtenhäuſer, einen vorzüglichen Rang behaupten konnte. Neben dem Fürſtenthum Gotha, welches er, durch die Haupttheilung vom J. 1641 gegründet hatte, beſaß er jetzo die Fürſtenthümer Altenburg und Coburg, die Herrſchaft Römhild und 3½ Zwölftheile an der Grafſchaft Henneberg, welches zuſammengenommen bei 115 Quatratmeilen ausmachte, die in den neueſten Zeiten von 2,25900 Menſchen bewohnet werden. Von dem Fürſtenthum Coburg beſaß zwar Herzog Ernſt ſchon früherhin die Aemter Königsberg, Heldburg, Eißfeld, Veilsdorf und Ummerſtadt, unter welchen ihm die vier letztern, nach Erlöſchung der S. Eiſenachiſchen Linie, (S. 124) im J. 1645 zugetheilet wurden c); Aber jetzt befand

c) Beil. Nr. XXXXV. S. 111. — Das Amt Königsberg, welches Herzog Joh. Wilhelm 1569 von Würzburg abgelößet hatte (S. 65) war bereits in der Haupttheilung vom J. 1641 an Herzog Ernſten übergegangen. Ihm hat beſonders der dortige Stadtrath ein wichtiges Privilegium zu verdanken, wodurch demſelben nicht nur die Schriftſäßigkeit nebſt einem Votum auf den Landtägen ertheilet, ſondern ihm auch das jus denominandi und vocandi der

er ſich im Beſitz dieſes Fürſtenthums, nach eben den Umfange, wie es Johann Caſimir inne gehabt hatte. Zur Einnahme der Huldigung ſchickte Ernſt ſeine zwei ältern Söhne, Albrechten und Heinrichen, unter Begleitung des Hofraths, Hiob Ludolfs, nach Coburg, welche dieſe Handlung im Monat Novembr. 1672 mit gewöhnlichen Feierlichkeiten vornahmen und mit einer Bärenhatze, im Vorhofe der Ehrenburg, beſchloſſen. Vom Kaiſer Leopold empfieng der Herzog im J. 1673 die Beleihung über die Coburgiſchen Lande d) und im folgenden Jahre errichtete er mit dem fürſtlichen Hauſe S. Weimar, wegen Vertheilung des darauf haftenden Reichscontingents, einen beſondern Receß, nach welchem dem Fürſtenthum Coburg zu einen einfachen Römermonate 97 fl. 20 kr., oder 3 zu Roß und 15½ zu Fuß, — der Herrſchaft Saalfeld aber 40 fl., oder 1 Reuter und 7 Fußgänger zugetheilet wurden e).

Eine Regierungsgeſchichte Herzog Ernſts, hinſichtlich der Coburgiſchen Lande, kann man hier wohl nicht erwarten, weil er zuerſt im 70 Jahre ſeines Alters zum Beſitz derſelben gelangte und ſchon am 26. März 1674 die Regierung ſeinem Erbprinzen, Herzog Friederichen I., übertrug. Doch müſſen wir ſeines Teſtaments vom J. 1654, und ſeiner, lange nachher (1672) errichteten, Regimentsordnung kürzlich erwähnen, weil beide Urkunden zwar die innere Staatsverfaſſung des fürſtlichen geſamthauſes Gotha begründen aber doch, bei der nachherigen Vertheilung des ganzen Fürſtenthums, eben nicht ſehr ſtrenge beobachtet wurden. Ein hoher Grad von Religioſität und eine gleiche Vaterliebe dieſes edlen Fürſten ſind die Hauptzüge des Teſtaments, worinne er ſeine Söhne, nach der damals noch herrſchenden Anwendung des römiſchen Rechts, zu Erben ſeiner Lande einſetzte und dabei verordnete, daß ſie ſolche in ungetheilter Gemeinſchaft beſitzen und keiner vor dem Andern einen Vorzug haben, der Aelteſte aber das Directorium führen ſollte f).

Der Altenburgiſche Landesanfall veranlaßte indeſſen den Herzog, dieſes Teſtament, in der nachher (1672) verfaßten Regimentsordnung, hin und wieder näher zu beſtimmen, und ob er gleich auch noch jetzo unter ſeinen ſieben Söhnen alle Erbtheilungen zu verhindern ſuchte, ſo geſtattete er ſolche doch unter der Vorausſetzung: „wenn ſich ſolche Theile machen ließen, daß jeder darauf ein Reichsvotum „führen und die fürſtliche Würde unter den Reichsfürſten behaupten könnte.“ Auch verordnete der Herzog daß bei allenfallſigen Landestheilungen die Gleichheit beobachtet und alle weſentlichen Zugehörungen und Rechte, einem jeden, innerhalb den Grenzen ſeines Fürſtenthums, ohne Peräquation, verbleiben ſollten. Während der Gemeinſchaft aber ſollte der Aelteſte von den Landeseinkünften jährlich 8000 rthlr. —

Kirchen- und Schuldiener, ingleichen die Handhabung der Stadtpolizei, die Ausübung der bürgerlichen Gerichtsbarkeit, die Erhebung des Abzuggeldes und die Haaſenlauſche in der Stadtflur geſtattet wurden. (dipl. inedit. d. d. den 12. Januar 1654.)

d) dipl. orig. d. d. Wien, den 4. Dec. 1673.

e) Der hierüber errichtete Vertrag vom J. 1674 ſtehet in Hellfelds Beitr. Th. I. S. 185.

f) Saalfeld. Receßb. S. 1.

und überdieß, für die Führung des Directoriums, noch beſonders ein Deputat von 4000 rthlr. zu beziehen haben, dafür aber die Verbindlichkeit übernehmen, die Reichs- Creis- und Landesangelegenheiten und was ſonſten zur höhern Staatsverwaltung gehört, jedoch nach vorgängiger Communication mit den jüngern Brüdern, zu beſorgen und ſich dabei der Firma: Für uns und unſere freundlich geliebten Herrn Brüder, zu bedienen. Zum Unterhalt der übrigen 6 Söhne beſtimmte der Herzog jedem, nach dem 16. Jahr, 2000 — nach dem 18., 3000 — nach dem 20., 4000 — nach dem 21., 6000 — und nach dem 24. Jahre 8000 rthlr. jährliche Einkünfte g).

Herzog Ernſt endigte ſein ruhmvolles Leben am 16. März 1675, in 73. Jahre ſeines Alters nachdem er das Fürſtenthum Coburg nur 2 Jahr lang beſeſſen hatte. Mit ſeiner Gemahlin, Elieſabethe Sophia, eine Tochter Herzog Johann Philipps zu Altenburg, hatte er 18 Kinder erzeuget, von denen ihm aber nur ſieben Prinzen und zwei Prinzeſſinnen überlebten. Jene waren: Friedrich I. Albrecht, Bernhard, Heinrich, Chriſtian, Ernſt und Johann Ernſt, welche, wenig Jahre nach ſeinem Tode, die väterlichen Lande unter ſich theilten. Ernſt hinterließ nicht nur ſeine Lande im blühenden Zuſtande ſondern auch noch ein beträchtliches Privatvermögen, welches mehr als eine Million Gulden ausmachte. Auſſerdem hatte er große Geldſummen zur Wiedereinlöſung fürſtlicher Domänen, zur Erbauung des Schloſſes Friedenſtein h), vorzüglich aber zum beſten der Kirchen und Schulen, zu milden Stiftungen, zu Unterhaltung des Conſiſtoriums und zu andern wohlthätigen Anſtalten gewidmet, die ſein Andenken verewigen i). Die Geſchichtſchreiber führen ihn daher als ein Muſter eines weiſen Regenten auf, und in der That liefert ſeine Regierung ein ſeltenes Beiſpiel, wie gut man zu ſeiner Zeit die Grundſätze einer klugen Landesverwaltung kannte: Und eben dieſe Zeiten, wo der 30jährige Krieg den Wohlſtand der Länder ſo ganz untergraben hatte und nur eine langſame Erholung möglich war, machen es dieſem Fürſten zur doppelten Ehre, jene Grundſätze in Ausübung zu bringen.

g) Ebendaſ. S. 25.

h) Nach einer archivaliſchen Nachricht wurde der Reſidenzbau im J. 1643 angefangen und im J. 1643 vollendet. Die, in dieſem Zeitraum aufgewendeten Baukoſten beliefen ſich auf 109,238 fl. 11 gr.

i) Es iſt der Mühe werth die Stiftungen Herzog Ernſts aus deſſen Teſtamente und Regimentsordnung, hier einzeln zu bemerken:
27000 fl. — zu Erkaufung nöthiger Schulbücher;
20000 = — zu Errichtung eines Zucht= und Weiſenhauſes;
32000 = — zu Erhaltung des Conſiſtoriums
20000 = — zur Beſoldung zweier geiſtl. Inſpectoren
16000 = — zur Verpflegung zweier Theologen, als Kirchenräthe,
12000 = — zur Unterhaltung des Commendantens;
57300 = — das Hunnianiſche Stipendium. Bei der im J. 1680 erfolgten Erbſonderung (§. XII) übernahm Herzog Friederich zu Gotha die alleinige Beſtreitung dieſer geordneten

§. XXI.

Von der Theilung der Sachſen Gothaiſchen Lande in ſieben Fürſtenthümer und den darüber, unter den fürſtlichen Brüdern, entſtandenen Mißverhältniſſen.

Eine der merkwürdigſten Begebenheiten, die ſich im Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen ereignete und auf die Coburgiſche Landesgeſchichte einen ſehr weſentlichen Einfluß hatte, iſt die bekannte Vertheilung des Fürſtenthums Gotha, welches ſeit 1672 den größten Theil der Erneſtiniſchen Lande in ſich faßte. Die Rechte der Erſtgeburth waren in dieſem Zeitraum noch allgemein verhaßt k) und die Zärtlichkeit eines Vaters konnte ſich nicht entſchlieſen, dem nachgebohrnen Sohn, der Staatspolitik zugefallen, ſeine natürlichen Erbrechte, durch Einführung der Primogenitur, zu entziehen. Um indeſſen die ſchwächenden Theilungen zu verhindern, hatte man im Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen ſchon längſtens die Seniorate und gemeinſchaftlichen Regierungen eingeführet, wobei man jedesmalen dem Aelteſten das Directorium der Staatsangelegenheiten, unter gewiſſen Vorzügen und Emolumenten, zu überlaſſen pflegte, ohne dadurch die jüngern Brüder von der Theilnahme an der Regierung auszuſchließen. Dieſe Staatsverfaſſung war, durch den bekannten Vertrage vom J. 1629, l) in ein förmliches Hausgeſetz übergegangen, und ſelbſt Herzog Ernſt hatte daſſelbe in ſeinem Teſtamente und in der nachher errichteten Regimentordnung zum Grunde geleget.

Stipendien und Beſoldungen, welche eine Capitalſumme von 184,300 fl. ausmachen. Dafür wurde er aber von ſeinen vier jüngern Hrn. Brüdern, durch Ueberlaſſung ihrer Antheile an den ſämmtlichen Friedenſteiniſchen Mobilien, Kunſtcammer, Zeughaus und Bibliothek, ingleichen an den Activſchulden, Cammerreſten und Naturalvorräthen, ſehr reichlich entſchädiget.

k) In Pütters Entwickel. der deutſch. Staatsverfaſſ. Th. I. S. 247, lieſet man unter andern die Bemerkung, daß manche fürſtl. Häuſer auf die Einführung des Erſtgebuhrtrechts ſogar den Fluch geleget haben, weil es den Grundſätzen der Religion entgegen ſey, und dadurch der Spruch: Sind wir dann Kinder, ſo ſind wir auch Erben, offenbar verletzet werde.

l) Er ſtehet in Lünigs R. Arch. P. sp. Cont. II. S. 413. und enthält eine genaue Beſtimmung des, im Erneſtiniſchem Hauſe Sachſen ſchon früherhin eingeführten, Directoriums. Der älteſte Bruder bekam, außer dem Vorſitze und Präſidentenamte noch die Macht, den gemeinſchaftlichen Staat für ſich und die übrigen Hrn. Brüder zu repräſentiren, alle hohe Gerechtſame, in ſeinem und deren Namen, auszuüben, in wichtigen Landesangelegenheiten mit ihnen zu communiciren, auch per majora den Schluß zu faſſen. Dieſes Directorium oder Prinzipat ſollte jederzeit denjenigen Hrn. Bruder oder Vettern, zuſtehen, der nicht per repraesentationem noch per fictionem juris, ſondern in der That von Natur, an Jahren, Monaten und Tagen der älteſte ſeyn würde, und zwar ohne Unterſchied der Linien und ohne Anſehen, ob er von einem ältern, im landesfürſtlichen Prinzipat geweſenen Hrn. Vater herkomme oder nicht. Zum Vortheil des Directoriums wurde das Amt Oldisleben ausgeſetzt, welches der älteſte und regierende Herr auf ſeine Lebenszeit im Beſitz und Genuß haben ſollte. Dieſe innere Staatsverfaſſung bekam jedoch, durch ſpätere Receſſe und beſonders durch die Einführung der Primogenitur, eine ſo veränderte Richtung, daß das Andenken jenes Hausvertrags ſich nur blos in hiſtoriſcher Hinſicht erhalten hat.

In Gemäßheit dieſer Hausverfaſſung übernahm nun Friedrich I., als der älteſte Sohn Herzog Ernſts des frommen, im J. 1675 die Regierung der geſammten Gothaiſchen Lande, womit er vom Kaiſer Leopold, für ſich und ſeine ſechs jüngern Brüder feierlich beliehen wurde m). Anfänglich führte er mit ihnen, auf dem Schloſſe Friedenſtein, eine gemeinſchaftliche Hofhaltung, die jedoch, wegen ihren, nach und nach erfolgten Vermählungen, von kurzer Dauer war. Schon im J. 1676 fand in ſo fern eine perſönliche Trennung ſtatt, daß die fünf ältern Brüder, Albrecht, Bernhard, Heinrich, Chriſtian und Ernſt, ihre Wohnſitze in denjenigen Aemtern nahmen, deren Einkünfte ihnen, zur Beziehung der geordneten Deputate, bereits angewieſen waren. Auf dieſe Art verlegte Albrecht ſeine Wohnung nach Saalfeld, allwo er am 29. März 1677 auf dem Platz, wo die ehemalige Abtei geſtanden hatte, zwar den Grund zu einer neuen Reſidenz legte, aber den Bau nicht vollendete n). Bernhard bezog das Schloß Marienburg zu Ichtershauſen; Heinrich begab ſich nach Römhild, Chriſtian nach Eiſenberg und Ernſt nach Hildburghauſen. Nur der jüngſte Bruder, Johann Ernſt blieb noch eine Zeitlang zu Friedenſtein und erhielt ſein Deputat an baaren Gelde.

Indeſſen mochte jene Trennung für den regierenden Bruder manche Beſchwehrlichkeiten verurſachen, indem die Communication mit den entfernten fürſtlichen Brüdern, die Einhohlung ihrer Einwilligung in wichtigen Landesangelegenheiten, ihre Concurrenz bei Annahme gemeinſchaftlicher Diener u. d. m. eben ſo läſtig, als den Regierungsgeſchäften nachtheilich waren. Hierzu kam noch der Umſtand, daß bei den vier jüngern Brüdern der Wunſch immer lebhafter wurde, die ihnen, zum Unterhalt angewieſenen, Aemter, nicht als bloße Nutznießer, ſondern auch zugleich als Regenten mit der vollen Gerichtsbarkeit und andern Hoheitsrechten zu beſitzen, und ſich dadurch das Anſehen eines regierenden Herrn in ihrer Landesportion zu verſchaffen. Herzog Friedrich war nicht abgeneigt ihrem Wunſche auf eine Art zu entſprechen, wodurch er auf der einen Seite, ſein hausverfaſſungsmäßiges Directorium und ſeine Senioratsvorzüge, aufrecht zu erhalten, auf der andern Seite aber ſeinem fürſtlichen Hauſe auf immer wichtige Vortheile zu erwerben wußte, deren es bei einer fortdauernden Gemeinſchaft um ſo weniger hätte theilhaftig werden können, weil das Hausgeſetz vom J. 1629 verordnete, daß das Directorium vom jedesmaligen Aelteſten, ohne Unterſchied der Linien, geführet werden ſollte.

Es kam daher am 8. März 1679 zwiſchen ihm, und den vier jüngern Brüdern, Heinrichen, Chriſtian, Ernſten und Johann Ernſten, zu einer geheimen Punctation, deren weſentlicher Inhalt dahin gieng, daß 1) Herzog Friederich jedem derſelben, über die bereits überwieſenen Aemter, noch 3000 fl. Mßn. jährliche Revenüen zu entrichten verſprach, 2) ihnen die volle Gerichtsbarkeit in geiſtlichen und weltlichen Sachen nebſt der Errichtung einer Regierung und eines Con-

m) dipl. inedit. d. d. Wien, den 22. May 1676.

n) Nach den vorhandenen Baurechnungen vom J. 1677 — 1679 beliefen ſich die Baukoſten des Saalfelder Schloſſes nur auf 6922 rthlr. 15 gr. 4 pf.

ſiſtoriums zugeſtand, auch 3) ihnen die in ihren Aemtern befindlichen Lehnleute, ingleichen einen Drittheil der Ordinärſteuer einräumte. Dahingegen entſagten 4) die vier fürſtlichen Brüder allem und jeden, was ſie außerdem von den väterlichen Landen fordern könten, und überließen dem Herzog Friedrich und ſeinen Nachkommen die fernere Beſorgung der landeshoheitlichen Angelegenheiten in ihren ſämmtlichen Landen, die Reichs- Kreis- und Landtagsgeſchäfte, die allgemeine Landes- und Ritterfolge, die Erhebung der Land- und Trankſteuer, das Recht der Geſetzgebung, und die Appellationen von ihren Collegiis an Herzog Friedrichs Landescollegia; Auſſerdem verzichteten ſie auf ihre Antheile an den 577, 911 fl. 19 gr. väterlichen Activſchulden und an den Getraide- Wollen und andern Vorräthen, und verſprachen noch überdieß, ihm einen doppelten Antheil an den künftig, im fürſtlichen Hauſe ſich ereignenden, Erbanfällen einzuräumen o).

Mit dieſer Erbſonderung waren aber die zwei ältern fürſtlichen Brüder, Albrecht und Bernhard, durchaus unzufrieden und machten ſich gegen einander verbindlich, daß keiner unter ihnen darein willigen, oder ohne des andern Vorwiſſen, ſich deswegen in Unterhandlungen einlaſſen wollte p). Sie legten vielmehr gegen die Gültigkeit jenes Vertrags, ſowohl bei Herzog Friedrichen, als bei den vier jüngern Brüder, eine förmliche Proteſtation ein, und erklärten denſelben für eine Verletzung der Hausgeſetze und ihrer gegenwärtigen und zukünftigen Erbrechte, mit dem Zuſatze: daß es gar nicht in der Macht der vier jüngern Herrn Brüder ſtehe, ſo wichtige und in ungetheilter Gemeinſchaft begriffene Hoheitsrechte, ohne ihre Einſtimmung, dem älteſten Bruder erblich zu überlaſſen. Inſonderheit nahm Herzog Albrecht die Sache ſo ernſtlich, daß er ſeinen Cammerjunker von Stockhorn alsbald mit einer Inſtruktion nach Wien abſchickte, um bei dem Reichshofrath deswegen die nöthige Einleitung zu treffen.

So ſehr ſich auch Herzog Friedrich angelegen ſeyn ließ, dieſe Mißhelligkeiten, durch eine perſönliche Zuſammenkunft zu Ichtershauſen, in Güte beizulegen, ſo hielt es doch anfänglich ungemein ſchwer zum Zweck zu kommen, weil Albrecht und Bernhard geradezu erklärten, daß ſie in den Erbſonderungsvergleich unter keiner andern Bedingung willigen würden, als wenn die, von den vier jüngern Brüder auf die Hoheitsrechte geleiſtete, Verzicht auch ihnen mit zu gut kommen und nunmehro die noch übrigen väterlichen Lande in drei gleiche Portionen getheilet und jedem der drei älteſten Brüder, der väterlichen Anordnung gemäß, ein Theil davon mit der Reichstagsſtimme eingeräumet würde. Herzog Friedrich wieß nun zwar dieſen Antrag, unter Beziehung auf ſeine Seniorats- und Directorialvorrechte, von der Hand, erklärte aber dagegen in einer anderweiten Conferenz zu Ichtershauſen, (am 6. Aug. 1679) einem jeden ſeiner zwei ältern Brüder, zu ihrer Beruhigung, eine vollſtändige Landesportion, nehmlich den ſiebenden Theil von der ganzen väterlichen Verlaſſenſchaft, abzutreten.

o) Saalf. Receßb. S. 89. Nr. 13.
p) Dipl. orig. d. d. Saalfeld, den 5. May 1679.

Inzwiſchen hatten Albrecht und Bernhard über die Rechtlichkeit ihrer bisherigen Widerſprüche und beſonders über die Gültig- oder Ungültigkeit des ſtreitigen Theilungsvertrags, zu Altorf ein rechtliches Gutachten einhohlen laſſen, welches eben nicht nach ihrem Wunſche ausgefallen war, und wodurch ſie etwas bedenklicher wurden, den Weg Rechtens einzuſchlagen. Hierzu kam noch der Umſtand, daß nicht nur das zweideutige Benehmen der gemeinſchaftlichen Räthe zu Gotha, denen ſie die Erörterung der Sache mit übertragen hatten, bei ihnen einiges Mißtrauen erregte q), ſondern daß auch Herzog Bernhard ſogar von der Furcht ergriffen war, ſein älteſter Bruder möchte ſich vorgeſetzt haben den Beſitz der, von ſeinen 4 jüngern Brüdern erworbenen, Hoheitsrechte, durch Verbindung mit einer höhern Macht, auf das kräftigſte zu behaupten r). Unter dieſen Beſorgniſſen ließen ſich nunmehro Albrecht und Bernhard, in einer dritten Zuſammenkunft von 12. Sept. zu Hummelshayn, etwas geneigter finden, die ihnen vom Herzog Friedrichen angebothenen zwei vollſtändige Landesportionen anzunehmen und dagegen den, mit den 4 jüngern Brüdern geſchloſſenen, Erbvertrag zu genehmigen.

Nach mehrern Unterhandlungen kamen endlich noch in demſelben Jahre (am 13. Nov. 1679) mit Albrechten, — ſpäterhin aber (am 9. Febr. 1681) auch mit Bernharden, zwei noch ungedruckte Präliminarverträge zu Stande, worinne dem Erſtern, gegen Wiederabtretung der, bisher im Genus gehabten, Aemter: Saalfeld, Gräfenthal und Zella, der größte Theil des Fürſtenthums Coburg, — dem Herzog Bernhard aber, gegen Zuruckgabe der Aemter Ichtershauſen, Wachſenburg, Cranigfeld und Dorndorf, das heutige Fürſtenthum Meiningen mit aller Hoheit zugeſichert, die förmliche Ueberweiſung hingegen bis zum Abſchluß der beiden Hauptreceſſe ausgeſetzet wurde. Der Maaßſtab, den man bei dieſer Erbvertheilung zum Grunde legte, waren die alten Portionsbücher vom J. 1572, in welchen man die jährlichen Cammereinkünfte der geſammten Erneſtiniſchen Lande, nach den damaligen Preiß der Dinge, verzeichnet hatte. (S. 72) Um nun genau auszumitteln, wie viel der ſiebende Theil ſämmtlicher, von Herzog Ernſten hinterlaſſenen, Lande an wirklichen Domänialeinkünften ausmache, wurden die gemeinſchaftlichen Cammerräthe zu Gotha, Altenburg und Coburg, von den 3 älteſten fürſtlichen Brüdern am 30. Sept. 1679 beauftraget, dieſes Geſchäfte vor die Hand zu nehmen und — ſo viel die Theilung der Lande betrift — auf dem Grunde jener Portionsanſchläge

q) So äußerte z. B. Herzog Bernhard in einen Schreiben von 16. Aug. 1679 an ſeinen Bruder Albrecht. — „Es ſtünde zu Bedenken, weil man bei den vorigen Zuſammenkünften vermerket, daß die Geſammträthe ſehr an ſich halten, auch wegen vielen Reſpecte „(gegen H. Friedrichen) nicht leicht zu hoffen, daß ſie mit ihren Gedanken ungeſcheut heraus „gehen, — ob nicht dieſes ein casus ſey ein paar verſtändige Leuthe für Uns zu verpflichten „u. ſ. w. —“ In einem andern Schreiben heißt es: Wir haben aus der Erfahrung gelernt, daß je länger wir mit des Herrn Bruders Herz. Friedrich Lbl. und dero Räthen in Schriften gehandelt, je weiter wir vom Zwecke abgekommen ſind. ꝛc. ꝛc.

r) Herz. Bernhard ſchrieb am 1. Aug. 1679 an ſeinen Bruder Albrecht: „Er habe äußerlich „vernommen, ob ſolten an Seiten des Directorii höhere Allianzen würklich geſucht worden „ſeyn, um ſich in den vermeintlich acquirirten hohen Juribus kräftiglich zu ſchützen.“

den Betrag des 7. Theils zu berechnen s). Das Reſultat davon war, daß die portionsmäßigen Revenüen dieſer drei Fürſtenthümer und des Antheils an Henneberg mit einer Summe von 112086 fl. 20 gr. 3 pf. angeſchlagen mithin der ſiebende Theil auf 16012 fl. 8 gr. 10 pf. $1\frac{3}{4}$ hell. ausgeworfen wurde t).

Durch die vorhin erwähnten zwei Präliminarverträge, deren jeder in der Folge ſeine vollſtändige Ausdehnung erhielte, waren die Schwierigkeiten erhoben, die Albrecht und Bernhard der Erbſonderung ihrer vier jüngern Brüder entgegen geſetzet hatten. Herzog Friedrich ſäumte jezt nicht länger, die mit denſelben (1679) geſchloſſene Punctation zu vollziehen und ſolche durch nähere Erläuterungen und genauere Beſtimmung der wechſelſeitigen Verhältniſſe, am 24. Febr 1680 in einen Hauptreceß zu verwandeln deſſen merkwürdiger Inhalt ſich unter folgende Punkte zuſammenſtellen läßt: 1) Es entſagten die 4 jüngern Brüder der, ihnen gebührenden, vollſtändigen Erbportion, die eigentlich 16012 fl. 8 gr. 10 pf. portionsmäſigen Revenüen ausmachte, und begnügten ſich dagegen mit einen ungleich geringern Landestheil, deſſen Ertrag nur in 12142 fl. 18 gr. beſtand; 2) Sie überließen dem Herzog Friedrich ihre Antheile an den verhandenen Activſchulden, Cammerreſten, Getraide- und andern Vorräthen, ſo wie an die Mobilien, an der Kunſtkammer an dem Zeughaus und an der Bibliothek; Auch übertrugen ſie 3) demſelben und ſeinen Nachfolgern am Regimente, kraft einer immerwährenden Commiſſion, die Verwaltung aller Hoheitsrechte in ihren Landesportionen und zwar namentlich die Beſorgung der Reichs und Creißangelegenheiten, der kaiſerlichen und königlichen Belehnungen und der Geſandſchaften; ferner, die Aufforderung der Ritterpferde, die Militärgewalt, die Aufſicht bei der Univerſität und dem Hofgerichte zu Jena, die Anberaumung der Land- und Ausſchußtage, die Ausſchreibung und unmittelbare Eintreibung der Land- und Trankſteuern, nebſt der Direction des Steuerweſens, die Gewalt der Geſetzgebung, und überhaupt die Ausübung aller und jeden Gerechtſame die man unter den Namen der Landeshoheit zu begreifen pfleget. Doch wurde dabei bedungen, daß in allen dergleichen Hoheitsſachen mit den vier jüngern Brüdern communiciret, und ſelbige in ihrem Namen mit verhandelt werden ſollten. Hierbei machte ſich 4) Herzog Friedrich, verbindlich, alle und jede Koſten, welche zur Beſorgung der, ſo eben bemerkten, Hoheitsrechte erforderlich wären, aus eignen Mitteln, und ohne Zuthun der fürſtlichen Brüder zu beſtreiten, auch außerdem noch alle paſſiv- Cammerſchulden, Stiftungen, Stipendien, Witthums- und Ausſtattungsgelder, Unterhaltung der, den geſammten Landen zum Beſten, angeordneten, Collegien u. ſ. w. zu übernehmen. Dahingegen ſollten 5) ein jeder der vier jüngern Brüder, anſtatt des ihm gebührenden und in 16012 fl. 8 gr. 10 pf. portionsmäßgen Einkünften beſtehenden ſiebenden Theils nur ein Quantum von 12,142 fl. 18 gr. an Land und Leuten erhalten, auch den dritten Theil der ordinär- und Trankſteuern in den ihm ein-

s) ſ. Hellfelds Beitr. zur S. Geſch. Th. 2. S. 286.
t) Ebendaſ. S. 320.

eingeräumten Aemter zu erheben haben; im Fall aber deren Einkünfte dieſe Summe nicht erreichen würden, ſo verſprach Herzog Friedrich, das Fehlende durch Nachſchußgelder zu ergänzen, oder nach Gelegenheit, mit Land und Leuten zu vergüthen.

Unter dieſer Vorausſetzung erhielten nun 6) die vier jüngern Brüder folgende Länderſtücke zur Abfindung, als: I. Herzog Heinrich; die Aemter Römhild, Königsberg, Themar und Behrungen nebſt dem Hofe zu Milz und den heimgefallenen Echteriſchen Lehnen; II. Herzog Chriſtian, die Aemter Eiſenberg, Ronneburg, Roda und Camburg; III. Herzog Ernſt; die Aemter Heldburg, Eißfeld, Hildburghauſen, Veilsdorf und Schalkau; IV. Herzog Johann Ernſt, die Aemter Saalfeld, Gräfenthal, Zella und die Stadt Lehuſten. Obgleich 7) alle dieſe Länderſtücke jedem fürſtlichen Theilhaber, mit der vollſtändigen Gerichtsbarkeit in geiſt- und weltlichen Sachen, ſammt allen andern Hoheiten und Regalien abgetreten, auch ihnen die Errichtung eigner Regierungs- und Conſiſtorial-Inſtanzen überlaſſen wurde; ſo fanden ſie es doch, zu Erſpahrung der Koſten, für zuträglicher ihre Regierungs- und Conſiſtorialgeſchäfte, bei den, zu Friedenſtein und Altenburg errichteten, Landescollegien fernerweit verhandeln zu laſſen. Sie trafen deswegen mit Herzog Friedrichen die Abrede, daſelbſt, wegen ihrer Landesportion, auf eigne Koſten ein Rath zu beſtellen, welcher, ſo wie die übrigen Räthe und Aſſeſſoren, bei der dortigen Regierung und dem Conſiſtorio, in gemeinſchaftlichen Pflichten ſtehen ſollte. In Anſehung der künftigen Erbfälle, machten ſich 8) die vier jüngern fürſtlichen Brüder verbindlich, dem Herzog Friedrich, zur Ergötzlichkeit für die Uebernehmung der gemeinſchaftlichen Staatslaſten u), bei jedem Erbanfall eine Virilportion zum Voraus zugeſtatten, dergeſtalt, daß bei der Theilung deſſelben, eine Portion mehr, als fürſtliche Erben ſeyn würden, gemacht und dem Herzog Friedrich deren zwei, den übrigen Brüdern oder Vettern aber nur ein Theil überlaſſen werden ſollte v).

In Gemeinſchaft blieben die kaiſerlichen und königlichen Belehnungen, die Jülichiſche Succeſſionsſache, die Mitbelehnung mit dem kur- und fürſtlichen Hauſe Sachſen, die Erbverbrüderung mit Heſſen, Brandenburg und Böhmen, die Iſenburgiſche Anwartſchaft w),

u) In dieſem Punkte ſcheint gewiſſermaßen eine doppelte Vergüthung der Staatslaſten zu liegen, indem man, zu deren Beſtreitung, dem Herz. Friedrich (Nr. 3.) die Erhebung der Steuern überlaſſen, auch den 4 jüngern Brüdern an ihrer Erbportion von 16012 fl. bereits eine bedeutende Summe abgekürzet und (Nr. 5.) einem jeden nur 12142 fl. Revenüen zugetheilet hatte. Dieß war auch ein Hauptgrund zu den Beſchwerden, womit ſie in der Folge auftraten.

v) Den Betrag der Virilportion, deren Erhebung, bei den Coburg- Eiſenberg- und Römhildiſchen Anfällen, in Anwendung kam, werde ich unten (§. XXIV.) näher zu erläutern ſuchen.

w) Bereits im J. 1596 hatte Kaiſer Rudolph II. den beiden fürſtl. Brüdern, Friedrich Wilhelmen und Johanſen zu S. Weimar, die Anwartſchaft auf die Grafſchaften Yſenburg und Budingen, mit dem Zuſatze ertheilet, daß, wenn in Zukunft, vielleicht aus Vergeſſenheit, dieſer kaiſerlichen Zuſage zum Nachtheil, etwas anders verordnet werden würde, ſolches unkräftig und obiger Expectanz unſchädlich ſeyn ſollte. (dipl. in Lünigs R. Arch. P. sp. Cont. II. p. 386) Als nun in der Folge Graf Wolfgang Heinrich von Iſenburg beim Kaiſer Ferdinand II. in Ungnade und zugleich in die Reichsacht verfiel, übergab der Kaiſer dieſe

die Elſaßiſche Prätenſion, die Archive zu Wittenberg, Weimar, Gotha, Coburg und Meiningen, das Seniorat im Erneſtiniſchen Hauſe, nebſt dem damit verbundenen Amte Oldisleben, ingleichen die Gold- Silber- Kupfer und Zinnbergwerke, (die zu Saalfeld ausgenommen, weil ſie bereits dem Herzog Friedrich zugehörten,) das fürſtliche Münzregal, die Austräge und die allgemeine Landes- und Proceßordnungen. Zuletzt wurde 10) noch feſtgeſetzet, daß auf dem Fall, wenn Herzog Friedrich oder deſſen männliche Nachkommen im Mannsſtamm erlöſchen würden, die vier jüngern Herrn Brüder oder deren Nachkommen an dieſen Erbvergleich durchaus nicht gebunden ſeyn, ſondern derſelbe für erloſchen geachtet, und ſämtliche Hoheitsrechte und Präcipua an ſie zurückfallen ſollten x).

Unter ganz andern Verhältniſſen bekamen die zwei ältern Brüder Albrecht und Bernhard ihre Landesportionen. Sie erhielten ſelbige nicht nur vollſtändig mit 16,137 fl. 6 gr portionsmäßigen Revenüen an Land und Leuten, ſondern auch mit allen und jeden Hoheitsrechten, welche die Souveränität eines Fürſten bezeichnen. Dem Herzog Albrecht wurden in dem, mit Herzog Friedrichen am 24. Sept. 1681 errichteten, Hauptreceſſe y) die Feſtung Coburg nebſt der Stadt und dem Amte, ingleichen die Städte, Aemter und Gerichte Neuſtadt, Sonneberg, Mönchröden, Sonnefeld und Neuhaus zugetheilet z), und wegen des Coburgiſchen Reichs- und Creisvotums die Abrede genommen, daß bei der Reichstagsſtimme Herzog Albrecht mit ſeinem Bruder Herzog Bernhard, — bei dem Creisvoto aber die Herzoge Friedrich und Albrecht gemeinſchaftlich zu concurriren haben. — Der Landesantheil Herzog Bernhards hingegen beſtand in den Aemtern und Städten:

Grafſchaft im J. 1635 dem Landgräflichen Hauſe Heſſen-Darmſtadt zum einſtweiligen Genuß und Adminiſtration. Im Weſtphäliſchen Friedensſchluß (1648) art. IV. §. 34, wurden nun zwar die Grafen von Iſenburg wieder in ihre Lande eingeſetzt, zugleich aber auch dem Landgraf Georg III. zu Heſſen, auf dem Fall, wenn gedachte Grafen ausſterben würden, die Erbfolge in ihre Lande zugeſichert. Gegen dieſes Verfahren proteſtirten nun die Herzoge zu Sachſen Weimar, Altenburg und Gotha und machten den Kaiſer auf die frühere Anwartſchaft aufmerkſam, die der kaiſerliche Hof ſchon im J. 1596 ihren Vorfahren ertheilet und wahrſcheinlich vergeſſen hatte. Um ſich aus der Verlegenheit zu ziehen, gab der Kaiſer die Verſicherung von ſich, daß Heſſen die Anwartſchaft nur in ſo weit haben ſollte, als ſolche dem Hauſe Sachſen nicht nachtheilich ſey. (Gundlings Discours über den Weſtphal. Frieden S. 112) Auch war man Sächſ. Seits darauf bedacht, dieſes Recht von Zeit zu Zeit aufrecht zu erhalten, und würkte im J. 1660 vom K. Leopold einen neuen Begnadigungsbrief aus, worinne den F. Häuſern, Altenburg, Weimar und Gotha die Anwartſchaft an der Grafſchaft Iſenburg wiederholt zugeſichert wurde. (dipl. inedit. d. d. Wien, den 10. Juny 1660.)

x) Saalfeld. Receßb. S. 105 f.

y) Ebendaſ. S. 126.

z) Nach den Portionsanſchlägen belief ſich dieſer Landestheil auf 16890 fl. 3 pf. und überſtieg die oben (S. 144) mit 16012 fl. 8 gr. 10 pf. ausgeworfene Septima mit 877 fl. 12 gr. 5 pf. Allein dieſe Uebermaſſe wurde mit derjenigen Entſchädigung compenſirt, die Albrecht theils, wegen Ermangelung einiger abgekommenen Intraden, theils wegen der Reduction, der in Coburg. Landen eingeführten fränkiſchen Gulden in Meißniſche Währung, zu fordern berechtiget war. Es behielte daher, nach dem Inhalte des Receſſes vom 1681, §. 4. bei der Landesportion von 16890 fl. ſein Bewenden, und beide fürſtl. Contrahenten entſagten allen weitern Anſprüchen,

Meiningen, Maßfeld, Waſungen, Sand, Frauenbreitungen, Salzungen, nebſt den einzeln Dörfern, Herpf, Stepfershauſen, Utendorf und Mehlis und den Cammergut Henneberg a).

In beiden Theilungsverträgen genehmigten nun zwar die Herzoge, Albrecht und Bernhard, den, mit den vier jüngern Brüdern errichteten, Erbvertrag von 24 Febr. 1680, ſie behielten ſich aber dabei ausdrücklich vor, daß dasjenige, was darinne bei Erbfällen, wegen der Virilportion, zum Vortheil Herzog Friedrichs beſtimmt worden, ihnen durchaus nicht zum Nachtheil gereiche, ſondern daß ihnen in dergleichen Fällen das vollſtändige Erbrecht in dasjenige, was der Verſtorbene würklich beſeſſen habe und was er an Land und Leuten und Hoheitsrechten hätte bekommen ſollen, zuſtändig ſey. Auſſerdem blieben in Gemeinſchaft: die kaiſerlichen Belehnungen Anwartſchaften und andere bereits oben (S. 145) angezeigte Stücke, ingleichen die Univerſität, das Hofgericht, der Schöppenſtuhl, die Bibliothek und den Convictorium zu Jena, — nicht weniger die Hoheit und Lehnsherrlichkeit über einige Schwarzburgiſche, Hatzfeldiſche und Reußiſche Lehne welche vom jedesmaligen Senior verliehen werden ſollten. Dahingegen wurde die Hoheit und Lehnsherrſchaft über die Grafen von Hohenloh, wegen der Obergleichiſchen Herrſchaft, und über die Grafen von Schwarzburg, wegen den Niedergleichiſchen Dorfſchaften b), dem Herzog Friedrich zu Gotha zur alleinigen Adminiſtration überlaſſen; doch ſetzte man dabei feſt, daß derſelbe, im Fall dieſe Lehne eröffnet würden, den beiden fürſtlichen Brüdern, Albrechten und Bernhard, ihre daran habende Antheile mit baarem Gelde oder mit annehmlichen Gütern zu vergüthen habe. Uebrigens entſagten Letztere ihrem Lehnrechte an der vormals Gleichiſchen Herrſchaft Tonna c), welche Herzog Friedrich

a) Saalf. R. Buch S. 137.

b) Die Obere- und Untergrafſchaft Gleichen war ſchon im Mittelalter dem Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen lehnbar. Erſtere beſtehet aus dem Schloſſe und der Stadt Ohrdruf und 6 dazu gehörigen Dörfern. Nach dem Tode Graf Hanß Ludewigs von Gleichen, mit welchem das gräfl. Geſchlecht (1631) ausſtarb, kam dieſe Herrſchaft, durch Erbvertrag vom J. 1621 an die Grafen von Hohenloh, die im J. 1642 von Herzog Ernſten zu S. Gotha damit beliehen wurden. Zur Unterngrafſchaft Gleichen gehören die 4 Dörfer: Günthersleben, Ingersleben, Sülzenbruck und Städten, welche ebenfalls, durch Erbvertrag, nach Gr. Hanß Ludewigs Ableben an die Grafen von Schwarzburg übergiengen.

c) Die Herrſchaft Tonna, vormals eine Beſitzung der Grafen von Gleichen, war eben ſo, wie die vorhin bemerkte Ober- und Untergrafſchaft Gleichen, ſchon in ältern Zeiten dem Hauſe Sachſen lehnbar. Gr. Hanß Ludewig, der den Ausgang ſeines Hauſes vor Augen ſah, errichtete aber den 1. May 1621 mit den Grafen von Waldeck und mit Chriſtian Schenken, Freiherrn von Tautenburg einen Succeſſionsreceß, vermöge deſſen, Letzterer, — und nach ihm, die Grafen von Waldeck, — in die Herrſchaft Tonna ſuccediren ſollten. Der Fall ereignete ſich auch im J. 1631, wo Hanß Ludewig den Gleichiſchen Mannſtamm beſchloß und dieſe Herrſchaft an den von Tautenberg fiel. Als aber derſelbe 1640 ebenfalls ohne Erben ſtarb, kam ſolche, dem Erbvertrag zufolge, an die Grafen von Waldeck, die ſie anfänglich von S. Altenburg, und nach Erlöſchung dieſes Hauſes (1672) von S. Gotha zu Lehn trugen. Seit dem war alſo die Lehnsherrlichkett über die Herrſchaft Tonna zwar ein Zubehör des ganzen Fürſtenthums Gotha, welches Herz. Ernſts des frommen 7 Söhne in ungetheilter Gemein-

zu Gotha kurz zuvor (1678) käuflich an ſich gebracht hatte. Sie traten ihm jedoch ihr Mitbelehnungsrecht mit der Bedingung ab, daß die Hoheit und Lehnsherrſchaft darüber an keinen fremden Herrn veräußert werden ſollte.

Durch die bisher erzehlten Theilungen der ſieben fürſtlichen Brüder, zerfiel nun das, vom Herzog Ernſt dem frommen im J. 1640 gegründete, Fürſtenhaus zu S. Gotha, in eben ſo viel beſondere Linien, welche man nach den Reſidenzen der Herzoge, mit den Namen: der Gothaiſchen- Coburgiſchen- Meiningiſchen- Römhildiſchen- Eiſenbergiſchen- Hildburghäuſiſchen- und Saalfeldiſchen Linie zu bezeichnen pfleget. Bemerkenswerth iſt aber die Ungleichheit der Landestheile, welche einem jeden der 7 fürſtlichen Brüder, nach dem Fuße der alten Portionsanſchläge, an Land und Leuten zugetheilet wurden. Zur allgemeinen Ueberſicht dienet folgendes Verzeichniß:

I. Herzog Albrecht erhielte:

Feſtung, Stadt und Amt Coburg mit den Gerichten und der Stadt Rodach, zu — — — —	7366 fl.	11 gr.	9 pf.
Amt und Stadt Neuſtadt, mit Inbegriff der Gerichte und der Stadt Sonneberg, zu —	3251 ⸗	15 ⸗	6 ⸗
Amt Möncheröden, zu — — —	1732 ⸗	11 ⸗	3 ⸗
Amt Sonnefeld, zu — — —	2933 ⸗	17 ⸗	7 ⸗
Amtsverwaltung Neuhaus, zu — —	1605 ⸗	7 ⸗	2 ⸗
Summa: —	16890 fl.	—	3 pf.

II. Herzog Bernhard:

Amt und Kellerei Meiningen, zu — —	2492 fl.		
Amt Maßfeld — — —	5337 ⸗	5 gr.	
Amt Salzungen und Kloſter Allendorf —	2051 ⸗	4 ⸗	
Amt Waſungen — — — —	1719 ⸗	2 ⸗	
Amt Sand — — — —	994 ⸗	16 ⸗	
Amt Frauenbreitungen — — —	2250 ⸗	12 ⸗	
Herpf und Stepfershauſen — —	613 ⸗	11 ⸗	2 pf.
Uttendorf und Mehlis — —	274 ⸗		9 ⸗
Das Guth Henneberg — — —	318 ⸗	14 ⸗	
Weimariſcher Zuſchuß, oder Sandiſche Extraſteuern —	129 ⸗	10 ⸗	6 ⸗
	16,180 fl.	12 gr.	5 pf.

ſchaft inne hatten; Aber noch vor der brüderlichen Erbtheilung von 1680 kaufte Herzog Friedrich I. zu Gotha, (von ſeinem eignen Vermögen,) im J. 1678 dieſe Herrſchaft dem Grafen von Waldeck um 120,000 fl. ab und inkorporirte ſie in der Folge der, in der nachherigen Theilung ihm zugefallenen, Gothaiſchen Landesportion. Eben daher geſchahe es, daß ſeine zwei Brüder, Albrecht und Bernhard ihren daran habenden Antheil der Lehnsherrlichkeit nunmehro entſagten.

III. Herzog Heinrich:

	fl.	gr.	pf.
Amt und Stadt Römhild,	3648 fl.	11 gr.	9 pf.
Amt und Stadt Königsberg,	2500 .	—	—
Amt und Stadt Themar,	2544 .	14 —	—
Kellerei Behrungen	1116 .	14 —	—
Der Hof zu Milz,	154 .	14 —	—
Der heimgefallene Echteriſche Lehne,	75 .	—	—
	10,039 fl.	14 gr.	9 pf.

IV. Herzog Chriſtian:

	fl.	gr.	pf.
Amt und Stadt Eiſenberg und Ronneburg,	4127 fl.	14 gr.	—
Amt Camburg,	1591 .	5 gr.	—
Amt und Stadt Roda,	985 .	19 —	10 —
	6704 fl.	17 gr.	10 pf.

V. Herzog Ernſt:

	fl.	gr.	pf.
Amt und Stadt Hildburghauſen,	554 fl.	2 gr.	11 pf.
Amt und Stadt Heldburg,	3125 .	8 —	7 —
Amt und Stadt Eißfeld	2036 .	12 —	8 —
Amt und Kloſter Veilsdorf,	1023 .	7 —	7 —
Amt Schalkau.	600 .	—	—
	7330 fl.	9 gr.	3 pf.

VI. Herzog Johann Ernſt:

	fl.	gr.	pf.
Amt und Stift Saalfeld	3244 fl.	12 gr.	10 pf.
Amt und Stadt Gräfenthal	2500 .	—	—
Amt Zella und Stadt Lehſten	1200 .	—	—
	6944 fl.	12 gr.	10 pf.

Dahingegen behielte Herzog **Friederich** zu ſeiner Erbrata:

Amt und Stadt Gotha,	8172 fl.	18 gr.	6 pf.
Amt Tenneberg,	3475 =	19 =	9 =
Amt Georgenthal,	6597 =	18 =	5 =
Amt Schwarzwald,	1884 =	13 =	3 =
Amt Reinhardsbrunn,	3761 =	= =	9 =
Amt Wachſenburg und Ichtershauſen,	4475 =	9 =	11 =
Amt und Stift Altenburg,	12430 =	10 =	1 =
Amt Leuchtenburg und Orlamünda,	2940 =	16 =	6 =
Amt Volkenroda,	4808 =	11 =	= =
Die Collectur Langenſalza und Greußen	567 =	5 =	2 =
Den Ertrag des Hohenfelder Sees	175 =	= =	= =
Die Mühle zu Salza,	55 =	= =	= =
Die Stadt Pösneck, die nachher (1682) an Saalfeld abgetreten wurde.	102 =	3 =	= =
	49,447 fl.	= =	4 =

Die vier jüngern Brüdern kamen nun freilich bei dieſer Theilung am übelſten weg, indem der Ertrag der, ihnen abgetretenen, Aemter bei weiten nicht das Quantum erreichte, welches Herzog Friedrich zu Gotha einem Jeden mit 12142 fl. 18 gr. portionsmäßiger Revenüen zugeſichert hatte. (S. 144) Zur Erfüllung ihrer Landestheile mangelten ihnen noch 17543 fl. 9 gr. 2 pf. jährlicher Einkünfte, und zwar:

1) Herzog Heinrichen zu Römhild = = 2103 fl. 16 gr. 3 pf.
2) dem Herzog Chriſtian zu Eiſenberg = = 5438 = = = = =
3) Herzog Ernſten zu Hildburghauſen = = 4803 = 8 = 9 =
4) Herzog Johann Ernſten zu Saalfeld = 5198 = 5 = 2 =

welche einem jeden dieſer vier abgetheilten Fürſten, nach dem Fuße der Portionsanſchläge, von den väterlichen Erblanden, hätten gut gethan werden ſollen. An die Stelle dieſer Portionsmängel traten nun die ſogenannten **Nachſchußgelder**, welche, vermöge des Hauptreceſſes von 1680 §. 6 den vier jüngern Brüdern jährlich von den, in ihren Aemtern eingehenden, Ordinär- und Extraordinär-Steuern bezahlt wurden, deren Erhebung ſich Herzog Frirdrich, zur Beſtreitung der Staatslaſten, vorbehalten hatte. Aber auch dieſe Entſchädigung war nur ſcheinbar und ſchloß in ſofern eine neue Verkürzung in ſich, weil eines theils jene **Nachſchußgelder** keinesweges als ein Surrogat für Land und Leute zu betrachten waren, andern theils aber die fehlenden portionsmäßigen Einkünfte, die ſich auf die geringen Aemteranſchläge von J. 1573 gründeten, jetzo wenigſtens ſechsmal mehr ausmachten, als ihnen zur Ergänzung der Länder Theile vergütet wurde.

So drückend dieſe Verhältniſſe für die vier jüngern Brüder waren, deſto vortheilhafter waren ſie dem Herzog Friedrich zu Gotha. Ihm, als Aelteſten, gebührte zwar, nach der Regimentsverfaſſung vom J. 1672 (S. 139) das Directorium und

die Regierung der ſämmtlichen väterlichen Lande, nebſt den damit verbundenen Emolumenten, die in einem jährlichen Deputat von 4000 Thlrn. beſtanden; dieſe Vorzüge beſchränkten ſich aber nur auf ſeine Lebenszeit, weil ſie auf dem Senio beruheten, mithin nach ſeinem Tode, dem Hausgeſetze gemäß, (S. 140) auf den älteſten ſeiner Brüder oder Stammvettern übergehen muſten. Indeſſen wußte Friedrich, durch den Erbvertrag von 1680 nicht nur jene Directorialrechte in den erwähnten vier Landestheilen nebſt den, daraus fließenden Hoheitsgefällen, unter den Namen eines immerwährenden Auftrags, (vigore commissionis perpetuae) erblich an ſich zu bringen, ſondern auch noch überdieß ſeinem fürſtlichen Hauſe einen bedeutenden Länderzuwachs zu verſchaffen. Denn, dasjenige, was ſeinen vier jüngern Brüdern an ihren, ohnehin ſchon verkürzten, Landesportionen mangelte und eine Summe von 17543 fl. 9 gr. portionsmäßiger Einkünfte ausmachte, (S. 150) behielte Herzog Friedrich für ſich im Beſitz und befriedigte jene, wegen des Revenüen-Mangels, mit den erwähnten Nachſchußgelder. Eben daher kam es, daß derſelbe, ſtatt 16137 fl. 6 gr. portionsmäßiger Revenüen, die er, bei einer gleichheitlichen Vertheilung der väterlichen Lande, würde erhalten haben, jetzo eine Summe von 49,447 fl. — portionsmäßiger Einkünfte mit Land und Leuten inne hatte und noch auſſerdem berechtiget war, zwei Drittheile der Land und Trankſteuer nebſt den ſämmtlichen Extraſteuern und andern Hoheitsgefällen in den Erbportionen der vier jüngern Brüder immerwährend zu erheben.

Bei dieſer Ungleichheit konnte es nun wohl nicht fehlen, daß die jüngern fürſtlichen Contrahenten jetzt anfiengen die Abſchließung eines, ihren Erbrechten ſo nachtheiligen, Vertrags zu bereuen, und ihre Unzufriedenheit darüber öffentlich am Tage zu legen. Sie ließen, von einem, dem Namen nach unbekannten, Rechtsgelehrten, eine ausführliche Darſtellung entwerfen, d) worinne der Verfaſſer dieſe Erbſonderung von §. zu §. einer ſcharfen Prüfung unterwarf und aus mehrern Gründen die Verkürzungen vor Augen legte, deren ſich Herzog Friedrich gegen die vier jüngern Brüder hatte zu Schulden kommen laſſen. Inſonderheit brachten die beiden Herzoge, Ernſt zu Hildburghauſen, und Johann Ernſt zu Saalfeld ihre Beſchwerden ſehr frühzeitig zur Sprache und Erſterer legte ſogar ſeine Verkürzungen dem kaiſerlichen Hofe mit der Bitte vor, daß dieſe Theilungs-Angelegenheit durch eine beſondere Commiſſion ins Reine gebracht werden möchte

Zu einer rechtlichen Ausführung mochte es aber Herzog Friedrich nicht kommen laſſen, und verglich daher ſich am 6. Febr. 1683 mit Herzog Ernſten zu Hildburghauſen dahin, daß er 1) demſelben, über die ihm bereits zugetheilten Aemter, noch das, auf

d) Dieſer noch ungedruckte Aufſatz führet die Abſchrift: „Summariſche Vorſtellung, derjenigen „Verkürzungen, Unbilligkeiten, Schadens und Disceputation, welche denen hochf. Herrn „Gebrüdern, Hn. Heinrichen, Chriſtian, Ernſten und Johann Ernſten, Herzogen zu Sachſen ꝛc. aus dem am 24 Febr. 1680 mit Dero Hn. Bruder Herz. Friedrichen zu Sachſen durchl. getroffenen Vergleich in der That zu wachſen und entſtehen, juxta capita et puncta „deſſelben Vergleichs in der Ordnung annotirt“.

2500 fl. Einkünfte angeſchlagene, Amt Königsberg verſchaffte e), 2) ihm ſtatt der Nachſchußgelder, die völlige Ordinär- und Trankſteuer in ſeinen Aemtern, einräumte, 3) zur Ergänzung des Rückſtandes an ſeiner Erbportion jährlich 1100 fl. aus der Gothaiſchen Rentkammer zu zahlen verſprach auch 4) die, bei eintretenden Succeſſionsfällen, von S. Gotha bedungene Vivilportion, nur auf die zunechſt ſich ereignenden drei Anfälle einſchrenkte, dahingegen 5) Herzog Ernſt zu Hildburghauſen, allen fernern Anſprüchen auf die väterlichen Lande, wiederkäuflichen Aemtern, Activſchulden u. d. m. entſagte f).

Auf gleiche Art kam auch Herzog Johann Ernſt zu Saalfeld ſchon am 18. März 1680 mit einigen Rechtsgründen zum Vorſchein, aus welchen er nicht verbunden zu ſeyn glaubte, den am 8. März 1679 mit Herzog Friedrichen errichteten Punctations-Receß in Erfüllung zu bringen. Die Hauptargumente waren: weil er bei Unterzeichnung des Receſſes noch unmündig geweſen, — weil Herzog Friedrich, als teſtamentariſcher Vormund, mit ihm, als ſeinem Mündel, nach Vorſchrift der Geſetze, nicht hätte contrahiren können, — weil er bei dieſem wichtigen Geſchäfte ganz unberathen geweſen und überhaupt dieſer Vertrag der väterlichen Verordnungen und der Sächſiſchen Hausverfaſſung entgegen ſey g). So wichtig auch dieſe Gründe ſeyn mochten, ſo kam es doch bald darauf (1682) zum Vergleich, in welchem Herzog Friedrich ſeinem Herrn Bruder dadurch zu beruhigen ſuchte, daß er ihm die Stadt Pößneck mit allen Jahresrenten und dem Hauptgeleite, nebſt ⅓ der Land- und Trankſteuern, ingleichen die halbe Nutzung der Saalfeldiſchen Bergwerke einräumte, und ſich in mehrern Puncten gegen ihm gefällig erzeigte h).

In der Folge entdeckte aber Johann Ernſt neue Unrichtigkeiten, die bei der, ihm zugetheilten, Landesportion untergelaufen waren und eine bedeutende Verkürzung nach ſich zogen. Unter andern beſchwerte er ſich, daß die Domanialgefälle von einigen Ortſchaften doppelt in Anſatz gekommen, — daß das Amt Gräfenthal nach den Kaufpreiſe i), und nicht nach dem Fuße der Portionsbücher angeſchlagen worden, und daß über-

e) In dieſer Abſicht disponirte Herzog Friedrich ſeinen Bruder, Heinrich, zu Römhild, ihm das Amt Königsberg, wieder abzutreten und ſich, wegen den 2500 fl. portionsmäßiger Einkünfte, mit einen gleichmäßigen Geldquanto aus der Gothaiſchen Cammer zu begnügen (dipl. in meinen Beytr. zur S. Geſch. S. 101.)

f) Dieſer Receß von 16. Febr. 1683 ſtehet in Röders Abhandlung von den S. Reichstagsſtimmen. S. 292 u. 299.

g) S. die gründlichen Urſachen ꝛc. im Saalf. Receßbuch Nr. 17. S. 213. In einem andern actenmäßigen, noch ungedruckten, Aufſatze, ſind dieſe Urſachen weit umſtändlicher aus einander geſetzet. Unter andern heißt es darinne; — „Johann Ernſt habe das Project von „Herzog Friedrichen am Morgen erhalten und es noch vor der Tafel unterſchreiben müſſen, ohne „die Sache überlegen zu können; — die formula obligationis ſey Ihm vom Herzog Frie„drich de verbo ad verbum vorgeſchrieben und von Ihm nnr aus Complaisançe nach„geſchrieben worden u. ſ. w.“

h) S. den Pößneckervertrag vom J. 1682 im Saalfelder Receſſe S. 149.

i) Das Amt Gräfenthal kaufte Herzog Johann Philipp zu Altenburg im J. 1621 von den Reichs-

überhaupt die, ihm zugefallenen Aemter, wegen ihrer Lage und natürlichen Beſchaffenheit den übrigen ungleich einträglichern Landestheilen bei weiten nicht beikämen, und er an Land und Leuten weniger, als ſeine übrigen Herrn Brüder erhalten hätte. Vergeblich ſuchte er deswegen um Entſchädigung. Herzog Friedrich glaubte ihn blos aus dem Grunde abzuweiſen, weil er in dem, ſo eben angeführten, Pößnecker Receſſe auf alle weitere Anſprüche verzichtet habe Johann Ernſt brachte nunmehro ſeine Beſchwerden zur Kenntniß des Reichsoberhaupts und es gelang ihm, zu deren gütlichen Beilegung eine kaiſerliche Commiſſion auszuwürken.

Inzwiſchen gieng aber Herzog Friedrich (1691) mit Tode ab, und ehe noch die Commiſſion eröfnet wurde, verglich ſich deſſen Sohn, gleichen Namens, unter Vermittelung Herzogs Albrechts zu Coburg, im J. 1695 dahin: daß 1) die, zu hoch in Anſchlag gebrachten, Saalfeldiſche Aemter, die ſich mit Inbegriff der Stadt Pösneck auf 7040 fl. 15 gr. beliefen, auf 6500 fl. herabgeſetzet und Herzog Johann Ernſten 5642 fl. Nachſchußgelder, mit Land und Leuten, von allen künftigen Anfällen, nach den Portionsanſchlägen, nebſt der dazu gehörigen Cammerſteuer vergütet, — 2) die, dem fürſtlichen Hauſe Gotha in der Saalfeldiſchen Portion vorbehalten, zwei Drittheile Cammer- Hülfs- Land- und Trankſteuer an S. Saalfeld abgetreten, — 3) die auswärtigen, zum Stiffte Saalfeld gehörigen, Lehne, an Herzog Johann Ernſten überwieſen und ihm die Aufſicht über die Saalfeldiſchen Bergwerke überlaſſen, auch 4) in Hoheitsangelegenheiten und wegen der Land- und Ausſchußtage, mit dem fürſtlichen Hauſe Saalfeld communiciret und von demſelben die Steuern in der Saalfeldiſchen Portion ſelbſt ausgeſchrieben werden ſollten k).

Mit dieſem Receſſe nahmen nun die mancherlei Zwiſtigkeiten, die zwiſchen Herzog Ernſts des frommen hinterlaſſenen ſieben Söhnen, über die Theilung der väterlichen Lande, entſtanden waren, ein Ende: Aber ungleich verwickelter ſind die Irrungen die ſich ſpäterhin, nach Erlöſchung der Coburger- Eiſenberger- und Römhilder Linie, über die Succeſſion in die erledigten Lande und über deren Theilung, unter den noch jetzo blühenden fürſtlichen Häuſern Gotha, Meiningen, Hildburghauſen und Coburg-Saalfeld, ereigneten und theils durch oberſtrichterliche Erkenntniſſe, theils durch Verträge erörtert wurden. Von dieſen Succeſſionsſtreitigkeiten, und der darauf erfolgten anderweiten Ländertheilung, werde ich unten (§. XXIV.) ausführlich zu reden Gelegenheit haben.

marſchallen von Pappenheim um 130,000 fl. — eine Summe, die mit den geringen Länderwerthe vom J. 1572 im keinem Verhältniſſe ſtand, weil damals die Aemter Coburg, Rodach und Neuſtadt zuſammen, nicht höher, als um 133,141 fl. Capitalwerth in Anſchlag kommen (S. 71) mithin Herzog Johann Ernſt allerdings berechtiget war, deswegen auf Entſchädigung anzutragen.

k) Saalfeld, Receßbuch, S. 157.

§. XXII.

Geſchichte des Fürſtenthums Coburg unter der Regierung Herzog Albrechts, vom J. 1680—1699.

Das alte Fürſtenthum Coburg, ſo wie es unter Herzog Johann Caſimirn beſtanden hatte, war, durch die bisher erzehlte Ländertheilung, unter zwei fürſtliche Brüder vertheilet worden. Herzog Ernſt, Stifter der S. Hildburghäuſer Linie, hatte davon die Aemter und Städte: Hildburghauſen, Heldburg, Veilsdorf, Eißfeld und Schalkau erhalten und im Jahre 1683 wurde ihm auch, zu ſeiner Beruhigung, von S. Gotha das Amt Königsberg abgetreten. (S. 152) Herzog Albrecht hingegen bekam bei weiten den gröſten Theil der Coburgiſchen Lande, deren bereits oben (S. 146) angegebenen, Beſtandtheile, nunmehro ein abgeſondertes und für ſich ſelbſt beſtehendes Fürſtenthum ausmachten. Bei der Geſchichte deſſelben, unter Albrechts Regierung, kann ich um ſo viel kürzer ſeyn, weil wir ſchon von einem frühern vaterländiſchen Geſchichtſchreiber eine Biographie von dieſen Fürſten in Händen haben, worinne man die vorzüglichſten Begebenheiten aufgezeichnet findet l). Man kan alſo das, was ich hier gebe, zum Theil als eine diplomatiſche Nachleſe ſolcher Nachrichten betrachten, die unſerm Biographen unbekannt geblieben ſind.

Der Regierungsantritt Herzog Albrechts erfolgte am 11. Febr. 1680, wo er mit ſeinen geſammten Hofſtaat, von Saalfeld aus zu Coburg eintraf, und ein neues Fürſtenhaus gründete. Sein Einzug war ſehr feierlich und die Landſchaft ſowohl, als der Magiſtrat legten ihre Freude über den Beſitz eines, im Lande wohnenden, Regenten, dadurch am Tage, daß ſie ihm zwei koſtbare Spiegel und eine, mit Diamanten und Türküſſen beſetzte Taſchenuhr verehrten m). Aber kaum hatte Albrecht die Regentſchaft übernommen, als zwiſchen ihm und ſeinem Herrn Bruder, Herzog Friedrichen zu Gotha, einige Mißverhältniſſe entſtanden, wodurch die innere Ruhe eine zeitlang geſtöret wurde.

In dem, von beiden Fürſten am 23. Nov. 1679 geſchloſſenen, Punctationsreceſſe hatte man nehmlich feſtgeſetzet, daß Herzog Albrecht zwar die völlige Adminiſtration des Landes antreten, daß aber gleichwohlen die dortige Dienerſchaft, bis den 2. März 1680, in gemeinſchaftlichen Pflichten bleiben und in dieſer Zwiſchenzeit der Hauptvertrag zu Stande gebracht werden ſollte. Der beſtimmte Termin war aber abgelaufen, ohne daß Herzog Friedrich, alles Erinners ohngeachtet, die Abfaſſung des Receſſes bewürket hatte. Albrecht nahm alſo keinen längern Anſtand, am 20. April 1680 die gemeinſchaftlichen Dienſtverhältniſſe aufzuheben und den bis-

l) Joh. Gerhard Gruners Biogr. Herz. Albrechts, 1788.

m) Höns Coburg. Hiſt. B. II. S. 353. — Der Türkis gehöret unter die Claſſe ſeltener Edelſteine, hat eine ſehr ſchöne himmelblaue Farbe, und wird in Perſien, im Gebürge Piruskua, gefunden. Seinen Namen ſoll er von den Türken haben, die einen ſo großen Werth darauf ſetzen, daß ſie einen kleinen Türkis, von der Größe einer halben Haſelnus, mit 200 rthlr. bezahlen.

her in Geſammtpflichten geſtandenen Canzler Auguſt Carpzog, nebſt einigen andern Räthen, ihrer Dienſte zu entlaſſen. Dagegen ernannte er den damaligen Rechtsgelehrten, Jacob Avianus, zum geheimen Rath und Canzler, übertrug ihm das Directorium in der geheimen Rathsſtube und beſetzte die übrigen Collegia mit eignen Staatsdienern, die ihm allein mit Pflichten zugethan waren.

Ueber dieſen Vorſchritt war Herzog Friedrich ſehr unzufrieden und es entſtand zwiſchen beiden Herrn Brüdern ein heftiger Briefwechſel, der nicht den beſten Erfolg hatte. Da Albrecht nicht nachgab und ſein Verfahren mit guten Gründen zu rechtfertigen wußte; So ließ Herzog Friedrich im Monat May einen Lieutenant mit 80 Mann in das Coburgiſche Gebiete einrucken und die daſige Veſtung beſetzen. Dieſe gewaltſame Maßregel erklärte Albrecht für eine Territorialverletzung und gab den darüber gefaßten Unwillen ſeinem Herrn Bruder, mit der Aeuſerung zu erkennen, daß er ſich mit ihm, eher in keine weitere Unterhandlungen einlaſſen würde, bis die Mannſchaft aus der Veſte Coburg abgeführet und der daſige Commendant, Obriſt Stang, weil er gegen ſeinen Befehl gehandelt hatte, ſeines Dienſtes entſetzet worden wäre n).

Durch Vermittelung Herzog Bernhards zu Meiningen wurden dieſe Irrungen am 21. July 1680 dahin beigeleget, daß Friedrich ſein Militär zurucknahm, der Obriſt Stang aber, wegen ſeines Benehmens, Herzog Albrechten um Verzeihung bitten mußte: Indeſſen war das brüderliche Vertrauen einmal geſtört und Herzog Friedrich nahm auch nachher auf deſſen Herſtellung ſo wenig Rückſicht, daß er noch im J. 1681 den Coburgiſchen Adel, ob gleich derſelbe an Albrechten überwieſen war, zu Stellung der Ritterpferde nach Gotha aufforderte und dadurch den Hoheitsrechten ſeines Bruders vom Neuen zu nahe trat. Er mußte ſich daher gefallen laſſen daß Letzterer, ſeinen Vaſallen die Befolgung dieſes Anſinnens bei Strafe unterſagte o).

Doch alle dieſe Mißverhältniſſe verſchwanden mit der Vollziehung des bereits oben (S. 146) angeführten Haupttheilungsreceſſes von 24. Sept. 1681, wodurch der Gothaiſche Directorialeinfluß entfernt wurde und Albrecht zum vollſtändigen Beſitz des Fürſtenthums Coburg gelangte. Um daſſelbe von fremdherriſchen Beſitzungen zu reinigen, ertauſchte er, wenig Tage darauf, von dem Gothaiſchen geheimden Rath von Bachov das, ohnweit Coburg gelegene, Cammerguth Oeßlau und überließ ihm dafür ſein Ritterguth Remſchütz im Fürſtenthum Altenburg p). In gleicher Abſicht erkaufte Albrecht (1683) von ſeinem Bruder, Herzog Heinrichen zu Römhild, das Cammerguth Schweighof bei Rodach um 14000 fl. q) und in den nehmlichen Jahre, verglich er ſich auch mit Herzog Friedrichen zu Gotha über manche, aus der Erbtheilung herrührende, wechſelſeitige Forderungen, bei welcher Gelegenheit ihm das

n) Arnds Arch. zur S. Geſch. Th. I. S. 29.
o) Dipl. in Lünigs Corp. Jur. Feud. T. II. p. 925 u. 926.
p) Dipl. in Gruners Biogr. S. 139.
q) Ebendaſ. S. 191.

Cammergut Sauerſtadt nebſt den zwei Höfen, Niederndorf und Karlshain, abgetreten wurden r).

Für die innere Verfaſſung ſind vorzüglich die öftern Land- und Ausſchußtage zu bemerken, die unter Albrechts Regierung gehalten wurden und über die Verhältniſſe dieſes Zeitraums manchen Aufſchluß geben. Die erſte Verſammlung der Stände geſchahe im Novembr. 1681, bei welcher man ſich beſonders mit der Wiederherſtellung des vormaligen Schöppenſtuhls und mit der Erhebung des Coburgiſchen Gymnaſiums zu einer Univerſität beſchäftigte s). Das letztere lag ſchon früherhin (1598) in dem Plane Herzog Johann Caſimirs, welcher ſeiner, damalen gegründeten, Lehranſtalt beſonders um deswillen eine akademiſche Eigenſchaft zu geben wünſchte, weil dadurch die evangeliſchen Lehrſätze noch feſter gegründet werden konnten. Der kaiſerliche Hof verſagte ihm aber die Ertheilung des, dazu erforderlichen, Privilegiums und ſein Plan kam alſo nicht zur Ausführung. Jezo, wo die Erhaltung der proteſtantiſchen Religion nicht mehr gefährdet war, konnte zwar von jenem Grunde nicht mehr die Rede ſeyn; demohngeachtet hatte das Geſamthaus Gotha im J. 1677 das Univerſitätsprivilegium für Coburg vom Kaiſer Leopold ausgewürket t) und das Original deſſelben, in der Theilung vom J. 1681, dem Herzog Albrecht, als Inhabern dieſes Fürſtenthums, ausgehändiget.

Im Beſitze einer ſo wichtigen Urkunde, wurde nun der Gedanke, davon Gebrauch zu machen, und ſeiner Reſidenz den glänzenden Ruhm einer Akademie zu verſchaffen, bei dem Herzog um ſo lebhafter, weil ſelbſt die Landſtände damit einverſtanden waren und ihm die Ausführung ſeines Plans zu empfehlen ſuchten. Unter andern führten ſie zum Beweggrund an, daß die Akademie zu Straßburg aufgelöſet ſey und die dortigen Studenten hieher gezogen werden könnten, wodurch die neue Univerſität ſich ſehr bald zu einem bedeutenden Anſehen erheben würde. Als Wohnung für die Profeſſoren, brachten ſie die fürſtliche Stahlhütte u) in Vorſchlag und waren auch ihres Orts erböthig, zur Beförderung dieſes Unternehmens, ein Capital von 500 fl. nebſt ruckſtändigen 20 jährigen Zinßen abzutreten, nicht weniger jährlich eine Hellerſteuer zu verwilligen.

Dieß war nun freilich ein ſehr geringer Beitrag zu einer gemeinnützigen Anſtalt, deren Erhaltung einen jährlichen Aufwand von mehrern tauſenden erfordert haben würde. Die Stände mögen auch die Unzulänglichkeit ihrer Unterſtützung von ſelbſt gefühlt haben und erklärten ſich daher in der Folge, (1687) wo dieſe Angelegenheit vom neuen zur Sprache kam, zu einer ganzen Pfennigsſteuer, wovon die Profeſſoren beſoldet werden ſollten. Damals ſcheint würklich die Errichtung der Uni-

r) Ebendaſ. S. 163.

s) S. den L. T. Abſchied vom J. 1681 in Spillers Beitr. S. 94. f.

t) Es ſtehet in Gruners hiſt. Beſch. des Fürſtenth. Coburg Th. I. S. 401.

u) Dieſe Stahlhütte ſtand auf dem ſogenannten Bürglaß und vertrat vormals die Stelle eines Schießhauſes, in welchem, zu Johann Caſimirs Zeiten, das Armbruſt- oder Stahlbogenſchießen gehalten wurde. (S. 103.) Dieſes alte Luſtgebäude wurde im J. 1703 in ein Wayſenhaus verwandelt.

verſität ſehr nahe geweſen zu ſeyn, indem Herzog Albrecht kurz zuvor (1686) ſeinem Canzler Avianus den Auftrag gab, die akademiſchen Geſetze zu entwerfen. Doch blieb es auch jetzo blos bei den guten Willen; denn die damals ausgebrochenen Kriegsunruhen, beſonders aber der ungünſtige Zuſtand der fürſtlichen Finanzen, geſtatteten nicht, ein ſo koſtbares Unternehmen zur Ausführung zu bringen.

Auf den nehmlichen Landtage von 1681 war aber auch noch von andern Gegenſtänden die Rede, die für den Fürſten und das Land gleiches Intereſſe hatten. Albrecht verband mit der Würde eines Regenten eine gewiſſe Neigung zum Soldatenſtande, dem er ſich in ſeinen frühern Jahren gewidmet hatte. (§. XXIII.) Er unterhielt daher aus ſeinen Cammereinkünften eine eigene Leibgarde zu Pferde, und verlangte jetzo vom Lande hierzu einen jährlichen Beitrag. Die Stände verwilligten ihm aber nur ein für allemal eine Cammerhülfe von 5000 fl., unter der Bedingung, daß er dieſes Militär zum Reichscontingent hergeben möchte, in welchem Fall ſie daſſelbe allein verpflegen wollten. — Auch andere Staatslaſten, z. B. Reichs- und Kreißanlagen, Geſandſchaftskoſten u. d. m. mußten bisher noch aus der fürſtlichen Cammer beſtritten werden, und erſt dann, als der Herzog die Ritterſchaft zwei Jahre lang mit der Extraſteuer verſchonet hatte, erklärten die Stände, jene Staatsausgaben aus der Landſchaftscaſſe zu bezahlen. — In polizeilicher Hinſicht kam noch eine Geſinde- und Taglöhnerordnung in Antrage, vermöge welcher alle Knechte und Mägde, die ſich, aus Faulheit, den Herrndienſten entziehen würden, mit einer jährlichen Steuer beleget werden ſollten.

Kaum war dieſer Landtag beendiget, als am 12. Dec. 1681 der engere Ausſchuß wieder zuſammen berufen und demſelben bekannt gemacht wurde, daß das Fürſtenthum Coburg, zu der im geſammten Hauſe Sachſen geſchloſſenen, Laxenburgiſchen Allianz, ein Contingent von 342⅔ Mann zu Fuß und 85⅐ Reuter zu ſtellen habe. Zur Deckung der hierzu erforderlichen Koſten verwilligte die Landſchaft 5 ganze Pfennigſteuern und die Anlegung eines Wein- und Bierpfennigs, mit der Beſtimmung, daß letzterer in die Landescaſſe abgeliefert werde, und daß der Weinpfennig blos von ausländiſchen Wein zu verſtehen ſey, der innländiſche aber, um deſſen Anbau zu befördern, nur mit 1 Heller beleget werden ſollte. Uebrigens gab der Herzog den Ständen die Verſicherung, künftig keine Steuerbefreiungen mehr zu ertheilen, auch alle landſchaftlichen Geſchäfte bei der Regierung verhandeln zu laſſen v). Von der bedungenen Ablieferung des Wein- und Bieraccißes zur Landescaſſe, giengen jedoch die Stände, auf dem, im J. 1685 gehaltenen, Landtage, wieder ab und überließen dem Herzoge die unmittelbare Erhebung deſſelben ſowohl als der Steuern, die ſie zur Beſtreitung der Reichsanlagen und zur Unterhaltung des Militärs und der Veſtung verwilliget hatte w).

Der Landtag vom J. 1687 zeichnet ſich beſonders dadurch als merkwürdig aus, weil die Stände jetzt zum erſtenmal eine ganze Steuer zur Beſoldung der Lan-

v) Landes Abſch. vom 9. Jan. 1682, in Spillers Beitr. S. 106.
w) Ebendaſ. S. 114.

descollegien verwilligten, deren Unterhaltung man bisher aus der Cammcaſſe beſtritten hatte. Auch ließ ſich Albrecht, nach dem frühern Beiſpiel Herzog Friedrich Wilhelms zu Altenburg, (S 129) geneigt finden, die Ritterſchaft von Entrichtung der Steuern 6 Jahre lang, jedoch mit der Bemerkung, zu befreien; „daß ſie ſolches „nur für eine Gnade erkennen und zu keiner Conſequenz deuten, auch den Nachlaß „zur Verbeſſerung ihrer Rittergüter verwenden ſollte.“ Uebrigens erboth ſich die Ritterſchaft, ſtatt der perſönlichen Stellung ihrer centbaren Unterſaßen zum Militärdienſte, Geldbeiträge zu liefern, auch ſich ſelbſt mit ihren Ritterpferden in Bereitſchaft zu halten; dahingegen ſie, beim Erſcheinen, wo es herkömmlich, mit freiem Futter und Mahl verſehen werden möchten x). Die folgenden Landtäge vom J. 1688 und 1690 enthalten weiter nichts erhebliches, als daß die Unterhaltung der, vom Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen, damals zu ſtellenden drei Regimenter, jährlich eine Summe von 128,000 Thaler erforderte, woran das Fürſtenthum Coburg zum ſiebenden Theil 21942 fl beizutragen hatte, weswegen jährlich 7 Extraſteuern ausgeſchrieben werden mußten.

Deſto bemerkenswerther iſt der letzte Landtag vom J. 1695, weil ſeit demſelben in Fürſtenthum Coburg keiner wieder gehalten wurde. Wenig Jahr zuvor war ein großer Theil der fürſtlichen Reſidenz nebſt der Schloßkirche ein Raub der Flamme geworden, zu deren Wiederaufbauung die Landſchaft eine Pfennigſteuer verwilligte; auch überließ ſie dem Herzog nicht nur die Erhebung einer Extrapfennigſteuer auf 6 Jahre zur freien Dispoſition und beſonders zum Unterhalt der Landescollegien, deren Beſoldungen damals 3286 fl. ausmachten, ſondern ſie verſprach auch den Aufwand, den die Reichs- und Kreißlaſten, Geſandſchaften und das Militär erfordere, aus der Landescaſſe zu beſtreiten; doch machte ſie dabei zur Bedingung, daß der Accis vom Wein und Bier nicht mehr zur herzoglichen Cammer, ſondern an die Landſchaft abgeliefert werde. — In Anſehung der Ritterpferde ließ der Herzog den Vaſallen die Wahl, entweder die Stellung derſelben, nebſt wohl berittenen und montirten Knechten, nach der neuen Art, in Natur zu leiſten, oder ein jährliches Geldquantum dafür zu bezahlen, welches zur Errichtung einer ſtehenden Miliz angeleget werden könnte. Die Ritterſchaft erklärte ſich aber zur perſönlichen Stellung, und zur Anſchaffung der neuen Montirung, weil ſie, bei der Seltenheit dergleichen Leiſtungen, dadurch beſſer wegzukommen glaubte. Die Beſteuerung der adelichen Propergüter blieb für diesmal auf Anſuchen der Rittergutsbeſitzer noch in etwas ausgeſetzt, doch machte ihnen der Herzog bemerklich, „daß ſie ſich desjenigen nicht entbrechen möchten, „wozu ſie theils durch ihre patriotiſche Pflicht, theils durch Reichs- und Landesgeſetze angewieſen wären y).“

Ein wichtiger Gegenſtand, der auf dieſen Landtag verhandelt wurde, war die Theurung aller Lebensbedürfniſſe, die im ganzen Coburgiſchen Lande überhand genommen hatte. Um dem Uebel abzuhelfen, ernannte der Herzog eine eigne Commiſſion,

x) Landt. Abſchied vom 16. Novembr. 1687, in Spillers Beitr. S. 121.
y) L. T. Abſchied vom J. 1645 in Spiller l. c. S. 129. ff.

welche in einem gedruckten Entwurf vom J. 1695 das Publikum mit den Mitteln bekannt machte, die dagegen gebraucht werden ſollten. Unter andern glaubte man die hohen Getraidepreiße, durch eine beſtimmte Taxe, herunter zu ſetzen und ſolche den In= und Ausländern, die ihr Getraide zum Verkauf auf dem Markte brachten, zur Beobachtung vorzuſchreiben. Wer die Taxe überſchritt, wurde entweder in das, damalen noch vorhandene, Narrenhaus geſteckt, oder mit militäriſcher Wache auf die fürſtliche Canzlei gebracht und zur Verantwortung gezogen. Dergleichen gewaltſame Maßregeln brachten aber eine ganz entgegengeſetzte Würkung hervor. Beſonders machten ſie, im Auslande, ſehr wiedrige Eindrücke und veranlaßten, daß nun aus den benachbarten Landen gar kein Getraide mehr zugefahren und die Noth nur noch größer würde. Auf dringende Vorſtellungen der Landſchaft fand ſich alſo der Herzog bewogen, die Commiſſion aufzuheben und den freien Handel wieder herzuſtellen.

Sehr zahlreich waren die allgemeinen und beſondern Beſchwerden, welche die Ritterſchaft und Städte über verſchiedene Gegenſtände, ſeit Albrechts Regierungsantritt, von Zeit zu Zeit eingereichet hatten. Sie betrafen die Verminderung der Veſtungsgarniſon, die fürſtlichen Befreiungen von Extraſteuern, die Zurückſetzung der Landeskinder bei innländiſchen Dienſten, die Erlaſſung einer Mühlordnung, die Abſtellung des überhandnehmenden Bettelweſens und anderer Landesgebrechen, welche durch einen förmlichen Abſchied vom 10. Januar 1685 ihre Erledigung erhielten. Hin und wieder hatten aber die Stände ihre Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten zu weit ausgedehnt und wurden damit von der Hand gewieſen. Als ſie unter andern ſich über eine, vom Herzog ertheilte Brau= und Schenkgerechtigkeit beſchwehrte, und über die im J. 1681 publicirte Proviſionalordnung ſich einer Kritik erlaubte und auf deren Abänderung antrug, gab ihnen Albrecht ſein Befremden darüber mit der Aeuſerung zu erkennen: „Daß er ſich bei Ertheilung dergleichen Privilegien „die Hände nicht binden laſſe, und daß die Abfaſſung der Geſetze und deren Publikation in die fürſtliche Landesſuperiorität laufen und die Cognition darüber, ſo wie „die Execution ihm alleine zuſtehe und zu keiner Vogteilichkeit zuziehen ſey.“

Auf eine ähnliche Art wieß auch der Herzog die, von der Ritterſchaft, wegen unmittelbarer Vorladung ihrer Gerichtsunterſaßen geführte, Beſchwerde mit dem Bemerken von der Hand, daß herkömmlichermaßen die centbaren Lehnleute von den fürſtlichen Beamten ohne Requiſition vorgeladen würden, und daß es der fürſtlichen Landeshoheit zu nahe getreten ſey, wenn die Ritterſchaft verlange, daß ihre uncentbaren Unterſaßen, auch in dem Fall, wo die Beamten mit Commiſſion verſehen wären, mittelſt Requiſition citiret werden ſollten. — Wegen der Hofdienſte, zu deren Leiſtung die rittermäſigen Vaſallen verbunden waren, wurde verordnet daß ſie und ihre Pferde zwar mit behörigen Tractament verſehen werden ſollten; wenn ſie aber mit ihren Ritterpferden, wegen allgemeiner Landesnoth erſcheinen mußten, ſollte es beim Herkommen bleiben z). Doch habe ſich jeder mit einem tüchtigen reiſigen

z) Ueber die Frage, worinne dieſes Herkommen beſtanden habe, geben die Acte [illegible] Aufſchluß. Nach dem ſächſ. Lehnrecht müßte eigentlich der Vaſall die Lehendienſte, 6 Wo[illegible]n lang,

Pferde und guter Montirung bereit zu halten, damit er die ſchuldigen Ritterdienſte zum Landesſchutz leiſten könne.

Neben den landſchaftlichen Angelegenheiten richtete Albrecht ſeine Aufmerkſamkeit auch auf andere Gegenſtände, die im Wirkungskreiſe ſeiner Regentenſchaft lagen. Vorzüglich beſchäftigten ihn die Eingriffe des Kloſters Langheim, welches ſich über ſeine Beſitzungen im Fürſtenthum Coburg manche Gerechtſame anmaßte, die der fürſtlichen Hoheit nachtheilig waren. Albrecht traf dagegen die nöthigen Maaßregeln und bewürkte dadurch (1686) einen Vertrag, wodurch das Kloſter in die Grenzen ſeiner Befugniſſe zuruckgebracht wurde a). Die Irrungen betrafen die Langheimiſche Gerichtsbarkeit zu Weitramsdorf und Schlettach, das Steuerregel zu Triebsdorf, die Centfreiheit zu Harth, den ſächſiſchen Erbſchutz zu Hemmendorf und noch andere Verhältniſſe, deren ausführliche Bemerkung hier um ſo überflüßiger ſeyn würde, weil ſolche, durch den neuſten Staatsvertrag mit der Krone Bayern b) eine veränderte Richtung erhalten haben und jener Receß weiter keinen Nutzen gewähret.

Außer dem war Albrecht der erſte, der in Coburg eine fahrende Poſt veranſtaltete. Er verliehe im J. 1687 einem gewiſſen Juſtin Bieler das Poſtmeiſteramt zu Erblehn, jedoch mit dem Beding, daß er die Poſt auf eigne Koſten anzuregen habe. Nach der deshalbigen Conceſſionsurkunde, hatte deſſen Bruder ſchon vorher vom geſammten Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen die Erlaubniß erhalten, zu Jena eine fahrende Poſt zu errichten, mit welcher nun auch die Coburgiſche in Verbindung geſetzt werden ſollte. Damals betrachtete man aber das Poſtweſen blos als eine, zum allgemeinen Beſten abzweckende, Polizeianſtalt, indem man dem Poſtmeiſter das ganze Einkommen überließ und ihm noch außerdem einen jährlichen Zuſchuß aus den Kammereinkünften bezahlte.

Eine wichtige Veränderung machte Albrecht mit den Eiſen- und Hammerwerken zu Steinach, die ſchon in frühern Zeiten exiſtirten und vom Herzog Wilhelm (1464) an drei Nürnberger Bürger verliehen wurden. (S. 16.) Ihre nachherigen Schickſale ſind unbekannt, aber wahrſcheinlich mögen ſie, bei manchen ungünſtigen Verhältniſſen, liegen geblieben ſeyn. Die fürſtlichen Inhaber der Pflege Coburg ließen ſie alſo auf eigene Koſten betreiben und noch unter Albrechts Regierung machten ſie eine fürſtliche Domäne aus, die jedoch, — wie es gewöhnlich bei der Selbſtadminiſtration der Fall iſt, — ſehr wenig rentirte. Der Freiherr Friedrich von Born, ein Sachſe c), der im J. 1690, als geheimer Rath in Coburgiſche Dienſte trat,

auf ſeine Koſten leiſten; in der Folge ſcheinet aber dieſe Verbindlichkeit eine Abänderung erlitten zu haben; wenigſtens verſichert der ſächſiſche Juriſt Schneidewin, daß nach ſächſiſcher Lehnsobſervanz der Lehnherr ſeinen Vaſallen, wenn ſie bei ihm angekommen und mit ihm zu Felde ziehen, Futter, Mahl und Hufſchlag gebe.

a) Dipl. orig. d. d. Coburg $\frac{17}{27}$ Sept. 1686.

b) S. die Urk. in der Cob. Geſch. des M. Alters, S. 128.

c) Die adeliche Familie von Born ſtammte aus Sachſen ab und hatte ihren Siß zu Frohburg im Leipziger Kreis, allwo auch die Stadt Borna lieget, von welches dieſes Geſchlecht

trat, legte jetzt dem Herzog ein Project vor, worinne er ſich erboth, die Steinacher Hammerwerke und Manufacturen in einen ſo blühenden Stand zu ſetzen, daß dadurch die Einkünfte des Amtes Neuſtadt jährlich mit 2400 fl. erhöhet werden könnten. Albrecht, der für alles, was auf Verbeſſerung des Landes und ſeiner Finanzen Bezug hatte, empfänglich war, ließ ſich daher bewegen, das fürſtliche Schmelz- und Hammerwerk zu Steinach (am 28. Sept. 1691) dem von Born, in der Eigenſchaft eines Ritter- und Erblehens, dergeſtalt zu verleihen, daß es derſelbe mit einem Ritterpferd zu verdienen oder letzteres mit 1000 fl. Kaufgeld abzulößen, auch jährlich 243 fl. 15 gr. 5 pf. Erbzinß zu entrichten hatte. Von großem Umfange waren die Rechte und Zubehörungen dieſes neuen Ritterlehns. Es umfaßte die Dörfer Steinach und Köpelsdorf mit den drei Waſſerflüſſen, Steinach, Alsnitz und Rögenitz, ſamt den dabei gelegenen Mahl- und Schneidemühlen, hohen Oefen, Stahl- Blech- Drath- und Eiſenhämmern, ingleichen die hohen- und niedern Gerichte nebſt den Patronalrechte; Auch ertheilte ihm der Herzog die Erlaubniß, noch mehrere Gewerke und Manufacturen anzulegen, Fabrikanten und Handwerksleute aller Art anzunehmen, für ſolche die nöthigen Wohnungen herzuſtellen und für die Durchreiſende, Gaſthöfe und Wirthshäuſer zu erbauen. Zur Ausführung eines ſo koſtbaren Unternehmens wurde dem von Born nicht nur das erforderliche Bau- und Werkholz, ſondern auch, zum Betrieb des Hammerwerks, jährlich 100 Klafter Brennholz ohnentgeltlich abgegeben. Zum Grunde dieſer bedeutenden Vergünſtigungen führte man an: „weil da-„durch Geld aus fremden Landen gewonnen werde, und dieß doch wohl beſſer ſey, „als daß man das Holz mit Schaden überſändig werden und verfaulen laſſe d).

In wie weit dem Freiherrn von Born die Ausführung ſeines Projects, beſonders in Hinſicht der verſprochenen Revenüenerhebung des Amtes Neuſtadt, gelungen ſeyn mag, muß man zwar dahin geſtellt ſeyn laſſen: Indeſſen hatte er ſich doch, durch ſeinen unternehmenden Geiſte, das Vertrauen des Herzogs in ſo hohen Grade erworben, daß letzterer wenig Jahre darauf (1693) den Entſchluß faßte, die Staats- und Finanzverwaltung ſämmtlicher Coburgiſchen Lande, gleichſam pachtsweiſe, in ſeine Hände zu legen. In dieſer Abſicht errichtete Albrecht am 28. Januar 1693 mit ihm einen beſondern Vertrag, welcher, als einzig in ſeiner Art, um ſo bemerkenswerther iſt, weil er uns mit den Revenüenertrag des Fürſtenthums Coburg damaliger Zeit, bekannt macht. Der weſentliche Inhalt deſſelben beſtehet in folgenden:

1) Der von Born übernahm die Adminiſtration der geſammten Landeseinkünfte, von Michael. 1692 an, auf vier Jahre, und machte ſich verbindlich, dem Herzog,

ſeinen Namen führte. Der hier vorkommende Friedrich von Born, welcher 1690 in Coburgiſche Dienſte trat und 1693 die Adminiſtration der Finanzen übernahm, machte in den, mit Herz. Albrechten darüber abgeſchloſſenen Vertrag, zur ausdrücklichen Bedingung, daß nach ſeinem Tode, ſein Cörper nach Frohburg in ſeinen Ritterſitze geſchaft und in der daſigen Kirche beigeſetzt werden möchte.

d) Dipl. orig. d. d. Coburg, den 28. Sept. 1691.

ohne neue Beſchwerungen der Unterthanen, jährlich 60,000 fl. Fränk. dergeſtalt zu gewähren, daß, wenn nach Ablauf dieſer Zeit, an der ganzen Summe von 240000 fl. etwas ermangeln würde, der von Born des fehlende aus ſeinen eignen Mitteln zu erſetzen habe.

2) Von obigen 60000 fl. ſollten dem Herzog 45000 fl. in virteljährigen Ratis, nebſt 3000 fl. Pacht vom Senioratsamt Oldisleben und 6000 fl. Münzüberſchuß, zu Beſtreitung der Etatsausgaben baar ausgezahlt, die übrigen 15000 fl. aber zur Errichtung der Coburgiſchen Univerſität zu Erkauf- und Einlöſung liegender Güther, Lehnſchaften, Zehenden ꝛc. und zu Bezahlung der Schulden verwendet werden.

3) Die Geheimderaths- Regierungs- und Cammercollegia wurden vereiniget und dem von Born, unter dem Prädicat eines Oberaufſehers, des Directorium übertragen, jedoch ſo, daß der Cammerpräſident von Stockhorn und der Regierungspräſident Rößler bei ihren Amtsverrichtungen gelaſſen wurden.

4) Zur Erhebung der jährlichen 60,000 fl., ſollten alle Aemter und Cammergüter, auch was ſonſten einem unabhängigen Reichs- und Landesfürſten, vermöge der Landeshoheit, zuſtehe, geſchlagen werden. Dahin gehörten: das Amt Coburg mit dem daſigen Caſtenamte, das Caſtenamt Rodach, die Aemter Neuſtadt, Mönchröden, Sonnefeld und Neuhaus, das Senioratsamt Oldisleben, das Floß- Poſt- Geleits- und Jagdamt, die Cammergüter, Oeßlau, Calenberg, Gauerſtadt und Schweikhof, die Forſt- und Holznutzungen, Capitalzinßen, Garten- und Küchennutzung, Landweinfuhrgelder, ordinäre Land- und Trankſteuer, die Münze, mit Ausnahme des Schlagſchatzes von 6000 fl., der dem Herzog vorbehalten blieb, nicht weniger die Berg- Salpeter- Pulver- Salzwerke und andere Regalien, welches alles dem von Born, für die beſtimmte Summe, zum Genuß eingeräumet wurde.

5) Alles dasjenige, was über die jährlichen 60000 fl. zur Einnahme kommen würde, ſollte dem Freiherrn von Born, ſtatt der Beſoldung, verbleiben, auch verſprach der Herzog noch beſonders, ihn gegen Verläumdungen übelgeſinnter Leuthe zu ſchützen, auch ihm zu erlauben, die Hammerwerke und Steinach wöchentlich einmal zu beſuchen e) — Dieſer Adminiſtrationsvertrag ſcheint aber nicht zur vollſtändigen Ausführung gekommen ſeyn, indem der von Born ſchon im J. 1695 mit Tode abgieng und die Vollendung ſeines Plans mit ins Grab nahm.

Während dem war Albrecht auch auf einer andern Seite für die Erhöhung ſeiner Finanzen thätig, und glaubte dieſen Zweck, durch den erneuerten Anbau der, vormals berühmten, Gold und Silberbergwerke zu Steinheidt, zu erreichen, welche, ſeit dem 30jährigen Kriege, liegen geblieben waren. Er berief zu dem Ende ſachkundige Bergleute aus fremden Gegenden und erließ am 31. März 1692 ein gedrucktes Patent, worinne er der Gewerkſchaft die ohnentgeltliche Abgabe des, zum Anbau der Schächte, Stollen und Hüttenwerke, erforderlichen Holzes zuſicherte, ſie von allen real- und perſonal Beſchwerden befreiete und ein eignes Bergamt errichtete,

e) Dipl. orig. d. d. Coburg, den 28. Jun. 1693.

vor welchem die Bergoffitianten in perſönlichen Sachen Recht zu geben und zu nehmen hatten. Doch mag auch dieſe Anordnung eben ſo wenig als die bereits bemerkten, ſeiner Erwartung entſprochen zu haben; wenigſtens finden ſich keine Nachrichten von einer reichen Ausbeute, die auf den Zuſtand der fürſtlichen Caſſen einen vortheilhaften Einfluß gehabt hätten. In dieſem Fall würde auch wohl Albrecht nicht nöthig gehabt haben, im J. 1696 das, zum Amte Sonnenfeld gehörige Dorf Naſſach zu veräußern f) und noch überdieß ſo bedeutende Geldſummen aufzuborgen, daß ſich, nach ſeinem Tode, bei 232,791 fl. Schulden vorfanden.

Doch dieſe Mißverhältniſſe können Albrechts Regierung wohl nicht in Schatten ſtellen. Sie ſind als Folgen eines Zeitalters zu betrachten, wo das Finanzweſen noch auf keinen ſichern Grundſätzen ruhete und es dem Herzog an Männern fehlte, die dieſem Zweige der Staatsverwaltung gewachſen waren. Man ſuchte den Reichthum des Landes, oft mit vergeblichen Koſtenaufwand, unter der Erde, machte mißliche Spekulationen durch Selbſtadminiſtration der Cammergüter und zuletzt ſo gar durch Verpachtung ſämmtlicher Landeseinkünfte, und vergaß darüber die, am Tage liegenden, Quellen gangbar zu machen, welche eine weit zuverläſſigere Ausbeute gewähret haben würden. Selbſt mit der Benutzung des fürſtlichen Münzregals, gieng man etwas unvorſichtig zu Werke, indem es an zwei Merzbacher Juden verpachtet wurde, die, um ſich zu bereichern, geringhaltige Münzen ausprägten g) und dem Herzog dadurch die Unannehmlichkeit zuzogen, daß deswegen der Reichsfiskal gegen ihm auftrat und auf geſetzmäßige Ahndung antrug h).

Bei dem allen muß man Herzog Albrechten die Gerechtigkeit wiederfahren laſſen, daß er, zum Beſten des Landes und zur Erhaltung guter Ordnung im Staate, manche Einrichtungen getroffen habe, die dem damaligen Zeitgeiſte angemeſſen waren. Er beſchränkte den Luxus, der noch immer bei Hochzeiten, Kindtaufen und Begräbniſſen im Coburgiſchen Lande ſtatt fande und im Grunde von dem Wohlſtand zeugte, der unter dem Volke herrſchte. Für die Gaſtwirthe erſchien (1682) ein Mandat, welches den übermäßigen Wirthsrechnungen Grenzen ſetzte und die Taxe für die Bewirthung der Gäſte beſtimmte. — In Anſehung des Brauweſens wurde verordnet, daß auf 24 Simmer Malz mehr nicht als 36 Eymer gutes Bier gebrauet und von jedem, neben der gewöhnlichen Trankſteuer, ein Bierpfennig von 5 gr. entrichtet werden ſollte. Zu Ausrottung der Wölfe, die hier noch einheimiſch und dem Lande ſchädlich waren, ließ Albrecht Wolfsgruben anlegen; veranſtaltete die Anpflanzung fruchtbarer Obſtbäume; geſtattete dem Coburgiſchen Tuchmacherhandwerke, zur Em-

f) Nach der Originalurk. vom 20. Sept. 1696 verkaufte Herz. Albrecht das Dorf Naſſach an Chriſtoph Ernſt Fuchßen von Bimbach um 10,000 fl. auf Wiederkauf.

g) Von der Art waren die ganzen Gulden die im J. 1686, mit Albrechts Bildniß, ausgepräget und von dem Münzwaradein für zu Geringhaltig erkläret wurden. Nach dem Zinniſchen Fuß durfte die feine Mark nur auf 10 fl. 12 gr. ausgemünzet werden; jene Gulden waren aber zu 12 fl. 22 gr. ausgemünzet, mithin 2 fl. 9 gr. zu hoch.

h) Gruners Biogr. S. 108.

vorbringung ihrer Tuchfabrikate, die Anlegung einer Schönfärberei; legte, zur äußern Sicherheit des Landes, bei Judenbach den bekannten Grenz- und Sattelpaß an und beſetzte ihn mit Mannſchaft, damit ſich keine verdächtige Vagabunden einſchleichen u. ſ. w.

Zu Aufrechthaltung der Polizeigeſetze wurden die Coburgiſchen Canzleiadvocaten angewieſen, von Monat zu Monat, das Amt eines Fiskals zu übernehmen und die Contraventienten zur Anzeige zu bringen; auch traf Albrecht die Anordnung, daß in den adelichen Gerichtsdörfern beſondere Amtsſchultheißen angeſtellet werden ſollten, um über die landesherrlichen Rechte zu wachen, und die fürſtlichen Aemter von den vorfallenden Hoheitsangelegenheiten in Kentniß zu ſetzen i). Zuletzt (den 24. April 1699) veranſtaltete der Herzog eine allgemeine Steuerreviſion, um den häufigen Beſchwerden der Unterthanen, über die Ungleichheit des Steueranſchlags, abzuhelfen. Doch blieb die dabei erforderliche Vermeſſung der Güter, zur Erſparung der Zeit und Koſten, vor der Hand ausgeſetzet; dagegen machte man es jedem Beſitzer zur Pflicht, den Gehalt und Werth ſeiner Grundſtücke gewiſſenhaft anzugeben.

Mitten unter dieſen innern Landesangelegenheiten wurde Albrecht durch den bekannten Sachſen-Lauenburgiſche Succeſſionsſtreit beſchäftiget, welcher nach dem, im J. 1689 erfolgten, Ableben des letzten Herzog Julius Franzens ſeinen Anfang nahm. Für das Erneſtiniſche Haus Sachſen war dieſes Ereigniß um ſo wichtiger, weil Kurfürſt Friedrich der weiſe im J. 1507 mit dem Herzog Magnus zu Lauenburg einen, vom Kaiſer Maximilian I beſtätigten, Erbfolgevertrag errichtet hatte k) und daher die S. Erneſtiniſchen Erbrechte an den erledigten Landen, keinem Zweifel unterliegen konnten. Inzwiſchen war es aber dem Albertiniſchen Hauſe Sachſen gelungen, unter dem Vorwande, daß die Anwartſchaft auf Lauenburg, als ein Acceſſorium der Kurwürde zu betrachten und durch die Wittenbergiſche Capitulation vom J. 1547 an die Albertiniſche Linie übergegangen ſey, vom kaiſerlichen Hofe (1660), zum Nachtheil des Erneſtiniſchen Hauſes, eine Expectanz auf gedachtes Fürſtenthum auszuwürken l), die auch, kurz vor dem Ausgang des Lauenburgiſchen Stammes, vom Kaiſer Maximilian II. (1687) erneuert wurde m). Doch alle dieſe Maßregeln hatten für das Kurhaus Sachſen keinen Nutzen. Herzog Georg Wilhelm von Braunſchweig-Zell nahm die Lauenburgiſchen Lande im Beſitz und erklärte öffentlich, daß ihm, vermöge einer, mit dieſem Hauſe im J. 1389 geſchloſſenen Erbverbrüderung die alleinige Erbfolge in das erledigte Herzogthum zuſtändig ſey. Kurfürſt Friedrich Auguſt zu Sachſen mußte ſich daher im J. 1697 zu einen Vergleich bequemen, worinne er ſeinen Erbanſprüchen, gegen ein Averſionalquantum von 1100,000 fl. entſagte,

i) Dieſe Anordnung ſcheinet nicht zur Vollziehung gekommen zu ſeyn, indem ſolche im J. 1730 vom Herzog Franz Joſias zwar erneuert wurde, aber wegen der Wiederſprüche der centfreien Güterbeſitzer abermals ins Stocken gerieth. Von dieſer Angelegenheit werde ich unten (§. XXVII) nähere Nachrichten mittheilen.

k) Dipl. in Lünigs R. Arch. P. sp. Th. II. S. 223.

l) Müllers Annal. S. 439.

m) Lünigs R. Arch. P. spec. Th. II. S. 223.

und ſich, neben dem Gebrauch des Titels und Wappens: von Engern und Weſtphalen, auch das Succeſſionsrecht, nach Ausgang des Lüneburgiſchen Mannsſtammes, vorbehielte n).

Während den Verhandlungen ließen nun auch die Erneſtiniſchen Herzoge zu Sachſen ſich angelegen ſeyn, ihre, ſeit 1507 erworbenen, Erbrechte durchzuſetzen, und den kaiſerlichen Hofe den Ungrund der von Kurſachſen und dem Hauſe Braunſchweig gemachten Erbanſprüche vorzulegen o). Indeſſen wurden die fürſtlichen Häuſer zu Sachſen Meiningen und Hildburghauſen eines ſo koſtbaren und weit ausſehenden Rechtshandels bald überdrüßig und traten am 29. März 1699 ihre Antheile an den Lauenburgiſchen Erbfolgerechte, jedoch mit Vorbehalt der Mitbelehnſchaft und des Titels: von Engern und Weſtphalen, um 24000 Thaler an S. Gotha ab p). Dieſem Beiſpiele folgte auch Herzog Albrecht zu Coburg, der bereits im J. 1690 den ſo eben erwähnten Titel angenommen hatte q); Nur Herzog Johann Ernſt zu Saalfeld konnte ſich nicht entſchlieſen, ſeine Anſprüche an Lauenburg aufzugeben. Dieß geſchahe zuerſt von ſeinen Söhnen, Chriſtian Ernſten und Franz Joſiaſen, welche im J. 1732 dem Vergleiche beitraten, den S. Gotha mit dem König Georg zu Großbrittanien, dahin abſchloß, daß er für ſich und die ſämmtlichen Agnaten Erneſtiniſcher Linie, den Anſprüchen an dem Herzogthum Lauenburg, gegen Bezahlung einer Summe von 60000 thlr. und mit Vorbehalt der Mitbelehnſchaft und des Rückfalls, entſagte r).

Außer dieſer ſtaatsrechtlichen Begebenheit, ereignete ſich noch eine andere, durch das, im Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen, eingeführte Seniorat, welches, nach dem Tode Herzog Friedrichs I. zu Gotha, mit allen verfaſſungsmäßigen Gerechtſamen, im J. 1691 an Albrechten übergieng und ihn ebenfalls mit auswärtigen Angelegenheiten beſchäftigte. Vermöge der frühern Hausverträge vom J 1629 und 1641 hatte der jedesmalige älteſte regierende Herr im geſammten Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen, in gemeinſchaftlichen Sachen das Directorium zu führen, die Activ- und Paßivbeleihungen in geſammten Namen zu beſorgen und auf den Reichs- und Kreißtägen beim Votiren die erſte Stimme abzugeben. (S. 140) Zur Vergüthung der, mit dergleichen Staatsgeſchäften verbunden, Mühe war das Amt Oldisleben ausgeſetzet, welches der fürſtliche Senior, auf ſeine Lebenszeit, zu genießen hatte und jetzo von Albrechten in Beſitz genommen wurde. Als älteſter im Hauſe Sachſen, beliehe er im J. 1692 für ſich und in Namen ſeiner noch lebenden 5 Brüder und der minderjährigen Prinzen zu Gotha, den Graf Günther zu Schwarzburg mit der Stadt Jlm und Paulinenzell, welches beides, ſeit dem J. 1543, mit dem Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen,

n) Electa jur. publ. T. X. p. 957.

o) Senckenberg. sel. jur. et histor. T. VI. p. 81. ſ. Levin von Ambeers S. Lauenb. Anfall Th. II. S. 92.

p) ſ. die Urkunden vom J. 1699 in meinen Beitr. zur S. Geſch. (1792) Th. I. S. 145 f.

q) Tenzel sax. numism. S. 928.

r) Dieſe Urk. ſtehet in meinen Beitr. zur S. Geſch. S. 157.

im Lehnsverbindung ſtand s) und durch den Theilungsreceß von 1641 an S. Gotha gekommen war.

Bei der brüderlichen Erbſonderung vom J. 1681 blieb die Hoheit und Lehnsherrſchaft über die Grafen von Schwarzburg, zwiſchen den drei fürſtlichen Häuſern Gotha, Coburg und Meiningen, dergeſtalt in Gemeinſchaft, daß der jedesmalige älteſte regirende Herr ſelbige zu adminiſtriren berechtiget ſeyn ſollte t). Albrecht war der erſte der dieſes Recht ausübte, und ein gleiches geſchahe nach ihm, vom Herzog Bernharden zu Meiningen, der ihm im Seniorat folgte. Späterhin glaubte aber S. Gotha, ſich die Lehnsherrlichkeit über Ilm und Paulinenzell, mit Ausſchließung des Seniors, alleine zuzueignen, worüber es beim Reichshofrath zum Proceß kam, der zwar im J. 1764 zum Erkentniß reif war aber ohnentſchieden liegen blieb.

Im übrigen wurden die Senioratsgerechtſame Herzog Albrechts, beſonders in Hinſicht der Concurrenz, bei der Univerſität Jena, durch den Illmenauer Receß vom J. 1694, u) genauer beſtimmt und zugleich, wegen Erörterung verſchiedener, im Hauſe Sachſen vorgekommener, gemeinſchaftlichen Angelegenheiten eine verbindliche Abrede genommen. Unter andern kam man überein, daß die fürſtlichen S. Häuſer für ſich und ihre Nachkommen das Prädikat: durchlauchtig ingleichen den Titel: gefürſteter Graf von Henneberg, auf gleiche Koſten ſuchen wollten. Vormals wurden nemlich regierende Landesherrn nur: hochfürſtliche Gnaden, genannt und noch im J. 1620 nahm es Kaiſer Ferdinand II. ſehr übel auf, daß die kurbrandenburgiſchen Räthe ihrem Herrn, in einem Schreiben, das Prädikat: durchlaucht, beilegten. Merkwürdig iſt es, daß in dem nehmlichen Receſſe von Herzog Albrechten, im Einverſtändniß mit S. Gotha, ſchon damals die Errichtung eines geſammten Appellationsgerichts in Vorſchlag gebracht wurde, welche aber die übrigen fürſtlichen Häuſern zu genehmigen Bedenken fanden. Erſt nach einem Umlauf von 123 Jahren, kam in den neueſten Zeiten ein, durch die deutſche Bundesacte zur Pflicht gewordenes, Oberappellationsgericht zu Jena zu Stande, deſſen Wirkungskreis ſich über die großherzoglichen und Herzoglichen S. Erneſtiniſchen- auch fürſtlich Reuſſiſchen Lande erſtrecket und die Unterthanen gegen Cabinetsjuſtiz ſichert.

Zuletzt muß ich noch eines merkwürdigen Mannes erwähnen, der bei Herzog Albrechten als geheimer Rath und Canzlar, in Dienſten ſtand und ſein Andenken durch

s) Daß die Grafen von Schwarzburg ihre, in Thüringen gelegenen, Lande ſchon in ältern Zeiten von den Marggrafen zu Meißen zu Lehen getragen haben, iſt eine bekannte Wahrheit. (Reliq. Manuscript. T. IX. p. 684 – 87. Horn. Heinr. illust. p. 308.) Dieſe Verhältniſſe bildeten einen Landſaſſiat, vermöge deſſen dieſe Grafen der ſächſ. Landeshoheit unterworfen waren. Als daher zur Zeit der Reformation das, in ihrem Gebiete gelegene Stift, Paulinenzell, ſeculariſirt und deſſen Einkünfte zur Fortpflanzung der evangeliſchen Lehre verwendet wurden, nahm Kurfürſt Johann Friedrich der großmüthige, als Landesfürſt und Oberſchutzherr, gedachtes Stift in beſondern Schutz und verliehe es dem Graf Günther zu Schwarzburg in der Eigenſchaft eines Mannlehns (dipl. inedit. d. d. Waymar Montag nach Laurentii 1543.)

t) Saalfeldiſches Receßbuch S. 134. §. XVIII.

u) S. Arnds Archiv Th. I. S. 446.

eine wohlthätige Stiftung im Coburgiſchen Lande verewiget hat. Es iſt der, jedem hieſigen Patrioten, rühmlichſt bekannte Johann Conrad von Scheres, Ziritz genannt, deſſen Voreltern in Schottland einheimiſch waren aber wegen des dortigen Religionsdrucks, nach Deutſchland zogen und den Schottiſchen Namen: Scheres, in Ziritz verwandelten v). Seit dem J. 1667 ſtand er in marggräflich Bayreutiſchen Dienſten, wo er zuletzt die Stelle eines geheimen Raths bekleidete und im J. 1688 von Herzog Albrechten zu einer gleichmäßigen Würde als Canzlar, nach Coburg berufen wurde. Aber gerade zu der Zeit, als der Freiherr von Born, durch ſeine Finanzplane, ſich dem Herzog zu empfehlen wußte und eine Reform der Landescollegien veranlaßte, (S. 161) verließ Scheres, — der ohne Zweifel mit den Borniſchen Projecten nicht einverſtanden ſeyn mochte, — den 12. Oct. 1692, die Coburgiſche Canzlerſtelle und trat, als geheimer Rath und Conſiſtorialdirector, in Heſſendarmſtädtiſche Dienſte. Indeſſen ſchätzte Albrecht ſeine Verdienſte noch immer ſo hoch, daß er ſich bewogen fand, ihn, — nachdem der von Born ſeine Miniſterialrolle durch den Tod (1694) geendiget hatte, — einige Jahre darauf die Uebernehmung ſeiner vorigen Dienſtſtelle anzutragen und ihn zum erſten Miniſter und Director des geheimen Rathscollegiums zu ernennen

Nach Albrechts, wenig Jahre darauf erfolgten, Ableben, legte der von Scheres ſein Staatsamt nieder und beſchloß den Reſt ſeiner Tage auf ſeinen Rittergute Wieſenfeld, welches er im J. 1697 um 6000 fl. Frk. käuflich erworben hatte w). Er

v) Conrad v. Scheres war den 26. Octobr. 1641 zu Küſtrin geboren, wo ſein Vater in kurfürſtl. Brandenburgiſchen Dienſten ſtand. Bekanntlich wurde damals die reformirte Confeſſion vom dortigen Hofe ſehr begünſtigt, und als dem Scheres die Nachfolge in Dienſte ſeines Vaters angetragen wurde, machte man ihm dabei zur Bedingung, die reformirte Religion anzunehmen. Er ſchlug aber dieſes Anſinnen aus, verließ ſein Brandenburgiſches Vaterland und gieng, als Hofmeiſter, mit einen jungen Herrn von Blumenthal nach Bayreuth, wo er nachher (1669) in Dienſte trat.

w) Das Ritterguth Wieſenfeld hatte der vormalige Coburg. geheime Rath, Freiherr von Born, von Herzog Albrechten erworben, der es ihm, wie die Folge zeiget, mit vielen Rechten und Freiheiten überlaſſen hatte. Nach Borns, 1694 erfolgten, Ableben verkaufte ſein Sohn, Georg Friedrich, Freiherr von Born auf Moggenbrun und Frohburg, dieſes, aus 2 Höfen beſtehende, Ritterguth um 6000 fl Frk. an Johann Chriſtoph Gärtnern zu Geſtungshauſen, jedoch mit Ausnahme der ehemals, ſeinem Vater concedirten, hohen Gerichte, Patronalrechte und Niederjagd in Wieſenfelder Fluhr, welches alles Herzog Albrecht nicht nur wieder zuruck nahm, ſondern auch in der Kaufconfirmation ſich reſervirte, dieſe Güter, über kurz oder lang, zu ſeinen Cammerguth, wieder einzulößen. (dipl. orig. d. d. Coburg zur Ehrenburg, den 20. July 1694) Drey Jahre darauf (den 20. Jenner 1697) verkauften aber gedachter Gärtner und ſein Schwiegerſohn, der Lieutenant Hagel zu Geſtungshauſen, die beiden Halbhöfe zu Wieſenfeld mit allen Rechten und Immunitäten, worunter beſonders die Ganerbſchaft, Vogteilichkeit, befreiung von Steuern und Einquartirungen begriffen waren, an den Coburg. und Heſſendarmſtädtiſchen geh. Rath, Joh. Conrad von Scheres uf Nährſtätt, und an den geh Sekretär Joh. Sebaſt. Chriſten um 6000 fl. Frk. in der Maaße, daß jener 5- und dieſer 1 Theil daran beſitzen ſollte. Dieſen letzten Theil brachte endlich der von Scheres im J. 1700 von J. Chriſtoph Chriſten um 1236 fl. ebenfalls käuflich an ſich und befande ſich nun in alleinigen Beſitz des Ritterguth zu Wieſenfeld, welches er (1701) in eine wohlthätige Stiftung verwandelte.

war unverheyrathet und man iſt geneigt, ſeinen unverehligten Stand für eine Abneigung gegen das ſchöne Geſchlecht zu erklären. Dem ſey nun wie ihm wolle, ſo hatte doch dieſer eigenthümliche Characterzug für die leidende Menſchheit, für die Unterſtützung der Kirchen- und Schulendiener und für die Beförderung der Wiſſenſchaften einen unverkennbaren Nutzen. Zu dieſen wohlthätigen Zwecken widmete der von Scheres ſein ſämmtlichs Vermögen welches, außer 7600 fl. Capitalien, in zwei Ritterhöfen zu Wieſenfeld beſtand. Letztere beſtimmte er in einem 1690 errichteten und von Zeit zu Zeit erweiterten Teſtamente x) vorzüglich zu einen Stadt- und Landhoſpital, in welchem unvermögliche und verdiente Coburgiſche geiſt- und weltliche Diener aufgenommen und eine lebenslängliche Verpflegung erhalten ſollten y).

Außer dem ſtiftete dieſer patriotiſchgeſinnte Mann auch vier Stipendia für akademiſche Bürger, jedes zu 30 fl. Frk. und zwar das erſte, für Coburgiſche Landeskinder, das zweite, für ſeine Anverwanden, das dritte, für Coburg- und Bayreuthiſche Landeskinder wechſelsweiße, und das vierte, ausſchließlich für Bayreuthiſche Studenten. Er verordnete aber zugleich, daß bei den 1. 3. und 4 Stipendien ſeine Anverwanden den Vorzug haben und nur dann, wenn dergleichen nicht vorhanden wären, die vorgeſchriebene Ordnung beobachtet werden ſollte z).

Eben ſo wohlthätig ſind die Legate, die Scheres theils für Kirchen und Schulen theils auch zu Unterſtützung der Armen ausſetzte. Es beſtehen ſolche darinne, daß jährlich: 1) für das Coburgiſche Stadtminiſterium, Schuldiener, arme Gymnaſiaſten, ingleichen für den Pfarr- und Schulwittwenkaſten 62 fl. — 2) zur freien Koſtſtelle im Gymnaſio, 30 fl 8 gr. — 3) zur Reparirung der Kirchen und Aushülfe nothleidender Perſonen 100 fl. — 4) zur Allmoſenkaſſe, monatlich 4 fl. — 5) dem Pfarr zu Wieſenfeld 3 Sr. Korn und 28 fl. 16 gr., dem Schuldiener daſelbſt hingegen 1½ Sr. Korn und 14 fl. 8 gr. an Gelde; — 6) dem Schuldiener zu Beyerfeld 6 fl; endlich 7) zu Anſchaffung der Biebeln für Wieſenfeld 4 fl., von den Stiftungseinkünften ausgezahlet werden.

Um auch ſein dankwürdiges Andenken in Darmſtadt zu erhalten, wo der von Scheres in Dienſten geſtanden hatte, beſtimmte derſelbe noch beſonders ein Capital von 1000 fl., von welchen die Intereſſen zur Hälfte an die daſige Stadtkirche und Allmoſenkaſſe, die andere Hälfte aber an das Pädagogium verabreichet werden. Seine an-

x) Es ſtehet in Herrn Hofrath Dr. Ortloffs Geſchichte der Stipendienſtiftung in Coburg, S. 79—106.

y) Nach einem fürſtl. Regulativ vom 19. April 1757 werden im Stifte zu Wieſenfeld, deſſen Einkünfte ſich im Durchſchnitt auf 1500 fl. belaufen, fünf Pfründner ſolange erhalten, bis dieſe Zahl, durch Erhöhung des Guthsertrags, auf 6 Perſonen vermehret werden kan. Sie haben freie Mittags- und Abendkoſt, nebſt den nöthigen Getränke zu genießen, auch bekommt jeder jährl. 1 Huth, 1 paar Beinkleider, 1 paar Strümpfe und 1 paar Schuhe.

z) In Anſehung des zweiten Stipendiums, welches für die Schereßiſche Verwanden beſtimmt war, wurde durch ein fürſtl. Reſcript von 7. Aug. 1779 feſtgeſetzt, daß, wenn deren keiner davon vorhanden ſeyn würde, daſſelbe den Coburg. Landeskindern ausſchließlich conferiret werden ſollte.

anſehnliche Bibliothek, die aus theologiſchen, juriſtiſchen, hiſtoriſchen und nummismatiſchen Werken beſtehet, und bei 2870 Bände enthält, ingleichen ein bedeutendes Münzkabinet, vermachte er, nebſt mehrern Manuſcripten, der fürſtlichen Regierung zu Coburg, jedoch mit der Vorſchrift, daß ſie ohne alle Veräuſerung, Vertauſchung oder Vermengung mit andern Bibliotheken, an einen beſondern Ort, zum öffentlichen Gebrauch, aufbewahret werden ſollte. Nach einem fürſtlichen Regulativ vom J. 1757 ſind zur Vermehrung dieſer Bücherſammlung jährlich 70 fl. Frk. ausgeſetzt, worunter aber 12 rthlr. Beſoldung für den Bibliothekar begriffen ſind.

Dieſer denkwürdige Mann ſtarb den 4. Sept. 1704 auf ſeinen Ritterſitze zu Wieſenfeld und wurde, ſeiner Anordnung gemäß, in die daſige Kirche begraben. Das daſelbſt befindliche und ihm zu Ehren errichtete Epithaphium enthält folgende Inſchrift: Accede hospes, adsta. Heic requiem invenit corpus *Joannis Conradi* de *Scheres*, gentilitio nomine; Scoto-Britanno, vel ZIERITZ, adscititio ineso- et neo-marchico Germano. Qui, in majoribus, nobilibus ac baronibus, peregrinus, ipse imperii Romani eques factus, per annos amplius XXX. In consiliis status intimis et judiciis summis Bayruthino, Coburgico, et Darmstadino, membrum et Caput, Cancellarius ac director ubicunque fuit, studio inquilinus et conductor, tandem in vico hoc Wiesenfeldensi non tam terrestre vivendi domicilium, quam subterraneum corpori languido dormitorium comparavit et A. Chr. MDCCIV. d. III Non. Septembr. moriens domum a se exstructam cum maxima bonorum parte, piis usibus Testamento reliquit. Vixit ann. LXII. Mens. IX. d. XXVIII. Abi Hospes, et patriae Coelestis memor in terra peregrinare.

§. XXIII.

Herzog Albrecht beſchließet den Coburgiſchen Mannsſtamm (1699). — Nachrichten von ſeinem Privatleben und häußlichen Verhältniſſen.

Herzog Albrecht ſtarb am 6. Auguſt 1699 im 51. Jahre ſeines Alters, ohne Erben, und wurde in die fürſtliche Gruft bei der St. Morizkirche beigeſetzet. Zu ſeinem Andenken prägte man eine Medaille, 2 Loth am Gewicht, auf deren erſte Seite das Bruſtbild des Herzogs, — auf der andern aber ein thurniermäßiger Ritter zu ſehen iſt, der mit ſeiner Lanze das aufgehängte Kleinod erreichet, und deswegen von einer, aus den Wolken herfürragenden, Hand die Crone empfängt, mit der Ueberſchrift: nunc parta est. Die Randſchrift enthält den Tag ſeiner Geburt und ſeines Todes: Natus Gotha XXIV. Maji MDCXLVIII. denatus Coburgi VI. Aug. MDCIC a).

a) Dieſe Medaille findet man in Tenzels sax. numism. P. I. S. 923. Nr. VII. abgedruckt, mit der Bemerkung, daß die Ueberſchrift: nunc parta est, ſich auf ſeinen Wahlſpruch beziehe: Point de couronne sans peine.

Von Albrechts Privatleben verdienet noch manches bemerkt zu werden, was mit der Landesgeſchichte in keiner Verbindung ſtand und deswegen mit Stillſchweigen übergangen wurde. Am Hofe ſeines verdienſtvollen Vaters erhielt dieſer Prinz, unter der Leitung zweier gelehrten Männer, Veit Ludewigs von Seckendorf und Balthaſars von Gabelkov, die erſte Grundlage zur ſittlichen und wiſſenſchaftlichen Ausbildung, die auf ſeine Regierung und zugleich auf ſeine, ſo oft bewieſene, Neigung zur Beförderung gelehrter Anſtalten einen vortheilhaften Einfluß hatte. Nach einen zweijährigen Aufenthalt zu Tübingen, wo er ſeine wiſſenſchaftlichen Kentniſſe erweiterte, durchreißte er (1668) die Niederlande, die Königreiche Dännemark und Schweden und einen großen Theil von Deutſchland, nicht blos um dieſe Lande zu ſehen, ſondern hauptſächlich um ihre Verfaſſung und ſtatiſtiſchen Verhältniſſe kennen zu lernen. Dieß bezeugen die ſchriftlich abgefaßten und in Archiv vorhandenen Reiſebeſchreibungen, welche ſich mit großer Genauigkeit über die vorzüglichſten Merkwürdigkeiten und über den politiſchen Zuſtande der bereißten Lande ſehr ausführlich verbreiten, und für dem Statiſtiker um ſo intereſſanter ſind, weil ſie zur Ziehung der Paralele des vormaligen und jetzigen Zuſtandes jener Lande manchen Stoff an die Hand geben.

Auf dieſen Reiſen erwarb ſich Albrecht die perſönliche Bekanntſchaft und die Zuneigung der Könige von Schweden und Dännemark. Bei letztern ſtand er in ſo großen Anſehen, daß ihn derſelbe, aus eignen Antrieb (1684) in den Elephandenorden aufnahm, den der Herzog nachher in ſeinen Siegeln und Münzen zu führen pflegte b). Früherhin (1673) hatte ihn der König von Schweden, Carl XI., zum Obriſten ernannt und damit den Antrag verbunden, für die Crone ein Regiment zu Fuß von 8 Compagnien, jede zu 125 Mann, zu werben, wofür ihm der König 12000 rthlr. Werbgelder und 2000 rthlr. für die Bewaffnung verſprach. Es traten aber bald darauf, zwiſchen Schweden und dem deutſchen Reiche, feindſelige Verhältniſſe ein, weswegen der Kaiſer alle, bei der Schwediſchen Armee angeſtellten, Reichsſtände zuruck berief, wodurch Albrecht genöthiget wurde dieſe Dienſte wieder aufzugeben. Indeſſen eröffnete ſich für ihn in der Folge eine günſtigere Gelegenheit, ſeine militäriſchen Talente dem deutſchen Vaterlande zu widmen. Durch ſeine Kriegswiſſenſchaften hatte er ſich das Vertrauen Kaiſer Leopolds in ſo hohen Grade erworben, daß ihn derſelbe, in dem bekannten Reichskriege mit der Crone Frankreich, (1683) zum Generalfeldmarſchall und Obriſten über ein Regiment zu Fuß, ernannte, welches er jedoch auf ſeine Koſten auszurüſten hatte. Jetzt betrat Albrecht ſelbſt den Kriegsſchauplatz und wohnte nicht nur der Belagerung der Stadt Maynz mit bei, ſondern erwarb ſich auch, durch die Wiedereroberung der Veſtung Bonn, den Ruhm eines tapfern Feldherrn c).

Mit Albrechts militäriſchen Eigenſchaften hielte aber auch ſeine rühmliche Neigung zu Wiſſenſchaften gleichen Schritt, und während ſeiner Regierung ließ er ſich ſehr angelegen ſeyn, das Coburgiſche Gymnaſium, durch zweckmäſigere Lehranſtalten in

b) Hiſtor. Remarques d. anno 1304. S. 324.
c) Hönns Cob. Hiſt. B. I. S. 43.

beſſere Aufnahme zu bringen d). Seine Wißbegierde erſtreckte ſich beſonders auf Erweiterung aſtronomiſcher Kenntniſſe und ſchon im J. 1680 berief er den damals berühmten Aſtronomen, **Gottfried Kirch** e) nach Coburg, welcher den merkwürdigen Cometen entdeckte, der am 11. Dec. 1680 von bedeutender Größe zum Vorſchein kam. Ueber dieſe Erſcheinung ſtellte Kirch, in Gegenwart des Herzogs, theils aus deſſen Reſidenz theils aus der Veſtung, mehrere aſtronomiſche Beobachtungen an, die ihn veranlaßten, im J. 1681 die ſogenannte **Himmelszeitung** herauszugeben f) worinne die Geſtalt, Größe und Bewegung dieſes Cometen ausführlich beſchrieben wird. Dieſe Schrift dedicirte er dem Herzoge, als einem Freunde der Aſtronomie, mit der Bemerkung, „daß Sr. Durchl. um den Cometen zu betrachten, ſich „zum öftern den Schlaf abgekürzet auch ihm, Kirchen, verſprochen habe, nicht nur „für die Anſchaffung guter aſtronomiſcher Inſtrumente, ſondern auch für die Errich„tung eines Obſervatoriums zu ſorgen". Der ungünſtige Zuſtand der fürſtlichen Finanzen erlaubten aber nicht, dieſes Verſprechen zu erfüllen.

Im J. 1689 traf Albrechten das Schickſal, daß der größte Theil ſeiner Reſidenz ſammt der Schloßkirche ein Raub der Flamme wurde. Die Wiederherſtellung dieſer Gebäude hatte auf ſeine Finanzen einen ſo nachtheiligen Einfluß, daß er in ſeinem Teſtamente vom J. 1694 ſelbſt das Bekenntniß ablegte, er habe ſich dadurch in neue Schulden geſtürzt. Mit eigner Hand legte er am 23. Juny 1690 den Grundſtein zur jetzigen Schloßkirche und ließ, zum Andenken dieſer feierlichen Handlung, eine Medaille prägen g), die beſonders auch darum merkwürdig iſt, weil er ſich in der Inſchrift zum erſtenmal den Titel: **von Engern und Weſtphalen** beileget um dadurch ſei-

Y 2

d) S. das Viſitationsdekret vom J. 1684 die verbeſſerte Einrichtung des Gymnaſiums betreffend, in Gruners Biogr. S. 143. ff.

e) **Gottfr. Kirch**, eines Schneiders Sohn, war aus **Gubem** in der Niederlauſitz gebürtig, (geb. d. 18. Dec. 1639) ſtudirte die Aſtronomie zu Jena, unter der Leitung des berühmten Prof. **Weigels**, und hielte ſich eine zeitlang zu **Lobenſtein**, im Voigtlande, auf. Von hieraus gieng er nach Coburg, wo aber ſein Aufenthalt von keiner langen Dauer geweſen ſeyn mag. Bei der königlichen Preußiſchen Akademie der Wiſſenſchaften zu Berlin wurde er nachher als Astronomus ordinarius angeſtellt und ſtarb daſelbſt im J. 1710 im 71ſten Jahre ſeines Alters.

f) Dieſe Schrift, welche der berühmte **Newton**, in ſeiner bald darauf herausgegebenen Philos. nat. princip. *mathem.*, auf ſeine Cometen-Theorie anwendete, führet den Titel: **Gottfried Kirchs** neue **Himmelszeitung**, darinne ſonderlich von den zwei neuen großen, im J. 1680 erſchienenen, Cometen, deren Geſtalt, Größe, Stand und Bewegung umſtändlicher Bericht zu finden ꝛc. Nürnberg bey **Wolfg. Moritz Endters**. 1681 in 4.

g) Ein Abdruck dieſer Medaille iſt mir nicht bekannt; aber ein Original davon befindet ſich in der von **Scheres-Ziritziſchen** Münzen- und Medaillen Sammlung, welche bei der fürſtlichen Coburgiſchen Regierung aufbewahret wird. Auf dem Revers lieſet man folgende Inſchrift: Dei. O. M. Cultui. Sincero. S. *aedem aulae. Ehrenb.* ambustam. veteri. ampliorem conditurus. D. G. Albertus. dux. Sax. Jul. Cl. Mo. *Angariae* et *Westph.* inter. vota. Sua. sourumque. primum. basi. lapidem. Solenniter. feliciter. manu. Sua. posuit. Cob. A. C. M. D. C. XC. d. 23. Jun.

ne Succeſſions-Anſprüche an den S. Lauenburgiſchen Landesanfall zu bezeichnen (S. 164). Die geſammten Unterthanen und ſelbſt die Ritterſchaft und Städte leiſteten zu dieſen koſtbaren Bau die nöthigen Holz- und Steinfuhren und im J. 1693 waren beide Gebäude wieder hergeſtellt h). Sie verdienen, nicht nur wegen ihres feſten und dauerhaften Baues, ſondern auch wegen der erhabenen — zuweilen aber mit zu vielen Zierrathen und Gemälden überladenen — Schönheit, unter die Meiſterſtücke der Baukunſt jener Zeit gerechnet zu werden. Das Merkwürdigſte im neuen Schloſſe iſt der ſogenannte Rieſenſaal, der überall mit fürtrefflicher Stuckatur-Arbeit verſehen iſt, und deſſen Gebälke von koloſſaliſchen Karyniden getragen wird.

Albrecht war zweimal vermählt. Seine erſte Gemahlin, Maria Eliſabetha, Herzog Adolphs zu S. Eiſenach hinterlaſſene Witwe und eine Tochter Herzog Auguſts zu Braunſchweig Wolfenbüttel, wurde ihm im J. 1676 angetrauet. Sie gebahr ihm (1677) einen Prinzen, Ernſt Ludewig, der aber ſchon im folgenden Jahre mit Tode abgieng. Sie ſelbſt ſtarb im J. 1687 und verewigte ihr Andenken durch eine milde Stifftung von 1000 Rthlr. deren Zinſen auf ihren Sterbetag (d. 15. Febr.) unter Hausarme Perſonen jährlich ausgetheilet werden. Albrecht ſuchte ſich, wegen des ſchmerzhaften Verluſtes ſeiner Gemahlin, durch eine Reiſe nach Italien, Venedig und Ungarn zu zerſtreuen, welche beſonders dadurch merkwürdig iſt, weil er von Ofen zwei türkiſche Weibsperſonen mit nach Coburg brachte, die ſich zur chriſtlichen und Religion bekannten und 1689 in der St. Moritzkirche getauft warden. Der Herzog befahl deswegen ſeinen Conſiſtorialräthen der Taufhandlung mit beizuwohnen und nebſt andern hohen Perſonen Pathenſtelle zu vertreten.

Im J. 1688 trat Albrecht mit Suſannen Eliſabethen, Freyin von Kempinsky von Schwieſitz und Altenhofen, Frau auf Limburg und Ambthof, in die zweite Ehe und würkte vom Kaiſer Leopold ihre Erhebung in den Reichsgrafenſtand aus i). Nach der vorhandenen Urkunde erhielte ſie nicht nur die Erlaubniß, das darinne beſchriebene gräfliche Wappen in ihrem Siegel zu führen, ſondern der Kaiſer erklärte auch ihre eheliche Leibeserben, männlichen und weiblichen Geſchlechts, für Herzoge und Herzoginnen zu Sachſen, und zwar mit der Beſtimmung, daß erſtere, nach ihres Vaters Tode, in der Regierung zu ſuccediren fähig seyn ſollten. — Zu ihren Witthum verſchrieb er ihr die fürſtlichen Aemter Neuſtadt und Sonneberg, und ließ ſolche am

h) Am 24. Febr. 1692 reſcribirte H. Albrecht an das Amt Coburg: „der Reſidenz- und Schloßbau ſey ſoweit gediehen, daß er ſolchen in dieſem Jahre zu vollenden gedenke. Doch wären darzu noch bei 464 Stämme Bauholz anzuführen und er trage keinen Zweifel, es würden die Amtsunterthanen mit den von der Ritterſchaft und Städten wie vorhin, alſo auch dieſes und vielleicht das letztemal, zur Beförderung ſothaner Anfuhre, willig beitreten".

i) Dipl. de a. 1689 in Gruners Beſchr. ꝛc. Th. I. 346. Die Taxe die der Herzog dafür zu zahlen hatte, betrug 5353 fl. 30 kr. rhnl. — das Original dieſer, mit einer goldenen Bulle verſehenen, kaiſerl. Urkunde befand ſich bis zum J. 1779 in den Händen der adelichen Familie von Kempinsky, wo der damals lebende Major, Carl von K. zu Hetſchbach, daſſelbe, bei Gelegenheit der gütlichen Beilegung, eines, mit S. Coburg, wegen Relution von 5/7 Theile Ahlſtädter Zehenden, die Albrecht ſeiner Gemahlin verpfändet hatte, anhängigen Proceſſes, dem Herzog Ernſt Friedrich zu S. Coburg zurückgab.

14. May 1691 durch ſeinen geheimen Rath, Burkard Rößler, förmlich an ſie überweiſen. In ſeinem Teſtamente vom J. 1694 wiederholte Albrecht dieſe Verſchreibung und vermachte ihr noch überdieß ſeinen ſämmtlichen Mobiliar-Nachlaß nebſt den drei Kammergütern, Oeßlau, Calenberg und Gauerſtadt als Eigenthum k); doch änderte er dieſes Vermächtniß, in Anſehung des letzten Punktes, im J. 1699 dahin ab, daß ſie Calenberg und Gauerſtadt nur im lebenslangen Genuß behalten ſollte. Ueber den ausgeſetzten Witthum verglich ſich die verwittbete Fürſtin am 12. Febr. 1701 mit den fürſtlichen Succeſſoren dahin, daß ihr, für den Genuß der Aemter Neuſtadt und Sonneberg, jährlich 4000 Rthlr. Witthumgelder und 100 fl. Morgengabszinß, nebſt einen beſtimmten Deputat an Getraide, Holz und Wildpret zugeſtanden, — übrigens aber, wegen der, im Teſtamente vermachten, Legaten, an Baarſchaft und Kammergütern, ihr ein Averſionalquantum von 6000 Thln. ausgezahlet wurden.

§. XXIV.

Entſtehung und Geſchichte der Sachſen Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſchen Erbfolge- und Theilungsſtreitigkeiten; vom J. 1699 bis 1735.

Das kinderloſe Ableben Herzog Albrechts veranlaßte, unter den damals vorhandenen ſechs fürſtlichen Häuſern zu Gotha, Meiningen, Eiſenberg, Römhild, Hildburghauſen und Saalfeld, über die Vertheilung des erledigten Fürſtenthums Coburg, heftige Streitigkeiten, die aber in der Folge um ſo verwickelter wurden, weil während demſelben, auch die zwei miterbenden fürſtlichen Linien zu Eiſenberg und Römhild, mit ihren Stifftern, ausſtarben und nebſt ihren eignen Landesportionen (S. 149) nun auch ihre Erbantheile an den Coburgiſchen Landen, an die noch jetzo blühenden fürſtlichen Häuſer zu Gotha, Meiningen, Hildburghauſen und Saalfeld vererbfällten.

Hieraus entſtand nun zwiſchen den genannten fürſtlichen Erbintereſſenten der bekannte Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſche Succeſſionsſtreit, deſſen Gegenſtände nicht nur die Vertheilung der angefallenen Lande ſelbſt, ſondern auch viele Nebenzweige betrafen, die man aus dem Erbfolgerechte ableitete. Es war alſo kein Zeitraum fruchtbarer an Deductionen, Reichshofraths-Erkenntniſſen und Receſſen, als der vom J. 1699 bis 1735, in welchem bei 150 Druckſchirften l), 206 kaiſerliche Concluſa m) und 52 Receſſe zum Vorſchein kamen, die blos auf jene Succeſſionsirrungen Bezug hatten, und worinne jeder fürſtliche Miterbe ſeine Anſprüche herauszu-

k) S. das Teſtament in Gruners Biogr. S. 196.

l) Ein Verzeichniß dieſer Druckſchriften findet ſich in Holzſchuhers deduct. Bibliothek (1783) B. IV. S. 1799—2826.

m) Es iſt darüber eine vollſtändige Sammlung vorhanden, unter den Titel: Abdruck der in der Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſchen Succeßions-Sache ergangenen R. H. Rath *concluſorum*, von anno 1699.

ſetzen oder ſich darüber einſeitig zu vergleichen ſuchte. Obgleich dieſer Erbfolgeſtreit von einem ſachkundigen Geſchäftsmanne damaliger Zeit, in einem beſondern Aufſatze, ſehr weitläuftig entwickelt worden n), ſo möchte es doch wohl nicht überflüſſig ſeyn, von dieſer Angelegenheit, als einem weſentlichen Theile der Coburgiſchen Landesgeſchichte, einen kurzen Ueberblick zu geben.

Herzog Albrecht zu Coburg lebte bekanntlich in unfruchtbarer Ehe und da die Erlöſchung ſeines Fürſtenhauſes voraus zu ſehen war, ſo fanden die Herzoge zu S. Gotha und Meiningen für rathſam, ſchon im J. 1696 über die künftige Erbfolge, in Unterhandlung zu treten, die jedoch, wegen ermangelnder Beiſtimmung, ihrer vier jüngern Brüder, nicht zum Schluß kam o). Indeſſen war Herzog Albrechten ſelbſt daran gelegen, das künftige Schickſal ſeiner Lande noch bei ſeinen Lebzeiten entſchieden zu ſehen, und veranſtaltete, kurz vor ſeinem Tode, eine Zuſammenkunft ſeiner Herrn Brüder und Vettern zu Coburg, um über dieſe Angelegenheit eine Uebereinkunft zu treffen. Wirklich kam auch unter ihnen, — wiewohl ohne Beitritt Herzog Johann Ernſts zu Saalfeld, — am 6. April 1699 ein proviſoriſcher Vertrag zu Stande p), der ſich aber nicht blos auf den Coburgiſchen Succeſſionsfall beſchränkte, ſondern auch zugleich eine vorläufige Abrede über den wahrſcheinlichen Anfall der Eiſenbergiſchen und Römhildiſchen Landesportionen enthielt, bey deren fürſtlichen Beſitzern wenig Hoffnung zur männlichen Deſcendenz vorhanden war. Der weſentliche Inhalt dieſes merkwürdigen Succeſſionsreceſſes gieng dahin:

1) es erklärten die fürſtlichen Häuſer S. Römhild, Eiſenberg, Hildburghauſen und Gotha, ihre Antheile an den bevorſtehenden Coburgiſchen Anfall, ſammt den dazu gehörigen Reichs- und Creißtagsſtimmen, dem Herzog Bernhard zu S. Meiningen, zu überlaſſen, zu welchem Ende derſelbe berechtiget ſeyn ſollte, dieſes Fürſtenthum, in gemeinſchaftlichen Namen im Beſitz zu nehmen und zu adminiſtriren.

2) Dagegen verſprach Herzog Bernhard, daß er die fürſtlichen Häuſer S. Römhild und Hildburghauſen, wegen ihrer, an den Coburgiſchen Anfall habenden, Portionen mit Hennebergiſchen Landen, — S. Gotha und Eiſenberg aber mit nahgelege-

n) Dieſer Aufſatz ſtehet in Hn. Profeſſor Arndts Archiv zur Sächſ. Geſch. Th. I. S. 1—254, unter der Aufſchrift: „Hiſtoriſch kurzer Zuſammenhang derer, in denen fürſtlichen Häuſer Go„thaiſch Erneſtiniſcher Linie, über Hn. Herz. Ernſt des Frommen Verlaſſenſchaft und die „Coburg- Eiſenberg- Römhildiſchen Anfälle getroffenen Receſſe entſtandenen Strei„tigkeiten". Der Verfaſſer war ein gewiſſer Matthai, welcher bei der (1733) zur Beſeitigung der Theilungsirrungen, angeordneten kaiſerlichen Commiſſion, die Stelle eines Sekretärs bekleidete und unter der Leitung des geh. Raths von Rex, als erſten Subdelegirten, dieſe Abhandlung, aus den vor ſich gehabten Acten und Receſſen, verfertigte. So ſchätzbar auch dieſe Arbeit iſt, ſo iſt ſie doch für den Dilletanten in der S. Geſchichte, durch die Einſchaltung ſo vieler Nebenumſtände, zu weitläuftig gerathen, als daß man von den wahren Urſachen des Streits und von den Reſultaten der kaiſerlichen Erkenntniſſe eine geſchwinde Ueberſicht erlangen könnte. Ich will es daher verſuchen, dieſen, an ſich verwickelten, Gegenſtand der Coburgiſchen Landesgeſchichte, nur nach den weſentlichſten Ereigniſſen, kürzlich zu erläutern.

o) Saalf. Receßb. S. 163.

p) Er ſtehet, wiewohl ſehr mangelhaft, in Lünigs R. Arch. Rsp. cont. II. S. 707.

nen Revenüen, nach den, aus 12jährigen Jahresrechnungen auszumittelnden, Ertrag vergüten wolle.

3) In Anſehung des Römhildiſchen Anfalls wurde feſtgeſetzt, daß das Amt Themar an S. Gotha überlaſſen und die übrigen fürſtlichen Intereſſenten von dieſem fürſtlichen Hauſe davor mit Revenüen oder Gelde vergnüget werden ſollten. Auch cedirten die Herzoge zu S. Meiningen, Eiſenberg und Hildburghauſen ihre receßmäßigeu Antheile an den Römhildiſchen Landen, an S. Gotha, welches dafür ſämmtliche fürſtlichen Cedenten auf gleiche Art zu vergüten verſprach.

4) Auf die nehmliche Weiſe traf man auch, beim Eiſenbergiſchen Anfall, die Uebereinkunft, daß die fürſtlichen Häuſer S. Meiningen, Römhild und Hildburghauſen ihre daran habenden receßmäßigen Antheile dem Hauſe Gotha, gegen gleichmäßige Satisfaction überlaſſen wollten, dahingegen

5) die zur Erbſchaftsmaſſe gehörigen Kammergefälle, Land- und Trankſteuern, Nachſchußgeldern, Activ- und Paſſiv-Schulden, noch jedes fürſtlichen Intereſſenten Befugniß, vertheilet, jedoch die Land- und Trankſteuern-Gerechtſame bei jeder Landesportion unzertrennt bleiben ſollten.

Die noch übeigen ſechs Punkte dieſes Receſſes betreffen die gemeinſchaftliche Führung der Reichstagsſtimmen, die allenfalſige Herausgabe einer Uebermaße, die Verſorgung fürſtlicher Wittwen und Diener, die Obſignation der Privatverlaſſenſchaften in dem angefallen Landen, und andere Gegenſtände die auf die Succeſſion ſelbſt keinen Bezug haben. Doch wurde am Schluſſe dem Hauſe S. Saalfeld, weil es dem Beitritt zu dieſen Erbfolge-Vertrag verſaget hatte, die Erbrechte und die daraus herzuleitenden Befugniſſe vorbehalten.

Aber kaum hatte Herzog Johann Ernſt zu Saalfeld von dieſer Uebereinkunft Nachricht erhalten, als er ſich bewogen fand, beim kaiſerlichen Hofe darüber Beſchwerde zu führen und gegen die fürſtlichen Contrahenten am 27. Juny 1699 ein Reſcript auszuwürken, worinne ihnen befohlen wurde, den Herrn Kläger gegen Recht und Billigkeit nicht zu beſchwehren noch zu präjudiciren q): Auch S. Hildburghäuſer Seits nahm man Bedenken, dieſen abgeſchloſſenen Vertrag zu genehmigen, weswegen derſelbe für die Zukunft unwirkſam bleiben mußte.

Als nun Herzog Albrecht am 6. Aug. 1699 mit Tode abgieng, ergriff Herzog Bernhard zu Meiningen, der, nebſt ſeinen zwei jüngern Brüdern, Ernſten und Johann Ernſten, in Coburg anweſend war, ſofort Beſitz, ließ die, von ſeinen zwei fürſtlichen Brüdern, zu Behauptung des Mitbeſitzes, angeſchlagenen Patente abreißen und ſich für einen regierenden Fürſten zu Coburg ausrufen. Dieß war das Signal zu einer Reihe von Mißverſtändniſſen, mit welchen die Coburgiſchen Succeſſionsſtreitigkeiten ihren Anfang nahmen. Die Dienerſchaft kam dabei am meiſten im Verlegenheit, weil ihr auf der einen Seite von den zwei jüngern fürſtlichen Brüder ſchon am 8. Aug. die Befolgung Herzog Bernhards einſeitiger Befehle bei 1000 Rthlr.

q) Abdruck der R. H. Raths Conclus. Nr. 7.

Strafe unterſaget, — auf der andern Seite hingegen derſelben von Bernharden, gegen dergleichen Drohungen, der kräftigſte Schutz zugeſichert wurde.

In der Hauptſache beſchwerten ſich die zwei jüngern fürſtlichen Brüder über das S. Meiningiſche Verfahren, am kaiſerlichen Hofe und bewürkten dadurch vom Herzog Bernhard am 10. Nov. 1699 einen Vertrag, worinne ihnen derſelbe den Mitbeſitz an den Fürſtenthum Coburg einräumte und damit die Verſicherung verband, die gütliche Theilung dieſes angefallenen Landes vor die Hand zu nehmen r).

Allein dieſe Zuſage blieb unerfüllt; vielmehr kam jetzt ein ganz anderes Project zum Vorſchein, wodurch S. Meiningen, im Einverſtändniße mit Herzog Friedrichen II. zu S. Gotha, auf den Erwerb des größten Theil des Fürſtenthum Coburg hinwürkte. Letzterer wünſchte nehmlich ſeine Lande jenſeits des Thüringer Waldes, bis an den Werrefluß auszubehnen, und ſolche mit einen Theil der Grafſchaft Henneberg, ſo viel S. Meiningen davon im Beſitz hatte, in Verbindung zu bringen. Der Coburgiſche Anfall ſchien ihm eine günſtige Gelegenheit zu eröffnen, dieſen Plan auszuführen. Zu dem Ende trat Friedrich mit ſeinen beiden Herrn Vettern zu Eiſenberg und Römhild, wegen Ueberlaſſung ihrer Coburgiſchen Erbantheile, in Unterhandlung und es gelang ihm in kurzer Zeit, ſelbige an ſich zu bringen. Nach dem Zeugniſſe ungedruckter Urkunden, verkaufte ihm Herzog Chriſtian zu Eiſenberg, am 24. März 1700, ſeine Coburgiſche Erbrata um 50,000 Thaler an baaren Gelde und gegen Abreichung einer jährlichen Penſion von 3000 Rthlr., und Herzog Heinrich zu Römhild überließ ihm am 2. April 1702 die Seinige um eine Summe von 100,000 Rthlr. und gegen Erhöhung der Römhildiſchen Nachſchußgelder, die ihm der Herzog mit 1500 fl. — zuſicherte.

Auf dieſe Art erwarb ſich S. Gotha, mit Inbegriff ſeiner eignen Erb- und Virilportionen, den Beſitz von vier Erbtheilen an dem Fürſtenthum Coburg, welche bei 8900 fl. portionsmäßiger Revenüen ausmachten und hinreichend genug waren, den mit S. Meiningen beabſichtigten Länderumtauſch zu bewürken. Zu gleicher Zeit wußte auch Herzog Friedrich das fürſtliche Haus zu S. Hildburghauſen, durch den bekannten Liberations-Receß von 10. April 1702, in ſein Intereſſe zu ziehen, indem er demſelben die vormals (1680) reſervirten Hoheitsrechte in ſeinen Landen ſowohl als in den zu erwartenden Eiſenbergiſchen und Römhildiſchen Anfällen einräumte, und ihm vorläufig den Beſitz des Amtes Behrungen und noch andere Vortheile zuſicherte, welche den Wünſchen dieſes fürſtlichen Hauſes entſprachen s).

Nach dieſen Vorbereitungen errichtete nun S. Gotha, an den nehmlichen Tag wo es mit Hildburghauſen, den ſo eben erwehnten Receß geſchloſſen hatte, den, noch wenig bekannten, Umtauſchvertrag mit S Meiningen, nach deſſen Inhalt er ſeine, im Beſitz habende, vier Antheile an den Fürſtenthum Coburg, mit den dazu gehörigen

r) Dipl. inedit. d. d. Coburg d. 10. Nov. 1699.

s) S. den Receß von 10. April 1702 in Röder, von den H. Sächſ. R. Tagsſtimmen S. 300.

hörigen Cammergütern, Oeßlau, Calenberg, Gauerſtadt und Lauterburg, dem Herzog Bernhard zu Meiningen dergeſtalt zu überlaſſen verſprach, daß ihm dafür die Meiningiſchen Aemter: Salzungen, Frauenbreitungen, Waſungen und Sand, nebſt dem Floßregal auf der Werra und den Cammergütern, Liebenſtein und Simmershauſen abgetreten werden ſollten t). Nun machten zwar S. Hildburghauſen und Saalfeld gegen die Vollziehung dieſes, ihren Erbrechten nachtheiligen, Receßes beim kaiſerlichen Hof Vorſtellung u); da aber S. Gotha und Meiningen erklärten, daß ſie dadurch jenen fürſtlichen Häuſern keinesweges zu nahe treten, ſondern ihnen ihre Rechte vorbehalten haben wollten, ſo behielte es dabei ſein Bewenden.

S. Meiningen glaubte nunmehro, durch den, mit S. Gotha geſchloſſenen, Umtauſchvertrag, den Beſitz des Fürſtenthums Coburg größtentheils erlangt zu haben und hielte ſich für berechtiget, über die Beſtandtheile deſſelben nach Willkühr disponiren zu können. In dieſer vorgefaßten Meinung, beſonders aber um die Widerſprüche zu entfernen, die S. Hildburghauſen gegen jenen Vertrag erreget hatte, trat S. Meiningen mit dieſem fürſtlichen Hauſe, wegen ſeiner, an den Coburgiſchen Anfall habenden, Erbrata, in Unterhandlung und überließ demſelben, für ſeine Erbanſprüche, das Amt Sonnefeld, mit allem ſeinen Zugehörungen, jedoch nur in ſo weit, als deſſen receßmäßige Rata an den Coburgiſchen Anfall, nach den Portionsanſchlägen, betragen würde. In dem hierüber, am 23. July 1705, errichteten Receſſe wurde ausdrücklich erwähnet, daß S. Gotha ſich im J. 1702 (nehmlich durch den ſo eben angeführten Umtauſchvertrag) bereits mit S. Meiningen verglichen habe, weswegen Herzog Friedrich kein Bedenken fand, dem Receſſe ſeine Genehmigung beizufügen v).

Nach den bisher bemerkten Verträgen hatten alſo die fürſtlichen Erbintereſſenten, — S. Saalfeld ausgenommen, — das erledigte Fürſtenthum Coburg unter ſich vertheilt, ſo, daß S. Meiningen, durch den Umtauſch mit S. Gotha, vier Theile, S. Hildburghauſen aber einen Theil mit dem Amte Sonnefeld inne hatten. Es blieb alſo weiter Niemand mehr übrig, der gegen dieſe Theilung Widerſpruch erregen konnte, als Herzog Johann Ernſt zu Saalfeld, hinter deſſen Rücken alle dieſe Verhandlungen geſchloſſen waren.

Dieſer Fürſt ſtand jetzt ganz iſolirt und war noch Einzige, der ſeine Coburgiſchen Erbrechte gegen das willkührliches Verfahren ſeiner fürſtlichen Miterben verfechten mußte. In mehrern Schriften legte er ihre einſeitigen Verhandlungen und beſonders auch die, ohne ſeine Zufriedenheit geſchehene, Ueberlaſſung des Amtes Sonnefeld an S. Hildburghauſen, dem Reichshofrathe vor, und bewürkte am 16. Novemb 1705 an die Herrn Herzoge zu Gotha und Meiningen den wiederholten Befehl: „Mit allen „Neuerungen ſo lange, bis die zur gütlichen Auseinanderſetzung angeordnete kaiſerli-

t) Dipl. d. d. Coburg d. 18. April 1702, in Lünigs R. Arch. P. Sp. Cont. II. p. 713.
u) S. des Conclus. von 17. Aug. 1702 in den Abdr. der R.H.R. Concluſor, p. 26.
v) S. die Urkunde in Röder l. c. S. 717. f.

„che Commiſſion beendiget ſeyn werde, anzuſtehen und alles im vorigen Stande zu „laſſen" w).

Während der Zeit, wo die Coburgiſchen Succeſſions-Irrungen vor der kaiſerlichen Commiſſion zu Wien verhandelt wurden, gieng nun auch Herzog Chriſtian zu Eiſenberg (1707) ohne männliche Erben mit Tode ab, und wenig Jahre darauf (1710) folgte ihm auch ſein Bruder, Herzog Heinrich zu Römhild, ebenfalls ohne Descendenz in die Ewigkeit nach. Beide Fürſten vererbfällten die, ihnen im J. 1680 zugetheilten, Landesportionen ſowohl, als die väterlichen Nachſchußgelder, die ſie ſeit jener Zeit von S. Gotha zu fordern hatten, (S. 150) nicht weniger ihre Erbantheile an den Coburgiſchen Anfall x), an die noch blühenden fürſtlichen Häuſer zu S. Gotha, Meiningen, Hildburghauſen, und Saalfeld, welche ſchon vor den Eintritt dieſer zwei Sterbfälle, wegen der proviſoriſchen Theilung, zwar in Unterhandlung getreten aber nie zum einſtimmigen Schluß gekommen waren. Die noch unentſchiedenen Irrungen über die Coburgiſche Landestheilung erhielte alſo, durch dieſe zwei neuen Länderanfälle, einen bedeutenden Zuwachs, und es entſtanden nunmehro die bekannten Coburg- Eiſenberg- und Römhildiſchen Succeſſions-Streitigkeiten, deren Auseinanderſetzung den vorzüglichſten Gegenſtand der folgenden Geſchichte ausmachet.

Bei dem Eiſenbergiſchen Anfall kann ich nun ſo kürzer ſeyn, da die Succeſſion in demſelben, durch ein übereinſtimmendes Einverſtändniß der fürſtlichen Erben, ohne viele Weitläuftigkeiten, ſehr bald zur Endſchaft kam. Es lag nehmlich ſchon früherhin in dem Plane des Fürſtenhauſes zu S. Gotha, dieſe Landesportion, im Erledigungsfall, an ſich zu nehmen und mit dem angrenzenden Fürſtenthum Altenburg zu vereinigen. Dieſe Idee wurde jetzt um ſo lebhafter, weil es dieſem Hauſe ohnehin nicht gelungen war, den oben (S. 176) bemerkten Umtauſchvertrag mit S. Meiningen zu vollziehen und die Grenzen des Fürſtenthums Gotha, gegen Abtretung der vier Coburgiſchen Antheile, bis an den Werrafluß auszudehnen. Herzog Friedrich II. zu Gotha nahm alſo, vermöge des Succeſſionsreceſſes vom J. 1699, (S. 174) gleich nach dem Ableben Herzog Chriſtians zu Eiſenberg, nicht nur deſſen hinterlaſſenen Lande proviſoriſch im Beſitz, ſondern trat auch mit den fürſtlichen Häuſern Römhild, Hildburghauſen und Saalfeld wegen Ueberlaſſung ihren daran habenden Erbantheile, mit ſo gutem Erfolg, in Unterhandlung, daß er ſolche im J. 1708, gegen ſehr mäßige Vergütungen, an ſein Haus brachte.

Nach dem Zeugniſſe ungedruckter Urkunden, überließ nehmlich Herzog Heinrich zu Römhild (1708) ſeinen Antheil an den Eiſenbergiſchen Anfall und den darzu

w) Abdr. der R.H.R. Concl. S. 44.

x) Die beiden Herzoge Heinrich und Chriſtian zu Römhild und Eiſenberg hatten zwar ihre Coburgiſchen Erbtheile bereits an S. Gotha cedirt, (S. 176) dieſe Verhandlungen waren aber von Reichshofrath für ungültig erkläret werden, und konnten den übrigen Erbintereſſenten an ihren Erbrechte nicht präjudiciren, daher die Römhildiſchen und Eiſenbergiſchen Antheile an Coburgiſchen Anfall, mit zur ganzen Erbmaſſe gezogen wurden.

gehörigen Nachſchußgeldern, ingleichen die Eiſenbergiſche Rata an den Coburgiſchen Anfall, dem fürſtlichen Hauſe zu S. Gotha, um 4761 fl. 4 gr. 3 pf. jährlicher Einkünfte, welche Heinrich aus den Gothaiſchen vier Antheilen an dem Fürſtenthum Coburg erheben ſollte. — Eben dieſem fürſtlichen Hauſe cedirte auch Herzog Ernſt zu S. Hildburghauſen ſeinen Eiſenbergiſchen Erbtheil mit allen Zubehörungen um 4701 fl. 4 gr. jährlicher Revenüen, womit derſelbe ebenfalls auf die Gothaiſchen Antheile an den Coburgiſchen Landen aſſigniret wurde y). — Zuletzt verglich ſich auch S. Gotha mit Herzog Johann Ernſten zu S. Saalfeld, wegen deſſen Antheil an der Eiſenbergiſchen Erbſchaft, und verſprach ihm dafür eine jährliche Revenüen-Abgabe von 5000 fl. die derſelbe von den Saalfeldiſchen Extraſteuern, die ſich S. Gotha (1680) vorbehalten hatte, zu erheben berechtiget ſeyn ſollte z).

Früherhin (1702) hatte auch Herzog Bernhard zu S. Meiningen die Verſicherung von ſich gegeben, ſeinen Antheil an den, damals bevorſtehenden, Eiſenbergiſchen Anfall an S. Gotha abzutreten und ſich dafür mit portionsmäßigen Revenüen zu begnügen a). Auf dieſe Art erwarb ſich das fürſtliche Haus Gotha den alleinigen Beſitz der Eiſenbergiſchen Landesportion und hatte nur die übrigen fürſtlichen Intereſſenten, wegen ihrer, daran habenden Antheile, mit portionsmäßigen Einkünften zu vergüten.

Weniger friedlich gieng es bei den Römhilder Landesanfall zu, wo S. Meiningen die Aemter Römhild und Themar im Beſitz nahm, ſelbige mit Pfälziſchen Truppen beſeßte und diejenigen, die ſich, von S. Saalfeldiſcher Seite, dagegen ſetzten in Arreſt bringen ließ. Dieſer Gewaltſchritt veranlaßte neue Beſchwerden, auf welche vom kaiſerlichen Hofe geſchärfte Mandate erfolgten, die dem Hauſe Meiningen dergleichen Thathandlungen unterſagten b). Inzwiſchen traf man die Uebereinkunft, daß in der Stadt und dem Amt Römhild von S. Meiningen, — in Amte Berungen von S. Hildburghauſen, und im Amte Themar, von S. Gotha und Saalfeld die Interims-Adminiſtration geführet werden ſollte c).

In dieſer Lage von Verhältniſſen befanden ſich die Coburg- Eiſenberg und Römhildiſchen Succeſſions-Streitigkeiten, als endlich am 20. April 1714 die Reichshofraths- Sentenz publiciret und den fürſtlichen Intereſſenten vom Kaiſer ſehr nachdrücklich anbefohlen wurde, die Vollziehung derſelben binnen zwei Monaten vor die Hand zu nehmen. Der weſentliche Inhalt dieſes Urtheils beſtehet kürzlich darinne, daß

1) die, in den J. 1699, 1700, 1702 und fernern errichteten Receſſe, in welche S. Saalfeld niemals gewilliget habe, in ſo weit ſie dieſem Dienſt-Hanſe zum Nachtheil gereichten, aufgehoben und nur, in Anſehung der darinne befindlichen, für S. Saalfeld unſchädlichen, Punkten bei Kräften gelaſſen wurden.

Z 2

y) Dipl. inedit. d. d. Hildaurghauſen d. 18. May 1708.
z) Dipl. inedit. d. d. d. 8. Dec. 1608.
a) S. die Urk. in Lünigs R. Arch. P. sp. Cont. II. p. 713. §. 7 u. 12.
b) S. das kaiſerliche Mandat von 7. Nov. 1710, in den Abdr. der R.H. Raths Conclus. S. 68.
c) S. den Receß vom J. 1611 in der hiſt. ſtatiſt. Beſchreib. der Grafſch. Henneberg Th. I. S. 871.

2) Verordnete der Kaiſer, daß Herzog Johann Ernſt zu Saalfeld nicht nur ſeinen Coburgiſchen- ſondern auch ſeinen Eiſenbergiſchen Landeserbtheil, und was aus den Eiſenberg- und Römhildiſchen Anfällen dahin gehöret d), im Fürſtenthum Coburg, — die Römhildiſche Erbportion aber in dieſem Landesantheil überkommen ſollte; ſo viel hiernächſt

3) die Vergütung der, dem Hauſe Saalfeld aus der väterlichen Erbſchaft gebührenden und von S. Gotha zu bezahlenden, alten Nachſchußgelder von 5642 fl. 28 gr., ingleichen der aus dem Eiſenbergiſchen und Römhildiſchen Anfällen herrührenden dergleichen Gelder, betraf, ſo wurde feſtgeſetzt, daß dem Hauſe Saalfeld an obiger Summe zwei Drittheile von der Gothaiſchen Rata am Fürſtenthum Coburg, der übrige ein Drittheil aber von den Römhildiſchen Landesanfall, nach den Portionsanſchlägen, eingeräumet, — die Eiſenbergiſchen und Römhildiſchen Nachſchußgelder hingegen, zwar ebenfalls mit Land und Leuten, jedoch ohne beſondere Anweiſung, ſondern wo es ſich wohl füget, vergütet werden ſollten.

4) In Anſehung der S. Meiningiſchen Erbantheile wurde erkannt, daß dieſes fürſtliche Haus ſeine Coburgiſchen und Römhildiſchen, wie auch Römhild-Coburgiſche Portionen aus dieſen Landen zu nehmen habe; was aber die Eiſenbergiſche und Eiſenberg-Coburgiſche Antheile, ingleichen die aus dem Eiſenberg- und Römhildiſchen Anfall herrührende Nachſchußgelder belangte, ſo behielte es bei den, zwiſchen S. Meiningen und Gotha deshalb errichteten, Receſſen ſein Bewenden. Endlich wurde auch

5) dem Hauſe S. Gotha zu deſſen Erbgebührniß die völlige Eiſenbergiſche Landesportion zuerkannt, um ſolche dem Fürſtenthum Altenburg wieder völlig einzuverleiben.

Herzog Friedrich II. zu S. Gotha war, unter den fürſtlichen Erbintereſſenten, der erſte, der den kaiſerlichen Ausſpruch zur Vollziehung brachte. Schon am 15. May 1714 überwieß er dem Herzog Johann Ernſt zu Saalfeld nicht nur die ihm zuerkannten, ſowohl eigenen als fortgeerbten Eiſenbergiſchen und Römhildiſchen, Antheile an den Fürſtenthum Coburg, ſondern er trat ihm auch zugleich zwei Drittheile von den alten Nachſchußgelder der 5642 fl. 18 gr. in eben dieſem Lande, von der S. Gothaiſchen Erbrata, ab. Das nehmliche geſchahe auch, in Anſehung der Römhildiſchen Landesportion, wo Herzog Friedrich den Saalfeldiſchen- nebſt ſeine eigenen daran habenden Antheile, nicht weniger die noch übrigen ⅓ Nachſchußgelder, dem Herzog Johann Ernſt einräumte und ihn, bis auf Rectificirung der Portionsanſchläge, in wirklichen Beſitz der Coburgiſchen und Römhildiſchen Lande, ſo viel ihm daran gebührte, einſetzte e).

d) Dieſe Zubehörungen beſtanden theils in den Eiſenberg- und Römhildiſchen Erbantheilen an den Coburg. Anfall, theils in der Erbrata die Herzog Heinrich zu Römhild an den Eiſenberg. Anfall zu fordern hatte, theils aber auch in den Nachſchußgeldern die aus der verkürzten Theilung vom J. 1680 herrührten. S. 68.

e) Man ſehe das S. Gothaiſche Reſignationspatent in der Beil. Nr. XXXXVIII S. 1141 welches hier zum erſtenmal in Druck erſcheinet. Es iſt der Bekanntmachung um ſo würdiger,

Dieß alles geſchahe aber von S. Gotha mit Vorbehalt der Hoheitsrechte, die ſeinem fürſtlichen Hauſe, nach dem Hauptreceſſe vom J. 1680, zuſtändig waren, ob gleich der kaiſerliche Hof in der Sentenz die Clauſel hatte einfließen laſſen: „daß man gerne ſehen würde, wenn S. Gotha mit S. Saalfeld, wegen der „hohen jurium, gegen billige Satisfaction, ein gütliches Abkommen treffen werde." Indeſſen kam zwiſchen beiden fürſtlichen Häuſern über dieſen Gegenſtand wenig Jahre darauf, am 6. Nov. 1717, ein Receß zu Stande f), worinne dem Herzog Johann Ernſt zu Saalfeld, in denjenigen Landestheilen, die ihm S. Gotha im Fürſtenthum Coburg und in der Römhildiſchen Landesportion überwieſen hatte, nunmehro auch die vorbehaltenen Hoheitsrechte ſamt den Extraſteuern und was ſonſt dahin gehöret, zur eignen Adminiſtration eingeräumet wurden.

Dafür gab aber S. Saalfeld von ſeinen eignen alten Nachſchußgeldern der 5642 fl. 18 gr., an S. Gotha 1600 fl. Frk. portionsmäßige Revenüen, mit Land und Leuten, wieder zurück g), und verzichte zugleich in den nehmlichen Receſſe nicht nur auf ſeinen Antheil an den ererbten Eiſenbergiſchen und Römhildiſchen Nachſchußgeldern, ſondern auch auf den verlangten Erſatz des, von der Römhildiſchen Landesportion abgeriſſenen Amtes Königsberg h), weswegen S. Saalfeld, mit 500 fl. Frk. portionsmäßiger Einkünfte im Fürſtenthum Coburg, von S. Gotha vergüthet werden ſollte.

Das Opfer war freilich groß, was Herzog Johann Ernſt, für die Erlangung der Hoheitsrechte in den ererbten Landen, dem Hauſe Gotha brachte; er glaubte aber doch, wie er nachher ſelbſt erklärte, ſeine Unabhängigkeit und die Aufhebung des S. Gothaiſchen Hoheitseinfluſſes, nicht theuer genug erkaufen zu können. Durch dieſe Uebereinkunft kamen übrigens die Erbſchaftsverhältniſſe, zwiſchen den zwei fürſtl. Häuſern Gotha und Saalfeld, zwar ins Reine; doch gelangte Johann Ernſt, wegen der von S. Meinigen, gegen obigen Receß, eingelegten Proteſtion, eher nicht zum Genuß der Hoheitsrechte, als im J. 1723, wo er ſelbige durch ein förmliches Patent im Beſitz nahm i).

weil es als die erſte Grundlage zum S. Saalfeldiſchen Beſitz des Fürſtenthums Coburg anzuſehen iſt.

f) Er ſtehet in den Saalfeld. Receßbuche S. 202 und führet den Namen, des Saalfeldiſchen Liberationsreceſſes.

g) Durch einen im J. 1718 mit S. Gotha errichteten Vertrag verminderten ſich obige 1600 fl. bis auf 1115 fl. 3 gr. 5 pf., weil davon, wegen der Münzdifferenz in den Eiſenbergiſchen Landen, ſowohl als bei den väterl. Nachſchußgeldern, die Summe von 484 fl. 17 gr. 7 pf. abgekürzet, und Herzog Johann Ernſt, der, ſtatt Meißniſche Gulden nur Fränkiſche bekam, dadurch entſchädiget wurde.

h) Herz. Friedrich I. zu Gotha hatte nehml. ſeinen Bruder, Heinrich zu Römhild, im J. 1683 disponirt, ihm das, auf 2500 fl. portionsmäßiger Revenüen angeſchlagene, Amt Königsberg abzutreten, um daſſelbe dem H. Ernſt zu Hildburghauſen wieder zu überlaſſen. (S. 152) Durch dieſe Verhandlung war aber die Römhildiſche Landesportion, zum Nachtheil der fürſtl. Erben, merklich verringert worden, daher Johann Ernſt zu Saalfeld auf Entſchädigung Anſpruch machte, die ihm jetzt (1717) mit 500 fl. Einkünfte vergüthet wurde.

i) d. d. Glücksburg in Römhild den 8. May 1723. In dieſem Patente erklärte unter andern Johann Ernſt, daß er ſich von dem Gothaiſchen nexu, oder von der Direction der hohen

Nicht ſo nachgiebig, wie S. Gotha, war Herzog Ernſt Ludewig zu Meinigen. Er konnte ſich nicht von der Idee trennen, wenigſtens den größten Theil des Fürſtenthums Coburg zu beſitzen, welches man ſeinem Hauſe, im Succeſſionsreceſſe vom J. 1699, (S. 174) zugeſichert und woran ihm Herzog Friedrich zu Gotha im J. 1702 bereits vier Theile zu überlaſſen verſprochen hatte. (S. 177) Der kaiſerliche Ausſpruch hatte aber ſeinen Plan mit einemmale vereitelt und er ſahe ſich deswegen Veranlaſſet, gegen denſelben das Reviſionsmittel zu ergreifen. Dieſe Maßregel entſprach jedoch ſeinem Wunſche nicht, indem das, im J. 1714 ertheilte, Erkenntniß, durch das Reviſionsurtheil vom 11. May 1725, ſeine volle Beſtätigung erhielte k).

In dieſem Zwiſchenraume waren die fürſtlichen Erbintereſſenten, mit allen den Vorbereitungen beſchäftiget, die zur Beförderung der Haupttheilung erforderlich waren. Dahin gehörte vorzüglich die Rectificirung der alten Portionsanſchläge vom J. 1572, welche bei dieſer Ländertheilung zum Grunde geleget werden mußten. Nach einem Umlauf ſo vieler Jahre hatten ſelbige, durch Ab- und Zugang einzeler Länderſtücke, manche Veränderungen erlitten, die um ſo mehr einer genauen Unterſuchung bedurften, weil es jetzo auf eine richtige Zuſammenſtellung der ganzen Erbmaſſe ankam, die den vier fürſtlichen Häuſern Gotha, Meiningen, Hildburghauſen und Saalfeld, zugetheilet werden ſollte. Die fürſtlichen Räthe nahmen dieſe mühſame Arbeit vor die Hand und in einem Zeitraum von 4 Jahren brachten ſie (1720) die ſogenannten rectificirten Portionsanſchläge zu Stande, welche ihre fürſtlichen Prinzipalen für richtig anerkannten und nunmehro der Maaßſtab waren, nach welchem die Lokaltheilung vorgenommen wurde.

Das Reſultat der berichtigten Anſchläge war dieſes, daß 1) das Fürſtenthum Coburg, ſtatt 16890 fl. mit 16019 fl. 7 gr. ½ pf. 2) die Eiſenbergiſche Portion, ſtatt 6704 fl. 17 gr. mit 6261 fl. 15 gr. 6 pf. 3) die Römhildiſche Portion, ſtatt 10,039 fl. 1 gr. mit 6640 fl. 7 gr. 7½ pf. in Anſatz kamen, mithin ſämmtliche drei Länderanfälle zuſammen eine Summe von 28921 fl. 3 gr. 8 pf. portionsmäßiger Revenüen ausmachten. Bei Vertheilung dieſer Erbmaſſe gieng man, ſo viel beſonders das Fürſtenthum Coburg betrift, folgendergeſtalt zu Werke:

Es wurde nehmlich zuvor ausgemittelt, wie viel jedem der fürſtlichen Erben, die zur Zeit des Coburgiſchen Anfalls (1699) noch am Leben waren, von dieſem erledigten Lande, portionsmäßig gebühre? und weil damals den Herzogen zu Eiſenberg und Römhild daran ebenfalls eine Erbrata zugehörte, auch letzterer, nach Herzog Chriſtians Tode, an deſſen hinterlaſſener Coburgiſchen Rata wieder ein Antheil hatte, ſo mußten auch dieſe fortgeerbten Theile wieder beſonders ausgeſchlagen, und jedem der vier, noch jetzo blühenden, fürſtlichen Häuſer ihre daran habenden Erb-

jurium, theuer genug losgekaufet habe und an deren Ausübung, ſich durch die Meiningiſchen Widerſprüche, nicht länger verhindern laſſen könne.

k) ſ. die Reviſionsſentenz in Fabers Staatskanzl. Th. 46. S. 672, in Moſers Reichsfama Th. 4. S. 693. u. a. m.

portionen zugetheilet werden l). Hierbei kam nun aber die Gothaiſche Virilportion in Anrechnung, welche den vier jüngern Brüdern, nach dem Receſſe von 1680 (S. 145) von ihren Erbtheilen abgekürzet wurden, und wodurch das fürſtliche Haus S. Gotha, von den drei Anfällen, über ſeine Erbgebührniß, — wie ich unten m) nä-

l) Dieſe äußerſt verwickelte Theilung, wird ſich aus nachſtehender Re- und Subrepartition des Coburg. Anfalls, etwas deutlicher darſtellen:

I. Von dem, mit 16019 fl. 1 gr. $7\frac{1}{8}$ pf. angeſchlagen Fürſtenthum Coburg, gebührten:

2669 fl.	17 gr.	9 pf.	S. Meiningen	
2224 =	18 =	1 =	S. Römhild	nach Abzug der Virilportion.
2224 =	18 =	1 =	S. Eiſenberg	
2224 =	18 =	1 =	S. Hildburghauſen	
2224 =	18 =	1 =	S. Saalfeld	
4449 =	15 =	7 =	S. Gotha, mit der Virilportion	
16019 fl.	1 gr.	7 pf.		

II. Von der S. Eiſenbergiſchen Erbrata an den Coburg. Anfall bekamen:

444 fl.	20 gr.	5 pf.	S. Meiningen	
355 =	20 =	6 =	S. Römhild	nach Abzug der Virilportion.
355 =	20 =	6 =	S. Hildburghauſen	
355 =	20 =	6 =	S. Saalfeld	
711 =	20 =	1 =	S. Gotha, incl. der Virilportion	
2224 fl.	18 gr.	1 pf.		

III. Der S. Römhildiſche Antheil an der Coburgiſchen Erbſchaft beſtand a) in 2224 fl. 18 gr. 1 pf. eigene Erbrata; und b) in 355 fl. 20 gr. 6 pf. welche dem Herzog Heinrich zu Römhild von dem Eiſenbergiſchen Antheil an den Coburg. Anfall gebührten. Beide Erbtheile wurden unter die noch blühenden vier fürſtl. Häuſer, resp. nach Abzug der Virilportion, dergeſtalt getheilet, daß davon,

ad a)	556 fl.	4 gr.	6 pf.	S. Meiningen,
	417 =	3 =	5 =	S. Hildburghauſen,
	417 =	3 =	5 =	S. Saalfeld, und
	834 =	6 =	10 =	S. Gotha, ferner:
ad b)	88 fl.	20 gr.	10 pf.	S. Meiningen,
	66 =	15 =	8 =	S. Hildburghauſen,
	66 =	15 =	8 =	S. Saalfeld,
	133 =	10 =	4 =	S. Gotha,

mit portionsmäßigen Revenüen erhielten.

Auf dieſe vier verſchiedenen Repartionen des Coburg. Hauptanfalls und der daraus entſtandenen Eiſenbergiſchen und Römhildiſchen Antheile, gründen ſich nun auch die folgenden zwei Vertheilungen der Eiſenbergiſchen- und Römhildiſchen Länderanfälle, wo die ererbten und resp. fortgeerbten Coburgiſchen Antheile mit in Anrechnung kamen. Der Deutlichkeit wegen, war es alſo nöthig, letztere, wiewohl mit Weglaſſung der Brüche, hier aufzuführen.

m) Was unter der Gothaiſchen Virilportion zu verſtehen ſey, habe ich zwar ſchon oben (S. 145) bemerket; ich glaube aber dieſes vertragsmäßige Vorrecht, welches jetzo zur Wirklichkeit kam, noch deutlicher zu machen, wenn ich es durch nachſtehendes Beiſpiel mit Weglaſſung der Brüche, erläutere:

Der Coburgiſche Landesanfall betrug 16019 fl. 1 gr. $1\frac{8}{8}$ pf. von welchem eigentlich jedem, der damals lebenden 6 fürſtl. Erben, der ſechſte Theil mit 2669 fl. 17 gr. 9 pf. gebühret hätte. S. Meiningen erhielte ſeine Rata, nach dem Receſſe von 1681, vollſtändig, nach deren

her erläutern werde, — einen Zuwachß von 5311 fl. 4 gr. portionsmäßiger Revenüen, mit Land und Leuten erhielt.

Auf eine ähnliche Art wurde nun auch bei der Theilung der Eiſenbergiſchen und Römhildiſchen Anfälle verfahren und überall auf die, zwiſchen den fürſtlichen Intereſſenten früherhin errichteten, Receſſe Ruckſicht genommen, wodurch man unter andern die Eiſenbergiſche Landesportion dem Hauſe Gotha, gegen deſſen Coburgiſchen Erbrata, ganz überlaſſen hatte. Nach der, im J. 1720 deshalb gefertigten, Ab- und Unterabtheilungen dieſer drei Länderanfälle ergeben ſich folgende Reſultate, die ich, jedoch mit Weglaſſung der Rechnungsbrüche, hier kürzlich zuſammenſtelle.

I. Von dem Fürſtenthum Coburg, welches nach den rectificirten Portionsanſchlag in 16019 fl. 1 gr. $7\frac{1}{8}$ pf. Revenüen beſtand, erhielten:

a) S. Meiningen

2669 fl.	17 gr.	9 pf.	an deſſen Coburg. Erbrata,
444 =	20 =	5 =	an der Eiſenberg-Coburgiſchen- Rata
556 =	4 =	6 =	an der Römhild-Coburgiſchen- Rata
88 =	20 =	10 =	an der Römhild-Eiſenberg-Coburgiſchen- Rata
1252 =	7 =	3 =	an deſſen Antheil an den Eiſenberg. Anfall, und
250 =	9 =	10 =	an der Eiſenberg-Römhildiſchen Rata.
5262 fl.	17 gr.	10 pf.	

Für dieſe Summe bekam S. Meiningen

das Amt Sonneberg mit	3326 fl.	1 gr.	6 pf.
das Amt Neuhaus mit	1200 =	—	—
die Sonnenfeldiſche Uebermaße mit	736 fl.	16 gr.	4 pf.

utss.

b) S.

Abzug die noch übrige, in 13349 fl. 4 gr. 10 pf. beſtehende, Erbmaſſe wieder in 6 Portionen getheilet wurde, deren jede 2224 fl. 18 gr. 3 pf. ausmachte. Von dieſen 6 Theilen bekam S. Gotha zwei, nehmlich: einen, als Erbrata, und den andern als Virilportion; die vier jüngern Brüder hingegen mußten ſich mit einen Theil begnügen. Daher erhielt S. Gotha:

1) vom Coburg. Anfall	2224 fl.	18 gr.	3 pf.	Erbrata und
	2224 =	18 =	3 =	Virilportion,
2) vom Eiſenberg. Antheil an den Coburg. Anfall	355 =	20 =	6 =	Erbrata und
	355 =	20 =	6 =	Virilport.
3) von der Römhild-Coburg. Erbrata —	417 =	3 =	5 =	Erbtheil
	417 =	3 =	5 =	Virilportion.
4) von der Römhild-Eiſenberg-Coburg. Rata	66 =	15 =	8 =	Erbtheil
	66 =	15 =	8 =	Virilportion.
	6129 fl.	10 gr.	8 pf.	

mithin beſtanden die Gothaiſchen Virilportionen vom Coburg. Anfall in 3064 fl. 15 gr. 10 pf. — Bei den Eiſenbergiſchen betrug ſie 1001 fl. 18 gr. 5 pf., und bei den Römhildiſchen 1245 fl. 1 gr. 5 pf., welches alles zuſammen genommen, von den 3 Anfällen 5311 fl. 4 gr. 8 pf. ausmachte.

b) S. Hildburghauſen

hatte bereits, vermöge des, mit S. Meiningen im J. 1705 errichteten, Receſſes, von dem Coburgiſchen Anfall das Amt Sonnefeld, deſſen Portionsanſchlag in 2971 fl. 4 gr. 4½ pf. beſtand, im Beſitz genommen; weil aber die Erbrata dieſes fürſtl. Hauſes ſich nur auf 2224 fl. 18 gr. 3⅓ pf. belief, ſo beſaß es eine Uebermaße von 746 fl. 7 gr. 1 pf., von welcher dem fürſtlichen Hauſe S. Meiningen, als dem Urheber jenes Receſſes, zur Erfüllung ſeines vorhin bemerkten Erbantheils, 736 fl. 16 gr. 4 pf. angewieſen wurden.

c) S. Saalfeld

hatte, nach Vorſchrift der kaiſerlichen Sentenz (S. 180) nicht nur ſeine Coburgiſche- ſondern auch ſeine Eiſenbergiſche Erbportion, ingleichen ⅓ väterliche Nachſchußgelder, im Fürſtenthum Coburg zu erhalten, und es gebührte daher dieſem fürſtlichen Hauſe zuſammen 8515 fl. 17 gr. 3 pf. portionsmäßige Revenüen, als:

2224 fl.	18 gr.	3 pf.	von den Coburgiſchen Landesanfall,
350 ⸗	20 ⸗	6 ⸗	an der Eiſenberg-Coburgiſchen- } Rata;
417 ⸗	3 ⸗	5 ⸗	an der Römhild-Coburgiſchen- } Rata;
66 ⸗	15 ⸗	8 ⸗	an der Römhild-Eiſenberg-Coburgiſchen } Rata;
1189 ⸗	15 ⸗	4 ⸗	gebührte dem Herzog Johann Ernſt an den Eiſenbergiſchen Anfall;
3761 ⸗	7 ⸗	—	bekam derſelbe von S. Gotha an ⅔ Theilen väterlicher Nachſchußgeldern, und
500 ⸗	—	—	wurden eben demſelben von S. Gotha, wegen des Amtes Königsberg und der brüderlichen Nachſchußgelder, receßmäßig, vergüthet. (S. 181)

Für dieſe Erbforderungen erhielte nun S. Saalfeld, nach den rectificirten Portionsanſchlag:

6900 fl.	—	—	mit der Stadt und dem Amte Coburg, ſammt den darzu gehörigen Gerichten, Rodach, Neuſtadt und Geſtungshauſen, imgl.
1620 fl.	20 gr.	5 pf.	mit dem Caſtenamte Mönchröden, welches beides dieſem fürſtlichen Hauſe, zuerſt im J. 1735, durch eine kaiſerliche Commiſſion, überwieſen wurde.

II. Die Eiſenbergiſche Landesportion, deren Anfall ſich im J. 1707 ereignet hatte, behielte S. Gotha, auf dem Grunde der oben (S. 178) angeführten Ueberlaſſungsurkunden, alleine im Beſitz. Sie beſtand in 6261 fl. 15 gr. 6 pf. portionsmäßiger Revenüen, welche unter die vier fürſtlichen Erbintereſſenten folgendermaaſen vertheilet wurden:

2379 fl.	9 gr.	8 pf.	bekam S. Gotha zu ſeinen eignen Antheil, mit Inbegriff der Virilportion;
1502 ⸗	17 ⸗	1 ⸗	S. Meiningen,
1189 ⸗	15 ⸗	4 ⸗	S. Saalfeld, und
1189 ⸗	15 ⸗	4 ⸗	S. Hildburghauſen, und zwar die 2 letztern fürſtl. Häuſer, nach Abkürzung der Virilportion. Dem kaiſerlichen Aus-

ſpruch zufolge ſollten aber dieſe Lande ohnvertheilt dem F. Hauſe Gotha verbleiben, daher S. Meiningen und S. Saalfeld ihre, daran habenden, Antheile demſelben abtraten, und dafür mit der Gothaiſchen Erbrata an den Coburgiſchen Anfall vergüthet wurden. Den S. Hildburghäuſiſchen Antheil lößte S. Gotha mit baaren Gelde ab und vereinigte nunmehro die ganze Eiſenbergiſche Landesportion mit dem Fürſtenthum Altenburg.

III. Von der Römhildiſchen Landesportion, welche mit 6640 fl. 7 gr. $7\frac{1}{2}$ pf. in Anſchlag gekommen war, gebührte

a) dem fürſtlichen Hauſe Saalfeld 2010 fl. 12 gr. $\frac{1}{4}$ pf, als:

1245 fl. 1 gr. $5\frac{1}{4}$ pf. an ſeiner eignen Erbrata, ingleichen
765 = 10 = 7 = an den noch ruckſtändigen $\frac{1}{3}$ väterlicher Nachſchußgeldern n).

Für dieſe Erbrata bekam Herzog Johann Ernſt zu Saalfeld

1148 fl. 5 gr. 4 pf. mit $\frac{1}{3}$ an den Amte und Stifte Römhild, und
725 = 3 = 8 = mit $\frac{5}{12}$ Theilen an dem Amte Themar, mithin mangelten demſelben an ſeiner Erbgebührniß noch 137 fl. 3 gr. $\frac{1}{4}$ pf. portionsmäßiger Revenüen, die mit Land und Leuten vergüthet werden mußten o).

b) S. Meiningen erhielte:

2260 fl. 1 gr. 10 pf. als:
1660 fl. 1 gr. 10 pf. eigene Erbrata,
600 fl. — — wegen der Eiſenberg- und Römhildiſchen Nachſchußgelder, wofür demſelben $\frac{2}{7}$ an dem Amte Römhild zu 2296 fl. 10 gr. 8 pf. zugetheilet wurde, mithin eine Uebermaße von 36 fl. 8 gr. 10 pf. herauszugeben hatte.

c) Dem F. Hauſe Gotha gebührte zwar an dem Römhildiſchen Anfall, mit Inbegriff der Virilportion, 2490 fl. 2 gr. $10\frac{1}{2}$ pf.; Daran hatte es aber (wie bei a und b) erwähnet worden, 1880 fl. 14 gr. an $\frac{1}{3}$ ruckſtändigen Nachſchußgelder an S. Saalfeld, und 600 fl., wegen der Eiſenbergiſchen- und Römhildiſchen Nachſchuß-

n) Dieſer $\frac{1}{3}$ Nachſchußgelder betrug eigentlich 1880 fl. 20 gr. S. Saalfeld hatte aber an S. Gotha, nach dem Receſſe von 1717, für die hohen jura noch 1115 fl. 3 gr. 5 pf. zu vergüthen, die man von obiger Summe abgerechnete, und alſo noch 765 fl. 10 gr. 7 pf. übrig blieben, wofür Saalfeld von Gotha im Römhildiſchen vergüthet wurde.

o) Von dieſen S. Saalfeldiſchen Portionsmangel gehen zwar 5 fl. 3 gr. ab, welche dieſes Haus, bei dem Coburgiſchen Antheil, zu viel erhalten hatte; Es mangeln aber noch immer 132 fl. portionsmäßige Revenüen, die dem Hauſe Saalfeld, bei der künftigen Hauptperäquation, mit Land und Leuten, zu vergüthen ſeyn möchten. (Man ſehe das S. Meiningiſche Impreſſ. vom J. 1803, wo aber §. 36 u. 102, obiger Portionsmangel nur mit 121 fl. 5 gr. $3\frac{1}{8}$ angegeben iſt.) Wenn man indeſſen den Portionsgulden, nach den gegenwärtigen Ländertrag, nur 10 fach berechnet, ſo wird ſich eine bedeutende Summe ergeben, auf welche S. Coburg-Saalfeld von 1735 an, bis jetzo, Anſpruch machen kann.

gelder, an S. Meiningen zu entrichten. Es blieben alſo demſelben an ſeinen Antheil nur noch

9 fl.	9 gr.	10½ pf.	übrig. Hierzu kamen aber
1115 =	3 =	5 =	welche S. Saalfeld dem Hauſe Gotha, für die Ueberlaſſung der hohen jura in den Coburgiſchen und Römhildiſchen Landestheilen, mit Land und Leuten zu bezahlen hatte, (S. 181) ferner
— =	4 =	— =	wegen S. Hildburghauſen; in Summa
1124 fl.	13 gr.	3½ pf.	wofür dem Hauſe S. Gotha die noch übrigen 7/12 Theile an den Amte Themar zugetheilet wurden.

d) die S. Hildburghäuſiſche Erbrata an den Römhildiſchen Anfall, beſtand in 1245 fl. 1 gr. 5¼ pf., und wurde, vermöge eines, mit S. Gotha im J. 1702 errichteten Vertrags (S. 176) mit der Kellerei Behrungen, den Echteriſchen Lehnen und den Hof zu Milz vergüthet. Bei der ſpäterhin (1720) erfolgten Rektificirung der Portionsanſchläge, kamen aber gedachte Beſitzungen mit 1345 fl. 11 gr. 9 pf. in Anſatz, mithin hatte S. Hildburghauſen eine Uebermaße von 100 fl. 10 gr. 3¾ pf., welche es den fürſtlichen Häuſern Meiningen und Saalfeld, als Inhabern des Amtes Römhild, durch Abtretung des ſogenannten Schülerhofs zu Gollmuthauſen und der Echteriſchen Lehnſchaften zu Großenberdorf und Herbelſtadt herauszugeben verſprach.

Die Vollziehung der, bisher vorgetragenen, Vertheilung der Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſchen Länderanfälle blieb jedoch noch eine geraume Zeit ausgeſetzt. Denn, obgleich die kaiſerliche Sentenz vom J. 1714, gegen welche S. Meiningen die Reviſion ergriffen hatte, durch ein reichsgerichtliches Erkentniß vom J. 1725 ſeine Beſtätigung erhielte, inzwiſchen auch die Rektificirung der Portionsanſchläge ſowohl, als die, darauf gegründete Repartition der, einem jeden fürſtlichen Intereſſenten, an den drei Erbanfällen zukommenden Antheile, vom kaiſerlichen Hofe genehmiget wurde; ſo kam doch S. Meiningen jetzt wieder mit neuen Vorſtellungen zum Vorſchein, welche der Beendigung dieſes verwickelten Theilungsgeſchäftes Hinderniſſe in Wege legten.

Inſonderheit ſuchte dieſes fürſtliche Haus gegen S. Saalfeld die Behauptung durchzuſetzen, daß ihm, bei der Coburgiſchen Lokaltheilung, vorzugsweiße, die Stadt und das Amt Coburg, nebſt der Reſidenz zugetheilet werden müſſe. Dem Herzog Johann Ernſt zu Saalfeld ſtanden aber ungleich wichtigere Gründe zur Seite, die ihn zu einer gleichmäßigen Forderung berechtigten. Er erlebte aber den Ausgang der Sache nicht und ſtarb 1729, worauf ſeine zwei Söhne, Chriſtian Ernſt und Franz Joſias, den Streit mit vieler Lebhaftigkeit fortſetzten. Endlich wurde, durch ein Reichshofrathsconcluſum von 24. May 1735, rechtlich erkannt: „daß „Stadt und Amt Coburg dem fürſtlichen Hauſe S. Saalfeld, an ſeiner, im Co„burgiſchen zu ſuchen habenden ſentenzmäſigen, Forderung, cum omnimoda juris-

Aa 2

„dictione et ſuperioritate territoriali, der S. Meiningiſchen Einwendungen „ohnerachtet, einzuräumen und zuzutheilen ſey".

Schon vor dieſem Erkenntniſſe hatte der Kaiſer (1733) dem Kurfürſt von Sachſen und den Marggrafen zu Brandenburg die Lokaltheilung und die förmliche Ueberweiſung der, den fürſtlichen Intereſſenten, nach der im J. 1720 gefertigten Repartion, gebührenden Landestheile, aufgetragen, in deſſen Gemäßheit die kur- und fürſtlichen Subdelegirten im Monat März 1734 zu Coburg eintrafen, um dieſes Geſchäfte vor die Hand zu nehmen. Aber auch jezt erneuerte S. Meiningen ſeine Widerſprüche mit ſo vieler Beharrlichkeit, daß es, an ſtatt vor der kaiſerlichen Commiſſion an den, zur Ueberweiſung angeſetzten, Tag durch einen Deputirten, zu erſcheinen, den bisher in Gemeinſchaft geſtandenen Landescollegien nachdrücklich unterſagte, ſich vor der Commiſſion zu ſtellen und ihren Anordnungen Folge zu leiſten. Von Seiten des kaiſerlichen Hofes nahme man, natürlicher Weiſe, dieſes Benehmen ſehr mißfällig auf, und caſſirte nicht nur die Meiningiſchen Inhibitions-Befehle, ſondern wieß auch die gemeinſchaftlichen Collegia, ſo wie die Landſchaft und den Veſtungs-Commendanten ſehr ernſtlich an, dergleichen Dekrete nicht weiter zu berückſichtigen, ſondern den kaiſerlichen Commiſſions-Verordnungen gebührenden Gehorſam zu bezeigen.

Der 29. July 1735 war endlich der Tag, an welchem die Stadt und das Amt Coburg nebſt der Reſidenz, ingleichen das Amt Mönchröden von den kaiſerlichen Commiſſarien, den S. Meiningiſchen Proteſtationen und Appellationen ohngeachtet, dem fürſtlichen Hauſe Saalfeld mit aller obrigkeitlichen Gewalt und Landeshoheit übergeben, und die zu dieſen Aemtern gehörige geiſt- und weltliche Dienerſchaft, nebſt der Ritterſchaft und den Stadträthen, an die Saalfeldiſchen Deputirten, mittelſt Handſchlags, überwieſen wurden. Wenig Tage darauf, (den 2. Aug.) geſchahe eine gleichmäßige Uebergabe der Aemter Sonnenberg und Neuhaus an S. Meiningen, wobei jedoch deſſen Deputirte alle die Proteſtationen und Appellationen wiederholte, die man S. Meininger Seits dem Verfahren der kaiſerlichen Commiſſion entgegen geſetzet hatte.

Kurz vor der, ſo eben erwähnten feierlichen, Uebergabe trat S. Meiningen, weil es ihm nicht gelungen war, Stadt und Amt Coburg an ſich zu bringen, mit einer Behauptung auf, die im Laufe der bisherigen Erbfolge Streitigkeiten nie zur Sprache gekommen war. Man gab nehmlich Meininger Seits vor, daß das Gericht Neuſtadt, welches, als urſprüngliches Zubehör des Amtes Coburg, an S. Saalfeld überwieſen werden ſollte, ein Pertinenzſtück vom Amt Sonneberg ſey und mithin dem Hauſe S. Meiningen übergeben werden müſſe. Vergeblich bemühete ſich die Commiſſion dieſe neue Irrung dadurch zu heben, daß beide Theile ihre wechſelſeitigen Gerechtſame kürzlich deduciren möchten, um hiernach den Grund oder Ungrund dieſer Behauptung beurtheilen zu können. S. Meiningen fand aber Bedenken, in dieſer Sache vor der Commiſſion Recht zu nehmen und beſtand auf eine vollſtändige Eröffnung des rechtlichen Weges vor dem Reichshofrath. Die Subdelegirten faßten daher die Ent-

ſchließung, dieſen ſtreitigen Punkt zur Entſcheidung des kaiſerlichen Hofes auszuſetzen und bis zu deſſen Erfolg, das Gericht Neuſtadt, unbeſchadet eines jeglichen fürſtlichen Theils daran habenden Rechts, in der bisherigen Gemeinſchaft zu laſſen.

Nun entſtand beim Reichshofrath über dieſen Gegenſtand ein neuer Proceß, der zwiſchen S. Meiningen und S. Saalfeld mit vieler Heftigkeit geführet, endlich aber am 22. Jun. 1742 durch eine Reichsvicariats-Sentenz dahin entſchieden wurde: „daß das Gericht Neuſtadt mit ſeinen Zubehören, als ein integrirender Theil des Amts „Coburg, nach dem Portionsanſchlag vom J. 1572, dem fürſtlichen Hauſe S. Saal„feld zuzuſprechen ſey, und gleichwie ſolches hiermit geſchehe, alſo habe auch das fürſt„liche Haus Meiningen von allen deshalb gemachten Anſprüchen abzuſtehen, ſeine in „Neuſtadt habenden Diener zurückzurufen und S. Saalfeld in der alleinigen Poſſeß „des Gerichts Neuſtadt geruhig zu laſſen".

Auf dieſe Weiſe hatte nun zwar der Coburg-Eiſenberg und Römhildiſche Erbfolgeſtreit, ſo viel das Fürſtenthum Coburg betrifft, größtentheils ſeine Endſchaft erreicht; doch gab es im Amte Römhild, zwiſchen S. Saalfeld und S. Meiningen, wegen der gemeinſchaftlichen Adminiſtration deſſelben, noch einige Irrungen, welche die Einſchritte des Reichshofraths abermals nöthig machten. Herzog Anton Ulrich zu Meiningen, wollte nehmlich die, ihm zugetheilten, zwei Drittheile an gedachten Amte (S. 186) für ſich alleine und ohne S. Saalfeldiſche Concurenz adminiſtriren laſſen und erlaubte ſich manche Handlungen, die mit der Gemeinſchaft in Widerſpruch ſtanden. Da die deshalb erlaſſenen Mandate ohne Würkung blieben, ſo trug der kaiſerliche Hof die Vollziehung derſelben dem Kurfürſten von Sachſen und dem Marggrafen zu Brandenburg Anſpach auf und verordnete, daß Anton Ulrich ſeine, zu Römhild eingelegte Miliz abführen, die von ihm allein angeſtellte Dienerſchaft entlaſſen; die weggenommenen Amtsurbarien und gemeinſchaftlichen Urkunden abliefern und von den einſeitig erhobenen Revenüen dem Hauſe Saalfeld den, demſelben gebührenden, dritten Antheil reſtituiren ſollte p).

Allein der Herzog legte ſich nicht zum Zweck, und die Sache wurde ſo ernſtlich, daß die kaiſerliche Commiſſion genöthiget war, 400 Mann Executionstruppen einrücken und einige Meiningiſche Aemter im Beſitz nehmen zu laſſen. Endlich kam zwiſchen beiden fürſtlichen Häuſern am 14. Sept. 1753 ein Vergleich zu Stande, durch welchem das freundſchaftliche Vernehmen wieder hergeſtellt, und die gemeinſchaftliche Adminiſtration dem Hauſe S. Saalfeld zugeſtanden wurde q).

So ſehr ich auch wünſchte, die bisher gegebene Ueberſicht der Coburgiſchen Theilungsſtreitigkeiten beſchließen zu können, ſo würde ich mich doch dem Vorwurfe der

p) Gruners Geſch. Herz. Joh. Caſimirs S. 252.

q) S. die Urkunde in einer ſtatiſt. Beſchr. der Grafſchaft Henneberg Th. I. S. 834.

Unvollſtändigkeit ausſetzen, wenn ich die ſogenannten acceſſoriſchen Theilungsſtücke, die man von der Hauptvertheilung der drei angefallen Länder herleitete, ſo ganz mit Stillſchweigen übergehen wollte. Ihr Name war bisher allen deutſchen Ländertheilungen fremd, und ſelbſt in dem Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen, wo doch, beſonders ſeit dem J. 1572, zum öftern Landesſonderungen vorfielen, kommt dieſe Benennung nie vor. Man theilte die Länder blos nach ihren fixirten Ertrag der Domanialgefälle, ohne dabei den Flächengehalt, die Zahl der Einwohner, einzelne Hoheitsrechte und andere Gegenſtände zu berückſichtigen, die mit einem, nach dem Revenüen-Ertrag ausgemittelten, Landestheil untrennbar verbunden waren, und daher, ohne beſondere Ausgleichung, (peraequation) an den künftigen Beſitzer übergiengen.

Allein, bei der Theilung der Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſchen Länderanfälle, bildeten ſich in Anſehung der Peräquation, allmählig veränderte Grundſätze, die jeder fürſtliche Theilhaber, nach ſeiner Convenienz, aufzuſtellen ſuchte. Man glaubte nehmlich dem Worte: Peräquation, welches vormals nur auf die Gleichſtellung portionsmäßiger Revenüen und Cammereinkünfte Bezug hatte, einen viel weitern Begriff zu geben und es auf Gegenſtände auszudehnen, die nichts weniger als die Eigenſchaft eines zu vertheilenden Erbguts, ſondern die, eines unvertheilbaren Hoheitsrechts oder Staatsvermögens an ſich hatte. Hierbei gieng man vorzüglich von dem Grundſatze aus, daß diejenigen Objecte, die in den Portions- und Aemteranſchlägen nicht verzeichnet wären, beſonders zu Vertheilung gezogen werden müßten, weswegen man ſie mit dem Namen: acceſſoriſche Theilungsſtücke belegte.

Bei der oben (S. 182) erwehnten Rectificirung der Portionsanſchläge kam zwar dieſer Nebenzweig der Hauptvertheilung unter den fürſtlichen Deputirten zur Sprache; Sie konnten ſich aber über die Stücke, die darunter gerechnet werden ſollten, nicht vereinigen, zumalen man, beſonders von Seiten des Gothaiſchen Abgeordneten die Sache etwas zu weit treiben, und nicht nur die Land- Extra- Trankſteuern u. d. m. ſondern auch die Veſtung, Reſidenz und milde Stiftungen für acceſſoriſche Theilungsſtücke erklären wollte.

Obgleich damals das Staatsrecht noch keine hohe Stufe der Cultur erreichet hatte; ſo konnte doch den Einſichten einiger fürſtlichen Deputirten nicht entgehen, daß dergleichen Hoheitsrechtr und Staatsgefälle um ſo weniger in die Categorie der zu vertheilenden Cammer- Revenüen gehörig ſey, weil man bereits in dem proviſoriſchen Theilungsreceſſe vom J. 1699 feſtgeſetzt hatte, daß Land- und Trankſteuergerechtſame bei jeder Landesportion unvertrennt bleiben ſollten. (S. 175).

Man betrachtete alſo dergleichen, zur Beſtreitung der Staatsbedürfniſſe beſtimmten, Steuern als unveräuſſerliches Eigenthum des Staats, worüber dem Regenten nur das landesherrliche Verwaltungsrecht zuſtehe, und mithin eben ſo wenig, wie die Hoheit ſelbſt, einer Theilbarkeit unterworfen ſey. Man ſahe ein, daß das Recht

der Steuer-Erhebung nicht auf ewige Zeiten fixiret ſey, ſondern nur dann eintrete, wenn der Staatsbedarf dergleichen Beiträge nothwendig mache, — daß es ferner gegen alle Grundſätze der Staatsverwaltung laufe, wenn man die innern, zur Wohlfarth des Landes beſtimmten, Kräfte, einem andern Staate abgeben wollte, und daß überhaupt eine jede, nach dem Portionsfuße ausgeworfene, Landesportion mit voller Landeshoheit, folglich auch mit der Erhebung der daraus fließenden Hoheitsgefällen, an die fürſtlichen Theilhaber übergehen müſſe. Ebendaher erklärten auch S. Meiningen und S. Saalfeld bei der, am 20 May 1734 zu Suhla gehaltenen Conferenz, daß die Extraſteuern, als eine res extra commercium zu betrachten ſey, die blos zur Reichs- und Landesnothdurft gehöre und, nach allen bisherigen Theilungsprincipien, niemals beſonders vertheilet worden wären.

Auch über die, damals in Antrag gebrachte, Peräquation der Coburger Veſtung, der fürſtlichen Reſidenzen und der milden Stifftungen waren die Meinungen der fürſtlichen Deputirten ebenfalls getheilt und es erſchienen ſogar öffentliche Druckſchriften, in welchen der Theilungsfähigkeit dieſer Gegenſtände, auf dem Grunde des Sächſiſchen Staatsrechts und der Hausverfaſſung, die triftigſten Einwendungen entgegen geſetzet wurden r). So zeigte man unter andern, daß milde Stifftungen, welche die vorigen Regenten oder ihre Unterthanen zum Wohl der leidenden Menſchheit, zur Cultur der Wiſſenſchaften und überhaupt zum Beſten des Landes, aus ihrem Privatvermögen gegründet hätten, ein Eigenthum des Staats geworden wären und daher bei Erbvertheilung des Landes, in welchem ſie geſtiftet worden, durchaus keinen theilbaren Gegenſtand ausmachen könnten, ſondern blos der Oberaufſicht desjenigen Fürſten unterworfen bleiben, dem das Land mit der Hoheit zugetheilet worden ſey.

Bei dieſen und vielen andern ſtaatsrechtlichen Anſichten kam nun unter den fürſtlichen Theilhabern über die acceſſoriſchen Theilungsſtücke, und was eigentlich, mit Beifall der Rechte, darunter zu zählen ſey, keine verbindliche Uebereinkunft zu Stande s) und die Sache blieb unerörtert liegen. Erſt nach einen Umlauf von 50 Jahren brachte das fürſtliche Haus zu S. Meiningen dieſen Gegenſtand im J. 1785, beſonders gegen S. Coburg, vom neuen in Bewegung und legte zuletzt (1803) ſeine vermeintlichen Peräquations-

r) Dieſe ſehr ſelten gewordenen Impressa führen folgende Aufſchriften: 1) Summariſcher, aus den Receſſen gezogener Bericht, daß bei allen im fürſtl. Hauſe S. Erneſt. Linie vorgekommenen Landesdiviſionen, die Veſtungen als Pertinenzſtücke jedes Orts angeſehen und ohne Peräquation gelaſſen werden. 2) Summariſcher Bericht von der, im fürſtl. Hauſe S. bei Landesdiviſionen, wegen der Reſidenzſchlöſſer und andern herrſchaftl. Gebäuden, hergebrachte Obſervanz. 3) Summar. Nachricht, von den milden Stiftungen oder piis causis.

s) Noch im J. 1735 erklärten ſelbſt die kaiſerl. Commiſſion, wie es noch ſehr an zuverläſſigen Nachrichten fehle, was eigentlich zu den acceſſoriſchen Theilungsſtücken zu rechnen ſey, und daß auch die fürſtlichen Erben ſich bis jezo darüber nicht hätten vereinigen können, daher die Sache zur kaiſerl. Entſcheidung auszuſetzen ſey.

Anſprüche, dem Publikum in einer Druckſchrift vor t), worinne alle die acceſſoriſchen Theilungsſtücke verzeichnet wurden, die man zur ſeparaten Theilung zu ziehen vermeinete. Rechtliche Erörterungen liegen indeſſen auſſer der Spähre des Geſchichtſchreibers, und da ohnehin dieſe Angelegenheit in die neueſte Geſchichte gehöret, ſo habe ich genug, ſelbige hier nur im Allgemeinen bemerkt zu haben.

t) Sie führet die Auffchrift: Kurze, aus den Receſſen und Akten extrahirte und documentirte Ueberſicht des Gegenſtandes und der Lage der S. Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſchen Succeſſionsſache und deren Fortſetzung, von den regierenden Hn. Herz. Georg zu S. C. Meiningen, contra den Hn. Herz. Franz zu S. Coburg Saalfeld, (1803) 131 S. in Folio. — Dieſes mit 97 Urkunden belegte Impressum hat den, im J. 1808 verſtorbenen, Hn. geh. Rath und Canzlar von Uttenhofen zu Meiningen zum Verfaſſer, der den Ruhm eines erfahrnen und, für das Intereſſe ſeines Fürſten, eifrigſt beflieſsenen Staatsmannes, mit ins Grab nahm.

Vierter Abſchnitt.

Bruchſtücke aus den kirchlichen und politiſchen Zuſtande der S. Coburgiſchen Lande im 16ten und 17ten Jahrhundert.

§. XXV.

Kirchenverfaſſung, Reformation, Aufhebung der Coburgiſchen Klöſter; Einfluß dieſer Ereigniſſe auf Cultur der Wiſſenſchaften.

Ich habe bisher die vorzüglichſten Begebenheiten des Fürſtenthums Coburg, unter der Regierung des kur- und fürſtlichen Hauſes Sachſen, vom J. 1425 bis zu der, im J. 1699 zum drittenmal erfolgten, Erlöſchung des Coburgiſchen Mannsſtammes, vorgetragen und ich wünſche, der Erwartung meiner Leſer, durch die gegenwärtige Ausführung, nur einigermaßen entſprochen zu haben. Manche Ereigniſſe, die bei der Regentengeſchichte keinen bequemen Platz fanden, habe ich um ſo lieber mit Stillſchweigen übergangen, weil ich es für zweckmäßiger hielte, ſie in einem beſondern Abſchnitt unter gewiſſen Rubriken in Zuſammenhang zu erzählen, und beſonders die kirchlichen und politiſchen Verhältniſſe dieſes Zeitraums etwas naher aufzuklären. Ohne nur irgend auf Vollſtändigkeit Anſpruch zu machen, gebe ich, über den innern Zuſtand der Coburgiſchen Lande, hier nur einige *Bruchſtücke*, je nachdem die Urkunden mir hierzu den nöthigen Stoff an die Hand gegeben haben.

Was das *Kirchenweſen*, des Mittelalters und beſonders den Zuſtand der Klöſter betrift, ſo beziehe ich mich auf dasjenige, was ich in der Coburgiſchen Landesgeſchichte des Mittelalters (S. 72 bis 90) darüber geſaget habe, und bemerke nur, daß ſeit dem 13ten Jahrhundert hier keine neuen Klöſter gegründet wurden. Doch gab es, unter den hohen und niedern Adel noch immer fromme Seelen, die, unter der Leitung der Römiſchen Kirche, ſogenannte Brüderſchaften, Frühmeſſen, Capellen, Kirchen und neue Altäre ſtifteten und ſolche mit gewiſſen Einkünften ausſtatteten a), die man in der Folge zum Unterhalt der Kirchen und Schulen beſtimmte und dadurch dem Staate manche Ausgabe erſparte.

a) Einige von dieſen Stiftungen lernt man zuerſt bei der Seculariſirung vom J. 1528 kennen, wo ſie mit ihren Einkünften und Ornaten aufgezeichnet wurden. So war z. B. zu *Coburg* die St. Georgen- und St. Nicolaus-Capelle vorhanden, auf den *Mupperg* bei Neuſtadt

Die Kirchencollaturen waren theils den benachbarten Stifftern und Klöſtern, zum Theil aber auch einigen adelichen Familien zuſtändig, deren Urväter dieſe oder jene Kirche gegründet und ſich dadurch das Patronatrecht erworben hatten. So beſaßen daſſelbe die Herrn von Roſenau zu Ahorn, die von Redwiz zu Bug am Forſt, die von Schaumberg zu Niederfüllbach, Oettingshauſen und Rottenbach, die Familie der Schenken, zu Niederſiemau, die von Bach, zu Breitenau, die Schotten von Schottenſtein, zu Hellingen, die von Heldrit, zu Heldrit, und die von Kotzau, zu Heßberg. Auf gleiche Art gehörte dem Stiffte Würzburg der Kirchenſatz zu Heldburg, Ummerſtadt, Naßach und Gauerſtadt, und das nehmliche Recht hatte das Stifft Bamberg über die Coburgiſchen Parochien Heinersdorff, Schirsnitz und Geſtungshauſen. Das Kloſter Banz hatte das Patrionatrecht zu Efelter und Mupperg; — das Kloſter Langheim, hatte es zu Großengarnſtadt, Fechheim und Sonneberg; das Kloſter Sonnefeld war Kirchenpatron zu Ebersdorf; das Kloſter Veilsdorf war es zu Meder, deſſen Parochie 24 Dörfer begriff, und die Abtei Saalfeld hatte die Pfarrei zu Stadtlauter, (jetzo Unterlauter) zu Ahorn, zu Seidmansdorf ꝛc zu verleihen.

Bei dieſen fremden Patrionatrechten blieben wenig Kirchen über, die der Landesherr zu vergeben hatee. Im Mittelalter waren entweder ihre Kräfte oder ihre Andacht zu ſchwach, neue Kirchen zu gründen und dadurch den Pfarrſatz zu erlangen. Auch in Anſehung der übrigen geiſtlichen Angelegenheiten hatten die weltlichen Regenten keinen Einfluß. Die Geiſtlichkeit bildete noch eine, von der weltlichen Obrigkeit ganz ohnabhängige, Geſellſchaft im Staate, unter deren Leitung alle Religions- und Kirchenſachen, ohne Mitwürkung des Fürſten, verhandelt wurden. Da die Pflege Coburg zur Diöces des Würzburgiſchen Biſthums gehörte b), ſo befanden ſich die dortigen Biſchöffe, bis zum Anfange der Reformation, im alleinigen Beſitz der Kirchengewalt die ſie zum öftern auf ſolche Gegenſtände ausdehnten, die eigentlich zum Gebiete der weltlichen Hoheit gehörig waren c). Auch die Aebte zu Saalfeld übten über diejenigen Coburgiſchen Kirchen und Stifftungen, die ihre Vorfahren von den Potrimonial-Gütern der pohlniſchen Königin, Richza, gegründet hatten d), eine Art von geiſt-

ſtand die Ottilien-Capelle, zu Hofſtetten, die St. Morizen- — zu Neuſtadt die St. Georgen- und zu Judenbach die St. Nicolaus-Capelle, von deren Gründung ſich aber keine weitere Nachrichten vorfinden. Auſſer dieſen Gotteshäuſern könnte man noch ein langes Regiſter von milden Stiftungen liefern, wenn eine Ausführlichkeit von der Art für die Geſchichte einen weſentlichen Nutzen hätte. Sie gehören aber mehr zur topographiſchen Beſchreibung des Landes, wo ihre Stiftungsbriefe für die Gründung der Kirchen und deren Dotalgüter manches Intereſſe gewähren.

b) Cob. L. Geſch. des Mittelalters S. 72.

c) Dahin gehöret unter andern das Würzburgiſche Mandat vom J. 1422, worinne Biſchof Johann allen Coburgiſchen Unterthanen ſehr nachdrücklich unterſagte, ſich mit den Juden in Handel einzulaſſen, noch weniger Wohnungen an ſie zu vermiethen oder zu verkaufen. (Dipl. in der Cob. Geſch. des M. Alters S. 106, des Urk. Buchs).

d) S. die Cob. Geſch. des Mittelal. Alt. S. 11.

licher Aufſicht aus, und man ſiehet aus mehrern Urkunden, daß die darauf Bezug habende kirchliche Angelegenheiten von ihnen ausſchließlich geleitet wurden e).

Zuerſt in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhundert fiengen die Coburgiſchen Landesherrn an, auf ihre Regentenrechte etwas aufmerkſamer zu werden, und auch in Kirchenſachen ſolche Verfügungen zu treffen, die vormals ausſchließlich zum Reſſort der Biſchöffe gehörten. So verwandelte z. B. Herzog Wilhelm zu Sachſen im J. 1447, ohne biſchöfliche Mitwürkung, die Judenſchule zu Coburg in ein Gotteshaus, f) und im J. 1477 beſtätigte er, unter den ausdrucksvollen Namen: eines Landesfürſten, die, von dem Kloſter Veilsdorf angenommene Bursfeldiſche Reformation und geſtattete dem dortigen Convent die freie Wahl eines Abtes g).

Seine Nachfolger Kurfürſt Friedrich der weiſe und deſſen Bruder, Herzog Johann, giengen aber noch weiter. Sie beſchloſſen im J. 1496 das Barfüſer Kloſter zu Coburg, welches unter der Aufſicht der Abtei Saalfeld ſtand, aufzuheben und demſelben, ohne den Abt zu fragen, eine zweckmäſigere Einrichtung zu geben. Damals proteſtirte aber die Coburgiſche Ritterſchaft gegen die Ausführung dieſes Vorhabens, und ſtellte unter andern vor, daß die Herrn von Schaumberg und von Coburg dieſes Kloſter auf ihrem Eigenthum gegründet hätten, auch wäre daſſelbe von mehrern adelichen Familien mit Gütern und Kirchenornaten reichlich beſchenket worden, weswegen ſie um deſſen fernere Erhaltung bitten wollte h). Für diesmalen blieb nun zwar die Aufhebung des gedachten Kloſters ausgeſetzt; Als aber ſolche, kurz vor dem Anfange der Reformation, im J. 1516, vom neuen zur Sprache kam und die Ritterſchaft abermals dagegen Vorſtellung machte, gab ihr Kurfürſt Friedrich der weiſe zu erkennen: „daß er und ſein Bruder bisher und noch jetzo geneigt wären, dieſes und andere Klöſter zu zerſtören und die Mehrung des Gottesdienſtes zu fördern, daher ſie (die Ritterſchaft) ſich zu ſolchen Schreiben nicht hätte „bewegen laſſen ſollen i).“

In dieſer merkwürdigen Aeuſerung lag gewiſſermaßen der Keim zu den Lehrſätzen, mit welchen Martin Luther, ein Jahr darauf, (1517) zu Wittenberg, gegen das Syſtem der Römiſchen Kirche und gegen die Fortdauer der Klöſter öffentlich auftrat. Jetzt begann das große Werk der Reformation, und Coburg war eine von den Städten in den fränkiſchen Ortslanden, wo die neue Lehre ſich zuerſt verbrei-

e) Von dem Einfluſſe, den die Abtei Saalfeld, vor der Reformation, in Kirchenſachen, auf die Coburg. Lande gehabt hat und der ſich auf ihre Stiftungsbriefe vom J. 1071 u. 1074 gründet, werde ich, in der zweiten Abtheil. der Coburg-Saalfeldiſchen Geſchichte, ausführl. zu reden, Gelegenheit haben

f) ſ. die Urk. in der Cob. Geſch. des M. A. S. 115.

g) dipl. in Schöttg. u. Kreys. T. II. p. 651.

h) Beil. Nr. XXII. S. 36. Dieſe Urkunde iſt in ſo fern der Bekanntmachung würdig, weil ſie über die bisher noch unbekannt gebliebenen Stifter des Barfüſer Kloſters eine nähere Auskunft giebt.

i) d. d. Torgaw Mitwochen nach Franciſten Anno ꝛc. ꝛc. XVIto.

tete, ohne daß von Seiten der beiden Landesherrn nur irgend eine mittelbare Einwirkung dabei ſtatt fande. Dieſe wichtige Veränderung gieng blos durch die Hände des Magiſtrats, der ſchon im J. 1518, in der Perſon Balthaſar Dürings zu Königsberg, einen evangeliſchen Prediger anſtellte (S. 28.) und ohne Zweifel auf die Zufriedenheit ſeiner Fürſten rechnete, deren Geſinnungen ihm nicht unbekannt geblieben waren. Dieſe Eigenmacht läßt ſich beſonders dadurch entſchuldigen, weil Luther ſelbſt angerathen hatte, bei Veränderung des äußern Gottesdienſtes, nicht allemal bei Hofe anzufragen und dadurch die Beförderung der guten Sache zu erſchweren k). Dem ſey indeſſen wie ihm wolle, ſo erwarb ſich der Stadtrath, durch ſein entſchloſſenes Benehmen, das Patronalrecht, welches ihm im Laufe der Reformationsperiode von den Herzogen zu Sachſen zugeſtanden wurde l).

Weit langſamer gieng es mit der Einführung der neuen Lehre auf den platten Lande, wo die Coburgiſchen Klöſter noch eine Zeitlang fortdauerten und das Volk in der Anhänglichkeit an die Römiſche Kirche zu erhalten wußten. Dieſe Klöſter ſtanden noch unter dem Schutze der Biſchöfe zu Würzburg, die ſich nicht ſo leichte von der ehemaligen Kirchengewalt in der Pflege Coburg verdrängen ließen, ſondern ſelbige noch im J. 1523, durch nachdrückliche Mandate, behaupteten und der Geiſtlichkeit die Beibehaltung des alten Kirchengebrauchs zur Pflicht machten m).

Nach dem Tode Kurfürſt Friedrichs († den 5. May 1525) gewann jedoch die Reformation in den Coburgiſchen Landen eine vortheilhaftere Wendung. Kaum hatte ſein Bruder und Landesfolger, Kurfürſt Johann der beſtändige, die Regierung angetreten, als er die Sekulariſirung der Coburgiſchen Klöſter und Stiftungen vor die Hand nahm und dadurch die angefangene Kirchenverbeſſerung vollendete. Zufälliger weiße kam ihm dabei der damalige Bauernaufruhr in ſo fern zu ſtatten, weil Mönche und Nonnen die, durch Raub und Brand verwüſteten, Kloſtergebäude gröſtentheils verlaſſen hatten und es daher ohnehin nöthig war, dieſe herrnloßen Güter in Verwahrung zu nehmen. (S. 30) Der Kurfürſt gieng jedoch dabei mit ſo vieler Schonung zu Werke, daß er den zuruckgebliebenen Conventualen den lebenslänglichen Aufenthalt geſtattete und jedem eine jährliche Penſion ausſetzte. Mehrere unter ihnen bekannten ſich, nach dem Zeugniſſe ungedruckter Urkunden, vom J. 1525, zur evangeliſchen Lehre, traten in den weltlichen Stand zuruck und leiſteten, gegen geringe Abfindungen von 15 bis 25 fl., auf ihre Anſprüche an den Kloſtergütern förmlichen Verzicht. Am freigebigſten war man gegen die Nonnen zu Sonnenfeld,

k) S. Planks Geſch. des proteſtant. Lehrbegr. Th. I. S. 140.

l) In einem vom Coburg. Stadtrath an Herzog Johann Friedrich dem mittlern 1555 erlaſſenen Schreiben bath derſelbe den Herzog: — ihn fernerhin bei der Annehmung und Beurlaubung der Kirchen- und Schuldienern zu laſſen; Und im J. 1569 wurde derſelbe vom Herz. Joh. Wilhelmen befehliget, — „den Coburg. Superintendent, Dr. Morlin, der es „mit den Strigeliſchen Gottesgelehrten halte und ſich den Ausſprüchen der Flaccianer wie„derſetze, von ſeinen Amte zu entfernen und einen andern Pfarr anzunehmen, weil wir „Euch das jus vocationis freigelaſſen haben."

m) Höns Cob. Hiſt. Th. II. S. 138.

indem der Kurfürſt bewilligte, daß einer jeden Kloſterjungfrau daſelbſt, die Summe von 200 fl. zur Abfindung ausgezahlet werden ſollte n).

Dieß war die erſte Grundlage zur neuen Kirchenverfaſſung in der Pflege Coburg. Kurfürſt Johann veranſtaltete nunmehro eine genaue Unterſuchung des geiſtlichen Vermögenszuſtandes und ernannte zu dieſem Geſchäfte, Hanßen von Sternberg zu Calenberg, Dr. Nicolaus Kind, Pfarrer zu Eißfeld, Chr. Balthaſarn Düring, Prediger zu Coburg und den daſigen Kaſtner, (Rentmeiſter) Paul Packer, welche die Beſitzungen und Renten der ſeculariſirten Klöſter, Kirchen, Frümeſſen, Altäre und anderer Stiftungen genau recherchirten, den Vorrath an Kirchenornaten verzeichneten und die ganze Maſſe von Einkünften in Sequeſtration nahmen o).

Die nehmlichen Commiſſarien mußten aber auch, in Anſehung des äußern Gottesdienſtes und der Kirchendisciplin, im ganzen Coburgiſchen Lande eine Viſitation vornehmen, weswegen ſie mit einer beſondern Inſtruktion verſehen wurden. Die Hauptpunkte derſelben waren: Von der Lehre und Wandel der bereits angeſtellten lutheriſchen Pfarrherrn und Schulmeiſter Erkundigung einzuziehen, — mit den papiſtiſchen Pfaffen wegen ihrer Penſion zu handeln, — an ihre Stelle geſchickte Männer zu verordnen, — für bequehme Wohnungen und Beſoldungsverbeſſerungen der Kirchen und Schuldiener zu ſorgen, — auf die Anſtellung einiger Superintendenten Rückſicht zu nehmen und ihren Wirkungskreiß zu beſtimmen, auch eine zweckmäßige Verbindung der Dörfer mit den Pfarrkirchen zu veranſtalten.

Eine wichtige Folge dieſes Geſchäftes war die Aufhebung der, vorhin erwähnten, fremden Patronalrechte, die ſich in den Händen der benachbarten Stifter und Klöſter befanden. Bei der Einführung der neuen Kirchenlehre konnten dergleichen Verhältniſſe nicht länger beſtehen, und der Kirchenſatz gieng nunmehro ohne Widerſtand an den Landesherrn über. Gleichwichtig für die neue Kircheneinrichtung war die Eintheilung des ganzen Landes in 53 Parochien, zu welchen größtentheils eine gewiſſe Anzahl der umliegenden Dörfer und Höfe geſchlagen wurden, die entweder dahin eingepfarret, oder als Filiale zu betrachten waren p). Die eingezogenen Güter

n) dipl. in Schöttg. et Kreys. T. III. p. 825.

o) Nach den damals (1528) angeſtellten Recherchen, beliefen ſich unter andern die Einkünfte der Probſtei zu Coburg, jährl. nur auf 500 fl.; aber der größte Theil derſelben beſtand in Naturalien, die in ſehr geringen Preißen ſtanden. So kam z. B. 1 Sr. Korn mit 10 gr. 1 Sr. Waizen mit 12 gr. 1 Sr. Hafer mit 5 gr., 1 Centner Wolle mit 6 fl. im Anſatz. — Die St. Georgen Capelle auf dem Steinwege an den Spital kam mit 186 fl., — Die St. Nicolaus Capelle beim Sieghaus, mit 12 fl. und die heil. Kreutzkirche mit 70 fl. jährl. Renten in Anſchlag. Die Kirchenornate, an Monſtranzen, Kelchen, Marienbildern und ander Kleinodien, die man in der St. Morizkirche vorfande, beſtanden in 61 Mark 2 Loth Silber und wurden um 511 fl. 12 Schillinge verkauft.

p) Um von der damaligen kirchlichen Abtheilung der Pflege Coburg eine kurze Ueberſicht zu erlangen, liefere ich aus dem Original folgendes Verzeichniß, womit man den, hin und wieder veränderten, Zuſtand der neueſten Zeit ſelbſt vergleichen kann. 1) Pfarrey, Scherneck, darein gehören: Heyrat, Roßach, Buchenrod, Zickelsdorf, Wolbach, Hohenſtein, Steppach, Hardt

und Einkünfte der Kirchen, Capellen und Altäre beſtimmte man zum Unterhalt der neuen Kirchen und Schullehrer und fertigte darüber eine eigene Beſoldungsmatrikel,

und Mesbach. 2) Wazendorf, — Neuſes, Goſſenberg, Schafhof, Welsberg. 3) Buch, (Redwitziſch Lehen) dahin gehört das Dorf Obernſimau. Grub vor dem Lichtenfelſer Forſt, (Schaumburg. Lehen) darein gehören: Rode, Friſendorf, Forſthub. 4) Niederſimau, Schenkiſch Lehen; 5) Schalkau, — Almerswinde, Truckendorf, Catzberg, Enis, Truckenroth, Neuendorf, Mauſendorf, Krunwein, Theuern, Rauenſtein, Bachfeld. 6) Heynersdorf, (Bambergiſch Lehen;) 7) Oberlindt, dahin ſind gepfarrt: Judenbach, Rothmar, Cöppelsdorf, Steinbach, Heinbach, Malwerz, Foritz, Niederland, Mönchperk, Weidhauſen, Jatzhove, Schmelzhütten an der Steinach. 8) Sonneberg, (Langheiniſch Lehen) hat drei Filiale; Murſchnitz, Bethelhecken, Neufangk. 9) Schirſnitz, Langheiniſch Lehen) — Neuenhaus, Sigelreuth, Buch, Gerſtendorf, Mark, Schwerzdorf, Burggrub. 10) Fechem, (Langh. Lehen) darin gehören: Wermsdorf, Biberbach, Ober- Mittel- und Unterwaſungen, Eich, Horb, Birkich, Welmesdorf, Boderndorf, Kemmeten, Pleſten, Blumenrod. Der Diaconus zu Fechem wohnt 11) zu Eynperk und hat zu verſorgen: Oßlau, Waltſachſen, Rogen, Neuenhof, Rotenhof, Stein, Neſerdorf, Nebes, Schafhauſen, Tyrich, Mönchröden. 12) Neuenſtadt, darin ſind gepfarrt: Thann, Harbrucken, Meylſnitz, Ketſchenbach, Wildenheit, Ebersdorf, Brincks, Weimersdorf, Rinkmansdorf, Hayn. 13) Mupperk (Banziſch Lehen) dahin gehören: Geſelle, Moker, Brell, Fürt, Diba (Libau) Heibiſch, Hof, Keulsrove. 14) Effelter, (Banziſch Lehen) darin ſind gepfarrt die Dörfer: Platterndorf, Selkendorf, Welchendorf, Meſchenbach, Dolau, Rukerswinde, Corberoda, Forſtengereuth, Schwarzwald, Mengersgereuth, Mittelhammer, Bechhütten, Oberhammer, Steinach, Vichtigk, ingl. die Höfe: Muhlbergk, Muhl am Perge, Recherhaus aufm Rode, Haus am Eſchach, Birkenpergk, Caſpar Apel im Graben, Hohethann, Rodenneuſis, Himmelshohen. 15) Seytmansdorf, dieſer Pfarr iſt ſchuldig, vnſer Schloß Coburgk, als die rechte Pfarr, neben folgenden Dörfern zu verſehen, nemlich: Kurtendorf, Ketſchendorf, Lützelbuch, Creilitz, Geitzenmühl, Hambach. 16) Geſtungshauſen, (gehet dem Kloſter Münchberg zu Lehen) darin ſind gepfarrt: Zettersdorf, Modliz, Weynſchau, Neuſes am Brand, Steinach, Hofen, Haſſenbergk, Mulner unter Modlitz, Wenkenbach. 17) Sonnefeld, — Weidhauſen, Trubenbach. 18) Ebersdorf, — Fronlach, Seehof, Neuenſorge. 19) Großengarnſtadt, (Langheim Lehen) darein ſind gepfarrt: Kleingarnſtadt, Obernſüllbach, Rorbach, Zeikern. 20) Steinheide. 21) Schlettach, — iſt ein Filial der Pfarrei Gauerſtadt geweſt; — dahin ſind gepfarrt: Weitersdorf, Gerſchpech. 22) Naſſach, (Würzburg. Lehen) 23) Breitenau. 24) Helpergk, (Würzb. Lehen) dahin gehören: Das Schloß Helberg, Einöt, Völkershauſen, Holzhauſen. 25) Hellingen, — Keßliz, Schwickershauſen. 26) Ummerſtadt, (Würzb. Lehen) darin ſind gepfarrt: Kolberk, Erlbach. 27) Poppenhauſen. 28) Lintenau. 29) Rieth. 30) Weſthauſen, Schleſhart. 31) Gumperthauſen. 32) Gellershauſen, vormals ein Filial von Weſthauſen. 33) Gauerſtadt, (Würzb. Lehen) darin ſind gepfarrt: Niderndorf, Merenhauſen, Sülzfeld, Carlshein, Hayn. 34) Rottach, hat 3 Filial, Roßfeldt, Rudelsdorf, Lampershauſen. 35) Groswalpar. 36) Ottingshauſen, (Schaumberg. Lehen) Gradſtet, Alſtet, Ottewind. 37) Elſa. 38) Rotenbach, (Schaumberg. Lehen) — Herwertwinde, Gorlsdorf, Heide, Tremersdorf. 39) Heldrit. 40) Unterneubrun, — Oberneubrun, Gißübel. 41) Helpurghauſen, Pfersdorf, Wolrab. 42) Stelzen. 43) Effeldt, darin gehören: Sachſendorf, Schwarzenbrun, Schirnrode, Hirſchendorf, Doſenthal, Herwertswinde, Stendig 44) Crakaw (Crok). 45) Eberitz. 46) Bedheim, (Wirzburg. Lehen) darin ſind gepfarrt: Simershauſen, Rode, Zeylfeldt. 47) Simershauſen, dieß iſt ein Filial von Bedheim, daſelbſt reſidirt ein Vicarius, der iſt dem Pfarr als ein Diaconus unterworfen. 48) Hesperk. 49) Veilsdorf, dahin gehört: Schackendorf, Harres. 50) Eyshauſen; — Steinfeld, Adelhauſen. 51) Bürden. 52) Streifdorf, hat ein Filial zu Seidingſtadt. 53) Streßenhauſen. — Die

welches man mit der Aufſchrift: Erbliches Widembuch aller Pfarren im Ortlande zu Franken, bezeichnete. Dieſe Urkunde iſt die Grundlage der Coburgiſchen Kirchenverfaſſung unmittelbar nach der Reformation. Daß in der Folge ſämmtliche Parochien in gewiſſe Diſtrikte vertheilet und jeder der Aufſicht eines Superintendenten unterworfen, — nach und nach die ſpärliche Beſoldung der Landpfarrer von den Kloſtereinkünften verbeſſert, — manche Filiale zu Parochialkirchen erhoben und überhaupt hin und wieder veränderte Einrichtungen getroffen würden, habe ich genug hier nur im allgemeinen zu bemerken. Eine nähere Ausführung gehöret zur topographiſchen Beſchreibung des Landes.

Im Ganzen war die Reformation für dem Regenten und dem Staate von groſer Wichtigkeit. Der bisherige Einfluß der Würzburgiſchen und Bambergiſchen Biſchöffe wurde entfernt, und die Kirchengewalt mit der Staatsgewalt vereiniget. Eine zahlreiche Menge der anſehnlichſten Grundbeſitzungen und Renten, welche man in der Vorzeit aus irrigen Begriffen von Gottesverehrung, durch fromme Schenkungen des hohen und niedern Adels, dem Staate entzogen hatte, fielen an denſelben zurück und gaben ihm Gelegenheit, dieſe geiſtlichen Reichthümer zu ungleich wohlthätigern Zwecken zu verwenden. Wie bedeutend der Länderzuwachs geweſen, den jene geiſtliche Revolution dem Staate verſchafte, kann man daraus abnehmen, daß unter andern die Klöſter Mönchröden, Sonnenfeld und Veilsdorf, an Dörfern, Lehnſchaften, Gülten, Zehenden und andern Gerechtigkeiten ſo reich waren, daß aus jedem derſelben ein beſonderes Amt errichtet werden konte, deren Einkünfte, in den, ſpäterhin (1572) gefertigten, Portionsbüchern, wo der Preiß der Landesprodukte ſehr geringe war, zuſammen genommen, zwar nur mit 5632 fl. im Anſatz kamen, aber in neuern Zeiten auf mehr als 100,000 fl. berechnet werden können.

Doch wurden dieſe Renten nicht, wie in manchen Ländern geſchehen war, zu den fürſtlichen Domänen geſchlagen, ſondern man verwendete ſie, nach dem Antrag der Viſitatoren, zu Erhaltung der Kirchen und Schulen, zu Beſoldung ihrer Diener, zur wiſſenſchaftlichen Ausbildung junger Studenten und andern nützlichen Anſtalten deren Andenken ſich bis auf unſere Zeiten erhalten hat. So überließ z. B. Kurfürſt Johann Friedrich zu Sachſen dem Magiſtrate zu Coburg um das J. 1534, das ſämmtliche Vermögen der daſigen Probſtei, unter der Bedingung, daß derſelbe von ihren Einkünften die Beſoldungen der Kirchen- und Schulendiener in der Stadt beſtreiten ſollte q). Am ergiebigſten für dieſen Zweck waren die Reichthümer des Kloſters Sonnenfeld, von deſſen Renten ein groſer Theil der Landgeiſtlichkeit in

Parochie Königsberg kommt in dieſen Verzeichniß nicht mit vor, weil ſich das dortige Amt, als eine Pfandſchaft, in Würzburgiſchen Händen befand.

q) ſ. die Urk. vom J. 1555, in Schlegelii init. reform. Cob. p. 59. worinne die, vom Kurf. Johann Friedrich geſchene Uebergabe der Coburger Probſteieinkünfte an dem daſigen Magiſtrat in der Maſſe beſtätiget wurde, daß letzterer verbunden ſeyn ſollte, den Pfarrherrn, Predigern, Diaconen Kirchen und Schuldienern die geordnete Beſoldungen jährl. mit 550 fl. an Gelde, 84 Sr. Korn, 12 Sr. Waizen, 7 Sr. Hafer und 1½ Sr. Erbes nebſt einen Maſtſchwein, welches jetzt mit 7 fl. vergüthet wird, abzureichen.

der Pflege Coburg bis auf den heutigen Tag, beträchtliche Geld- und Natural-Beſoldungen zu beziehen hat.

So reichlich man auch für den geiſtlichen Stand geſorgt zu haben glaubte, ſo kamen doch bei der Kirchenviſitation vom J. 1554 über den dürftigen Zuſtand deſſelben neue Beſchwehrden zum Vorſchein, welche die Viſitatoren dem Herzog Johann Friedrichen dem Mittlern und deſſen Brüdern ſehr nachdrücklich ans Herz legten. Dieß gab zu der merkwürdigen Stiftungsurkunde Anlaß, worinne dieſe Fürſten erklärten, daß ſie keinesweges gemeint wären, das Einkommen der Stifter und Klöſter in ihren eignen Nutzen zu wenden, daher ſie verordneten, daß den Kirchen- und Schuldienern jährlich noch 2000 fl Zulage verabreichet, — zum Unterhalt ſtudirender Jünglinge, 47 Stipendien, und zwar 10 von 35 fl. und die übrigen von 30 fl. errichtet, — zu gemeinen Partikularſchulen 500 fl. zu Mädchenſchulen in den Städten 340 fl. und für Hoſpital- und Sieghäuſer 600 fl. ausgeſetzet und jährlich bezahlt werden ſollten r). Dieß zuſammen genommen erforderte einen Capitalfond von 100,000 fl. und man wird alſo dem Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen wohl nicht den Vorwurf machen können, daß es ſich, durch die Sekulariſirung der Klöſter, bereichert oder deren Einkünfte, ohne Unterſchied, in fürſtliche Domänen verwandelt habe.

Die Reformation hatte aber auch, außer dieſen wohlthätigen Folgen, eine nicht geringe Einwirkung auf die Cultur der Wiſſenſchaften, in der Pflege Coburg. Ihr früherer Zuſtand iſt uns noch ganz unbekannt, und ſelbſt die Coburgiſchen Klöſter, wo man allenfalls einige Gelehrſamkeit hätte ſuchen ſollen, haben nicht das mindeſte Denkmal hinterlaſſen, was nur irgend auf litterariſche Beſchäftigungen der Mönche hindeuten könnte. Eben ſo wenig finden ſich Nachrichten von Schulen, oder ſonſtigen Anſtalten die Wiſſenſchaften zu befördern.

Im Laufe der Reformation ſorgte indeſſen Martin Luther im J. 1527 für die Anſtellung eines Schulmeiſters zu Coburg, in der Perſon M. Philipp Eberbachs, den er dem Stadtrath, auf Melangthons Empfehlung, zuſchickte s). Dergleichen Subjecte waren aber damals noch ſo ſelten, daß man, nach ſeinem Tode (1529) ſich in neuer Verlegenheit befand, dieſe Stelle mit einem gelehrten Mann wieder zu beſetzen. Der Stadtrathe wendete ſich abermals an Luthern und machte ihm zugleich die Beſoldung bemerklich die der künftige Schullehrer zu erwarten habe t). Dieſe

r) Dieſe Urk. ſtehet in Gruners hiſt. ſtat. Beſchreib. ꝛc. Th. V. enthaltend die Stipendienſtiftung, von Dr. Ortloff. S. 8. der Urkunden.

s) dipl. orig. d. d. Freytags nach Pfingſten 1527. — „Gnade vnd Friede! Ehrſame, weiſen „lieben Herren! Allein kömmt M. Philipp Eberbach, welchen Euch zum Schulmeiſter „M. Philipp Melangthon beſtellt vnd zugeordnet hat, wie Ew. Weißheit gebeten, — bitte, „wollet denſelben alſo annehmen, denn ich mich verſehe, er ſolle rechtſchaffen ſeyn, als ich „von M. Philipps Melangthon Zeugniß habe, der ſichs hoch vnd wohl verſtehet. Denn Euch „vnd den Euren ſind ich vnd Philipps zu dienen geneigt. Hiemit Gott befohlen. Amen!“ Martinus Luther.

t) Dieſes Schreiben ſtehet in Schlegel, init. Reform. Cob. p. 86.

Dieſe war nun freilich noch ſehr gering und beſtand nur in der freien Koſt und in 50fl. baarem Gelde, wovon derſelbe die Schule im Winter mit Holz verſehen mußte. Auch die Schulgebäude befanden ſich in einen ſo traurigen Zuſtande, daß der Magiſtrat im J. 1552 auf deren Verbeſſerung antrug und unter andern anführte: — „daß ſie finſter und dumpfig gebauet wären, wodurch die Knaben böße und „blinzende Augen bekämen und ſogar überſichtig würden“

So roh es auch in dieſem Zeitraum mit der Cultur des menſchlichen Verſtandes ausſahe, ſo merkt man doch, daß die Begierde zu wiſſenſchaftlichen Kentniſſen, durch die neue Kirchenlehre, allmählig geweckt wurde. Wenigſtens findet man jetzo in Coburg die erſte Nachricht von einer Buchdruckerei, die ſich wohl für ein ſicheres Kentzeichen des Aufkeimens der litterariſchen Bildung erklären läßt. Im J. 1530 würkte nehmlich ein gewiſſer Hanß Bern zu Vorchheim beim hieſigen Stadtrath die Erlaubniß aus, eine Druckerei anzulegen v), und man ertheilte ihm ſolche um ſo williger, weil gerade zu jener Zeit Martin Luther ſich auf der Veſte Coburg befand (S. 31) und mit mehrern Schriften beſchäftiget war, an deren öffentlichen Bekanntmachung dem Publikum gelegen ſeyn mußte w).

Einige Jahre nachher (1546) erſcheinet ſo gar ein Apotheker, Namens, Cyriak Schnaus, als Buchdrucker x) deſſen Offizin aber von kurzer Dauer geweſen ſeyn mag, weil Herzog Johann Friedrich der mittlere im J. 1556 den Befehl ertheilte, daß diejenigen, die etwas im Druck herausgeben wollten, ihre Manuſcripte zuvor der Cenſur zu Jena vorlegen und alsdann ſolche in der dortigen Preſſe zum Druck befördern ſollten y). In der Folge (1589) legte Herzog Johann Caſimir eine fürſtliche Druckerei an, die er durch gewiſſe, in Sold ſtehende, Factoren verſehen ließ. Dieſe Einrichtung erhielte ſich bis 1674, wo Herzog Ernſt zu Gotha für zuträglich fand, die fürſtliche Druckerei mit allen Zugehörungen, dem damaligen Hofbuchdrucker Conrad Mönch, in der Eigenſchaft eines Cammerlehns, zu verkauffen, mit der Verſicherung, daß, ſo lange in Coburg keine Univerſität errichtet werden würde, weiter keine Druckerei angeleget werden ſollte. Noch verdienet bemerkt zu werden, daß man am 29. Juny 1740 das Andenken der Buchdruckerkunſt, durch die Feier

v) Der Buchdrucker Bern legitimirte ſich darzu durch ein Vorſchreiben des Stadtraths zu Vorchheim, der ihm das Zeugniß gab, daß er der Kunſt der Druckerei obgelegen und beſonders an den Bauernaufruhr (1525) keinen Theil genommen habe. Originalſchreiben d. d. am Tage Agneten 1530.

w) Von D. Luthers Schriften kam damals wirklich eine der merkwürdigſten in der Berniſchen Druckerei zum Vorſchein. Sie führet die Aufſchrift: „Die Bekentnis M. Luthers auf den jetzigen angeſtellten Reichstag zu Augsburg einzulegen, in 17 Artikel verfaßt, im J. 1530. Gedruckt zu Coburg durch Hans Bern.“

x) Unter ſeiner Preſſe erſchienen, neben einigen kleinen Schriften, auch des Coburg. Superint. M. Langers Auslegung des Vaterunſers und deſſen Lebenslauf. (S. Ludewigs Hiſt. des Caſimir. Gymnaſ. Th. I. S. 556).

y) Höns Cob. Hiſt. II. S. 183.

des dritten Jubileums, erneuerte, wovon damals eine ausführliche Beſchreibung im Druck erſchien.

Eben der Schnaus, der hier den erſten Grund zur Buchdruckerei legte, war auch der erſte, der kurz zuvor (1540) zu Coburg eine Apotheke errichten wollte und deswegen beim Stadtrath um die Erlaubniß anſuchte. Man gab ihm aber zur Antwort: „daß es bedenklich ſey ſeinem Suchen zu willfahren, ehe und bevor ein „Doctor der Arznei vom Senat angenommen worden, welches um deswillen unterblieben ſey, weil es an dem Stipendio (Beſoldung) mangele, und es „dem Rath zu beſchwerlich falle einen Doctor allein zu beſolden; wenn aber der „Kurfürſt von Sachſen eine Pfründe dazu ausſetzen würde, alsdann ſollte er weitern Beſcheid erhalten.“ Indeſſen wendete ſich Schnaus unmittelbar an Herzog Johann Ernſten und würkte im J. 1543 die Erlaubniß aus, eine Apotheke zu Coburg anzulegen.

Dieß gab nun ohne Zweifel Anlaß, jetzt auf die Geſundheitspflege um ſo aufmerkſamer zu werden, weil, nach Schnaußens Anzeige, bei vorfallenden Krankheiten, die Patienten genöthiget waren, die ärztliche Hülfe zu Bamberg oder Nürnberg zu ſuchen. Im J. 1548 wird auch eines zu Coburg wohnhaften Arztes, Namens Chriſtoph Stamio, zum erſtenmal erwähnet; man hatte aber noch ſo wenig Vertrauen in ſeine Kenntniſſe, daß der Stadtrath bei einer Krankheit des Pfarrers, M. Langers, ſich bewogen fand, den Bambergiſchen Leibarzt, Melchior Reipiſch, zu Rathe zu ziehen, deſſen mediciniſches Gutachten ich unten z) auszugsweiſe mittheile, um die damalige Gelehrſamkeit in dieſem Fache etwas näher kennen zu lernen. Doch mag es in der Nachbarſchaft mit der Arzneikunde noch weit ſchlechter ausgeſehen haben, indem ſelbſt fürſtliche Perſonen in Krankheitszufällen ihre Zuflucht zu den ſonderbarſten Hausmitteln zu nehmen pflegten. So bediente ſich z. B. die Gräfin Elieſabeth von Henneberg, Graf Poppens Wittwe, des Fleiſches eines, 3 Wochen lang mit Wein getränkten, Bocks, als eines empfohlenen Mittels gegen Steinſchmerzen, womit ſie behaftet war. Der Apotheker zu Meiningen hatte es übernommen, ein Bock zu dieſem Gebrauch einzuſtellen, und nun befahl die Gräfin ihren Rentmeiſter

z) Erbare vnd Achtpare, gonſtige weyſe Herrn. Das Schreiben, ſo Ew. A. Weißheit mir, von wegen des Erwürdigen Herrn Magistri Joh. Langer gethan, habe ich alles Innhalts verleſen, vnd vberſchickten Urinam beſehen. Las Ew. A. W. ſummarie wiſſen, das der Erwirdig Herr mit großen Schwachheiten beladen, vnd nicht allein ad Regm. morbum sive ictericiam ex flave et atre bilis redundantia disponirt, beſonders auch cum Calculosa passione et interiorum membrorum obstructione heftig beladen. — Derowegen wol von nöten, das die Meatus interiorum membrorum eröffnet vnd die flava bilis ex hepate et atra bilis ab liene sensim expargirt werden. Dieweilen aber Ew. A. W. bei Jn ſelbſt Herrn Doctorem Christoph. Statmionem teglich gehaben können, ſo wer mein Gutbedenken, Ew. A. W. wollten bei Jme bona consilia et optima remedia ſuchen. ꝛc. ꝛc. datum Samstag nach Aſſumpt. Marie A. ꝛc. 48.

Melchior Reipiſch der Ertzney-Doctor vnd fürſtl. Leibartzt zu Bamberg.

zu Maßfeld dem Apotheker täglich ſo viel Wein zu liefern, als der Bock trinken würde a).

Uebrigens gieng der herrſchende Geſchmack jener Zeiten meiſtens auf verborgene Wiſſenſchaften, und beſonders auf Alchymie. Unter andern verfiel auch Herzog Johann Friedrich der Mittlere, auf die Idee den Stein der Weißen zu ſuchen, den er aber nie fand. Dieſe Neu- oder Geldgierde benützten zwei Thüringiſche Pfarrer, Abel Scherting zu Hohenkirchen und Philipp Sommerung zu Schönau, welche den guten Fürſten mit der Hoffnung ſchmeichelten, dieſe verborgene Kunſt aufzufinden und ihm das Geheimniß zu entdecken, Eiſen in Gold oder Silber zu verwandeln. Johann Friedrich, ein Liebhaber der Naturkunde, brauchte ohnehin damals zu ſeinen Kriegsrüſtungen, wegen den Grumbachiſchen Händeln, viel Geld, und ließ ſich um ſo leichter bereden, mit dieſen zwei geiſtlichen Herrn hierüber im J. 1566 einen förmlichen Vertrag abzuſchließen, nach welchem er ihnen 16 Loth feines Gold in die Hände gab und noch außerdem 760 rthlr. an baaren Geld bezahlte, um die verborgene Wiſſenſchaft auf ſeine Koſten ausfindig zu machen b).

Endlich trat unter der Regierung Herzog Johann Caſimirs der glückliche Zeitpunkt ein, in welchem ſich, theils durch ſeine Gründung des Coburgiſchen Gymnaſiums (S. 83) theils durch Errichtung des Hofgerichtes und des Schöppenſtuhls, für die Cultur ſolider Wiſſenſchaften weit günſtigere Ausſichten eröffneten. Coburg wurde damals gleichſam der Sammelplatz von gelehrten Männern, die der Herzog hieher berief und die ſich in den vorzüglichſten Fächern der Gelehrſamkeit damaliger Zeiten auszeichneten, unter welchen vor allen andern, im theologiſchen Fach, Dr. Gerhard, und im juriſtiſchen, Dr. Weſenbeck bemerkt zu werden verdienen. — Auch kam jetzo der Buchhandel hier empor, mit welchem (1615) ein gewiſſer Buchhändler, Martin Brehm zu Jena, von Johann Caſimirn zum erſtenmal privilegiret und ihm dabei zur Pflicht gemacht wurde, die fürſtlichen Landescollegien mit tauchlichen Büchern von allen Facultäten zu verſehen.

a) Der deshalb erlaſſene Befehl iſt folgenden Inhalts: „Von G. G. Eliſabeth Grävin „und Frau zu Hennenberg, geborne Herzogin zu Würtenberg. — Wir thun dich gnediglich „verſtändigen das der Apotheker zu Meiningen, einen Bock wird einſtellen, den wir zu „einer Artzney vor den Stein brauchen werden, und muß du demſelben Bock den „allerſtärkſten Wein zu trinken geben ſo man bekommen kan. Demnach ſo wolleſt du mir „verſchaffen, das ihm der Wein alle Tage, ſo viel der Bock trinket, geliefert werde und wird „ſolcher Bock den 14. July eingeſtellt werden, damit du dich wiſſeſt zu richten mit dem Wein- „geben. Datum Zillbach den 22. Juny 1575. — Es wird ſolcher Bock nicht länger als „6 Wochen lang eingeſtellt werden, demnach wolleſt du dich mit den Apotheker vergleichen, „denn ein einziger Bock nicht gar viel Wein trinket."

Eliesabeth Gr. vnd Frau zu Henneberg.

b) Dipl. orig. d. d. den 6. Nov. 1566.

§. XXVI.

Aberglaube und Hexenproceſſe im 17. Jahrhundert.

So bedeutend auch die Fortſchritte ſeyn mochten, die man, zu Johann Caſimirs Zeiten, in der Gelehrſamkeit gemacht hatte, ſo ſtellte ſie doch der *Aberglaube*, der, als eine Reliquie ungeläuterter Religionsbegriffe, noch überall ſein Weſen trieb, vom Neuen in Schatten. Bei der Reformation hatte man die Lehre der römiſchen Kirche, von der Macht des Teufels, unreformirt beibehalten und ſelbſt Martin Luthers Viſionen auf der Veſte Coburg (S. 32) mochten zur Fortdauer mancher abergläubiſchen Meinungen viel beigetragen haben. Es war alſo kein Wunder, daß man noch in 17. Jahrhundert dem Teufel eine mittelbare Einwirkung auf den Menſchen zueignete und ihn, als den Urheber ſolcher Ereigniſſe anſahe, deren natürliche Urſachen man noch nicht zu erklären wußte. Daher glaubte man, daß Perſonen, die von irgend einer Gemüthskrankheit befallen waren, *vom Satan leibhaftig beſeſſen* und auf das ſchrecklichſte gequählet würden. Jetzt nahm man nun ſeine Zuflucht zur Geiſtlichkeit, die den Kranken durchs Gebeth von der Tyrannei des Satans befreien ſollte. Auf dieſe Art war im J. 1583 der damalige Superintendent, Dr. Morlin zu Coburg, ſo glücklich eine, vom Satan leiblich beſeſſene, Perſon wieder herzuſtellen, welches vom daſigen Magiſtrat, in einem derſelben ertheilten Reiſepaß, förmlich bezeuget wurde.

Dieſe Verirrung des menſchlichen Verſtandes erzeugte aber noch eine andere, nehmlich den Glauben an *Bezauberung* und *Hexerei*, die jetzt hier, ſo wie in andern Ländern, an der Tagesordnung waren, und manchen unſchuldigen Menſchen auf den Scheiterhaufen brachten. Anſtatt, daß die geiſtliche und weltliche Obrigkeit dieſem Unweſen, durch Aufklärung und Ausrottung des Aberglaubens, hätte entgegen würken ſollen, glaubte ſie nicht nur ſelbſt daran, ſondern ſchrieb auch die Mittel vor, welche die Gerichte, bei dergleichen erdichteten Anklagen gegen Hexen und Unholden, anwenden ſollten, um dieſe Unglücklichen zum Geſtändniß zu bringen. Selbſt Johann Caſimir wurde von dem Strohm dieſer allgemeinen Verirrung mit fortgeriſſen, und mit Bedauern lieſet man in einen Berichte des Coburgiſchen Centgrafen, Caſper Langen, von 19. April 1628: — „Sr. fürſtl. Gnaden hätten ſich — zweifelfrei „auf vorgegangene gnädige vnd reife Berathſchlagunge, — *endlichen* entſchloſſen, „die *Hexen vnd Drutten*, beides hier vnd vfn Lande, ſo viel möglichen, exter„miniren, ausrotten vnd zu gebührlicher wolverdienten Straf, die Reichen mit den „Armen vnd die Alten mit den Jungen, nehmen zu laſſen, maßen der Anfang bereit „darzu gemacht worden ꝛc.“

Für dieſe Gattung von Inquiſitions-Proceß wurde ſogar eine eigene *Hexengerichtsordnung* entworfen, worinne man dem Centgrafen vorſchrieb, wie er, bei der Unterſuchung der Hexerei, hinſichtlich der Verhaftung, der Zeugen, der Confrontation, der peinlichen Fragen u. ſ. w. zu Werke gehen müſſe. So heißt es, z. B. „daß die eingezogenen Hexenperſonen, ſo ad torturam condemniret, den *erſten*

„Tag teniter, (nach und nach) nehmlich mit Vorlegung der Inſtrumente des Scharf„richters, — mit Bindung der Hände, Anlegung eines Hembdes und mit der Bein„ſchrauben etliche mal, doch daß ſie bey Kräften bleibe, — den andern Tag aber „ferner mit der Beinſchrauben, mit dem Kloben und Bock und mit Abſchneidung der „Haare, zum Bekentniß der Wahrheit angetrieben werde.“ War die Inquiſition der Hexerei, und daß der Teufel ihr Lehrmeiſter geweſen, geſtändig, ſo wurden ihr noch eine Menge ſonderbarer Fragen vorgehalten; z. B. „wo der Teufel zu ihr „gekommen, mit welchem Namen er ſich beleget, was er mit ihr geſprochen, ob er „nicht Unzucht mit ihr getrieben habe?“ u. ſ. w. Auch die Hexentänze kamen bei der Unterſuchung zur Sprache und der Inquiſitin wurde darüber eine ſehr genaue Beſchreibung, abgefordert wobei ſie ſogar über Beleuchtung, Muſikanten, Vor- und Nachtänzer ingleichen über ihre Empfindung, als ſie in die Luft gefahren ꝛc. ꝛc. Red und Antwort geben mußte c).

Dieſe Hexenproceſſe waren in der erſten Hälfte des 17. Jahrhunderts, hier noch ſo häufig, daß Herzog Johann Caſimir für nöthig fand, eine beſondere Taxordnung in Hexereiſachen entwerfen zu laſſen, worinne die Gebühren des Centgrafen, der Gerichtsſchreiber, der Schöpfen, des Büttels und Scharfrichters genau beſtimmt wurden. Da insgemein die, der Hexerei beſchuldigten, Perſonen arm waren, welches man doch eigentlich von dieſer Kunſt nicht hätte erwarten ſollen; ſo entſtand nun auch die Frage: „ob die Unterſuchungskoſten vom Fiskus, oder von „den Erben der juſtifizirten Hexe getragen werden ſollten?“ die Regierung zu Coburg hielt fürs Beſte, darüber im J. 1628 beim daſigen Schöppenſtuhl ein rechtliches Gutachten einzuhohlen, welches, — auf dem Grunde einer großen Anzahl angeführter Rechtslehrer — dahin ausfiel: „daß die Obrigkeit berechtiget ſey, in dem „Laſter der Hexerei, die Güter der Condemnirten zu confiſciren, — und daß an an„dern Orten die, ob crimen hæreseos eingezogenen, Güter ganz oder zum halben „Theil den Inquisitoribus ad extirpandos hæreticos zugeſchlagen werden, und „weil ſich bishero aus etlicher Juſtificirten Urgicht ergeben, daß ſie viel Geld „von dem böſen Feind, dem ſie ſich ergeben, überkommen; Als möch„te, in Anſehung dieſes gar bößlichen überkommenen Geldes, — ihnen oder ihren „Erben eine gewiſſe Summe Geldes, ad inquisitionem promovendam, zu ge„ben auferleget werden. — Dieſes hätten ſich der juſtificirten Erben, wenn deren „Eltern oder Angewandte, ſolche Gelder vom Teufel bekommen zu haben, geſtan„den, mit Fug nicht beſchweren, denn es ſey ja nicht billich, was dergeſtalt vom Teu„fel zugebracht, ſie beſitzen wollen, und ſollte ein Chriſt dasjenige, was vom Teufel „immediat herrühret, zu behalten nicht begehren, ſondern ſelbſt der Obrigkeit offe-

c) Dieſe Hexenproceßordnung hat zwar kein Datum, ſie iſt aber ohne Zweifel ein Produkt des 1628. Jahres, in welchem der Centgraf zu Coburg (am 19. April) bei der daſigen Regierung, darauf antrug, daß in dergl. Proceſſen ein gewiſſer modus examinandi vorgeſchrieben, und für die Hexen beſondere Gefängniſſe, wo ſie in geheim torquiret werden könnten, errichtet, auch für die Bezahlung der Landknechte, Büttel, Henker und Peinlein, aus den Cammereinkünften, geſorget werden möchte.

„riren, damit ſolch verflucht Geld, dadurch die ihrigen vom Teufel verführt „werden, zu Ausrottung dergleichen Leute, und dem Teufel Abbruch zu thun, ange„wendet werden möchte.“

Nach einem Verzeichniſſe der Unkoſten, die man auf die Vollſtreckung des Todesurtheils verwendete, bekam unter andern der Scharfrichter 12 fl für eine Hexe zu torquiren und zu verbrennen. Der Aufwand an Brennmaterialien für 2 Perſonen, beſtand in 8 Klafter Holz 1 Schock Reiſig, ½ Schock Stroh, 4 Pfund Pech und 3 Pfund Pulver, worzu noch eine Säule nebſt Kloben und Amſchmiedeketten erforderlich waren, um dieſe Unglücklichen den ſchrecklichſten Todt leiden zu laſſen. So zahlreich auch die Erkentniſſe ſind, die von dem Coburgiſchen Schöppenſtuhl in dergleichen Proceſſen abgefaßt wurden, ſo gieng derſelbe doch dabei mit ſo vieler Behuthſamkeit zu Werke, daß ihm ſogar das Publikum, welches in der Vollziehung der Todesurtheile eine Art von Unterhaltung zu finden ſchien, deswegen Vorwürfe machte, worüber aber dieſer Tribunal ſich hinreichend zu rechtfertigen wußte.

§. XXVII.

Gerichtsverfaſſung, Entſtehung der Hofgerichte; Centbar- und Uncentbarkeit der adelichen Unterſaßen; Urſprung dieſer Verhältniſſe.

In Anſehung der Gerichtsverfaſſung in der Pflege Coburg, fängt mit dem 15. Jahrhundert eine neue Periode an. Die alten Land- und Centgerichte, deren ich in der Coburgiſchen Geſchichte des Mittelalters (S. 95) erwähnet habe, waren nur noch dem Namen nach im Gange, ohne daß ſie ſich, wie man aus dem Beiwort: Cent, vermuthen ſollte, mit der Ausübung der Criminaljurisdiction zu beſchäftigen hatten. Letztere gehörte ausſchließlich zum Reſſort beſonderer Halsgerichte, die in dieſem Zeitraum, wie die Folge zeigen wird, zum erſtenmal vorkommen. Der Wirkungskreiß der vormaligen Centgerichte hingegen beſchränkte ſich jetzt blos auf die Gerichtsbarkeit in bürgerlichen Sachen und zugleich auf geringe Verbrechen, die jeder Centgraf in ſeinem Sprengel zu unterſuchen und zu beſtrafen hatte. Von einer höhern Inſtanz oder von dem Daſeyn eines Regierungscollegiums, findet ſich vor dem 17. Jahrhundert hier keine Spur. In wichtigen Angelegenheiten berief der Fürſt einige ſeiner Ritter, als die vornehmſten des Landes, an ſein Hoflager, um ſich mit ihnen zu berathen d), und ſie waren insgemein diejenigen, die in den Urkunden

d) Ein Beiſpiel von der Art liefert folgendes Ausſchreiben Kurf. Friedrichs vom J. 1511, an ſeine Coburg. Ritter: — Vns ſind Sachen fürgefallen daran Vns, vnſern Landen vnd Leuten merklich vnd viel gelegen, deshalb Wir verurſachet dich zu erfordern, vnd wiwol Wir geneigt Ewr. darinne zu verſchonen, ſo iſt es doch dermaßen damit gelegen, das ſich dieſelben Sachen an Ewren Rat vnd Zuthun nit wollen handeln laſſen, darumb iſt vnſer Begerung du wolleſt vf Sontag St. Laurenzientag mit deinen Knechten vnd Pferden wol geruſt zu Jene erſcheinen ꝛc. dat. Weymar Dinſtag Mar. Magdalena an. dom. XVCXI (1511).

als Zeugen aufgeführet werden. So lange Coburg noch ein Nebenland des ganzen Erneſtiniſchen Hauſes Sachſen war und noch kein ſelbſtſtändiges Fürſtenhaus ausmachte, war es der Aufſicht gewiſſer Pfleger oder Statthalter anvertrauet *), die zugleich die Stelle eines höhern Gerichtshofes vertraten und mit Zuziehung einer Ritter (erben Mannen) die dahin gehörigen Appellations- und andere Rechtsſachen zu entſcheiden hatten. Nach einer, hierüber vorhandenen, Urkunde †) war damals die Verſendung der verhandelten Acten zum auswärtigen Erkentniß ausdrücklich verbothen, dahingegen mußte der Pfleger und ſeine Beiſitzer, in Fällen, die außer dem Gebiete ihrer Rechtskunde lagen, die Sache an das fürſtliche Hoflager berichten und ſich rechtlich belehren laſſen. Noch im Jahre 1572 gab es hier nur eine Art von Hofjuſtiz, welche von dem Marſchall, dem Hofmeiſter und dem Canzler verwaltet wurde. Doch nahm man nachher (1577) noch einen gelehrten Rath an, der die rechtlichen Angelegenheiten ausſchließlich zu beſorgen hatte und 300 fl. Beſoldung bekam.

Aber ſchon früherhin hatte man eingeſehen, daß die Rechtspflege, bei den, von Zeit zu Zeit zunehmenden, Streithändeln, einer zweckmäßigern Einrichtung bedurfte. Inſonderheit vermißte man noch einen Gerichtsſtand für den Adel, der es ſeinem Range für nachtheilig hielte, in bürgerlichen Angelegenheiten, vor einem, mit unadelichen Schöpfen beſetzten, Landgerichte, Recht zu nehmen. Um dieſem Mangel abzuhelfen, errichteten die ſächſiſchen Fürſten in ihren Landen beſondere Hofgerichte, unter welchen bisher nur die zu Weiſenfels und Wittenberg bekannt waren, die in der erſten Hälfte des 15. Jahrhunderts exiſtirten e). Aber in dem nehmlichen Zeitraum findet man auch ein Hofgericht zu Coburg, deſſen Daſeyn eine Urkunde vom J. 1442 beweiſet, worinne ein Rechtsſtreit über ein adeliches Ritterguth ent-

*) Im 14. u. 15. Jahrhundert befande ſich die Stadthalterſchaft zu Coburg in den Händen des niedern Adels, der mit dem Hauſe Sachſen in Lehnsverbande ſtand und dieſe Stelle unter dem Titel: eines Vogts oder Amtmanns bekleidete. Sie eröffnete demſelben manche Gelegenheit zu vortheilhaften Erwerbungen, unter welchen beſonders die Herrſchaft Gräfenthal gehört, womit im J. 1438 Conrad von Pappenheim, des heil. R. Reichs Erbmarſchall, als damaliger Amtmann zu Coburg, von Kurf. Friedrichen II zum erſtenmal beliehen wurde. Nach ihm war Heinrich von Brandenſtein, Herzog Wilhelms des tapfern Schwager, (S. 21) Pfleger zu Coburg und erwarb ſich durch die ſchwägerliche Gunſt ſeines Fürſten die Burg und Herrſchaft Ranis die ihm Wilhelm XIV. ſchenkte und dadurch den Grund zu manchen ſtreitigen Verhältniſſen legte, in welche die benachbarte Stadt Pößneck in der Folge mit den Hrn. von Brandenſtein verwickelt wurde. Seit dem Jahre 1485 erſcheinen meiſtens gräfliche Perſonen in Beſitz der Coburg. Statthalterſchaft. Sie waren: Heinrich Reuß von Plauen, Graf Ernſt von Honſtein, (1483) Sigmund von Gleichen; (1493) Gr. Botho von Stollberg; (1502) Gr. Philipp zu Solms, (1509) Gr. Albrecht zu Manßfeld; (1516) Gr. Georg zu Wertheim (1529) Fürſt Wolfgang zu Anhalt, (1530) Heinrich Reuß zu Plauen, (1535) und zuletzt Graf Burkard zu Barby, der während der Minderjährigkeit Joh. Caſimirs und Joh. Ernſts, die Stelle eines Coburgiſchen Statthalters bekleidete.

†) Beilage Nr. XXIII. S. 37.

e) Hellfeld von den Hofgerichten in Sachſen S. 118.

ſchieden wurde f). Es war ſehr zahlreich beſetzt und beſtand, neben den Coburgiſchen Vogt, der das Präſidium führte, aus ſechs Rittern und zwölf adelichen Beiſitzern, die nicht rittermäßig waren. Nach dem Tode Herzog Wilhelms des tapfern, († 1482) der die Pflege Coburg im Beſitz hatte, kommt dieſer Tribunal, nicht weiter vor, und wurde wahrſcheinlich von ſeinen Landesfolgern wieder aufgehoben. An deſſen Stelle traten jezo die fürſtlichen Pfleger oder Statthalter, welche die vorkommenden Rechtsfälle, wie vorhin bemerkt worden, mit Zuziehung einiger Rechtsgelehrten von Adel, zu entſcheiden, oder auch die Sache an das Hoflager zum Erkentniſſe der kur- und fürſtlichen Räthe einzuberichten hatten g).

Dieſe Einrichtung dauerte bis zum J. 1543, wo die Pflege Coburg, in der Perſon Herzog Johann Ernſts, ihren eignen Regenten erhalten hatte. (S. 37) Jetzt wünſchte die Ritterſchaft nichts ſehnlichers, als die Wiederherſtellung des ehemaligen Hofgerichts und auf ihr dringendes Anſuchen, ließ ſich der Herzog bewegen, dieſen Gegenſtand in Berathung zu ziehen und im J. 1544 eine beſondere Hofgerichtsordnung zu entwerfen, welche, in Anſehung der Proceßform, als das älteſte Landesgeſetz in den Coburgiſchen Landen, zu betrachten iſt. Mit Inbegriff des Hofrichters, beſtand es aus zwölf Perſonen vom Adel, welche, nach der alten deutſchen Gerichtsverfaſſung, nur dreimal des Jahres ihre feierlichen Seſſionen halten ſollten h).

Eine ſo ſpärliche Juſtizpflege iſt wohl der redendſte Beweiß von der damaligen Friedfertigkeit des Volkes, unter welchem noch keine ſo große Streitſucht herrſchte, die das Richteramt, täglich mit Entſcheidung rechtlicher Fälle hätte beſchäftigen können. Es war daher die Gegenwart den Hofgerichtsperſonen, in dem Orte ihrer Beſtimmung, nicht einmal nothwendig; ſie wohnten auf ihren Rtterſitzen und verſammelten ſich zuerſt den Tag vor jeder Hofgerichtsſeßion, in einem Coburgiſchen Gaſthofe oder in einer damals ſogenanten Herberge, wo ſie, ſtatt der Beſoldung, freie Zehrung zu genießen hatten. (S. 39) Während ihrer Abweſenheit beſorgte ein angeſtellter Hofgerichtsſchreiber die vorkommenden Rechtshändel, welche die Partheyen, jedesmalen 8 Wochen für jedem Hofgerichte, bei demſelben anzubringen und die nöthige Ladung auszuwürken hatten. Auch hatte man, zur Verhandlung der rechtlichen Angelegenheiten, zwei Hofgerichtsprocuratoren angenommen, welche die Rechtsnothdurft der Partheyen, vom Mund aus in die Feder beſorgen und jeder auf einem Gerichtstag mit drei Sätzen zum Urtheil beſchließen mußte. Es war ihnen aber dabei ſehr nachdrücklich eingebunden, ſich der Einmiſchung vielen Lateins und der weitſchweifigen Opinionen der Doctorn zu enthalten, auch für das ganze Verfahren von ihren Clienten mehr nicht als ½ fl. zu verlangen.

Einer von dieſen Procuratoren vertrat die Stelle eines Sachwalter für die Armen, die nicht über 50 fl. in Vermögen hatten. Er mußte ihre Rechtsſachen um-

f) Coburg. L. Geſch. des Mittelalters S. 114 des Urk. Buchs.
g) Beil. Nr. XXIII. S. 37.
h) Beil. Nr. XXXIII. S. 89.

umſonſt fürtragen, und durfte, bei Strafe des dreifachen Erſatzes, keine Gebühren von ihnen annehmen. Dafür wurde ihm aber eine jährliche Beſoldung, nebſt Koſt und Kleidung, aus der fürſtlichen Rentcammer abgereichet. Auch die Gerichts-ſporteln waren noch ſehr gering, indem jede Partei von einem Endurtheil nur 1 fl. und von einem Beiurtheil ½ fl. zu erlegen hatte. Wegen der Verſchiedenheit der ſächſiſchen- und kaiſerlichen Rechte wurde verordnet, daß, in discrepirenden Punkten, nach Vorſehung der üblichen kaiſerlichen Rechte, erkannt werden ſollte. Uebrigens waren alle und jede, die im Fürſtenthum Coburg anſeſſig waren und darinne Feuer und Rauch hatten, vor dem Hofgerichte Recht zu nehmen und zu geben verbunden. Nur die fürſtlichen Beamten und Befehlshaber ſollten in Sachen, die ihre Amtsverwaltung betreffen, unmittelbar vor dem Fürſten belangt werden.

Mit dem kinderloſen Ableben Herzog Johann Ernſts (1553) erreichte aber dieſer Gerichtshof zum zweitenmal ſeine Endſchaft, weil die Pflege Coburg damals mit den übrigen Landen des Erneſtiniſchen Hauſes wieder vereiniget und mehrere Jahre darauf, (1566) von Herzog Johann Friedrichen dem Mittlern und deſſen Bruder Johann Wilhelmen, ein neues Hofgericht zu Jena errichtet wurde i). Nach der bekannten Landestheilung vom Jahre 1572 blieb daſſelbe zwiſchen den damaligen zwei ſächſiſchen Fürſtenhäuſern, Weimar und Coburg, eine Zeitlang mit der Beſtimmung in Gemeinſchaft, daß es jedem fürſtlichen Theil unbenommen blieb, ſelbige aufzukündigen. Das Letztere geſchahe im J. 1597 vom Seiten des fürſtlichen Hauſes Weimar, und da die Coburgiſchen Landſtände ohnehin die Errichtung eines eignen Hofgerichts wünſchten, ſo traten Herzog Johann Caſimir zu Coburg und ſein Bruder Johann Ernſt zu Eiſenach um ſo lieber aus der bisherigen Gemeinſchaft und faßten nunmehr den Schluß, für ihre Lande wieder ein beſonderes Hofgericht herzuſtellen und ihren Unterthanen die Rechtspflege zu erleichtern. Es unterſcheidet ſich von demjenigen, welches Johann Ernſt im J. 1544 errichtet hatte, darinne, daß es nur mit 7 Perſonen, als 4 von Adel und 3 aus dem gelehrten Stande beſetzt war und jährlich viermal gehalten wurde. Die Hofgerichtsordnung ſelbſt iſt zwar größtentheils aus den damals vorhandenen Ordnungen gezogen, ſie zeichnet ſich aber, durch manche Zuſätze und Verbeſſerungen, beſonders durch ſyſtematiſche Eintheilung der Materien, ſehr vortheilhaft aus.

Obgleich dieſer Gerichtshof die höchſte Inſtanz im Lande ausmachte, ſo war doch die Criminaljurisdiction, ingleichen ſolche Angelegenheiten, welche die Canzlei- und Ritterlehne betrafen, von der Competenz deſſelben ausgenommen. Erſtere gehörte vor den, zu gleicher Zeit errichteten, Schöppenſtuhl, die Lehnsſachen hingegen hatten ſich beide Fürſten zur unmittelbaren Entſcheidung vorbehalten. Als mit dem Ableben Herzog Johann Ernſt (1638) die ältere Coburgiſche Linie erloſch und dieſes Fürſtenthum dem Herzog Friedrich Wilhelm II. zu Altenburg zufiel (S. 123.) wurde gedachtes Hofgericht zum drittenmal aufgehoben und wieder mit dem Hofgerichte zu

i) Hellfeld l. c. p. 153.

Jena vereiniget. (S. 126) Seit dem machte letzteres im Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen einen gemeinſchaftlichen Gerichtshof aus, deſſen Jurisdiction ſich über alle dahin gehörigen Lande, ſowohl in der erſten als zweiten Inſtanz erſtreckte. Die dermalen veränderte Verfaſſung deſſelben gehöret in neueſte Geſchichte.

So wie vor dem Hofgerichte, als der oberſten Inſtanz im Lande, die Angelegenheiten des Adels verhandelt wurden, ſo gehörten im Gegentheil die Streitigkeiten der gemeinen Unterthanen, vor die Centgerichte, welche einen beſtimmten Dörferdiſtrikt in ſich faßten und den heutigen Aemtern ihren Urſprung gaben. Sie ſtanden unter der Aufſicht der Centgrafen und Amtleute, bei welchen man aber in 15. Jahrhundert noch immer den kriegeriſchen Geiſt der Vorzeit erblicket, der auch bei der friedlichen Verwaltung der Rechtspflege noch lange wirkſam blieb. Es waren alſo hierzu nicht ſowohl Wiſſenſchaften und Rechtskentniſſe, als militäriſche Talente erforderlich, weil jeder Amtmann zugleich die Pflicht auf ſich hatte, bei irgend einer Fehde, den Harniſch anzulegen und das Land gegen feindliche Einfälle zu vertheidigen. So wurde z. B. in den Einigungsvertrag, den Herzog Siegmund zu Sachſen, als Inhaber der Pflege Coburg, im J 1436 mit Henneberg errichtete, feſtgeſetzet, daß die fürſtlichen Amtleute zu Coburg und Königsberg, im Fall eines reitenden Kriegs, in die Hennebergiſcheu Schlöſſer, Hartenberg und Mayenberg reiten ſollten, um mit den dortigen Beamten, wegen Vertheidigung des Landes, gemeinſchaftliche Anſtalten zu treffen k).

In einer ſpätern Urkunde vom J. 1563, worinne Kurfürſt Friedrich III. zu Sachſen den Ritter, Anton von Roſenau, zum Amtmann zu Neuhaus beſtellte, kommt zwar jene militäriſche Obliegenheit nicht weiter vor; er war aber doch, von Amtswegen, verbunden, ſeinem Fürſten mit vier gerüſteten Pferden, auf ſeine Koſten, zu dienen Die andern Bedingniſſe waren übrigens für dem Amtmann ſehr vortheilhaft, indem er nicht nur ſämmtliche Cammeraleinkünfte, ſondern auch die Hälfte der Strafgefälle zu beziehen und dafür jährlich 200 fl. rhnl. in die fürſtliche Rentcammer zu bezahlen hatte l). Anſtatt alſo, daß der Fürſt ſeinen Amtmann beſoldete, mußte ihm derſelbe jährlich etwas gewiſſes von der Juſtiz abgeben, und es iſt leicht zu erachten, daß der Richter, weil er von der Gerichtsverwaltung Nutzen zog, und die Strafe mit ſeinem Herrn theilte, ſich eben nicht ſehr bemühet haben mag, Verbrechen und Streithändel zu verhüten. Wie wenig man überhaupt in der Vorzeit auf die Unterhaltung der Rechtspflege verwendet habe, läßt ſich daraus abnehmen, daß die Koſten für ſämmtliche Coburgiſche Centgerichte, im J. 1572, unter den Staatsbürden, nur mit 108 fl. 4 gr in Anſatz kamen, und daß, nach einer Cammerrechnung vom J 1618, zur Beſoldung des daſigen Hofgerichts und Schöppenſtuhls jährlich mehr nicht, als 1692 fl. 12 gr. erforderlich waren.

Ueber den Zuſtande der Criminaljuſtiz in dieſen Zeitraum, läßt ſich, bei dem Mangel actenmäſiger Nachrichten, wenig ſagen. Nach einigen Urkunden zu

k) Beil. Nr. III. S 5.
l) Beil. Nr. XXIV. S. 35.

urtheilen, war man mit dem Inquiſitionsproceß eben nicht ſehr bekannt, weil bei jedem Verbrechen allemal ein Kläger vorhanden ſeyn mußte, ehe der peinliche Richter mit der Unterſuchung den Anfang machte m). Auch ſcheinet man die Criminalgerichtsbarkeit meiſtens als ein Cammerale betrachtet zu haben, und noch im Jahr 1543 befahl Herzog Johann Ernſt zu Coburg ſehr nachdrücklich: daß keine Verwundungen verſchwiegen oder heimlich verglichen, ſondern gehörig gerüget werden ſollten, damit ihm die verwürkte Strafe nicht entzogen werde n). Die nehmlichen Rückſichten fanden ſogar bei Beſtrafung des Mordes ſtatt, und der Landesherr trat erſt dann als Miträcher auf, wenn der Thäter ſich mit den Verwanden des Erſchlagen, um eine gewiſſe Geldſumme, verglichen hatte. In dieſem Fall verordnete daß Geſetz vom J. 1440, daß der Todtſchläger der Herrſchaft eben ſo viel bezahlen ſollte, als er dem klagenden Theil zur Vergütung ſeiner That gegeben habe o).

Nach eben dieſem Geſetze wurde der Schaden beurtheilet, welchen einige Bambergiſche Edelleute im J. 1466, durch Mord und Raub, in der Pflege Coburg angerichtet hatten. Man berechnete ſolchen nach dem Werthe der erſchlagenen Menſchen und bei der gerichtlichen Einſchätzung, machte man zwiſchen der Ermordung eines Vaters und eines Ehemannes in ſo fern einen Unterſchied, daß jener mit 400, dieſer aber nur mit 300 fl. in Anſchlag kam p). Eine jede dieſer zwei Summen mußten die Thäter nicht nur den Verwandten zur Entſchädigung, ſondern auch dem Landesherrn, als Strafe bezahlen. Auch in den alten Statuten der Städte Saalfeld und Pößneck ſetzte man Blutrunſt und Mord gewiſſermaßen, in eine Categorie und beſtrafte erſtere mit 5 Schilling und einer monatlichen Stadträumung, den Mord hingegen mit 1 Mark Silber und einer einjährigen Verweiſung aus der Stadt q). — So wenig wußte das Mittelalter die Moralität eines Verbrechens zu

m) Beil. nr. VII. S. 14.

n) S. die Beil. nr. XXXI. S. 87.

o) Beil. nr. VII. S. 14. — Daß man den Mord damals noch nicht mit dem Leben beſtrafte, war ohne Zweifel noch eine Folge des Fauſtrechts, welches man durch die Reichsgeſetze gewiſſermaßen legaliſiret und unter andern dem angreifenden Theil zur Pflicht gemacht hatte, ſeinen Gegner von den vorhabenden gewaltthätigen Angriff 3 Tage zuvor zu benachrichtigen. (Beil. nr. VI. S. 13). Es galt alſo die Macht des Stärkern, und der Todtſchlag war, moraliſch genommen, nicht ſo ſtrafbar, als wenn er mit Liſt und Hinterhalt geſchehen wäre.

p) Beil. nr. XX. S. 32.

q) In den noch ungedruckten Pößnecker Statuten des 14. Jahrhunderts, heißt es §. 18 — „wer den andern blutrünſtig machet ohne Waffen, der ſoll der Stadt fünf Schilling „geben vnd ſol dy Stat eynen Monden rumen". — Gleich darauf lieſet man im 21. §. — „Wer den andern zu tode ſlet, der ſul eyn Jar dy Stat rume vnd ſol der Stadt eyne „Marg geben". Das nehmliche ſtehet auch in den Saalfelder Statuten, welche man in Walchs Beiträg. zum teutſch. Rechte Th. 1. S. 13 eingedruckt findet.

beurtheilen und den größern und mindern Schaden, der daraus für die bürgerliche Geſellſchaft entſtehet, abzuwiegen.

Am ſtrengſten rächte man eine gewaltſame Entehrung des ſchönen Geſchlechts, die man mit dem Namen: Nothzucht oder Nothnunft belegte. Schon die alten Deutſchen beſtraften dieſes Verbrechen, ob es gleich nur in einer perſönlichen Verletzung beſtand, mit dem Schwerde; aber die ſo eben erwehnten Saalfelder und Pößnecker Stadtgeſetze vergrößerten die Todesſtrafe noch dadurch, daß dem Thäter der Hals mit einer verbrochenen Diele abgeſchlagen werden ſollte r). In dieſer Strenge erkennet man zwar eine Art von Grauſamkeit, aber auch zugleich ein edles Gefühl für Sittlichkeit und einen gerechten Abſcheu für eine Schandthat, die man nicht empfindlich genug zu beſtrafen glaubte.

Auch andere Verbrechen mußten oft mit einer Härte verbüßet werden, für welche die Menſchheit zurückbebet. In einem Vertrage, den Biſchoff Georg zu Bamberg im J. 1509 mit dem, Kloſter Banz, über die Grenzen der peinlichen Gerichtsbarkeit errichtete, rechnete man unter andern, das Händeabhauen, Ohrenabſchneiden und Augenausſtechen, nur zu den geringen Strafen, deren Vollziehung dem Kloſter, als einer untergeordneten Inſtanz, zugeſtanden wurde s); wie viel grauſamer müſſen nun wohl diejenigen Leibes- und Lebensſtrafen geweſen ſeyn, die der Biſchof, vorzugsweiſe, ſeiner landesherrlichen Obergerichtsbarkeit vorbehalten hatte!

Zu den Sonderbarkeiten der Criminal-Juſtiz in dieſem Zeitraum gehöret auch noch dieſe, daß man geringere Mißhandlungen, beſonders Verwundungen, nach der Zahl der verlohrnen Glieder beurtheilte und hiernach die Strafe beſtimmte. Nach dieſen Grundſatze verordnete z. B. Herzog Wilhelm zu Sachſen in einem, für Coburg, erlaſſenen Strafgeſetze vom J. 1466, — „daß derjenige, der Jemanden „etliche Finger oder eine Hand, oder einen Fuß abhauen würde, dem Landesherrn „für jedes Glied 10 Pfund zur Strafe und eben ſoviel dem Verletzten, zu „deſſen Entſchädigung zu bezahlen habe" t). — Eben dieſem Herzoge, der ſich überhaupt um Verbeſſerung des Juſtiz- und Polizeiweſens verdient machte, haben übrigens die, zum Tode verurtheilten, Verbrecher noch eine Wohlthat zu verdanken, die

r) In den vorhin Note g) angeführten Statuten §. 2. ſtehet: — „Wer eyn Man begriffen an der waren tad, daz er eyne Frouwen oder Mayt notzcogit, man ſol ym den Hals abſtoße mit einer winbrechen Dyle" — Durch dieſen Ausdruck dürfte wohl eine, aus einem Windbruche geſchnittene, Dyle zu verſtehen ſeyn, um die, mit Gewalt verübte That, mit einem Inſtrument zu rächen, welches aus einem, durch die Gewalt des Windes niedergeworfenen, Baum geſchnitten wurde.

s) Dipl. inedit. d. d. Bamberg am Montag nach St. Georgiustag, 1509.

t) Beil. nr. XIX. S. 29. — In der Cob. L. Ordnung vom J. 1531, werden 2 Pfund Geld, mit einen Ort eines Guldens, oder 5 gr. 6 pf. angeſetzt, (S. 54 des Ukundenbuchs). Ein Pfund Strafe betrug alſo damals 2 gr. 6 pf., mithin koſtete ein abgehauenes Glied 1 fl. 5 gr. Strafe und eben ſo viel der Schadenerſatz.

ihre Seligkeit zum Zweck hatte. Bisher hatte man noch nicht daran gedacht, einen ſolchen Miſſethäter, vor Vollziehung der Strafe, zum Tode vorzubereiten und ihm das Abendmahl reichen zu laſſen. Wilhelm war der erſte, der darauf aufmerkſam wurde, und über dieſe Unterlaſſung den Unterbehörden ſein Mißfallen zu erkennen gab. In einem, noch ungedruckten, Polizeigeſetze vom J. 1453 befahl er unter andern ſeinen Amtleuten und Stadträthen zu Saalfeld, Ranis und Pößneck, einen jeden Maleficanten, vor ſeiner Hinrichtung, beichten zu laſſen und ihn mit dem heiligen Sacrament zu berichten.

Die Handhabung der peinlichen Gerichte, die man in der Coburgiſchen Landesordnung vom J. 1531 mit dem Namen: Halsgericht, bezeichnet, war urſprünglich mit der Landeshoheit verbunden und konnte von den Erbgerichten des niedern Adels auf deſſen centfreien Gütern, ohne beſondere Vergünſtigung, nicht ausgeübet werden. Nur in Thüringen und beſonders im Saalfeldiſchen, hatte ſich die Ritterſchaft, durch ein beſonderes Privilegium vom J. 1484, das Recht erworben, auf ihren Rittergütern die Criminal-Jurisdiction auszuüben *). Doch findet man auch im Coburgiſchen jezt Beiſpiele, daß einige Rittergutsbeſitzer auf den Erwerb dieſes Rechts bedacht waren, obgleich dieſer Vorzug, von der damit verbundenen Laſt, aufgewogen wurde. Auf dieſe Art gelangte unter andern Lorenz Schenk zu Unterſiemau zum Beſitz des Halsgerichts, mit welchem derſelbe im J. 1521 vom Herzog Johanſen zu Sachſen, zum Aequivalent für ſeine dortigen Allodialgüter, beliehen wurde, die er dem Hauſe Sachſen zu Mannlehen aufgetragen hatte u).

Neben den Halsgerichten gab es auch ſogenannte Achtsgerichte, welche von jenen verſchieden waren v). Sie fanden nur in ſolchen Fällen ſtatt, wo der Verbrecher ſich auf flüchtigen Fuß geſetzet und dadurch ſich der Unterſuchung und Vollziehung der verwürkten Strafe entzogen hatte. Um alſo der Gerechtigkeit volle Gnüge zu leiſten, hielte man unter freien Himmel ein feierliches Achtgericht, auf welchem der flüchtig gewordene Verbrecher öffentlich vorgeladen und, wenn derſelbe in den angeſetzten Rechtstage nicht erſchien, mit dem Ausdrucke: „daß er von Jedem ungeſtraft ermordet werden könne" in die Landacht und für vogelfrei erkläret wurde w).

Eine bemerkenswerthe Eigenthümlichkeit der Gerichtsverfaſſung in der Pflege

*) Dipl. inedit. d. d. Leipzigk Dienſtag nach Miseric. dom. 1484.

u) Beil. nr. XXV. S. 40.

v) S. die Landesordn. von 1531, in der Beil. nr. XXIX. S. 54.

w) In einem, von Herzog Johann Friedrichen dem Mittlern und ſeinen zwei Brüdern, gegen einen gewiſſen Hanß Koller, wegen geſtohlener 2 Pferde, im J. 1555 im Druck erlaſſenen und in den Gerichtsſtellen ihrer Lande angeſchlagenen Achtsbriefe, ſtehet unter andern: „Wir haben in öffentlichen vnter freien Himmel in vnſern Schlos allhier gehaltenen Achtgericht offtgenannten Koller in die Acht vnd Verfeſtung erklert, alſo das er aus den Frieden in den Vnfrieden geſetzt, ſein Leib vnd Leben, wie eins Vogels in der Lufft, einem jederman in vnſern Fürſtenthumben erleubt, das er one ſtraff entleibet vnd vom zum tode gebracht möge werden, u. ſ. w. geben zu Waimar Montags nach Purific. Marie 1555.

Coburg, war die Cent- und Uncentbarkeit der adelichen Lehnsunterſaſſen, welche, — wie bereits oben (S. 26) erwähnet worden, — vorzüglich zu Anfang des 16. Jahrhunderts zur Sprache kam. Centbar hießen diejenigen Unterthanen und Güter, über welche der adeliche Lehnherr nur in bekenntlichen, d. i. in liquiden, Schuld- und Gültſachen, die ſogenannte Lehnsvogtei auszuüben hatte, aber in ſolchen Fällen, die ſtreitig waren und eine rechtliche Ausführung erforderten, ſich keiner Cognition und richterlichen Entſcheidung anmaßen durften. Fälle von der Art gehörten für die vormaligen Centgerichte oder die nachherigen fürſtlichen Aemter, denen dieſe Claſſe von Lehnsunterſaſſen unmittelbar unterworfen und zugleich eben ſo, wie die Amtsunterthanen, zur Landes- und Heersfolge und andern Dienſtleiſtungen verbunden war, welche das Erbbuch von 1516 vorſchreibet (S. 26).

In ganz entgegengeſetzten Verhältniſſen erſcheinen die centfreien Lehnsunterſaſſen. Sie ſtanden in bürgerlichen Sachen ſowohl als in kleinen Brüchen und Mißhandlungen, unbedingt unter der Jurisdiction und dem Gerichtszwange ihres adelichen Lehenherrns, ohne daß die fürſtlichen Centgerichte dabei einigen Einfluß hatten. Sie waren frei von der Landesfolge, von herrſchaftlichen Frohnen und andern Obliegenheiten, welche die centbaren Unterſaſſen zu leiſten hatten. Sie entrichteten ihre Steuern nicht unmittelbar an die fürſtliche Caſſe, ſondern an ihren Gerichtsherrn, der das Steuererhebungsrecht (jus collectandi) hergebracht und dieſe Staatsgefälle dem Landesherrn zu überliefern hatte.

Ueber den Urſprung dieſer, ſo weſentlichen, Verſchiedenheit der Eigenſchaften und Rechte, die bei den Coburgiſchen Rittergütern ſtatt fanden, iſt man noch nicht im Klaren. Die einheimiſchen Geſchichtſchreiber behaupten, daß bis in die Mitte des 15ten Jahrhunderts, in den Coburgiſcheu Landen, alles durchaus centbar geweſen ſey, daß aber Kurfürſt Friedrich der ſanftmüthige und ſein Bruder, Herzog Wilhelm zu Sachſen, als ſie im J. 1434, bei Gurein und Scalitz, wider die Böhmen einen glänzenden Sieg erfochten hätten, die Coburgiſche Ritterſchaft, wegen ihrer dabei bewieſenen Tapferkeit, mit der Centfreiheit ihrer Güter und Lehnſchaften begnadiget hätten, wodurch der Unterſchied zwiſchen der Cent- und Uncentbarkeit entſtanden ſey x).

Von dieſer Angabe finden ſich aber nicht die mindeſten archivaliſchen Nachrichten und, geſchichtlich genommen, ſtehen ihrer Glaubwürdigkeit noch manche Zweifel entgegen. Herzog Wilhelm, dem man jene Begnadigung mit zuſchreibet, hatte damals (1434) kaum das 9te Jahr erreichet, und ſein älterer Bruder Siegmund, den man gar nicht erwähnet, war Mitregent in der Pflege Coburg, ohne deſſen Zuſtimmung ein ſo wichtiges Privilegium vom Kurfürſt Friedrichen der Ritterſchaft nicht füglich hätte ertheilet werden können. Auch ſelbſt die Behauptung, daß im 15ten Jahrhundert hier alles centbar geweſen, iſt nicht ganz richtig und widerleget ſich durch das alte Urbarium vom Jahr 1340, worinne nur dejenigen Dörfer, als centbar,

x) Gruners Beſchr. des Fürſtenth. Cob. Th. 1. S. 292.

aufgeführet worden, die zu den damaligen Centdiſtrikten geſchlagen waren y). Aber in den nemlichen Bezirken lagen noch manche adeliche Gerichtsdörfer, die das Urbarium mit Stillſchweigen übergehet, weil ſie ihre Beſitzer ſchon damals in der Eigenſchaft centfreier Güter inne hatten, mithin in der Beſchreibung der Centgerichte nicht mit aufgenommen werden konnten z).

Der Unterſchied zwiſchen centbaren und centfreien Gütern fand alſo ſchon im 14ten Jahrhundert ſtatt, und eine jede dieſer zwei Eigenſchaften hat ihren beſondern Urſprung. Erſtere entſtanden wahrſcheinlich eher nicht, als zu der Zeit, wo die Grafen und Dynaſten bereits die Landeshoheit erworben hatten, die ſie jetzt berechtigte, ihrem Hofe, nach dem Muſter der deutſchen Könige, durch zahlreiche Miniſterialen und Vaſallen einen äuſſern Glanz zu geben, zugleich aber auch dem Lande eine Schutzwehre zu verſchaffen, wodurch daſſelbe, in jenen fehdenreichen Zeiten, gegen feindliche Ueberfälle vertheidiget werden konnte. Der Reichthum ihrer Domänen und liegenden Gründe, deren Selbſtadminaſtrition ohnehin wenig rentirte, kam ihnen hierbei ſehr zu ſtatten. Sie überlieſen den überflüſſigen Theil ihrer Ländereien, an eine gewiſſe Claſſe von Landesbewohnern, welche die Urkunden des Mittelalters als freie Bauern (homines rustica conditionis) carakteriſiren a), und die gewiſſermaßen, zwiſchen den niedern Adel und den Leibeigenen, in der Mitte ſchwebten. Der Genuß dieſer verliehenen Güter trat an die Stelle der Beſoldung für die Hof- und Kriegsdienſte, die dergleichen neue Vaſallen ihrem Landesherrn zu leiſten hatten, und ſich dadurch allmählig zum Range adelicher Miniſterialen empor ſchwungen. Sie beſaßen aber ihre Beneficialgüter ohne alle Gerichtsbarkeit, die ſich der Landesherr, bei der Verleihung, um ſo gewiſſer vorbehalten hatte, weil ſolche noch unter die unveräuſſerlichen Hoheitsrechte gehörte, welche die Fürſten (1232) aus den Händen des deutſchen Oberhauptes erhalten hatten b). Dieſe Gattung von Rittergütern blieb alſo den fürſtlichen Centgerichten des Mittelalters unbedingt unterworfen und iſt die nehmliche, unter welcher man noch jetzo einen centbaren Grund und Boden verſtehet.

Ganz anders verhält es ſich mit der Centfreiheit der Coburgiſchen Rittergüter. Sie iſt weit frühern Urſprungs und man kann ſie bis in jene Periode zurückführen, wo der niedere Adel ſeine Güter, noch während der Gauverfaſſung, erworben hatte. Er ſtand unmittelbar unter dem deutſchen Könige und war, weder für ſeine

y) S. das Urk. Buch zur Cob. L. Geſch. des Mittelalters S. 45 ff.

z) Dahin gehören z. B. die centfreien Rittergüter. Ahorn, Füllbach, Simau, Haſſenberg u. a. m. die in dem Urbario nirgends vorkommen.

a) S. die Urkunde vom J. 1231 in der Cob. Geſch des M. Alters S. 10, wo der Dynaſt von Calenberg, ſeine Dynaſtie ſammt den Rittern und Bauern, — homines tam *militaris* quam *ruſtice* conditionis — dem Stifte Würzburg verkaufte.

b) Dipl. de a. 1232 in Senckenb Samml der R. Abſchn. Th. 1. S. 12. wo vom Kaiſ. Friedrich II einem jeden Territorialherrn die Gerichtsbarkeit und namentlich die Cent in ſeinem Gebiete zugeſtanden wurde.

Perſon noch in Anſehung ſeiner Beſitzungen, der Gerichtsbarkeit des Gaugrafen oder des königlichen Befehlhabers unterworfen c). Dieſe Claſſe von Staatsbürgern erſcheinet, in den Capitularien der fränkiſchen Könige, unter den Namen: freier Landſaſſen, (pagenses liberi) und genoß manche Vorzüge, die den heutigen centfreien Gütern ſehr ähnlich ſind.

Als freier Mann war der damalige Gutsbeſitzer Herr in ſeinem Hauſe und Richter über ſeine Dienſtleute und Knechte. Der öffentliche Richter oder der Gaugraf, durfte ſich in die hausherrliche Gewalt deſſelben nicht einmiſchen, und ſelbſt in Criminalfällen nahm man auf dieſe Immunität Rückſicht, und das Richteramt erlaubte ſich nicht, einen Knecht, der ſich eines Verbrechens ſchuldig gemacht hatte, aus dem Hauſe des freien Mannes herauszunehmen. Man ſahe denſelben für ein Eigenthum ſeines Herrn an, der für deſſen ſtrafbare Handlungen zu haften und Genugthuung zu leiſten hatte d). Um alſo auf der einen Seite das Haus des freien Mannes von dem Eintritt des Richters zu verſchonen, auf der andern Seite aber doch die Gerechtigkeit zu handhaben, verordneten die Geſetze, daß der Richter den Hausherrn, um die Stellung ſeines Knechts vor Gericht, zu erſuchen habe, im Weigerungsfall aber derſelbe den Schaden ſo wie die Geldſtrafe und Koſten zu bezahlen verbunden ſeyn ſollte e). Der Herr mochte nun das Eine oder das Andere wählen, ſo blieb immer ſeine Wohnung von dem Eintritt des königlichen Richters frei; nur nach der dritten fruchtloſen Aufforderung bevollmächtigte ihn das Geſetz, den Verbrecher herauszuholen f).

Mit der, im 12. Jahrhundert erfolgten, Auflöſung der alten Staatsverfaſſung und mit der Erblichkeit der vormaligen Gauländer, bekamen nun zwar jene Verhältniſſe in ſo fern eine veränderte Geſtalt, daß die freien Landſaſſen jetzt nicht mehr dem Könige, ſondern ihrem neuen Territorialherrn unterworfen waren g): Sie blieben aber doch immer im Beſitze der Gerichtsbarkeit über ihre Grundholden und behaupteten zugleich die einmal hergebrachte Immunität gegen die gräflichen Centen, denen ſie keinen richterlichen Einfluß auf ihren Freigütern geſtatteten. Hieraus bildete ſich allmählig der Charakter der ſogenannten Centfreiheit, vermöge welcher die Beſitzungen der freien Landſaſſen von den unmittelbaren Einſchreitungen der fürſtlichen Aemter, in bürgerlichen und peinlichen Fällen verſchonet bleiben mußten.

Nichts

c) S. meine Cob. Landesgeſch. des Mittelalters S. 100, wo ich dieſen Gegenſtand, aus den Capitularien der fränk. Könige zur Gnüge erläutert zu haben glaube.

d) Capitul. Caroli M. in Baluz Cap. R. Fr. T. 1. p. 35e. — Juxta qualitatem (damni) dominus pro illo respondeat, vel eum in compositionem aut ad poenam *petitori* offerat.

e) Das älteſte Geſetz von der Art ſtehet in Baluz. l. c. T. 1. p. 19. worinne K. Childebert im J. 595 verordnet: — quicunque Servum criminosum habuerit, et ei judex *rogaverit ipsum praesentare*, et noluerit, suum *Widrigildam* omnino componat.

f) Capit. Caroli M. de a. 803 ap Baluz. T. 1. p. 388.

g) S. die Coburgiſche L. Geſchichte des M. Alters, S. 101.

Nichts deſto weniger erlaubten ſich die Centgrafen zum öftern, die centfreien Unterſaſſen vor die Centgerichte zu fordern, oder auch peinliche Verbrecher auf den centfreien Grund und Boden zu verhaften und dadurch die Immunität des Gerichtsherrn zu verletzen. Als daher die Ritterſchaft auf dem Landtage zu Zwickau (1531) darüber Beſchwerde führte, wurde in der, bald darauf gefertigten Coburgiſchen Landesordnung von dem nehmlichen Jahre feſtgeſetzet: daß die Verhäftung eines peinlichen Verbrechers auf den centfreien Boden, nur dann, wenn der adeliche Erbgerichtsherr abweſend ſey, ſtatt finden, bei deſſen Abweſenheit hingegen, derſelbe um die Auslieferung des Delinquenten erſuchet werden ſollte h). Es entſtanden aber doch hierüber in der Folge neue Irrungen, die endlich theils in den Caſimirianiſchen Abſchied vom Jahr 1612, theils in Herzog Albrechts Erledigung der ritterſchaftlichen Beſchwerden vom J. 1687 dadurch beſeitiget wurden, daß man den fürſtlichen Aemtern eine immerwährende Commiſſion ertheilte, die centfreien Unterſaſſen, in vorkommenden Centfällen, unmittelbar vorzuladen.

Was ich bisher über den Urſprung der Cent- und Uncentbarkeit der Coburgiſchen Rittergüter geſagt habe, unterwerfe ich der Prüfung geübterer Alterthumsforſcher und bemerke nur noch, daß durch dieſe ſtaatsrechtlichen Verhältniſſe in ſpätern Zeiten, zwiſchen dem Fürſten und der Ritterſchaft, eine Menge Jurisdictions-Irrungen herbeigeführet wurden, die nie vom Grunde aus gehoben werden konnten und ſich zum Theil bis auf die neueſten Zeiten erhalten haben. Auf der einen Seite beeiferte ſich der Adel, ſeine alten Vorrechte zu erweitern, auf der andern Seite aber hatten ſich inzwiſchen die Begriffe von Landeshoheit und Staatsgewalt zu genau entwickelt, als daß der Fürſt nicht auf Anmaßungen hätte aufmerkſam ſeyn ſollen, wodurch ſeinen Regentenrechten zu nahe getreten wurde. Ein auffallender Beweis, wie weit die Ritterſchaft den Begriff von der Centfreiheit auszudehnen und die Staatsgewalt zu beſchränken bemühet war, lieget unter andern darinne, daß ſie dem Fürſten nicht einmal geſtatten wollte, in den centfreien Dörfern Amtsſchultheißen anzuſtellen und ſelbigen die Aufſicht über die, — von der niedern grundherrlichen Gerichtsbarkeit ganz abgeſonderten, — landesherrliche Gerechtſame zu übertragen. Unter Herzog Albrechts Regierung war man zum erſtenmal mit dieſer Anordnung beſchäftiget, ſie kam aber ſchon damals, wegen des ritterſchaftlichen Widerſpruchs, nicht zur Vollſtändigkeit.

Nach einem Umlaufe von mehrern Jahren faßte Herzog Franz Joſias zu Coburg dieſe Landesangelegenheit vom Neuen ins Auge. Unter Beziehung auf Albrechts frühern Anordnung, befahl er am 23. Nov. 1731, daß in den adelichen Gerichtsdörfern, zur Beobachtung der landesherrlichen Rechte, beſondere Amtsſchultheißen angeſtellt werden ſollten. Um allen Mißverſtändniſſen vorzubeugen, ließ er für ſelbige eine eigene Inſtruction entwerfen, in welcher die Hoheitsgerechtſame von den, mit der adelichen Centfreiheit verknüpften, Rechten getrennt wurden i). Aber kaum hatten die fürſt-

h) Beil. nr. XXIX. S. 58.

i) Der weſentliche Inhalt der Inſtruction gieng dahin, daß die Schultheißen darauf ſehen ſollten,

lichen Beamten hierzu die gehörigen Anſtalten getroffen, als von allen Seiten eine Menge Beſchwerden einliefen, worinne die centfreien Gutsbeſitzer dieſe Anordnung für eine Neuerung erklärten, wodurch ihre Centfreiheit beeinträchtiget werde. Im Grunde ſchienen aber ihre Widerſprüche weiter nichts zu bezwecken, als den Einfluß der fürſtlichen Aemter in ihren Gerichtsdörfern zu entfernen und gewiſſermaßen einen Stand im Staate zu bilden.

Bei den damaligen Verhältniſſen, wo gerade die ritterſchaftlichen Gravamina über vermeintliche Beſchränkung ihrer cent- und uncentbaren Güter, vom neuen in Bewegung gekommen waren, mochte wohl Herzog Franz Joſias Bedenken haben, ſeine landesherrliche Anordnung durchzuſetzen, und zuerſt in den neueſten Zeiten fand der jetzt regierende Herzog Ernſt für zweckmäßig, ſolche, durch ein beſonderes Mandat vom 23. Juny 1815, zur Vollziehung zu bringen k).

§. XXVIII.

Verhältniſſe des Coburgiſchen Adels; Beſteuerung ſeiner Lehen- und Allodialgüter; allmählige Ausbildung der landſchaftlichen Verfaſſung.

Der Coburgiſche Adel war im 16ten Jahrhundert bei weiten nicht mehr ſo zahlreich als in der Vorzeit, wo das ganze Land mit einer Menge adelicher Anſitze gleichſam überſäet war. Nach dem Zeugniſſe eines Fränkiſchen Mannbuches vom J. 1511 gab es in der Pflege Coburg nur noch 40 Ritterfamilien, die ihre Güter vom Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen zu Lehen trugen, und zuſammen 77 Ritterpferde zu ſtellen hatten l).

daß den landesherrlichen Verordnungen und Mandaten nicht entgegen gehandelt und die Contravenienten angezeigt, nicht weniger. Alle, in die Obergerichte gehörigen Fälle, wie ſolche in der Landesordnung §. XXI beſchrieben, beim Centamt zur Kenntniß gebracht, auch die, des Diebſtahls, Mords, Ehebruchs und anderer wichtigen Verbrechen, ſchuldige Perſonen inngleichen verdächtige Landesſtreicher, mit Beihülfe der Dorfnachbaren arretiret werden. Nächſtdem wurde ihnen zur Pflicht gemacht, auf die Zoll- Geleits- und Trankſteuer-Einnahme gehörige Aufſicht führen, damit die Landesherrſchaft nicht verkürzet werde. —

k) S. das 29. Stück des Coburg-Saalfeld. Regierungsblatts vom J. 1815.

l) Zur Kenntniß des damaligen Adels und deſſen Ritterſitze, gebe ich hier, aus einem alten Regiſter von 1511, folgendes Verzeichniß, mit der Angabe der Ritterpferde, die jeder Gutsbeſitzer zu ſtellen hatte:

Claß von Heßberg zu Eißhaußen	=	=	4 Pferde
Greyf von Heßberg daſelbſt	=	=	2 —
Thomas von Heßberg zu Weykersrode	=	=	2 —
Wilhelm von Heßberg zu Heßberg	=	=	3 —
Philipp von Heßberg zu Bedem (Bedheim)		=	2 —
Hanß Georg von Heßberg zu Neurith	=	=	2 —
Hanß von Schaumberg zu Lauterburg und Effelter		=	2 —
Wilhelm von Schaumburg zu Schaumburg		=	6 —
Wolf von Schaumberg, Burggraf zu Rauenſtein		=	2 —
Chriſtopfel von Schaumberg zu Mupperg		=	2 —

Das Band zwiſchen dem Vaſallen und dem Fürſten war um ſo enger, weil es mit der perſönlichen Unterwürfigkeit verknüpft und erſterer zugleich als wirklicher Unterthan zu betrachten war. Eben daher durfte derſelbe ohne Erlaubniß des Fürſten, nicht in fremde Dienſte treten und es ſind mehrere gedruckte Patente vorhanden, worinne ſolches dem Adel, ſehr ernſtlich, und ſogar bei Verluſt ſeines Lehens, verboten wurde.

Dieſe Verhältniſſe bezeichnen ohnſtreitig den vollen Landſaſſiat, der in der Pflege Coburg, eben ſo wie in den übrigen Sächſiſchen Landen, ſeine Wirkſamkeit hatte. Zwar verſuchte es die hieſige Ritterſchaft zuweilen, ſich dieſer Unterwürfigkeit zu entziehen und, durch Verbindung mit dem benachbarten Rittercanton Baunach, die Reichsunmittelbarkeit zu erwerben; dergleichen Anmaßungen ſcheiterten aber an der Aufmerkſamkeit der Herzoge zu Sachſen, die ihre Territorialrechte, durch nachdrückliche Patente, zu behaupten und den Coburgiſchen Adel in die Grenzen ſeiner Unterthanenpflicht zurückzubringen wußten m).

Gleichwohl war dem Regenten daran gelegen, die Zahl ſeiner rittermäßigen Vaſallen zu erhalten, weil man damals die Größe und das Anſehen des Fürſten, nach der Menge ſeiner geharniſchten Ritter und Mannen, zu beurtheilen pflegte. Selbſt

Hanß und Paul von Schaumburg zu Füllbach	2	Pferde
Wolf von Schaumberg zu Sonnenberg	2	—
Valtin von Lichtenſtein und Hanß Georg ſein Bruder zu Hohenſtein	3	—
Lorenz und Gerhard von Lichtenſtein zu Bilmuthauſen	2	—
Hanß Peter und Wolf von Sternberg zu Calenberg	4	—
Hanß Schott, Ritter zu Hellingen	4	—
Stephen von Heldritt zu Heldritt	2	—
Moriz von Heldritt zu Harras	2	—
Wolf von Heldritt zu Gumpertshauſen	1	—
Heynz von Roſenau, zu Oeßle	2	—
Joachim von Roſenau, zu Ahorn	3	—
Paul von Roſenau, zu Gauerſtadt	1	—
Caspar von Roſenau daſelbſt	1	—
Wilhelm Kempnater zu Weiſenbrun	1	—
Valtin Kempnater zu Wyldenheyd	1	—
Martin von Coburg zu Eymberg	1	—
Ott von Staffenſtein zu Streifdorf	1	—
Sebaſtian Rapp zu Dürrenhof	1	—
Wolf von Schönſtädt zu Schönſtett	1	—
Georg von Birkig zu Birkig, Centgrafe genannt,	1	—
Siegmund von Birkig zu Neuſtadt, Forſtmeiſter,	1	—
Clauß von Burghauſen	1	—
Lorenz Schenk zu Sumen (Simau)	3	—
Jacob und Wolf von Bach, zu Coburg	2	—
Wolf Marſchalk zu Erelbach	2	—
Caspar von Redwiz zum Haßenberg	2	—
Eyring von Redwitz zu Lyntenberg	2	—
	77	gerüſtete Pferde.

m) S. oben S. 86 und die Beilage nr. XXXIX. S. 103 des Urkundenbuchs.

in dem Falle, wenn eine adeliche Familie ausſtarb, wurde das vermannte Ritterlehen nicht eingezogen, ſondern einem andern von Adel, zur Erhaltung der Ritterdienſte käuflich überlaſſen n). Als geborner Soldat, war der Adel die Schutzwehre des Landes und es lag ihm ob, auf Erfordern des Lehnherrn, mit ſeiner reiſigen Knechten im Felde zu erſcheinen und das Vaterland zu vertheidigen. In Friedenszeiten bediente ſich der Fürſt, in wichtigen Angelegenheiten, ſeines Raths und berief ihn zum fürſtlichen Hoflager, wo er aber jedesmal ſich in voller Rüſtung einfinden mußte o).

Dieſe Dienſtverhältniſſe veranlaßten neuerer Zeiten die Frage: ob der Vaſall verbunden ſey, die Kriegs- und Hofdienſte auf ſeine Koſten zu leiſten, oder ob der Lehnherr für ſeinen Unterhalt zu ſorgen habe? Nach der älteſten Verfaſſung mußten die freien Leute, oder der heutige Adel, ſich auf ihre eignen Koſten rüſten und wider dem Feind zu Felde ziehen p), und das nehmliche beſtimmt auch das, im 13. Jahrhundert verfaßte, Sächſiſche Lehnrecht, beſchränket aber die Dienſtzeit auf 6 Wochen q). In der Regel war alſo der Vaſall auf eigne Koſten zu dienen verbunden, und dieß lag auch gewiſſermaßen in der Natur des Lehnvertrags, der ihm die ohnentgeltliche Leiſtung der Kriegsdienſte, für den Beſitz und Genuß des Lehnguts, zur Pflicht machte. Von Seiten des Lehnherrn ſcheint man jedoch in ſpätern Zeiten etwas mildere Grundſätze angenommen zu haben, und es fehlt nicht an Urkunden, worinne derſelbe ſeinem Vaſallen wenn er ihn zum Kriegsdienſte aufforderte, die Verſicherung gab, daß er ihm für ziemlichen reyſigen Schaden ſtehen auch ihm Futter, Mahl und Hufſchlag geben wolle r). Auf die nehmliche Art leiſtete auch der Sächſiſche Vaſall ſeine Dienſte, und in einem Freiheitsbriefe, den Kurfürſt Friedrich der ſtreitbare im J. 1424 der Stadt Wittenberg ertheilte, heißt es unter andern: — „Wer auch das wir ſie zu Dienſt heiſchen würden, das wollen wir machen nach Bequehmlichkeit der Lute vnd inen Futter vnd Brod geben als andern vnſern Mannen.“ s).

Auf dem Landtage zu Zwickau (1531) kam dieſe Angelegenheit vom neuen in Bewegung und die Sächſiſche und fränkiſche Ritterſchaft trug zugleich darauf an, daß auch ihre Pferde, die ſie zum Ritterdienſt mitbringen würden, zuvor um ein gewiſſes Geld angeſchlagen und ihr, im Fall des Verluſtes, nach der Taxe, bezahlt werden möch-

n) Als z. B. im Jahr 1598, mit Lucas von Coburg, dieſes Geſchlecht ausſtarb und deſſen Ritterlehen zu Einberg heimfällig wurde, verkaufte Herz. Joh. Caſimir daſſelbe, zu Erhaltung der Ritterdienſte, an Ernſten von Bach zu Neuhof um 11010 fl. (dipl. orig. de a. 1598)

o) S. oben S. 206 not. d).

p) Kapitul. Caroli M. de a. 8012 ap. Baluz. T. I. p. 489.

q) Jus feud Sax. Cap. IV.

r) Gerkens Abhandl. aus den d. Lehnrechte ꝛc. Th. 2. S. 45 f.

s) Dipl. in Horns Geſch. Friedrichs des ſtreitb. S. 890.

ten. Nach der Sächſiſchen Lehnsobſervanz unterlag es alſo wohl keinen Zweifel, daß der Lehnherr ſeinen Vaſallen ſowohl in Kriegs- als *Civildienſten* t) mit *Futter, Mahl* und *Hufſchlag* zu verſehen und zugleich für deſſen *reiſigen Schaden* zu ſtehen hatte.

Neben den Kriegsdienſten eröfnete die Rechtspflege und beſonders die Organiſirung der Coburgiſchen Hofgerichte dem hieſigen Adel eine günſtige Gelegenheit, ſich allmählig auch zu wiſſenſchaftlichen Kenntniſſen auszubilden und die Führung des Schwerds mit der friedlichen Verwaltung des Richteramtes zu vertauſchen. Schon im Jahr 1442 war das Hofgericht zu Coburg mit 6 Rittern und 12 adelichen Aſſeſſoren beſetzet (S. 206) und im J. 1544 beſtand daſſelbe ebenfalls aus 12 Perſonen von Adel, die jedoch ihr Amt *umſonſt* verwalteten, weil man daſſelbe gewiſſermaßen als ein Surrogat der Ritterdienſte betrachtete. Damals mußte alſo einer, der von bürgerlicher Herkunft war, ſehr viel Verdienſte haben, wenn er ſich zur Würde eines Richters empor ſchwingen wollte.

Bei den großen Werth, den die Fürſten auf den zahlreichen Beſitz ihrer adelichen Vaſallen ſetzten, und bei den wichtigen Dienſten, die ſie dem Staate in Kriegs- und Friedenszeiten leiſteten, ſollte man glauben, daß dieſe edelere Claſſe von Landesbewohnern, wegen der Lehengüter, die ſie mit dem Ritterpferde verdienen mußte, eine *durchgehende Steuerfreiheit* genoſſen habe. Allein dieſer Vorzug beſchränkte ſich blos auf die gewöhnlichen Abgaben, welche die gemeinen beede- und ſteuerpflichtigen Unterthanen zu leiſten hatten; dahingegen konnte die Coburgiſche Ritterſchaft in ſolchen Fällen, wo *auſſerordentliche* Staatsbedürfniſſe eintraten, ſich der Mitleidenheit nicht entziehen und ſchon, nach der Urverfaſſung des Coburgiſchen Landes, galt der Grundſatz, daß *Ritter und Knechte* der Beſteuerung oder, — nach der Sprache des Mittelalters, — der *gemeinen Landbeede*, die der Nothſtand des Landes und deſſen Regenten erforderte, unterworfen waren u).

Doch bekamen dieſe Verhältniſſe, wenigſtens der Form nach, eine veränderte Geſtalt. Der Adel wollte nehmlich mit den gemeinen Unterthanen nicht in einer Claſſe ſtehen und ſo wie dieſe, ſich der mündlichen und willkührlichen Anforderung auſſerordentlicher Steuerbeiträge gefallen laſſen; er wollte dazu ſchriftlich erſuchet und mit einer gewiſſen Auszeichnung behandelt ſeyn, auf welche ſein Stand mit Recht Anſpruch zu machen hatte. In dieſer Rückſicht gab Kurfürſt Friedrich der

t) Man ſehe z. B. die Hofgerichtsordnung vom J. 1544 (Beil nr. XXXIII. S. 91.) wo Herzog J. Ernſt den rittermäßigen Hofrichter und Beiſitzern dieſes Tribunals die Verſichrung gab, daß einem Jeden, während ſeines Aufenthaltes in Coburg, für *Mahlzeit, Schlu*ſ- *Morgen*- und *Veſpertrunk* auch *Hufſchlag*, tägl. 12 gr. abgereicht und ihre Pferde *ausgefüttert* werden ſollten.

u) S. die Cob. L. Geſch. des M. Alters S. 109 und die daſelbſt befindliche Urk. vom J. 1345, worinne es heißt, daß die *allgemeine Landbede*, wenn ſie im Lande ausgeſchrieben werde, von *Rittern* und *Knechten* geleiſtet werden ſollte.

Streitbare im J. 1423 der Ritterſchaft die Verſicherung, ſie mit keiner Beede oder Heiſchung zu beſchweren, es geſchehe denn mit ihren Willen und nach vorgängigen ſchriftlichen Anſinnen ſeiner Beamten v). Seit dem behandelte man den Adel in den fürſtlichen Canzeleien mit etwas mehr Humanität und wenn derſelbe zu außerordentlichen Beiträgen aufgefordert wurde, ſo geſchahe es in einer Sprache, die mehr bittend als gebiethend war.

So wenig auch die verfeinerte Form auf die Hauptſache ſelbſt einigen Einfluß hatte; ſo gab ſie doch der Ritterſchaft Gelegenheit, aus den Ausdruck: „es geſchehe dann mit ihren Willen, das ſogenannte Verwilligungsrecht zu bilden, vermöge deſſen ſie ſich eher nicht zur Entrichtung der verlangten Steuer bequehmte, bevor ſie der Regent darum erſuchet hatte. Das erſte Beiſpiel von der Art liefert uns eine Urkunde vom J. 1438, worinne die Coburgiſche Ritterſchaft der Anforderung einer neuen Steuer, die Kurfürſt Friedrich und ſein Bruder Wilhelm, ohne den Adel darum zu begrüßen, angeleget hatten, heftige Widerſprüche entgegen ſetzten und ſolche erſt dann verwilligte, als beide Fürſten ihre hergebrachte Steuerfreiheit förmlich anerkannt hatten w).

Um dieſe errungenen Rechte für die Zukunft zu ſichern, vereinigte ſich der Adel in der nehmlichen Urkunde, zu einer Art von Körperſchaft, die eine gemeinſame Aufrechthaltung ihrer Gerechtſame zum Zweck hatte. Dadurch entſtand jetzt eine Verbindung, die man in der Folge mit dem Namen: Landſtände, bezeichnete. Im Grunde hatten Letztere ihr Daſeyn den landesherrlichen Schulden, beſonders aber den erhöhten Staatsbedürfniſſen zu verdanken, zu deren Beſtreitung der Adel beträchtliche Summen beitragen mußte. So oft der Regent ſich in Geldverlegenheiten befand oder ſonſt die Wohlfarth und Rettung des Vaterlandes einen Aufwand erforderten, der die Kräfte der fürſtlichen Caſſe überſtieg, berief der Landesherr ſeine getreue Ritterſchaft an ſein Hoflager, eröffnete ihr die eingetretene Landesnoth und forderte ſie, in Anſehung ihrer Grundbeſitzungen und wegen der Güter ihrer Lehenleute, zu Steuerbeiträgen auf, deren ſie ſich, als Mitglieder des Staats, nicht entziehen konnten. Dieſe Verſammlung der Edeln des Landes nennte man Land- und Rittertage, ein Name, der zuerſt in den Urkunden des 16. Jahrhunderts vorkommt; und wenn auch vielleicht dergleichen Verſammlungen früherhin ſtatt fanden, ſo war es doch damals noch nichts gewöhnlich, ſie mit dem Namen eines Landtags zu bezeichnen.

Am merkwürdigſten für die Beſteuerungsgeſchichte und überhaupt für die innere Verfaſſung des geſammten Erneſtiniſchen Hauſes Sachſen iſt der, noch wenig bekannte Landtag, der im J. 1531 zu Zwickau gehalten und zu Torgau beſchloſſen wurde. (S. 33.) Der Hauptgegenſtand deſſelben betraf eine allgemeine Landesbeſteuerung, welche die Drangſale jener Zeiten und beſonders der Religionsdruck noth-

v) Man ſehe die Urkunde vom J. 1423 in Horns Geſch. Friedrichs des ſtreitbaren. S. 877.

w) S. die Urk. in der Cob. Geſch. des M. Allers, S. 111.

wendig machte. Selbſt die Geiſtlichkeit und der Adel wurden zur Mitleidenheit gezogen, und von jener der vierte, von dieſem aber der ſechſte Theil des jährlichen Einkommens gefordert; Ihre Unterſaßen hingegen mußten, nach dem Werthe ihrer unbeweglichen Güter, von einen ſilbern Schock einen ſilbergroſchen oder zwölf neue Pfennige entrichten.

Gleich im Eingange jener Landtagsverhandlung gieng man von den ſtaatsrechtlichen Grundſatze aus, daß derjenige, der für ſeine Perſon und Güter des gemeinen Friedens und Schutzes theilhaftig werde, auch zu deſſen Erhaltung das Seinige beizutragen habe. Zwar bemerkte die Ritterſchaft, daß dergleichen Forderungen nie herkömlich geweſen ſey; doch erklärte ſie, und zwar namentlich die Ritterſchaft zu Franken, ihre Lehen- und Allodialgüter der Beſteuerung mit dem Beding zu unterwerfen, daß ihr und ihren Nachkommen dadurch kein künftiger Nachtheil erwachſen und ſie, wegen ihrer Befreiung, mit ſchriftlicher Kuntſchaft verſehen werden möge. Dieß gab den ſogenannten Reverſalien ihren Urſprung, welche die Fürſten ſeitdem, nach jeder Steuerverwilligung, der Ritterſchaft auszuſtellen pflegten.

Nach Regulirung des damaligen Steuerweſens, kamen die Stände noch mit vielen andern Anträgen zum Vorſchein, die auf Abſtellung allgemeiner Landesgebrechen Bezug hatten, und zum Theil noch in den mehmlichen Jahre (1531) durch den ſogenannten Torgauer Abſchied erlediget wurden x). Ueberhaupt beſchäftigte man ſich auf den Zwickauer Landtage mit ſo vielen wichtigen Gegenſtänden, daß ſelbſt Kurfürſt Johann der Beſtändige äußerte; es ſey hier in einigen Wochen mehr geſchehen, als auf den langwierigen Reichstage zu Augsburg y).

Der Grund zur Beſteuerung des Adels war nun geleget, und wenig Jahre darauf wurde derſelbe, durch reichsgeſetzmäßige Beſtimmungen, noch mehr beveſtiget. Schon im J. 1544 verordnete der Reichsabſchied Karls V. daß alle Staatslaſten gleich vertheilet und der Adel eben ſo, wie der Bauer, ohne Ruckſicht auf Verträge oder hergebrachte Freiheiten, verbunden ſeyn ſolle, ſeine beweglichen und unbeweglichen Güter zu verſteuern und die, zum Staatsbedarf erfoderlichen, Anlagen zu entrichten z). Jetzt konnte alſo von der vormaligen Steuerbefreiungen der fränkiſchen Ritterſchaft gar nicht mehr die Rede ſeyn, und es war ſchon genug, wenn der Landesherr ſeinen Ständen die Landesnoth und die Geldbedürfniſſe bekannt machte und ſie und ihre Lehnleute zur Mitleidenheit aufforderte. Von der Art war der Coburgiſche Landtag vom J. 1558, auf welchem die Ritterſchaft und Städte, nach vorhergehender Fürhaltung (Propoſition) die Reichs- und Türkenſteuer ohne weitern Anſtand verwilligten und dabei ausdrücklich erklärten: daß ſie bereitwillig wären, ihre frei eignen Güter, zuſammt allen ihren Ritterlehnen, das neue Schock

x) Beil. Nr. XXIX. S. 45 f. f.

y) Georgii Spalatini vitae Elect. Sax. ap. Menck. S. R. G. T. II. p. 1125.

z) ſ. den Reichsabſchied vom J. 1544, in Senkenbergs Saml. Th. II. S. 500. §. 27.

(Grundwerth) mit 4 Pfennigen, desgleichen auch die Güter ihrer Unterſaſſen, das Schock mit eilf Pfennige, zu verſteuern a).

Unter der Regierung Herzog Johann Wilhelms erſchien endlich im J. 1567, für die geſammten Erneſtiniſchen Lande, ein gedrucktes Steuermandat, deſſen geſetzliche Kraft ſich auch über die Pflege Coburg erſtreckte. Es war ganz im Geiſte der Zwickauer Landtagsverhandlung abgefaßt, und enthält, eben ſo wie dort, den Grundſatz der allgemeinen Mitleidenheit, nach welche alle und jede Grundbeſitzer, die den Schutz des Staats genoſſen, ohne Unterſchied, ſie mochten Prälaten, Grafen oder Edelleute ſeyn, nach dem Verhältniſſe des Grundwerths, beſteuert werden ſollten b).

Das nemliche Mandat erneuerte am 4. April 1583 die kurfürſtliche ſächſiſche Vormundſchaft, die damals, während der Minderjährigkeit Johann Caſimirs und Johanns Ernſts, im Fürſtenthum Coburg die Regierung führte; doch mit dem Unterſchied, daß man jetzt einen gewiſſen Steuerfuß annahm, nach welchem der fränkiſche und Thüringiſche Adel von ſeinen Lehen und Allodialgütern, und zwar erſterer, je von einen Gulden Werth, einen Pfennig, — letzterer aber vom neuen Schock, (d. i. 3 Mfl.) drei Pfennige terminliche Steuer zu entrichten hatte. Dieſes Steuerreglement wurde im J. 1595 von Herzog Johann Caſimirn und ſpäterhin (1654) vom Herzog Friedrich Wilhelmen zu Altenburg, durch öffentlichen Druck, wiederholt und diente in dieſem Zeitraum zur Beſteuerungsnorm für die Coburgiſche Ritterſchaft.

Nach den bisher bemerkten Reichs- und Landesgeſetzen, war nun die Steuerpflichtigkeit des hieſigen Adels öffentlich anerkannt, und da ohnehin die deutſchen Kaiſer dem Beſteuerungsrecht der Fürſten, die Eigenſchaft eines Regals beilegten c), welches in den kaiſerlichen Lehenbriefen mit eingeführet d) und für einen Ausfluß der Landeshoheit erkläret wurde; ſo ſollte man glauben, daß unter dieſen Verhältniſſen, das Verwilligungsrecht der Sächſiſchen Ritterſchaft ſich von ſelbſt erlediget haben würde. Allein die Fürſten machten von ihren Hoheitsrechte keinen Gebrauch; ſie ließen es bei der einmal hergebrachten Steuerbewilligung des Adels um ſo lieber bewenden, weil ihnen ſelbſt daran gelegen war, dieſe edlere Claſſe der Staatsbürger von dem Zuſtande des Landes und von den außerordentlichen Bedürfniſſen, die die Wohlfarth des Staats erforderte, in fortwährender Kenntniß zu erhalten,

a) Beilage Nr. XXXVI. S. 93.

b) Dieſes Mandat iſt datirt: Weimar den 9. Febr. 1567, und alſo gerade zu der Zeit, wo Herzog Johann Friedrich der Mittlere, Joh. Wilhelms Bruder, wegen der Grumbachiſchen Händel in die Acht erkläret und der Regierung entſetzet war.

c) In dem kaiſerl. Commißionsabſchied d. d. Erfurth den 6. Nov. 1572, wodurch die Pflege Coburg den beiden jungen Prinzen Joh. Caſimirn und Joh. Ernſt zugetheilet wurden, heißt es unter andern: „Die Trank- und Landſteuer, ſo auf der Ritterſchaft und andern „Gütern als Regal ſtehen, ſollen unter der Communion nicht verſtanden werden, ſondern „als Regalia von den perſönlichen Dienſten ausgeſetzt und ungetheilt bleiben.“

d) S. den Lehnbr. K. Rudolfs II. über den Coburg. Landestheil vom J. 1587, in Arnds S. Archiv, Th. III. S. 383.

ten, um bei ihnen die Ueberzeugung zu begründen, daß dergleichen neue Staatsauflagen wirklich dem Zwecke gemäß verwendet werden.

Indeſſen eröffneten die Landtäge der Ritterſchaft eine günſtige Gelegenheit, theils allgemeine Landesgebrechen, theils aber auch ihre eignen Beſchwerden, über Beeinträchtigung ihrer Gerechtſame und beſonders der Gerichtsbarkeit, zur Sprache zu bringen und auf deren Abſtellung anzutragen. Zum öftern blieben dergleichen Angelegenheiten unerörtert, weil es den fürſtlichen Beamten nicht an Gründen fehlen mochte, die Anträge der Ritterſchaft für unſtatthaft zu erklären. Letztere äußerte deswegen auf dem Landtage vom J. 1605, „daß ſie nur auf dem Fall erböthig wäre, „die verlangte Land- und Trankſteuer zu verwilligen, woferne ihre eingegebenen Gravamina unverlängt erörtert und ſie bei ihren Freiheiten und Gerechtſamen gelaſſen „würde e).“ Durch dieſe Bedingung erzwang damals der Coburgiſche Adel vom Herzog Johann Caſimirn die Erweiterung der Gerichtsbarkeit über ſeine cent- und uncentbare Lehne, und erlangte jetzt das Recht, gegen ſeine Unterſaßen, in Schuld- Gült- Frohn und Lehnsſachen die Gebühr Rechtens zu verfügen und gegen die Ungehorſamen mit Geld- oder Gefängnißſtrafe vorzuſchreiten f).

Der Hauptcharakter der Landtäge in dieſem Zeitraum beſtand daher nur in Verwilligung der Ritterſteuern und in Erörterung der Jurisdictionsſtreitigkeiten, zwiſchen der Ritterſchaft und den fürſtlichen Beamten. An eine landſchaftlichen Verfaſſung, nach dem heutigen Begriff, war noch lange nicht zu denken, und eben ſo wenig findet man Spuren, daß die Ritterſchaft, bei Ausſchreibung außerordentlicher Steuern, als Repräſentanten des Volks, aufgetreten ſey und auch in deſſen Namen die Entrichtung der Steuern verwilliget habe. Sie ſorgte blos für ihr eignes Intereſſe und vertrat, in Beſteurungsfällen, wie die Folge zeigen wird, nur ihre Lehnsunterſaßen, die ihrer Gerichtsbarkeit unterworfen waren. Die übrigen Landesunterthanen ſtanden unter der Aufſicht der fürſtlichen Aemter, und es bedurfte ihrer Einwilligung zu Staatsauflagen um ſo weniger, weil ſie, nach der Coburgiſchen Urverfaſſung, unbedingt beed- und ſteuerpflichtig waren g). Als daher im J. 1615 die Vertheibigung des Landes eine Erhöhung der Steuern nothwendig machte, befahl Herzog Johann Caſimir, nachdem die Ritterſchaft hierzu von ihren Gütern bereits 60000 fl. verwilliget hatte, auch ſeinen Fränkiſchen und Thüringiſchen Beamten, die ihnen anvertrauten Unterthanen und ſelbſt die fürſtlichen Cammergüter zur Erlegung der erhöhten Steuer anzuhalten h).

Für die ſtändiſche Verfaſſung des 16. Jahrhunderts iſt beſonders der Umſtand bemerkenswerth, daß es damals noch keine Landſchaftscaſſe gab, mithin es noch an

e) S. Röders Abhandl. von den Coburgiſchen Erbgerichten, S. 230.
f) Ebendaſ. S. 233.
g) Man ſehe das Coburg. Urbarium im Urk. Buch der Cob. L. Geſch. des M. Alters, S. 45, wo es faſt auf jeder Seite ſtehet: „Sie geben Nothbeede (Extraſteuern) und dienen nach Gnaden der Herrſchaft.
h) Beil. Nr. XXXXII. S. 108.

einen weſentlichen Theil der landſtändiſchen Rechte fehlte. Alle und jede Steuern, ſie mochten von der Ritterſchaft und ihren Unterſaßen, oder von den unmittelbaren Amtsunterthanen geliefert werden, floſſen in die fürſtliche Rentcammer und gehörten zur freien Diſpoſition des Fürſten i) Doch legte man im J. 1615 gewiſſermaßen den erſten Grund zu einer beſondern Rittercaſſe, indem die Ritterſchaft, zu Herſtellung der Veſte Coburg eine Summe von 60000 fl. mit den Beding verwilligte, daß davon dem Herzog Johann Caſimir zu dieſem Zwecke, 20000 fl. überlaſſen, die übrigen 40000 fl. aber, als Vorrath, in den Händen der Landſchaft verbleiben und von gewiſſen Deputirten verrechnet werden ſollten k).

Auf dieſen Grunde baute die Ritterſchaft fort und es gelang ihr in wenig Jahren, dieſem Theile der landſchaftlichen Verfaſſung eine größere Vollſtändigkeit zu verſchaffen Als nehmlich das kaiſerliche Religionsedikt vom J. 1629, die Bewaffnung der evangeliſchen Stände nothwendig machte, und Herzog Johann Caſimir ebenfalls auf die erforderlichen Kriegsanſtalten Bedacht nehmen mußte; berief er die Ritterſchaft zuſammen und proponirte ihr, wegen des Koſtenaufwandes, die Verwilligung einer beſondern Steuer. Bei dieſer Gelegenheit trug die Ritterſchaft, auf den Landtage vom J. 1631, darauf an, daß zur Erhebung der verwilligten Steuer ein Caſſirer beſtellt und zugleich ein Directorium ernannt werden möchte, unter deſſen Aufſicht über Einnahme und Ausgabe, die Rechnung geführt und ſolche der Ritterſchaft vorgeleget werde. Johann Caſimir ertheilte hierauf dem engern Ausſchuß und Städten am 10. May 1631 die Reſolution: „daß ſie, auf ihre unterthänige „Heimſtellung, wegen der neuen Caſſe und vorgeſetzten Directoren und Pfen„nigmeiſter, fürſtliche Confirmation und weitere Verordnung zu gewarten hätten.“

Bei den damaligen Kriegsunruhen gerith aber dieſe Angelegenheit ins Stocken und erſt unter der Regierung Johann Ernſts zu Eiſenach kam ſie, auf dem Landtage von 1636, vom neuen und mit ſo guten Erfolg zur Sprache, daß der Herzog die Errichtung einer beſondern Landſchaftscaſſe geſtattete, zugleich aber auch eine gewiſſe Norm feſtſetzte, wie und auf welche Art ſolche verwaltet werden ſollte. In dem Landtagsabſchiede von 9. Nov. 1636 wurde deswegen verordnet: „daß ein „Corpus der Landescaſſe gemacht und die portionen der fürſtlichen Aemter

i) Nach einer Coburg. Cammerrechnung vom J. 1618 beliefen ſich ſämmtl. Einkünfte von den Coburgiſchen und Gothaiſchen Landen auf 182,500 fl. 10 gr., worunter auch 17856 fl. Trankſteuern, 20078 fl. Landſteuern und 13877 fl. erhöhte (Extra) Steuern begriffen waren, die ohne Unterſchied in die fürſtl. Cammercaſſe geliefert wurden. In frühern Zeiten, und beſonders auf den Landtage zu Zwickau (1531) hatte man zwar die Einrichtung getroffen, daß, in jedem Kreiſe, zur Einnahme und Aufbewahrung der Extraſteuern, gewiſſe adeliche Perſonen ernannt wurden, deren jede einen Schlüſſel zum Kaſten in Händen hatte; daher unter andern für den Fränkiſchen Kreis, in welchem Coburg der Centralpunkt ausmachte, dieſes Amt den vier Rittern: Hanßen von Sternberg, Hanß Schotten, Clauſen von Heßberg und Steffan von Heldritt, ingl. dem Stadtrath zu Coburg, anvertrauet war; dieſe Einrichtung ſcheinet aber nur temporär geweſen zu ſeyn; wenigſtens findet ſich von deren Beibehaltung keine Nachricht.

k) Beil. Nr. XXXXI. S. 196.

„der Ritterſchaft und Städte zuſammen geleget werde. Damit auch hinführo „bei der Landescaſſe alles deſto richtiger gehe, ſollten zu derſelben drey Schlüſſel ver„ordnet werden, von welchen einer, ratione der Aemter und der landesfürſtlichen „Oberdirection, dem geheimden Rath, Lattermann, der andere dem Landſchafts„director, Ulrich von Schaumberg, und der dritte der Bürgermeiſter zu Co„burg, bei ſich in Verwahrung haben, auch alle Einnahme und Ausgabe von ihnen „berechnet und angeordnet werden ſolle."

Ueberhaupt iſt der Landtag vom J. 1636 für die Ausbildung der Coburgiſchen Landſchaftsverfaſſung um ſo merkwürdiger, weil jetzt zum erſtenmal alle Stände ſich gegenwärtig befanden, die zu einer Verſammlung von der Art nöthig waren. Actenmäſigen Nachrichten zufolge, beſtand die damalige Landſchaft in vier Claſſen, als: in den beiden Aebten zu Banz und Langheim, wegen ihrer Beſitzungen im Coburgiſchen Gebiete, — in 45 adelichen Rittergutsbeſitzern, — in 9 bürgerlichen Schriftſaßen, — in eilf Coburgiſchen Beamten und Caſtnern, und in 9 Städten.

Seit der Organiſirung der Landſchaftscaſſe fieng nun auch die Ritterſchaft an, ſich in ihren Unterſchriften mit den bisher noch ungewöhnlichen Namen: getreue Landſchaft zu bezeichnen, auch glaubte ſie jetzt berechtiget zu ſeyn, ein eignes Siegel zu führen 1) und ſich, durch dieſe Auszeichnung, zu einem beſondern Stande im Staate zu erheben. Allein Herzog Johann Ernſt erklärte dieß für eine Anmaſung, die ſeinen Regenten-Rechten nachtheilig werden möchte, und ließ der Ritterſchaft das Siegel wegnehmen. Vergeblich bat ſie in der Folge um deſſen Zurückgabe; Herzog Friedrich Wilhelm II. zu Altenburg, dem der größte Theil der Pflege Coburg in der Theilung vom J. 1640 zugefallen war, (S. 125) gab ihr im J. 1642 zu erkennen: „daß dergleichen Siegel vormals nicht gebräuchlich geweſen und deſſen Führung be„denklich ſey. Es wäre beſſer, daß bey vorfallenden Expeditionen die landſchaft„lichen Glieder ihre Namenſiegel brauchten, damit man ſehe, wer eigentlich ſeinen „Conſens gegeben; ſonſt oftmals einer oder der andere, ob habe er nicht gewilliget, „zur Entſchuldigung fürwendet."

Nach der im J. 1636 getroffenen Einrichtung, floſſen nun die Extraſteuern der Amtsunterthanen eben ſo, wie die der Ritterſchaft, in die neue Landescaſſe, wodurch man die Einheit einer Einnahme bezweckte, die ausſchließlich zu Beſtreitung der Staatsbedürfniſſe beſtimmt und von den Privateinkünften des Regenten abgeſondert war. Die Vereinigung dieſer beiden, ſubjective verſchiedenen, Steuerbeiträge, erwekten bei den Herzog Friedrich Wilhelm (1664) den guten Gedanken, daß es rathſam ſeyn möchte, dem landſchaftlichen Ausſchuſſe von Ritterſchaft und Städten, bei deſſen Berathung auf den Landtägen, nach den oben bemerkten Beiſpiele vom J. 1636

1) In dieſem Siegel erblicket man ein Herz, aus welchen fünf Pfeile hervorgehen und über ſolchen, zwei, in einander gegebene, Hände, die auf eine Verbrüderung hindeuten; Mit der Umſchrift: Landſchaft der Pflege Coburg 1636.

auch die fürſtlichen Beamten mit zuzuordnen, weil bei Steuerverwilligungen die Aemter am meiſten beitragen müßten. Allein die Coburgiſche Regierung, der man hierüber Bericht abforderte, antwortete: „Es ſey nicht herkömmlich, daß die „Beamten zu den Landtägen erfordert würden, indem die fürſtliche Regierung „dabei das Directorium führe, und darauf ſehe, daß nichts nachtheiliges „vorgehe". Hierbei ließ es zwar der Herzog bewenden; doch gab er den Befehl, die Beamten anzuweiſen: „wenn ſie bei einer oder der andern Deliberation, ihrer an„vertrauten Unterthanen halber, etwas zu erinnern vor nöthig fänden, ſie „ſolches bei der Regierung anzeigen ſollten".

In dieſer gutgemeinten Geſinnung lieget der deutlichſte Beweis, daß auch noch in dieſem Zeitraum an kein Repräſentationsrecht zu denken war, vermöge deſſen die Ritterſchaft die geſammten Landesunterthanen vertreten und in deren Namen die landesherrlichen Steuern verwilliget habe. Sie vertrat nur ihre Unterſaſſen und es fiel ihr nie ein, dieſem Rechte eine größere Ausdehnung zu geben. So erklärte ſie z. B. bei Gelegenheit einer, zur Unterhaltung der Veſtungsgarniſon, angelegten Pfennigſteuer, noch im J. 1649 ausdrücklich: „dieweilen derer von der Ritterſchaft Be„willigung einzig und allein auf ihre Lehenleute, die ſonſten im Extraordi„när-Steuern zur Landescaſſe das ihrige beigetragen, gemeint, als haben wir unſere „unterthänige Bewilligung dahin zu erläutern für eine Nothdurft erachtet, nehmlich „daß ſolche nicht auf unſere Propergüter ſondern allein von unſerer Lehn„leute Güter zu verſtehen".

Ein Hauptgegenſtand, womit man ſich in der zweiten Hälfte des 17ten Jahrhunderts auf den Landtägen beſchäftigte, war das unaufhörliche Streben der Ritterſchaft nach der Steuerfreiheit ihrer Lehen- und Allodialgüter; und in der That gelang es ihr, unter der Regierung Herzog Friedrich Wilhelms II zu Altenburg, ihren ſteuerpflichtigen Verhältniſſen eine günſtigere Wendung zu verſchaffen. So ernſtlich auch der Herzog anfänglich auf die fortwährende Beſteurung des Adels und deſſen Rittergütee beſtand (S. 127), ſo wußte doch die Ritterſchaft ihm auf den Landtage von 1648 den Verfall ihres Vermögens und den traurigen Zuſtand ihrer, während des 30jährigen Kriegs verwüſteten, Güter ſo eindringend vorzuſtellen, daß er ſich bewogen fand, ihre mannlehnbaren Güter von der Extraſteuer zu befreien. Doch nahm der Herzog den höchſten Nothfall aus und behielte ſich, wenn ſolcher eintreten würde, ausdrücklich vor, die Ritterſchaft zur Mitleidenheit zu ziehen m). Als daher im J. 1648 zur Bezahlung der 5 Millionen Schwediſchen Satisfactionsgelder, wovon Coburg ſeinen Antheil zu tragen hatte, eine Steuer von 4½ Pfennig auf das ganze Land ausgeſchrieben wurde, kamen die Rittergüter nur mit 2½ pf in Anſatz. Auf wiederholtes Anſuchen des begüterten Adels, erneuerte indeſſen der Herzog die Befreiung deſſelben im J. 1652 mit dem Zuſatze, „daß die Ritterſchaft ſolche für ei„ne pure lautere fürſtliche Gnade zu erkennen und daher fürs künftige zu kei„ner Nachfolge zu deuten habe, auch die Erb- und eigenthümlichen Güter darunter nicht

m) Landtags-Abſch. vom J. 1648 in Spillers Beitr. S. 73.

„zu ziehen wären". (S. 129) Damit war jedoch die Ritterſchaft noch nicht beruhiget und auf dem folgenden Landtage (1657) trug ſie darauf an, daß ſie auch, in Anſehung ihrer Propergüter, mit der Steuer verſchonet werden möchte. Auch dießmalen ließ ſich der Herzog geneigt finden, ihrem Geſuche zu willfahren; Er fügte aber die Bedingung hinzu: „wenn ſie (die Ritterſchaft) es, als eine Gnade und „Gutwilligkeit erkennen und deswegen einen ſchriftlichen Revers „ausſtellen würde, wolle er die, auf dem Landtage geſchehene, Steuerverwilligung, „ſo viel ihre Propergüter betreffe, auf die nächſten 4 Jahre erlaſſen".

Kaum war die beſtimmte Zeit verfloſſen, als die Ritterſchaft, ohne die Ausſtellung des Reverſes zu bewürken, ihr Geſuch um die Fortdauer der Steuerbefreiung erinnerte, und demſelben durch dem Zuſatze: „daß ſie gegen die Reichsbefreiten „und andere erbvereinigte Ritterſtände, nicht deterioriret werden könnte," ein beſonderes Gewicht zu geben glaubte. Allein der Herzog nahm dieſe Aeuſſerung, die auf eine verfaſſungswidrige Reichsunmittelbarkeit hindeutete, etwas übel auf, und fand ſich um ſo mehr bewogen, das Geſuch rund abzuſchlagen. Jetzt legte ſich endlich die Ritterſchaft zum Zweck und ſtellte den, ſo oft verlangten, Revers am 29. März 1665 dahin aus: „daß ſie die bisherige Erlaſſung der Landſteuer nicht nur mit Dank erken„ne, ſondern auch verſpreche, dieſe Erlaſſung nicht anders als für eine ſonderbare „fürſtliche Gnade halten und zu keiner Conſequenz ziehen wolle" n). Dieſe Urkunde iſt um ſo merkwürdiger, weil ſie von Seiten der Coburgiſchen Ritterſchaft das ausdrückliche Anerkenntniß ihrer vormaligen Steuerpflichtigkeit in ſich ſchließet, welche, durch die temporellen Befreiungen, zwar unterbrochen wurde, aber deswegen nie für aufgehoben geachtet werden konnte.

Uebrigens erwarb ſich die Ritterſchaft unter Friedrich Wilhelms Regierung, manche Vorrechte, wodurch die landſchaftliche Verfaſſung ſich mehr und mehr ausbildete. Ihre Landescaſſe in welcher man vormals nur die ritterſchaftlichen Extraſteuern aufbewahrte, bekam jetzt dadurch einen bedeutenten Zuwachs, daß nun auch die Städte und fürſtlichen Aemter ihre Steuern dahin einzuliefern hatten. Sie wählte ihre eignen Directoren, Caſſirer und Ausſchußdeputirte, die ſie dem Landesherrn zur Annahme und Verpflichtung vorſtellte; auch fieng man jetzt an, der verſammelten Ständen, auf den Land- und Ausſchußtägen, die fürſtlichen Landesgeſetze zur Begutachtung vorzulegen. Doch war ihre Stimme blos berathend und es kam jedesmalen auf den Landesherrn an, ob und inwiefern er darauf Rückſicht nehmen wollte o).

n) Beilage nr. XXXXVII. S. 113.

o) So proponirte z. B. Herzog Friedrich Wilhelm auf dem Landtage von 1657, daß die Kirchweihfeſte, die bisher auf gewiſſen Sonntagen gehalten und die ganze Woche hindurch mit Freſſen und Saufen fortgeſetzt würden, abgeſchaft und künftig zuſammen auf jedem Dienſtag vor Martini gehalten werden ſollten. Obgleich die Ritterſchaft damit nicht einverſtanden war, und dagegen einwendet, — „es ſey unbequem die Kirchweihen auf einen Tag zu „halten, ſintemal ſolchergeſtalt kein Freund zu dem Andern kommen würde und jeder ſeine Kirch-

Unter der Regierung Herzog Albrechts, der ſeit 1681 ein eigenes Fürſtenhaus gründete, hatte ſich die Ritterſchaft bereits vollſtändig zu einer landſchaftlichen Körperſchaft erhoben und ſie beſaß jezt alle die Rechte, mit welchen man eine ſtändiſche Verfaſſung zu bezeichnen pfleget. Obgleich ihr, darunter mitbegriffenes, Verwilligungsrecht ſich eigentlich blos auf ihre Lehnsunterſaſſen beſchränkte, (S. 228) ſo dehnte ſie doch daſſelbe ganz unmerklich auch auf die fürſtlichen Amtsunterthanen aus, welche im Beſteurungsfällen, einer frühern Anordnung zu Folge, von ihren Beamten oder auch ſelbſt von der fürſtlichen Regierung vertreten werden ſollten. Man erkannte aber wohl ſelbſt, daß deren Dienſtverhältniſſe mit den Pflichten eines Repräſentanten nicht wohl zu vereinbaren ſeyn möchten; und da ohnehin die Steuern der Amtsunterthanen ſeit 1638 in die Landſchaftscaſſe floſſen und mit den Steuern der adelichen Lehnleute eine Maſſe ausmachten, die man zum allgemeinen Staatszweck verwendete; ſo fand man um ſo weniger Bedenken der Ritterſchaft das Stellvertretungsrecht über das ganze Land ſtillſchweigend einzuräumen.

Was indeſſen der Wohlthätigkeit dieſer neuen Erſcheinung im Staat am meiſten im Wege ſtand, war die, von dem reichbegüterten Adel errungene Steuerfreiheit, auf deren Erhaltung ſie bei Herzog Albrechten, mit ſo vielem Eifer hinzuwürken ſuchte, daß ſie demſelben in einer weitläuftigen Vorſtellung vom J. 1699 eine Menge Rechtsgründe vorlegte, wodurch ſie jene Vorzüge zu behaupten glaubte p). Dieß ſtand nun freilich mit den Pflichten der Repräſentanten, denen das Wohl und Wehe des geſammten Landes an Herzen liegen ſollte, eben nicht im Einklange. Die Steuerbefreiung der Rittergüter, mußte natürlicher Weiſe den ſteuerbaren Unterthanen, die die Ritterſchaft vertreten wollte, zur Laſt fallen, weil jene nun weit mehr Steuern zu liefern hatten, als ſie, bei der Fortdauer der Steuerpflichtigkeit der Ritterſchaft, geliefert haben würden. Dieſe wichtige Landesangelegenheit blieb jedoch unerörtert, und nach Albrechts erfolgten Ableben, war die Aufmerkſamkeit der fürſtlichen Erben mehr auf die ſtreitige Landestheilung, (S. 173) als auf die innere Staatsverfaſſung gerichtet, und da jezo weder von Land- und Ausſchußtägen, noch weniger von Beſteuerung der Rittergüter die Rede war; ſo gelang es der Ritterſchaft um ſo leichter, ſich im Beſitze der Steuerfreiheit zu erhalten.

Seit dieſem Zeitraum lag nun die ſchwer drückende und mit jedem Jahre vergrößerte Laſt der Grundſteuern ganz allein auf dem Bürger und Landmann. Der Adel — der doch, gleich den übrigen Unterthanen, den Schutz des Staats genoß, und der um die Erhaltung des Staats, deſſen reicheres und angeſeheners Mitglied er war, am meiſten bekümmert ſeyn ſollte, — trug wenig oder nichts darzu bei, um die dringendſten Bedürfniſſe zu beſtreiten. Man fühlte zwar dieſen drückenden Unterſchied um ſo leb-

„weihe für ſich halten müſſe,“ ſo blieb es doch bei dem Entſchluſſe des Herzogs, der dieſes Polizeigeſetz unterm 17. May 1658 durch den Druck bekannt machen ließ.

p) Man ſehe das Vorſtellungs- und Bittſchreiben der Coburgiſchen Ritterſch. die Beſteuerung der Rittergüter betreff. vom 9. Febr. 1699, in Spillers Beitr. Th. 1. S. 148.

haſter, weil der Adel, als der begünſtigte Stand, die Vorzüge ſchon lange nicht mehr beſaß und, wegen der veränderten Kriegsverfaſſung, nicht mehr beſitzen konnte, weswegen er in der Vorzeit, als Beſchützer des Vaterlandes, begünſtiget wurde: Allein man betrachtete jetzt ſeine Befreiung von Staatslaſten, als ein wohlerworbenes Eigenthum, welches nach Möglichkeit geſchonet werden müſſe. Wahrſcheinlich mochte alſo der Revers, den die Ritterſchaft im J. 1665 deswegen ausgeſtellet hatte (S. 229) in Vergeſſenheit gekommen ſeyn, ſonſt würde man wohl ihre Beſteuerung weniger bedenklich gefunden haben.

Neuerer Zeiten, wo der Ausbruch des franzöſiſchen Kriegs die fünffache Stellung des Reichscontingents veranlaßte, (1797) und dadurch auſſerordentlichen Aufwand erforderte, erkannte die Ritterſchaft ſelbſt die Billigkeit, ſich der Mitleidenheit zu unterwerfen und durch Steuerbeiträge dem Lande die Kriegslaſten zu erleichtern q): Und als endlich, ſeit dem J. 1806, — wie die neueſte Geſchichte zeigen wird, — die Staatsausgaben, durch die gänzliche Umänderung der innern und äuſſern Staatsverhältniſſe, ſich noch mehr vergrößert hatten und die Noth des Landes aufs höchſte geſtiegen war, konnte von einer Fortdauer der, im J. 1657 widerruflich erlangten, Steuerfreiheit der Rittergüter gar nicht mehr die Rede ſeyn. Um daher eine gleichheitliche Vertheilung der Staatslaſten, unter ſämmtlichen Mitgliedern des Staats zu bewürken, verordnete der jetztregierende Herzog Ernſt, durch ein, am 11. Dec. 1809 im Druck erlaſſenes Mandat: „daß alles bisher unbeſteuerte Eigenthum, ingleichen die Güter, welche fremde Souverains und Standesherrn in den Coburg-Saalfeldiſchen Landen beſitzen, nicht weniger die Rittergüter, Freihöfe, Freihäuſer u. ſ. w. nach beſtimmten Grundſätzen und Taxations-Prinzipien, von nun an der Ordinär- und Extraſteuer unterworfen ſeyn ſollten".

Wie könnte ich alſo wohl dieſen Theil der Coburg-Saalfeldiſchen Landesgeſchichte, mit einer wichtigern Regentenhandlung beſchließen, als mit dem ſo eben erwähnten Mandate, deſſen Wohlthätigkeit ſich über das ganze Land verbreitet, und wodurch der Druck vieler tauſend Unterthanen ſo augenſcheinlich gemildert worden iſt!

q) Spillers von Mitterbergs Beitr. Th. 1. S. 160.

Regiſ

Regiſter
der fürnehmſten Sachen.

A.

Acceſſoriſche Theilungsſtücke, was darunter zu verſtehen, 190.
Achtsgerichte, worinnen ſie beſtanden, 113.
Adel, Coburg. im 16. Jahrhundert, 218.
Albrecht, Herzog zu Sachſen, reſidirt anfänglich zu Saalfeld, S. 141, ſtiftet die S. Coburg. Linie, S. 146 u. 148. Seine Regierungsgeſchichte, S. 154, f. f. beſeitiget die ritterſchaftl. Beſchwerden, 159. überläßt die Coburg. Landeseinkünfte ſeinem Miniſter von Born pachtsweiße, 161. Führet das Seniorat im Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen, 165. erhält vom König in Dänemark den Elephantenorden, 170, wird kaiſerl. Generalfeldmarſchall 176.
Alchimie, eine Lieblingswiſſenſchaft der Vorzeit 203.
Alſtädt, das Amt, ein Pertinenzſtück der S. Kurwürde, wird 1554 dem Erneſt. Hauſe Sachſen abgetreten, 74. war dem Grafen von Stollberg verpfändet, von dem es Herz. J. Caſimir ablöſet, S. 75.
Altenburgiſche Linie, erbt einen Theil der Coburg. und Eiſnach. Lande 23, ſtirbt aus 136, die erledigten Lande werden zwiſchen S. Gotha und Weimar getheilt S. 137.
Anna, Herz. Johann Caſimirs Gemahlin 105, wird verhaftet 110, mißlungnen Verſuche ihrer Befreiung 113, Stirbt auf der Veſte Coburg im Gefängniſſe 115, Ihre Erſcheinung vor Herzog Chriſtian zu Eiſenberg 128.
Apotheke, wird zu Coburg angelegt 201.
Archiv, Wirtenbergiſches, deſſen gemeinſchaftl. Verhältniſſe 45 Note 5.
Arzeneywiſſenſchaft, ihr Zuſtand in 16. Jahrhundert S. 202.
Aſſecurirten Aemter 59, werden dem Kurhauſe Sachſen erblich überlaſſen 134.
Aurifaber, Hofprediger zu Weimar, wird zu wichtigen Geſchäften gebraucht 47.

B.

Badeſtube wird zu Coburg angelegt 16.
Barby, von, Statthalter in Coburg 77.
Barfüſſer Kloſter in Coburg, wird aufgehoben 195.
Bauernaufruhr, befördert die Seculariſirung der Coburg. Klöſter 30.
Bergwerke auf der Steinheyde, deren Anbau S. 36, 41, 75, 162.
Bernhardt, Herzog zu Sachſen, Stifter der S. Meinung. Linie 146, 148.
Beſchwerden, ritterſchaftl. 159.
Beſoldung der Landesregierung, wird von der Landſchaft übernommen 157, das Hofgericht 212.
Beſoldungsmatrikel der Coburg. Geiſtlichkeit 199.
Beſteuerung der Coburg. Ritterſchaft 33, 41, 55, 64, 75, 221. f. f.
Born, Freyherr von, S. Coburg. geh. Rath 160, übernimmt die Adminiſtration der Coburg. Lande 161.
Brauweſen, darüber entſtehen zwiſchen den Coburg. Städten und dem Landadel Streitigkeiten 27.
Brückenau kommt an Sachſen 49.
Buchdruckerey, wird in Coburg angelegt 201.
Buchhandel, erſter, in Coburg 203.

C.

Carpzow, Dr. Auguſt, Kanzler in Coburg, deſſen Stiftung 132.
Caſimirianiſcher Abſchied vom Jahr 1612, S. 88.
Centgerichte, 210.
Centbarkeit und Centfreyheit in der Pflege Coburg, was es damit für Bewandniß habe, S. 26, 214. Urſprung dieſer Verfaſſung 114.
Chriſtian, Herzog zu Sachſen, ſtiftet die Eiſenberg. Linie 141.
Coburg, die Pflege, wird dem deutſchen Reiche zu Lehn aufgetragen 9, kommt durch Pfandſchaft an Appel Vitzthum 12. Wird von einigen Bamberg. Edelleuten ausgeplündert 17, kommt in der Landestheilung v. J. 1541 an Herzog Johann Ernſten 56, und im Jahr 1572 an Johann Caſimir und ſeinen Bruder Johann Ernſt II. 71, wird ein ſelbſtſtändiges Fürſtenthum 81, kommt nach Johann Ernſts Tode an S. Altenburg 124, und in der brüderlichen Theilung vom J. 1680 an Herzog Albrechten 146.
Coburg, die Stadt, erhält vom Herzog Wilhelm zu Sachſen die Erhebung des Ungeldes, S. 15. Herzog Johann Ernſt erbaut daſelbſt eine neue Reſidenz, S. 37.
Coburgiſcher Landesanfall, deſſen Vertheilung 183, wird zum Theil an S. Saalfeld überwieſen 188.
Conſiſtorium zu Coburg, deſſen Errichrichtung 38.
Criminalgerichtsbarkeit, deren Zuſtand im 15. Jahrh. 211.

D.

Denkmünzen Herzog Johann Caſimirs 101.
Directorium bey der Landſchaft, wird eingeführt 226.
Düring, Balthaſar, der erſte Reformator zu Coburg, S. 28.

E.

Eberbach, Philipp, der erſte evangel. Schullehrer zu Coburg 200.
Einkünfte der Erneſt. Lande im Jahr 1486, 23, der Coburg. Landesportion. v. J. 1572, 72.
Einlager (Leiſtungsrecht) wird in der Pflege Coburg aufgehoben 38.
Eiſenbergiſche Landesportion 149, deren Anfall und Vertheilung 185.
Erbbuch, Coburg. v. J. 1516, deſſen Verfertigung 25.
Erbſchenkſtätten, was darunter zu verſtehen 27.
Erbverbrüderung zwiſchen Sachſen, Heſſen und Brandenburg 91.
Ernſt der Fromme, Herzog zu S. Gotha, komt zum Beſitz des Fürſtenthums Coburg 137, deſſen Regimentsordnung 138, hinterläßt ſeine Lande im blühenden Zuſtand 139.
Ernſt, ein Sohn des vorhergehenden, Stifter der S. hildburgh. Linie S. 149.

F.

Floßgraben bey Niederlind, wird angelegt, S. 75.
Friedrich der ſtreitbare, Markgraf zu Meiſſen, bringt das Herzogthum Sachſen an ſein Haus 3, erbt von ſeinem Bruder, Wilhelm, die Pflege Coburg und die Herrſch. Saalfeld, S. 4, übt zu Coburg das Münzregal aus, ebendaſ.
Friedrich Wilhelm II. Herzog zu Altenburg, erbt den größten Theil des Fürſtenth. Coburg 125, hebt das dortige Hofgericht auf 126, ertheilt dem Adel die Steuerfreiheit gegen Reverſalien 178.
Franken, Herzogthum, damit werden die Biſchöffe von Würzburg beliehen 7.

G.

Geleitsregal, Coburgiſches, 131.
Gerichtsverfaſſung, im 15. u. 16. Jahrhundert 106.
Gerichts- und Polizeyordnung vom J. 1466, 15, dergl. vom Jahr 1490, 24, v. J. 1531, 33, vom Jahr 1556, 51.
Gerſtenberg, Markus, Canzler bey Herz. Friedrich Wilhelm zu Weimar, S. 64.
Gleichen, Grafſchaft, obere und untere, iſt ſächſ. Lehen 147.
Gotha, Fürſtenthum, deſſen Vertheilung, S. 140, darüber entſtehen zwiſchen den fürſtl. Brüdern manche Mißhelligkeiten 142, S. Gotha will ſeine, von dem Coburg. Anfall erkauften, Antheile an S. Meinin-

gen verkauſchen 176, bekommt aber nachher, gegen Ceſſion die Eiſenberg. Landesportion 179. Ueberläßt an S. Saalfeld die Hoheitsrechte in deſſen Coburg. und Römhild. Erbantheilen 181.
Grumbach, Wilhelm von, wird in die Reichsacht erklärt, und vom Herzog Johann Friedrich dem Mittlern in Schutz genommen 58, deſſen Hinrichtung 60.
Gymnaſium, Coburg. deſſen Gründung 83.

H.

Halsgerichte, in Coburg. 106, 113.
Heinrich, Herz. zu Sachſen ſtiftet die Römhild. Linie 149.
Henneberg-Schleuſingen, Grafſchaft, auf ſelbige erwirbt ſich das Erneſtiniſche Haus Sachſen das Erbfolgerecht 48, Kurfürſt Auguſt zu Sachſen erwürkt, während der Vormundſchaft, vom kaiſerl. Hofe, die Expectanz auf 5/12 theile an Henneberg 68, wird 1660 getheilt 133.
Henneberg Römhild, komt durch Kauf an das Erneſtiniſche Haus Sachſen 49.
Herenprozeßordnung 204.
Himmelszeitung 171.
Hofgericht, Coburg. wird von Herzog Johann Ernſt I. hergeſtellt 38, in der Folge aber nach Jena verlegt 54, 204.
Hofgerichtsordnung vom Jahre 1544 u. 1598, 59, 82, 208.
Hofſtaat Herzog Johann Caſimirs 99.
Hornſtube, in der Reſidenz zu Coburg 104.
Hundelager, was darunter zu verſtehen 5.

J.

Jagden, in den Roßfelder und Ummerſtadter Waldungen werden 1646 zwiſchen S. Gotha und Altenburg ausgetauſchet 134.
Jagdlager wird abgeſtellt 34.
Jena, Gründung der daſigen Univerſität 52, zu Unterhaltung derſelben werden nach und nach viele Güther geſtiftet 53, Concurrenz der fürſtl. Häuſer zu den Erhaltungskoſten 54 Note 5
Johann Ernſt Herzog zu Sachſen, erhält in der Theilung mit ſeinen ältern Bruder, Kurf. Johann Friedrich, (1541,) die Pflege Coburg 36, verlegt ſeine Wohnung von der Feſtung in die Stadt, und erbauet daſelbſt eine neue Reſidenz 38. Nimmt am Religionskrieg Antheil, und verfällt darüber in die Reichsacht 39, verliert das Amt Königsberg 40, ſtirbt ohne Erben 42.
Johann Friedrich der Mittlere regiert die S. Erneſtiniſchen Lande 8 Jahre lang alleine 52; theilet mit ſeinem Bruder Wilhelm die geſammten Lande 56; wird wegen der Grumbachiſchen Händel in die Reichsacht erklärt 59, kommt in kaiſerl. Gefangenſchaft 60. Hinderniſſe ſeiner Befreyung 61, ſtirbt im Gefängniß 63.
Johann Wilhelm Herzog zu Sachſen, bewirbt ſich um die Hand der Königin Elieſabeth zu England 47, hat Hoffnung zum Beſitz der Schwediſchen Krone, daſ. überläßt ſeinem älteren Bruder, Johann Friedrichen, die allgemeine Regierung 52, kommt nach der Gefangenſchaft ſeines gedachten Bruders zum alleinigen Beſitz der Erneſtiniſchen Lande 63, erläßt ein allgemeines Steuerregulativ 64, löſt das Amt Königsberg von Würzburg ab 64, überläßt das S. Schutzrecht über Kloſter Banz dem Stifte Bamberg 65, theilet mit ſeinem unmündigen Vettern ſämmtliche Lande 66, erhält vom Kaiſer die alleinige Erbfolge in der Grafſchaft Henneberg 66.
Johann Caſimir theilet mit ſeinem Bruder, Joh. Ernſten, die Coburg. Landesportion 80, ſeine Regierungsgeſchichte 81, ff. errichtet das Hofgericht und den Schöppenſtuhl 82, gründet das Gymnaſium 83, ſtreitige Verhältniſſe mit der Ritterſchaft 85, nimmt an den Jülichiſchen Erbfolgeſtreit viel Antheil 94, verbindet ſich mit Kurſachſen gegen das kaiſerliche Reſtitutionsedict 97, Nachricht von ſeinen Privatleben 98 f.
Johann Ernſt II., gründet das Fürſtenthum Eiſenach 81, kommt nach ſeines Bruders Ableben zum Beſitz des Fürſtenthums Coburg 119, ſtirbt ohne Erben 122.
Johann Ernſt III. Stifter der Saalfeld. Linie 149.
Iſenburg, Grafſchaft, auf ſolche erhält das Erneſtin. Haus Sachſen die Anwartſchaft 145, note w.
Jülichiſcher Succeſſionsſtreit 92, zu deſſen Betreibung borgt Johann Caſimir große Geldſummen 94.

K.

Kempinsky, Freyin von, zweite Gemahlin Herzog Albrechts, wird in Grafenſtand erhoben 112.
Kirch, Gottfried, ein berühmter Aſtronome, wir. nach Coburg berufen 171.
Kirchengewalt der Würzburg. Biſchöffe 144.
Kirchenviſitation, die erſte in den Coburg. Landen 197.
Kirchenverfaſſung in Coburg 193, 197.
Kloſter, Barfüßer, in Coburg, wird aufgehoben 195, Seculariſirung der Klöſter, Mönchröden, Sonnefeld u. Veilsdorf 199.
Königsberg, Schloß und Amt, muß Herzog Johann Ernſt zu Coburg an Markgraf Albrecht zu Brandenburg abtreten 40, Letzterer verkauft es an Churfürſt Moritzen zu Sachſen, der es dem Stifte Würzburg verkauft 41, wird vom Herzog Wilhelm zu S. Weimar eingelößt 65, kommt in Theilung vom Jahr 1680 an S. Römhild, und zuletzt an S. Hildburghauſen 152.
Krieg, 30jähriger deſſen nachtheiligen Folgen für die Coburg. Lande 96, 120, 128.

L.

Landſäßigkeit des Coburgiſchen Adels 219.
Landſtände, ihr Urſprung 222.
Landſtänd. Verfaſſung, bildet ſich in Coburg aus 227, 230.
Landtag zu Zwickau und Torgau und deſſen Folgen 33. Errichtung der Coburg. Landesordnung v. J. 1531, S. 34, Landtag zu Coburg v. J. 1558, 56, Landtagsſchmauſereyen vom Jahr 1583, 77, Landtage unter Herzog Friedrich Wilhelm zu Altenburg 126, dergl. unter Herzog Albrecht zu Coburg 156.
Landſchaftscaſſe, ihre Entſtehung S. 121, 223.
Landestheilung v. J. 1680, 142 ff. S. Saalfeld beſchwert ſich über Verkürzung 151, vergleicht ſich deswegen mit S. Gotha, 153.
Lauenburgiſcher Erbfolgeſtreit, S. 164.
Leutenberg, eine Schwarzburg. Herrſchaft, komt an das Erneſt. Haus Sachſen 50.
Lichtenſtein, Ulrich, komt in Unterſuchung 110, ſtirbt im Gefängniſſe.
Lichtenberg, Schloß, komt an Sachſen 49.
Lichtenfelſerforſtgerechtigkeiten der Coburg. Unterthanen, S. 35, 90.
Luthers, Dr., Martins, Aufenthalt auf der Veſte Coburg 31, ſeine Viſionen, S. 32.
Luxus Verordnung wegen deſſen Abſtellungen 14, 85.

M.

Meiningen, fürſtl. Haus, wird von Herzog Bernharden gegründet 146, deſſen Beſtandtheile 148, erhält einen Theil von den Coburg. und Römhildiſchen Länderanfall 184.
Mönch, Conrad, kauft die fürſtl. Druckerey 265
Mohrenkopf, Coburg. Stadtwappen, S. 4, ſteht auf einer Coburg. Münz vom J. 1427, 5.
Mord, deſſen Beſtrafung 211.
Münzſtette zu Neuſtadt an der Heide 96.
Münzregal, Coburg. wird verpachtet 163.

N.

Nachſchußgelder, erhalten die 4 jüngern Söhne, Herzog Ernſts bey der Theilung vom Jahr 1680, zur Erfüllung ihrer Ländesportion 156.
Narrenhaus, darinnen werden die Getraidewucherer geſteckt 159.
Naumburger Vertrag v. J. 1554, deſſen Inhalt 45.
Neuhaus, wird vom Herzog Siegmund an die von Roſenau verpfändet 6, kommt in der Coburgiſchen Landestheilung (1735) an S. Meinungen 188.
Neuſtadt, Gericht, wird dem F. Hauſe Saalfeld zuerkant 189.

O.

Oberappelationsgericht zu Jena komt 1694 in Vorſchlag 166.
Oeslau, überläßt der von Bachov, gegen Remſchütz an S. Coburg 155.
Oldisleben, Kloſter, treten die Herzöge zu Sachſen, gegen Römhild, an die Grafen von Mannsfeld ab 49.

P.

Parochialkirchen, Eintheilung derſ. in den Coburg. Landen 197.

Patronatsrechte, ehmalige, der Stifter Bamberg und Würzburg, im Coburg. werden aufgehoben 197.
Paulinzell und Ilm, damit werden die Grafen von Schwarzburg v. S. Coburg beliehen 165.
Peräquation, der Coburg- Eiſenberg- und Römhild. Länderanfälle 190.
Pfleger, oder Stadthalter über die Coburg. Lande 24, 207.
Polizey und Landesordnung vom Jahr 1556, 51.
Portionsbücher, ihr Urſprung 71, werden bey den Theilungen v. J. 1672 u. 1680, zum Grunde gelegt 137 u. 143, werden rectifizirt 182.
Portionsmangel, S. Saalfeld 186.
Pößneck, Stadt, komt an Herzog Johann Ernſt zu Saalfeld 152.
Poſten, Reichs, werden zu Coburg angelegt 130, Fahrende daſelbſt, wird zu Erblehen verliehen 160.

R.

Ranis, Burg und Stadt, wird Heinrichen von Brandenſtein verliehen 21.
Rathhaus zu Coburg wird erbaut 15.
Reformation, ihre Einführung in der Pflege Coburg 27, 31, 195, ihre Einwirkung auf Cultur der Wiſſenſchaften 200.
Regierungsgebäude, deſſen Errichtung 103.
Reverſalien, ihr Urſprung 223.
Rieſenſaal, in der Coburg. Reſidenz 172.
Ritterſchaft, Fränk. ſucht die Coburg. Landſaßen an ſich zu ziehn 36, 86.
Ritterſchaft, Coburgiſche, macht Anſpruch auf das Vermögen der ſeculariſirten Klöſter 37, verwilligt dem Kurf. Johann Friedrich eine Aushülfe von 60000, 41, wird 1558 beſteuert 55, ihre zahlreiche Verſammlung auf dem Landtag vom Jahr 1583, 76, huldiget dem neuen Regenten 77, übernimmt die Coburg. Landſchulden 79, will ſich der Reichunmittelbarkeit anmaßen 86, ihre Jurisdictionsſtreitigkeiten, mit Herzog Johann Caſimirn 87, wird beſteuert 223, erwirbt ſich die Steuerfreiheit gegen Reverſalien 129, 228, die aber (1809) aufgehoben wird.
Ritterdienſte, werden auf Koſten des Lehnsherrn geleiſtet 221.
Ritterpferde, derer Stellung, wird in Geld verwandelt 129, 158.
Römhild. Landesportion 149, deren Anfall und Vertheilung 186, Streit über der Adminiſtration des daſigen Amtes 189.

S.

Saalfeld, Stadt und Amt, wird der Wittwe Herzog Wilhelms zum Unterhalt eingeräumt 22.
Sachſen, das Erneſtiniſche Haus, verliert die Kurwürde, und einen großen Theil ſeiner Lande 43 f. deſſen mißlicher Zuſtand nach Churfürſt Johann Friedrichs Tode 46.
Schnaus, Ziriak, der erſte Apotheker in Coburg 202.
Scoto, Hieronimus, ein Aventurier, hat Zutritt am Coburg. Hofe 109.
Schöppenſtuhl, wird zu Coburg errichtet 82.
Scheres von Ziriß genannt, Coburg. Kanzler 166, deſſen Stiftung 168.
Schloßbau, Coburg. 57, 104, 172.
Schweickhof, ein Kammerguth komt an S. Coburg 155.
Seculariſirung der Coburg. Klöſter 196.
Seniorat, deſſen Einführung im Hauſe Sachſen 140, komt an Herzog Albrechten 165.
Siegel Herz. Wilhelms zu Sachſen 19.
Siegmund, Herz. zu Sachſen beſitzt die Pflege Coburg 5, verkauft das Amt Neuhaus an die von Roſenau 6, legt die Regierung nieder, und wird Biſchoff zu Würzburg, daſ. ſtirbt im Gefängniſſe 7.
Sonneberg, Amt, wird von der kaiſerl. Commißion an S. Meinung. überwieſen 188.
Städte, Coburg. erhalten mehrere Privilegia 15.
Stahlbogenſchießen 103.
Steinheyde, Goldbergwerk in S. Coburg. wird vom neuen angebaut, 162.
Stein der Weiſen, um deſſen Entdeckung bemüht ſich Herzog Johann Friedrich d. M. 203.
Steinach, Hammerwerk, wird angelegt 16, wird dem Freyh. von Born verliehen 161.
Steuerfreiheit, erlangt die Coburg. Ritſchaft 129, 158, 228.
Steuerverwilligungsrecht der Co-

burg. Ritterſchaften 8, beſchränkt ſich auf ihre Lehnsunterſaßen 228.
Steuerreviſion 164, Steuermandate 224.
Steuern, gehen bey Ländertheilungen ohne Ausgleichung an den Landesherrn über 72, gehören nicht unter die acceſſoriſchen Theilungsſtücke 190.
Succeſſionsſtreit Coburg- Eiſenberg- und Römhild 173.

T.

Theilung der S. Lande v. J. 1485, zwiſchen Ernſt und Albrechten 23, dergl. v. J. 1541, 36, dergl. v. J. 1566, zwiſchen Johann Friedrich d. M. und Johann Wilhelm 56. Ferner, zwiſchen Johann Wilhelm zu Weimar und ſeines gefangenen Bruders Söhne, Joh. Caſimir und Johann Ernſt, S. 71. Letztere theilen 1596, die Coburg. Portion in zwey Fürſtenthümer 80. Theilung zwiſchen Altenburg und Weimar v. J. 1640, S. 124, zwiſchen Gotha und Weimar v. J. 1672, über dem Altenburg. Anfall 136, zwiſchen Herzog Ernſts des Frommen Söhne v. J. 1680, 141, darüber entſtehen unter den fürſtl. Brüdern viele Streitigkeiten 142.
Tonna, Herrſchaft, komt an S. Gotha 147.
Trappſtadter Rezeß von 1599, zwiſchen S. Coburg und Würzburg 89.
Trinkſtube wird von Johann Caſimirn angelegt 143.

U.

Union der Proteſtanten 95.
Univerſität ſoll zu Coburg angelegt werden 157.

V.

Virilportion, Gothaiſche, worinnen ſie beſtanden 145, deren Betrag bey den Coburg- Eiſenberg- und Römhild. Länderanfällen 183.
Vitzthum, Apel, ſteht bey Herzog Wilhelm zu Sachſen als Rath in Dienſten 11, erwirbt von denſelben die Pflege Coburg, die er aber wieder abtreten muß 12 u. 13.
Vogtland, wird dem Erneſtiniſchen Hauſe Sachſen, durch die Würtenberg. Capitulation entzogen 44, Herzog Johann Friedrich der mittlere ſucht es wieder an ſich zu bringen 56.

W.

Wein- und Bierpfennig wird 1681 angelegt 157.
Weſenbeck Dr. wird Director des Coburg. Hofgerichtes 82.
Wildſchaden, wie ſolcher abzuſtellen 34.
Wieſenfeld, kauft der Kanzler Scheres von Zirit 167, dieſer legt daſelbſt ein Landhoſpital an 168.
Wilhelm der Tapfere, Herzog zu Sachſen beſitzt die Pflege Coburg 11, geräth mit ſeinen Bruder Kurf. Friedrich II. in einen langwierigen Krieg, daſ. verpfändet die Coburg. Lande an Apel Vitzthum 13, ſeine Gerichts und Polizeygeſetze 14 f. Trennet ſich von ſeiner erſten Gemahlin und vermählt ſich mit Katharina von Brandenſtein 20 f.
Wiſſenſchaften, ihre Cultur nach der Reformation 100.

Z.

Zeidelwald, was darunter zu verſtehen 6, not. m)

Druckfehler und Berichtigungen.

S. 4	Z. 10	die weſentliche — ließ, die nehmliche.
— 5	— 13	Siegenung — ließ, Siegmund.
— 35	— 15	an einen andern Ort reden — ließ, an einem andern Ort zureden.
— 36	— 27	Regierrng — ließ, Regierung.
— 37	— 31	zu klar entwickelt war, als, ließ, zu klar entwickelt, als —
— 41	— 5	von neuen, — ließ, vom Neuen.
— 47	— 30	auf den Thron — ließ, auf den Thron.
— 51	— 4	Grimbachiſchen — ließ, Grumbachiſchen.
— 56	— 31	Bauren Gelde, — ließ, baaren Gelde
— 71	— 6	Weimer — ließ, Waimar.
— —	— 9	durch der Speieriſchen — ließ, durch den Speier.
— —	— 14	als die ſteichenden — ließ, ſteigenden.
— 72	— 2	Hochzeitgefälle — ließ, Hoheitsgefälle.
— 78	— 31	auf neu Steuerbeiträge, — ließ, auf neue Steuerb.
— 87	— 11	fehlt bei der Note, der Buchſtabe l)
— 125	— 17	Friedr. Wilhelm III. — ließ, Friedr. Wilh. II.
— 135	— 22	Fr. Wilh. IV. — ließ, Fr. Wilh. III.
— —	— 25	Fr. Wilh. III. — ließ, Fr. Wilh. II.
S. 137	Z. 23	zu einer größe, — ließ, zu einer Größe.
— 144	— 14	mit einen — ließ, mit einem.
— —	— 16	vorhandenen — ließ, vorhanden.
— 160	— 10	Steuerregel — ließ, Steuerregal.
— 165	— 30	verbunden, — ließ, verbundenen.
— 166 not. l)	Z. 2	Reliq Manuscript. — ließ, Ludewigs Rel. Manuscr.
— 172	Z. 8	Strukatur — ließ, Stukatur.
— —	— 9	Karyniden — ließ, Kariatiden.
— —	— 20	chriſtlichen und Religion — ließ, chriſtlichen Religion.
— 177	— 30	dieſer Fürſt ſtans — und war noch Einzige — ließ, dieſer Fürſt ſtand — und war noch der Einzige.
— 179	— 20	beſeßte — ließ, beſetzte.
— —	— 33	in dieſem Dienſt. Hauſe — ließ, dieſem Fürſtlichen Hauſe.
— 195	— 2	habende — ließ, habenden.
— 202	— 18	Chr. Stamio — ließ, Statmio.
— 207	— 4	mit Zuziehung einer Ritter — ließ, einiger Ritter.
— 222	— 32	nichts gewöhnlich — ließ, nicht gewöhnlich.
— 223	— 11	Alledial — ließ, Allodial.
— —	— 19	nehmlichen — ließ, nemlichen.
— —	— 30	von der — ließ, von den.

Druckfehler im Urkundenbuch.

S. 16 Z. 24 Thun eyner — ließ, thut eyner.

— 27 — 3 Extract von J. 1486 — ließ, vom J. 1456.

— — — — bei Nr. XVIII. den 17. Apr. 1468 — ließ, 1466.

S. 32 — — Nr. XX. den 28. Oct. 1447 — ließ, 1466.

— 83 — 31 die Steigerhütte — ließ, Seigerhütte.

Anmerkung.

In der Cob. Geſch. des Mittelalters (1814) iſt S. 80 auf der 2ten Zeile von Unten Aufwärts, ſtatt 1346, die Jahrzahl 1446 zu leſen.

Tab. I.

1466.

Tab. II.

Sachſen.
Mecklenburgk
Bayern.
Pommern.
Öſterreich.
Braunſchweig.
Brandenburgk
Pfalz.
Baden.
Naſſau.
Katzenelenbogen
Geldern.
Hengsbergk
Oeſterreich
Pommern.
Naſſau
D. G.
IOHANNES CASIMIRUS.
DUX SAXON. IUL. CLIVI.ET MONTIUM.
LANDGR. THUR. MARCHIO MISNIAE. COMES
IN MARCA ET RAVENSP. DYN. IN RAVENSTEIN
PRINCEPS,
SENIOR FAMILIAE ET. S. ROM. IMPERII PATER PATRIAE.
Qui Religionis ſincerae cultu, Iuſtitiae amore, conſtantia antiqua, virtute; et fide nulli ſecundus, Ecleſiae, Scholarumque nutritius benigniſſimus fidus DEO; quamvis vi et armis preſſus, fidus Caeſari juxta leges fundamentales, fidus Imperio.
NATUS GOTHAE XII. IUN. ANN. DOMINI MDLXIV.
MORTUUS COBURGI XVI. IUL. ANN. MDCXXXIII.
Cum Principatui belli flamma tandem per injuriam correpto bene et laudabiliter praefuiſſet an. 46, vixiſſet an. 69. M. I. D. 3.
EIUS ANIMA REQUIESCIT IN CHRISTO.
Cineres vero beatam et glorioſam corporis reſurrectionem hic expectant.
G. Adam. fe.

Bayerische StaatsBibliothek

Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Schultes, Johann Adolph,

Sachsen-Coburg-Saalfeldische Landesgeschichte, unter der Regierung des Kur- und fuerstlichen Hauses Sachsen vom Jahr 1425 bis auf die neuern Zeiten eine Fortsetzung der Coburgischen Landesgeschichte des Mittelalters ; mit einem Urkundenbuche
Bd.: 1

(1818)

Coburg, Landesbibliothek -- Cas A 1784(1)
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11924554-0